Behagliche Monumentalität in Frankfurt

Architektur als Produkt städtischer Relevanzen

vorgelegt von
Diplom-Soziologin
Tina Enders
geb. in Lich

von der Fakultät VI – Planen Bauen Umwelt
der Technischen Universität Berlin
zur Erlangung des akademischen Grades

Doktorin der Philosophie
– Dr. phil. –

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzende: Prof. Dr. Nina Baur
Gutachterin: Prof. Dr. Martina Löw
Gutachterin: Prof. Dr. Monika Grubbauer

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 14. Februar 2017

Berlin 2018

Für Roswitha und Walter Enders.

Inhalt

Dank **3**

Abkürzungen & Glossar **4**

Einleitung **7**

Teil A: Theoretische Vorüberlegungen und Methode **19**

1 Forschungsperspektiven auf das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft **22**

1.1 Gebäude als Grundlage von Vergesellschaftsprozessen 25
1.2 Die sinnhaften Modi des Umgangs mit Dingen und Gebäuden 35
1.3 Die soziale Effektivität der Dingwelt 37
1.4 Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt: wissenssoziologische Architekturtheorie 41
1.5 Architektur in der Forschungsperspektive zur „Eigenlogik der Städte“ 46
1.6 Halbwachs und das kollektive Gedächtnis: Architekturen als „Wissensanker“ 54

2 Sinnkonstitutionen von Gebäuden im städtischen Kontext interpretativ erfassen **70**

2.1 Exkurs: Der Weg zum Fallbeispiel 71
2.2 Hermeneutische Wissenssoziologie als methodologischer Ausgangspunkt 77
2.3 Heterogene Datenbasis und Methodenwahl 84
2.4 Rekonstruktion der kumulativen Textur 90
2.5 Diskursanalyse 95
2.6 Segmentale Lageplan-Analyse 98
2.7 Einordnung der architektonischen Umsetzung 108
2.8 Zusammenführung der Erkenntnisse aus den Analyse-Ebenen 112

Teil B: Das Fallbeispiel „Jügelhaus“ **121**

3 Die bürgerliche Ideologie des Allgemeinwohls **125**

3.1 Exkurs: Das „neue“ Bürgertum 126
3.2 Der Modernisierungsdruck der Großstadt 130
3.3 Sicherung des bürgerlichen Lebensraums 133
3.4 Stadtgestaltende Maßnahmen und Interventionen 142
3.5 Bildung vor Wohlfahrt 151
3.6 Wissenschaftsbauten „zum Wohl der Stadt“ 171
3.7 Zwischenbilanz 178

4 Das „unwilhelminische“ und unabhängige Frankfurt 184

4.1 Bewältigung des Annexionstraumas 185
4.2 Sozialliberaler Gegenpol im Deutschen Reich 191
4.3 Bewahrung der Sonderstellung Frankfurts 197
4.4 Soziologisch-kunsthistorischer Exkurs über den Historismus 201
4.5 Architektur als Stellungnahme in Stein? 207
4.6 Symbole der Unabhängigkeit 224
4.7 Zwischenbilanz 230

5 Pragmatische Verwertungsorientierung 233

5.1 Frankfurts Zukunft als schöne Stadt 234
5.2 Industrialisierung? Nein danke! 240
5.3 Pragmatisches, ökonomisches Denken 245
5.4 Zukunftssicherung mittels Repräsentativität 252
5.5 Das erfolgreiche Ausnutzen von Synergien 260
5.6 Zwischenbilanz 267

6 Mit gewinnorientierter Flexibilität Gegensätze vereinen 272

6.1 Frankfurts Widersprüche 273
6.2 Frankfurts integratives Klima 277
6.3 Die sozialliberale Tradition 287
6.4 Was nicht passt, wird passend gemacht 291
6.5 Die Voraussetzungen für „behagliche Monumentalität“ 303
6.6 Zwischenbilanz 316

7 Resümee: Architektur als Produkt städtischer Relevanzen 321

7.1 Der Zusammenhang von Wissensvorrat, Relevanzen, Handeln und Materialität: eine theoretische Annäherung 327
7.2 Exkurs in die Gegenwart: Die Eigenlogik-Studie zu Frankfurt (2014) 336

Schlussbetrachtung und Ausblick 352

Abbildungsverzeichnis 362

Quellenangaben 368

Archivalien 368
Literatur 369

Dank

Diese Arbeit wäre ohne die Unterstützung durch eine Vielzahl von Menschen aus ganz unterschiedlichen Lebensfeldern niemals zustande gekommen. Im Einzelnen möchte ich einigen Personen ganz besonders danken. Professorin Martina Löw danke ich für den Freiraum, den ich für meine Arbeit erhalten habe, für Ihre fachliche und immer wieder auch darüber hinaus gehende Unterstützung. Ich danke Professorin Monika Grubbauer dafür, dass ich sie als Zweitgutachterin gewinnen konnte. Für die weitere fachliche Unterstützung danke ich Dr. Peter Noller, Professor Helmuth Berking, Professor Dieter Schott, Dr. Silke Steets, Professor Gerhard Vinken, Professor Franz Bockrath und natürlich meinen Mitdoktorandinnen und -doktoranden an der Graduiertenschule URBANgrad der Technischen Universität Darmstadt. Mein Dank geht auch an die immer sehr hilfsbereiten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main sowie an Herrn Jürgen Wauch, der mir die Genehmigung erteilte, die Bestände der Dr. Senckenbergischen Stiftung für die vorliegende Arbeit zu nutzen. Weiterhin freue ich mich über die Genehmigung für die Verwendung des historischen Bildmaterials und danke hier neben dem Institut für Stadtgeschichte vor allem dem Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München, der Deutschen Fotothek in Dresden sowie Hartmut Wettmann.

Ohne lebenspraktischen Beistand wäre ich über so manche Durststrecke während meines Dissertationsprojekts nicht hinweggekommen, deshalb gilt mein Dank auch meinem Ehemann Peter Kretschmann sowie einer Reihe weiterer Menschen, die mich auf ganz unterschiedliche Weise unterstützt und begleitet haben: Klaus Varrentrapp, Regine Sauerwein, Doreen Fritz El-Rharbaoui, Lea Rothmann, Elena Dingersen, Antje und Sven Hardegen, Sabine Kölling, Asswin Zabel, Joanna Kusiak-Corcoran, Petra Ritter, Monika Rau, Iris Hillmann, Sandy Pelz, Michael Thies, Klaudia-Luise Weber, Rainer Scheunemann-Böhlendorf, Donata Oerke, Edmond Richter und Sven Flucher.

Mein innigster Dank geht an meine Eltern. Selbst nicht aus einem akademischen Umfeld kommend mag ihnen mein Werdegang ab und zu befremdlich erschienen sein. Dennoch haben sie mich immer ermutigt, weiterzumachen. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Abkürzungen & Glossar

AfV	Ausschuß für Volksvorlesungen
Blendgiebel	Ein von der Dachform bzw. Dachneigung losgelöst ausgeführter Giebel
D	Demokratische Partei
Ecklisenen	Schmale, leicht hervortretende Mauerblenden an den horizontalen Gebäudekanten
Eckrisalite	Aus der Fassadenflucht hervorspringende Gebäudeecken, siehe *Risalit*
Fenstergesimse	Aus der Wand herausragende horizontale Bauglieder, die auf der Höhe der Fensterbrüstung über die gesamte Fassadenbreite verlaufen
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FN	Fußnote
FNP	Frankfurter Neue Presse
FR	Frankfurter Rundschau
FVP	Freisinnige/Fortschrittliche Volkspartei
IfS	Institut für Stadtgeschichte in Frankfurt am Main
Lisenen	Schmale, leicht hervortretende Mauerblenden, die als gestaltende Elemente zur optischen Gliederung der Fassade eingesetzt werden

MA	Abkürzung für den Archivbestand des Frankfurter Magistrats
NL	Nationalliberale Partei
Risalit	Bezeichnet einen (oftmals nur leicht) aus der Fluchtlinie und in der gesamten Höhe des Baukörpers hervortretenden Gebäudeteil. Befindet sich der Risalit in der Mitte der Fassade, spricht man von einem *Mittelrisalit*. Risalite an den Seiten.
rustizierend	Die Steinlagen einer Fassade sind durch starke, d.h. deutlich sichtbare Fugen getrennt.
SenckenbergStift	Abkürzung für den Archivbestand der Dr. Senckenbergischen Stiftung
SNG	Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft
StVV	Stadtverordnetenversammlung
QDA-Software	Spezielle Software zur Auswertung qualitativer Daten

Einleitung

Anfang des 20. Jahrhunderts entstand an der heutigen Senckenberganlage in Frankfurt am Main ein Gebäude-Ensemble in historisierendem Architekturstil, das bis heute aus verschiedenen Bauten für ebenfalls verschiedene Einrichtungen besteht. Ein Teil dieses Ensembles ist das Jügelhaus, das 1906 ursprünglich als Vorlesungsgebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften eröffnet wurde und das nach einem Anbau ab 1914 als das Universitätshauptgebäude der ersten Stiftungsuniversität Deutschlands diente. Im Lauf der Jahrzehnte hat sich das Jügelhaus verändert: Der Haupteingang wurde in den 1950er Jahren „modernisiert“ und fortan stand die schlichte, rechteckige und verglaste Gebäudeöffnung im Kontrast zur neobarocken Fassade. Auch die nach dem Zweiten Weltkrieg errichteten Anbauten brechen mit dem historistischen Stil. In den 2010er Jahren erfolgte in Frankfurt die sukzessive Verlegung des Universitätsstandorts „Bockenheim“ an die neuen Standorte „Riedberg“ und „Westend“. Im Frühjahr 2014 begannen schließlich umfassende Umbauarbeiten am Jügelhaus, um das Gebäude für die Zwecke der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung anzupassen und das benachbarte Naturkundemuseum zu erweitern. Dafür erhält das gesamte Ensemble unter anderem komplett neue Dachaufbauten, die das Aussehen des historistischen Ensembles dramatisch verändern werden: Statt grauer Schieferwalmdächer krönen künftig glänzende Aluminiumpaneele die Gebäude.

Als ich 2010 mit der Untersuchung des Jügelhauses begonnen hatte, lag es eingezwängt in einer immer wieder erweiterten Gebäudegruppe. Der bauliche Zustand passte zur Endzeitstimmung des durch die Frankfurter Goethe-Universität in Auflösung befindlichen Campusstandorts „Bockenheim“: vor allem den Innenräumen, aber auch seiner äußeren Erscheinung war anzusehen, dass dieses Gebäude schon bessere Zeiten erlebt haben durfte. Welche Bedeutung es für Frankfurt einstmals hatte, konnte ich ihm damals (noch) nicht ansehen. Mit meinem Forschungsvorhaben, die Sinnkonstitutionen für das Jügelhaus zum Zeitpunkt seiner Errichtung mittels eines eigens ausgearbeiteten, architektursoziologisch orientierten empirischen Zugriffs freizulegen, möchte ich zugleich einen Einblick in die gesellschaftlichen wie auch baulichen Dynamiken des damaligen Frankfurts sowie den Einfluss der bürgerlichen Eliten auf die Entwicklung der Stadt geben. Das zunächst vielleicht nicht besonders bedeutend anmutende Bauwerk entpuppt sich vor dem damit aufgespannten Hintergrund als durchaus spektakulär.

In der Literatur wird üblicherweise die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, für die das Jügelhaus ursprünglich erbaut worden war, als *die* Keimzelle der Universität betrachtet. Bei genauerem Hinsehen ist es aber vor allem die räumliche wie auch bauliche Zusammenlegung wichtiger Frankfurter Institute an der Viktoria-Allee (heute Senckenberganlage), die hier den Weg ebnete. Mit der vorliegenden Untersuchung zu den Entstehungsbedingungen und der baulichen Realisierung des Jügelhauses sowie der weiteren Gebäude des Ensembles öffne ich eine Perspektive auf städtische Architektur, in der diese als eine Materialisierung sozialer Dynamiken erkennbar wird. Die Objektivation namens „Jügelhaus" hat dabei weit mehr zu bieten, als bloß Vorbote einer Institution zu sein, die es zum Zeitpunkt der Gebäude-Einweihung noch nicht gab.

Abbildung 1: Das Jügelhaus als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften. Postkarte aus dem Jahr 1907.

Als am 21. Oktober 1906 das Jügelhaus in einem großen Festakt und mit Staatsbesuch aus Berlin sowie mit Vertretern anderer Hochschulen feierlich eröffnet wurde, war es schon zu diesem Zeitpunkt weit mehr als bloß das neue Vorlesungsgebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften: Es war – neben den

weiteren Instituten, die an jener Stelle bereits im Entstehen begriffen waren – das Material gewordene Argument für die Gründung einer Universität in Frankfurt am Main. Trotz des in der Mainmetropole wie auch in anderen Städten des Deutschen Reichs vorhandenen bürgerlichen Bildungsethos standen viele Frankfurter Bürgerinnen und Bürger einer Universitätsgründung eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Die Gruppe der Universitäts-Befürwortenden benötigte deshalb Argumente mit besonderem Gewicht – und Stein wiegt bekanntlich viel. Mit den weiteren Bauten, die in unmittelbarer Nachbarschaft 1907 und 1908 fertiggestellt bzw. eingeweiht wurden und die drei verschiedenen Institute der Dr. Senckenbergischen Stiftung beheimateten, bildet das Jügelhaus (bis heute) ein gestalterisch aufeinander abgestimmtes Ensemble und wissenschaftliches Zentrum, das als eine entscheidende vorbereitende Maßnahme für die wenige Jahre später (1914) gegründete erste Stiftungsuniversität Deutschlands betrachtet werden muss.

Abbildung 2: Das Wissenschaftsensemble an der Viktoria-Allee

Für das Jügelhaus stellte sich im Kontext der vorliegenden Arbeit die Frage, welche Ideen, Machtverhältnisse, Werthaltungen etc. sich mittels dieses Gebäudes objektiviert bzw. sich über die Materialität des Gebäudes manifestiert haben. Um hier Antworten finden zu können, habe ich mit meiner Untersuchung in weitem Umgriff die Entstehungsbedingungen des Jügelhauses in den Blick genommen und mich dabei nicht nur auf rein soziale Faktoren gestützt, sondern auch physisch-materielle Aspekte mit einbezogen. Das Gewicht lag dabei auf dem Kontext „Stadt“, der sowohl das Gesellschaftliche als auch das Physisch-Materielle umfasst und in dem das Gebäude – erst als Idee und schließlich als materielle Tatsache – entstanden ist. Damit beziehe ich eine Perspektive ein, die in empirischen Untersuchungen zum Verhältnis von Architektur und Gesellschaft bislang noch keine

Umsetzung gefunden hat. Für die Fallstudie hat sich außerdem ein wissenssoziologischer Zugang als besonders hilfreich erwiesen. Mit ihm richtet sich die Aufmerksamkeit auf die sozialen Wissensvorräte, die der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit und damit dem sozialen Handeln zugrunde liegen. Über die Rekonstruktion dieser Wissensvorräte bzw. ihrer Genese ist ein tieferes Verständnis der sozialen Produkte bzw. Erzeugnisse möglich, zu welchen auch Architekturen zählen. Ihr sozial gemeinter Sinn lässt sich aufbauend auf der Rekonstruktion der Wissensbestände nachzeichnen.

Die vorliegende Untersuchung ist explorativer Natur. Das heißt, dass es mir nicht darum ging, bestimmte Vorannahmen über das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft zu überprüfen, sondern zu sondieren, welche Aspekte bei der Entstehung der betrachteten städtischen Architektur überhaupt relevant waren. Es war nicht von Anfang an geplant, aus der Studie eine wissenssoziologische werden zu lassen. Dass es schließlich doch so gekommen ist, ergab sich aus meiner Methodologie, aus der Auswertungsarbeit sowie aus der Suche nach Konzepten, die mir als Werkzeuge dienen sollten, das Entdeckte theoretisch einbetten und benennen zu können. Die wissenssoziologischen Konzepte, auf die ich mich nachfolgend beziehe und die ich in den Kapiteln 1 und 2 eingehender erläutere, haben sich dabei als äußerst produktiv erwiesen und den Weg zu meinen eigenen, nachfolgend zum Einsatz kommenden Begriffen gewiesen.

Die Verschriftlichung der vorliegenden Untersuchung ist keine chronologische Dokumentation des Forschungsablaufs. Im Wesentlichen verliefen Datenerhebung, Auswertung und theoretische Schlussfolgerung parallel bzw. nur geringfügig zeitversetzt. Bei den empirischen Ergebnissen und der Ausdifferenzierung der einzelnen Erkenntnisse galt es zudem, Elemente, welche je nach Blickwinkel eine andere Funktion in den entdeckten Dynamiken einnehmen, so darzustellen, dass trotz erforderlicher Redundanzen das Andere des jeweiligen Blickwinkels deutlich wird. Die Herausforderung bei der Überführung meiner Ergebnisse in einen Text war deshalb, das auf mehreren Ebenen und auf ganz unterschiedliche Weise Gleichzeitige in ein nachvollziehbares und gut lesbares Hintereinander zu bringen. Um einer besseren Nachvollziehbarkeit und Lesbarkeit willen habe ich mich deshalb für eine Zweiteilung der Arbeit entschieden. In Teil A erläutere ich die theoretischen und methodologischen Überlegungen, die neben dem derzeitigen Forschungsstand auch erste wie weitergehende theoretische Untermauerungen meiner empirischen Befunde dokumentieren, d.h. Folgerungen, die erst aus der Empirie und im Zusammenspiel mit bestehenden Theorieansätzen entstanden sind. In diesem Zusammenhang habe ich eigene Begriffe gesetzt, die der Erklärung und Benennung der entdeckten Phänomene dienen und die – bevor sie in Teil B bei der Dokumentation der Ergebnisse zum Einsatz kommen – eine erste Definition erhalten. Auch den Weg zum Fallbeispiel schildere ich etwas ausführlicher, indem ich unter anderem

erläutere, warum und auf welche Weise ich meine Eingrenzungen vorgenommen habe. Relativ viel Raum gebe ich der Darstellung meiner methodischen Vorgehensweise, da für die vorliegende Studie aufgrund der besonderen Datenlage ein eigenes Untersuchungsdesign erforderlich war. Teil B umfasst die Ergebnisse der empirischen Arbeit zum Jügelhaus bzw. die Ergebnisse der Datenauslegung, die als eigene „Geschichte" gelesen werden können. Sie sind vermutlich auch ohne eine intensive Lektüre von Teil A nachvollziehbar und verständlich. Die aus den Daten gezogenen theoretischen Schlussfolgerungen am Ende von Teil B beziehen sich wiederum auf die erörterte Theorie des erstens Teils, ohne die gesamten Argumentationen erneut aufzunehmen. Einen Überblick über die Inhalte der beiden Bestandteile meiner Arbeit geben die nachfolgenden Abschnitte.

Bisherige architektursoziologische Ansätze, die den Zusammenhang von Gesellschaft und Architektur aufzuschlüsseln versuchen, beziehen sich in aller Regel nur sehr wenig bis gar nicht auf das direkte bauliche Umfeld und dessen physisch-materiellen Aspekte, die aber in der von mir entwickelten Perspektive einen bedeutsamen Teil des Entstehungskontexts bilden. Überhaupt gerät der Entstehungsprozess von Architekturen nur selten in den Untersuchungsfokus. Zwar werden regelmäßig soziale Vorgänge in direkte Verbindung mit architektonischen Materialisierungen gebracht, Architekturen als die Grundlagen des Sozialen betrachtet und Erklärungen für den sinnhaften Umgang mit der gebauten Umwelt erarbeitet, doch welche Vorgänge es uns überhaupt erst erlauben, spezifische Sinngehalte mit bestimmten Gebäuden zu verknüpfen, bleibt mit Ausnahme des wissenssoziologischen Ansatzes von Silke Steets (2013) in aller Regel erstaunlich offen. Steets veranschaulicht auf theoretischer Ebene, dass und wie an Architekturen ein sozial vermitteltes Wissen geknüpft ist, das eben auch auf den Gebäudesinn hinweist.

In Kapitel 1 veranschauliche ich anhand des aktuellen Forschungsstands, auf welche Weise man sich Architekturen bislang soziologisch angenähert hat und gebe darauf aufbauend einen theoretisch fundierten Ausblick auf meine eigene Untersuchungsperspektive, die vorhandene Konzepte an einigen Punkten weiterdenkt bzw. in neuer Weise zusammenführt. Dabei verbinde ich im Wesentlichen wissenssoziologische Perspektiven auf die gebaute Welt, wie etwa von Silke Steets und Maurice Halbwachs, mit dem Konzept zur „Eigenlogik der Städte".

Mit dem Rückgriff auf die zuletzt genannte Forschungsperspektive, die jeder Stadt eine spezifische „Sinndynamik" unterstellt und dabei die vielen unterschiedlichen Einzelteile des städtischen Umfelds in den Blick nimmt, wie z.B. Alltagsroutinen, Machtverhältnisse und Geschmack der dort lebenden Menschen sowie die bauliche Gestalt einer Stadt, arbeite ich heraus, dass es einen Unterschied für die Sinnkonstitution von Architekturen macht, in welcher Stadt sie errichtet werden und weiterhin, an welchem Ort in dieser Stadt. Den Eigenlogik-Ansatz denke ich

jedoch nicht nur an diesem Punkt weiter. Besagter Ansatz spannt eine holistische Perspektive auf die Stadt auf und geht von der Hypothese aus, dass alle sich dort vollziehenden Entwicklungen – sowohl bauliche als auch gesellschaftliche – durch eine eigensinnige und lokal spezifische Wirklichkeit beeinflusst werden, die in jeder Stadt, trotz gewisser „Abweichungen", in eine spezifische, d.h. „typische" Richtung weisen. Man sucht deshalb nach dem generellen „Webmuster" der auf den unterschiedlichen städtischen Ebenen wirkenden Sinnstrukturen, die in *dieser* Stadt zusammenlaufen. Die Eigenlogik-Thesen verbinde ich – angeregt durch Silke Steets architektursoziologischen Theorieansatz – mit wissenssoziologischen Überlegungen und gehe davon aus, dass es für jede Stadt einen spezifischen, *städtischen Wissensvorrat* gibt, den ich als eine besondere Form des gesellschaftlichen Wissensvorrats verstehe und der sich auf die Bauten, Orte und weiteren räumlichen wie auch sozialen Strukturen einer bestimmten Stadt bezieht sowie auf ihre Ökonomie, ihre Traditionen und darüber hinaus gehende, *diese* Stadt betreffenden Aspekte. Das voraussetzend folge ich der Annahme, dass sich Entscheidungen, die in Bezug auf die bauliche Entwicklung einer Stadt getroffen werden, aus dem städtischen Wissensvorrat nähren bzw. auf diesem fußen. Er gibt den Rahmen vor, was in dieser Stadt baulich möglich ist und was nicht. Im empirischen Teil dieser Arbeit veranschauliche ich, wie Frankfurts gesellschaftlicher Wissensbestand den Entstehungsprozess des Jügelhauses und die Wahl des baulichen Ausdrucks beeinflusst hat.

Eine weitere interessante wissenssoziologische Ergänzung zum Eigenlogik-Ansatz sind Maurice Halbwachs' Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis, das er als eine besondere Form (oder besser: einen spezifischen Ausschnitt) des sozialen Wissensvorrats betrachtet. Halbwachs geht davon aus, dass die gemeinsamen Erinnerungen sozialer Gruppen auch an das Material bzw. an bestimmte Orte gebunden sind, dass sie also auf eine materielle Weise „repräsentiert" werden. Die kollektiven Gedächtnisinhalte erhalten damit räumliche Marker, die gleichermaßen erinnernd wie auch identitätsstiftend wirken (können). Architekturen nehmen dann eine sozial-kohäsive Funktion ein. Die Verbindungsmöglichkeit von Halbwachs' Ideen mit dem Eigenlogik-Ansatz zeigt sich in der beiden Konzepten gemeinsamen Vorstellung, nach der sich durch die permanente Sedimentation des Sozialen bestimmte Wissenselemente so verdichten, dass sie handlungsstrukturierend wirken bzw. den weiteren Fortgang der gesellschaftlichen (wie auch der baulichen!) Entwicklung mitbestimmen.

Betrachtet man das städtische kollektive Gedächtnis einer Stadtgesellschaft, so beinhaltet es spezifische, genau *diese* Stadt betreffende Erfahrungs- bzw. Erinnerungssedimente, die auf Wiedererkennung und eine Herstellung von Ähnlichkeit in den Denkfiguren der sozialen Akteure ausgelegt sind. Durch das Gebundensein

kollektiver Gedächtnisinhalte an konkrete Orte ergibt sich für jede Stadt ein spezifischer, ortsbezogener Wissensvorrat, der die Räumlichkeit und Materialität der Stadt mit sozialen Ereignissen bzw. Erinnerungen verbindet. Diesen Wissensvorrat nenne ich das *städtische kollektive Gedächtnis*, von dem ich annehme, dass es für jede Stadt in ganz spezifischer Weise ausgeprägt ist und, ebenso wie die weiteren Wissenselemente des städtischen Wissensvorrats, Einfluss auf die Entwicklung der Stadt nimmt. Mit der vorliegenden Fallstudie zeige ich unter anderem auf, dass es den städtischen Eliten möglich war, durch gezielte bauliche Maßnahmen bestimmte Gedächtnisinhalte „ihrer" Stadt in besonderer Weise zu „konservieren" und damit die städtischen Wissensbestände ihren Interessen gemäß zu beeinflussen.

Genau genommen ist die vorliegende Untersuchung keine „rein" architektursoziologische, sondern vor allem eine stadtsoziologische. Gerade die Rekonstruktion der Frankfurter Wissensbestände in den Jahren um 1900 herum, auf die man bei den Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses zurückgegriffen hatte und die eine wesentliche Rolle bei den damaligen Sinnkonstitutionen des Gebäudes spielten, machte es erforderlich, weit über die ausschließlich das Jügelhaus betreffenden Informationen hinaus zu recherchieren und die Stadt Frankfurt als Ganzes in den Blick zu bekommen. Für die vorliegende Untersuchung habe ich nicht nur Unterlagen hinzugezogen, in welchen durch die stadtverwaltenden Gremien – Magistrat und Stadtverordnetenversammlung – sowie die lokale Presse der Entstehungsprozess des Jügelhauses bzw. des Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee dokumentiert ist, sondern auch Literatur zur Geschichte Frankfurts vor allem ab dem 19. Jahrhundert. Eingeflossen sind außerdem Daten zur Sozialstruktur sowie Informationen über die physisch-materielle Beschaffenheit der gesamten Stadt, insbesondere aber über die beiden Quartiere „Westend" und „Bockenheim", die das Wissenschaftszentrum samt Jügelhaus umsäumen. Um einen Blick für die Frankfurter „Eigenarten" entwickeln zu können, habe ich ergänzend Literatur zur Entstehung der Großstädte im 19. und 20. Jahrhundert sowie umfassende Studien zum Bürgertum dieser Zeit ausgewertet.

Das Bürgertum rückte deshalb besonders in das Zentrum des Interesses, da es in dieser Zeit in allen Großstädten eine enorme Gestaltungsmacht ausübte, die bis in den Stadtraum hinein sichtbar wurde. Bereits bestehende Studien zum Frankfurter Bürgertum des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts wie auch der Vergleich mit generellen Studien zu dieser gesellschaftlichen Gruppe lassen schließlich das Spezifische der Frankfurter bürgerlichen Eliten hervortreten. Ergänzt wird die Datensammlung der vorliegenden Studie durch Bild- und Planmaterial: Fotografien des Wissenschaftszentrums und des Jügelhauses, des direkten und etwas weiter gefassten baulichen Umfelds, Grundrisse und Aufrisse sowie Katasterpläne

haben visuelle Informationen zum Untersuchungsobjekt bzw. Untersuchungskontext geliefert, die ich bei meinen Analysen systematisch berücksichtigt habe.

Die Datensammlung selbst erfolgte gemäß dem theoretischen Sampling, wie es in der Grounded Theory Methode zum Einsatz kommt. Die im Untersuchungsprozess auftretenden Fragen gaben beständig die Richtung der weiteren Recherchen vor. Eine gewisse Einseitigkeit der Daten ergibt sich aus dem Umstand, dass aufgrund des weit zurückliegenden Betrachtungszeitraums keine Interviews oder Befragungen durchgeführt werden konnten. Keinerlei Daten liegen darüber vor, wie etwa Frankfurts Arbeiterschaft oder das Kleinbürgertum zur Erbauung des Jügelhauses standen. Zwar sind aus den Äußerungen mancher Stadtverordneter oder aus den Artikeln der lokalen Presse diesbezüglich einige Rückschlüsse möglich, diese bleiben aber weitestgehend spekulativ. Es ergibt sich daher ein Bias in Richtung jener Standpunkte, die vor allem durch das damalige Frankfurter Bürgertum vertreten wurden. Das habe ich jedoch produktiv dazu nutzen können, die Handlungsdynamiken innerhalb dieser städtischen Elite sowie deren Funktionsweise zu reflektieren.

Auf das Untersuchungsobjekt bezogene Zeitzeugenberichte waren so gut wie nicht zu finden. Äußerungen von Einzelpersonen ergeben sich lediglich über die Protokolle der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats oder aber über die schriftlich fixierten Erinnerungen des damaligen Oberbürgermeisters Franz Adickes. Zum Teil fanden sich auch einige handschriftliche Notizen in den archivierten Akten einzelner Stadtverordneter, die letztlich jedoch wenig bis nichts über die individuellen Standpunkte verraten. Die Untersuchung subjektiver Handlungsmotivationen erfolgte daher nur in Bezug auf Franz Adickes, dessen Motivationen und Antriebskräfte ich wiederum auf ihre „Passung“ in die Frankfurter Elite geprüft habe.

Methodologisch am Paradigma der hermeneutischen Wissenssoziologie orientiert, habe ich für die Auswertung einen Methodenmix zum Einsatz gebracht, der auf die Datenlage des hier untersuchten Falls zugeschnitten ist, der aber sicherlich auch für andere architektursoziologische Untersuchungen zu produktiven Ergebnissen führen kann. Insgesamt habe ich parallel vier Analysestränge bearbeitet, die sich einerseits auf diskursiv verbreitete und textförmig vorliegende Informationen stützen und andererseits auf Bild- und Planmaterial. Für die Untersuchung der Debatten rund um die Entstehung von Jügelhaus und Wissenschaftszentrum habe ich die *wissenssoziologische Diskursanalyse* nach Reiner Keller herangezogen. Mit dieser ließen sich zentrale Argumente und Legitimierungsstrategien offenlegen, die im Zuge der Debatten zum Jügelhaus-Projekt zum Einsatz kamen. Einige der dokumentierten Argumentationserfolge erscheinen aus heutiger Sicht überraschend oder schwer nachvollziehbar. Klärung bringt an dieser Stelle die Rekonstruktion der *kumulativen Textur* Frankfurts, in welcher das für *diese* Stadt „Typi-

sche“ in den sozialstrukturellen, politischen, ökonomischen wie auch baulichen Entwicklungen sichtbar wird. Die kumulative Textur für das Frankfurt um 1900 herum habe ich in Anlehnung an Gerald D. Suttles und Helmuth Berking erarbeitet.

Da sich das Charakteristische einer Stadt – nicht nur, aber zu allererst – in ihrer baulichen Erscheinung zeigt, habe ich in einem weiteren Analysestrang Fotografien und Grundrisspläne als Informationsquellen herangezogen, aber auch Literatur aus Kunst- und Architekturgeschichte, die Anhaltspunkte für das Spezifische in den Frankfurter Architekturen gegeben haben. In diesem Analysestrang erfolgte außerdem ein Vergleich der Frankfurter Stadtentwicklung zu den generellen baulichen Entwicklungen jener Zeit. Auch wenn die entstandenen Architekturen als bauliche Sedimente der Stadt genau genommen Teil der kumulativen Textur sind, habe ich ihre Untersuchung in einer eigenen Analyse vorgenommen, da sich die Datenbasis hier doch sehr deutlich von den Quellen unterschieden hat, die ich zur Rekonstruktion der kumulativen Textur verwendet habe. Statt auf Soziologen und Historikerinnen beziehe ich mich bei der Bewertung und Einordnung der Frankfurter Architekturen auf Architekturtheoretiker und Kunsthistorikerinnen sowie auf Fotografien. Die Erarbeitung der Rekonstruktion der kumulativen Textur sowie der Besonderheiten und Merkmale der baulichen Struktur Frankfurts verliefen im Forschungsprozess immer eng verzahnt.

Als weiteres Analysewerkzeug diente die von mir selbst entwickelte *segmentale Lageplan-Analyse,* eine durch Roswitha Breckners „visuelle Segmentanalyse“ angeregte Auswertungsprozedur*,* mit der ich systematisch den Katasterplan von 1907/1908 mit dem Standort des Jügelhauses und einem größeren Umgriff der benachbarten Bebauung untersucht habe. Diese Art des empirischen Zugriffs auf die städtische Materialität ist ein methodisches Novum, das sich für die Sondierung des räumlich wie auch physisch-materiell Besonderen des untersuchten Gebiets als äußerst gewinnbringend erwiesen hat. Die Lageplanplananalyse ist ein sensibilisierendes Instrument für die räumliche Situation des betrachteten Bauwerks, das zur Entwicklung weiter- und tiefergehender Fragestellungen im Kontext des Jügelhauses beigetragen hat. Aufgekommen sind dabei Fragen, die sich aus den reinen Textinformationen über den Standtort bzw. die Stadt nicht ergeben haben und die mittels der Informationen aus den anderen Analysesträngen beantwortet werden konnten. Gleichzeitig haben die Erkenntnisse aus der Lageplan-Analyse die Informationen der anderen Analysestränge zum Teil in ein neues Licht gestellt. Die aus der Lageplan-Analyse resultierenden Fragen haben daher einen die Analysestränge verbindenden Effekt.

Zusammengeführt habe ich die verschiedenen Analysestränge mittels einer Systematik, die dem axialen Kodieren der Grounded Theory Methode entlehnt und darauf angelegt ist, die konstituierenden Momente des Frankfurter Wissensvorrats

auf jeweils eine zentrale, sogenannte *städtische Relevanz* herauszustellen. Als städtische Relevanzen bezeichne ich diejenigen Bestandteile des städtischen Wissensvorrats, an welchen sich das Handeln und Entscheiden der sozialen Akteurinnen und Akteure orientiert und die bei der Auswahl des „richtigen" (d.h. anschlussfähigen) Handelns im Kontext der Stadt wirksam sind. Die zusammenführende Auswertungsprozedur legt die Bedingungen und die Wirkungsweise von vier verschiedenen städtischen Relevanzen Frankfurts zum Entstehungszeitpunkt des Jügelhauses frei. Mit der Herausarbeitung dieser Relevanzen ergeben sich Einblicke in die Sinnkonstitutionen nicht nur für das Gebäude selbst, sondern für die baulichen Strukturen Frankfurts insgesamt. Vor allem aber treten deutlich die machtstrukturellen Gegebenheiten im untersuchten Zeitraum hervor. Sichtbar geworden sind sowohl spezifische Elemente des städtischen Wissensvorrats als auch die damaligen sozialen wie auch politischen Dynamiken in der Stadt Frankfurt sowie ein dichtes Netz an Interdependenzen und Abhängigkeiten, ohne die es nicht zum Bau des Jügelhauses bzw. des Wissenschaftszentrums gekommen wäre und damit vermutlich auch nicht zur Entstehung der Frankfurter Universität.

Teil B dieser Arbeit ist ganz den empirisch gewonnenen Erkenntnissen zum Jügelhaus-Projekt bzw. zur Entstehung des Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee gewidmet, zu welchem das Jügelhaus zählt. Um die Frankfurter Sinndynamiken bzw. jene Elemente des städtischen Wissensvorrats verständlich und nachvollziehbar darzustellen, die im Entstehungsprozess des betrachteten Gebäudes zum Tragen gekommen sind, waren teilweise umfangreiche Schilderungen historischer Ereignisse oder besonderer Entwicklungen in Frankfurt erforderlich. Diese Schilderung übergeordneter gesellschaftlicher Entwicklungen erhalten nachfolgend immer dann etwas mehr Raum, wenn sie bei der Genese des Frankfurter Wissensbestands bedeutsam waren. Gegliedert habe ich den Text entlang der von mir herausgearbeiteten städtischen Relevanzen des damaligen Frankfurts. In vier Kapiteln erläutere ich die Entstehungs- und Rahmenbedingungen sowie Merkmalsausprägungen (1) einer auf den damaligen bürgerlichen Werten beruhenden *Ideologie des Allgemeinwohls*, (2) eines ausgeprägten *Strebens nach der Unabhängigkeit* Frankfurts, (3) einer in der als ruhmreich erinnerten Vergangenheit der Handles- und Messestadt verwurzelten *pragmatischen Verwertungsorientierung* und (4) einer *gewinnorientierten Flexibilität* zur Überwindung von Hindernissen im Projektverlauf. Herausgearbeitet habe ich damit vier relevante Orientierungen, die für das Handeln der bürgerlichen Elite Frankfurts von großer Bedeutung waren. Sie mündeten in spezifische Handlungsstrategien, welche wiederum zu konkreten „Ergebnissen" im Stadtraum geführt haben, wie zum Beispiel zur Erbauung des Jügelhauses als Vorlesungsgebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften als wichtigen Bestandteil eines ganzen Wissenschaftszentrums.

In meiner Ergebnisdokumentation waren an einigen Stellen redundante Schilderungen unumgänglich, da manche der in Frankfurt vorzufindenden Aspekte bei den jeweils herausgearbeiteten städtischen Relevanzen jeweils unterschiedliche Rollen gespielt haben. Auch wenn damit zahlreiche Querverbindungen zwischen den genannten Relevanzen bestehen, ergibt sich aus der Beleuchtung jeder einzelnen Relevanz eine eigene Perspektive darauf, wie es trotz immer wieder aufkommender Widerstände zum Bau des Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee gekommen ist. Dabei zeigt sich, dass der städtische Wissensvorrat Frankfurts in Abhängigkeit sowohl zu lokalen Entwicklungen als auch zu gesamtgesellschaftlichen Ereignissen stand. Die genannten städtischen Relevanzen, die sich im Verlauf der Geschichte Frankfurts herausgebildet haben, sind für die Organisation und Weiterentwicklung des städtischen Wissensvorrats bedeutsam und gleichzeitig auch dafür, wie sich die Stadt selbst und damit ihre Architekturen weiterentwickelt haben. Mit dem Fallbeispiel „Jügelhaus“ zeigt sich jedoch nur ein kleiner, zeitlich begrenzter Ausschnitt. Die für einen Zeitraum vor mehr als hundert Jahren herausgearbeiteten Relevanzen finden sich im Frankfurt der Gegenwart nicht mehr eins zu eins wieder, auch sie haben sich weiterentwickelt. Dennoch – das zeige ich im Fazit zu meinen empirischen Betrachtungen – sind einige Aspekte in sehr ähnlicher Form auch heute noch spürbar. Manche der in Frankfurt vorzufindenden Einstellungen scheinen sogar seit mehr als hundert Jahren unverändert.

Der analytische Blick auf das Fallbeispiel Jügelhaus zeigt, dass das Gebäude kein Zufallsprodukt ist, dass es nicht allein aus fehlenden Bauplatzalternativen an der Grenze von Frankfurts nobelstem Stadtteil errichtet wurde und dass seine bauliche Erscheinung keiner gestalterischen Willkür unterlag. Das gilt für das gesamte Gebäude-Ensemble wissenschaftlicher Institute, das an diesem Ort entstand. Der Bau des Wissenschaftszentrums war ein städtisches Großprojekt, das einigen Widerständen und Herausforderungen zum Trotz umgesetzt wurde. Gelöst werden konnten die im Projektverlauf aufkommenden Probleme durch das Ineinandergreifen der in Frankfurt wirksamen städtischen Relevanzen, d.h. im Zusammenspiel der *Ideologie des Allgemeinwohls*, dem *Streben nach Unabhängigkeit*, der *pragmatischen Verwertungsorientiertheit* und der *gewinnorientierten Flexibilität*. Indem ich die genannten Relevanzen behandele wie Kategorien, werden die komplexen gesellschaftlichen Prozesse, die Machtstrukturen innerhalb der Stadt und die enge Verbindung von sozialen Vorgängen mit den baulichen Resultaten sichtbar.

Die Einbeziehung des physisch-materiellen Umfelds hat sich bei der Herausarbeitung der Zusammenhänge als unverzichtbar erwiesen. Die vorliegende Studie kann auch als ein Beleg dafür verstanden werden, dass stadtsoziologische Betrachtungen von der Einbeziehung der gebauten Umwelt profitieren und dass umgekehrt für architektursoziologische Betrachtungen im Kontext einer Stadt sowohl das soziale als auch das physisch-materielle Umfeld nicht unberücksichtigt bleiben

sollten. Den Forschungsansatz „Eigenlogik der Städte“, der Städte als Einheiten versteht, die auf jeweils spezifische Weise vergesellschaften, denke ich mit der Einbeziehung der städtischen Materialität und meinen Konzepten zu *städtischem Wissensvorrat*, *städtischem kollektiven Gedächtnis* sowie den *städtischen Relevanzen* weiter. Darüber hinaus schlage ich ein erklärendes Konzept dafür vor, auf welche Weise die städtische Materialität und das Handeln der städtischen Akteurinnen und Akteure miteinander verbunden sind. Zu den Ergebnissen der vorliegenden Arbeit zählen also nicht allein die empirischen Befunde, sondern auch die Ausarbeitung einer neuen und produktiven Methodologie für die Untersuchung städtischer Baustrukturen sowie ein aus den Daten heraus entwickeltes theoretisches Modell.

Abschließend noch einige technische Bemerkungen zur Textversion der vorliegenden Untersuchung: Dass ich in der Verschriftlichung meiner Erkenntnisse und Rückschlüsse konsequent bei der Ich-Perspektive bleibe, ist dem theoretischen und methodologischen Setting dieser Arbeit geschuldet. In der hermeneutischen Wissenssoziologie geht es nicht allein darum, den Kontext des betrachteten Falls verstehend zu interpretieren, sondern auch die eigene Position als Forscherin bzw. Forscher offenzulegen und transparent zu halten. Über die vor allem in Deutschland übliche Gesetzesmäßigkeit, in wissenschaftlichen Arbeiten Satzbildungen in der 1. Person Singular tunlichst zu vermeiden, setze ich mich deshalb guten Gewissens hinweg. Bei der Zitation habe ich auf die amerikanische Zitierweise zurückgegriffen. Sofern es sich nur um eine oder maximal zwei Quellen handelt, auf die ich mich beziehe, führe ich diese im Fließtext auf, bei einem Rückgriff auf mehr als zwei Referenzen erfolgt die Quellenangabe der besseren Lesbarkeit wegen in einer Fußnote. Quellenangaben, die sich auf Archivalien beziehen, sind grundsätzlich in den Fußnoten zu finden.

Weiterhin habe ich die ausschließliche Verwendung des generischen Maskulinums vermieden. An Stellen, an welchen es möglich war, habe ich geschlechtsneutrale Formulierungen gewählt, bei Aufzählungen oder wenn personenbezogene Benennungen in dichter Abfolge zum Einsatz kommen, verwende ich den Genus alternierend (abwechselnd die männliche und die weibliche Form). Da die im Kontext dieser Arbeit betrachteten Entscheidungsträger durchweg Männer waren, erfolgt an vielen Stellen aus gegebenem Grund die ausschließliche Verwendung der männlichen Form.

Teil A:
Theoretische Vorüberlegungen und Methode

Architektur ist sozial bedeutsam. Sie ist es deshalb, weil sie von den Mitgliedern der Gesellschaft überhaupt erst ermöglicht und erschaffen wird und damit ein soziales Produkt, ein Artefakt ist. Sie ist es aber vor allem, weil sie als Teil der uns umgebenden materiellen Welt maßgeblich Einfluss auf unsere Alltagspraxis nimmt. Ohne die gebaute Umwelt wäre unsere Zivilisation nicht denkbar und das Material, auf eine bestimmte Weise aufgeschichtet, um ganz bestimmte Räume für ganz bestimmte Zwecke entstehen zu lassen, ist Aufforderung und Begrenzung zugleich: Es suggeriert bestimmte Verhaltens- bzw. Bewegungsweisen, drängt sie regelrecht auf, verhindert aber gleichzeitig andere. Wir können nicht durch Wände hindurchgehen oder unsere Blicke um die Ecke schweifen lassen. Erfüllt uns eine große, repräsentative Eingangshalle mit edlen Materialien wie etwa Marmor und Gold eher mit Ehrfurcht, so kann ein kleiner Bretterverschlag bei uns Bedrückung und Enge auslösen. Architektur nimmt unmittelbaren Einfluss nicht nur auf unsere Empfindungswelt, sondern auf unser gesamtes Handeln.

Was also ist Architektur? Das Wort „Architektur“ leitet sich aus dem lateinischen Wort für „Baukunst“ – architectura – ab. Architektur spielt nicht nur beim Entwurf und Bau von Gebäuden eine Rolle: auch Infrastrukturen – ebenfalls Teil der gebauten Welt – haben eine Architektur, weiterhin spricht man von Softwarearchitekturen, politischen Architekturen, Unternehmensarchitekturen, etc. Architektur steht im Sprachgebrauch für Konstruktionen sehr unterschiedlicher Art. Gemein ist allen diesen Architekturen jedoch eines: Sie sind – in der Regel für einen ganz bestimmten Zweck – absichtsvoll entworfen. Der Soziologe Bernhard Schäfers definiert Architektur als gebauten bzw. umbauten Raum und als eine Praxisform, über welche „die den Menschen umgebene Raumhülle in eine bestimmte, für ihn nützliche und ästhetische Form gebracht“ wird (Schäfers 2006: 28). Das bewusst – und womöglich sogar kunstvoll – gestaltete Gebäude mit einem wohl überlegten baulichen (und künstlerischen bzw. *künstlichen*) Ausdruck entsteht grundsätzlich mit einer spezifischen Intention. Doch nicht nur die Gestaltung allein unterliegt

einem absichtsvollen Handeln, auch der Ort, an dem dieses Gebäude entsteht, ist nicht zufällig gewählt. Die Entscheidung für den Bau, für eine bestimmte Architektur und vor allem auch für den konkreten Ort des Entstehens treffen soziale Akteurinnen und Akteure aus ganz bestimmten Motivationen, Werthaltungen und Zielsetzungen heraus.

Mit der Größe des Bauprojekts wächst die Zahl der Beteiligten, die gestaltgebend auf das entstehende Gebäude einwirken: Es sind in der Regel keine Einzelpersonen bzw. einzelne Privatpersonen, die den Bau beispielweise eines Einkaufzentrums, eines 30-stöckigen Büroturms, eines Behördenzentrums oder einer Wohnanlage beauftragen und das Projekt wird nicht in allen seinen Stufen von denselben Personen umgesetzt. Bei großen Bauvorhaben sind bei der Entscheidung für das Projekt, bei der Bestimmung des Standorts und der Auswahl des Bauplatzes immer mehrere Akteurinnen und Akteure beteiligt. Im Projektverlauf summiert sich die Zahl der daran Beteiligten. Der Entwurf entsteht nicht durch eine Architektin im Alleingang, sondern meist im Team und auch die Bauherren reden mit. Beim Einholen der Baugenehmigung prüfen wieder andere Personen, ob die Bauordnung eingehalten wird (die dereinst ebenfalls von sozialen Akteuren festgesetzt wurde) und ggf. übernehmen weitere Expertinnen die Grünflächenplanung um das Gebäude herum, sofern das vorgesehen ist. Alle diese Akteurinnen und Akteure nehmen Einfluss darauf, was genau an einer bestimmten Stelle in einer bestimmten Bauweise, mit einer bestimmten Form und bestimmten Materialien steht. Bei ihren Entscheidungen orientieren sie sich einerseits an gesetzlichen und physikalischen Vorgaben (Bauordnung und Statik), aber auch an Wert- und Geschmacksurteilen bzw. an den Sinnstrukturen ihrer Lebenswelt. Oder anders formuliert: Sie orientieren sich an einem gesellschaftlichen Wissensvorrat.

Ohne ein Handeln, das sich an diesem Wissensvorrat orientiert bzw. das aus der Verankerung in diesem Wissensvorrat Architekturen entstehen lässt, wäre es für die Gesellschaftsmitglieder nicht möglich, den „Sinn“ eines Gebäudes zu verstehen. Doch nicht nur beim Entwerfen von Architekturen spielt das gesellschaftliche Wissen eine wichtige Rolle, sondern auch im alltäglichen Umgang mit ihnen. In der Regel erkennen wir mit dem Blick auf ein Gebäude, ob es sich um Wohnungen, Büros, Schulen, Krankenhäuser etc. handelt und haben damit auch eine Vorstellung davon, welche Art von Personen sich in diesen Gebäuden aufhalten, welche Art von Handlungen sich dort vermutlich vollziehen. Werden unsere Erwartungen enttäuscht, neigen wir dazu, die Architektur entweder als avantgardistisch, experimentell, (post-)modern oder schlichtweg als misslungen zu bezeichnen. Architektur hat zudem eine kontextabhängige soziale Bedeutung. Zu diesem Kontext zählt das soziale Umfeld genauso wie auch das bauliche: Gebäude werden üblicherweise nicht beliebig in der Topografie zum Beispiel einer Stadt platziert, son-

dern üblicherweise in enger Abhängigkeit zu dieser. So wird vermutlich kein Discounter im Villenviertel entstehen und keine Villa mit Außenpool in einer Hochhaussiedlung des sozialen Wohnungsbaus. Falls doch, sind Entrüstung und soziale Spannungen vorprogrammiert.

Am Beispiel des Jügelhauses in Frankfurt habe ich mit der vorliegenden Studie herausgearbeitet, welche Bestandteile des gesellschaftlichen Wissensvorrats der Stadt bzw. welche städtischen Relevanzen den Entscheidungen für dieses Gebäude zugrunde lagen. Deutlich hat sich dabei gezeigt, dass Faktoren wie Machtverhältnisse, politische und ökonomische Dispositionen, städtebauliche Entwicklungen und sogar zurückliegende historische Ereignisse eine wichtige Rolle dabei gespielt haben, dass 1906 das Jügelhaus am Rande des Villenviertels „Westend" als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften eröffnet wurde. Sichtbar geworden sind diese Zusammenhänge deshalb, weil ich den Kontext Stadt sowohl als ein soziales als auch als ein physisch-materielles Umfeld umfassend betrachtet habe und neben sozialen, politischen, ökonomischen und historischen Entwicklungen Frankfurts auch die (städte-)bauliche Entwicklung Berücksichtigung gefunden hat.

Während in bisherigen architektursoziologischen Untersuchungen zum Verhältnis von Architektur und Gesellschaft der städtische Kontext tendenziell vernachlässigt und seine physisch-materielle Seite bei der Betrachtung eines konkreten Bauwerks sogar gänzlich unberücksichtigt bleibt, legt die vorliegende Studie genau darauf einen Schwerpunkt. Die explorative Vorgehensweise hat zu einem aus den Daten entwickelten theoretischen Konzept geführt, das die hinter der Entstehung von städtischen Architekturen liegenden Dynamiken benennt und erklärt. Die Neuheit der Untersuchungssystematik und des daraus entwickelten theoretischen Modells zeigt sich deutlich vor dem Hintergrund der in den Kapiteln 1.1 bis 1.4 vorgestellten Suchbewegungen, die bislang in der Architektursoziologie verfolgt worden sind. Aufbauend auf diesen Ausführungen eröffne ich meine eigene Perspektive, welche die Stadt als Kontext in umfassender Weise in die architektursoziologische Untersuchung miteinbezieht (Kapitel 1.5 und 1.6). In Kapitel 2 erläutere ich nach einem Exkurs über den Weg, der mich zum Fallbeispiel „Jügelhaus" geführt hat, die methodologischen Grundlagen dieser Arbeit sowie das Forschungsdesign, das zur „Entdeckung" der städtischen Relevanzen und ihrer Bedeutung für die Entstehung städtischer Architekturen geführt hat.

1
Forschungsperspektiven auf das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft

Als Bernhard Schäfers 2003 zum ersten Mal seinen Band „Architektursoziologie“ veröffentlicht, stellt er im Vorwort fest, dass unter den „speziellen Soziologien […] die Architektursoziologie im deutschen Sprachraum keinen eigenständigen Stellenwert erhalten“ habe (Schäfers 2006: 9). Trotz des sogenannten „spatial turn“ Ende der 1980er bzw. Anfang der 1990er Jahre in den Kultur- und Sozialwissenschaften, der den lange Zeit in den Gesellschaftsbetrachtungen ausgeblendeten Raum als soziale bzw. kulturelle Größe in den Blick nimmt, blieben in soziologischen Betrachtungen Gebäude, Innenräume und Städte als besondere und „je eigene“ Raumform wie in den Jahrzehnten zuvor noch immer ausgeblendet. Im Zentrum des Paradigmenwechsels in den Kultur- und Gesellschaftswissenschaften stand zunächst ein abstrakter oder geographischer Raumbegriff (Schöttker 2011: 4), der dem Geschichtsdenken der Moderne ein postmodernes Gegengewicht zu geben versuchte (vgl. Döring/Thielmann 2008: 8). Erst in neuerer Zeit rücken auch Gebäude, Städte und Infrastrukturen in den Blick der kultur- und sozialwissenschaftlichen Fragestellungen. Innerhalb der Soziologie hat man sich nur zögerlich dem Verhältnis von Architektur und Gesellschaft genähert, auch wenn man innerhalb der Disziplin nicht von einer grundsätzlichen Ignoranz gegenüber Architekturen und gebauter Umwelt sprechen kann. Schon bei den Klassikern der Soziologie finden sich Überlegungen zum Verhältnis von Gesellschaft und physisch-materieller Umwelt, dennoch gibt es bis heute immer noch kaum Versuche, das komplexe Verhältnis theoretisch umfassend zu durchdringen. Empirische Studien bleiben in der Regel bruchstückhaft.

Bernhard Schäfers versteht unter Architektursoziologie die Untersuchung der „Zusammenhänge von gebauter Umwelt und sozialem Handeln unter Berücksichtigung der technischen, ökonomischen und politischen Voraussetzungen“ und schlägt vor, dabei folgende Aspekte zu berücksichtigen: klassen-, geschlechter- und kulturspezifische *Raumaneignungsmuster*, Deutung der gebauten *Symbolik* und ihrer Semantiken und Codierungen, *Wandel in der Architektursprache* und wie dieser mit den sozialen und kulturellen Entwicklungen zusammenhängt sowie die (soziale) *Praktik des Bauens*, um z.B. den Beruf des Architekten näher in den Blick zu nehmen (vgl. Schäfers 2006; 2009). Eine eigene theoretische Konzeption, die all das zu vereinen verspricht, legt Schäfers jedoch nicht vor und das gilt auch für die große Masse architektursozio-logischer Arbeiten, die sich sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene mit den jeweils genannten *Teilaspekten* befassen.

Dass das enge Verhältnis von Architektur und Gesellschaft in soziologischen Analysen lange Zeit nicht in seiner umfassenden Komplexität Beachtung gefunden hat, ist mitunter der Zurückhaltung geschuldet, die Dingwelt bzw. Artefakte analytisch wie auch begrifflich als Teile des Gesellschaftsgefüges zu fassen bzw. sie als an den Vergesellschaftungsprozessen beteiligt zu sehen. Seit ihrem Bestehen als wissenschaftliche Disziplin tendiert die Soziologie dazu, sich ausschließlich auf das „eigentliche" Soziale mit dem Fokus auf Interaktion und Kommunikation zwischen den sozialen Akteurinnen und Akteuren zu beschränken (vgl. Delitz 2009a) und „hat sich grundbegrifflich als Theorie reiner Sozialwelt den Zugang zu technischen und ästhetischen Artefakten als Kulturleistungen des Menschen weitgehend verbaut." (Eßbach 2001: 123) Glaubt man Heike Delitz, einer Vorreiterin in der architektursoziologischen Theoriekonzeption, bedürfe es für eine theoretische wie auch begriffliche Fassung des Verhältnisses von Gesellschaft zu Dingen und Artefakten „einer Neujustierung der allgemeinen Soziologie: einer Neujustierung der Grundbegriffe des Sozialen." (Delitz 2009a: 15) Delitz ist davon überzeugt, dass man „das Soziale" in der soziologischen Theorie grundsätzlich neu fassen müsse, und schlägt im Rahmen ihrer architektursoziologischen Theorie neu besetzte (Grund-)Begriffe vor. Einen anderen Weg beschreitet Silke Steets (2013), die auf ein gewinnbringendes Zusammenschließen vorhandener Perspektiven setzt und angeregt durch die wissenssoziologischen Überlegungen von Berger und Luckmann zu einer eigenen und neuen architektursoziologischen Konzeption kommt, ohne dafür etablierte Begriffe und Konzepte der Soziologie völlig auf den Kopf zu stellen, sie dafür aber in neuen Zusammenhängen denkt.

Das Interesse an der Untersuchung des Verhältnisses von Architektur und Gesellschaft hat in den letzten Jahren einen regelrechten Boom erlebt: In der Deutschen Gesellschaft für Soziologie gibt es inzwischen in der Sektion Stadt- und Regionalsoziologie eine Arbeitsgruppe „Architektursoziologie"; die Zahl der Publikationen und Monografien, die sich explizit mit diesem Thema auseinandersetzt, ist kontinuierlich gestiegen; inzwischen liegen ganz verschiedene Zugänge eines Miteinbeziehens der Architektur in die Untersuchung des Sozialen vor. Auch die Klassiker der Soziologie, die erste architektursoziologische Überlegungen *avant la lettre* vorgelegt haben, fanden in den letzten Jahren verstärkt Beachtung, wurden aufgegriffen und weiterentwickelt.[1] Auch wenn es auf Ebene der Theoriekonzeption immer noch Nachholbedarf gibt, erweist sich Bernhard Schäfers Befund, dass Architektursoziologie keinen eigenen Stellenwert habe, inzwischen als überholt. Im „Handbuch Spezielle Soziologien", 2010 von Georg Kneer und Markus Schroer

1 Siehe den Sammelband „Die Architektur der Gesellschaft" von Joachim Fischer und Heike Delitz: Hier denken Autorinnen und Autoren die architektursoziologischen „Keimlinge" der Klassiker weiter, um zu systematischen architektursoziologischen Analysen zu kommen (Fischer/Delitz 2009).

veröffentlicht, wird Architektursoziologie z.B. ganz selbstverständlich neben Arbeits- und Industriesoziologie, Bildungssoziologie, Familiensoziologie und all den anderen „gängigen" speziellen Soziologien genannt und beschrieben (Kneer/ Schroer 2010).

Was Architektur in der Gesellschaft eigentlich ist bzw. in welcher Weise beides miteinander verbunden ist, wird in den bestehenden architektursoziologischen Arbeiten ganz unterschiedlich betrachtet. Das ist vor allem der Theorien- und Methodenvielfalt innerhalb der Soziologie geschuldet. Je nach Perspektive auf die Mikro- oder die Makroebene des Sozialen, auf Handeln oder Struktur, auf Individuum oder Gesellschaft, Subjekt oder Objekt, und je nach Reichweite der Perspektive auf allgemeine Phänomene oder auf spezielle – die damit jeweils verbundenen Modelle und Methoden sind unzählig. Zur Systematisierung der verschiedenen Forschungsperspektiven, die analysieren, „wie Dinge oder Gebäude sinnhaft auf soziales Handeln beziehungsweise auf gesellschaftliche Strukturen bezogen sind" (Steets 2013: 14), schlägt Silke Steets vor, in drei Hauptherangehensweisen zu unterscheiden: (1) Gebäude können *als materialisierte Strukturen und Grundlage des Sozialen*[2] begriffen und analysiert werden oder aber man betrachtet (2) die *sinnhaften Modi des Umgangs mit Dingen bzw. Gebäuden*, die sich aus den handlungs- bzw. praxisorientierten Theorien ergeben; (3) jüngere poststrukturalistische Ansätze gehen von einer *unmittelbaren sozialen Effektivität der Dingwelt* aus. Steets hat in ihrem Bestreben „die Stärken der drei formulierten Hauptpositionen in *einem* Modell zusammenzuführen" (ebd.: 42, Hervorhebung TE) einen wissenssoziologischen Zugang herausgearbeitet, der wiederum nach dem *sinnhaften Aufbau der gebauten Welt* fragt und dem ich in der nachfolgenden Darstellung vorhandener Forschungsperspektiven einen besonderen Stellenwert geben möchte. Ich greife außerdem Steets' vorgeschlagene Systematisierung der verschiedenen Perspektiven auf und setze eigene Schwerpunkte. Auch wenn die nachfolgende Auswahl architektursoziologischer Perspektiven keinesfalls vollständig ist, illustriert sie wesentliche und wiederkehrenden Fragestellungen im Rahmen der Untersuchungen, die das Verhältnis bzw. die Verbindung von Architektur und Gesellschaft aufzudecken versuchen.

2 Silke Steets (2013) spricht in ihrer Diskussion bestehender architektursoziologischer Überlegungen bei einer der wichtigen Hauptperspektiven von Gebäuden als materialisierte Strukturen der Gesellschaft. Tatsächlich betrachten aber die Ansätze, die sie erläutert und die ich um einige andere Vertreter sowie um empirische Untersuchungen erweitert habe, die gebaute Welt immer auch als Grundlage von Vergesellschaftungsprozessen. Deshalb benenne ich diese Perspektive entsprechend anders als Steets.

1.1
Gebäude als Grundlage von Vergesellschaftsprozessen

Bereits bei den Klassikern der Soziologie finden sich Perspektiven, die eine Wechselseitigkeit im Verhältnis von Architektur und Gesellschaft annehmen, ohne gleichzeitig eine explizite architektursoziologische Theorie zu konzipieren. Dazu zählen z.B. die Überlegungen von Georg Simmel, von Norbert Elias, von den Schöpfern der „sozialen Morphologie“ (Durkheim und seine Schüler Mauss und Halbwachs) und von Karl Marx. Diese Soziologen gehen davon aus, dass sich gesellschaftliche Verhältnisse nicht einfach nur in den gebauten Strukturen und Architekturen „zeigen“, sondern dass das Gebaute maßgeblich das Gesellschaftliche mit beeinflusst bzw. bestimmte sozialen Strukturen überhaupt erst „funktionieren“ lässt. In den Blick rücken dabei die objektiven Sinngehalte, die sich in Architekturen manifestieren und wiederum auf das subjektive Bewusstsein einwirken. Aufbauend auf Elias oder Marx sind außerdem Rezeptionen entstanden, welche die jeweiligen Positionen weiterentwickelt haben.

In der von *Georg Simmel (1858-1918)* entfalteten Perspektive auf den Zusammenhang räumlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen wird das Soziale architektonisch im Raum „fixiert“: Gebäude versteht Simmel als stabilisierende „Drehpunkte“ sozialer Beziehungen (Simmel 1983: 472ff.), die zum Beispiel die Erinnerungen einer religiösen Gemeinschaft verstetigen oder soziale Über- und Unterordnungen legitimieren (Delitz 2009: 36). Simmel eröffnet weiterhin eine Perspektive, in welcher der Raum das Ergebnis sozialer und Gesellschaft wiederum das Resultat räumlicher Prozesse ist (vgl. Simmel 1983: 467). Bei den Betrachtungen zum Raum und zu den räumlichen Ordnungen der Gesellschaft setzt er sich zwar nicht konkret mit Architektur auseinander, stellt aber eine Wechselwirkung zwischen dem Raum und dem Sozialen fest. Unterschiede in den Formen der Vergesellschaftung sieht Simmel in einem engen Zusammenhang mit den jeweiligen Formen der Raumnutzung und Raumaneignung: Unterschiedliche Gesellschaften bringen unterschiedliche Räume hervor (vgl. Schäfers 2006: 32). Vielmehr als den Hinweis zur wechselseitigen Bedingtheit von Sozialem und Gebauten leisten Simmels Überlegungen allerdings nicht.

Hans-Paul Bahrdt (1918-1994) stellt in seinen Überlegungen zum Verhältnis von Gebautem und Sozialen und resultierend aus der Betrachtung der modernen Großstadt einen deutlichen Zusammenhang zwischen gesellschaftlicher Entwicklung und der Entwicklung von Bautypen her. Gerade in den Großstädten schreite die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre immer weiter fort und erfolge – nicht zuletzt aufgrund entsprechender baulicher Maßnahmen – in einer immer

deutlicher erkennbaren Form. Die Trennung von Wohnen und Arbeiten ermögliche es, dass an der Wohnungstür der private, d.h. ein von der Öffentlichkeit sorgfältig abgeschirmter Bereich, beginnt. Die fortschreitenden Veränderungen in Strukturierung und räumlicher Lokalisierung von Arbeit bereite mit den gleichzeitigen baulichen Entwicklungen im Grunde erst der Trennung von öffentlich und privat den Weg, was wiederum besondere Effekte auf das soziale Miteinander habe (Bahrdt/Herlyn 2006). Sozialisierung und Verhaltensregulierung erfolge deshalb auch *durch die Architektur*: Mit dem Baublock verfestige sich die „Polarität von Öffentlichkeit/Privatheit als Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft" und sei damit auch an der Erschaffung der bürgerlichen Subjekte und deren Form des Politischen beteiligt (Delitz 2009: 34). „Austragungsort" dieses Erschaffungsprozesses ist für Bahrdt die Stadt. Er betrachtet die Großstadt als Referenz für die parallele Entwicklung gesellschaftlicher wie auch baulicher Strukturen und legt seinen Fokus auf die objektiven Sinnstrukturen, die ihm zufolge von Architekturen verkörpert werden, indem sie das bürgerliche Subjekt, das erst in einer bestimmten räumlichen Umgebung richtig zur Entfaltung komme, mit erschaffe. Weiter baut Bahrdt seine Überlegungen allerdings nicht aus und bleibt bei der Beschreibung des von ihm angenommenen Zusammenhangs an der Oberfläche.

Etwas konkreter wird da *Norbert Elias (1897-1990)*, der für das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft sowohl konstituierende als auch stabilisierende Elemente diagnostiziert. In seinen Forschungsarbeiten interessiert sich Elias vor allem für die Verbindung von Individuum und Gesellschaft und in welchen Abhängigkeiten das Individuum steckt („Figurationssoziologie"; vgl. Elias 2000), aber auch, in welcher Weise sich gesellschaftlicher Wandel vollzieht („Prozess-" bzw. „Zivilisationssoziologie"; vgl. Elias 1997, 2000). Dabei entwickelt Elias den Gedanken, dass parallel zur Weiterentwicklung der Gesellschaft auch Architektur einem fortwährenden Entwicklungsprozess unterliegt. Elias Perspektive auf die physisch-materielle Umwelt, die räumliche Strukturen letztlich als das Ergebnis sozialer Prozesse versteht, verspricht für die Gesellschaftsanalyse einen Erkenntnisgewinn darüber, in welcher Weise das Gebaute an gesellschaftlichen Entwicklungen und damit an der Hervorbringung von Sinnstrukturen beteiligt ist.

Im Fokus seiner Untersuchung der höfischen Gesellschaft zur Zeit Ludwigs XIV. im 17. Jahrhundert befasst sich Elias mit dem Zusammenhang von Wohnverhältnissen und sozialen Strukturen (Elias 1975). Er entdeckt dabei, dass die Beziehungen der höfischen Gesellschaft sich in einer je spezifischen Anordnung der Räume widerspiegeln. In den Grundrissen der höfischen Wohnstätten werde die hierarchische Position und soziale Funktion des Hausbesitzers sofort erkennbar. Elias versteht „Wohnstrukturen als Anzeiger gesellschaftlicher Strukturen" und erkennt in der Architektur einen „höchst anschaulichen Zugang zum Verständnis bestimmter gesellschaftlicher Beziehungen" (Elias 1975: 71). In seiner Zivilisationstheorie

schließlich „repräsentiert die ›Architektur‹ ein professionelles Ordnungswissen und Gestaltungshandeln, um vorgefundene Räume respektive Raumsituationen zu gestalten." (Schubert 2009: 52) Das Material, indem die Menschen leben, erinnere sie weiterhin an ihre eigene soziale Position: Es ist ein – übrigens auch körperlich spürbarer – Unterschied, ob man in einem Palast lebend die großzügigen Herrschaftsgemächer bewohnt oder unter dem Dach eine beengte Dienstbotenkammer (vgl. Elias 1975: 68ff.). Das Gebaute sorge tagtäglich dafür, dass dem Einzelnen die eigene soziale Position buchstäblich vor Augen gehalten und in den Leib eingeschrieben wird. Wenn Elias Wohnstrukturen als „Anzeiger" gesellschaftlicher Strukturen bezeichnet, bedeutet das jedoch keineswegs, dass er Architektur als „passiven Ausdruck" versteht. In Elias Perspektive ist die Gesellschaft eine, „die sich im Modus des Anzeigens, des Repräsentierens überhaupt erst herstellt" (Steets 2013: 15).

Basierend auf Elias' Arbeiten zur Architektur als Teil des Zivilisationsprozesses sind verschiedene neuere Untersuchungen und Konzepte entstanden. Der Architekt und Soziologe *Peter R. Gleichmann (1932-2006)* hat zum Beispiel die „verschiedenen am Architekturprozeß beteiligten Menschen und Menschengruppierungen in ihren wechselnden Machtbalancen langfristig beleuchtet." (Weresch 1993: 27) Dabei verweist Gleichmann u.a. darauf, dass im zivilisatorischen Prozess auch Gebäude daran beteiligt seien, dass die Menschen Fremdzwänge in Selbstzwänge umwandeln, etwa indem sie gelernt haben, „ihre affektiven Impulse und ihr Verhalten entsprechend den symbolisch vermittelten Herrschaftsansprüchen der Bauten zu regulieren." (ebd.: 30) Die baulichen Veränderungen im Bereich des Wohnens, die zunehmende Entstehung spezieller Funktionsräume für die alltäglichen Lebensabläufe, wie etwa die Ausweisung abgesonderter Bereiche für das Schlafen und vor allem auch für die Körperhygiene, wie etwa Toiletten, führten zu veränderten Gefühlslagen, wie etwa aufkommende Peinlichkeits- und Schamgefühle (Gleichmann 2006: 132).

Herbert Schubert schlägt aufbauend auf Elias' Überlegungen eine empirische Architektursoziologie vor. In Anlehnung an Elias' „Triade der Grundkontrolle", über den sich der Entwicklungsstand von Gesellschaften bestimmen lasse (Elias 2000: 173), leitet Schubert ab, dass Architektur den sozialen Akteuren auf drei Ebenen Kontrolle ermögliche[3] (Schubert 2009: 52): (1) auf Ebene der „außermenschlichen

3 Schubert verzichtet vollständig auf die Übernahme der Ebenen-Benennung, wie sie Elias vorgenommen hat und nutzt das Konzept sehr frei. Zur besseren Veranschaulichung habe ich Elias' Formulierungen in Anführungszeichen und Schuberts Ebenenbezeichnung kursiv gesetzt. Elias hat die Triade im Original wie folgt beschrieben: „Der Entwicklungsstand einer Gesellschaft lässt sich bestimmen 1. nach dem Ausmaß ihrer Kontrollchancen über außermenschliche Geschehenszusammenhänge, also über das, was wir etwas unscharf als »Naturereignisse« bezeichnen; 2. nach dem Ausmaß ihrer Kontrollchancen über zwischenmenschliche Zusammenhänge, also über das, was wir gewöhnlich als »gesellschaftliche Zusammenhänge« bezeichnen; 3. nach dem Ausmaß der Kontrolle jedes einzelnen ihrer Angehörigen über sich selbst als ein Individuum, das, wie abhängig

Geschehenszusammenhänge“ (Elias) diene Architektur dem Menschen als Schutz vor Naturereignissen und sei damit Zeichen der Beherrschung der Naturgewalten durch die Gestaltung baulicher Konstruktionen und repräsentiere *Technologieentwicklung (Schubert)*; (2) auf der „zwischenmenschlichen Ebene“ (Elias) leiste Architektur einen „Beitrag zur baulichen Symbolisierung und räumlichen Strukturierung der gesellschaftlichen Verhältnisse“ und verkörpere deshalb „den Entwicklungsstand und die Differenzierung der Gesellschaft“, d.h. den Stand der *Zivilisierung* (*Schubert*); (3) auf Ebene der *Psychogenese (Schubert)* wiesen Architekturprodukte „den Individuen ihren gesellschaftlichen Patz im Raum zu und sozialisierten sie über die Gestaltung von gesellschaftlich determinierten Restriktionen gebauter Räume“ (Schubert 2009: 52) und hätten damit Anteil an der „Selbstkontrolle der Individuen“ (Elias).

Schubert entwickelt in zwei verschiedenen Aufsätzen (Schubert 2005, 2009) ein „Mehrebenenmodell […], das gebaute Manifestationen und ihre Planunterlagen als Gegenstände der soziologischen Erfahrungsbildung erschließt.“ (Schubert 2005: 1) Der Soziologe hat sich im Vorfeld mit Sozialraumanalysen befasst und gemeinsam mit Marlo Riege einen Sammelband zur Methodenvielfalt dieses Untersuchungsbereichs herausgegeben (Riege/Schubert 2002). Die in der Sozialraumanalyse vorkommende Methodenvielfalt hat Schubert sicherlich dazu angeregt, auch bei der Konzeption zur Untersuchung des Verhältnisses von Architektur und Gesellschaft ein breites Spektrum an Faktoren in die Analyse mit einzubeziehen.

Mit seiner „Soziologischen Mehrebenen-Architekturanalyse“ könnten „Architekturprodukte und die Figurationen des Produktions- sowie Nutzungsprozesses im mikrosozialen Kontext des räumlichen Nahbereichs, aber auch im mesosozialen Kontext größerer zusammenhängender Siedlungsbereiche sowie im makrosozialen Kontext von nationalen und globalen Siedlungstypologien […] untersucht werden.“ (Schubert 2009: 57f.) Architektur sei demzufolge auf verschiedenen Ebenen empirisch zu analysieren: „die physikalischen und organisatorischen Ebenen, auf denen sich reziproke und polare Abhängigkeiten abbilden; die funktionalen und ökonomischen Ebenen, auf denen die Produkte der Architektur selbst im Blickpunkt stehen; die figurative Ebene, auf der die gesellschaftlichen und psychischen Dispositionen von Menschen zur Geltung kommen; und die Ebene der Symbole.“ (Schubert 2009: 58) Von besonderem Interesse sind für Schubert dabei immer auch die Machtstrukturen, die sich in Architekturen zeigen bzw. durch Architekturen ermöglicht werden.

Am Fallbeispiel der JVA Sehnde bei Hannover veranschaulicht Schubert, wie eine an Elias angelehnte *empirische* Architektursoziologie aussehen könnte. Die auf

---

es immer von den anderen sein mag, von Kindheit an lernt, sich mehr oder weniger selbst zu steuern.“ (Elias 2000: 173)

seinem Konzept der Mehrebenen-Analyse basierende Studie war aufgrund der Einbeziehung sehr vielfältiger Aspekte für die vorliegende Arbeit durchaus anregend und soll deshalb etwas genauer in den Blick genommen werden. Schubert berücksichtigt in seiner Analyse auch die räumliche Lage der JVA, die am Rande der Stadt in einem Gewerbegebiet auf dem Boden eines stillgelegten Kalibergwerks erbaut wurde, und bezieht eine Vielzahl weiterer zu untersuchender Aspekten mit ein, wie z.B. die in den Staatsdienst eingebundenen Architekten; die bauliche Umsetzung und die dabei involvierten Akteurinnen; die architektonische Gestaltung des Gefängnisses mit seiner inneren Organisation und der Gestaltung der Innenräume, der Fassaden wie auch des Außenraums unter Berücksichtigung der eingesetzten Materialien und Formen; die räumliche Platzierung und Verteilung von Häftlingen, Überwachungsbeamten und der weiteren im Strafvollzug tätigen Expertinnen (wie z.B. Psychologen, Sozialarbeiterinnen, Lehrer, Verwaltungsfachangestellte); die historische Entwicklung des Bautyps „Gefängnis“. Dabei kommt er u.a. zu dem Ergebnis, dass sich die Gefängnis-Architektur in einem Wandel befinde, der mit dem gesellschaftlichen Zivilisationsprozess korrespondiere und sich die Veränderungen bei den Zielsetzungen im Strafvollzug auch in einer entsprechend anderen Raumgestaltung zeigten (Schubert 2009: 74):

„Das Architekturprodukt Gefängnis macht [...] nicht mehr so stark wie in früheren Gefängnisarchitekturen die Bedeutung von Regelverletzung in der Gesellschaft und den normativen Umgang der Gesellschaft mit der Normabweichung sichtbar. Es befindet sich nicht mehr als »abschreckende Architekturgeste« im Zentrum der urbanen Agglomeration, sondern verschwindet exkludiert in der regionalen Peripherie, nicht zuletzt damit die Input- und Outputströme der Wirtschaftsverkehre reibungslos laufen können. Durch die Unterwerfung des Gefängnisses unter ökonomische Zwänge und Abhängigkeitsketten nimmt die architektonische Raumgestaltung die Gestalt einer besonderen gesellschaftlichen Integrationsform an: Im untersuchten Beispiel bringt die Architektur in räumlich miniaturisierter und schematischer Form die gesellschaftlichen Bereiche der Produktion und Reproduktion zusammen. Die Differenzierung von Gestalt und Raumprogramm in private und berufliche Bereiche der bürgerlichen »Berufsgesellschaft« wird im Gefängnis zum prägenden Prinzip der Raumstrukturierung. Das Spannungsverhältnis von individuell gestaltbaren Wohnräumen und kollektiv genutzten Industriebauten für die Produktion wird als räumliches Setting der »Re-Sozialisierung« gewählt. Die reduzierten Maßstäbe der Hafträume transportieren Informationen über den Rang der inhaftierten Bewohner. Sie werden zwar als zu zivilisierende Individuen anerkannt, zugleich dokumentiert die Schlichtheit der architektonischen Gesten die niedrige gesellschaftliche Lage der Inhaftierten. Auf der anderen Seite spiegelt der überdimensionierte Maßstab der Produktionshallen die Einbettung in ökonomische Zwänge und damit verbunden den hohen Stellenwert des wirtschaftlichen In- und Outputs im modernen Gefängnis. Die differenzierte Durchbildung des Äußeren zur Repräsentanz beider Funktionen stellt das Gefängnis nicht mehr als einen Ort des Ausschlusses dar, sondern als einen gesellschaftlich anerkannten Ort wirtschaftlicher Aktivität unter staatlicher Kontrolle.“ (Schubert 2009: 75)

Weniger kurz gefasste bzw. weitere Studien, die nach der vorgeschlagenen Methodik konzipiert sind, legt Schubert nicht vor. Seine umfassende Einbeziehung nicht nur rein „sozialer“ Aspekte, sondern auch des Materials, der Entstehungsbedingungen und der räumlichen Platzierung des betrachteten Bauwerks haben die Konzeption meiner eigenen Untersuchung in besonderem Maße angeregt, auch wenn die Schlüsse, die Schubert aus seiner umfänglichen Einbeziehung unterschiedlichster Faktoren zieht, teilweise zu kurz gegriffen erscheinen (was sicherlich auch der relativen Knappheit der Studie als Beispiel für einen Sammelband-Artikel zuzuschreiben ist wie auch der Spezifik des untersuchten Gebäudes). Schubert legt den Fokus vor allem auf die Aspekte der Kontrolle und der Figurationen sowie den damit verbundenen Machtbalancen, die in und durch die JVA ermöglicht werden. Der Kontroll- und Disziplinierungsaspekt dominiert in seinen Betrachtungen, da er 1. eine Architektur ausgewählt hat, die *per se* als Gebäude der Kontrolle konzipiert ist und er 2. durch einen starken Bezug zu Foucault und seinen Ausführungen in *„Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses“* nochmals den Aspekt der kontrollierenden Disziplinierung durch Gefängnisarchitekturen hervorhebt. An einem weniger plakativen Beispiel hätte man ggf. zeigen können, dass die subtilen Mechanismen, die Schubert durch seine Analyse aufzudecken glaubt, auch in anderen Gebäudetypen wirksam sein können. Ergänzend möchte ich darauf hinweisen, dass Elias „Kontrolle“ nicht, wie in Schuberts Lesart, ausschließlich im Sinne von Disziplinierung und Kontrolle der Einzelindividuen gemeint ist, sondern auch die Aneignungsprozesse des Lebensumfelds durch die Menschen meint.

Die Schlüsse, die Schubert aus der (sehr knappen) Betrachtung des sozialen und physisch-materiellen Umfelds der untersuchten Architektur zieht, hätten außerdem noch weiter gefasst werden können. Sicher: Gefängnisarchitekturen sind absichtsvoll Architekturen der Ab- bzw. Ausgrenzung. Dennoch sind sie in der Welt nicht unsichtbar und es bleibt zu fragen, was es mit der Stadt Sehnde bzw. mit genau dieser Stadtgesellschaft „macht“, dass an ihrem Rand eine Justizvollzugsanstalt entsteht. Es bleibt offen, warum ausgerechnet dort eine solche Einrichtung entstanden ist und nicht woanders bzw. am Rande einer anderen Stadt: Was prädestiniert Sehnde gegenüber anderen Standorten? Und: Welche sozialen Auswirkungen hat es auf die Stadt, dass im Gewerbegebiet diese Einrichtung entstanden ist? Was „macht“ die JVA mit den Menschen, die in Sehnde leben bzw. arbeiten? Und macht es für eine Stadtgesellschaft überhaupt einen Unterschied, wenn am Stadtrand eine JVA entsteht? Wenn ja: welchen?

Bei Schuberts Betonung, dass Justizvollzugsanstalten bzw. Gefängnisarchitekturen heute so gut wie möglich „unsichtbar“ bleiben sollen, stellt sich auch die Frage, wie die Aktivitäten des seit 2002 bestehenden „Fördervereins der Justizvollzugsanstalt Sehnde“ zu bewerten sind, der sich der Aufgabe verschrieben hat, das Verhältnis „zwischen der Öffentlichkeit, den Inhaftierten und den Mitarbeitern der

Justizvollzugsanstalt Sehnde“ zu vermitteln sowie die Kriminalprävention zu fördern (Justizvollzuganstalt Sehnde 2015). Auf der Webseite der JVA ruft der Förderverein u.a. dazu auf, „Maßnahmen der Straffälligenhilfe in ihrer Gemeinde/ Stadt“ zu fördern und „Entlassenen durch Bereitstellung von Wohnung und Arbeit“ zu helfen (ebd.). Das soziale und physisch-materielle Umfeld „Stadt“, welchen Einfluss es für die Bedeutungskonstitution des betrachteten Gebäudes hat und umgekehrt, welchen Effekt die Existenz einer JVA am Stadtrand für das Selbstverständnis der in Sehnde Lebenden und damit auch für zukünftige Entscheidungen hat, spielt in Schuberts Betrachtung ganz offensichtlich eine absolut untergeordnete Rolle. So bleibt die Bedeutung der JVA für die Stadt Sehnde völlig offen.

Zurück zu den architektursoziologischen Betrachtungen *avant la lettre.* Während die vorgenannten Soziologen das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft ausgehend von räumlichen Situationen entwickeln und bei Simmel der Zusammenhang eher in den Randlagen seiner Überlegungen zu finden ist, befasst sich *Émile Durkheim (1858-1917)* sehr viel grundsätzlicher mit der Dingwelt und ihrer Bedeutsamkeit für das Soziale. In seiner „sozialen Morphologie“ zählt Durkheim Artefakte (und ausdrücklich auch gebaute Artefakte) zu den sozialen Tatbeständen, d.h. zu den integrierenden Bestandteilen der Gesellschaft. Die räumlich-physische Ordnung der Welt stehe „dem Individuum ebenso *äußerlich, unabhängig, allgemeingültig* und *zwanghaft* gegenüber wie institutionalisierte Denk- und Handlungsweisen oder Moralvorstellungen.“ (Steets 2013: 16, Hervorhebung im Original) Die Dingwelt, die auch die Bauweise der Städte und der Häuser umfasst, wirke deshalb „direkt oder indirekt auf alle sozialen Phänomene“ ein (Durkheim zit. in Delitz 2009: 25). Durkheims Schüler Marcel Mauss und Maurice Halbwachs vertiefen mit ihren Studien und Betrachtungen diese Sichtweise. Die Eskimostudie[4] von *Marcel Mauss (1872-1950)* z.B. veranschaulicht, wie in der Gesellschaft der Inuit das Materielle die sozialen Abläufe maßgeblich beeinflusst. Die sehr unterschiedlichen Behausungen im Winter und im Sommer bewirken erhebliche Veränderungen auch im sozialen Miteinander. Im Winter leben die Inuit auf engstem Raum in Häusern, die um ein Versammlungshaus gedrängt sind, im Sommer in weit verstreuten Zelten. Die grundlegend unterschiedlichen Architekturen bringen laut Mauss gänzlich unterschiedliche Gesellschaften hervor (Delitz 2009: 43f.). Eine sich an die Studie anschließende theoretische Ausführung bietet Mauss jedoch nicht an.

4 Veröffentlicht in der von Durkheim u.a. herausgegebenen Zeitschrift l'Année Sociologique (Band IX, 1904-1905). Um den eindeutigen Bezug zu Mauss‘ Studie herstellen zu können, spreche ich von der „Eskimostudie“, obwohl „Eskimo“ („Rohfleischesser“) als Kolonialbegriff problematisch ist. Der politisch korrekte Ausdruck ist die Selbstbezeichnung „Inuit“ (Mensch) (vgl. Steets 2013: 17).

Der Durkheim-Schüler *Maurice Halbwachs (1877-1945)* interessiert sich bei der Betrachtung der physisch-materiellen Welt als Grundlage des Gesellschaftlichen vorwiegend für die „Repräsentation“ und die „Einprägung“ des Sozialen in der Architektur und stellt deren sozial-kohäsive Funktion in den Vordergrund: „Die Gesellschaft prägt sich immer in die materielle Welt ein, und das menschliche Denken findet hier, in solchen Vorstellungen, die ihm durch ihre räumliche Verfassung zufließen, Regelmäßigkeit und Standsicherheit – fast wie der einzelne Mensch seinen Körper im Raum wahrzunehmen lernt, um im Gleichgewicht zu bleiben.“ (Halbwachs 2002: 22) Das gebaute Umfeld einer sozialen Gruppe, Gebäude, Häuser, Straßen und Plätze, geben als permanente bzw. dauerhafte Bezugspunkte des alltäglichen Handelns und Miteinanders „ein Gefühl der Regelmäßigkeit und Stabilität inmitten einer sich permanent im Fluss befindlichen Gesellschaft“ (Steets 2010: 176). Damit realisiere sich über das Räumlich-Materielle eine Selbstvergewisserung im doppelten Sinne: Die Gesellschaft gebe sich durch das Gebaute und die Dingwelt eine Gestalt, die wiederum der Gesellschaft Halt gebe (vgl. Halbwachs 1985). Halbwachs wurde in architektursozilogischen Ansätzen bislang allenfalls rudimentär aufgenommen und weiterentwickelt. Sein Konzept des „kollektiven Gedächtnisses“, bietet jedoch Anschlussmöglichkeiten, die Architekturen einer Stadt als Bestandteile eines städtischen kollektiven Gedächtnisses zu fassen, das wiederum die Sinnkonstitutionen für Gebäude maßgeblich beeinflusst. In Kapitel 1.6 führe ich diese Überlegung detaillierter aus.

Eine breitere Rezeption in der architektursoziologischen Diskussion hat *Karl Marx (1818-1883)* erfahren. Marx versteht die Dingwelt als „geronnene, sedimentierte Form des Sozialen, allerdings – und das setzt ihn entscheidend von Durkheim und seinen Schülern ab – eine zutiefst ideologieverdächtige. Denn die Dingwelt seiner Zeit ist eine Warenwelt, das heißt, eine auf der Basis der kapitalistischen Produktionsweise entstandene Dingwelt.“ (Steets 2013: 21) Die kapitalistische Produktionsweise führe dazu, dass der Mensch vom Produkt seiner Arbeit entfremdet werde und seine eigentlichen Wert- und Sozialverhältnisse nicht mehr erkennen könne. Die Warenwelt – als ein Ergebnis dieser Produktionsweise – verschleiere deshalb, dass sie eine von den Menschen gemachte Welt ist. Da jeder Ware ein „Fetischcharakter“ anhänge, müsse es darum gehen, in einer kritischen Analyse die realen, d.h. hinter den Waren liegenden, Wertverhältnisse freizulegen (vgl. Marx 1977: 86f.).

In der neomarxistischen *New Urban Sociology* betrachtet man „das Waren produzierende Zusammenspiel von Grundstückseigentümern, »land developers, property companies, financial institutions, building contractors [and] speculative housebuilders« mit dem Konsumverhalten potenzieller Bewohnerinnen und dem Staat als zentraler Planungsinstitution und Großinvestor. Das Resultat dieses Zusammenspiels zeige sich in der Form der gebauten Umwelt, welche als »Architektur«

fetischisiert wiederum zum Überbauphänomen werde, in dem sich die gesellschaftliche Basis verdingliche." (Steets 2013: 22) Im Fokus der New Urban Sociology stehen unter anderem die sozialen und die gebauten Strukturen der Stadt, die nicht „aus sich heraus", sondern in ihrem gesamtgesellschaftlichen Zusammenhang zu analysieren seien. In den Blick geraten dabei allerdings nicht allein kulturelle und soziale Aspekte, sondern vor allem die politischen und ökonomischen Bedingungen. Auch wenn diese in erster Linie auf den städtischen Raum und die sich dort zeigenden Machtverhältnisse bezogene, sehr heterogene Forschungsrichtung keine in sich geschlossene Theorie anbietet und von vielen Seiten Kritik erfahren hat, u.a. weil man die Stadt als Arena für antikapitalistische Bewegungen konzipiert und in den aufkommenden Bürgerinitiativen empirische Belege sieht (vgl. Häußermann/Siebel 2004: 98f.; 124f.), geben die in diesem Kontext entstandenen Studien den wichtigen Anhaltspunkt, bei der Untersuchung städtischer Architekturen in besonderer Weise den politisch-ökonomischen Aspekten Rechnung zu tragen: „Nicht die Pläne und Leitbilder der Stadtplanung bestimmten hauptsächlich die Struktur und Entwicklung der Städte, sondern […] vor allem die politischen und ökonomischen Bedingungen." (ebd.: 125)

Einen besonderen Einfluss auf die Stadtforschung hatte der marxistische Soziologe und Philosoph *Henri Lefèbvre (1901-1991)*. Ausgehend vom Historischen-Materialismus entwickelte er eine Theorie zur „Produktion des Raums" (Lefèbvre 1991), in der er sich auf revolutionäre Weise mit dem Raum auseinandersetzt – ähnlich, wie Marx sich dereinst der Ökonomie zuwandte (vgl. Schmid 2005: 204). Dabei bricht Lefèbvre mit der seinerzeit (und bis heute immer noch teilweise hartnäckig) etablierten Vorstellung, dass Raum ein „Ding an sich" sei und konzipiert ihn als ein soziales Produkt. „Produktion" wiederum bedeutet für Lefèbvre immer einen gesellschaftlichen bzw. kollektiven Prozess. Gebaute Umwelt ist dann – vermittelt über den Raum – ein verdinglichtes Resultat gesellschaftlicher Produktionsweisen. Das Wechselspiel von Gesellschaft und gebauter Umwelt betrachtet Lefèbvre als ein dialektisches Verhältnis: Architektur sei nicht nur das Ergebnis der gesellschaftlichen Produktionsweise, sondern sie reproduziere diese zugleich (Lefèbvre 1991: 31). Die warenzentrierte Vergesellschaftung kondensiere sich in der Architektur (vgl. Delitz 2009a: 46). Im kapitalistischen, d.h. warenförmigen Raum träten aufgrund der in ihm auftretenden gegenläufigen Tendenzen und Erscheinungen Widersprüche hervor, die sich in Form von bestimmen Trennungen bzw. Verbindungen sowie der Vorgabe sozialer Rhythmen und spezifischen Konflikten zeigten. Gleichzeitig eröffne sich die Möglichkeit zur Produktion alternativer Räume. So brächten widerständige Raumaneignungen und Alltagpraktiken auch ein gesellschaftliches Veränderungspotential mit sich (vgl. Stanek 2011).

Bevor Lefèbvre zu seinem umfangreichen Raumkonzept gekommen ist, führte er zahlreiche Forschungsprojekte in den 1950er Jahren sowie „studies of the practices of dwelling“ in den 1960er und frühen 1970er Jahren durch. Aufbauend auf diesen Studien entstanden Lefèbvres theoretischen Konzeptionen (Stanek 2001: 81). Lukasz Stanek bringt in seinem Buch *„Henri Lefebvre on Space: Architecture, urban research, and the production of theory”* (Stanek 2011) die theoretischen Arbeiten Lefèbvres mit seinem empirischen Schaffen zusammen. Exemplarisch soll hier nur die Studie *L'habitat pavillonnaire* aus dem Jahr 1966 Erwähnung finden. Lefèbvre und andere untersuchten in verschiedenen französischen Städten einen Bautyp, den sie *pavillon* nennen: ein Vorort-Wohnhaus mit Garten und Gegenentwurf sowohl zum Massenwohnhaus der Stadt als auch zum Bauernhaus. In Frankreich bezeichnete man diese Bauweise in den wissenschaftlichen bzw. in politischen Kreisen und in den Medien als anti-modern oder kleinbürgerlich, als unzeitgemäß oder gar als egoistisch, wenn nicht sogar als unpatriotisch. Trotz dieses „Verrisses“ auf einer diskursiven Ebene begehrten Mitte der 1960er Jahre 82 Prozent aller Franzosen genau ein solches Haus. In der Studie kam man deshalb zu der Vermutung, dass „the preference stems from the house lending itself to a set of practices that were not supported by the rigid layout of the collective housing estates as built in the mid-1960s.” (Stanek 2011: 83) Jenseits der Diskurse, in denen Experten und Expertinnen glaubten, eine “korrektere” Wahl der idealen französischen Wohnung zu kennen, traten widerständige Raumaneignungen auf, die Lefèbvre unter anderem zu einer Kritik der Konzepte von „Nutzen“ und „Funktion“ innerhalb der Architekturprofession führten sowie zu einer Kritik der modernen Architektur, der funktionalen Stadt und der Charta von Athen (ebd.). Die konkrete Bauform bzw. die spezifische Materialität der bewohnten Welt findet in Lefèbvres Studien und in seinen theoretischen Ausführungen zur Raumproduktion aber keine Beachtung, da Lefèbvres sich in erster Linie für die *Produktionsbedingungen* des Raums interessiert. Für die vorliegende Arbeit hat die Pavillon-Studie die Aufmerksamkeit darauf gelenkt, dass die Diskurse von Expertinnen und Experten dazu tendieren können, nicht das, was tatsächlich ist, in den Vordergrund zu stellen, sondern vor allem das, was sein soll.

1.2
Die sinnhaften Modi des Umgangs mit Dingen und Gebäuden

Eine ganz andere Perspektive auf das Verhältnis von Architektur und Gesellschaft ergibt sich, wenn man sich den Bedeutungszuschreibungen zuwendet, die im Gebrauch von Dingen erfolgen. Untersuchungen mit diesem Fokus setzen ihre Analyse nicht im Gebäude selbst an, sondern der soziale Sinn eines Gebäudes wird in der Art des Umgangs mit ihm vermutet, der je nach Theoriemodell unterschiedlich konzipiert wird. Für meine eigene Untersuchung haben diese Perspektiven abgesehen von den Überlegungen Pierre Bourdieus und Paul Jones' nur wenig Anregung liefern können, da die mir zur Verfügung stehende Datenlage die Einnahme von Perspektiven, wie sie George Herbert Mead oder Erving Goffman vorschlagen, nicht erlaubt haben.[5] Überträgt man die zuletzt genannten Ansätze auf die soziologische Untersuchung von Architekturen, steht die konkrete Umgangsweise mit dem Gebauten im Vordergrund. Im Gegensatz dazu befassen sich Bourdieu und Jones damit, wie die Symbolwirkung von Architekturen überhaupt zustande kommt.

Pierre Bourdieu (1930-2002) fasst die Dingwelt als „ein materialisiertes Resultat symbolischer Aushandlungsprozesse" auf (ebd.: 33). Der soziale Raum habe die Tendenz, „sich mehr oder weniger strikt im physischen Raum in Form einer bestimmten distributionellen Anordnung von Akteuren und Eigenschaften niederzuschlagen." (Bourdieu 1991: 26) Weiterhin spiegele sich die soziale Position einer Person in ihrer jeweiligen Lokalisierung in der Welt der Dinge, die eben auch die gebauten Strukturen und Architekturen umfasst. Eine hierarchisierte Gesellschaft habe deshalb immer auch einen hierarchisierten Raum zur Folge und die Beharrungskraft sozialer Strukturen beruhe zutiefst auf deren Einschreibung in den Raum. Für Bourdieu ist die gebaute Umwelt eine der zentralen Arenen symbolischer Machtkämpfe sowie „einer der Orte, an denen Macht sich bestätigt und vollzieht, und zwar in ihrer sicher subtilsten Form, der symbolischen Gewalt als nicht wahrgenommener Gewalt." (ebd.: 27) Architektur betrachtet Bourdieu deshalb als eine wesentliche Komponente gesellschaftlicher Machtverhältnisse und als wichtiges Element der Symbolik der Macht, „deren stumme Gebote sich unmittelbar an den Körper richten" (ebd.: 28) und die den Einzelnen immer an seine soziale Position erinnern. Eine waschechte Grand Dame wird sich durch das vornehme Wohnviertel deshalb mit weitaus größerer Selbstverständlichkeit bewegen als ein Monteur – der sich dort vermutlich auch niemals ansiedeln wird, allein schon der für ihn viel zu hohen Mieten wegen. Der soziale Status eröffnet den Menschen also

5 Ausführlicher dazu Steets (2013).

jeweils unterschiedliche Möglichkeiten der Raumaneignung und der Besetzung des Raumes. Die Möglichkeiten sind umso größer, je mehr soziales, ökonomisches, kulturelles und symbolisches Kapital eine Person hat. Kapitalbesitz im Bourdieu'schen Sinne bedeutet deshalb immer auch „Verfügungsmacht über Raum" (ebd.: 31). Diese Verfügungsmacht kristallisiert sich schließlich in entsprechenden Architekturen und in Raumstrukturen, die ein- oder eben aber auch ausschließende Effekte haben.

Architektursoziologische Studien aus den letzten Jahren haben Bourdieus Überlegungen auf unterschiedliche Weise in ihre Analyse mit eingebaut. So untersucht zum Beispiel *Paul Jones* in einer diskursanalytischen Studie Architekturen bzw. insbesondere *landmark buildings*[6] auf ihre symbolischen Dimensionen (Jones 2011). Jones zu Folge geben sie als Symbole für das Soziale diesem eine Form und tragen damit zu dessen Konstituierung bei. Jones argumentiert, dass es die Bauten mit besonderer ikonographischer Wirkung seien, die einen besonderen Effekt auf die Formierung und Mobilisierung kollektiver Identitäten wie etwa die der „Nation" haben.[7] Abgesehen von den landmark buildings tritt die übrige gebaute Umwelt in Jones Betrachtungen allerdings völlig in den Hintergrund, die Einbettung in einen *spezifischen* räumlich-materiellen Kontext berücksichtigt er nicht. Im Zentrum seines Erkenntnisinteresses stehen vielmehr die politischen, ökonomischen, kulturellen und letztlich symbolischen Aushandlungsprozesse, die in repräsentativen Architekturen ihren Ausdruck finden und zur Formierung kollektiver Identitäten beitragen. Dabei verfolgt er die soziologische Grundfrage, wie Macht in die kulturelle Sphäre hinein sozialisiert wird und was die Voraussetzungen dafür sind, dass Machtstrukturen als „natürliche" erscheinen.

Architektur ist Jones zufolge ein kulturelles Produkt, das nur dann verstanden werden könne, wenn man dessen Entstehung in seinem jeweils besonderen sozialen, ökonomischen und kulturellen Rahmen betrachtet. Für Jones ist Architekturproduktion stets mehr, als eine reine Praxis autonomer Formgebung: Sie ist eine tief in der sozialen Ordnung verwurzelte *politische* Praxis (ebd.: 166). Architekten und insbesondere Stararchitekten komme in dieser Praxis eine besondere Rolle als kulturelle Elite zu, die in klaren politisch-ökonomischen Kontexten arbeitet und die gemeinsam mit Politikern und weiteren an der Architekturproduktion beteiligten Akteuren maßgeblich daran mitwirke, die *soziale Bedeutung* eines Gebäudes mit zu formen (ebd.: 167f.). Damit sieht Jones die fachlichen und politischen Diskurse als maßgeblich an den Sinnkonstitutionen beteiligt. Eine solche Beteiligung

6 Z.B. der Millenium Dome in London von Richard Rogers, Daniel Libeskinds Masterplan für Ground Zero, das Projekt Brussels Capital of Europe von Rem Koolhaas und Jean Nouvel und die Rekonstruktion des Berliner Reichstags von Norman Foster (Jones 2011).

7 Auch ein Aufsatz von Christine Hannemann und Werner Sewing verweist darauf, dass Architekturen bedeutsam bei der Erschaffung von Identitäten sind – allerdings in Bezug auf Städte und deren Selbstdarstellung (Hannemann/Sewing 1998).

ist auch im Diskurs um die Entstehung des Jügelhauses zu beobachten. Auch wenn über den Architekten Ludwig Neher und seine grundlegenden Ideen zum Entwurf des Jügelhauses nichts Substantielles zu recherchieren war, zeigt sich im hier interessierenden Untersuchungsfall, dass man innerhalb der städtischen (politischen) Elite Frankfurts die besondere Bedeutung des Jügelhauses für die Stadt diskursiv herauszustellen versuchte. In der Studie zum Jügelhaus zeigt sich weiterhin, dass auch die Standortwahl bei der Sinnkonstitution bedeutsam war – ein Aspekt, der in Jones Untersuchungsperspektive allerdings unberücksichtigt bleibt. Die Materialität einer Stadt und die an sie gebundenen Sinnsetzungen spielen bei Jones' Betrachtung der landmark buildings keine Rolle, sondern maßgeblich sind allein die „Architekturproduzenten". Mit meiner Fallstudie zum Jügelhaus kann ich diese Perspektive aufweiten.

1.3
Die soziale Effektivität der Dingwelt

In poststrukturalistischen Ansätze zum Verhältnis von Architektur und Gesellschaft steht die Materialität des Gebauten im Mittelpunkt der Betrachtung. Architekturen gesteht man dort explizit eine „soziale Effektivität" zu (vgl. Delitz 2010). Dem menschlichen Körper, über den sich das Gebaute den Einzelnen vermittelt, wird ebenfalls eine besondere Aufmerksam zuteil. Obwohl mit der Erweiterung der Perspektive auch auf das Somatische der Schluss naheliegt, dass auf diese Weise ein komplexeres Wechselspiel aus Sozialem und Gebautem herausgearbeitet wird, wirken die Architektur-Nutzerinnen und -Nutzer in den verschiedenen poststrukturalistischen Ansätzen oftmals erstaunlich unbeteiligt. Bei *Joachim Fischer* sind sie „eher die passiven »Gleiter« der expressiven Baukörper als deren aktive Leser oder Nutzer, ihre »Wahrnehmung und Bewegung gleitet an den Baukörpern entlang, schlüpft in sie hinein und wieder hinaus – und dabei gleitet die architektonische Sinnofferte beiläufig in die Menschen hinein« […]." (Joachim Fischer zit. in Delitz 2010: 69)

Auch bei einem der bekanntesten postrukturalistischen Denker, *Michel Foucault (1926-1984),* erscheinen die von ihm untersuchten Architekturen, wie etwa Schulen, Krankenhäuser, Kasernen, Gefängnisse und weitere „Disziplinareinrichtungen", als Maschinerien, denen sich die Menschen zwangsläufig fügen müssen, indem sie eine räumlich organisierte Art der Zurichtung und Disziplinierung ihrer Körper durchlaufen. Widerständige Prozesse der Aneignung geraten nicht in den

Blick, sondern ausschließlich die von diesen Architekturen ausgehende „disziplinierende Gewalt“. Diese Perspektive ist dem besonderen Analysefokus Foucaults geschuldet: Ihn interessiert insbesondere, wie die Mechanismen der Macht funktionieren. So beschreibt Foucault in *„Überwachen und Strafen“*, wie sich im Lauf des 18. Jahrhunderts zunehmend Machttechniken etablieren, die darauf ausgerichtet waren, ein produktives, steuerbares und gezielt einsetzbares Individuum zu konstituieren. Zur Erreichung dieses Ziels spielten spezifische, eigens dafür erdachte Architekturen eine bedeutende Rolle: In Kasernen, Gefängnissen, Schulen, Irrenanstalten und Fabriken waren die Räume so konzipiert, dass die Menschen zu „gelehrigen“ Subjekten werden. In ihnen erkennt Foucault die Geburtsstätten der Disziplinargesellschaft (Foucault 1977).

Die Ausübung von Macht entfaltet sich Foucault zu Folge über spezifische Raumkonzepte, die wiederum ein Niederschlag des *„Epistemes“* einer Epoche sind. Unter Episteme versteht er „die Wissensordnung einer bestimmten Epoche bzw. die epochenspezifische Logik, die paradigmatisch bestimmt, wie Wissen generiert wird und auf welche Weise grundlegende Klassifikationssysteme, Wahrnehmungsformen und Wertemuster die Wissensproduktion einer Gesellschaft stillschweigend beeinflussen.“ (Rosa et al. 2011: 282) Episteme stehen in seiner Anschauung dafür, wie und in welcher Form sich institutionelle Ordnungen, Selbst- und Körperbilder oder eben auch Architekturen als Ausdruck spezifischer Machtverhältnisse niederschlagen. Davon ausgehend, „daß man nicht in irgendeiner Epoche über irgendetwas sprechen kann“, gilt es für Foucault, das komplexe Bündel von Beziehungen zu untersuchen, das dem Diskurs zugrunde liegt. Diese Beziehungen, die „zwischen Institutionen, ökonomischen und gesellschaftlichen Prozessen, Verhaltensformen, Normsystemen, Techniken, Klassifikationstypen und Charakterisierungsweisen hergestellt“ werden, bestimmen das, „was ihm [dem Diskurs, TE] gestattet, in Erscheinung zu treten“ (Foucault 1981: 68). Für architektursoziologische Fragestellungen gibt Foucault Hinweise, wie Architektur in einem bestimmten historischen Kontext konzipiert wird (vgl. Meissner 2009) und verweist darauf, dass Architekturen etwas mit den Menschen „machen“, sie bei der Einschreibung gesellschaftlicher Normen und Werte beteiligt sind.

Dass Dinge sogar eine eigene Handlungskapazität haben, ist die umstrittene These der in den 1980er Jahren entwickelten *Akteur-Netzwerk-Theorie (ANT)*. Die maßgeblich durch Bruno Latour[8] beeinflusste ANT durchbricht den Gedanken, dass Gesellschaft bzw. das Soziale allein aus menschlichen Akteurinnen und Akteuren bestehe. In ihr geht man davon aus, dass die menschlichen Akteure mit der materialen Welt in einem Netzwerk mit wechselseitigen Handlungspotentialen auf das Engste miteinander verbunden sind. Sowohl technische Objekte bzw. Artefakte

8 Das theoretische Fundament der ANT haben neben Latour vor allem Michel Callon und John Law erarbeitet.

als auch nicht-menschliche natürliche Elemente werden als integrale Bestandteile des Gesellschaftlichen aufgefasst und nicht bloß zur Erklärung herangezogen. Weiterhin betrachtet man die Dinge als „Aktanten", die ebenfalls als handelnde Akteure gelten, weil sie mit den menschlichen Akteurinnen netzwerkartige Handlungszusammenhänge bilden. Ein immer wieder ins Feld geführter Zusammenhang dieser Art ist der Akteur „Mensch-Pistole", der nicht auf nur jeweils eine seiner Entitäten, den Aktanten „Pistole" und den Akteur „Mensch", reduzierbar sei.

Heike Delitz (2009, 2010) begreift das Gebaute in ähnlicher Weise als sozial effektiv. Sie versteht Architekturen bzw. Bauwerke als etwas eigenständig Wirkendes bzw. nimmt für Bauwerke eine je charakteristische Affektivität an, die dezidiert nicht vom Individuum ausgehe, sondern sich erst in der Beziehung von Subjekt und Objekt entfalte, indem in den Individuen ganz spezifische Körperhaltungen und Wahrnehmungen erzeugt werden. Diese Affektivität konzipiert Delitz als einen quasi „aktiven" Bestandteil des Bauwerks. Im Gegensatz zur Perspektive, dass sich Gesellschaft in ihren gebauten Formen materialisiere, diagnostiziert Delitz für das Verhältnis moderner Architekturen und dem „Gesellschaftlich-Geschichtlichem" eine ins Gegenteil gedrehte Richtung des Wirkens, und geht davon aus, dass eine völlig neue und wegweisende Architektur die Gesellschaft verändere. Diese Lesart ist möglich, weil Delitz ausschließlich die "Ausnahmearchitekturen" des 20. und 21. Jahrhunderts in den Blick nimmt und sich bei der Untersuchung avantgardistischer Architekturen nur auf die neuen gesellschaftlichen „Erfindungen" und „Selbsterfindungen" konzentriert (Delitz 2010).

Mit ihrer Monografie *„Gebaute Gesellschaft. Architektur als Medium des Sozialen"* legt Heike Delitz einen umfassenden Theorie-Vorschlag vor, der die soziologischen Grundbegriffe so konzipiert, dass Architektur als notwendiger Bestandteil des sozialen Gefüges begriffen wird. Empirische Studien, davon ist Delitz überzeugt, könnten erst dann die soziale Tragweite des Gebauten in Gänze berücksichtigen, wenn eine umfängliche theoretische Konzeption mit überdachten soziologischen Begriffen vorliege (Delitz 2010: 20). Sie fokussiert sich deshalb vor allem auf die Begriffs- und Konzeptarbeit, um eine Architektursoziologie zu entfalten, die die gebaute Umwelt nicht einfach als eine Kopie des „eigentlichen" sozialen Seins konzipiert, sondern Architektur als wesentlichen, als einen „affektiven" Bestandteil[9] des Gesellschaftlichen mit einer eigenen sozialen Effektivität begreift. Um zu einem solchen Denkansatz zu kommen, erscheint es Delitz zwingend erforderlich, eine nicht-cartesianische Perspektive einzunehmen, denn nur dann verleugne man nicht den Bezug der Architektur zum Körperlichen bzw. die eigene Körperlichkeit des Gebauten. Der Weg zu einer solchen Architektursoziologie führt für Delitz heraus aus den begrifflich gefassten Dualismen von Subjekt und Objekt, Ideen und

9 „Affektivität" versteht Delitz im Sinne von Ausstrahlung bzw. Charisma (vgl. Delitz 2009a: 80).

Körper und wendet sich zwei verschiedenen, aber sich ergänzenden Theorieschulen jenseits des Cartesianismus zu: der französischen Lebensphilosophie nach Henri Bergson, vor allem auch in der Weiterführung durch Gilles Deleuze, Cornelius Castoriadis, Gilbert Simondon und anderen, sowie der Philosophischen Anthropologie nach Helmuth Plessner und Arnold Gehlen. Jenseits des Bergsonismus spielen in Delitz' Theoriegerüst auch Michel Foucault und Bruno Latour eine Rolle.

Delitz versteht Architektur als ein „konstitutives (notwendiges) wie transitives (veränderndes) *Medium des Sozialen*", (Delitz 2010: 86, Hervorhebung im Original), das einen dynamischen Aspekt beinhalte: Neue Arten des Bauens eröffneten neue Formen des Zusammenlebens und des Politischen (ebd.: 16). Die Transitivität des Mediums Architektur zeige sich darin, dass sich Gesellschaften in innovativen Architekturen mit neuen Augen betrachten könnten und zwar „so, wie sie sich noch nie zuvor sehen konnten" (ebd.). Delitz Bestreben ist es, innerhalb der Soziologie ein differenztheoretisches Denken auf den Weg zu bringen, ein Denken des Werdens, bzw. Anders-Werdens, das auch die gebaute Umwelt, insbesondere die Architektur in den Blick nimmt. Ihre Kritik liegt dabei auf den althergebrachten Ansätzen, die das Neue niemals wirklich als Neues denken, sondern immer aus einer cartesianisch „beschränkten" Perspektive, die dazu tendiere, das Andere bzw. Neue immer wieder mit dem Gleichen erklären zu wollen.

Anhand von Fallstudien zu verschiedenen Architekturen wie etwa der Gartenstadt Hellerau sowie dem neuen Bauen aus den 1920er Jahren, der Heimatschutzbewegung der 1930er Jahre (das „deutsche Haus"), der sozialistischen Architektur der 1930er Jahre und um 1965 herum sowie anhand des Dekonstruktivismus versucht Delitz, ihr Theoriemodell empirisch zu belegen. Sie beschreibt die neu aufkommenden Baugestalten und erörtert, inwiefern die Bauten mit genau diesen Formen eine neue Art des Lebens bzw. einen neuen Blick auf Gesellschaft ermöglicht hätten. Mit dem Fokus, „Neues als Neues" betrachten und einordnen zu können, vertritt Delitz die These, dass es vor allem die architektonischen Leitbauten seien, an welchen das gesellschaftliche Anders-Werden nicht nur sichtbar, sondern überhaupt erst in Gang gebracht werde. In ihrer baulichen und räumlichen Einbettung werden die für ihre jeweiligen Entstehungszeitpunkte neuartigen Gebäude jedoch nicht betrachtet und auch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in denen Architekturen entstehen, bleiben vollständig ausgeblendet. Zu Recht merkt Silke Steets in Bezug auf Delitz Ausführungen an, dass man allein mit Architektur Gesellschaft nicht verändern können wird: Gebäude bedürften einer Legitimation, damit man sie nicht wieder abreißt. Denn ihre Existenzberichtung erhalte Architektur entweder über ihre Nutzung oder über legitimatorische Erzählungen (Steets 2013: 196). Sowohl Nutzung als auch Legitimationsdiskurse sind ohne die in die sozialen Prozesse eingebundenen Menschen nicht denkbar, doch genau das lässt Delitz unberücksichtigt.

1.4
Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt: wissenssoziologische Architekturtheorie

Silke Steets führt die verschiedenen Positionen innerhalb der Soziologie in Bezug auf die gebaute Welt in *einem* Modell zusammen und entwickelt damit eine umfassende theoretische Perspektive auf die Verbindung zwischen Architektur und Gesellschaft. Diese Perspektive soll „Gebäude in ihrer Materialität ernst nehmen, ohne in einen physikalischen Determinismus zu verfallen. Umgekehrt soll die beeindruckende interpretative Kompetenz, die Ansätze in der Tradition des symbolischen Interaktionismus entfaltet haben, für den Aspekt der Zeichenhaftigkeit der Architektur fruchtbar gemacht werden." (Steets 2013: 43) Da Steets theoretischer Ansatz die vorliegende Arbeit in besonderer Weise beeinflusst und dazu beigetragen hat, ihr eine klare wissenssoziologische Richtung zu geben, möchte ich ihm nachfolgend etwas mehr Raum geben, als den zuvor erläuternden Konzepten.

Steets bezieht sich in ihren Überlegungen vor allem auf die „neue Wissenssoziologie" von Peter L. Berger und Thomas Luckmann, die die beiden Soziologen in den 1960er Jahre in ihrem Werk *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit* entfaltet haben. Berger und Luckmann haben ein Modell entwickelt, wie innerhalb von Gesellschaften Wissen entsteht, wie es aufbewahrt und vermittelt wird. Dabei stehen folgende Fragen am Anfang ihrer Ausführungen: „Wie ist es möglich, daß subjektiv gemeinter Sinn zu objektiver Faktizität *wird*? [...] Wie ist es möglich, daß menschliches Handeln [...] eine Welt von Sachen hervorbringt? So meinen wir denn, daß erst die Erforschung der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit [...] zu ihrem Verständnis führt. Das glauben wir, ist die Aufgabe der Wissenssoziologie." (Berger/Luckmann Berger/Luckmann 1977: 20, Hervorhebung im Original) Berger und Luckmann gehen in ihrem soziologischen Modell zur gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit davon aus, dass diese auf einen bestimmten Wissensbestand innerhalb einer Gesellschaft zurückzuführen ist, welcher den sozialen Akteurinnen und Akteuren die eigenen und fremden Handlungen und Äußerungen sowie Dinge und Artefakte als sinn(be)haftet(e) erscheinen lässt.

Die soziale (und damit sinnhafte) Konstruktion der Wirklichkeit ergibt sich in dieser Auffassung aus einem dialektischen Zusammenspiel von *Externalisierung* (Entäußerung), *Objektivation* (Vergegenständlichung) und *Internalisierung* (Verinnerlichung) (vgl. Berger/Luckmann 1977, vgl. Steets 2013). *Externalisierung* bezieht sich auf „das ständige Strömen menschlichen Wesens in die Welt" sowie auf die materiellen und immateriellen Folgen menschlichen Handelns. Diese Produkte des menschlichen Handelns stehen den Menschen, die sie hervorgebracht haben, schließlich als Wirklichkeit bzw. *Objektivation* gegenüber, die von außen kommt

und deshalb auferlegt und „fremd“ erscheint. Die Wiederaneignung dieser „fremdgewordenen“ Wirklichkeit erfolgt seitens der sozialen Akteure über *Internalisierung*, indem sie das in der objektiven Welt gegebene erneut in Strukturen des subjektiven Bewusstseins umwandeln und sich das von außen Gegebene über Aneignungsprozesse verinnerlichen. Die Wirklichkeit, in der wir leben, wird also – basierend auf subjektiven Bewusstseinsleistungen – in kollektiven Handlungen hervorgebracht, steht uns objektiv als Tatsache (und damit im Sinne Durkheims „dinghaft“) gegenüber und muss wiederum in unser subjektives Bewusstsein übernommen werden, um überhaupt Teil dieser Wirklichkeit sein zu können. In den Worten Bergers und Luckmanns: „*Gesellschaft ist ein menschliches Produkt. Gesellschaft ist eine objektive Wirklichkeit. Der Mensch ist ein gesellschaftliches Produkt*.“ (Berger/Luckmann 1977: 65, Hervorhebung im Original) Sozialer „Sinn“ sei aufgrund der dreifachen Dialektik außerdem keine feststehende Größe, sondern ein dynamisches Element der Wirklichkeitsdeutung. Aufgrund immer wieder neu hinzukommender Erfahrungen und neuer Problemlösungen komme es kontinuierlich zu Veränderungen bei den Externalisierungen, Objektivationen und Internalisierungen und damit zu Veränderungen in den Sinnzuweisungen.

Steets übersetzt die Elemente dieser tripolaren Dialektik auf Architektur. Verkürzt dargestellt bedeutet für Steets Externalisierung dann das Entwerfen und Bauen von Gebäuden; Gebäude seien wiederum als materielle Objektivationen zu begreifen; über verschiedene Modi der Aneignung würden Gebäude bzw. ihre Funktionen als Bestandteile der Alltagswirklichkeit von den Einzelnen internalisiert. Während sich Berger und Luckmann bei ihren Betrachtungen ausschließlich auf *immaterielle* Aspekte des Gesellschaftlichen beziehen, nimmt Steets vor allem die *materiellen* Objektivationen in den Blick, d.h. sie betrachtet Architekturen als Erzeugnisse menschlichen Handels, die den Menschen, die sie hervorbringen, sowie allen anderen nicht nur im metaphorischen Sinne „begreiflich“ sind. In Bezug auf die phänomenologischen Grundlagen, die für ein wissenssoziologisches Nachdenken über Architektur notwendig sind, rückt für Steets vor allem die Frage in den Mittelpunkt, „wie das Wissen, welches unser Verhalten in der Alltagswelt reguliert, mit den materialisierten Formen dieser Alltagswelt zusammenhängt.“ (Steets 2013: 5) Unter anderem verknüpft Steets die Ausführungen von Alfred Schütz zu den Sinnsetzungsprozessen in der „Sphäre des einsamen Ich“ mit körpersoziologischen und leibphänomenologischen Arbeiten und zeigt auf, dass Körpertechniken und Bewegungsweisen Modi der subjektiven Sinnsetzung darstellen, da sie den Umgang mit den Dingen in sich tragen und mit einem Spüren in den Gliedern verbunden sind. Diese Modi subjektiver Sinnsetzung kann man Steets zufolge besser verstehen, „wenn man sie als dialektisches Wechselspiel zwischen Bewusstsein und Körper/Leib betrachtet.“ (Steets 2013: 195) Aufbauend auf diesen

Überlegungen entwickelt Steets schließlich eine wissenssoziologische Architekturtheorie, die auf der These beruht, „dass die gebaute Wirklichkeit – analog zur gesellschaftlichen Wirklichkeit bei Berger und Luckmann – vor dem Hintergrund einer Dialektik von Externalisierung, Objektivation und Internalisierung entsteht. Nur so erschließt sich der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt.“ (ebd.)

Die Frage, „Was tun Architekten eigentlich, wenn sie etwas entwerfen?“, beantwortet Steets unter Berücksichtigung der Kreativität architektonischen Handelns und dessen Einbindung in die vielschichtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen (Steets 2013: 82). Wie das Fantasiehaus im Kopf einer Architektin oder eines Architekten zu einem wirklichen Haus auf der Straße wird, betrachtet sie dabei unter dem Aspekt der Externalisierung. Externalisierung umfasse alle Formen des materiellen wie immateriellen Handelns und bringe als Ergebnis die menschliche Kultur und Gesellschaft hervor bzw. resultiere „in der Schaffung einer menschlichen Welt“ (Steets 2013: 84 bzw. 125), die eben auch aus Gebäuden und Architekturen besteht. Die Welt der materiellen und immateriellen Kulturprodukte, zu welchen auch Gebäude zählen, sei nur aufgrund der „gemeinschaftlichen Anerkennung“ *objektiv* und *wirklich*: „Einer Kultur anzugehören heißt, eine bestimmte Welt der Faktizitäten mit anderen zu teilen.“ (Berger zit. in Steets 2013: 133f.) Einmal erbaut sind Architekturen also Objektivationen. Gebäude werden uns durch ihre anfassbare Materialität zur Gewissheit, was jedoch nicht bedeute, dass ein Gebäude allein über Form und Materialität eine universell verständliche Bedeutung vermitteln könne – die Gebäudefunktion erschließe sich nur durch in der Regel kollektiv ausgehandelte „Situationsdefinitionen“ (Steets 2013: 160). Im Gegensatz zu immateriellen Objektivationen sind die materiellen Objektivationen in Gestalt von Gebäuden bzw. Architekturen sinnlich-körperlich erfahrbar und nicht nur das: den für uns leiblich spürbaren Einfluss, welchen Gebäude auf uns ausüben, müssen wir „körperpraktisch“ handhaben. Wir lernen die Benutzung von Gebäuden vor allem über den Körper und sind in der Lage, Drehtüren, Rolltreppen und Aufzüge zu benutzen und können uns – vermittelt durch das Zusammenspiel von Hand und Auge – auch durch uns unbekannte Gebäude mehr oder weniger souverän bewegen (sofern sie in ihrer Bauweise nicht den baulichen Konventionen zuwiderlaufen).

Gebäude werden uns zum Zeichen oder auch zum Symbol: Mit ihrer Deutung und ihrer Handhabung müssen wir uns genauso vertraut machen, wie mit der Sprache und den Institutionen der Gesellschaft, in der wir leben. Sie bedürfen außerdem einer gesellschaftlichen Legitimation, damit sie nicht abgerissen, umgenutzt oder auf neue Weise symbolisch aufgeladen werden: „Diese [Legitimation] kann sich über ihre Nutzung einstellen oder über eine legitimatorische Erzählung, die verdeutlicht, wofür ein Gebäude steht, wofür es ein Zeichen oder ein Symbol ist. Das hat mit einer Besonderheit materieller Objektivationen zu tun. Gebäude

lösen nicht nur Probleme auf architektonische Weise (wie dies beispielsweise auch Institutionen auf ihre Weise tun), sondern sie zeigen gleichzeitig an, wie sie dies tun.“ (Steets 2013: 196) Die erforderliche und unausweichliche körperliche Aneignung von Gebäuden betrachtet Steets schließlich unter dem Aspekt der Internalisierung, die wiederum „die Übernahme objektiver Weltdeutungen in das subjektive Bewusstsein und den individuellen Körper [bedeutet], wobei das eine das andere jeweils bedingt, was im Fall des Gelingens dazu führt, dass sich ein Gebäude für eine Person stimmig anfühlt.“ (Steets 2013: 197) Übernommen in das subjektive Bewusstsein ist dieses wiederum die Grundlage, auf der neue Architekturen und Gebäude entstehen.

Steets verdeutlicht in ihrer Konzeption, dass Externalisierung, Objektivation und Internalisierung eng miteinander verknüpft sind und dass aus einer umfänglichen Betrachtung der gebauten Welt, die alle drei Pole der Sinnkonstitution berücksichtigt, eine vielversprechende Analyse nicht nur in Hinblick auf die soziale Bedeutung von Architekturen möglich ist, sondern dass das Materielle bzw. die Dingwelt als grundsätzliche Bestandteile der Vergesellschaftungsprozesse aufgefasst werden können. Ein umfassendes Verständnis von Sinnkonstitutionen erscheint nicht möglich, wenn diese nicht von allen drei Seiten betrachtet werden. Die innerhalb der Soziologie immer noch stiefmütterlich behandelte physisch-materielle Seite gesellschaftlichen Lebens sollte daher nicht systematisch ausgeblendet bleiben: Auch das Materielle wirkt aufgrund der mit ihnen verbundenen Sinnsetzungsprozesse vergesellschaftend.

Steets wissenssoziologische Perspektive auf Architekturen hat für die vorliegende Studie viele Anknüpfungspunkte vor allem mit Blick auf die Auswertung der Daten gegeben, auch wenn für das betrachtete Bauwerk aufgrund der speziellen Datenlage keine Rekonstruktion des gesamten Dreiklangs aus Externalisierung, Objektivation und Internalisierung möglich war. Weiterhin fokussiere ich mit der vorliegenden Fallstudie die empirische Untersuchung jener Ebene, auf der sich das Gesellschaftliche in Form von Objektivationen zeigt, während Steets auf theoretischer Ebene vor allem die Vorgänge subjektiver Sinnsetzungen nachzeichnet und einen besonderen Schwerpunkt auf die Prozesse der Internalisierung legt. In Steets Konzeption stehen Fragen im Vordergrund, die auf die Rolle von Dingen und Gebäuden bei der Konstruktion der Wirklichkeit zielen: „In welcher Weise beeinflussen [...] Dinge und Gebäude die Erfahrungen, die wir mit der Welt machen? Wie prägen umgekehrt diese Erfahrungen unser Verständnis von und unsern Umgang mit dieser Welt? Wie wird die Welt für uns durch sie wirklich? Und auf welche Weise entstehen dadurch Strukturen subjektiver und intersubjektiver Weltorientierung?“ (Steets 2013: 44) Auch ich stelle die Frage nach der Konstruktion der Wirklichkeit, versuche dabei aber folgendes zu ermitteln: Wie bestimmen vorhan-

dene Wissensbestände die Entstehung von Architekturen? Wie sind kollektive Erfahrungen mit Gebäuden und Architekturen verbunden und wie haben diese ihren Entstehungsprozess mitgeprägt? Was repräsentiert die Architektur des Jügelhauses? Und: Auf welche Weise verbinden Gesellschaften bzw. gesellschaftliche Gruppen ihr Wissen mit Architekturen? Wenn es ein auf diese Weise an das Gebaute geknüpftes Wissen gibt, welchen Effekt hat das wiederum auf das (städtische) Gesellschaftsgefüge? Im Vordergrund stehen dabei weniger die subjektiven Sinnkonstitutionen bzw. subjektiven Wissensbestände, sondern vor allem der gesellschaftliche Wissensvorrat sowie die objektiven Sinnsetzungen.

Am Ende ihrer Habilitationsschrift gibt Steets den Ausblick auf die Verbindung ihrer Betrachtungen mit dem Forschungsansatz zur *Eigenlogik der Städte*, der die je besonderen und „typischen" Strukturen, Entwicklungen und Dynamiken einer Stadt offenzulegen versucht. In der Eigenlogik-Perspektive erscheint die Stadt selbst als Wissensobjekt. In Verbindung mit einem wissenssoziologischen Blick auf die städtischen Architekturen sieht Steets die Möglichkeit, genauer zu untersuchen, wie sich die Sinnhorizonte des Handelns auch in Abhängigkeit von den gebauten Strukturen formieren, die jeweils spezifische körperlich-leibliche Erfahrungen bedeuten. Für die vorliegende Studie hat sich der Eigenlogik-Ansatz in Verbindung mit wissenssoziologischen Überlegungen tatsächlich als sehr produktiv erwiesen. Bei der theoretischen Rahmung der Untersuchungsergebnisse war weiterhin das Konzept des kollektiven Gedächtnisses von Maurice Halbwachs hilfreich. Halbwachs zählt zu den „Klassikern" der Wissenssoziologie und bindet in seiner Konzeption die kollektiven Erinnerungen einer Gesellschaft bzw. einer gesellschaftlichen Gruppe an das (bauliche wie auch sonstige) Material, z.B. an das einer Stadt.

Beide Perspektiven, Eigenlogik-Ansatz und kollektives Gedächtnis, haben meiner eigenen architektursoziologischen Betrachtung einerseits für die Suchbewegung in der Analyse und andererseits bei der theoretischen Unterfütterung des im Material Entdeckten Anregungen gegeben. In den beiden nachfolgenden Kapiteln geht es daher nicht mehr darum, bereits vorhandene architektursoziologische Perspektiven vorzustellen, sondern einen ersten Ausblick auf meine eigene Konzeption zu geben, die ich in Anlehnung an die zuletzt genannten Ansätze entwickelt habe.

1.5
Architektur in der Forschungsperspektive zur „Eigenlogik der Städte“

Bereits mehrfach habe ich bemängelt, dass bei der soziologischen Analyse von Architekturen in der Regel der soziale und vor allem der physisch-materielle Kontext Stadt zu wenig Berücksichtigung findet. Zwar wird aus der stadtsoziologischen Perspektive immer wieder Architektur als wesentliches Element städtischer Identitäten etc. betrachtet, aber umgekehrt versteht man das städtische Umfeld üblicherweise nicht an den Sinnkonstitutionen eines Gebäudes beteiligt. Bernhard Schäfers (2006) sowie Harald Bodenschatz und Werner Sewing (1992) verweisen z.B. auf den Zusammenhang von Architekturgestalt und Stadt. Schäfers geht dabei allerdings kaum auf die konkrete Form bzw. den baulichen Ausdruck von Bauwerken ein und Bodenschatz/Sewing nehmen in erster Linie eine einseitige Wirkungsrichtung ausgehend von der Architektur auf den Stadtraum (und nicht umgekehrt) an. Ausgangspunkt meiner eigenen Untersuchung ist demgegenüber die Annahme, dass die vorhandene bauliche Struktur einer Stadt genauso Auswirkungen auf die neu entstehenden Architekturen wie umgekehrt die neu entstandenen Bauten Effekte auf die bestehende Stadt haben. Diese Wechselseitigkeit stellt sich meiner Auffassung nach deshalb ein, weil die städtischen Akteurinnen und Akteure bei den Entscheidungen für neue Bauvorhaben auf einen auf *diese* Stadt bezogenen sozialen Wissensvorrat zurückgreifen, der nicht nur ein Wissen um die soziale, politische und ökonomische Strukturiertheit der Stadt umfasst, sondern auch eines um ihre spezifische Materialität.

Um diese Wissensbestände auf empirischem Weg freizulegen, hat sich der Darmstädter Ansatz zur *Eigenlogik der Städte* als fruchtbare Anregung erwiesen. In den kommenden Abschnitten skizziere ich aufbauend auf den Überlegungen dieses Ansatzes eine Perspektive zur Betrachtung von Architektur in einem *spezifischen* städtischen Kontext und arbeite heraus, wie dieser an den Sinnkonstitutionen von Gebäuden beteiligt ist. *Spezifisch* bezieht sich dabei auf die Annahme, dass es einen Unterschied für die Sinnkonstitution von Architekturen macht, in welcher Stadt sie errichtet werden und weiterhin, an welchem Ort in dieser Stadt. Dieser Annahme liegt wiederum die These zugrunde, dass es sich bei Städten um differente sozial-räumliche Gebilde handelt, die über jeweils spezifische Muster der Sinnkonstitution und eine je spezifische Materialität verfügen, welche wiederum aus dem Handeln der sozialen Akteurinnen und Akteure resultiert, welches sich wiederum an den städtischen Sinnstrukturen orientiert.

In der stadtsoziologischen Perspektive im Forschungsansatz zur *Eigenlogik der Städte* bleibt Architektur bzw. das Verhältnis von Stadt und Architektur keineswegs

ausgeblendet. Verkürzt gesprochen ist die Grundannahme des Eigenlogik-Ansatzes, dass jede Stadt sich auf eine je eigensinnige Weise entwickelt (hat), die in einem je spezifischen Charakter der Stadt ihren besonderen Ausdruck findet und die letztendlich auch in ihren vielen unterschiedlichen Einzelteilen, d.h. in den Alltagsroutinen, den Machtverhältnissen, dem Geschmack der dort lebenden Menschen, aber auch in der *baulichen Gestalt der Stadt*, d.h. in ihren Architekturen, sichtbar wird. Im Eigenlogik-Ansatz findet man Anregungen dazu, die Analyse der baulichen Umwelt – verstanden als materialer Ausdruck des sozialen Handelns, das in jeder Stadt einer bestimmten Sinnstruktur folgt – in die Untersuchung dessen, was eine Stadt zu genau *dieser* Stadt macht, einzubeziehen. Konkrete Vorschläge, wie man das Bauliche in die empirische Analyse einbezieht, bietet dieser Forschungsansatz allerdings (noch) nicht, die Berücksichtigung von Architekturen in das Untersuchungsdesign zur Eigenlogik einer Stadt ist bislang nicht konzipiert. Dennoch bietet die Forschungsperspektive einige Anknüpfungspunkte, wie die Stadt in die Analyse von Gebäuden eingebunden werden kann. Den nachfolgenden Überblick zu diesem Forschungsansatz ergänze ich deshalb um meine eigenen Vorschläge, auf welche Weise die Eigenlogik-Perspektive für die Untersuchung städtischer Architekturen nutzbar gemacht bzw. wie der Eigenlogik-Ansatz durch eine stärkere Einbeziehung des Physisch-Materiellen konzeptionell gestärkt werden kann.

„Städte […]“, so schreibt Martina Löw (2008a: 44), „sind als Orte spezifisch und werden spezifisch gemacht.“ Was beinhaltet dieses „Machen“? Verstanden als ein bestimmter Modus der Produktion kann man das „Stadt-Machen“ schnell mit der Herstellung der physisch-materiellen Grundlage der Stadt, dem Bauen also, assoziieren. Der Modus der Produktion legt aber auch die ökonomischen Aspekte nahe, die erforderlich sind, um die Stadt am Leben zu halten, denn diese ist immer auch ein spezifisches wirtschaftliches Gefüge. Produziert werden in einer Stadt Gebäude, Produkte und Dienstleistungen, darüber hinaus aber auch ganz spezifische Kulturen, städtische Kulturen, besondere Arten des Zusammenlebens, Kunstformen und städtische Formen der Freizeitgestaltung. „Gemacht“ wird die Stadt außerdem in unseren Köpfen: Wir haben üblicherweise bestimmte Vorstellungen darüber, was in einer Stadt möglich ist und was nicht und das wiederum variiert von Stadt zu Stadt. Die Vorstellungen darüber – oder anders gesprochen: das *Wissen*, was Stadt ist, oder was *diese eine* Stadt ist – spiegeln sich schließlich im Handeln und in den Alltagsroutinen der städtischen Akteurinnen und Akteure (vgl. Berking 2011, 2013).

Helmuth Berking verweist in Bezug auf das, was Stadt „macht“ in Anlehnung an Wirth (1974, orig. 1938) auf deren zentrale Marker *Größe* und *Dichte* als räumliche Organisationsprinzipien, „die in ihrem Zusammenspiel mit *Heterogenität* ein gewisses Proportionsgefüge aufweisen. Erst eine bestimmte (und bestimmbare?)

Proportionalität zwischen allen drei Größen »macht« Großstadt – und das immer und überall.“ (Berking 2008: 18f., Hervorhebung TE) Berking versteht Stadt somit als ein „sehr spezifisches räumliches Strukturprinzip“ (ebd.: 19). Die in jeder Stadt etwas anderen Modi und Inhalte der Verdichtung und Heterogenisierung führen dazu, dass jede Stadt im Zusammenspiel dieser beiden Prozesse in einer etwas anderen und jeweils charakteristischen Weise „gemacht“ wird. Nicht nur bezogen etwa auf die Bevölkerung, sondern auch hinsichtlich der kulturellen wie auch die physisch-materiellen Aspekte ergibt sich für jede Stadt ein spezifisches Gepräge mit je typischen Schwerpunkten. Das Zusammenleben vieler verschiedener Menschen aus den unterschiedlichsten sozialen Hintergründen auf engem oder gar engstem Raum vollzieht sich nicht in jeder Stadt auf genau dieselbe Weise. Die Art, wie etwa Wohnraum geschaffen wird, wie dieser konkret aussieht, wie er in der Stadttopographie angeordnet ist, variiert von Stadt zu Stadt.

Überhaupt unterliegt der Modus, wie und was gebaut wird, welche Infrastrukturen vorhanden sind, wie sich das Stadtzentrum oder aber viele kleine Zentren derselben Stadt zur Peripherie verhalten, wie die städtischen Funktionen über den Stadtraum verteilt sind, laut der Eigenlogik-Perspektive in jeder Stadt je eigenen Gesetzmäßigkeiten. Heterogenität organisiere und koordiniere sich dann auch in Bezug auf sozialstrukturelle Faktoren jeweils unterschiedlich. Ethnische Minderheiten, Ottonormalverbraucher, Subkulturen, Touristen, Berufstätige, Schulkinder, Händler, Obdachlose und Dienstleistende jedweder Couleur leben in der (Groß-)Stadt in einem variierenden Mit- und Nebeneinander. Je nach sozialstruktureller Zusammensetzung, je nach der vorzufindenden Machtstruktur innerhalb der Stadt, je nach räumlicher Verteilung der sozialen Gruppen und Gruppierungen und je nach der spezifischen, bereits weiter vorne genannten Sinnstruktur dieser Stadt, kommt es zu anderen Inhalten und Modalitäten der Heterogenisierung und der Verdichtung. Neben den unterschiedlichen Bauten und der Bevölkerungsheterogenität zeigen sich auch für die Ökonomie einer Stadt je spezifische Ausprägungen und Formen der Vielfalt.

Stadt wird gemäß dem Eigenlogik-Ansatz auf ganz unterschiedlichen Ebenen „gemacht“ und jede Stadt hat dabei einen eigenen Modus ihres Produziertwerdens. Das führe dazu, dass wir Städte in aller Regel problemlos voneinander unterscheiden können. Wir wissen – sogar ohne selbst in diesen Städten gewesen zu sein – dass München anders als Berlin, Berlin anders als Frankfurt am Main und Frankfurt am Main anders ist als Frankfurt an der Oder, und dass jede Stadt je charakteristische Eigenheiten und Atmosphären hat. In der Forschungsperspektive zur „Eigenlogik der Städte“ entstehen diese Besonderheiten keineswegs zufällig, sondern resultieren aus je eigenen Sinnstrukturen der Städte, die die Routinen, Symbolisierungen und Materialisierungen in einer Stadt auf je spezifische Weise koordinieren. Die Sinnstrukturen einer Stadt sind gemäß dem Eigenlogik-Ansatz zu

verstehen als eine Art „unsichtbare“ Vereinbarung darüber, was in dieser Stadt möglich ist und was nicht, eine unausgesprochene, aber fortwährend angewandte Orientierungshilfe für alles, das in dieser Stadt geschieht. Wenn man der Eigenlogik einer Stadt auf die Spur kommen will, geht es um das Aufdecken dieser inhärenten Sinnstrukturen, indem man die Muster und Verknüpfungs-Regeln zwischen den verschiedenen Eben, auf denen „Stadt“ konstituiert – d.h. „gemacht“ – wird, sichtbar werden lässt: auf der Ebene des Sozialen bzw. des Kulturellen, in den Alltagsroutinen, der Politik und der Ökonomie, auf der physisch-materiellen Ebene, d.h. in den Architekturen und Infrastrukturen etc. Gefragt wird dabei, welche Homologien, welche Übereinstimmungen und Parallelen es auf diesen ganz verschiedenen Ebenen gibt, die auf einen gemeinsamen sinnstrukturellen Zusammenhang verweisen.

Wenn jede Stadt eine „eigensinnige, lokal spezifische Wirklichkeit“ (Frank 2012: 291) hat, wie es die Hypothese von der Eigenlogik der Stäte nahelegt, so sind alle Entwicklungen in einer Stadt – sowohl bauliche als auch gesellschaftliche – durch diese ganz konkret beeinflusst und weisen in eine bestimmte Richtung, die dem generellen Webmuster der Sinnstrukturen, die in dieser Stadt zusammenlaufen, in vielen Fällen nicht widerspricht. Der ebenfalls der Eigenlogik-Terminologie zugehörige Begriff des „Webmusters“ verweist auf die Verbundenheit der Sinnstrukturen innerhalb einer Stadt, d.h. die Verbindung verschiedener sozialen Felder und heterogener sozialer Milieus über Strukturähnlichkeiten bzw. Homologien. Das bedeutet auch, dass Abweichungen als „Ausnahmen“ oder gar als unpassende Erscheinungen identifiziert werden. Weiterhin ist dann davon auszugehen, „dass Städte auch bei vergleichbaren Rahmenbedingungen einen jeweils eigenen, spezifischen Umgang mit Problemen und Herausforderungen entwickeln.“ (Frank 2012: 293) Der spezifische Umgang mit Herausforderungen bezieht sich selbstverständlich auch auf das Bauen. Bei der Untersuchung der sozialen Bedeutung eines bestimmten Gebäudes oder eines Quartiers in einer bestimmten Stadt rückt damit auch deren präreflexiv und nahezu stillschweigend wirkendes Sinngewebe in das Blickfeld, das daran Anteil hat, dass genau an dieser Stelle für genau diesen Zweck in genau dieser Gestalt gebaut wird.

Helmuth Berking (2013) schlägt für den empirischen Zugang zur eigensinnigen Wirklichkeit einer Stadt vor, die für jede Stadt zentralen Prozesskategorien Verdichtung und Heterogenisierung in Bezug auf deren Inhalt und ihre Modalitäten zu untersuchen. Denn wie weiter vorne beschrieben, bringen Verdichtung und Heterogenisierung unterschiedliche und unterscheidbare „Wirklichkeiten“ hervor, die für jede Stadt eine „individuelle Qualität“ erkennen lassen (Berking 2013: 227). Die weitere und sehr entscheidende Implikation zur Offenlegung städtischer Eigenlogik ist schließlich der methodologische Holismus, auf den der Forschungsansatz bei seinen Analysen setzt und der „das Ganze der Stadt“ im Blick hat. Gefragt

wird nach „den Mustern, den Verknüpfungs-Regeln, die sich zwischen materialer Struktur, kulturellen Dispositionen und Alltagsroutinen herstellen und auf diese Weise den individuellen Charakter dieser Stadt und ihrer Wirklichkeit prägen." (Berking 2013: 227) Im Zentrum des empirischen Interesses liegt deshalb die „Entdeckung von Strukturähnlichkeiten zwischen den unterschiedlichen Feldern städtischer Wirklichkeit – dem Selbstbild der Bewohner, dem Macht- und Herrschaftsgefüge, den kulturellen Repräsentationen, der lokalen Ökonomie, den Klassenkonstellationen, den lokalen Orthodoxien, etc. [...] die Suche nach Homologien, nach identischen Strukturierungen und korrespondierenden Positionen in verschiedenen Handlungsfeldern [...]." (ebd.: 227f.) Die holistische Perspektive der Eigenlogikforschung legt zwar nahe, dass bereits durch die Untersuchung eines kleinen Ausschnittes der Stadt Rückschlüsse auf deren Ganzes gezogen werden können, wenn sich in diesem doch das Gesamte wiederfindet. Im konkreten empirischen Zugriff stellt sich dabei aber die entscheidende Frage, ob das Entdeckte tatsächlich für das Ganze der Stadt spricht oder nicht doch einen Ausnahmefall darstellt. Die Homologien, identischen Strukturierungen und die korrespondierenden Positionen in verschiedenen Handlungsfeldern (Berking 2013: 228) zeigen sich deshalb erst in der Analyse der verschiedenen Ebenen städtischer Wirklichkeit.

Alfred Schütz und Thomas Luckmann gehen in ihrem wissenssoziologischen Ansatz davon aus, dass gesellschaftliche Wirklichkeit auf einem bestimmten Wissensbestand innerhalb einer Gesellschaft basiert, der den sozialen Akteuren Handlungen, Äußerungen und Dinge bzw. Artefakte sinnhaft erscheinen lässt. Diese Perspektive möchte ich auf die städtische Wirklichkeit des Eigenlogik-Ansatzes übertragen. Um dem Sinngewebe einer Stadt auf die Spur zu kommen, muss es dann darum gehen, den städtischen Wissensvorrat freizulegen. Dafür möchte ich den Begriff des *städtischen Wissensvorrats* einführen, den ich als eine besondere Form des sozialen Wissens verstehe und der sich auf die Orte, Bauten und weiteren räumlichen Strukturen einer Stadt, die Verteilung sozialer Gruppierungen über den Stadtraum, die städtische Ökonomie, besondere städtische Traditionen und die darüber hinaus gehenden, genau *diese* Stadt betreffenden Aspekte bezieht. Für jede Stadt speist sich dieser Wissensvorrat zwar aus ähnlichen Bereichen und Komponenten, die konkreten Anteile und Wissensverteilungen variieren jedoch, sodass es zu je spezifischen Ausprägungen der städtischen Wissensbestände kommt. In den städtischen Wissensvorrat fließen die Erfahrungen der sozialen Akteurinnen und Akteure in bzw. mit dieser Stadt ein, und alle als sozial relevant betrachteten, unmittelbaren und mitgeteilten Erfahrungen in der städtischen Lebenswelt schließen sich in ihm zu einer Einheit zusammen. Der Wissensvorrat einer Stadt dient dann als Bezugsschema für die weitere Weltauslegung bzw. als eine Art „Gebrauchsanweisung" oder „Ordnungssystem" (vgl. Schütz/Luckmann 2003: 43, 47).

Das auf den städtischen Raum bezogene Handeln bzw. das Handeln im Kontext von in dieser Stadt als typisch geltenden Situationen orientiert sich an diesem Wissensvorrat, denn in ihm ist „abgespeichert", was in dieser Stadt als sinnvolles bzw. sozial anerkanntes d.h. relevantes Handeln gilt. Anders formuliert: Ein am Wissensvorrat orientiertes Handeln gilt dann als „sinnvoll", wenn sich der von den sozialen Akteurinnen und Akteuren erwartete Effekt des Handelns bestätigt. Sofern es noch keine bewährten Lösungen gibt, entstehen – in aller Regel mit Rückgriff auf, oder besser: in Anlehnung an das bestehende Wissen – neue Sinnsetzungen. Daraus ergibt sich eine gewisse Beweglichkeit des städtischen Sinngewebes im Lauf der Stadtgeschichte, da sich die erforderlichen Handlungsorientierungen immer wieder aktualisieren.

Um an die Sinnsetzungen städtischer Architekturen als Bestandteile des städtischen Sinngewebes analytisch heranzukommen, möchte ich deshalb die Rekonstruktion des städtischen Wissensvorrats bzw. spezifischer Teile dieses Wissensvorrats vorschlagen, die wiederum eine umfassende empirische Analyse auf verschiedenen Ebenen voraussetzt. „Spezifische Teile des städtischen Wissensvorrats" meint all jene Wissenselemente, die im Rahmen der Entscheidungsprozesse für den Bau von Gebäuden und ihre Umsetzung als bedeutsam anzunehmen sind. Das kann je nach Gebäudezweck und Gruppe der Nutzerinnen und Nutzern sehr unterschiedliche Bereiche des städtischen Wissens umfassen. So ist z.B. davon auszugehen, dass die Entwicklung der Geburtenrate einer Stadt für den Bau eines Parkhauses recht unbedeutend, für die Errichtung von Kindertagesstätten aber wiederum äußerst relevant sein dürfte. Interessant ist dabei weiterhin, wie solche Zahlen (üblicherweise) interpretiert und auf welche Weise sie in die Entscheidung miteinbezogen werden.

Die holistische Untersuchungsperspektive des Eigenlogik-Ansatzes hat mir für die Freilegung der städtischen Wissensbestände und bei der Frage, welche Teile davon für welche Architekturen als relevant betrachtet werden müssen, hilfreiche Anregungen gegeben. Das betrifft vor allem die Analysevorschläge, die auf die Freilegung der sukzessiv verfestigten Vorstellungen vom Ganzen der Stadt zielen, und die ein besonderes Augenmerk auf die Entstehungsbedingungen für das Sinngewebe einer Stadt legen, das die lokalen Praktiken maßgeblich beeinflusst. Im Eigenlogik-Ansatz zeigt sich das Sinngewebe in einer *„kumulativen Textur"*[10], in den Sedimentbildungen von Texten, Symbolen, Architekturen und Routinen, die im steten Rückgriff aufeinander eine (Sinn-)Einheit bilden: „Kumulativ ist diese Textur aus materialen und immaterialen Artefakten: aus Denk- und Mahnmalen, Gründungsmythen, Texten, Redeweisen und Bildern jedweder Art, da es sich wesentlich um ein Thema mit Variationen handelt, das, der biographischen Erzählung

10 Suttles (1984); Lindner (2008); Berking/Schwenk (2011); Berking (2013).

nicht unähnlich, das Hier und Jetzt an sein Davor und seine Geschichte zurückbindet.“ (Berking 2013: 230) Die kumulative Textur einer Stadt lasse die Homologien auf den unterschiedlichen städtischen Ebenen hervortreten und damit den spezifischen Sinnzusammenhang, der in einem „einzigartigen Zusammenspiel von räumlicher Organisation, materialer Umwelt und kulturellen Dispositionen […], die Menschen und ihre Praktiken prägt.“ (ebd.: 231)

Während die Ausarbeitung der kumulativen Textur in einer Studie zur Eigenlogik einer Stadt auf die Herausstellung der Homologien ausgerichtet sein wird, nutze ich diese zwar auch zur Freilegung wiederkehrender bzw. „typischer“ Handlungs- und Entscheidungsmuster, habe dabei aber vor allem die Rekonstruktion städtischer Wissensvorräte im Blick. Unter anderem geht es dann um die Beantwortung zum Beispiel folgender Fragen: Welche Aspekte stellte man im untersuchten Zeitraum bei den getroffenen Entscheidungen als besonders wichtig heraus und haben diese Aspekte auch schon bei früheren Entscheidungen eine Rolle gespielt? Auf welche legitimatorischen Strategien griffen die städtischen Entscheider (immer wieder) zurück? Welche Selbstbilder der Stadt kursierten bzw. wie sprachen Frankfurterinnen und Frankfurter über ihre eigene Stadt? Welche Werthaltungen waren bei den die Stadt betreffenden Entscheidungen bestimmend? Spiegeln sich die Haltungen der sozialen Akteure auch im physisch-materiellen Material der Stadt wider und wenn ja: in welcher Weise? Die hier zugrundeliegende Annahme ist, dass sich erst aus der Herausstellung der damaligen, im städtischen Wissensvorrat Frankfurts verankerten Werthaltungen der soziale Sinn des 1906 eröffneten Jügelhauses erschließen lässt.

Für meine eigene Konzeption möchte ich mich vom in der Eigenlogik-Terminologie fest verankerten Begriff der „Sinnstruktur“ etwas distanzieren, da er theoretisch unterbestimmt bleibt. Mit ihm verweist man zwar auf die grundsätzlichen (Handlungs-)Orientierungen innerhalb einer Stadt, er ermöglicht aber innerhalb der Eigenlogik-Konzeption keine akkurate Differenzierung zwischen Wissen, Handeln und Sinn. Daher möchte ich nachfolgend statt von der Sinnstruktur einer Stadt vom städtischen Wissensvorrat sprechen, an dem sich das Handeln in einer Stadt (sinnhaft) orientiert. Der Sinn zum Beispiel von Architekturen ergibt sich dann aus der Verknüpfung von bestimmter Wissenselemente an diese Gebäude, die durch die städtischen Akteurinnen und Akteure erfolgt, welche diese Verbindung wiederum aufgrund *gemeinsamer* d.h. aufeinander abgestimmter Erfahrungen und Wissensbestände vollziehen können. Wie diese Verbindung ganz konkret aussehen kann, veranschauliche ich mit meinen empirischen Befunden zum Jügelhaus in Teil B dieser Arbeit.

Architektur wirkt aufgrund des sozial verteilten Wissens, das mit genau *diesem* Gebäude verbunden ist, und aufgrund seiner unausweichlichen Materialität handlungsstrukturierend. Auch Martina Löw verweist darauf, dass Architektur als Teil

der materialen Welt „fundamental und entwicklungsstrukturierend“ sei (Löw 2008a: 104). Der städtische Wissensvorrat und die städtischen Architekturen sind eng miteinander verbunden: Letztere entstehen mit dem Rückgriff der involvierten Akteurinnen und Akteure auf ein diese Stadt betreffendes Wissen (und weiteren Wissenselementen über Konstruktion, Gestaltung, Kostenkalkulation, etc.). Sind die Architekturen einmal in der Welt, kursiert auch über sie ein spezifisches Wissen, z.B. darüber, wo genau in der Stadt sie stehen, welche Funktionen sie haben, für welche soziale(n) Gruppe(n) sie erbaut wurden. Sie strukturieren dabei das Handeln im Hier und jetzt, aber auch die zukünftige Entwicklung: Grenzziehungen und Raumkontrolle haben immer auch Effekte auf die sozialen Verhältnisse und deren Entfaltung. Unter Heranziehung des Konzepts vom kollektiven Gedächtnis von Maurice Halbwachs betrachte ich weiter unten die Verknüpfung von Architektur und städtischem Wissensvorrat noch ausführlicher.

Ein grundsätzlicher Unterschied zwischen dem Eigenlogik-Ansatz und der vorliegenden Studie ist die methodische Vorgehensweise. Martina Löw schlägt für die Erforschung städtischer Eigenlogik ein komparatives Untersuchungsdesign – sprich: den Vergleich von Städten – vor, da sich das Eigene nur in Differenz zu anderen Städten zeigen könne (vgl. Löw 2008; Frank 2012: 301). Aus dem Nebeneinander zweier Städte zum Beispiel, die beide ähnliche sozialstrukturelle und ökonomische Voraussetzungen sowie eine ähnliche Größe haben, zeigten sich dann – so die These – trotz gewisser Parallelen die jeweils besondere Strukturiertheit der Vergleichsstädte. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass sich Städte nicht isoliert entwickeln, sondern zusammen mit den anderen Städten „in ein Netzwerk objektiver Beziehungen eingebunden [sind], welche erstens Stadtentwicklung durch Vergleichssysteme mit strukturieren und zweitens Entwicklungen gerade unter Bedingungen von Globalisierung, also steigender Vernetzung und Abhängigkeiten, nicht mehr allein über den Ort erklärbar machen. Die Struktur eines Ortes ist in diesem Sinne auch das Resultat von Prozessen an anderen Orten.“ (Löw 2008: 46) Das Beziehungsgefüge, innerhalb dessen sich Städte – durchaus in Abgrenzung und in Konkurrenz zueinander – entwickeln, nennt Löw den *Konnex* der Städte (ebd.; Löw 2008a: 96ff.). Bei der Analyse sei zu berücksichtigen, ob der Vergleichsrahmen innerhalb dieses Konnexes lokal, regional, national oder global gesteckt ist bzw. ob der inhaltliche Vergleich auf einer kulturellen oder ökonomischen Ebene erfolgt (vgl. Frank 2012: 300). Die eigenlogische Struktur einer Stadt werde aufgrund dieses relationalen Beziehungsnetzes auch andernorts mitentwickelt: „Städtische Eigenlogik ist somit ein ortsbezogener Begriff, der nicht nur an einem Ort stattfindet.“ (Löw 2008a: 100) Der Städtevergleich, der nicht auf das Allgemeine, „sondern auf der Ebene horizontaler Vergleiche offener operiert“ (ebd.: 102), führe zu „tiefenscharfen Entscheidungsgrundlagen für »diese« Stadt.“ (ebd.)

Auch wenn die vorliegende Studie viele Anregungen aus dem Eigenlogik-Ansatz mitnehmen konnte – ein Städtevergleich bzw. der Vergleich mit einer oder mehreren anderen Städten, die zu einem ähnlichen Zeitpunkt ein ähnliches Bauvorhaben umsetzten, kam aus mehreren Gründen nicht in Frage: Erstens waren keine Vergleichsfälle zu finden, die über ein ähnliches Setting verfügten, zweitens hätte ein Städtevergleich bei der Tiefe der vorliegenden Untersuchung die Ressourcen einer Einzelperson weit übertroffen. Weiterhin bin ich von der These ausgegangen, dass, sofern man sowohl die sozialen als auch die materialen Ebenen der Stadtkonstitution in den Blick nimmt und zwar bezogen auf unterschiedliche Handlungsfelder (wie z.B. Politik, Ökonomie und Kultur), das je Typische einer Stadt auch ohne einen direkten Städtevergleich empirisch erfassen kann. Dennoch habe ich nicht die Relationen zu anderen Städten, zu denen diese Stadt von Außenstehenden in Vergleich gesetzt wird bzw. zu welchen sie sich selbst in Vergleich setzt, außer Acht gelassen. Auch die Art, wie man sich einer Stadt mit anderen Städten vergleicht bzw. die von außen kommenden Einschätzungen über eine Stadt, geben Aufschluss auf die Besonderheiten bzw. das Typische *dieser* Stadt.

1.6
Halbwachs und das kollektive Gedächtnis: Architekturen als „Wissensanker“

Halbwachs Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis können Silke Steets wissenssoziologischem Zugriff auf Architekturen und den Eigenlogik-Ansatz auf interessante Weise verbinden. Bislang werden diese Überlegungen vorwiegend als Konzept einer Architektursoziologie *avant la lettre* betrachtet. Der Ansatz des französischen Soziologen findet in den Kulturwissenschaften eine sehr viel weitere Verbreitung als innerhalb der Soziologie, was unter anderem der Weiterentwicklung zu einem „kulturellen“ Gedächtnis durch Jan und Aleida Assmann geschuldet ist. Architektursoziologisch sind die Ideen von Halbwachs vor allem aufgrund seiner Annahme interessant, dass sich die gemeinsamen Erinnerungen einer sozialen Gruppe in das Material bzw. in bestimmte Orte „einprägen“ bzw. auf eine materielle Weise „repräsentiert“ werden. Das schließt auch Architekturen mit ein, welchen in dieser Auffassung eine sozial-kohäsive Funktion zukommt. Halbwachs beabsichtigt mit seinem Konzept des *kollektiven Gedächtnisses* zu erklären, wie diese Funktion überhaupt „in das Material“ kommen kann. Diese Erklärung nutze ich als

Ausgangspunkt, um zu meiner eigenen Konzeption des *städtischen kollektiven Gedächtnisses* zu kommen, welches ich wiederum als eine besondere Form bzw. einen Ausschnitt des städtischen Wissensvorrats auffasse.

Maurice Halbwachs Annahmen zum kollektiven Gedächtnis sind an vielen Stellen unscharf geblieben, was mitunter seinem frühen Tod im KZ Buchenwald geschuldet ist.[11] Zwar sind in den letzten Jahrzehnten verschiedene ergänzende Konzeptionen entstanden, die aber vor allem auf die sprachliche, die symbolische und die interaktionsbasierte Vermitteltheit des kollektiven Gedächtnisses rekurrieren und dabei die in der Halbwachs-Konzeption herausgestellte Verbindung mit dem physisch-materiellen Raum in aller Regel nicht oder nur am Rande thematisieren. Zu nennen sind hier insbesondere das aus den Kulturwissenschaften kommende Ehepaar Jan Assmann (1992) und Aleida Assmann (2002), der Sozialpsychologe Harald Welzer (2005) sowie die Soziologen Hubert Knoblauch (1999) und Gerd Sebald (2014). Auch eine der jüngsten Erweiterungen von Halbwachs' Idee des kollektiven Gedächtnisses durch den Soziologen Gerd Sebald (2014; Sebald/Weynand 2011) schreibt Narrationen und Diskursen eine herausragende Rolle bei der Formierung sozialer Gedächtnisse zu und nimmt keine Verortung dieser Gedächtnisse im physisch-materiellen Raum vor. Die Räumlichkeit des Erinnerten spielt bei Sebald nur in Form eines Möglichkeitsraums eine Rolle, nicht aber in Bezug auf den sozial bespielten, produzierten und angeeigneten physisch-materiellen Raum. Eine hervorzuhebende Ausnahme beim Weiterdenken des kollektiven Gedächtnisses mit Blick auf dessen Ortsbezogenheit hat die Ethnologin Christiane Schwab (2013) vorgelegt. Im Rahmen ihrer stadtanthropologischen Studie zu Sevilla deckt Schwab die Textur der Stadt als vielgestaltige Geschmackslandschaft auf. Sie macht dabei die Verknüpfung von auf die Stadt bezogenen kollektiven Gedächtnisinhalten mit der physisch-materiellen Umwelt stark und spricht von einem *städtischen Gedächtnis*[12]. Die Verbindung von Gedächtnis und städtischer Materialität möchte ich nachfolgend besonders deutlich modulieren und beziehe mich dabei unter anderem auch auf Schwabs Studie.

In wie weit sich das kollektive Gedächtnis über Sprache vermittelt, behandele ich nur am Rande, obwohl ohne sie die räumliche Verortung des Gedächtnisses sicherlich nicht möglich wäre. Eine in diese Richtung gehende Ausarbeitung würde

11 Halbwachs wurde aufgrund seiner offenen sozialistischen Gesinnung und aufgrund der Tatsache, dass sich seine beiden Söhne der Résistance angeschlossen hatten, am 23. Juli 1944 in Paris von der Gestapo verhaftet und in Sippenhaft genommen. Es erfolgte die Deportation in das KZ Buchenwald, in dem er am 16. März 1945 völlig entkräftet und schwer erkrankt verstarb. Siehe dazu auch Bourdieu (2003: 229-234).

12 Ich bevorzuge die Formulierung „städtisches kollektives Gedächtnis", da der Begriff „städtisches Gedächtnis" den Schluss zulässt, dass die Stadt selbst es sei, die sich erinnert, obwohl es die dort lebenden Menschen sind, die gemeinsame Gedächtnisinhalte teilen.

den Rahmen dieser Arbeit jedoch sprengen und ich verweise deshalb auf die bereits genannten Autorinnen und Autoren. Nachfolgend soll es zunächst darum gehen, Halbwachs zentrale Annahmen zur Beschaffenheit und Entstehung des kollektiven Gedächtnisses zu erörtern, um sie dann auf eine Konzeption zu übertragen, die für jede Stadt ein *städtisches* kollektives Gedächtnis annimmt, das wiederum als Bestandteil des städtischen Wissensvorrats zu begreifen ist und das auf das Verhältnis der städtischen Akteurinnen und Akteure zur städtischen Materialität Einfluss nimmt.

Aufbauend auf den Überlegungen seines Lehrers Émile Durkheim entwickelt Halbwachs ein erweitertes Konzept zur *sozialen Morphologie*, in der er immer wieder „zu den materiellen Formen des Sozialen, dem dinglichen »Ausdruck« des gesellschaftlichen Lebens" zurückkommt (Egger 2002: 92) und dabei auch dem Raum bzw. räumlichen Verhältnissen Gewicht gibt. Einen besonderen Stellenwert in Halbwachs' Arbeit nehmen Überlegungen zum kollektiven Gedächtnis ein, das er – so wie das Soziale generell – eng mit der physisch-materiellen Umwelt verbunden sieht. Die im sozialen Gedächtnis sedimentierten Erfahrungen haben in seiner Anschauung immer einen Ortsbezug und wirken in dieser Verbindung sowohl sozial-kohäsiv als auch identitätsstabilisierend. Letzteres vor allem deshalb, weil das soziale Gedächtnis darauf ausgelegt sei, innerhalb einer sozialen Gruppe bzw. Gesellschaft Gleiches zu stabilisieren, Erinnerungen an gemeinsame Erfahrungen auf einen Nenner zu bringen und die Wahrnehmungen innerhalb der Gruppe zu synchronisieren. Halbwachs' Konzeption gibt Ausblicke darauf, wie die materiellen Sedimentationen innerhalb einer Stadt an das Handeln der sozialen Akteure geknüpft sind und inwiefern städtische Architekturen bzw. das Gebaute in der Stadt als „Ankerpunkt" kollektiver Vorstellungen und Erinnerungen fungieren.

Eine Gesellschaft kann Halbwachs zufolge nur dann bestehen, wenn sie sich im Raum niederlässt und ausbreitet, d.h. wenn sie an einem konkreten Ort (oder an mehreren Orten) lokalisierbar sei: „Sie hat, in ihrer Gesamtheit und ihren Teilen, immer eine bestimmte Ausdehnung, eine Lage, Größe und Gestalt im dinglichen Raum, auf der stofflichen Erde." (Halbwachs 2002: 72) Gesellschaften versteht Halbwachs eng mit den materiellen Formen verbunden, die wie ein Ordnungsgefüge wirken. Die Bilder, die z.B. über bestimmte Institutionen kursieren, seien in aller Regel direkt mit bestimmten räumlichen Aspekten – wie z.B. Gebäuden – verbunden, denn „Institutionen sind nicht einfach nur Gedankengebilde: sie müssen auf die Erde gebracht werden, ganz mit Stofflichem beschwert, menschlichen Stoff und unbelebten Stoff, mit Lebewesen aus Fleisch und Blut, mit Bauwerken, Häusern, Plätzen, dem Gewicht des Raums." (Halbwachs 2002: 15f.) Das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft sieht er deshalb verknüpft mit einem spezifischen räumlichen Rahmen bzw. ganz konkreten Orten: Das „materielle Milieu, das uns

umgibt", bewahre die kollektive Vergangenheit auf (Halbwachs 1985: 142). Gerade aufgrund der Ortsgebundenheit des Gruppengedächtnisses wirke es höchst identitätsstiftend: „Wir wissen, wer wir sind, woher wir kommen und wohin wir gehen, weil wir uns selbst als Teil einer kollektiven Geschichte *verorten* können." (Sebald/Weynand 2011: 176, Hervorhebung TE) Die gemeinsam in der Gruppe geteilten Erinnerungen bilden laut Halbwachs einen Wissensvorrat, der die Gruppenidentität nähre und stärke und der die Wahrnehmung der einzelnen Gruppenmitglieder in einer Weise lenke, welche die gemeinsame Erinnerung immer wieder neu belebt.

Das bedeutet, dass das Handeln innerhalb der Gruppe auch durch die kollektive Erinnerung – als eine besondere Form des Wissensvorrats – geprägt ist. Das zeigt sich insbesondere bei Traditionen, wie z.B. regelmäßigen Festen, die in aller Regel an ganz bestimmten Orten stattfinden, und die aufgrund ihrer Verankerung in das Gruppengedächtnis nicht ohne weiteres ins Wanken geraten. So gibt es z.B. in vielen Orten und Städten Mitteleuropas seit dem 16. Jahrhundert bis heute die Tradition, einen Maibaum aufzustellen, was üblicherweise als ein feierlicher und gemeinschaftlicher Akt an zentraler Stelle des Orts geschieht, begleitet von einem Dorf- oder Stadtfest. In bayerischen Ortschaften finden bis heute in dem Gemeinschaftsakt, dem individuell gestalteten Baum und dem Zeremoniell des Aufstellens Zusammenhalt und Wohlstand ihren sichtbaren Ausdruck (Maibaum-Verein 2016). Die starken, damit verbundenen identitätsstiftenden Effekte wirken also bereits seit vielen Jahrhunderten. Doch auch mit vergleichsweise „kurzlebigen" und nur für einen bestimmten Zeitraum wiederkehrenden Traditionen, wie z.B. regelmäßige Familientreffen, haben identitätsstablisierende Momente: Das gemeinsame Erinnern an frühere Treffen und an gemeinsam Erlebtes stärkt das Zusammengehörigkeitsgefühl.

Halbwachs grenzt das kollektive Gedächtnis vom individuellen Gedächtnis ab und bezeichnet beides als je verschiedene Modi der Erinnerung. Zwar basiere das kollektive Gedächtnis auf den individuellen Erinnerungen, letztere würden aber durch den Austausch und die Wiederbelebung des einstmals *gemeinsam* Erlebten im Gruppen-kontext bei den Einzelnen ab- bzw. angeglichen (Halbwachs 1985: 12). Durch das Einfügen unserer Erinnerungen in den kollektiven Rahmen der Gruppe, die eine dauerhaft bestehende Gemeinschaft der sich Erinnernden bilde, veränderten sich die Erinnerungen und passten sich aufgrund neuer bzw. zusätzlicher Informationen über Personen und Ereignisse aus unserer Vergangenheit durch die anderen immer wieder neu an bzw. sie „vervollständigten" sich. Das bedeutet, dass Erinnerungen, oder genauer: die *Bilder* der Erinnerung, veränderlich und beweglich sind, während allerdings das Ereignis selbst (und damit auch der Ort des einstigen Geschehens) von der Erinnerung nicht abgekoppelt werden kann (vgl. Sebald/Weynand 2001: 180). Es bedeutet weiterhin, dass sich die ver-

meintlich persönlichen Erinnerungen permanent „mit fremden Beiträgen [bereichern], die sich, sobald sie Wurzel gefaßt und ihren Platz gefunden haben, nicht mehr von anderen Erinnerungen unterscheiden." (Halbwachs 1985: 63) Im Zweifel sei es den Einzelnen demnach gar nicht möglich zu unterscheiden, ob es sich bei der Vergegenwärtigung des Vergangenen um eine individuelle oder eine durch die Gruppe bereicherte Erinnerung handelt.

Die individuelle Wahrnehmung der Mitglieder einer Gruppe werde strukturiert durch die Konventionen der Gruppe, die das Denken jedes Gruppenmitglieds ausfüllen und lenken (Halbwachs 1985a: 363). Dabei handele es sich nicht um eine Struktur, die das Erinnern auf in ewig festgefügten Bahnen lenkt, sondern eher um eine dynamische Formation: „Die Gesellschaft stellt sich die Vergangenheit je nach den Umständen und je nach der Zeit in verschiedene Weise vor: sie modifiziert ihre Konventionen. Da sich jedes ihrer Glieder diesen Konventionen beugt, so lenkt es auch seine Erinnerungen in die gleiche Richtung, in die sich das kollektive Gedächtnis entwickelt." (Halbwachs 1985a: 368) Einerseits spricht Halbwachs von Konventionen, an anderer Stelle sind es „soziale Denkströmungen", welche die Bewusstseinsleistungen der Einzelnen aufeinander abstimmend strukturierten und die das Denken der Gruppenmitglieder so unsichtbar durchdrängen „wie die Luft, die wir einatmen" (Halbwachs 1985: 19). Unabhängig von der verwendeten Terminologie wirkt für Halbwachs die Einbindung der Menschen in ihre jeweiligen sozialen Umfelder auf das Erinnern derart prägend, dass die Einzelnen nicht mehr in Lage seien zu unterscheiden, ob es sich bei bestimmten Gedanken um das eigene oder das „gemeinschaftliche" Gedankengut handelt.

Eine weitere Differenzierung, die Halbwachs vornimmt, ist die des kollektiven Gedächtnisses vom historischen Gedächtnis. Aufbauend auf dieser Unterscheidung arbeitet er außerdem die besondere Zeitlichkeit kollektiver Erinnerungen heraus. Die Grenzen des kollektiven Gedächtnisses verlaufen für Halbwachs anders als die der Geschichtsschreibung: Umfasse letztere *alle* Gruppen und *alle* Ereignisse und ist chronologisch klar getaktet, so erstrecke sich die kollektive Erinnerung ausschließlich über die Gruppe, die sie aufbewahrt, und reiche nur bis zu den Ereignissen zurück, an die sich das Gruppengedächtnis erinnert. Des Weiteren stehe die Zeit, die das kollektive Gedächtnis umschließt, in Abhängigkeit zur Zusammensetzung ihrer Gruppenmitglieder. Verändert sich die Gruppe nicht fühlbar, „kann die Zeit, die ihr Gedächtnis umspannt, sich verlängern" und bleibe ein kontinuierliches Milieu, auf das die Gruppenmitglieder in seiner gesamten Ausdehnung zurückgreifen. Erst mit dem Wandel in der Mitgliederzusammensetzung, etwa durch Neuzugänge und dem Verlust einstiger Mitglieder, beginne eine neue Zeit, ein neuer Abschnitt für diese Gruppe, was außerdem mit einer Veränderung der Gedächtnisinhalte verbunden sei (Halbwachs 1985: 117ff.). Die besondere Zeitlichkeit des kollektiven Gedächtnisses verweist also auf seine gleichzeitige Beharrungskraft

und Beweglichkeit: Einerseits strukturiert und synchronisiert das kollektive Gedächtnis die Erinnerungsleistungen der Einzelnen, andererseits ist es dennoch beweglich und aktualisiert die Geschichte der Gruppe in Abstimmung an die gegenwärtigen Bedingungen und zwar durch Generationswechsel, durch Gruppenneuzugänge oder durch den Austausch von Gruppenmitgliedern. Welches die jeweils entscheidenden, d.h. „erinnerungswürdigen", Gedächtnisinhalte sind, ist dabei im zeitlichen Verlauf veränderlich.

Das kollektive Gedächtnis ist immer an die soziale Praxis innerhalb der Gruppe gebunden. Deshalb bezeichnet es Halbwachs im Gegensatz zur zurückliegenden, chronologischen und abgeschlossenen Geschichte als „gelebte Geschichte": Durch Erinnerung und Wiederholung werde das Vergangene durch den Austausch in der Gruppe in die Gegenwart, in das Hier und Jetzt gezogen. Halbwachs zufolge verfüge die „gelebte Geschichte [...] über alles, was notwendig ist, um einen lebendigen und natürlichen Rahmen zu bilden, auf den das Denken sich stützen kann, um das Bild seiner Vergangenheit zu bewahren und wiederzufinden." (Halbwachs 1985: 55) Zur Aufrechterhaltung dieses Bildes der Vergangenheit sammelten sich im kollektiven Gedächtnis im Gegensatz zur Geschichte weiterhin *Ähnlichkeiten* und nicht die Wechsel, Brüche und Unterschiede, die für Historikerinnen von besonderem Interesse sind. Dieser Unterschied ist laut Halbwachs unter anderem darin begründet, dass die Geschichtsschreibung von *außen* auf die Geschehnisse blicke, während das kollektive Gedächtnis die Gruppe von *innen* betrachte: „Es zeigt der Gruppe ein Gesamtbild ihrer selbst, das sich zweifellos zu einer früheren Zeit aufrollt, [...] jedoch so, daß sie sich in diesen aufeinanderfolgenden Teilbildern jederzeit wiedererkennt. Das kollektive Gedächtnis ist ein Bild der Ähnlichkeiten [...]." (Halbwachs 1985: 76)

Das Herausstellen der Ähnlichkeiten ist damit der Treibstoff für die identitätsstiftenden Effekte des kollektiven Gedächtnisses: Die wiederholt gemeinsam aktualisierte Erinnerung erzeugt im Hier und Jetzt Ähnlichkeit in den Denkfiguren der einzelnen Gruppenmitglieder und malt das Bild der Gruppenidentität. An dieser Stelle findet sich eine gewisse Verwandtschaft bzw. eine Verbindungsmöglichkeit zum Eigenlogik-Konzept. Bei der Untersuchung der Eigenlogik einer Stadt rücken die Homologien in den Fokus bzw. die Strukturähnlichkeiten zwischen den verschiedenen Feldern der städtischen Wirklichkeit (vgl. Berking 2013: 227). Unter anderem glaubt man, über die Rekonstruktion der kumulativen Textur der Stadt diese Homologien freilegen zu können, da sich diese Textur zusammensetzt aus den vielfältigen Sedimentierungen des Sozialen – sei es in materieller oder in immaterieller Form. Auch das kollektive Gedächtnis einer Stadtgesellschaft beinhaltet spezifische, genau diese Stadt betreffende Erfahrungs- bzw. Erinnerungssedimente, die auf Wiedererkennung und eine Herstellung von Ähnlichkeit in den Denkfiguren der sozialen Akteure ausgelegt sind.

Halbwachs geht davon aus, dass jede soziale Gruppe ihr je eigenes kollektives Gedächtnis habe und es deshalb innerhalb einer Gesellschaft viele kollektive Gedächtnisse nebeneinander gebe. Er bleibt allerdings eher unkonkret, wenn es um die Frage geht, wie sich das kollektive Gedächtnis einer Gesellschaft aus den vielen Gruppengedächtnissen zusammensetzt und sich daraus so etwas wie ein „Nationalgedächtnis" oder – um im kleineren Maßstab zu bleiben – ein „Stadtgedächtnis" ergibt bzw. zusammensetzt. Er betont, dass sich gerade bei Größen wie der Nation der Erinnerungsrahmen nicht dem Individuum zuwende, sondern nur die Ereignisse festhalte, die die *Gesamtheit* der Bürgerinnen und Bürger betrifft. Der Einzelne habe mitunter wenig persönliche Berührungspunkte mit diesen Ereignissen. Während Halbwachs sehr detailliert schildert, unter welchen Bedingungen sich das kollektive Gedächtnis in überschaubaren und homogenen Gruppen konstituiert, bleibt er hinsichtlich der Entstehungsbedingungen für ein weiter gespanntes kollektives Gedächtnis einer Gesellschaft, die immer auch heterogen bzw. aus vielen sozialen Gruppen zusammengesetzt ist, nur im Schemenhaften. Dennoch geht er davon aus, dass jede große Bevölkerung gemeinsame Vorstellungen teilt (er nennt sie „Kräfte der Einbildung") und spricht von einem intuitiven Verständnis, einem tiefen Sinn und kollektiven Instinkt, die für ein inneres Gleichgewicht und für eine spezifische Sicht auf die Dinge sorgten (Halbwachs 2002: 81). Dabei stellt er ganz klar heraus, dass sich Gewohnheiten und Traditionen auch auf die „materiellen Ordnungsgefüge der Menschen erstrecken." (ebd.) Die Wahrnehmungen der physisch-materiellen Umwelt sind demnach durch das kollektive Gedächtnis als eine spezifische Form des Wissensvorrats strukturiert. Das gilt auch für Städte, an deren Material bestimmte kollektive Erinnerungen gebunden sind bzw. deren Material die dort lebenden und arbeitenden Menschen an gemeinsame Wissensbestände erinnert und darüber auf die Vorstellungen, die Menschen über „ihre" Stadt haben, koordinierend einwirkt.

Die Bedeutung des Ortes für das kollektive Gedächtnis sowie seine identitätsstabilisierenden Effekte rücken für die Konzeption eines *städtischen Gedächtnisses* besonders in den Fokus. Ohne einen konkreten räumlichen Bezug ist für Halbwachs das kollektive Gedächtnis nicht denkbar. Der Ort, an dem sich eine Gruppe bewegt und an dem sich dauerhafte Beziehungen etabliert haben, wird Halbwachs zufolge in das Bild, das eine Gruppe von sich selbst macht, miteingeschlossen. Der zusammen mit dem Erlebten memorierte Ort präge das Gruppenbewusstsein und verlangsame und reguliere dadurch seine Entwicklung: „Eine Gruppe, die in einem bestimmten räumlichen Bereich lebt, formt ihn nach ihrem eigenen Bild um; gleichzeitig aber beugt sie sich und paßt sich denjenigen materiellen Dingen an, die ihr Widerstand leisten." (Halbwachs 1985: 129) Der Ort, den eine Gruppe für sich einnimmt, erhalte deren Gefüge und Eigenart aufrecht und umgekehrt erhalte die Gruppe diesen Ort. „Die verschiedenen Viertel innerhalb einer Stadt und die

Häuser innerhalb eines Viertels haben einen festen Platz und sind ebenso stark im Boden verankert wie Bäume und Felsen, wie ein Hügel oder eine Hochfläche." (ebd.) In diesem Kontext verweist Halbwachs darauf, dass, solange das Aussehen eines Stadtquartiers gleich bleibt und es keine Veränderungen an den Gebäuden und am Straßenbild gibt, auch die Gruppe der dort Lebenden unverändert erscheine. Die Trägheit der Dinge wirke sich auf die Trägheit des Bildes aus, das sich eine Gruppe von den eigenen Dingen und vom eigenen Ort macht, die unveränderten räumlichen Gegebenheiten spiegelten der Gruppe „das beruhigende Bild ihrer Kontinuierlichkeit vor." (Halbwachs 1985: 129) Die Verbundenheit der Gruppe zu „ihren" Orten zeige sich außerdem in den Sinngebungen für jedes Detail dieses Ortes. Die Menschen, die in einem bestimmten Stadtquartier leben, würden in aller Regel mit den Straßenzügen, den Läden, den Häuserzeilen nicht nur die ganz individuellen Erfahrungen und Erinnerungen verbinden, sondern immer auch gemeinsam geteilte Sinnzuweisungen sowie kollektive Erinnerungen, die z.B. auch die „Geschichte" eines Ladengeschäftes umfassen können, das Wissen um wechselnde Graffitis an bestimmten Häuserwänden, die Kenntnis darüber, an welcher Ecke im Sommer der fahrende Eisverkauf Station macht etc.

Im kollektiven Gedächtnis verweben sich die gemeinsam gemachten Erfahrungen zu ortsgebundenen, kollektiven Erinnerungen und Sinngebungen und damit zu einem identitätsstiftenden Gewebe, das die Gruppenmitglieder auffängt. Doch auch wenn sich Außenstehenden der tiefere gruppen- und ortsgebundene Sinn zum Beispiel einer Quartiersgemeinschaft nicht eröffnen mag (vgl. Halbwachs 1985: 130), weil sie nicht am kollektiven Gedächtnis dieser Gruppe teilhaben und damit nicht auf das damit verbundene Identitätskonstrukt referenzieren, sind sie als Ortskundige in aller Regel dennoch dazu in der Lage, Orten die „dazugehörigen" sozialen Gruppen zuordnen. Innerhalb einer Stadt gehören die dort lebenden und arbeitenden Menschen niemals zu *allen* dort vorzufindenden sozialen Gruppen, sind aber dennoch in der Lage, Ort und Gruppe bzw. Gruppenidentität miteinander in Bezug zu setzen. Es gibt in jeder Stadt ein allen zugängliches Wissen bzw. ein gruppenübergreifendes Gedächtnis darüber, wie die sozialen Akteurinnen und Akteure im städtischen Raum angeordnet sind und an welchen Orten welche sozialen Gruppen üblicherweise anzutreffen sind.

Ein Beispiel: Eine Bewohnerin des Frankfurter Villenviertels Westend um 1900 war vermutlich nicht persönlich mit den Bewohnerinnen und Bewohnern des benachbarten Stadtquartiers Bockenheim bekannt. In ihrer Vorstellung wird sie diese dennoch „treffsicher" als Arbeiterinnen und Arbeiter sowie aus dem kleinbürgerlichen Milieu kommend imaginiert haben. Umgekehrt hätte sie, gefragt danach, in welchem Stadtteil Frankfurts man auf eine besonders große Anzahl an Arbeiterinnen und Arbeitern treffen könne, womöglich mit „Bockenheim" geantwortet. Die Villenbewohnerin hatte nicht Anteil am kollektiven Gedächtnis der Bockenheimer

Bevölkerung, aber mit Sicherheit Zugriff auf ein Wissen darüber, wo diese Gruppe lokalisiert war, welchen Raum sie einnahm bzw. auf welchen sie tagtäglich bezog und wusste damit, dass es sich dabei um ein Lebensumfeld handelte, welches sich vom Frankfurter Westend nicht nur rein äußerlich, sondern auch im Hinblick auf seine „Bespielung" unterschied. Wenn ich weiter vorne von ortskundig gesprochen habe, meine ich damit weiterhin nicht, dass eine Person, die „eigene" Stadt gut kennt, bereits überall vor Ort gewesen sein muss, um die besagten Zuordnungen treffen zu können. Es handelt sich hier vielmehr um eine spezifische Art des Allgemeinwissens, im Sinne eines allen zugänglichen Wissens über die Stadt, womit wir uns allmählich der Konzeption eines *städtischen kollektiven Gedächtnisses* nähern. Ich möchte zunächst aber noch weiter auf die Verbundenheit des kollektiven Gedächtnisses mit dem städtischen Raum eingehen.

Während Halbwachs einerseits die Trägheit der Dinge und die an den Ort gebundene Gruppenidentität für die Persistenz des kollektiven Gedächtnisses verantwortlich zeichnet, erweist sich auch das kollektive Gedächtnis selbst – sofern die Gruppenzusammensetzung sich nicht deutlich verändert – trotz seiner potentiellen Dynamik bisweilen als relativ robust: Bauliche Veränderungen und drastische Eingriffe in die Materialität der Stadt würden z.B. dazu führen, dass die betroffenen Gruppen Widerstand leisten. Dieser Widerstand zeige sich allerdings nicht zwangsläufig in Protesten und deutlich geäußerter Empörung, sondern in der widerständigen Kraft der Tradition, „und dieser Widerstand bleibt nicht wirkungslos. Die Gruppe sucht – und teilweise gelingt es ihr – in den neuen Verhältnissen ihr früheres Gleichgewicht wiederzufinden." (Halbwachs 1985: 134) In den von diesen Gruppen neu angeeigneten Quartieren versuchten jene, ihre Traditionen und Bindungen aufrecht zu erhalten oder neu zu bilden. So finden sich etwa im Zuge der Stadtumbauten Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts und den damit einhergehenden Straßendurchbrüchen, Häuserabrissen und dem Neuaufbau repräsentativer Blockrandbebauungen in den Hinterhöfen immer noch Teile der alten, d.h. schon lange ansässigen Bevölkerung, die ihren Geschäften und Gewohnheiten in alter Weise nachgehen (vgl. Halbwachs 1985: 135f.). Für genau diesen Zeitraum setzt sich in den schnell wachsenden und den sich ebenso rasant wandelnden europäischen Großstädten außerdem das Bürgertum als mächtige, stadtgestaltende Kraft durch: Die Stadt war *der* kulturelle Referenzraum der bürgerlichen Eliten, die den städtischen Lebensraum nach den eigenen Interessen und Bedürfnissen zu gestalten versuchten. Am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main lässt sich im Rahmen der vorliegenden Studie veranschaulichen, auf welche Weise es dem Bürgertum gelang, erfolgreich gestaltenden Einfluss zu nehmen.

Halbwachs verweist auch auf die nachhaltige Wirkung räumlicher Veränderungen bei gleichbleibender Gruppe. Er nimmt an, „daß die Einwohner dem, was wir den materiellen Aspekt der Stadt nennen, eine sehr ungleich starke Aufmerksam-

keit schenken, daß aber die Mehrzahl zweifellos das Verschwinden einer bestimmten Straße, eines bestimmten Gebäudes, eines Hauses sehr viel stärker empfinden würde als die schwerwiegendsten nationalen, religiösen, politischen Ereignisse." (Halbwachs 1985: 131) Es seien letztendlich sowohl die Trägheit der Sinngebungen in der Gruppe als auch die Trägheit der baulichen bzw. räumlichen Strukturen einer Stadt, die eine Verstetigung bzw. Weitergabe der gruppenspezifischen und in der Vergangenheit verankerten Sinngehalte – und damit auch „Wiedererkennung" – ermöglichen. Dass deshalb die potentielle Dynamik des kollektiven Gedächtnisses nicht negiert wird, zeigt sich z.B. daran, dass dramatische Veränderungen in der Zusammensetzung der Gruppe wiederum zu Modifikationen auch an den räumlichen Gegebenheiten führen, wie etwa geschmacksbedingte Veränderungen im Arrangement der Dinge durch die anderen Vorlieben neuer Gruppenmitglieder (vgl. Halbwachs 1985: 130).

So könnte man z.B. die dramatischen Veränderungen in den Städten des ausgehenden 19. Jahrhunderts auch unter diesem Aspekt betrachten: Nicht nur der extrem drängende Anpassungsbedarf aufgrund der Bevölkerungsentwicklung – massiver Zuzug und gleichzeitig steigende Geburtenraten – machte die schnelle Schaffung von Wohnraum und ausreichender Hygieneverhältnisse sowie die Versorgung mit geeigneten Verkehrsinfrastrukturen erforderlich, sondern *auch* die gleichzeitigen sozialstrukturellen Veränderungen vor allem innerhalb des Bürgertums. Die große Zahl wirtschaftlich und sozial Aufgestiegener stellte veränderte Bedürfnisse an die Stadt als Lebensraum und zwar in Bezug auf kulturelle Möglichkeiten, Bildungseinrichtungen und nicht zuletzt auch in Bezug auf die Repräsentativität des städtischen Umfelds. Auch dieses Begehren führte zu Veränderungen und Eingriffen in die Stadtbilder.

Halbwachs selbst hat sich in seinen Überlegungen nicht mit einem spezifischen städtischen kollektiven Gedächtnis befasst, also einem kollektiven Gedächtnis, das für jede Stadt ein anderes sein müsste, sondern ist bei den kollektiven Erinnerungen, die sich auf städtische Räume beziehen, sehr allgemein geblieben. Für meine eigene Konzeption eines *städtischen kollektiven Gedächtnisses* ist Halbwachs Verknüpfung zwischen Raum und Erinnerung aber ganz entscheidend. Man wird außerdem nicht von *dem einen* kollektiven Gedächtnis einer Stadt sprechen können. Wie weiter vorne beschrieben, sammeln sich im kollektiven Gedächtnis vor allem Ähnlichkeiten, die für eine Stabilisierung der Gruppenidentität bedeutsam sind. Voraussetzung dafür ist aber eine relative Homogenität der Gruppe. Städte wiederum zeichnen sich durch ihre besondere Heterogenität in der Zusammensetzung der dort lebenden und arbeitenden sozialen Gruppen aus. Aufgrund der vielen unterschiedlichen sozialen Milieus und sozialen Felder, die in einer Stadt aufeinandertreffen, ist es höchst unwahrscheinlich, dass jede Stadt ein für alle Gruppen gleichermaßen gültiges kollektives Gedächtnis entwickeln kann – ebenso wie es

unwahrscheinlich erscheint, dass es nur *die eine* und allgemeingültige Sinnstruktur dieser Stadt geben könne. Es liegt deshalb nahe anzunehmen, dass in einer Stadt verschiedene kollektive Gedächtnisse nebeneinander existieren, die sich netzwerkartig zu einem städtischen kollektiven Gedächtnis zusammenschließen.

Das kollektive Gedächtnis konstituiert sich auf Basis gemeinsam erinnerter Erfahrungen. Im städtischen Raum machen die Menschen diese Erfahrungen in einem spezifischen räumlichen Kontext, der mit ihrer Erinnerung auf das Engste verbunden bleibt. Besagter räumlicher Kontext betrifft *diesen* Ort in *dieser* Stadt und ist *nicht austauschbar* mit einem vergleichbaren Ort in einer anderen Stadt. Die Erinnerung bzw. das soziale Gedächtnis bezieht sich immer und ganz konkret auf genau den Ort des einstigen Geschehens. Die städtischen Orte der Erinnerung werden in der Regel von unterschiedlichen Gruppen frequentiert, so z.B. der Straßenraum, Plätze, öffentliche und halböffentliche Gebäude (z.B. Behörden, Museen, Einkaufszentren). Dadurch überlagern sich die kollektiven Erinnerungen der unterschiedlichen Gruppen einer Stadt. Auch hier kann man wieder von einem Webmuster sprechen. Die Materialität der Stadt ist im Webmuster der vielen kollektiven Gedächtnisse städtischer Gruppen ein wesentlicher gemeinsamer Bezugspunkt und bestimmte Orte bzw. Bauten etc. fungieren dabei als Knotenpunkte. Die Ethnologin Christiane Schwab spricht davon, dass räumliche Bezugspunkte Erinnerung im Boden „verankern“ und als „Kristallationen der eigenen Biographie, der Familiengeschichte und der Stadt erfahren werden“. Sie bezeichnet sie als „Gedächtnismarker“, die aufgrund ihrer unumgänglichen Sichtbarkeit „eine kontinuierliche Reaffirmation der Erinnerung und der Verbindung zwischen dem Selbst und der Stadt herbeiführen.“ (Schwab 2013: 102)

Es gibt jedoch nicht nur ortsbezogene Überschneidungen der kollektiven Gedächtnisse städtischer Gruppen. Vor allem in Städten bewegen sich die Einzelnen in der Regel in mehreren verschiedenen Gruppen, z.B. im Kreis der Familie (die in den Städten allerdings zunehmend an Bedeutung verloren hat), im Freundeskreis, in Arbeitsverhältnissen, Wohnquartieren, Vereinen, und tragen dabei die Spuren der jeweils anderen Gruppen in jene, in der sie sich im Moment bewegen. Die lokalisierbaren kollektiven Erinnerungen spannen sich deshalb nicht nur aufgrund der räumlichen Bezugspunkte netzwerkartig über den gesamten Stadtraum, sondern auch aufgrund der multiplen Rollen, die die in der Stadt lebenden Menschen in den verschiedenen Kontexten der Stadt einnehmen. Der städtische Raum wiederum bezieht sich auf das Territorium, das in den Vorstellungen der Stadtgesellschaftsmitglieder als dieser Stadt zugehörig angesehen wird und ist damit nicht unbedingt mit den Verwaltungsgrenzen gleichzusetzen. Der Raum, in dem die städtischen kollektiven Gedächtnisse lokalisierbar sind, ist der als zur Stadt zugehörig empfundene Erfahrungsraum. Über diesen Erfahrungsraum „Stadt“ legt sich

das Webmuster der unterschiedlichen kollektiven Gedächtnisse, bildet ortsbezogene Knotenpunkte und sorgt für die Distribution eines spezifischen Wissens über diese Stadt, so dass z.B. Einzelne dazu befähigt sind, andere soziale Gruppen im Stadtraum zu verorten bzw. bestimmte Räume mit bestimmten Gruppen zu assoziieren und umgekehrt. Das Netzwerk bzw. Gewebe der sich auf diese Weise überlagernden kollektiven Erinnerungen der städtischen Akteurinnen und Akteure möchte ich nachfolgend *städtisches kollektives Gedächtnis* nennen. Den Thesen zur Eigenlogik der Städte folgend fasse ich das Gedächtnisgewebe weiterhin als ein für jede Stadt spezifisches – d.h. für jede Stadt nehme ich ein je typisches Webmuster an. Dieses Gewebe ist weiterhin keinesfalls starr, sondern beweglich bzw. dynamisch, da das Gedächtnis zwangsläufig nur einen bestimmten Zeitraum „überblickt", der sich mit der Gegenwart kontinuierlich verschiebt.

Im Eigenlogik-Ansatz spiegeln sich die Sinnstrukturen einer Stadt in deren kumulativer Textur, bestehend aus den materiellen und immateriellen Sedimenten sozialen Handelns. In der kumulativen Textur sind typische Handlungsabläufe, sich wiederholende Entscheidungsmuster, dauerhafte Werthaltungen und städtische Traditionen sichtbar. Kollektive Erinnerungen sind in ihrer sprachlichen wie vor allem auch in ihrer Ortsgebundenheit Teil dieser Textur. Wenn es weiterhin im Eigenlogik-Ansatz darum geht, das je „Typische" bzw. „Charakteristische" einer Stadt herauszustellen, so darf die Berücksichtigung kollektiver Erinnerungsinhalte nicht fehlen. Denn im *städtischen kollektiven Gedächtnis* sind ausschließlich *diese* Stadt betreffende Erinnerungsgehalte abgelegt. Aufgrund seines Bezugs an ganz konkrete Orte dieser Stadt gelten die Erinnerungsinhalte nicht für andere Städte. Sie wirken ausschließlich strukturierend auf die Wahrnehmungen der Menschen, die in dieser Stadt leben und/oder arbeiten, prägen das Bild, dass sie sich von „ihrer" Stadt machen.

Die städtische Gegenwart erklärt sich immer erst vor dem Hintergrund ihrer Geschichte und der auf Dauer gestellten Erinnerungen, die innerhalb der Stadt gestützt werden durch Objekte im Stadtraum: Gebäude, Denkmäler usw., aber auch durch Feste, besondere Feier- und Gedenktage, Rituale, lokalspezifische Redewendungen und Essensgewohnheiten etc. (vgl. Schwab 2013). Während Helmuth Berking unbestimmt in seinen Ausführungen dazu bleibt, wie es dazu kommt bzw. in welcher Weise es sich vollzieht, dass durch die Aufschichtung der materiellen und immateriellen Artefakte das „Hier und Jetzt an sein Davor und seine Geschichte" zurückgebunden wird (Berking 2013: 230), gehe ich davon aus, dass dieses Zurückbinden mittels des städtischen kollektiven Gedächtnisses erfolgt. Dieses strukturiert und organisiert das Bild, das Menschen sich von „ihrer" Stadt machen, konstituiert damit eine gewisse „Erwartungshaltung" darüber, was in einer

Stadt „eben so“ ist bzw. üblicherweise „genau so gemacht wird“.[13] Bestehend aus den vielen kollektiven Gedächtnissen innerhalb des Erfahrungsraums „Stadt“, ist das städtische kollektive Gedächtnis eine aus der sozialen Praxis konstituierte „gelebte Geschichte“. Das memorierende Hinüberziehen des Vergangenen in das Hier und Jetzt vollzieht sich innerhalb des Gruppenkontexts dabei immer mit Rückgriff auf die Sedimentationen diskursiver, symbolischer und materieller Spuren, die sich zur kumulativen Textur einer Stadt verwoben und aufgeschichtet haben. Das städtische kollektive Gedächtnis ist somit ein ortsgebundener Wissensvorrat, der die Sinngehalte der Gegenwart mit dem Rückgriff auf vergangene und auf bestimmte Orte der Stadt bezogene Ereignisse konstituiert. Da es sich zugleich um einen gesellschaftlichen Wissensvorrat handelt, beeinflusst das städtische kollektive Gedächtnis die subjektiven Wahrnehmungen des aktuellen Geschehens, die vor dem Hintergrund der sozial verteilten Kollektiverinnerungen eingeordnet und bewertet werden.

Welche Rolle spielen dabei die Architekturen einer Stadt? Als immaterielle Artefakte sind sie Teil der kumulativen Textur und nehmen einen festen Ort im Sinngewebe einer Stadt ein und zwar sowohl konkret räumlich als auch auf einer immateriellen Ebene, nämlich im städtischen Wissensvorrat: Menschen, die die Stadt und ihre markanten Gebäude kennen, wissen, wenn sie z.B. eines dieser Gebäude auf einer Fotografie sehen oder wenn man in einer Unterhaltung auf jenes zu sprechen kommt, wo es zu finden sind und üblicherweise kennt auch man seine Funktionen (vor allem, wenn es sich um öffentliche Bauten handelt), auch ohne jemals einen Fuß in dieses Gebäude gesetzt zu haben. Die Architekturen und Gebäude der Stadt bilden mitunter die bereits beschriebenen „Anker-“ bzw. „Knotenpunkte“ im Webmuster des städtischen kollektiven Gedächtnisses. Das gilt vor allem für die ansässigen Institutionen und die städtischen, kulturellen und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie öffentliche Plätze und Parks etc. Selbst soziale Gruppen, die z.B. niemals in die Oper gehen würden, weil sie es sich aufgrund eines Mangels an ökonomischen und/ oder kulturellen Kapitals nicht leisten können, wissen um die Funktion des Gebäudes und verbinden in ihrer Vorstellung ganz bestimmte soziale Gruppen mit ihm. Bei städtischen Wahrzeichen bzw. ikonografischen Architekturen, wie etwa dem Pariser Eiffelturm, dem Big Ben in London oder dem Weißen Haus in Washington D.C. sind weiterhin Gedächtnisinhalte verbunden, die weit

13 Ein interessantes Beispiel hierfür liefert Kristina Siekermann mit ihrer vergleichenden Studie zu den Modedesignerinnen und -designern in Frankfurt und München. Während in München deutlich ein Hang zu sichtbar teuren und exklusiven Designs sichtbar ist, zeigt man sich in Frankfurt dezent zurückhaltend. In beiden Städten gelten diese Haltungen wiederum als ganz selbstverständlich (Siekermann 2014).

über das kollektive städtische Gedächtnis hinausgehen, die aber im gesellschaftlichen Wissensvorrat fest mit der Stadt verbunden sind, in denen sie errichtet wurden.

Neu errichtete Gebäude wiederum können auch als „ermöglichender Anker" des kollektiven Gedächtnisses sozialer Gruppen fungieren, indem sie die mit der Errichtung von Architekturen und Gebäuden bewusst ihre eigenen, nach ihren Bedürfnissen gestalteten Erfahrungs- bzw. Identitätsräume realisieren und damit zukünftige und identitätsstiftende Erinnerungen an selbsterschaffene Orte binden können. Gerade über repräsentative Architekturen ist es möglich, ganz bewusst Ankerpunkte im städtischen kollektiven Gedächtnis (und auch darüber hinaus!) zu setzen. Das trifft auch auf Gebäude zu, die als *Reminiszenz* an gemeinsam Erlebtes errichtet werden, z.B. in Gestalt von Denkmälern bzw. Gedenkstätten oder anderer Architekturen, die bestimmten Errungenschaften der Gruppe Ausdruck verleihen sollen. Das können z.B. auch Museen sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen sein. Diese Gebäude verankern die kollektiven Erinnerungen, die z.B. auch gemeinsame Werthaltungen oder gemeinsam Erreichtes umfassen können, für alle sichtbar im städtischen Raum und wirken zugleich identitätsstiftend bzw. -stabilisierend. Erfolgt im Lauf der Stadtgeschichte die Aneignung bereits bestehender Architekturen und Gebäude durch *andere* Gruppen, werden sie wiederum mit anderen, mit neuen Erinnerungen und damit auch mit anderen Sinndeutungen verbunden. Die „Speicherfunktion" von Architekturen ist somit beweglich und fluktuierend, aber deshalb nicht weniger machtvoll. Sie zeigt an, oder besser: in sie ist über das kollektive bzw. das städtische kollektive Gedächtnis quasi „eingespeichert", welchen sozialen Akteurinnen und Akteuren der Ort „gehört".

Erinnerungen erhalten dann eine besonders bedeutungsvolle Position in der „Hierarchie" des kollektiven Gedächtnisses, wenn die Gedächtnisinhalte in besonderer Weise medial kodiert sind und eine breitgestreute soziale Relevanz haben. Die soziale und räumliche Reichweite und Stabilität lokaler Erinnerungen variieren in Abhängigkeit der Medien, die die Gedächtnisinhalte transportieren, und „in Bezug auf die politischen und sozialen Ressourcen ihrer Protagonisten." (Schwab 2013: 58f.) Die Vermittlung von Gedächtnisinhalten erfolgt einerseits über Routinen, Verhaltensmuster, Erzählungen, Feste und vieles mehr. Sind sie jedoch mit den Architekturen und den Orten der Stadt verknüpft und erweisen sie sich als besonders präsent, denn sie stehen den Menschen nicht nur im übertragenen Sinne stets vor Augen. Bilder, wie etwa Malerei oder Fotografien haben selten eine vergleichbare Reichweite und Wirkungskraft, es sei denn, es handelt sich um im Stadtraum verteilte Plakate oder um Malereien an Gebäuden. Städtische Eliten bzw. Gruppen mit besonderer Verfügungsmacht über den städtischen Raum können mit der Errichtung von Gebäuden deshalb einen besonderen Einfluss auf den städti-

schen Erfahrungs- und damit auch Erinnerungsraum nehmen. Gleichzeitig bedeutet das, dass städtische Gruppen mit wenig ökonomischem, sozialem sowie symbolischem Kapital, diese Möglichkeiten nicht haben und dass deren Gedächtnisinhalte im kollektiven Stadtgedächtnis weniger prominent – oder sogar überhaupt nicht – in Erscheinung treten. Es ist deshalb davon auszugehen, dass die besonders deutliche räumliche Präsenz bestimmter Gruppen das städtische kollektive Gedächtnis derart beeinflusst, dass es sich in Richtung der einflussreichen Eliten neigt.

Schwab verweist auf die Narrative, die über eine Stadt kursieren und „die innerhalb der einflussreichsten Ebenen des Stadtdiskurses dominieren": Sie „stellen die offiziellen Geschichtserzählungen dar und lenken die Identitätspolitik »von oben«." (Schwab 2013: 59) Bedeutungsvoll bei der Entfaltung des städtischen kollektiven Gedächtnisses seien deshalb auch die „Wächter der Überlieferung" (Assmann/Assmann) bzw. der „Experten des Stadtgedächtnisses" (Schwab), „die sich um die Pflege der Erinnerungen, um ihre Interpretation und um ihre Zensur beziehungsweise ihre Inszenierung kümmern." (Schwab 2013: 59) Im Webmuster des städtischen Kollektivgedächtnisses zeigen sich deshalb hegemoniale Verschiebungen, die einerseits auf die besondere Verfügungsmacht über den Raum und andererseits auf eine besondere Diskursmacht zurückzuführen sind. Bei der Freilegung des städtischen kollektiven Gedächtnisses über empirische Methoden sind in der vorliegenden Untersuchung deshalb auch die Diskurse und Aussagen über die Stadt selbst, die durch die bürgerlichen Eliten oder aber die lokalen Zeitungen geäußert wurden, in den Blick gerückt (vgl. Schwab 2013). Festzuhalten ist, dass sich das städtische Kollektivgedächtnis nicht „demokratisch" bzw. zu gleichen Teilen, aus den Erinnerungen aller städtischen Gruppen zusammensetzt, sondern dass städtische Eliten einen besonderen Einfluss auf die sichtbaren und für die Stadt wirkungsvollen Kristallationen im städtischen kollektiven Gedächtnis haben.

An der ordnenden, priorisierenden und wertenden Auswahl aus den materialen und symbolischen Sedimentschichten der Stadt wirken weiterhin selektierende Kräfte (vgl. Schwab 2013: 74), die all jene Erinnerungen an bestimmte Figuren, Ereignisse und Orte *unterdrücken*, „denen *keine* identitätsstabilisierenden Funktionen im städtischen Selbstverständnis zuerkannt wurde[n] oder die als störende Elemente" gelten, schreibt Schwab (ebd.: 69, Hervorhebung TE). Es gebe daher immer auch das „kollektiv Zensierte und Vergessene einer Stadt" (ebd.). In jedem städtischen Gedächtnis ordnen spezifische, genau diese Stadt betreffende und oftmals durch die städtischen Eliten am stärksten beeinflusste *Relevanzstrukturen,* welche Gedächtnisinhalte als bewahrenswert gelten und welche nicht. Das bedeutet auch, dass die Inhalte und Formen des städtischen Gedächtnisses weniger aufschlussreich in Hinsicht auf die *tatsächliche* Vergangenheit einer Stadt, sondern in erster Linie *für das gegenwärtige Selbstbild bestimmend* sind (vgl. Schwab 2013).

Denn Gesellschaften manipulieren ihre Erinnerungen in jeder Epoche immer wieder neu, „um sie mit den veränderlichen Bedingungen ihres Gleichgewichts in Übereinstimmung zu bringen.“ (Halbwachs 1985a: 382)

Das städtische kollektive Gedächtnis ist vieldimensional und der empirische Zugang zu ihm anspruchsvoll. Christiane Schwab hat sich in ihrer Studie über Sevilla vor allem auf zwei Dimensionen fokussiert: (1) Auf die Ebene der kollektiven Repräsentationen medialer Art, die verschiedene Formen der Malerei, der Literatur und der Architektur umfasst und Repräsentationen des Gedächtnisses mit den sozialen Rahmenbedingungen und Verhaltensmustern, innerhalb derer sie historische Inhalte transportieren, eng verknüpft. Und (2) auf die kulturell-mentalen Strukturen des Stadtgedächtnisses, als einem „generative[n] System aus Dispositionen und Bedürfnislagen, innerhalb dessen eine spezifische Vergangenheit repräsentiert und tradiert wird.“ (Schwab 2013: 67) Auch in der vorliegenden Studie zum Jügelhaus und zur Stadt Frankfurt um 1900 sind diese Dimensionen in den Vordergrund getreten, wenngleich im erstgenannten Bereich ausschließlich die Architekturen in den Blick gerückt sind. Sichtbar geworden ist im Rahmen der vorliegenden Studie außerdem, dass die Reproduktion des städtischen kollektiven Gedächtnisses als Teil des städtischen Wissensvorrats mittels spezifischer *Relevanzen* erfolgt, an welchen sich die sozialen Akteurinnen und Akteuren bei der Auswahl der „richtigen“ Sinngehalte orientieren. Mittels dieser Relevanzen, die ich nachfolgend *städtische Relevanzen* nennen möchte, greifen die Akteurinnen und Akteure in den die Stadt betreffenden Handlungssituationen auf genau die Wissenselemente zurück, die sich in vergleichbaren Situationen der Vergangenheit bewährt bzw. sich als zielführend erwiesen haben. Diese Wissenselemente beziehen sich mitunter auf gemeinsam erinnerte Erlebnisse, auf kollektive Gedächtnisinhalte. Durch solche Rückgriffe werden die kollektiven Gedächtnisinhalte immer wieder aufs Neue belebt und immer wieder neu von der Vergangenheit in das Hier und Jetzt der Stadt gezogen. Auch bei den Entscheidungen des Jügelhaus-Projekts kann dieser Rückgriff nachgezeichnet werden. Auf welche Weise der empirische Zugriff genau darauf erfolgte, ist das Thema der nachfolgenden Kapitel.

2
Sinnkonstitutionen von Gebäuden im städtischen Kontext interpretativ erfassen

Der einst von Zeitgenossen bescheinigte Glanz des 1906 eröffneten Jügelhauses ist nach mehrfachen An- und Umbauten, Umfunktionierungen[14] und angesichts der baulichen Veränderungen rund um den Gebäudestandort, heute nur noch schwer nachvollziehbar. Die vorliegende Untersuchung des Gebäudes legt über die Rekonstruktion des städtischen Wissensvorrats und der mit ihm verbundenen Sinndynamiken die damaligen Sinnsetzungen frei und veranschaulicht, dass das Jügelhaus weit mehr ist, als nur ein Bildungsbau und Vorbote der zukünftigen Stiftungsuniversität. Es ist eine Objektivation des Frankfurter Bürgersinns und konnte nur aufgrund der für Frankfurt typischen Legitimationsstrategien seine tatsächliche Realisierung finden. Denn das Projekt war durchaus umstritten und eine Universität ersehnten keineswegs alle Frankfurterinnen und Frankfurter. Um herauszuarbeiten, welche sozialen Dynamiken dazu geführt und welche Rolle das bestehende physisch-materielle Umfeld der Stadt dabei gespielt haben, erfolgten insgesamt vier parallel verlaufende Analysen mit jeweils unterschiedlichen Untersuchungsschwerpunkten und methodisch differenten Vorgehensweisen, die ich am Ende in systematischer Weise zusammengeführt habe.

Um die Sinnkonstitutionen für das Jügelhaus herauszuarbeiten erschien es mir erforderlich, die Produktions- und Zirkulationsweisen der gesellschaftlichen Wissensvorräte nachzuzeichnen, auf denen die Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses fußten und „die den Kontext für die alltagspragmatischen Deutungen bilden“ (Keller 2007: 10). Hilfreich erwies sich dabei das Forschungsprogramm der hermeneutischen Wissenssoziologie,[15] das darauf angelegt ist zu untersuchen, „wie Handlungssubjekte – hineingestellt und sozialisiert in historisch und sozial entwickelte Routinen und Deutungen des jeweiligen Handlungsfeldes – diese einerseits *vor*finden und sich aneignen (müssen), andererseits diese immer wieder

14 Nach der Eröffnung war das Jügelhaus die Heimat der erweiterten Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften. 1914 wurde es, nach seiner baulichen Erweiterung, das Hauptgebäude der ersten Stiftungsuniversität im Deutschen Reich. Anfang 2014 ist das Jügelhaus nach abgeschlossenen Umzug des Universitätsstandorts Bockenheim in das Frankfurter Westend in den Besitz der Senckenberg Gesellschaft für Naturforschung (ehemals „Senckenbergischen Naturforschende Gesellschaft“) übergangen und befindet sich seit Mai 2014 in umfassenden und vermutlich vier Jahre lang andauernden Sanierungs- und Umbaumaßnahmen.

15 „Die ›hermeneutische Wissenssoziologie‹, verstanden als ein komplexes theoretisches, methodologisches und methodisches Konzept, ist Teil einer mundanphänomenologisch informierten Soziologie des Wissens und methodisch/methodologisch Teil einer hermeneutisch die Daten analysierenden, strukturanalytisch modellbildenden, interpretativen Sozialforschung.“ (Hitzler/Reichertz/ Schröer 1999: 19)

neu ausdeuten und damit auch *er*finden (müssen)." (Reichertz/Schöer 1994: 60) Grundlegend sind dabei die von Alfred Schütz, Berger und Luckmann sowie die von Hans-Georg Soeffner getroffenen Annahmen zur Entstehung von Wissen, das jene immer auch als ein gesellschaftlich konstituiertes Wissen verstehen. Die im Rahmen der hermeneutischen Wissenssoziologie vorgeschlagenen Untersuchungsmethoden legen – wie auch die Arbeiten von Schütz sowie von Berger und Luckmann – einen besonderen Schwerpunkt auf die Verstehensleistungen der handelnden Subjekte. In meiner eigenen Untersuchung stellte sich der Zugriff auf subjektive Äußerungen und subjektive Handlungsinhalte jedoch als sehr beschränkt und die Beobachtung konkreter Handlungssituationen als völlig ausgeschlossen heraus, weshalb im vorliegenden Untersuchungsfall die Hinweise auf die subjekt*übergreifenden* Strukturzusammenhänge das zentrale Gewicht erhalten haben (vgl. Soeffner 1999: 31). Das bedeutete auch, dass ich nicht direkt auf bereits erprobte Untersuchungsmethoden aus der hermeneutischen Wissenssoziologie zurückgreifen konnte, sondern dass ich mir für die Analyse selbst eine angemessene Vorgehensweise erarbeiten musste. Den Konzepten der genannten Forschungsperspektive folgend[16] möchte ich in den kommenden Abschnitten zunächst den Weg zum Fallbeispiel erläutern, daran anschließend einige zentrale Begriffe aus der Wissensanalyse vorstellen, um schlussendlich darzulegen, wie ich das Untersuchungsdesign für den Fall „Jügelhaus" ausgearbeitet habe.

2.1
Exkurs: Der Weg zum Fallbeispiel

Auf den ersten Blick mag es ungewöhnlich erscheinen, dass eine Soziologin die soziale Bedeutung ausgerechnet für ein Gebäude analysiert, das vor mehr als hundert Jahren erbaut wurde. An dieser Stelle vermutet man wohl eher die Untersuchung durch eine (Kunst-)Historikerin. Mit der Einbeziehung des sozialen wie auch physisch-materiellen Kontextes Stadt und dem Fokus auf die Freilegung objektiver Sinngehalte sowie auf deren Konstitutionsbedingungen bringe ich die Untersuchung jedoch in soziologische Gefilde. Dass meine Wahl ausgerechnet auf das Jügelhaus in Frankfurt am Main fiel und der Untersuchungsschwerpunkt weiterhin ausschließlich auf die Entstehungsbedingungen des Gebäudes liegt, d.h. keine Analyse der weiteren Rezeption des Gebäudes im Laufe der Jahre bzw. Jahrzehnte

16 Soeffner (2004); Schöer (1994); Hitzler/Honer (1997); Hitzler/Reichertz/Schöer (1999); Keller (2007).

erfolgte, hat seine Ursache im Forschungsprozess selbst. Ursprünglich war die Fragestellung des Forschungsvorhabens darauf gerichtet, wie sich die Bedeutung(en) eines Gebäudes bzw. mehrere Gebäude im Laufe ihrer (Bau-)Geschichte und im Kontext einer sich wandelnden Stadt verändern. Im Blick hatte ich dabei die beiden Frankfurter Campus-Standorte Bockenheim und Westend der Goethe-Universität. Forschungspragmatische Entscheidungen haben schließlich dahin geführt, dass am Ende nur noch das genannte Gebäude als Fallbeispiel dient und dass außerdem auf eine Langzeituntersuchung leider verzichtet werden musste. Um die Auswahl des Fallbeispiels verständlich und nachvollziehbar zu machen und um aufzuzeigen, dass auch die Untersuchung in der Vergangenheit liegender sozialer Verhältnisse sowie der in zurückliegenden Kontexten entstandenen Gebäude durchaus soziologisch von Interesse ist, möchte ich den Verlauf des Forschungsprojekts etwas ausführlicher erläutern.

Ausgehend von der These, dass Architekturen soziale Produkte sind und als solche wiederum Einfluss nehmen auf soziale Sachverhalte, ergaben sich für mich am Anfang meiner Untersuchungen eine Vielzahl von Fragen, z.B.: Wie beeinflussen die Werthaltungen der involvierten Akteure den architektonischen Entwurf? Wie wirkt das fertiggestellte Gebäude auf die Nutzerinnen und Nutzer mit welchen sozialen Konsequenzen aus? Welche Effekte können Architekturen auf soziale Gruppen haben? Zunächst hatte ich als Fallbeispiel Wohnbauprojekte anvisiert, aber als ich Ende 2009 auf einem Workshop für Nachwuchswissenschaftler/-innen auf dem Campus „Westend“ der Johann Wolfgang Goethe-Universität in Frankfurt am Main an einer Führung über den neu entstandenen Universitätsstandort teilnahm, änderte sich mein Fokus. Mein Interesse für Universitätsgebäude, einer besonderen Form der öffentlichen Bauten, war geweckt. Bezogen auf den Campus Westend war ich sehr beeindruckt von der Repräsentativität der dort neu errichteten sowie der aufwändig restaurierten und umfunktionierten bestehenden Gebäude, der hochwertigen Ausstattung und Möblierung der Innenräume und fragte mich immer wieder, ob man in einer solchen Umgebung anders studiert als in den nicht mehr ganz so gut erhaltenen, teilweise unübersichtlichen und oftmals regelrecht schäbig wirkenden Gebäuden des alten Campus Bockenheim. Auf der einen Seite das großzügige und fast schon luxuriös wirkende Gebäude-Ensemble, eingebettet in eine Parklandschaft mitten im Frankfurter Nobelviertel Westend, und auf der anderen Seite der wilde Baustilmix mit teilweise in schlechtem Zustand befindlichen Gebäuden an der Grenze zu Bockenheim. Mir schwebte ein Campusvergleich vor, anhand dessen ich aufzuzeigen beabsichtigte, wie sich unterschiedliche bauliche Umfelder unterschiedlich auf die mit diesen Gebäuden konfrontierten sozialen Gruppen bzw. Akteure/-innen auswirken.

Dabei wollte ich auch den Entstehungsprozess der Gebäude nicht ausblenden, da ich mir einen besonderen Erkenntnisgewinn davon versprach, wenn ich die intendierte Bedeutung des Gebäudes den späteren Sinnkonstitutionen von Nutzerinnen und Nutzern gegenüberstelle: Gibt es Unterschiede? Gibt es Deutungshoheiten? Macht die Unterschiedlichkeit der Materialitäten und der Gebäude einen Unterschied im Verhalten der Nutzerinnen und Nutzer? Es stellte sich bald heraus, dass ein solches Forschungsvorhaben mit derart vielen unterschiedlichen Bauwerken, die zu unterschiedlichen Zeiten in verschiedenen Baustilen an zwei Orten der Stadt mit sehr unterschiedlichen Standortgeschichten entstanden waren, eine regelrecht unübersichtliche Masse an relevanten Informationen und Bedingungen bedeutete. Erschwerend kam hinzu, dass die jeweils an den Standorten vertretenen Disziplinen jeweils andere soziale Gruppen anziehen, dass also die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Studierenden für die verschiedenen Campusstandorte sehr unterschiedlich war. Eindeutige Auswirkungen der Materialität auf das soziale Verhalten wären nur schwer herauszufinden gewesen, da an den beiden Standorten keine jeweils identisch zusammengesetzten sozialen Gruppen studierten. Das gegebenenfalls unterschiedliche Verhalten hätte man deshalb auch auf die unterschiedliche soziale Herkunft zurückführen können und nicht ausschließlich auf die vorzufindende Materialität sowie die grundsätzlich unterschiedlichen räumlichen Gegebenheiten. Für eine Einzelperson war ein Projekt mit derart vielen Unwägbarkeiten nicht umsetzbar.

Von einem Campusvergleich kam ich bald ab und beschloss, ausgewählte Gebäude auf deren soziale Bedeutung hin zu analysieren. Da mich der ältere und in vielerlei Hinsicht wesentlich heterogener wirkende Campusstandort Bockenheim mehr interessierte als der blitzblanke Campus im Westend, traf ich die Entscheidung, meine Untersuchung auf Bockenheim zu beschränken und kam angesichts der wachsenden Datenmengen am Ende zu dem Entschluss, tatsächlich nur ein einziges Gebäude auszuwählen, das ich daraufhin untersuche, welche soziale Bedeutung es für Frankfurt zum Zeitpunkt seiner Erbauung und darüber hinaus hatte. Inzwischen hatte ich mich in die Entstehungs- wie auch in die Baugeschichte der Universität eingelesen. Aufgefallen war mir dabei immer wieder, dass in den zeitgenössischen Betrachtungen zum Jügelhaus (d.h. in Texten Anfang des 20. Jahrhunderts) gerne auf den besonderen Glanz dieses Gebäudes bzw. der ganzen Gebäudegruppe, die auch den Physikalischen Verein, das Naturkunde Museum der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft sowie die Senckenberg-Bibliothek umfasst, hingewiesen wird. In neueren Betrachtungen findet das Gebäude aber kaum bis gar keine Beachtung mehr. Besuchte man den vor der Schließung stehenden Campus Bockenheim im Jahr 2014, der mit seinen Einrichtungen auf die neuen Gebäude des Campus Westend und teilweise auf den Campus Riedberg verlegt wurden, stand dieses Gebäude eingekeilt in einem Ensemble, das zum Teil

aus Bauten Anfang des 20. Jahrhunderts und zum anderen Teil aus mehreren Anbauten seit den 1950er Jahren besteht. Das gesamte bauliche Umfeld war sehr dicht und das Jügelhaus ging in diesem ganzen Arrangement regelrecht unter. Von dem einst beschriebenen Glanz spürte man nicht mehr viel. Des dominierte die Endzeitstimmung des inzwischen aufgegebenen Campusstandorts, die sich außerdem im deutlich sichtbaren Verfall der baulichen Anlagen und der abgenutzten Innenräume spiegelte.

Interessanterweise wurde bereits kurz nach der Eröffnung des neuen Campusstandorts Westend von sehr vielen – selbst von Frankfurter Studierenden – das umgebaute und für universitäre Zwecke nutzbar gemachte I.G.-Farben-Haus als das eigentliche Hautgebäude der Universität angesehen, tatsächlich aber war es aber bis zur Übernahme durch die Senckenberg Gesellschaft 2013 nach wie vor das Jügelhaus. Die einstige Repräsentativität des Gebäudes scheint heute kaum noch „lesbar" zu sein. Aus heutiger Sicht sind die zum Erbauungszeitpunkt in blumigste Worte gefassten Formulierungen für das einstmals als modern, vorbildlich und angeblich architektonisch pfiffig umgesetzte Gebäude schwer nachvollziehbar. Auch in baugeschichtlichen Betrachtungen aus heutiger Zeit äußert man sich diesbezüglich nicht unbedingt zustimmend. So weist Astrid Hansen (2001) darauf hin, dass das Gebäude eigentlich schon zu damaliger Zeit altmodisch gewesen sei – zumindest seine neubarocke Fassade und seine Gestaltung als „Bildungsschloss" (Hansen 2001: 20). Der Mangel an „vorweisbarer" Tradition sei der Grund für die schon damals wenig zeitgemäße Gestaltung des Gebäudes, um wenigstens rein äußerlich diesen Mangel, mit dem die Universität bei ihrem Ringen um Anerkennung zu kämpfen hatte, auszugleichen. Der Anschluss an den inzwischen zur Tradition gewordenen Universitätsbau sollte hier Abhilfe schaffen (ebd.: 56). Aber ist die Erklärung wirklich so einfach? Kann man ein Gebäude retrospektiv einfach als im Prinzip unmodern „abkanzeln", ohne die damaligen Einschätzungen ernst zu nehmen? Wird man damit der einstigen Bedeutung des Gebäudes tatsächlich gerecht? Mir erschien es bereits bei meinen Recherchen zweifelhaft, dass eine für jene Zeit äußerst moderne Einrichtung wie die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften allein aus Gründen der „Anschlussfähigkeit" ein Gebäude in altmodischem Gewand erhielt. Vor allem deshalb, weil die Akademie als besonders „fortschrittlich" galt, ebenso wie die spätere Universität,[17] die in diesen Räumen beheimatet sein sollte. Ich vermutete, dass bei der Gestaltung des Jügelhauses wie auch

17 „Fortschrittlich" war die im Jahr 1914 eröffnete Frankfurter Universität in vieler Hinsicht: Sie war die erste Freie Universität im Deutschen Reich und wurde ohne staatliche Unterstützung finanziert. Den geldgebenden Stiftungen wurden im zentralen Verwaltungsgremium der Einrichtung das Mitspracherecht eingeräumt. In der Lehre hatte die Universität besondere Schwerpunkte, wie sie sonst in Deutschland nicht zu finden waren: Man verzichtete z.B. ganz bewusst auf eine als obligatorisch geltende Theologische Fakultät und weiterhin auf Zugangsbeschränkungen für das Lehrpersonal, die auf deren religiöse Zugehörigkeit rückführbar sind. Außerdem fand man zum

des gesamten Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee, das auch noch das Naturkundemuseum, den Physikalischen Verein und die Senckenbergische Bibliothek umfasst, die Stadt als räumlicher wie auch sozialer Kontext eine besondere Rolle spielte, der in den bislang vorliegenden Betrachtungen kaum oder keine Berücksichtigung gefunden hat. Zwar bezieht man sich in vorliegenden Analysen vereinzelt auf das wechselseitige Verhältnis zwischen Institution und Architektur, allerdings nicht zwischen Architektur und städtischer Gesellschaft. Astrid Hansen (2001) blendet den sozialen Kontext nicht komplett aus, doch sie beschränkt sich auf sozialstrukturelle Eckdaten und Momentaufnahmen der politischen Gemengelage und bezieht sich nicht auf das für das damalige Frankfurt spezifische Repertoire aus handlungsleitenden Wissensvorräten, Wissensstrukturen und Wirklichkeitsdeutungen, die sich im Zeitverlauf immer wieder neu formieren und aus welchen eine besondere Praxis resultierte.

Ich versprach mir aus den zeitgenössischen Materialien zum Entstehungszeitpunkt des Jügelhauses Erklärungen für den damals von den Frankfurterinnen und Frankfurtern erlebten Glanz des Bauwerks zu finden. Doch im Zuge meiner Recherchearbeiten stieß ich zunehmend auf Sachverhalte, die sich mir nicht auf Anhieb erschließen wollten. Ich fand heraus, dass es im Vorfeld der Erbauung des Jügelhauses in der Bürgerschaft wie auch in der Stadtverordnetenversammlung eine recht beachtenswerte Gegnerschaft gab, die verhindern wollte, dass mit den Geldern der Jügel-Stiftung ein Vorlesungsgebäude für die genannte Akademie errichtet werden sollte. Am Ende konnte sich die Fraktion der Befürwortenden in der Stadtverordnetenversammlung aber doch recht problemlos und lediglich mit einem weiteren, zeitlich nur wenigen Wochen verzögerten Anlauf durchsetzen. Erklärungsbedürftig erschien mir an diesem Punkt, wie es gelingen konnte, die gleich stark ausgeprägte Gegnerschaft zu überstimmen, ohne dass darauf irgendwelche Proteste oder Gegenmaßnahmen erfolgten. Warum fügte man sich plötzlich „einfach so“? Auch die Standortwahl erschien mir in den bereits weiter vorne genannten Dokumenten zu spärlich begründet: Wieso musste es ausgerechnet die städtische Peripherie zwischen einem Industriestandort und dem Nobelviertel der Stadt sein? Was bedeutet das eigentlich für die Pläne, in Frankfurt eine Universität zugründen? Gab es zu jenem Zeitpunkt keine anderen freien städtischen Bauflächen, die für das anvisierte Projekt in Frage gekommen wären?

Parallel zu meinen Recherchen nach textförmigen Materialien zu den Entstehungsbedingungen des Jügelhauses befasste ich mich auf der Basis von Kataster-

---

Zeitpunkt der Universitätsgründung nirgendwo sonst in Deutschland eine Wirtschafts-und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Ebenso ungewöhnlich war die Herauslösung der naturwissenschaftlichen Fächer aus der Philosophischen Fakultät, um sie in einer eigenen Naturwissenschaftlichen Fakultät zu organisieren.

plänen eingehender mit der stadträumlichen Lage. Katasterpläne umfassen sämtliche Flurstücke und Liegenschaften, die geometrische Lage, die Größe und die vorhandenen baulichen Anlagen des jeweils auf der Karte dokumentierten Gebiets. Sie enthalten also konkrete Informationen über das direkte bauliche Umfeld, über die benachbarten Gebäude bzw. Freiflächen und Hinweise auf die Nutzungen – sofern man in der Lage ist, die Zeichensprache dieser Art des Plans lesen zu können. Zunächst betrachtete ich – eher oberflächlich – die Pläne aus den Jahren 1895 (dem Jahr der Eingemeindung von Bockenheim), 1908 (zwei Jahre nach der Eröffnung des Jügelhauses) und 1914 (dem Jahr, als das Jügelhaus einen Anbau erhielt) und zwei Dinge erschienen mir bei meinem ersten Blick auf dieses Material beachtenswert: Erstens ist das Jügelhaus ist kein freistehendes Gebäude, sondern Teil eines ganzen Gebäudekomplexes, was bei meinen Untersuchungen Berücksichtigung finden muss, und zweitens treffen genau an der Stelle, an welcher das Gebäude-Ensemble errichtet wurde, zwei Stadtgebiete aufeinander, die allein aufgrund ihrer baulichen Struktur äußerst unterschiedlich waren. Das verstärkte bei mir den Eindruck, dass genau dieser Ort nicht ganz unproblematisch für ein repräsentatives öffentliches Gebäude sein könnte.

Je mehr ich mich allein mit dem Jügelhaus befasste, desto mehr Fragen warfen sich für mich auf und desto tiefer stieg ich in die – teilweise recht aufwändige – Recherche ein, durchforstete die Akten im Frankfurter Institut für Stadtgeschichte, die in irgendeiner Weise Material zur Entstehungsgeschichte und den Bau des Gebäudes enthalten könnten. Daneben recherchierte ich ganz allgemein zur Geschichte Frankfurts, um ein besseres Verständnis für die Entwicklungen zu erhalten. Die sich damit auftürmende Datenmenge, bestehend aus einer Reihe ganz unterschiedlicher Dokumententypen (Protokolle, Aktennotizen, Zeitungsartikel, Fotografien, Pläne und weiterer Literatur zur Stadt), ließ erahnen, dass eine Untersuchung des Gebäudes über den Entstehungszeitpunkt hinaus allein aus Zeitgründen unwahrscheinlich werden würde. Die Frage nach der Auswertungsmethode blieb außerdem lange Zeit ungeklärt, da sich viele Methoden angesichts der Heterogenität der Daten als auch der Datenmenge als nicht anwendbar herausstellten. Es nahm also nicht nur die Recherche viel Zeit in Anspruch, sondern auch die Konzeption des Untersuchungsdesigns wie auch im weiteren Verlauf der Untersuchung dessen Umsetzung. Welches Forschungsdesign ich schließlich konzipiert und auf welche Weise ich dieses zusammengestellt habe, erläutere ich in den nachfolgenden Abschnitten.

2.2
Hermeneutische Wissenssoziologie als methodologischer Ausgangspunkt

Norbert Schröer verweist darauf, dass die soziale Wirklichkeit mittels einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik nur verstehend angemessen beschrieben werden könne: „Begreift man Gesellschaft als eine durch handelnde Subjekte konstruierte Wirklichkeit, dann ist diese Wirklichkeit erst erfaßt, wenn die Sinnsetzungsprozesse des Handelnden und der dafür relevante Bezugsrahmen nachgezeichnet sind." (Schröer 1997: 109) In der hermeneutischen Wissenssoziologie sind sozialer Kontext und die interpretierten Bedeutungen die zentralen Achsen der Analysearbeit. Der hinzugezogene Kontext bezieht sich dabei nicht nur auf die in der Analyse betrachteten Akteurinnen und Akteure, sondern auch auf den Kontext der Deutenden: Wichtig ist immer auch die Offenlegung des Vorwissens und der angewendeten Interpretationsregeln (vgl. Knoblauch 2014: 181). Die sondierende Erörterung bestehender Forschungsperspektiven und Schilderungen wie etwa in meinem Exkurs, der den Weg zum Fallbeispiel schildern, sind daher ebenfalls Teil der Forschungsaufgabe im Sinne der hermeneutischen Wissenssoziologie. Auch die Konzeption des Untersuchungsdesigns findet weiter unten eine ausführliche Erläuterung. An dieser Stelle soll es zunächst darum gehen, einige der zentralen Annahmen der hermeneutischen Wissenssoziologie zu skizzieren und sie auf meine eigene Fragestellung zu übertragen.

Übergeordnetes Ziel der besagten Forschungsrichtung ist die „Rekonstruktion der gesellschaftlichen Konstruktion der Wirklichkeit" (Soeffner 1999). Die Forschenden überziehen in Prozessen des Beschreibens, Verstehens und Erklärens die Konstrukte alltäglichen Handelns (Konstruktionen 1. Ordnung) dabei „mit einem Netz von Kategorisierungen, idealtypischen Annahmen, Modellen, ex-post-Schlüssen und Kausalisierungen oder Finanisierungen (»Um-zu« und »Weil-Motiven«) [...]." Sie entwerfen ihrerseits ebenso Konstruktionen, nämlich so genannte Konstruktionen 2. Ordnung, die wiederum „kontrollierte, methodisch überprüfte und überprüfbare, verstehende Rekonstruktionen der Konstruktionen 1. Ordnung" sind (ebd.: 41). Oder um es mit den Worten von Hitzler, Reichertz und Schöer zu sagen: „Hermeneutische Wissenssoziologie zielt auf die Erkenntnis der *Konstitutionsbedingungen von Wirklichkeit* und auf die »Entzauberung« gesellschaftlicher Wirklichkeitskonstruktionen." (Hitzler/Reichertz/Schroer 1999: 10, Hervorhebung im Original)

Die sozialen Akteurinnen und Akteure agieren in den verschiedenen Handlungssituationen entlang sozial ausgehandelter Angemessenheitsurteile. Diese fußen wiederum auf Deutungsmustern, die im Sinne der hermeneutischen Wissenssozi-

ologie aufgefasst werden „als historisch, in Interaktionen ausgebildete Interpretationsmuster der Weltdeutung und Problemlösung“ und die sich auf „die generierende und gestaltende Rolle handlungsfähiger Subjekte“ beziehen (Lüders/Meuser 1997: 62). Handelnde Subjekte sind dabei „weniger Träger von Deutungsmustern, sondern deren Erzeuger, Gestalter und Verwender.“ (ebd.: 63) Als das Ergebnis der „sozialen Konstruktion von Wirklichkeit“ (Berger/Luckmann) sind Deutungsmuster „ein historisch-interaktiv entstandenes, mehr oder weniger komplexes Interpretationsmuster für weltliche Phänomene, in dem Interpretamente mit Handlungsorientierungen, Regeln u.a. verbunden werden.“ (Keller 2007: 21) „Muster“ verweist dabei auf den Aspekt des Typischen – „es handelt sich um allgemeine Deutungsfiguren, die in unterschiedlicher sprachlich-materialer Gestalt manifest werden, und in denen durchaus verschiedene Wissens- bzw. Deutungselemente und bewertende Bestandteile verknüpft werden.“ (ebd.)

Die Konstruktionsprozesse für Deutungsmuster erfolgen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten, sowohl in öffentlichen Arenen als auch in direkten Interaktionen und werden Bestandteile kollektiver Wissensvorräte. Deren soziale Verteilung erfolgt über kommunikative Wege, z.B. über den sprachlichen (d.h. gesprochenen oder auch schriftlichen) Austausch zwischen Einzelnen bzw. innerhalb von Gruppen, über Massenmedien, über Institutionen wie z.B. Schulen und Universitäten, über Literatur und vieles mehr. In Sozialisationsprozessen eignen sich die sozialen Akteurinnen und Akteure dieses Wissen und die darin enthaltenen Deutungsmuster an „und orientieren ihr eigenes Deuten und Handeln daran. Das kann sowohl bewusste wie unbewusste, affirmative, kritische, ablehnende und kreative Bezugnahmen einschließen.“ (ebd.) Für den wissenschaftlichen Zugriff erreichbar sind die geäußerten Bezugnahmen vor allem über Diskurse, die sowohl die Strukturen des Wissens als auch die „sich daraus ergebende (Sinn-)Strukturen der sozialen Beziehungen und der *materialen Objektwelt*“ organisieren (Keller 2006: 128, Hervorhebung TE). Im Rahmen einer wissenssoziologisch fundierten Diskursanalyse, beispielsweise nach Reiner Keller, „geht es darum, Prozesse der sozialen Konstruktion, Objektivation, Kommunikation und Legitimation von Sinn-, d.h. Deutungs- und Handlungsstrukturen auf der Ebene von Institutionen, Organisationen bzw. sozialen (kollektiven) Akteuren zu rekonstruieren.“ (Keller 2006: 115)

In architektursoziologischen Ansätzen wird Architektur als sozialer Prozess bzw. als eine Objektivation sozialen Handelns verstanden. Eine wissenssoziologische Diskursanalyse ermöglicht es, die dem Prozess der Objektivation zugrundeliegenden Wissensvorräte über eine Untersuchung der im Entstehungsablauf aufkommenden Diskurse bzw. Argumentationslinien offenzulegen. Diskurse sind in diesem Zusammenhang dann vor allem hinsichtlich jener Deutungsmuster aufschlussreich, die den Legitimierungen der Bauprojekte zugrunde liegen. Für die Jügel-

haus-Studie bedeutet das, den Diskurs rund um die Errichtung des Gebäudes zu untersuchen. Dafür ist die in den städtischen Gremien getroffene Entscheidung, welche Art von Einrichtung aus dem der Stadt Frankfurt zugefallenen Erbe der Brüder Jügel entstehen sollte, in den Blick gerückt und auch die dazu erfolgende Berichterstattung in der lokalen Presse. Um die in diesem Diskurs getroffenen Äußerungen tatsächlich verstehen und einordnen zu können, ist weiterhin die Einbettung in den sozialen Kontext unumgänglich. Das bedeutet eine Ausweitung des Fokus auf die im Diskurs getroffenen Äußerungen auch auf generelle Muster bei den Entscheidungsfindungen im städtischen bzw. historischen Kontext der Stadt Frankfurt: Gibt oder gab es bereits ähnliche Deutungsfiguren in ähnlichen oder auch in ganz anderen Fällen? Kommen hier neue Argumentationsmuster zum Tragen oder sind es tradierte, d.h. wiederkehrende Deutungselemente, die hier relevant sind? Für die Beantwortung solcher Fragen ist – sofern es sich um ein Gebäude in der Stadt handelt, das untersucht wird – der Rückgriff auf die kumulative Textur dieser Stadt, wie sie in der Forschungsperspektive zur Eigenlogik der Städte vorgeschlagen wird, äußerst hilfreich. Sie verweist auf das Sinngewebe einer Stadt (siehe dazu auch Kapitel 1.5 und vertiefend Kapitel 2.4) und damit auch auf die Typen und Typiken bzw. auf die in der Stadt wirksamen Relevanzstrukturen, auf die die Frankfurterinnen und Frankfurter zum damaligen Zeitpunkt zurückgegriffen haben. Schlussendlich geht es darum zu rekonstruieren, auf welches Wissen bei den Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses zurückgegriffen wurde und wie dieses Wissen entstanden ist und weitergegeben wurde.

Anne Honer differenziert in verschiedene Wissensarten, die bei einer wissenssoziologischen Hermeneutik in Betracht kommen (Honer 1999). Anlehnend an Schütz unterscheidet sie zunächst in einen *subjektiven* Wissensvorrat, der sich aus den subjektiven Erfahrungen, aus Routinewissen und dem angeeigneten wie auch potentiellen Wissen zusammensetzt, und in einen *gesellschaftlichen* Wissensvorrat einer Kultur, der sich strukturell wiederum in *Allgemeinwissen* und in *Sonderwissen* untereilt. Die einzelnen *subjektiven Wissensvorräte* sind zwar niemals hundertprozentig deckungsgleich, sie überschneiden sich aber an vielen Stellen und das bedeutet, dass auch unsere Relevanzstrukturen an vielen Punkten mit denen unserer Mit-Menschen übereinstimmen (Berger/Luckmann 1977: 47). Das resultiert aus der Tatsache, dass wir sie u.a. im Zuge unserer Sozialisation von unseren Eltern, Lehrerinnen und Lehrern und das uns umgebende soziale Umfeld übernommen haben. Die in unserem subjektiven Wissensvorrat gesammelten Erfahrungen sind daher nicht zwingend unsere eigenen, sondern sie sind zu einem sehr großen Teil aus den Gruppenerfahrungen übernommen worden (vgl. Schütz/Luckmann 2003: 331ff.). Wir bedienen uns also weitestgehend eines „sozial abgeleiteten" Wissens. Dieser *gesellschaftliche Wissensvorrat* ist nicht bloß die Summe oder Schnittmenge aller subjektiven Wissensvorräte. Er ist vielmehr der Speicher des objektivierten

und allgemein relevanten, d.h. des über rein subjektive Bedürfnisse hinausgehenden Wissens zur Lösung von Problemen.

Das *Allgemeinwissen* ist der Bereich des gesellschaftlichen Wissensvorrats, der für alle Mitglieder der Kultur relevant ist und routinemäßig an jedes Mitglied weitergegeben wird (Schütz/Luckmann 2003). Zum Allgemeinwissen zählen Sprachkenntnisse (Grammatik, Bedeutung, Aussprache), Verkehrsregeln, Hygienevorstellungen, Gebrauchsweisen alltäglicher Gegenstände und von Architekturen oder auch der Ablauf von Begrüßungsritualen. Es handelt sich weiterhin um ein Wissen, auf das *theoretisch* alle Gesellschaftsmitglieder uneingeschränkten Zugriff haben. Zum Allgemeinwissen zählt auch das Wissen darüber, dass es ein spezielles Wissen – ein Sonderwissen – gibt, das an bestimmte soziale Rollen gebunden ist und das routinemäßig nur an die betreffenden Rolleninhaber und Rolleninhaberinnen vermittelt wird (vgl. Honer 1999: 61, vgl. Schütz/Luckmann 2003: 403). In unserer hochgradig arbeitsteiligen Gesellschaft wissen z.B. nur ganz speziell ausgebildete Gesellschaftsmitglieder, wie man z.B. einen Getriebeschaden am Auto repariert oder wie man ein gebrochenes Bein richtet, d.h. es gibt Personen, die in ein *Sonderwissen* eingeweiht sind, das zur Lösung ganz spezieller Probleme erforderlich ist und nicht ohne weiteres für jedes Gesellschaftsmitglied verfügbar ist. Es bildet einen vom Allgemeinwissen unterscheidbaren Bereich des gesellschaftlichen Wissensvorrats.

Sonderwissen ist als rollenspezifisches Wissen „nur für manche Menschen in manchen Kontexten relevant und für andere zum Teil gar nicht mehr einsichtig (zu machen)." (Honer 1999: 54) Aufgrund seiner Rollengebundenheit neigt es „viel eher als der »gesunde Menschenverstand« zu einer gewissen Systematisierung und [...] »Rationalisierung«. Das Verhältnis von Mitteln und Zweck ist bei rollenspezifischen Problemen klarer umschrieben; die Problemlösungen können im Allgemeinen in expliziter Weise weitergegeben und erlernt werden. Dadurch erhöht sich die Chance, daß diese Art von Problemen in den Griff reflektierenden Bewußtseins gerät." (Schütz/ Luckmann 2003: 404) Mit fortschreitender Systematisierung wird immer deutlicher ein abgegrenzter und eigenständiger Wissensbereich sichtbar (Honer 1999: 54). Max Scheler unterteilt Sonderwissensbestände wiederum, fragend nach der „Wesensart des Wertstrebens, das einer bestimmten Wissensart zugrundeliegt" (Henckmann 1998: 89), in drei Arten der Wissensformen: in *Herrschaftswissen* (das Techniken der Natur- und Sozialbewältigung umfasst und geleitet ist vom Motiv der Machtgewinnung über Natur, Gesellschaft und Geschichte), *Bildungswissen* (das die „Warum-Frage" stellt und das auf eine bestimmte Geisteshaltung des Fragenden bzw. auf das Staunen zurückzuführen ist) und *Erlösungs-* bzw. *Heilswissen* (das aus der Angst des Menschen und seinem Bedürfnis nach Erlösung rührt und abzielt auf Anteilnahme am absolut Seienden, am Urgrund allen Seins) (vgl. Honer 1999: 60; vgl. Heckmann 1998: 89f.).

Kurzum: Es gibt innerhalb von Gesellschaften unterschiedliche Wissensbestände, die aus unterschiedlichen Motivationen und Erfordernissen heraus entstehen und zum Einsatz kommen und auf die nicht immer *sämtliche* Gesellschaftsmitglieder Zugriff haben. Aufgrund der unterschiedlichen Rollen, die die sozialen Akteurinnen und Akteure innerhalb einer Gesellschaftsstruktur einnehmen, aufgrund der damit variierenden Erfahrungs- und Handlungszusammenhänge und der sozialstrukturell bedingt unterschiedlichen Lebensweisen ist das Wissen niemals homogen verteilt. In der Vermittlung des gesellschaftlichen Wissens gibt es Differenzierungen, die weiterhin die Grundvoraussetzung für die Entwicklung von Sonderwissen und „höherer Wissensformen" sind und die nicht mehr *allen* Gesellschaftsmitgliedern routinemäßig vermittelt werden, sondern an bestimmte Rollen gebunden sind (vgl. Schütz/Luckmann 2003: 403f.). Je nach Zugehörigkeit zu bestimmten gesellschaftlichen Gruppen und Eliten und je nach der individuellen Spezialisierung und Wissensaneignung haben die sozialen Akteurinnen und Akteure demnach Zugriff auf je unterschiedliche Wissensarten.

Da in der vorliegenden Arbeit vor allem der gesellschaftliche Wissensvorrat in Form eines *städtischen Wissensvorrats* von Interesse ist, sollen kurz die generellen Konstitutionsbedingungen von Wissen etwas genauer betrachtet und auf den Wissenskontext „Stadt" übertragen werden. Alleine die Objektivierung eines subjektiven Wissenselements lässt dieses nicht automatisch zu einem Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensvorrats werden. Bestimmte subjektive Wissenselemente werden nach ihrer Objektivierung vergesellschaftet, andere nicht. Dass es in dem einen Fall dazu kommt und in dem anderen nicht, steht u.a. im Zusammenhang mit den Relevanzstrukturen, die einer Objektivierung subjektiven Wissens und einer darauf folgenden Übernahme des objektivierten Wissens zugrunde liegen (Schütz/Luck-mann 2003: 387). Je nach den sozialstrukturellen Gegebenheiten einer Stadt, ihren ökonomischen Bedingungen und städtebaulichen Entwicklungen sowie den jeweils damit verbundenen Herausforderungen setzt sich der Wissensvorrat der Stadtgesellschaft jeweils anders zusammen und wird durch je spezifische Relevanzstrukturen geordnet. Meine Annahme ist dabei, dass es spezifisch *städtische Relevanzen* gibt, die den Wissensbestand in bestimmte Richtungen lenken.

Das relevante Wissen einer Gesellschaft wird weiterhin vor seinem „Aussterben" bewahrt und kontinuierlich an die Gesellschaftsmitglieder weitergegeben. Damit ist eine Differenzierung des Wissens in typische Probleme verbunden sowie eine Unterscheidung, für welche typischen Personen das Wissen relevant ist bzw. als relevant betrachtet wird (Schütz/Luckmann 2003: 393). Typische Probleme und die typischen Personen und Lösungswege sind vorgegebene Elemente des gesellschaftlichen Wissensvorrats, die Vermittlung sozial relevanten Wissens ist wiederum in der Sozialstruktur verankert: Bestimmte Wissensbereiche sind an bestimm-

te soziale Rollen gebunden (Schütz/Luckmann 2003: 393f.). Bezogen auf den städtischen Wissensvorrat gibt es einerseits die Ortskenntnis, die man dem *städtischen Allgemeinwissen* zurechnen kann und die sich prinzipiell jede z.B. in Frankfurt lebende oder arbeitende Person sowie wiederkehrende Besucherinnen und Besucher aneignen können. Andererseits gibt es auch hier spezialisierte Bereiche: In den städtischen Selbstverwaltungsgremien einer westeuropäischen Stadt wie Frankfurt am Main Anfang des 20. Jahrhunderts kursiert auf einer politischen, stadtplanerischen wie auch ökonomischen Ebene ein spezifisches und dediziertes Wissen, auf das nicht jede Person, die in Frankfurt lebt oder sich aufhält, vollumfänglich Zugriff hat. Die Weitergabe dieses Sonderwissens erfolgt innerhalb der politischen Elite und in einem festen, institutionalisierten Rahmen. Bei diesem *städtischen Sonderwissen* im Sinne Max Schelers handelt es sich um eine Form des Herrschaftswissens, das für jede Stadt – so meine Annahme – eine je spezifische Ausprägung mit je spezifischen Relevanzen hat. Die Weitergabe des relevanten Wissens innerhalb einer Stadt erfolgt außerdem über die mediale Verbreitung über Zeitungen, sowie über Berichte und Protokolle der städtischen Selbstverwaltungsgremien, über Denkschriften und über mündliche Überlieferungen. Das *städtische Gedächtnis* als eine spezifische Form des städtischen Wissensvorrats bewahrt weiterhin die Traditionen und die Erinnerungen an kollektive Erlebnisse (wie im Fall Frankfurt z.B. die traumatisch erlebte Annektierung durch Preußen im Jahr 1866), deren Überlieferung sowohl sprachlich vermittelt als auch in Form von Gedenkstätten erfolgt und in der Regel an spezifische Orte in der Stadt geknüpft ist.

Bei der Entstehung z.B. öffentlicher Bauten, wie etwa im Fall des Jügelhauses, spielen sowohl Bestände des stätischen Allgemein- wie auch des Sonderwissens sowie Elemente des städtischen Gedächtnisses eine entscheidende Rolle. Im vorliegenden Fall sind es die Mitglieder der städtischen Selbstverwaltung (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung), die das Wissen über die finanziellen Möglichkeiten und in der Standortfrage den Überblick über den städtischen Grund und Boden hatten. Sie haben weiterhin über die aktuellen städtischen Bedürfnisse befunden – und zwar nach ganz eigenen Kriterien. Es handelt sich hier um ein Herrschaftswissen, das dem Durchschnittsfrankfurter bzw. der Durchschnittsfrankfurterin nur in sehr begrenztem Maße oder aber auch gar nicht zugänglich war. Auch städtische Traditionen und Erinnerungen an kollektive Erlebnisse haben die Entscheidungen mitbeeinflusst. Weiterhin spielte das Allgemeinwissen über die Frankfurter Gegebenheiten, typische Werthaltungen, über die physische Gestalt der Stadt und über das bauliche Umfeld des gewählten Standorts mit hinein. Das Wissen bezieht sich dabei also nicht nur auf das Handeln, sondern auch auf die Handlungsergebnisse in objektivierter Form und hat Ankerpunkte in der physisch-materiellen Welt, die wiederum von den sozialen Akteurinnen und Akteuren mit bestimmten (sprachlich vermittelten) Sinngehalten – mit Deutungen also – versehen

werden. Mit vorliegenden Studie zur Entstehungsgeschichte des Jügelhauses ist es mir gelungen, die Relevanzen herauszustellen, die einerseits bei den Entscheidungen zum Bauprojekt eine besondere Rolle spielten und andererseits für die Strukturierung des städtischen Wissens bedeutsam waren. ich zeige auf, dass es über die Rekonstruktion der Relevanzen s möglich ist offenzulegen, in welcher Weise städtisches Wissen an spezifische Architekturen gebunden ist.

Zur Herausarbeitung der entscheidenden Bestandteile des städtischen Wissensvorrats, die bei der Konstitution von Sinnsetzungen wirksam sind, ist eine umfassende Datenerhebung erforderlich, die im Forschungsprogramm der hermeneutischen Wissenssoziologie üblicherweise durch Feldforschung erfolgt und auf konkrete Handlungssituationen ausgerichtet und deren jeweilige Rahmung ebenfalls in die Analyse einzubeziehen ist. In der hermeneutischen Methodologie werden *natürliche* Daten, d.h. nicht-standardisiert erhobene Daten, wie z.B. Videoaufnahmen und Tonbandaufzeichnungen, dafür als am besten geeignet erachtet, da hier „quasi authentische alltagsweltliche Lebensvollzugsspuren“ anschaulich werden und die dem Blick der Forschenden Widerstand leisten, weil sie nicht aufgrund „einer forschungsleitenden Fragestellung produziert und die Erhebung selbst nicht von den subjektiven Wahrnehmungsschemata geprägt wurden“ (Reichertz/ Schröer 1994: 62). Dass es hier zu einer Deckung mit den Vorannahmen und „abgelagerten“ Überzeugungen der Forschenden kommt, erscheint bei natürlichen Daten am wenigsten wahrscheinlich.

Natürliche Daten sind jedoch nicht in allen Fällen greifbar und das trifft auch auf die vorliegende Studie vor. Die Datenbasis fußt hier vor allem auf die Aufzeichnungen in den Akten und Sitzungsprotokollen der städtischen Selbstverwaltung (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung), auf Zeitungsartikel und historische Berichte, d.h. auf durch Dritte produzierte Textdokumente und Interpretamente. Teilweise handelt es sich also – z.B. bei den Texten zur Geschichte der Stadt Frankfurt – um bereits durch andere Forscherinnen und Forscher erarbeitete Konstruktionen 2. Ordnung, die sich auf vergangene Ereignisse in Frankfurt beziehen. Soweit mir dazu Informationen vorlagen, habe ich bei der Datenerhebung großen Wert auf die Dokumentation des Entstehungskontextes der jeweiligen Daten und die Art der jeweiligen Textgattung gelegt, um dies bei der Interpretation der Texte zu berücksichtigen. Umfangreich war außerdem die Herstellung der Datenbasis, die auf Katasterplänen, Gebäudegrundrissen und Fotografien fußte: Das visuell Dargestellte galt es in Textform zu bringen, um es auf diese Weise in den Gesamt-Datenkorpus integrieren zu können. Mehr zu dieser Art der Verschriftlichung und Datenherstellung findet sich in den jeweiligen Kapiteln zu den unterschiedlichen Auswertungsprozeduren.

Trotz meiner Orientierung an den Analysekonzepten der hermeneutischen Wissenssoziologie konnte ich vor allem in den Anfängen meiner Untersuchung den

Wahrheitsgehalt von Jo Reichertz' und Norbert Schröers folgender Aussage verifizieren: „Ob eine Methode gut oder schlecht ist, kann man u. E. erst dann einschätzen, wenn man weiß, (a) auf welche Frage eine Antwort gefunden werden soll und (b) welche Daten zur Verfügung stehen." (Reichertz/Schröer 1994:56) Die Eingrenzung der Untersuchung auf das Jügelhaus und seine Sinnkonstitutionen schränkte die Masse der zu erhebenden Daten deutlich ein, was sich als sehr vorteilhaft erwies, da die Recherche bis zu diesem Punkt bzw. die Datenerhebung aufgrund des ursprünglich anvisierten Campus-Vergleichs zunächst sehr breit gestreut verlaufen war. Vor der endgültigen Entscheidung für das Fallbespiel „Jügelhaus" hatte ich die gesamte Baugeschichte der Hochschule im Blick. Doch obwohl der Fokus auf das Jügelhaus eine Eingrenzung der Datenmenge bedeutete, die war die Datenbasis aber bis zum Abschluss der Archivarbeiten immer noch nicht fest abgesteckt. Sowohl die Hypothesen darüber, wie sich die Sinnkonstitutionen für das Jügelhaus entwickelten, als auch das zur Herausarbeitung der Sinnsetzungen erforderliche Untersuchungsdesign entwickelten sich erst im Lauf meiner Recherchen und aus den Daten. Also auch meine Annahmen zum städtischen Wissensvorrat und zu den spezifischen städtischen Relevanzen. In den nachfolgenden Abschnitten skizziere ich den Weg zum Untersuchungsdesign und damit auch den Weg, der zu einem theoretischen Modell geführt hat, indem städtische Relevanzen als Bestandteil eines städtischen Wissensvorrats eine wesentliche Rolle bei der Entstehung städtischer Architekturen spielen.

2.3
Heterogene Datenbasis und Methodenwahl

Ausgehend von der Annahme, dass die Sinnkonstitutionen städtischer Architekturen beeinflusst sind durch den Kontext Stadt als soziales wie auch physisch-materielles Umfeld, galt es ein Untersuchungsdesign zu finden bzw. zu entwickeln, das dieses Umfeld in die Analyse mit einbezieht. Es war von Anfang an klar, dass ich nicht nur auf Textdokumente zurückgreifen werde, sondern auch auf Bildmaterial, wie etwa Katasterpläne, Grundrisspläne sowie Fotografien. Ganz am Anfang der Untersuchung erfolgte die Datensammlung unstrukturiert, d.h. ich habe alles, was ich zur Entstehungsgeschichte des Jügelhauses und zur Geschichte des Standorts im Westend an der Grenze zu Bockenheim finden konnte, herangezogen. Allein aufgrund der sehr heterogenen Datenbasis, die Protokolle, Zeitungsartikel, Planunterlagen und Fotografien beinhaltete, war die Auswahl eines angemessenen Analyse-Instrumentariums eine Herausforderung. Ein Problem war dabei außer-

dem, dass sich die auf die Herausstellung von Sinnkonstitutionen ausgerichteten Methoden üblicherweise auf konkrete Handlungssituationen, d.h. Interaktionen sowie deren sprachliche Vermitteltheit beziehen. Räumliche Aspekte bleiben in aller Regel außen vor. Angesichts der Fertigstellung des Gebäudes im Jahr 1906 stand weiterhin fest, dass Informationen aus „erster Hand", also von Zeitzeugen und Beteiligten, schwer bis gar nicht verfügbar sind. Interviews und andere „mündliche" Äußerungen konnten für die Untersuchung nicht hinzugezogen werden. Es lagen jedoch Informationen zu konkreten Handlungssituationen insofern vor, als dass die Entscheidung für den Bau des Jügelhauses als Bildungseinrichtung in den Protokollen der Sitzungen von Stadtverordnetenversammlung und Magistrat dokumentiert sind. Diese Unterlagen habe ich zunächst für eine Diskursanalyse nach Reiner Keller herangezogen, mit welcher ich unter anderem die Argumentationslinien und Interessenlagen zu rekonstruieren beabsichtigte. Es stellte sich jedoch sehr bald heraus, dass manche Entwicklungen in den Debatten nicht alleine aus den protokollierten Diskussionen heraus verständlich bzw. nachvollziehbar sind. Es erschien mir zum Beispiel nicht einleuchtend, weshalb einige Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung einerseits lautstark und vehement gegen eine Bildungseinrichtung eintraten, aber weitere Proteste ausblieben, als sich nur wenige Wochen später die Befürworter einer Bildungseinrichtung mit nur knapper Mehrheit durchsetzen konnten. Um diese Entwicklung verstehen bzw. um nachvollziehen zu können, warum die Entwicklungen in dieser Weise abliefen, erschien es mir wichtig, die damals in den Frankfurter Eliten kursierenden Werthaltungen und Einstellungen zu rekonstruieren.

Hierfür rekonstruierte ich die kumulative Textur Frankfurts zum Zeitpunkt der Jügelhaus-Erbauung. Herangezogen habe ich dafür historische Literatur zu Frankfurt, insbesondere auch zu den beiden Stadtteilen „Westend" und Frankfurt", an dessen Verbindungsstelle das Gebäude errichtet wurde, Literatur speziell zum Bürgertum Frankfurts sowie zur Stadtentwicklung und zur Geschichte verschiedener baulicher Prestigeprojekte wie etwa den Bau der Kanalisation, der Oper, der Stromversorgung und der Festhalle, außerdem demografische Daten und Statistiken zu Frankfurt um 1900. Um das jeweils „Charakteristische" in Frankfurts Entwicklung entdecken zu können habe ich außerdem Literatur zur generellen Entwicklung der modernen Großstädte im 19. Jahrhundert hinzugezogen sowie Literatur zur Rolle des Bürgertums in dieser Entwicklung. Durch die Übereinanderschichtung dieser ganz unterschiedlichen Informationen ist sichtbar geworden, was damals „typisch" für Frankfurt war, wie sich die damalige bürgerliche Elite der Stadt zusammensetze, welche sozialstrukturellen Besonderheiten es gab, welche politischen Haltungen am weitesten verbreitet waren, wie die ökonomische Entwicklung ablief und welche Transformationsschritte Frankfurt auf dem Weg zur Großstadt durchlief. Aufgedeckt habe ich damit schlussendlich Bestandteile des

damaligen städtischen Wissensvorrats, auf die sich damals nicht nur die städtischen Entscheider bezogen haben mussten, als es darum ging, das Jügelhaus-Projekt zur Realisierung zu bringen, sondern gleichermaßen die zunächst laute Gegnerschaft, die „plötzlich" verstummte, sowie auch die berichterstattenden Journalisten, die nach der Eröffnung des Gebäudes ausschließlich voll des Lobes für diesen Schritt waren. Die Rekonstruktion der kumulativen Textur hat sich als ein entscheidendes Instrument zur Offenlegung städtischer Wissenselemente erwiesen und ist innerhalb der vorliegenden Untersuchung im Grunde der wichtigste Analyse-Strang, da sie für alle weiteren Analyse-Ebenen als wichtige Hintergrundfolie diente und bestimmte Ereignisse und räumliche Situationen sowie die im Diskurs durchscheinenden Werthaltungen mit ihr überhaupt erst erklärbar wurden. Auch für die Analyse der Architektur des Jügelhauses und die Einordnung des im damaligen Frankfurt vorherrschenden Baustils waren die Erkenntnisse auf dieser Analyse-Ebene äußerst hilfreich.

Für die Einbeziehung des physisch-materiellen Kontexts Stadt habe ich als Informationsquellen unter anderem Fotografien und diverses Planmaterial herangezogen sowie Literatur aus Kunst- und Architekturgeschichte, die Anhaltspunkte für das Besondere in den Frankfurter Architekturen gegeben haben. Hier erfolgte unter anderem auch der Vergleich der Frankfurter Stadtentwicklung zu den generellen baulichen Entwicklungen jener Zeit. Auch wenn die entstandenen Architekturen als bauliche Sedimente der Stadt genau genommen Teil der kumulativen Textur sind, habe ich ihre Untersuchung als eigene Analyse betrachtet, da sich die Datenbasis hier doch sehr deutlich von den Quellen unterschieden hat, die ich für Rekonstruktion der kumulativen Textur verwendet habe. Statt auf Soziologen und Historikerinnen beziehe ich mich bei der Bewertung und Einordnung der Frankfurter Architekturen auf Architekturtheoretiker und Kunsthistorikerinnen sowie auf Fotografien. Die Erarbeitung von kumulativer Textur und der Besonderheiten und Merkmalen der baulichen Struktur Frankfurts verliefen im Forschungsprozess eng verschränkt. Als ein weiteres Analysewerkzeug des baulichen Umfelds diente die *segmentale Lageplan-Analyse,* eine von mir selbst entwickelte und durch Roswitha Breckners „visuelle Segmentanalyse" angeregte Auswertungsprozedur, mit der ich systematisch den Katasterplan von 1907/1908 vom Standort des Jügelhauses mit einem größeren Umgriff der benachbarten Bebauung untersucht habe. Mit dieser besonderen Art der Lageplanplananalyse stand mir ein sensibilisierendes Instrument für die räumliche Situation des Jügelhauses zur Verfügung, das hilfreich für die Entwicklung weiter- und tiefergehender Fragestellungen im Kontext des untersuchten Bauprojekts war, die wiederum mittels der Informationen aus den anderen Analysesträngen beantwortet werden konnten.

Bei der Einordnung der Architektur ging es mir weniger um ästhetische Urteile, sondern vielmehr darum, die gewählte Formensprache und das zum Einsatz gebrachte Material mit den damaligen gesellschaftlichen Verhältnissen und Werthaltungen überein zu bringen. Leitfrage war dabei: Wie stehen Form und Gesellschaftliches im konkreten Fallbeispiel miteinander in Verbindung? Dabei betrachtete ich sowohl die Architektur des Jügelhauses im Vergleich zu anderen Hochschulbauten dieser Zeit und wiederum im Vergleich zum damals vorherrschenden Baustil in Frankfurt bzw. zu den geschmacklichen Vorlieben der damaligen Frankfurter Bauherren und Planer.

Da ich davon ausgegangen bin, dass erst aus der In-Bezug-Setzung der Ergebnisse aus den verschiedenen Analyse-Ebenen das Sinngewebe und der Wissensvorrat der Stadt Frankfurt sowie die Rolle des städtischen Gefüges bei der Sinnkonstitution des Jügelhauses hervortreten können, erfolgten die Auswertungen auf den verschiedenen Analyse-Ebenen (siehe Abbildung 3) nicht für sich alleine stehend. Sowohl die Bearbeitung der Analyse-Ebenen als auch erforderliche Nacherhebungen erfolgten während des gesamten Forschungsablaufs parallel und niemals völlig unabhängig voneinander. Die Erkenntnisse und neuen Fragestellungen, die sich auf einer der Analyse-Ebenen ergaben, hatten immer wieder Effekte auf die weiteren Ebenen. Das äußerte sich teilweise in gezielten Richtungsänderungen, Vertiefungen oder Nacherhebung bei der Erstellung der Datenbasis, im Hinblick auf die Suchbewegungen als auch in Bezug auf die Kodierungen der entdeckten Vorkommnisse und Phänomene.

Diese Vorgehensweise entspricht dem theoretischen Sampling der Grounded Theory Methode (GTM) nach Barney G. Glaser und Anselm L. Strauss (1967), Strauss (1991), bzw. Strauss und Juliet Corbin (1996) sowie Jörg Strübing (2008). Beim theoretischen Sampling handelt es sich um einen iterativ-zyklischen Prozess der gleichzeitigen Datenerhebung und -auswertung. Die Anfangsauswahl der Daten steht in Abhängigkeit zur Fragestellung und den vorhandenen theoretischen Vorannahmen. Die Eingangsfragen für den vorliegenden Untersuchungsfall beschreibe ich weiter unten jeweils für die einzelnen Analyse-Ebenen eingehender. Eine Festlegung auf spezielle Datentypen gibt es beim theoretischen Sampling nicht: Abhängig davon, was überhaupt untersucht wird kann alles, das Aufschluss über den zu untersuchenden Gegenstand gibt, herangezogen werden. Wie in Abbildung 3 ersichtlich, setzte sich die Datenbasis für jede Analyse-Ebene anders zusammen. Mit der Datenauswertung wird *sofort* begonnen, in den ersten Schritten über die Vergabe erster Labels bzw. (oftmals vorläufiger) Kodes. Mit dieser Art der Auswertung zeichnen sich bereits erste Konzepte für die entstehende Theorie ab und ausgehend von diesen Konzepten entscheidet sich, welche Daten als nächstes zu erheben sind.

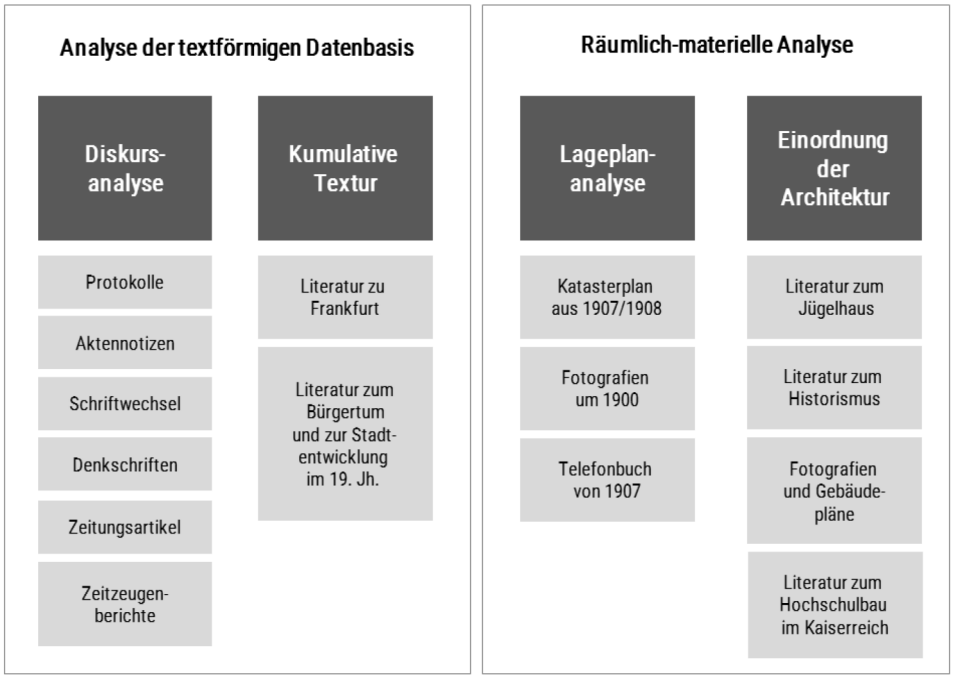


Abbildung 3: Die Analyse-Ebenen der Untersuchung und ihre Datenbasis

Die Daten erhebende und auswertende Arbeit an den unterschiedlichen Analysesträngen erfolgte im vorliegenden Untersuchungsfall immer parallel und in einem iterativen Prozess: Neue Erkenntnisse oder auch Fragestellungen aus einer der Analyse-Ebenen führten immer wieder zu Nachjustierungen und neuen Impulsen und damit verbundenen Nacharbeiten auf mindestens einer anderen Analyse-Ebene. Bei einem nach der GTM organisierten Forschungsablauf ist damit die Richtung der Datensammlung nicht genau planbar (Glaser/Strauss 2005: 53ff.), aber dennoch immer zielgerichtet, da sie nach festgelegten Abläufen erfolgt. Abgeschlossen ist die Datenerhebung erst dann, wenn für die Interpretations- und Theoriearbeit keine neuen Gesichtspunkte mehr auftauchen. Die anvisierte Präzision in den Untersuchungsergebnissen ist dabei auch von forschungspragmatischen Gründen abhängig, denn der Forschungsaufwand muss immer auch vertretbar bleiben.

Auch bei der Kodierung der Daten (der recherchierten Textdokumente und der eigens für diese Arbeit erstellten Textdokumente, in denen die visuell vorliegenden Daten verschriftlicht worden sind) haben sich für die vorliegende Studie die Auswertungsabläufe der GTM als sehr fruchtbar erweisen. Kodieren meint in Rahmen der GTM einen „Prozess der Entwicklung von Konzepten in Auseinandersetzung

mit dem empirischen Material“ (Strübing 2008: 19). Dazu werden die erhobenen Daten auf spezifische Weise systematisiert und Schritt für Schritt theoretische Konzepte erstellt. Unter anderem erfolgt dies durch eine permanente Kontrastierung divergierender Daten, um zu einer „Generierung von theoretischen Eigenschaften der Kategorie“ zu kommen (Glaser/Strauss zit. in Strübing 2008: 18). Die strukturellen Eigenschaften einer Kategorie, verstanden als ein theoretisches Konzept, werden erst aus der vergleichenden Analyse der empirischen Phänomene entwickelt, die das jeweilige Konzept repräsentieren (vgl. ebd.). Weiterhin unterscheidet man in der GTM in drei verschiedene Arten des Kodierens: Beim *offenen Kodieren* geht es um ein erstes Aufbrechen der Daten durch ein analytisches Herauslösen einzelner Phänomene und ihrer jeweiligen Eigenschaften. Im Zuge des *axialen Kodierens* geht es um die Erarbeitung eines phänomenbezogenen Zusammenhangmodells, das die Beziehungen zwischen den Konzepten verdeutlicht (siehe dazu auch Kapitel 2.8). Im Laufe des Analyseprozesses stellen sich dabei ein bis zwei theoretische Konzepte als zentral für die entstehende Theorie heraus, die schließlich im Zuge des *selektiven Kodierens zu Kernkategorien* zugespitzt werden. Dazu erfolgt eine Integration der bisher erarbeiteten theoretischen Konzepte bzw. eine weitere Re-Kodierung des Materials, „um die Beziehungen der verschiedenen gegenstandsbezogenen Konzepte zu den Kernkategorien zu klären und eine theoretische Schließung herbeizuführen.“ (Strübing 2008: 20) Im vorliegenden Fall sind es die mittels der Zusammenhangsmodelle erklärten Phänomene, die auf eine zentrale Kategorie hinweisen (siehe Kapitel 2.8). Parallel zur Datenerhebung und Kodierung ist außerdem das Verfassen von theoretischen Memos wichtig, die den Wissensbestand im Forschungsprozess fortschreiben und helfen, Lücken zu identifizieren, die für die weitere Fall- bzw. Datenauswahl wesentlich sind (vgl. Glaser/Strauss 1967: 107).

Im Verlauf der Datenauswertung, die unter Zuhilfenahme der QDA-Software MAXQDA (Version 11) erfolgte, haben sich bald für jede der genannten Analyse-Ebenen eigene Spezifika in Bezug auf den Untersuchungsgegenstand gezeigt, die es galt, nicht im „luftleeren Raum“ hängen zu lassen, sondern auf die Erde zu bringen, genauer gesagt auf den Boden der Stadt Frankfurt und noch konkreter: auf den Boden, auf dem das Jügelhaus erbaut wurde. Aus diesem „auf die Erde bringen“ haben sich bereits beim offenen Kodieren zahlreiche Verbindungen zwischen den Analyse-Ebenen gezeigt: Die getroffene Entscheidung für den Bau des Jügelhauses als Vorlesungsgebäude für die Akademie für Sozial-und Handelswissenschaften war bestimmten Vertretern der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung zu verdanken, die sich mit ihren Argumentationen (Diskursanalyse) immer auch auf für damals in Frankfurt typische Werthaltungen und Sinnsetzungen (kumulative Textur) bezogen haben. Die Entscheidung (Diskursanalyse) für den Standort (Lageplan-Analyse) und auch für die gewählte Architektur (Bewertung

und Einordnung der Architektur) ist ebenfalls nicht zufällig getroffen worden (kumulative Textur).

Eine Verbindung der verschiedenen Analyse-Ebenen ergab sich vor allem durch den Prozess des axialen Kodierens in Anlehnung an Glaser und Strauss (1967), Strauss und Corbin (1996) sowie Strübing (2008). Aus den Daten kristallisierten sich Phänomene heraus, die auf (fast) allen Analyse-Ebenen zu beobachten waren. Rund um diese insgesamt vier Phänomene, die ich am Ende als städtische Relevanzen bezeichne, erfolgte die systematische Erarbeitung phänomenbezogener Zusammenhangsmodelle, indem am Material qualifizierte Beziehungen zwischen Konzepten hergestellt und über den Weg des kontinuierlichen Vergleichens geprüft wurden (vgl. Strübing 2008: 20). Das führte zum Teil zu Nachrecherchen und Neukodierungen. Am Ende des Analyseprozesses ist in den Zusammenhangsmodellen je eine städtische Relevanz dimensioniert und zwar mit ihren Auslösern, Vorbedingungen, ihrem Bezugsrahmen und der Handlungsstrategie, die sie auslöst, sowie den daraus resultierenden (physisch-materiellen) Konsequenzen.

2.4 Rekonstruktion der kumulativen Textur

Städte sind mit Bedeutung aufgeladen, sie sind „keine unbeschriebenen Blätter, sondern narrative Räume, in die bestimmte Geschichten (von bedeutenden Personen und wichtigen Ereignissen), Mythen (von Helden und Schurken) und Parabeln (von Tugenden und Lastern) eingeschrieben sind." (Lindner 2008: 86) Allein die Nennung des Namens einer Stadt kann ein ganzes Bündel an Assoziationen hervorrufen. „In ihrem Gesamt bilden die historisch gesättigten Vorstellungen das Imaginäre der Stadt […]." (ebd.) Das Imaginäre ist nicht zu verwechseln mit dem Image einer Stadt, das geplant und gestaltet und entwicklungsrelevantes Steuerungselement ist (ebd.). Das Imaginäre steht für die – wie Lindner formuliert – „mentale Gestalt der Stadt" (Lindner 2006: 35), die sich im Lauf der Zeit formiert und verfestigt und es ist weitaus mehr, als ein rein kognitives Phänomen. Es bildet den Möglichkeitsraum der Stadt ab: Die manifestierten Vorstellungen über die Stadt haben sich im Laufe der Jahrzehnte durchgesetzt und sind bis in die Handlungsebenen der Stadt wirksam und spürbar. Das Imaginäre einer Stadt bezeichnet ihr symbolisches Universum, „den ihr und nur ihr eigenen kulturellen Code, der zugleich den vielfältigen Kulturen in der Stadt einschließt und mitprägt." (Berking 2013: 230) Es formt die sozialen Praktiken und kulturellen Dispositionen, es ist

eine organisierte und die Praxis organisierende Wahrnehmung (vgl. Berking/Schwenk 2011: 20f.).

Wenn man die Praktiken in einer Stadt und das Lokalspezifische des Handelns erfassen will, gilt es, an die strukturierende Einheit des Imaginären heranzukommen. Berking schlägt dafür das Konzept der „*kumulativen Textur*" vor (vgl. Berking 2013: 230). Die „kumulative Textur" einer Stadt ist „die sukzessive Verfertigung jener Vorstellungen vom Ganzen der Stadt, wie sie zu einem bestimmten Zeitpunkt erscheinen." (ebd.) Sie ist das „Bedeutungsgewebe einer Stadt" bestehend aus den Sedimentbildungen von Texten, Symbolen, Architekturen, Routinen etc., die im steten Rückgriff aufeinander diese (Sinn-)Einheit bilden. Jede Stadt hat ihr ganz eigenes „*Webmuster*", „das den Charakter dieser Stadt prägt, ausdrückt, verstetigt oder eben auch verändert." (ebd.: 231) Die Kenntnis der Geschichte dieser Stadt, ihrer Kontinuitätsunterstellungen und Brüche sind wesentliche Bestandteile der kumulativen Textur (vgl. ebd.), denn die Geschichte einer Stadt, das was war, spielt immer auch in das hinein, was ist. Das Erinnern und die Überlieferung werden in einer Stadt gestützt durch Objekte im Stadtraum, Gebäude, Denkmäler usw., aber auch durch Feste, besondere Feier- und Gedenktage, lokalspezifische Redewendungen und Essensgewohnheiten etc. In der Aufschichtung der materiellen und immateriellen Artefakte wird das „Hier und Jetzt an sein Davor und seine Geschichte" zurückgebunden (ebd.: 230).

Indem man die kumulative Textur einer Stadt freilegt, zeigen sich wiederholende Handlungsmotive: Die Entwicklungstendenzen auf der politischen, wirtschaftlichen und sozialstrukturellen Ebene werden sichtbar. Die Besonderheiten der baulichen Entwicklungen der Stadt treten ebenso hervor wie Bedeutungsverdichtungen und -verschiebungen. Die kumulative Textur „weist ein je distinktes […] »*Webmuster*« auf, das den Charakter dieser Stadt prägt, ausdrückt, verstetigt oder eben auch verändert." (Berking 2013: 231) Dieses Webmuster wiederum lässt die Homologien auf den unterschiedlichen Ebenen der Stadt hervortreten und damit den spezifischen Sinnzusammenhang, der in einem „einzigartigen Zusammenspiel von räumlicher Organisation, materialer Umwelt und kulturellen Dispositionen […] die Menschen und ihre Praktiken prägt." (ebd.) Aus diesem Grund liefert die kumulative Textur in der vorliegenden Untersuchung entscheidende Informationen zu den Rahmenbedingungen, in welchen die Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses getroffen wurden: Sie ist die Hintergrundfolie für alles, was sich in Frankfurt ereignet hat und ereignet. Sie verweist auf das Sinngewebe, an dem sich das praktische Handeln in der Stadt orientiert.

Die im Zeitverlauf gewachsenen baulichen Strukturen Frankfurts, d.h. die materiellen Sedimentationen der Stadt, sind, wenn man es genau nimmt, Teil der kumulativen Textur. Dennoch habe ich diese in einem eigenen Analysestrang un-

tersucht. Nichtsdestotrotz beziehe ich mich bei der Rekonstruktion der Homologien, die in der kumulativen Textur Frankfurts zu finden sind, immer wieder auf das Bauliche, da ich beide Analysestränge in engem Bezug aufeinander erarbeitet habe. Für die Rekonstruktion der kumulativen Textur Frankfurts um das Jahr 1900 habe ich die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Stadt sowie die Entwicklung der Sozialstruktur vor allem mit Blick auf deren Besonderheiten sowie die stadtplanerische Entwicklung Frankfurts im historischen Rückblick betrachtet und in verdichteter Form zusammengetragen. Als Grundlage dafür dienten eine ganze Reihe auf diese Stadt bezogene Texte, aber auch nicht direkt Frankfurt thematisierende historische Betrachtungen zum Bürgertum und zur Entwicklung der deutschen Städte im 19. Jahrhundert, um Hinweise darauf zu erhalten, was das Spezifische an den Entwicklungen in Frankfurt war bzw. ist. Der Vergleich zu den Entwicklungen in anderen Städten findet sich allerdings auch immer wieder in den Monografien über Frankfurt. Für das Herausstellen der Differenzen zu anderen Städten bzw. des „eigensinnigen" Frankfurts dienten fast ausschließlich Texte von Historikern und Historikerinnen[18] als Referenz. Für die konkrete bauliche Entwicklung der Stadt, die ich in der „Bewertung und Einordnung der architektonischen Umsetzung" in Kapitel 2.7 eingehender betrachtet habe, habe ich in erster Linie auf kunsthistorische und architekturtheoretische Quellen sowie auf Fotografien Frankfurter Architekturen zurückgegriffen.

Im „Übereinanderschichten" der Texte zum Frankfurter Bürgertum, der Texte zur politischen Struktur der Stadt,[19] zum Stadtumbau Ende des 19. Jahrhunderts,[20] zur Geschichte der technischen Infrastrukturen der Stadt[21] und zu besonderen Gebäuden der Stadt[22] sowie zur Entwicklung des Wohnungsbaus bzw. zur gesamten Wohnsituation im Frankfurt seit Anfang des 19. Jahrhunderts[23] haben sich wiederholt aufscheinende Merkmale immer deutlicher verdichtet. Dabei sind markante historische Ereignisse und ihre Folgen, die Frankfurt in besonderer Weise und nachhaltig beeinflusst haben, klar hervorgetreten. Prägend in Frankfurts Geschichte wirkten zum Beispiel der Erhalt der Messeprivilegien im 13. Jahrhundert, die Verleihung der „Goldenen Bulle" 1356, die Frankfurt dauerhaft zur Wahlstadt der deutschen Könige bestimmte, die Entscheidung, 1816 Frankfurt zum Sitz der Bundesversammlung zu machen und die Annektierung der Stadt durch Preußen

18 Budde (2009); Gall (Hg.) (1990; 1993); Kocka (Hg.) (1988); Lesczenszki (Hg.) 2009; Schäfer (2009).
19 Hansert (1992); Roth (1996); Schimpf (2007).
20 Köhler (1995).
21 Zur Kanalisierung: Bauer (1998); zur Elektrifizierung: Turnit (2007).
22 Schivelbusch (1985) zur Oper; Bauer (2009) zur Festhalle; Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein (1910).
23 Mohr (1992).

1866. Das alles sind Ereignisse, die nachhaltig Einfluss auf die Entwicklung Frankfurts nahmen. Im Untersuchungsverlauf zeigten sich weiterhin wiederkehrende – oder besser gesagt: persistente – Haltungen innerhalb des Bürgertums der Stadt: ein ausgeprägter Lokalpatriotismus und eine außerordentliche Opferbereitschaft für die eigene Stadt (z.B. in Gestalt einer überdurchschnittlichen Spendenbereitschaft), ein leidenschaftliches bürgerschaftliches Engagement und insgesamt ein offen ausgesprochener Stolz auf Frankfurt, ein bisweilen auffälliger Pragmatismus im Umgang mit auftretenden Problemen sowie das Streben nach einer Vorreiterrolle, das den Willen zum Erhalt der Zukunftsfähigkeit Frankfurts stets begleitet hat. Diese Haltungen hatten, wie in Teil B noch zu zeigen ist, sichtbare Auswirkungen auf die bauliche Entwicklung der Stadt.

Auch die Entstehungsgeschichten der Stadtteile Bockenheim und Westend sind in die Betrachtung miteingeflossen,[24] da das Jügelhaus genau an der Grenze dieser Quartiere errichtet wurde. Der Grenzbereich ist räumlich gesehen äußerst interessant, da die hier aufeinandertreffenden Stadtteile sowohl sozialstrukturell als auch baulich nahezu gegensätzlich waren (und es bis heute sind). Die Betrachtung und das Erarbeiten der jeweiligen Texturen für die Stadtteile erfolgte dabei mit Blick auf das Ganze der Stadt: Zeigen sich auch hier Homologien und die für das damalige Frankfurt typischen Handlungsmotive? Mit dieser Herangehensweise entstand ein detaillierter, ortsbezogener Ausschnitt der kumulativen Textur Frankfurts. Es floss weiterhin nicht ausschließlich Material in Textform ein, sondern auch die Erkenntnisse und Hypothesen aus der segmentalen Lageplan-Analyse, um die historischen wie auch die baulich-strukturellen Entwicklungen in Zusammenhang zu bringen. Zurückgegriffen habe ich dafür weiterhin auf zeitgenössische Fotografien zu den Straßen und Gebäuden Bockenheims und des Westends, um ein besseres Verständnis für die Unterschiedlichkeit in der jeweiligen Materialität beider Quartiere zu erhalten. Um Einblicke in die sozialstrukturellen Verhältnisse der beiden Stadtteile zu erhalten, habe ich auf das Telefonbuch von 1908 zurückgegriffen, das damals auch über eine Sortierung nach Straße und Hausnummer verfügt und in dem weiterhin die Berufe der Hausbewohner wie auch der Eigentümerinnen vermerkt sind.[25] Als Grundlage für die sozialstrukturelle Untersuchung dienten außerdem die Statistiken der Volkszählung aus dem Jahr 1900.[26] In den recherchier-

24 Texte zur Geschichte der Quartiere waren für Bockenheim: Nordmeyer (2002), Ludwig (1940); Müller/Ludwig (1979); Schäfer (o.J.) sowie aus dem IfS die Akte aus der Sammlung Ortsgeschichte S3/D 54 mit zahlreichen Zeitungsartikeln; für das Westend: Merten/Mohr (1974).

25 Einen Abgleich des Telefonbuchs mit den Straßen in Bockenheim und dem Westend erfolgte jedoch nur für den Teilausschnitt des Katasterplans, den ich im Zuge der segmentalen Lageplan-Analyse untersucht habe.

26 MA R/512 Bd. 2: Beiträge zur Statistik der Stadt Frankfurt am Main. Im Auftrage des Magistrats herausgegeben durch das Statistische Amt, Ergänzungsheft No. 7. Aus den Ergebnissen der Volkszählung vom 1. Dezember 1900. Frankfurt am Main, Ausgegeben im Februar 1903.

ten Unterlagen zum – mitunter schwierigen – Eingemeindungsprozess Bockenheims[27] zeigte sich schließlich das besondere Verhältnis der Frankfurter Selbstverwaltungsgremien zum Westend, das in vielfältiger Weise eine Bevorzugung gegenüber anderen Stadtteilen erfahren hatte. Der auf die beiden Stadtteile Bockenheim und Westend fokussierte Teil der kumulativen Textur Frankfurts verdeutlicht, dass der Ort, an dem das Jügelhaus und weitere Gebäude für wissenschaftliche bzw. für Bildungszwecke entstanden sind, ganz eigene Voraussetzungen mitbrachte, die auf die Bebauung Einfluss nahmen.

Insgesamt resultiert aus der rekonstruierten kumulativen Textur ein mehrfacher Gewinn für die Fragestellung nach den Sinnkonstitutionen für das untersuchte Gebäude. Sie ist eine wichtige Hintergrundfolie bei der Erklärung und Einordnung der im Untersuchungskontext getroffenen Entscheidungen und vollzogenen Handlungen, und ermöglicht in der Zusammenschau mit den weiteren Analyse-Ebenen die Offenlegung dahinterliegender Motivationen und Werthaltungen bzw. einen Einblick in den Frankfurter Wissensvorrat jener Zeit. Es treten die für Frankfurt „typischen" Handlungsmuster in den Vordergrund, die wiederum Rückschlüsse darauf zulassen, an welchen Relevanzen sich die in der Stadt getroffenen bzw. die Stadt selbst betreffenden Entscheidungen orientierten. Im Kontext der weiteren im Rahmen dieser Arbeit zum Einsatz gekommenen Analyseprozeduren nimmt die kumulative Textur einen zentralen Platz ein und ist im Grunde der Referenzbereich, auf den sich alle anderen Schritte immer wieder beziehen: Erst mit ihr wird der rote Faden sichtbar, der sich durch die Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses zieht und sich auch in vielen anderen Bereichen zeigt. Sie verweist auf das im damaligen Frankfurt wirkende Sinngewebe, an dem sich das Handeln in der Stadt bzw. das auf die Stadt bezogene Handeln – und damit auch das Bauen als eine spezifische Form der sozialen Praxis – orientierte. Die Sedimentationen des Sozialen, die sich zur kumulativen Textur einer Stadt zusammensetzen, „schweben" damit nicht über der städtischen Materialität, sondern sind ganz im Gegenteil fest in ihr verankert.

27 Hier habe ich mich ausschließlich auf die Aktenbestände des IfS gestützt, die sowohl Protokolle und Berichte aus Magistratssitzungen sowie Stadtverordnetenversammlungen wie auch eine Vielzahl an Zeitungsartikeln umfassen: MA R/373 Bd. 1-2; Manuskripte S6a/360; StVV 1.317.

2.5 Diskursanalyse

Bevor das Jügelhaus erbaut wurde, hatte man lange und stellenweise sehr intensiv über dieses Vorhaben und dessen Sinnhaftigkeit diskutiert: in der städtischen Selbstverwaltung, dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung, in der Verwaltung der Carl Christian Jügel-Stiftung (als Bauherren), in den Verwaltungsgremien der Senckenbergischen Institute, in der lokalen Presse sowie im Rahmen der Korrespondenz der Stadtverwaltung mit einem äußerst verärgerten Rechtsanwalt, der zu den Vollstreckern des Jügel-Testaments zählte. In den vielfältigen Aussagen über das Bauvorhaben zeigen sich die verschiedenen Positionen und Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen Frankfurts. Sie zeigen sich im Entscheidungsprozess wie auch im Reden über das fertiggestellte Bauwerk. Dieses Reden habe ich im Rahmen einer Diskursanalyse genauer betrachtet, um die unterschiedlichen Standpunkte herauszuarbeiten und um offenzulegen, wie sich die Frankfurter Machtverhältnisse in den Äußerungen über den Bau des Jügelhauses zeigen: Wer konnte sich aus welchen Gründen durchsetzen? Und: Auf welchem Wissen über die Stadt Frankfurt fußten die zum Ausdruck gebrachten Positionen? *Wessen* Wissen war das und *in welcher Form* ist dieses Wissen verfügbar gewesen?

Diskurse sind laut Reiner Keller als Prozesse und Versuche der Sinnzuschreibung und -stabilisierung von hoher gesellschaftlicher Bedeutung (vgl. Keller 2011: 10). In ihnen zeigen und stabilisieren sich Machtverhältnisse bzw. Machtverteilungen. Eine systematische Analyse des Diskurses verweist deshalb nicht nur auf die jeweils vertretenen Positionen und die dahinterstehenden Werte- und Wissenssysteme, sondern auch auf das Machtgefüge, das die Akteurinnen und Akteure innerhalb des Diskurses in ihre jeweiligen Rollen verweist, auf ein bestimmtes Wissen zurückgreift bzw. auf spezifische Weise neues Wissen produziert und damit das soziale Gefüge koordiniert. Wenn also die Debatte rund um die Entscheidung für den Bau des Jügelhauses in den analytischen Blick gerät, geht es um weit mehr, als um die reine Nachzeichnung der Argumentationsstruktur. Herausgestellt werden auch Machtverhältnisse und die Werthaltungen der Beteiligten, die wiederum nicht nur über das Gebäude selbst Aufschluss geben, sondern auch über die Frankfurter Stadtgesellschaft um 1900. Der Entscheidungsprozess, der dazu führte, dass das Jügelhaus zusammen mit weiteren Gebäuden an der Frankfurter Viktoria-Allee (der heutigen Senckenberganlage) erbaut wurde, war – wie sich im Laufe der Recherchen herausstellte – ein von spezifischen Interessen angetriebener Diskurs, in dem sich die Haltungen der Entscheider sowohl zur Stadt Frankfurt selbst als auch zu ihrer (baulichen, wirtschaftlichen sowie sozialen) Entwicklung zeigen bzw. in dem sich bestimmte damals kursierende Werthaltungen spiegeln.

Orientiert an der wissenssoziologisch basierten Diskursanalyse nach Reiner Keller habe ich eine systematische Untersuchung der Argumentationsstränge, der verschiedenen Positionen und der gesellschaftlichen Verortung der Akteure vorgenommen. Die Äußerungen der involvierten Akteure sind unter verschiedenen Aspekten unter die Lupe genommen werden: Welche Werthaltungen bzw. welches Wissen (über die Stadt Frankfurt oder über bestimmte Bedürfnisse innerhalb der Bevölkerung) liegt den jeweils vertretenen Positionen zu Grunde und wie helfen die geäußerten Argumente, bestimmte Positionen zu stabilisieren – oder eben nicht. Besondere Berücksichtigung fand außerdem die soziale Situiertheit der Aussageereignisse, d.h. die Positionen und Relationen von Aussageproduzenten und -rezipienten, das institutionelle Setting, die medialen Kontexte des Erscheinens von Ereignissen und Aussagen sowie die allgemeinen gesellschaftlichen Kontexte, wie ökonomische, wissenschaftliche und/oder soziokulturelle Konjunkturen (vgl. Keller 2011: 100). Berücksichtigt habe ich dabei nicht nur Dokumente, die den Diskurs direkt betreffen, sondern ich habe weitere Informationen, die Aufschluss über die soziale Situiertheit geben, hinzugezogen. Die Aufarbeitung des situativen Kontext ist in meiner Untersuchung allerdings nicht – wie etwa bei Keller – integraler Bestandteil der Diskursanalyse, sondern ein eigener Analysestrang, der in der Erarbeitung der kumulativen Textur zur Stadt Frankfurt um 1900 mündet und die wiederum nicht nur für die diskursive Auseinandersetzung mit dem Jügelhaus, sondern auch bei der Betrachtung der äußeren Gestalt und der stadträumlichen Einbettung des Gebäudes relevant ist (siehe dazu Kapitel 2.4).

Besonders wichtig bei der Analyse des Diskurses rund um die Entstehung des Jügelhauses war für die vorliegende Untersuchung, die sich darin widerspiegelnden Machtverhältnisse herauszuarbeiten. Bei der Verhandlung der Positionen innerhalb von Diskursen geht es immer auch um die Durchsetzung von Wissen und damit um die Durchsetzung spezifischer Interessen. Die am Diskurs Teilnehmenden bringen ihr Wissen und ihre Argumente dabei nicht willkürlich ein, sondern müssen sich – um ihre Standpunkte durchsetzen zu können – an bestimmte Regeln halten: an „Regeln für die (formale) Art und Weise der Aussageproduktion“ sowie an „Signifikationsregeln für die diskursive Konstitution der Bedeutung von Phänomenen“ (Keller 2012: 16). Das heißt: Wer darf wo sprechen und was kann bzw. darf wie gesagt werden? Außerdem hat nicht jedes Gesellschaftsmitglied uneingeschränkten Zugang zum Diskurs, die Berechtigung des Mitwirkens ist voraussetzungsvoll. „In Diskursen produzieren institutionell-organisatorisch bestimmbare (kollektive) Akteure wesentliche Elemente der symbolischen Ordnung einer Gesellschaft: ihr Verständnis der fraglos gegebenen Wirklichkeit, ihre Auffassung von Normalität und Abweichung. Diese diskursive Produktion und Vermittlung von Deutungsangeboten (Wissen) operiert immer in einem konfliktuellen symbolischen Ordnungs- und Wissensgefüge, einem historischen Feld der existierenden

Zeichen/Differenzen. Diskurse organisieren nicht nur die Strukturen des Wissens, sondern auch sich daraus ergebende (Sinn-)Strukturen der sozialen Beziehungen und der *materialen Objektwelt.*“ (Keller 2006: 128, Hervorhebung TE) Mit anderen Worten: Diejenigen sozialen Akteure, die sich in den Debatten um das Jügelhaus durchsetzen konnten, haben einen maßgeblichen Anteil an den Sinnkonstitutionen des daraufhin entstandenen Gebäudes, denn sie haben die sinnkonstituierenden Diskurse um das Gebäude wesentlich geprägt und letztendlich dominiert.

Bei der Untersuchung der Jügelhaus-Debatte stehen hauptsächlich die Akteure der städtischen Selbstverwaltung[28] sowie die Mitglieder der involvierten Stiftungs-Verwaltungen[29] im Vordergrund. Die finale Entscheidung über den Bau des Jügelhauses als neues Heim für die 1901 gegründete und mit dem Neubau um weitere Schwerpunkte erweiterte Akademie für Sozial und Handelswissenschaften haben die Vertreter der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung getroffen. Deshalb habe ich insbesondere für die Mitglieder dieses Gremiums die soziale Herkunft bzw. die Zugehörigkeit zu einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe der Mitglieder recherchiert. Ein besonderes Augenmerk liegt außerdem auf der Art der Argumentation: Welche Gründe brachten die gegnerischen Parteien jeweils aufs Tapet? Auf welche rhetorischen Muster griff man dabei zurück? Zeigt sich in den geäußerten Standpunkten eine besondere Einstellung zur Stadt Frankfurt und wenn ja: inwiefern? Diskurse sind immer Ausdruck gesellschaftlicher Praxis und dienen bestimmten Zwecken, nämlich *Machtwirkungen* auszuüben (vgl. Jäger 2006: 85). Die Analyse unter Berücksichtigung der sozialen Situiertheit des Diskurses, das Nachzeichnen dessen, wie sich in ihm verschiedene (Wert-)Haltungen und Wissensbestände zueinander verhalten und welche Akteure Rederecht hatten und welche Positionen sich in besonderer Weise durchzusetzen vermochten, lassen das Machtgefüge, das in diesem speziellen Fall Frankfurt baulich wie auch gesellschaftlich geformt hat, hervortreten.

Die Datenbasis für die Diskursanalyse bilden unter anderem zahlreiche Akten der städtischen Selbstverwaltungsgremien: Protokolle von Magistratssitzung und Stadtverordnetenversammlungen, Schriftwechsel, Aktennotizen. Außerdem habe ich die Dokumente aus den Beständen der Dr. Senckenbergischen Stiftung hinzugezogen, die über den Entscheidungsprozess rund um das Jügelhaus aufschlussreiche Informationen liefern. Weiterhin haben die Denkschrift des damaligen Oberbürgermeisters Franz Adickes zu der Vision, in Frankfurt eine Universität zu eröffnen, Adickes Memoiren sowie die Schrift eines anonymen Verfassers aus Frankfurt, der den Entscheidungsprozess für die Errichtung des Gebäudes retrospektiv betrachtet, Berücksichtigung gefunden.

28 Magistrat und Stadtverordnetenversammlung.
29 Verwaltungen der Carl Christian Jügel-Stiftung und der Dr. Senckenbergischen Stiftung.

Anhand dieser Dokumente habe ich über eine Diskursanalyse rekonstruiert, welches Machtgefüge und welche Interessen für die Entscheidung zum Bau des Jügelhauses als Heim der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften zum Tragen gekommen sind, d.h. welche Machtwirkungen sich hier entfalten konnten. Die parallel zur Diskursanalyse erarbeitete kumulative Textur ist dabei für ein tieferes Verständnis der getroffenen Entscheidungen innerhalb des Diskurses rund um das Jügelhaus eine wichtige Ergänzung und Orientierungshilfe. Erst mit ihr werden die typischen Werthaltungen und Orientierungen des Bürgertums – als der mit Abstand mächtigsten sozialen Gruppe der Stadt – vor allem auch mit Blick auf die (Weiter-)Entwicklung Frankfurts deutlich. Die weiteren Analysestränge – die segmentale Lageplan-Analyse und die Einordnung der architektonischen Umsetzung – lassen schließlich hervortreten, ob und wie sich dieses Machtgefüge auch an der äußeren Hülle des Gebäudes und an der stadtgeografischen Lage „ablesen“ lässt.

2.6
Segmentale Lageplan-Analyse

Der Kataster-bzw. Lageplan mit dem Geländeausschnitt, auf dem das Wissenschaftszentrum mit dem Jügelhaus Anfang des 20. Jahrhunderts an der Viktoria-Allee entstand, steckt voller aufschlussreicher Informationen, die sich sehr hilfreich sowohl für die Analyse des städtischen Umfelds als auch (daraus resultierend) für die Untersuchung der Bedeutung des betrachteten Gebäudes erwiesen haben. Um diese Informationen systematisch zu erschließen, d.h., um meine Kognitionsprozesse systematisch zu regulieren, habe ich mich von Roswitha Breckners „visueller Segmentanalyse“ anregen lassen und zu einer eigenen Konzeption gefunden, die ich „segmentale Lageplan-Analyse“ nenne. Diese Art der Untersuchung hat es mir ermöglicht, sensibel zu sein für Irritationen, räumliche Besonderheiten und auffallende Unstimmigkeiten und nicht durch zu viel Vorwissen zu vieles als selbstverständlich hinzunehmen. Da im Lageplan nicht alle Informationen enthalten sind, die ich für eine Einschätzung der baulichen Situation der unmittelbaren Jügelhaus-Umgebung benötigte, habe ich ergänzend Informationen aus dem Frankfurter Adressbuch von 1908, in dem Eigentümer und Mieter der Liegenschaften bzw. Wohnungen und gewerblichen Anlagen aufgeführt sind, hinzugezogen sowie Literatur und Bildbände mit historischen Aufnahmen der Stadtteile Bockenheim und Westend. Auch Akten aus dem Institut für Stadtgeschichte konnten erhellendes Material liefern. Die Auswahl der Texte wurde dabei geleitet von den ersten Durchläufen meiner segmentalen Lageplan-Analyse. Gesucht habe ich nach Material, das

dazu beitragen kann, aufgekommene Unklarheiten zu erhellen, und das es mir verständlich macht, was „passiert“, wenn zwei so unterschiedliche Quartiere wie das Westend und Bockenheim aufeinandertreffen. Auf diese Weise war es mir möglich, einerseits umfassende Informationen über das das räumliche, bauliche und soziale Umfeld des Jügelhauses zu sammeln und andererseits weitere Fragen bzw. Annahmen über das Gebäude aufzuwerfen, die sowohl die Auswertung der Diskurse über das Gebäude, die weitere Textauswahl als auch die weitere Hypothesen-Generierung beeinflussten.

Ausgangspunkt meiner systematischen Untersuchung des Lageplans, d.h. des Katasterplan-Ausschnitts rund um das Wissenschaftszentrum aus dem Jahr 1908, ist meine Auffassung des Plans als eine besondere Form des Bildes. Gemäß der Definition von Roswitha Breckner entsteht ein Bild, „wenn ein räumlich, akustisch, taktil und in der Regel synästethisch wahrgenommenes sowie ein vorgestelltes Phänomen (ein ›etwas‹) auf einer Fläche mittels Linien, Farben, Formen, Konstellationen und Kontrasten verschiedener Art dargestellt wird respektive sich zeigt oder überhaupt erst als sichtbares entsteht.“ Wenn man Bilder betrachtet, dann „*sieht* man in ihnen Gegenstände, Sachverhalte, Ideen, Vorstellungen und [...] erzeugt diese als *sichtbare*.“ (Breckner 2012: 147, Hervorhebung im Original) Bilder sind auf Sichtbarkeit ausgerichtete Symbolisierungsprozesse. Dieser Definition wird ein Lageplan sicherlich gerecht. Etwas anders sieht es jedoch aus, wenn es um die „Lesbarkeit“ bzw. die Wahrnehmung dessen geht, was auf dem Lageplan dargestellt ist. Hier unterscheidet sich der Lageplan doch sehr von dem, wovon Breckner bei der Bildwahrnehmung und -interpretation ausgeht. Bei einer Bildanalyse muss es Breckner zufolge u.a. darum gehen, die „sehr komplexen symbolischen Verflechtungszusammenhänge“ (ebd.) zu rekonstruieren und sprachlich zu fassen, also in ein anderes Medium zu übersetzen. Die Schwierigkeit sei dabei, dass auf Bildern im Gegensatz zur Sprache die Anordnung der bildlichen Elemente, die ganz spezifische Wahrnehmungs- und Bedeutungsprozesse auslösen, *nicht* nach grammatikalischen Gesetzmäßigkeiten angeordnet sind und es nicht möglich sei, in einem Bildlexikon den Sinngehalt der bedeutungstragenden Elemente nachzuschlagen (vgl. ebd.: 148). Betrachtet man den Lageplan als eine spezifische Form des Bildes, muss dem Einwand, es gebe so etwas wie eine „Bildgrammatik“ nicht, widersprochen werden. Die Kartografie ist ganz im Gegenteil eine hoch konventionalisierte grafische Dokumentation räumlicher Sachverhalte (wie z.B. Gebäude, Verkehrswege, Freiflächen, Grünanlagen etc.) auf Plänen nach festgelegten Regeln, die tatsächlich nachgeschlagen werden können (und auch sollten, da es sich sogar um gesetzliche Vorgaben handelt)[30]. Im Gegensatz zur abstrakten Malerei

30 Für die Erstellung von Bauleitplänen gilt z.B. die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90).

etwa als eine nicht gegenstandsbezogene Darstellungsweise, bei der Linien, Farben, Formen und Kontraste ohne die Absicht zum Einsatz kommen, etwas Gegenständliches abzubilden, sind auf Plänen die Gestaltungselemente so einzusetzen, dass sie von fachkundigen Rezipienten/-innen *eindeutig* als das erkannt werden können, was sie symbolisieren: Planzeichen sind lexikalisch definierte Elemente, die keinen Interpretationsspielraum zulassen (sollen bzw. dürfen). Es werden also *bewusst* bestimmte, fest definierte, grafische Symbolisierungen verwendet, die von den Rezipienten/-innen *ähnlich wie Schriftzeichen* gelesen werden können.

Die Bedeutungsrelation eines Bildes erwächst – und hier lasse ich wieder Roswitha Breckner sprechen – aus einer Triade bestehend aus der „Darstellung (das, was auf dem Bild zu sehen ist), dem Dargestellten (worauf sich die Darstellung bezieht) und einer Betrachtungsinstanz in Form verschiedener sozialer Entitäten (Individuum, Gruppe, Milieu, Kollektiv), die erst eine Verbindung zwischen Darstellung und Dargestelltem herstellen." (ebd.: 148) Und so werden auch die auf dem Plan erkannten Zeichen als bildlich gestaltete Sachverhalte übersetzt in „Straße", „Gebäude", „Park", „Flurstücks-Grenze" und so weiter. Sowohl bei der Erstellung eines Katasterplans wie auch bei dessen Betrachtung sind bestimmte Kenntnisse, ein bestimmtes Wissen der Darstellungskonventionen und der Zeichenbedeutungen erforderlich. „Eingewiesene" Planleser/-innen können außerdem an den als „Gebäude" identifizierten Planzeichen, an ihrer Planimetrie und Grundrissform erkennen oder zumindest erahnen, um welche Art der Nutzung es sich handelt. Bei Bebauungsplänen ist sogar dargestellt, ob es sich um ein Wohngebiet, ein gewerblich und/oder industriell oder ein gemischt genutztes Gebiet handelt, sodass es nicht sehr schwierig ist, Gebäudenutzungen festzustellen. In den mir vorliegenden Katasterplänen[31] ist das allerdings nicht der Fall. Für die eindeutige Bestimmung der Gebäudenutzung waren Zusatzinformationen erforderlich, die nicht im Plan selbst dargestellt sind. Doch dazu an anderer Stelle mehr.

Breckner weist darauf hin, dass Bilder sowohl simultan als auch sukzessive wahrgenommen werden: „simultan, weil ihre Elemente – im Unterschied zu sprachlichen Texten – in ihren spezifischen Bedeutungsrelationen gleichzeitig präsent sind, und sukzessive, weil die Wahrnehmung als Prozess verläuft, in dem Bildbestandteile nacheinander fokussiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden." (ebd.: 148f.) Aufgrund dieser sowohl simultanen wie auch sukzessiven Wahrnehmung schlägt Breckner vor, Bilder in Segmente aufzuteilen, die wiederum zu anderen Bildsegmenten in Bedeutungsbeziehung treten. Allerdings sei es bei Bildern oftmals kaum möglich, diese Segmente zu bestimmen, da sie erst in einem konkreten Gestaltungszusammenhang heraus erkennbar und damit an eine

31 Kartensammlung S8-2T/6H, 1908; S8-2T/6J, 1907.

konkrete Bildgestalt gebunden sind, die nicht immer zulässt, eindeutige Abgrenzungen einzelner Bedeutungselemente vorzunehmen (vgl. ebd.: 148). Bezüglich einer Segmentierung des Katasterplans gibt es demgegenüber kaum Probleme. Die Sinneinheiten können durch die Art der Bebauung definiert werden: Flächen mit einer homogenen Bebauung oder mit einer spezifischen Gebäudestruktur, die sich von anderen Planbereichen abhebt, sowie Freiflächen bilden die Sinneinheiten für die Auswertung. Diese stehen – so wie Breckners Bildsegmente – miteinander in Bedeutungsbeziehungen und geben Aufschluss über die dargestellte räumliche Situation. Gerade hier kommen wir erneut an den Punkt, an dem sich Pläne von Bildern eklatant unterscheiden: Pläne haben – wie bereits ausgeführt – im Gegensatz zu Bildern keine Interpretationsspielräume hinsichtlich dessen, was sie darstellen bzw. wofür sie stehen, was sie symbolisieren. Aber sie sagen viel aus über das Dargestellte, geben Informationen über den Raum, der auf ihnen dargestellt ist, Informationen über räumliche Bezüge und in Ansätzen sogar – sofern man in der Lage ist einen Plan zu lesen – auch über die atmosphärischen Qualitäten des Raums. Gebäudeabstände, die Relation von bebauter zu unbebauter Fläche, Gebäudehöhen und Geschosszahlen (sofern angegeben), Straßenbreiten und Begrünungsflächen lassen bei geübten Betrachterinnen und Betrachtern eine Ahnung davon aufkommen, wie es sich wohl „anfühlt“, sich tatsächlich körperlich-leiblich in dieser Raumsituation wiederzufinden. Das Gesehene wird in diesem Fall in Beziehung gesetzt mit der körperlich-leiblichen Erfahrung aus der Vergangenheit bzw. mit der Erinnerung daran.

Für die Analyse von Lageplanen heißt das, dass die Plansegmente zwar durchaus in ihren Bedeutungsrelationen untersucht werden können, aber *nicht*, um den Bedeutungsgehalt des Plans selbst zu erfassen, sondern vielmehr den *des Dargestellten*. An dieser Stelle scheiden sich endgültig meine Wege von denen Breckners. Diese schlägt für ihre visuelle Segmentanalyse vor, das *Wie* der Bildwahrnehmung festzuhalten: Was wird zuerst wahrgenommen? Was erst nach und nach? Welche Blickbewegung wird vollzogen? Ist sie „wandernd“ oder „springend“? Breckner schlägt vor, diese erste Wahrnehmung des Bildes zeichnerisch ganz einfach mittels Umkringelungen und der Nummerierung dieser Einkreisungen zu dokumentieren (vgl. ebd.: 152). Daran schließt sich eine Beschreibung des Wahrnehmungsprozesses und der ersten Eindrücke, „worum es in dem Bild geht“ an, und kann sich „aller sprachlichen Möglichkeiten bedienen, affektive oder gar leibliche, kognitive, synästhetische und alle anderen Wahrnehmungsgehalte zum Ausdruck bringen.“ (ebd.: 153) „Worum es in dem Plan geht“ muss für mein Erkenntnisinteresse jedoch nicht erst erschlossen werden. Der Plan dient in meinem Fall vor allem der Informationsgewinnung über den Standort und über das räumliche Gefüge rund um das Jügelhaus. Es bedeutet für meine Zwecke keinen Informationsgewinn,

wenn ich mich damit befasse, welchen tiefer liegenden Sinn es hat, dass für bestimmte Bebauungen Schraffuren verwendet werden oder eben nicht und welche Art Diskurs dem wohl vorausgegangen sein muss, dass es genau zu dieser Art der Symbolisierung gekommen ist. An diesem Punkt hat sich für mich die Frage gestellt, wie man das auf dem Plan Dargestellte derart systematisch erfassen kann, dass das Gesehene nicht als selbstverständlich betrachtet und eine Art unvoreingenommene Distanz künstlich hergestellt wird, um eine Sensibilität auch für weniger auffällige Besonderheiten herzustellen.

Bei Texten funktioniert eine Analyse der einzelnen Segmente in der Regel sequentiell: Zunächst wird entsprechend der Textgestalt und der jeweiligen Fragestellung der Text nach bestimmten, festgelegten Kriterien in Segmente zerteilt. Diese Segmente werden dann nacheinander Schritt für Schritt analysiert und zwar in einer Weise, die die Loslösung von der Textstruktur nicht zulässt und weder den inneren noch den äußeren Kontext expliziert (vgl. Reichertz 2003: 517): Informationen, die erst in nachfolgenden Segmenten Erwähnung finden wie auch solche, die außerhalb des Textes stehen (z.B. Hintergrundwissen über die Entstehung des Textes), dürfen bei der Deutung nicht berücksichtigt werden. Es erfolgt eine sequenzielle Aufschichtung der Bedeutungen. Bedeutungsalternativen werden dabei sukzessive ausgeschlossen (vgl. Flick 1995). Ein prominentes Beispiel für sequenzielle Auswertungsverfahren ist die objektive Hermeneutik, bei der jedoch auch andere Varianten der Textauslegung Anwendungen finden (vgl. Reichertz 2003: 517).

Für die Lageplan-Analyse erfolgten mehrere segmentale Durchläufe, mit unterschiedlichen, d.h. variierenden Randbedingungen. Segmental heißt dabei, dass der Plan in sinnhaft abgetrennte Segmente zerteilt, die einzelnen Segmente schrittweise ergänzt und die jeweilige Zusammenstellung der Segmente deutend betrachtet wurde. Sinnhaft abgetrennte Segmente heißt: Baublöcke, die sich in der baulichen Struktur sehr ähnlich sind, bilden diese Segmente. Der Grenzverlauf der Segmente entspricht in aller Regel den Verlauf von Straßen und/oder Grünanlagen. Die verschiedenen Segmente habe ich nach dem Prinzip der maximalen und der minimalen Kontrastierung schrittweise ergänzt, weiterhin gibt es zwei grundsätzliche Variationen bei der Zusammenstellung der Segmente: Bei einer Variante stellt das Wissenschaftszentrum die „zentrale“ Sinneinheit im Mittelpunkt des Plans dar (es ist also in der Zusammenstellung immer zu sehen); in der weiteren Variante wird genau dieses Plansegment gezielt herausgelassen und fehlt komplett. Bei der ersten Variante stand die Frage im Fokus, *welches Umfeld* man für das an dieser Stelle stehende Ensemble annehmen, bei der zweiten die Frage, *welche Art von Gebäude(n)* man beim gegebenen baulichen Umfeld an genau dieser Stelle erwarten würde. Diese Fragestellungen verhinderten, das Gesehene als selbstverständlich Vorhandenes zu betrachten.

Der Analysedurchlauf ausgehend mit dem Plansegment „Wissenschaftszentrum“ als zentraler Sinneinheit hatte zum Ziel, einerseits Überlegungen darüber anzustellen, welches bauliche Umfeld „passend“ für diese Art von Gebäude erscheinen bzw. erwartet werden könnte und andererseits zu betrachten, wie sich die bauliche Realität dazu verhält, um vorhandene Brüche, Diskrepanzen und Auffälligkeiten aufzuspüren. Dabei habe ich schrittweise Plansegment für Plansegment ergänzt und für jede Sequenz meine Eindrücke schriftlich dokumentiert. Meine Vorgehensweise war hier jedoch nicht wie bei einem Text, der die Struktur und Reihenfolge der Sequenzen vorgibt, von oben nach unten, oder etwa, um es auf die Gegebenheiten eines Plans zu übertragen, von z.B. links oben im Plan im Uhrzeigersinn Sinneinheit für Sinneinheit. Ich habe vielmehr räumliche Sequenzen untersucht, die ich nach den Maßgaben der minimalen und der maximalen Kontrastierung zusammengestellt habe. Das heißt, ich habe einerseits Sinneinheiten mit möglichst geringen bzw. fast gar keinen Unterschieden schrittweise ergänzt, und andererseits solche, die sich sehr deutlich voneinander unterschieden haben. Eine sequenzielle Vorgehensweise, die den zeitlichen Aspekt außenvorlässt, war insofern unbedenklich für mich, als dass ich mich nicht für die chronologischen Abläufe des baulichen Umfelds rund um das Wissenschaftszentrum kümmerte, wenngleich diese für meine Fragestellung sicherlich interessante Informationen hätten zu Tage treten lassen. Eine derartige Analyse wäre allerdings mit einem enormen zusätzlichen Aufwand verbunden, so dass ich von der Berücksichtigung zeitlicher Abfolgen für meine Planauswertung absah. Die Betrachtung allein räumlicher Sequenzen stellte sich für meine Zwecke als ausreichend aufschlussreich heraus.

In den Analysedurchläufen ohne die „zentrale“ Sinneinheit, also mit Auslassung des Plansegments „Wissenschaftszentrum“, bin ich nach dem gleichen Prinzip vorgegangen, dieses Mal allerdings mit der Überlegung, welche Art von Gebäude ich an dieser Stelle eigentlich erwarten würde. Auch hier hatte ich ein besonderes Augenmerk darauf, ob es Diskrepanzen gibt zwischen dem, was an dieser Stelle vorgefunden werden *könnte* und dem, was dort *tatsächlich* vorzufinden war. Da der Lageplan (fast) keine Informationen über die Gebäudenutzungen und die Gebäudehöhen beinhaltet, habe ich in weiteren Schritten für beide Perspektiven der segmentalen Vorgehensweise (mit und ohne das Gebäudeensemble) außerdem über das Adressbuch von 1908 die Nutzungen, die Eigentums- und Vermietungsverhältnisse in Erfahrung gebracht, um meine Deutungen zu prüfen bzw. Gewissheit über die damalige reale Situation des baulichen Umfelds zu erhalten. Außerdem bekam ich durch die zeitgenössischen Fotografien einen Eindruck über die Art der Gebäude: waren sie repräsentativ oder eher „einfach“, in gutem oder schlechtem baulichen Zustand, groß, klein, hoch, niedrig?

Bei dieser Art der Planinterpretation ergeben sich viele alternative Möglichkeiten in den Vorstellungen über das zu erwartende bauliche Umfeld des Gebäudes aber auch in Bezug auf das, was an dieser Stelle gebaut werden könnte, die teilweise in deutlichem Gegensatz zu dem standen, was dort tatsächlich vorzufinden war. Dies variiert außerdem stark danach, ob ich nun die Plansegmente, die für Bockenheim stehen, ergänze oder die für das Westend: Während bezüglich des baulichen Umfelds das Wissenschaftszentrum mit den Bockenheim-Plansegmenten wie ein Fremdkörper neben dem sehr dichten Mischgebiet wirkt, so trifft für das Westend das ganze Gegenteil zu: Es treten keine auffälligen Unstimmigkeiten auf, wenn man nur die Westend-Segmente einblendet. Beim Gedankenspiel, welche Art von Gebäude man an jener Stelle erwarten würde, wenn nur die Westend-Plansegmente zu sehen sind, scheint eine repräsentative Architektur als sehr wahrscheinlich, der Eindruck wird damit also bestätigt. Bei der Ausblendung dieser Segmente und dem Einblenden ausschließlich der Bockenheim-Segmente kommt man wiederum zu einem anderen Ergebnis: Hier würde man schon eher eine entweder ähnlich dichte Bebauung erwarten, wie im restlichen Quartier oder Fertigungs- oder Lagerhallen industrieller Betriebe. Diese Widersprüche sind auch im Gesamtplan zu erkennen, treten aber durch die Segmentierung und sequentielle Vorgehensweise sehr viel deutlicher hervor.
Mit dieser Art der Analyse ist zunächst eine umfangreiche Textproduktion verbunden. Für jede Sequenz, d.h. jede Variante der zuvor sinnhaft abgetrennten und schließlich wieder auf spezifische Weise zusammengeführten Segmente und die damit verbundenen Erkenntnisse und Assoziationen wurden verschriftlicht. Das heißt, dass ich sowohl das, was man in den jeweils zusammengestellten Sequenzen sieht, in eine Textform gebracht habe, als auch das, was man hinsichtlich der ausgeblendeten Segmente erwarten würde bzw. könnte sowie die damit verbundenen Diskrepanzen zur (Plan-)Realität. Die teilweise merklichen Unstimmigkeiten zwischen dem (möglichen) Erwartbaren und der gebauten Realität ließen einerseits die Eigenarten dieses Ortes hervortreten, andererseits kamen mit diesen Diskrepanzen wieder neue Fragestellungen auf.

Zu den Erkenntnissen aus der Plananalyse zählt u.a., dass das Wissenschaftszentrum derart an der Grenze zwischen zwei baulich sehr unterschiedlichen Quartieren platziert wurde, dass es als eine Art „Puffer“ dazwischen gelesen werden kann. Es wird durch eine breite, repräsentativ angelegte Straße vom ebenso repräsentativen Westend getrennt und steht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Industriestandort Bockenheim, für das man repräsentative öffentliche Gebäude dieser Art und auch dieser Größe nicht erwarten würde. Die repräsentativste Seite des Ensembles richtet sich daher auch gen Viktoria-Allee und Westend-Villenbebauung, nach Bockenheim hin finden sich die am wenigsten repräsentativen Gebäuderückseiten bzw. die schmalen Gebäudeseiten von Jügelhaus und Physikali-

schem Verein. Daraus ergeben sich neue Fragen, wie z.B.: Wollte man sich mit der Abkehr der repräsentativen Seite von Bockenheim auf einer symbolischen Ebene vom Arbeiter-Bockenheim abgrenzen? Warum hat man nicht versucht, durch Eingänge auch von Bockenheimer Seite aus, eine zwischen den beiden Stadtteilen vermittelnde Wirkung zu erzielen? Es haben sich aus den Erkenntnissen der Plananalyse noch zahlreiche weitere Fragen für meine Untersuchung ergeben. Bestehende Hypothesen sind vertieft worden und andere sind neu aufgekommen. So z.B. die aus den eben genannten Fragen erwachsenen Überlegungen darüber, ob das Wissenschaftszentrum inklusive Jügelhaus für die beiden sehr unterschiedlichen Stadtteile eine verbindende Funktion hatte oder ob es vor allem das des großbürgerliche „Anspruchsgebiet" des Westends erweiterte und eher als Grenzmarkierung fungierte.

Ohne das Wissen über die sozialen und politischen Strukturen innerhalb der Stadt Frankfurt ist diese Frage nicht zu beantworten. Ebenso wenig wie die Frage, wie ein Ensemble öffentlicher Bauten an genau dieser Stelle funktionieren kann. Der ehemals freie Geländestreifen zwischen Bockenheim und Westend zählte zur Peripherie der Stadt: an dieser Stelle Bildungseinrichtungen zu erbauen und auch noch die Senckenbergischen Institute – Physikalischer Verein, Naturkundemuseum und Senckenbergische Bibliothek – aus dem Stadtzentrum dorthin zu verlegen ist angesichts der Tatsache, dass man damals Einrichtungen dieser Art üblicherweise eigentlich so zentral wie möglich ansiedelte, erklärungsbedürftig. Hier stellt sich wiederum die Frage, welche Rolle dieses eher ungewöhnliche Umfeld für derartige Einrichtungen bei der sozialen Bedeutung der Gebäude bzw. des Jügelhauses spielte bzw. umgekehrt: Hat sich mit Errichtung des Wissenschaftsensembles etwas für diesen Teil der Stadt verändert, und wenn ja: was?

Die segmentale Plananalyse hat mir ermöglicht, in kritische Distanz zum Standort zu treten und das Gesehene auf Besonderheiten und Auffälligkeiten, die aufschlussreich für die Untersuchung sind, zu überprüfen bzw. diese überhaupt erst herauszustellen. Mit ihr bzw. aus den ihr erwachsenen Fragen zeigt sich deutlich, dass bei der Untersuchung der sozialen Bedeutung des Jügelhauses – und vermutlich auch der Bedeutung von anderen Bauten in anderen Städten – die Stadt *sowohl* als physisch-materieller *als auch* als sozialer Kontext bedeutsam ist. Für sich alleine stehend kann diese Analyseprozedur, die sich ausschließlich auf die räumlich-materiellen Aspekte bezieht, die aufkommenden Fragen allerdings nicht beantworten. Wie bereits weiter vorne beschrieben, habe ich deshalb die kumulative Textur für die Stadt Frankfurt genau an den Stellen erweitert bzw. vertieft, an der die genannten Fragen ansetzen und die Ortsgeschichte Bockenheims und des Westends genauer betrachtet, um die ortsbezogenen sozialen Aspekte in die Untersuchung mit einbeziehen zu können.

Abbildung 4: Lageplan-Analyse OHNE das Segment mit dem Wissenschaftszentrum. Dargestellt sind mehrere Beispiele für unterschiedlich zusammengestellte Plansegmente, die ich jeweils daraufhin befragt habe, was an der Leerstelle, an der das Wissenschaftszentrum das entstand, eigentlich zu erwarten gewesen sein könnte.

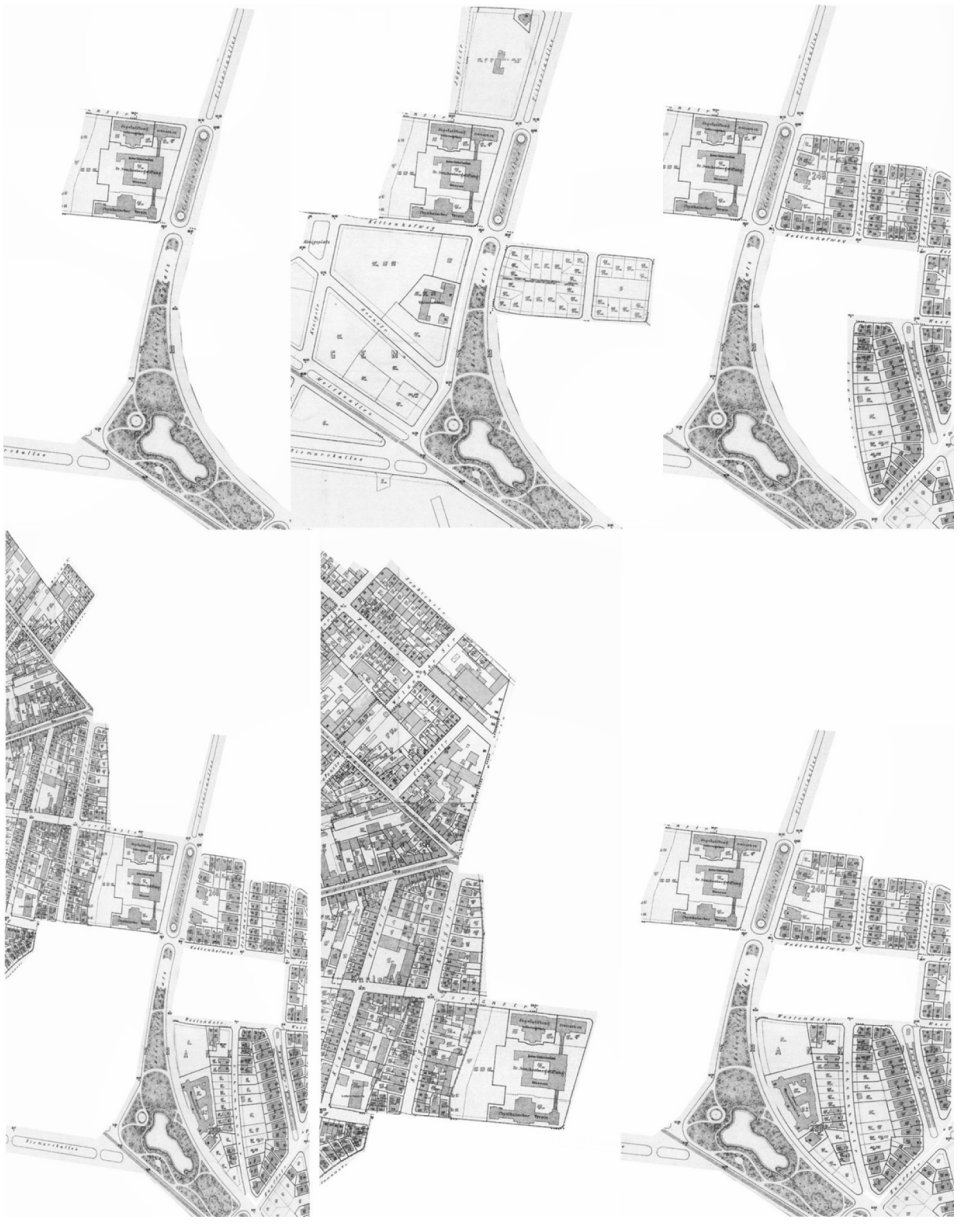


Abbildung 5: Lageplan-Analyse MIT dem Segment, auf dem das Wissenschaftszentrum liegt. Dargestellt sind mehrere Beispiele für unterschiedlich zusammengestellte Plansegmente, die ich jeweils daraufhin befragt habe, wie eine „passende“ Umgebung des Wissenschaftszentrums aussehen könnte.

2.7
Einordnung der architektonischen Umsetzung

Um das Verhältnis eines Gebäudes zu seinem räumlichen und sozialen Umfeld und damit seine soziale Bedeutung greifbar machen zu können, ist einerseits die Betrachtung des besagten Umfelds sowohl in Bezug auf die materiellen als auch auf die gesellschaftlichen Aspekte erforderlich, es muss aber ebenso die Gestalt des Gebäudes und seine Materialität selbst in den Blick rücken: Mit ihr sind die sozialen Akteure bzw. die Nutzerinnen permanent konfrontiert. Es ist nicht gleichgültig, für welche Materialien man sich beim Bau entscheidet, für welche Geschosshöhen, für welche Art der Fassade und welche Art der Innenraumaufteilung. Die Zuordnung bestimmter Formen und Materialien zu einer bestimmten Gebäudefunktion ist ein spezifisches, kulturell vermitteltes Wissen. Das bedeutet, dass die jeweilige Zusammenstellung baulicher Parameter zu bestimmten Einordnungen seitens der Rezipientinnen und Rezipienten führt. Diese können unter anderem feststellen, ohne dabei sofort ästhetische Urteile fällen zu müssen, ob Gebäudegestaltung und -funktion miteinander in Einklang gebracht worden sind. Die Regeln, was hier „stimmig" erscheint und was nicht, sind nicht allein den Bauherren und Architektinnen bekannt, sondern fest verankert im Wissensvorrat der jeweiligen Gesellschaft.

Die Gestaltung eines Bauwerks (Gebäudedimensionen, die Anordnung der Gebäudeöffnungen, die Raumaufteilungen, die Wahl der Materialien etc.) löst bei den Rezipienten bzw. Nutzerinnen das Empfinden einer je spezifischen Gebäudeatmosphäre aus – auch aufgrund der Tatsache, dass mit bestimmten Formgebungen und Materialien bestimmte Wissensgehalte verbunden sind. Aufgrund der Einbettung des Gebäudes in ein bestimmtes Umfeld ist die atmosphärische Wirkung außerdem nicht allein auf das Gebäude beschränkt: Es bleibt nicht unbemerkt, ob es sich umstandslos in sein Umfeld einfügt (in einer Siedlung mit weißen Flachdachbungalows fällt ein weiterer weißer Bungalow dieser Art nicht auf) oder ob es „störend" oder auffällig wirkt (ein mehrgeschossiges rotes Haus mit Satteldach würde in der beschriebenen Siedlung extrem auffallen). Das Sich-Einfügen und Anpassen eines Gebäudes an das bauliche Umfeld hat andere Effekte als ein deutlicher Bruch mit dem Vorzufindenden, der Irritation auslösen kann und vielleicht auch soll. Die Effekte auf die räumlich veränderte Atmosphäre können wiederum Auswirkungen auf das soziale Umfeld haben: Ein repräsentativ angelegtes Villenviertel erleidet Einbußen in seiner Exklusivität, wenn in seiner Mitte zum Beispiel Mehrfamilienhäuser für sozial Schwache gebaut würden. Die wohlhabende Bewohnerschaft wird dann womöglich in Betracht ziehen, andere Orte zum Residieren zu suchen.

Die Gestaltung eines Gebäudes und wie es in sein Umfeld eingebettet ist, ob es sich stilistisch und funktional einfügt oder nicht, ist für seine Sinnkonstitutionen bedeutsam. Will man die konkrete Architektur eines Gebäudes einer soziologischen Analyse unterziehen, stellt sich die Frage, ob und wie das ohne eine architekturtheoretische/-geschichtliche bzw. kunsthistorische Expertise, d.h. ohne ein grundlegendes Wissen um die Wirkung bestimmter (Raum- und Architektur-)Symboliken möglich ist. Der von mir eingeschlagene Weg muss Architektinnen wie Kunsthistoriker vermutlich in weiten Teilen unbefriedigt lassen. Das bauliche Detail sowie eine ästhetische Bewertung der Baugestalt bzw. Aussagen über die ästhetische „Qualität" habe ich in meinen Betrachtungen vernachlässigt. Dennoch setzte ich mich mit der Ästhetik des Gebäudes auseinander, die ich als ein Ausdrucksmittel der Gesellschaft zum Zeitpunkt seiner Errichtung verstehe. Die für eine Architektur gewählte Formensprache ist zugleich Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse, in welchen das Gebäude entsteht, und verweist mitunter auf soziale Hierarchien und Machtverhältnisse (vgl. Elias und Bourdieu). Den unterschiedlichen sozialen Gruppen liegen unterschiedliche ökonomische wie auch soziale, kulturelle und politische Ressourcen zur Verfügung, die allesamt in das gebaute Endergebnis mit hineinspielen. Der Möglichkeitsraum baulicher Ausdrucksweisen steht weiterhin in direkter Abhängigkeit zu den zur Verfügung stehenden (ökonomischen, sozialen, politischen und kulturellen) Ressourcen.

Ob die Gestaltung des untersuchten Gebäudes aus *heutiger* Sicht als „künstlerisch wertvoll" eingeordnet werden kann, findet in der vorliegenden Untersuchung keine Berücksichtigung. Wenn ich mich nachfolgend mit der Ästhetik eines Bauwerks und dessen Bewertung befasse, dann immer mit Rückgriff auf die zeitgenössischen Urteile, die sich als insofern aufschlussreich erweisen, als dass zustimmende oder ablehnende Haltungen, die sich in diesen Urteilen spiegeln, Auskunft über die geschmacklichen Präferenzen bestimmter sozialer Gruppen jener Zeit geben und damit auch über deren Haltungen und Werte bzw. Sinn- und Wissensstrukturen. Die Architektur-Analyse war aufgrund des Einbeziehens zeitgenössischer Wertungen deshalb zu großen Teilen eine Textanalyse und keine Auseinandersetzung ausschließlich mit dem konkret Gebauten. Wertvolle Orientierungshilfen und Anregungen, habe ich weiterhin aus der Literatur „fremder" Disziplinen erhalten, nämlich der Architekturtheorie und der Kunstgeschichte, in der man sich auf systematische Weise mit Gebäuden und ihrer Aussagekraft auseinandersetzt.[32] Um an Informationen über das *damalige* Wissen zur baulichen Gestaltung heranzukommen, waren diese Quellen unverzichtbar.

32 Quellen aus der Architekturtheorie: Benevolo (2000), Durth/Siegel (2009), Posener (1979), Schöttker (2011); Quellen aus der Kunstgeschichte: Grote (1974), Hansen (2001), Haiko (1998), Hoffmann (2000), Hofmann (1974), Krause/Laudel/Nerdinger (2001), Landwehr (2003, 2012), Nägelke (2000).

Die Einordnung des Baustils, in dem das Jügelhaus wie auch die übrigen Bauten des Wissenschaftszentrums errichtet wurden, habe ich nicht selbst vorgenommen, sondern der Literatur über die Gebäude entnommen. Von dieser durch die Fachliteratur angeleiteten Einordnung ausgehend bin ich zu einem generellen Nachdenken über den Historismus in der Architektur jener Zeit und seine damalige gesellschaftliche Bedeutung gekommen. Während in älteren kunsthistorischen Betrachtungen der Historismus oftmals als „falscher Fassadenzauber" abgekanzelt wird, da sie allein die ästhetische Beurteilung der Gestalt in den Vordergrund stellen und die Verbindung der gewählten Formensprachen mit den damaligen gesellschaftlichen Werten und Herausforderungen dieser Zeit vernachlässigen, bringen neuere Untersuchungen und Ausarbeitungen diese Stilepoche deutlich stärker mit den gesellschaftlichen Entwicklungen jener Zeit in Verbindung. Dabei kommen letztere zu der Erkenntnis, dass das damalige eklektizistische Entwerfen weit mehr war, als schiere Rückwärtsgewandtheit, Einfallslosigkeit und reines „Blenden-Wollen" (vgl. Landwehr 2012). Für die vorliegende Untersuchung haben diese Betrachtungsweisen wertvolle Impulse gegeben.

Als Soziologin kann ich keine kunstwissenschaftliche ikonographische Analyse leisten, deshalb steht bei den nachfolgenden Architekturbetrachtungen ausschließlich die Frage nach der gesellschaftlichen Funktion dieser Orientierung an historischen Formen im Vordergrund. Eine weitverbreitete Erklärung für den damaligen Rückgriff auf vergangene Stilepochen ist unter anderem die, dass man in einer Zeit voller Umbrüche und schnell ablaufender Veränderungen auf der Suche nach Beständigkeit gewesen sei. Mit dem Rückgriff auf alte und damit in gewisser Weise auch vertraute Formen habe man sich gerade auch im städtischen Raum, der am Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund von Bevölkerungsexplosion, Zuwanderung und Industrialisierung völlig aus den Fugen zu geraten drohte, eine Atmosphäre des Bekannten, der Wertigkeit und des Verweises auf Beständigkeit geschaffen. Der Historismus fungiert in dieser Perspektive als Instrument gesellschaftlicher Stabilisierung auf der Schnellspur in eine Zukunft voller Ungewissheit. Historistische Architektur kann dann als ein Bestandteil der Bewältigungsstrategien der damaligen gesellschaftlichen, politischen, wirtschaftlichen sowie technischen Umwälzungen betrachtet werden.

Eine andere Erklärung ist, dass der Historismus in einer Zeit erblühte, in der die Geschichtswissenschaft die fast alle Bereiche umspannende wissenschaftliche Disziplin war und man die Vergangenheit auch in Bezug auf Architekturen systematisch zu historisieren begann. Dadurch wurde „[j]ede geschichtliche Erscheinung und damit auch jede[n] historische[n] Baustil simultan verfügbar […]. Im Zuge dieser Entwicklung begann sich das Karussell der Stile zu drehen, ein auch nur halbwegs verbindlicher Kanon existierte nicht mehr. Die Zuordnung von Stilfor-

men zu Bauaufgaben und/oder Ideologien war fast vollständig beliebig geworden.“ (Hoffmann 2000: 36) In diesem Licht betrachtet erscheint der Historismus weniger als Versuch einer Selbststabilisierung in Zeiten der Unsicherheit, sondern vielmehr als das auf einer intellektuellen wie auch gestalterischen Ebene wirkende Äquivalent zu einer sich pluralisierenden und auf vielen Gebieten neue Möglichkeitsräume entdeckenden Gesellschaft: alte Festlegungen verlieren nicht nur im sozialen Bereich an Gültigkeit, sondern auch im Gestalterischen bzw. in der Architektur. Auch wenn ich in meiner Untersuchung der Frankfurter Architekturen beide Annahmen als Erklärungsansätze herangezogen habe – historistische Architekturen als Stabilisierungselemente in unsicheren Zeiten und/oder als Spiegel einer sich pluralisierenden Gesellschaft – komme ich in Kapitel 4.5 aufgrund einiger lokaler Besonderheiten zu eigenen Schlüssen.

Der Historismus hat keine Architekturen hervorgebracht, die flächendeckend immer nach dem gleichen Muster ablaufen, die Kompositionen der Bauteile und Gestaltungselemente erfolgte nach ganz unterschiedlichen Prinzipien (oder auch gänzlich ohne erkennbare Regeln) und obendrein ist in einigen Fällen die eindeutige Zuordnung zu einer bestimmten Epoche gar nicht erst möglich. Hinzu kommen lokal bzw. regional spezifische Ausprägungen in den Erscheinungsbildern, ein Umstand, der in der Kunstgeschichte zunehmend in den Untersuchungsfokus rückt.[33] Unabhängig von den kunsthistorischen Zugriffen auf Architektur bin ich schon am Ausgangspunkt meiner Untersuchung davon ausgegangen, dass das städtische Umfeld Einfluss auf die gestalterische Umsetzung der dort entstehenden Gebäude hat. Der lokale Kontext hat daher zwangsläufig eine besondere Aufmerksamkeit erhalten. Für die Beurteilung, ob das Jügelhaus für damalige Verhältnisse als zeitgemäß gelten konnte oder nicht (die Kunsthistorikerin Astrid Hansen spricht das dem Gebäude ab), habe ich außerdem eine generelle Betrachtung des damaligen Hochschulbaus vorgenommen, indem ich es mit zu etwa zeitgleich entstandenen Kollegiengebäuden verglichen habe. Als Grundlage des Vergleichs dient Hans-Dieter Nägelkes (2000) Monografie *„Hochschulbau im Kaiserreich. Historistische Architektur im Prozess bürgerlicher Konsensbildung“*, die über einen umfangreichen Katalogteil verfügt.

Den interpretativen Zugriff auf die damaligen Sinnkonstitutionen für das Jügelhaus ermögliche ich schließlich, indem ich die Baugestalt eingebettet in die sozialen, politischen und physisch-materiellen Verhältnisse Frankfurts um 1900 betrachte. Mit der Rekonstruktion des damaligen städtischen Wissensvorrats ist es möglich, die zeitgenössischen Urteile und Sichtweisen auf das Gebäude bezogen auf den gemeinten Sinn erklärend zu verstehen. Die erarbeitete kumulative Textur, die ich mit dem Schwerpunkt auf Werthaltungen und Handlungsmotivationen,

33 Vgl. Korn (2010); vgl. Landmann (2003); vgl. Krause/Laudel/Nerdinger (2001); vgl. Hofmann (1974).

Machtverteilungen sowie in der Geschichte wiederkehrend auftretende „typische“ Eigenschaften erarbeitet habe, dient dabei als eine Art Kompass bei der Einordnung der Gestaltungsvorlieben und lässt die hinter den Frankfurter Präferenzen stehenden Motive hervortreten. Wenn ich also im Rahmen dieser Arbeit auf die konkrete Gebäude-Architektur blicke, d.h. auf deren Formensprache und die eingesetzten Materialien, dann im Sinne des *damaligen* Ästhetikempfindens bzw. der diesem Empfinden zugrundeliegenden Sinnsetzungen und Werthaltungen, die als Teil des städtischen Wissensvorrats zu betrachten sind.

Um gesellschaftliche Entwicklungen, die städtischen Machtstrukturen und den baulichen Ausdruck zueinander in Bezug zu setzen, war schlussendlich das Zusammenbringen aller beschriebenen Analysestränge erforderlich: Erst die systematische und kontrollierte Zusammenführung der Erkenntnisse aus der rekonstruierten kumulativen Textur (wie „tickte“ Frankfurt damals?), der Diskursanalyse (wie hat man über das Jügelhaus gesprochen?), der Lageplan-Analyse (wie ist das Gebäude in die Stadt eingebettet?) und der Einordnung der architektonischen Entwicklungen generell und in Frankfurt im Speziellen, hat hier die Verbindungen aufgedeckt. Das nachfolgende Kapitel erklärt die zusammenführende Systematik.

2.8
Zusammenführung der Erkenntnisse aus den Analyse-Ebenen

Die Offenlegung der Sinnkonstitutionen für das Jügelhaus zum Zeitpunkt seiner Entstehung erfolgt in dieser Arbeit über die Rekonstruktion des damaligen städtischen Wissensvorrats und den mit ihm verbundenen „Sinndynamiken“. Dabei sind die materiellen und immateriellen Objektivationen in der Stadt Frankfurt in den Fokus geraten, d.h. einerseits tradierte Entscheidungs- und Handlungsabläufe vor allem auf Seiten der bürgerlich dominierten städtischen Selbstverwaltung sowie das Wertegefüge der bürgerlichen Eliten und andererseits die materiellen Resultate des sozialen Handelns, d.h. die baulichen Strukturen sowie die Architekturen. Wenn in diesem Kontext von *Sinndynamiken* die Rede ist, sind die auf dem Wissensvorrat basierenden bzw. zurückgreifenden Entscheidungs- und Handlungsabläufe gemeint. Den städtischen Wissensvorrat und mit ihm das städtische kollektive Gedächtnis verstehe ich weiterhin organisiert durch die Orientierung des Handelns der sozialen Akteurinnen und Akteure an *städtischen Relevanzen*. Letztere sorgen dafür, dass gegenwärtige Erfahrungen bzw. aktuelle Entscheidungen an den vergangenen kollektiven Erfahrungen und objektivierten Wissensbeständen

dieser Stadt ausgerichtet sind. Die *städtischen Relevanzen* begreife ich als dynamische Strukturkomponente des städtischen Sinngewebes, die einerseits den städtischen Wissensbestand aufrechterhält, gleichzeitig aber auch Änderungen bzw. Erweiterungen strukturiert, d.h. ermöglicht oder eben auch verunmöglicht.

Die „Entdeckung" der städtischen Relevanzen erfolgte im Lauf des Forschungsprozesses, sie waren bzw. sind kein im Vorfeld der Untersuchung konzipiertes theoretisches Konzept, das es mittels der vorliegenden Analysen auf seine Belastbarkeit zu prüfen galt. Die explorative Vorgehensweise im Rahmen dieser Arbeit zielte auf eine Herausarbeitung all jener Aspekte, die bei der Entstehung der betrachteten städtischen Architektur bzw. bei den Prozessen, in welchen sich soziales Handeln in Gestalt von Architekturen materialisiert hat, eine besondere Rolle spielen. Am Ausgangspunkt der Untersuchung gab es weder feste Annahmen darüber, welche Aspekte das sind, noch gab es Überlegungen dazu, wie diese Aspekte benannt werden könnten. Zunächst auf der Suche danach, was „typisch" für das damalige Frankfurt war, um darauf aufbauend die Motivationen bzw. die hinter den Entscheidungen für den Bau des Jügelhauses stehenden Werthaltungen herauszuarbeiten und um daraus wiederum Rückschlüsse auf die damaligen Sinnsetzungen für dieses Gebäude zu ziehen, habe ich auf den verschiedenen Analyse-Ebenen eine Vielzahl von Einzelerkenntnissen herausgearbeitet. Im Analyseprozess haben sich zentrale, immer wiederkehrende Handlungs- bzw. Entscheidungsmotivationen herauskristallisiert, die sich auf allen Untersuchungsebenen zeigen. Andererseits erschienen manche der auf den jeweiligen Analyse-Ebenen herausgearbeiteten Wissenselemente und Gedächtnisinhalte nur fragmentarisch rekonstruiert. Über die Zusammenführung der Erkenntnisse haben sich vermeintliche Lücken geschlossen und es ist sichtbar geworden, über welche Dynamiken bzw. Phänomene alles miteinander verbunden ist. Diese Phänomene haben sich im weiteren Forschungsverlauf und unter der Hinzunahme wissenssoziologischer Theorieansätze als die bereits beschriebenen städtischen Relevanzen erwiesen, deren jeweilige Ausprägung und Wirkungsweise ich in Zusammenhangsmodellen darstelle.

Entstanden sind diese auf Basis einer eigens entwickelten Auswertungsprozedur, welche die Erkenntnisse aus den vier Analyse-Ebenen systematisch zusammenführt. Für die Konzeption dieser Auswertungsprozedur habe ich auf das Kodierparadigma der Grounded Theory Methode (GTM) nach Anselm L. Strauss (1991) zurückgegriffen, das Jörg Strübing (2008) nochmals systematisiert hat. Eingeflossen sind dabei die Anleitungen zur Kodierung von Strauss und Juliet Corbin (1996), insbesondere zu den Abläufen des axialen Kodierens. Mittels selbst erarbeiteter, zielgerichteter Fragen sind die Erkenntnisse aus den Analyse-Strängen systematisch derart zueinander in Bezug gesetzt worden, dass für die entdeckten Einzelphänomene die sie hervorbringenden Mechanismen sichtbar werden.

Um zuvor isoliert betrachtete Konzepte und Phänomene in einen Strukturzusammenhang zu bringen, schlägt Anselm L. Strauss (1991) ein Kodierparadigma vor, das an das Material eine Reihe von Fragen richtet, die auch im Kontext dieser Arbeit zu produktiven Ergebnissen geführt haben: (1) Was ist das zu untersuchende Phänomen bzw. was ist die Kategorie? (2) Was führt zu dem untersuchten Phänomen? (3) Welches ist der konkrete Kontext des Phänomens? (4) Welches sind die relevanten intervenierenden Bedingungen, die zu dem Phänomen führen? (5) Welche phänomenbezogenen Handlungen und Strategien resultieren daraus? Bzw.: Wie gehen die Akteure mit dem Phänomen um? (6) Worin resultieren die auf das Phänomen bezogenen Handlungen und Strategien, welches sind die Konsequenzen? Mit diesem „Vorschlag zur Anleitung und Systematisierung [...] des axialen Kodierens“ (Strübing 2008: 27), wenden sich die Interpretierenden explizit den einzelnen empirischen Vorkommnissen und deren Abstraktionen zu und entwickeln für die beobachteten Phänomene erklärende Zusammenhangsmodelle, die sich weiterhin nicht auf die Erklärung und Deutung eines einzelnen beobachteten Ereignisses beziehen, sondern eines bestimmten Typs von Ereignissen. Auf diese Weise erfolgen „Schnitte durch das Material“, bei denen „dünne Schichten“ der Zusammenhänge herausgearbeitet werden, „die zunächst als solche verstanden und erklärt sein müssen, bevor wir eine umfassendere Theorie des untersuchten Feldes erarbeiten können.“ (ebd.: 28)

In enger Anlehnung an die Systematisierung des axialen Kodierens nach Strübing (2008: 28) habe ich die unterschiedlichen Fragestellungen des Kodierparadigmas in fünf verschiedene Rubriken, die in bestimmter Relation zueinander stehen, eingeordnet (Abbildung 6). Die ursprünglichen Bezeichnungen der Rubriken habe ich für die eigene Handhabung zum Teil modifiziert. Weiterhin haben sich die „Phänomene“ als die unterschiedlichen Ausprägungen einer Dynamik erwiesen, die ich ex post *städtische Relevanzen* bezeichnet habe. Das, was Strübing als die „Ursachen“ des Phänomens betrachtet, rubriziere ich unter *Auslöser*. Hier sind all jene Vorkommnisse relevant, die dafür gesorgt haben, dass die betrachtete städtische Relevanz initiierend in Gang gekommen ist. Das können z.B. konkrete Problemsituationen und besondere Herausforderungen sein. Was bei Strübing der „Kontext“ ist, nenne ich den *konkreten Bezugsrahmen*. Gemeint sind hier die Rahmenbedingungen, in welchen die konkreten Handlungen stattfinden, d.h. die situationsgebundenen Aspekte, die mit der betrachteten städtischen Relevanz einhergehen.

Die Aspekte, die Strübing als „intervenierende Bedingungen“ bezeichnet, beziehen sich auf den weiteren, strukturellen und nicht notwendig fallspezifischen Kontext. Strauss und Corbin verstehen unter den intervenierenden Bedingungen die „strukturellen Bedingungen, die auf die Handlungs- und interaktionalen Strategien einwirken, die sich auf ein bestimmtes Phänomen beziehen. Sie erleichtern

oder hemmen die verwendeten Strategien innerhalb eines spezifischen Kontexts." (Strauss/Corbin 1996: 75) „»Intervenierend« sind strukturelle Bedingungen insofern, als die Handelnden in ihrem Handeln auf sie treffen und mit ihnen umgehen müssen: Selbst ein Nichtbeachten hätte in jedem Fall Konsequenzen." (Strübing 2008: 30) Bei dieser Rubrik des Zusammenhangmodells geht es um die Herausarbeitung der sozialstrukturellen, ökonomischen und weiteren übergeordneten Zusammenhänge, in die das Phänomen, d.h. die städtische Relevanz, eingebunden ist (ebd.). Das kann man sicherlich „intervenierende Bedingungen" nennen, in erster Linie sind es aber doch ganz generelle *Vorbedingungen*, weshalb ich diese Bezeichnung bevorzuge.

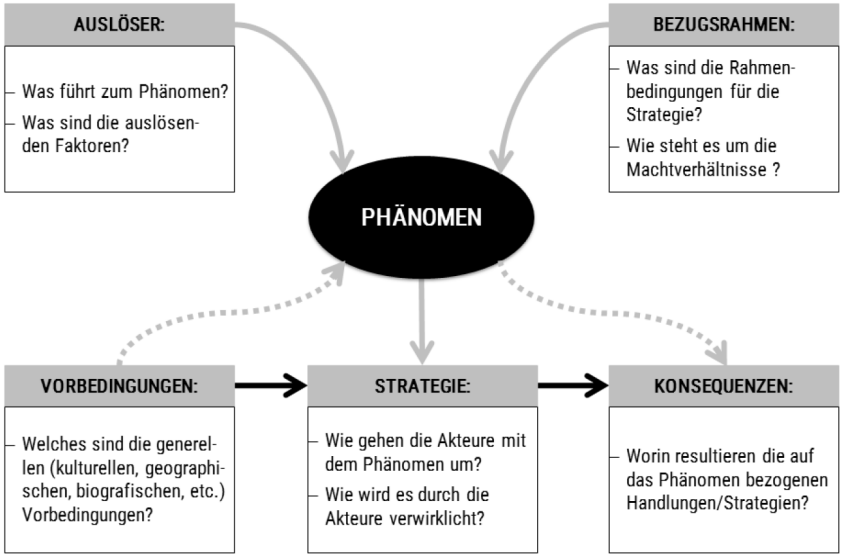


Abbildung 6: Kodierparadigma in Anlehnung an Anselm L. Strauss (1991) und Jörg Strübing (2008)

Die Teilbereiche des Zusammenhangmodells, die Strübing „Strategie" und „Konsequenzen" nennt, habe ich in den Bezeichnungen nicht verändert. Unter der Rubrik *Strategie* steht die Wirkungsweise der städtischen Relevanz im Fokus, während unter den *Konsequenzen* z.B. etablierte Handlungsmuster, konkrete bauliche Ergebnisse, ästhetische Vorlieben etc. zur jeweils betrachteten städtischen Relevanz in Bezug gesetzt werden. Die Ergebnisse aus den Analyse-Ebenen sind nach

bestimmten Leitfragen in die Zusammenhangsmodelle eingeflossen. Dabei „bespielt“ nicht jede Analyse-Ebene in jedem Modell jede Rubrik. Gleichzeitig kann ein bestimmtes Ergebnis aus einer Analyse-Ebene gleich in mehreren Zusammenhangsmodellen an je unterschiedlichen Stellen bedeutsam sein.

Die erarbeitete *kumulative Textur* ist in sämtliche Rubriken der Zusammenhangsmodelle eingeflossen. Sie hat Informationen darüber geliefert, welche gesellschaftlichen bzw. städtischen Entwicklungen die Vorbedingungen der jeweiligen städtischen Relevanz sind und welches wiederum ihr ganz *konkreter* sozialer, politischer, ökonomischer und städtebaulicher bzw. stadtplanerischer Rahmen ist. Hinweise gibt die kumulative Textur außerdem auf die Strategie der betrachteten Entscheider, da mit ihr der Blick sowohl auf Problemlösungsstrategien für vergleichbare Fälle aus der Vergangenheit als auch in Bezug auf das Fallbeispiel gelenkt wird. In der betrachteten Relevanz finden diese Strategien eine einende Klammer und ihr Wirkungsspektrum wird veranschaulicht. Auch in Bezug auf die Erarbeitung der mit den städtischen Relevanzen verbundenen Konsequenzen des Handelns für die Stadt bzw. die Frankfurter Stadtgesellschaft haben die Erkenntnisse aus der kumulativen Textur Anhaltspunkte dafür geliefert, wie sich das „Neue“ in Bezug auf „das Gewordene“ verhält (siehe Abbildung 7).

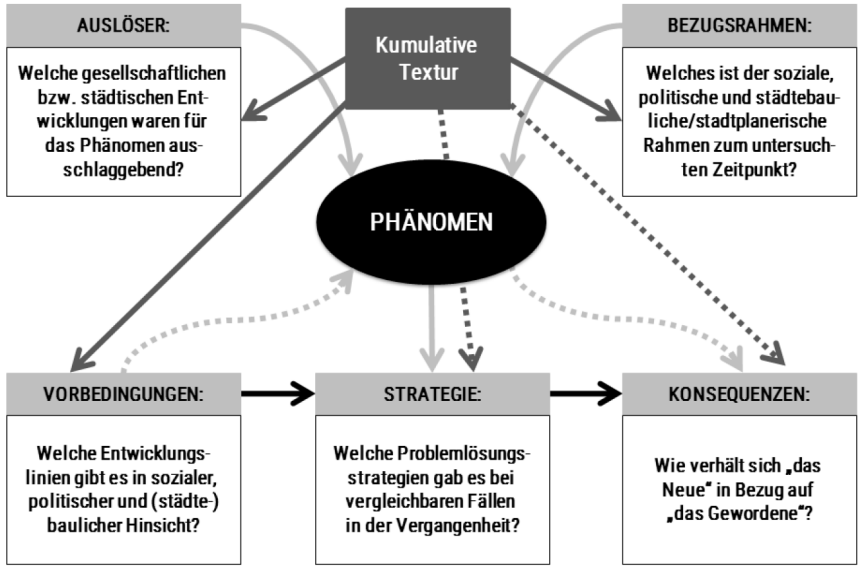


Abbildung 7: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der kumulativen Textur in das Zusammenhangsmodell

Die im Rahmen der *Diskursanalyse* herausgearbeiteten Argumente, die beim Reden und Diskutieren über den Bau des Jügelhauses bedeutsam sind, verweisen in ihrer Bandbreite ebenfalls auf jeden der genannten Teilbereiche des Zusammenhangmodells. Die auf dieser Analyse-Ebene betrachteten Akteure äußern sich sowohl zu den auslösenden Faktoren der jeweils betrachteten Phänomene als auch zu deren Vorbedingungen, indem sie auf die sozialen und baulichen Verhältnisse in Frankfurt Bezug nehmen. Der Diskurs zur Entstehung des Jügelhauses ist weiterhin Teil des Bezugsrahmens, denn in den Debatten rund um das Jügelhaus-Projekt spiegeln sich auch die Frankfurter Machtverhältnisse. Die in den Diskursen getroffenen Äußerungen geben zahlreiche Hinweise auf die gewählten Strategien im Umgang mit den betrachteten Phänomenen. Im Diskurs rund um die Errichtung des Jügelhauses finden sich zudem Äußerungen zur baulichen Umsetzung des Projekts und zu den Konsequenzen der Entscheidung für die Stadt Frankfurt (siehe Abbildung 8).

Abbildung 8: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der Diskursanalyse in das Zusammenhangsmodell

Die Ergebnisse aus der *segmentalen Lageplan-Analyse* und aus der Bewertung und Einordnung der Architektur sind in den Zusammenhangsmodellen vor allem in den Bezugsrahmen, die Vorbedingungen und die Konsequenzen eingeflossen. Die erkenntnisgenerierenden Fragen waren beim Einfließen der Daten aus der Lageplan-Analyse (siehe Abbildung 9): Wie ist das bauliche Umfeld beschaffen? (Vorbedingungen) – Welche baulichen Möglichkeiten bietet oder verwehrt der gewählte Standort? (Bezugsrahmen) – Wie sind Gebäude und Infrastrukturen in den Stadtraum platziert worden? (Konsequenzen). Für das Einfließen der Bewertung und Einordnung der Architektur gehen die Fragen in ganz ähnliche Richtungen: Welcher bauliche Ausdruck ist zum Untersuchungszeitpunkt typisch für Frankfurts öffentliche Bauten? (Vorbedingungen) – Welche Werte bzw. welche Bedeutung verband man in Frankfurt zum Untersuchungszeitpunkt mit dem gewählten Baustil?[34] (Bezugsrahmen) – Für welche Art der baulichen Umsetzung bzw. des baulichen Ausdrucks hat man sich letztendlich entschieden? (Konsequenzen).

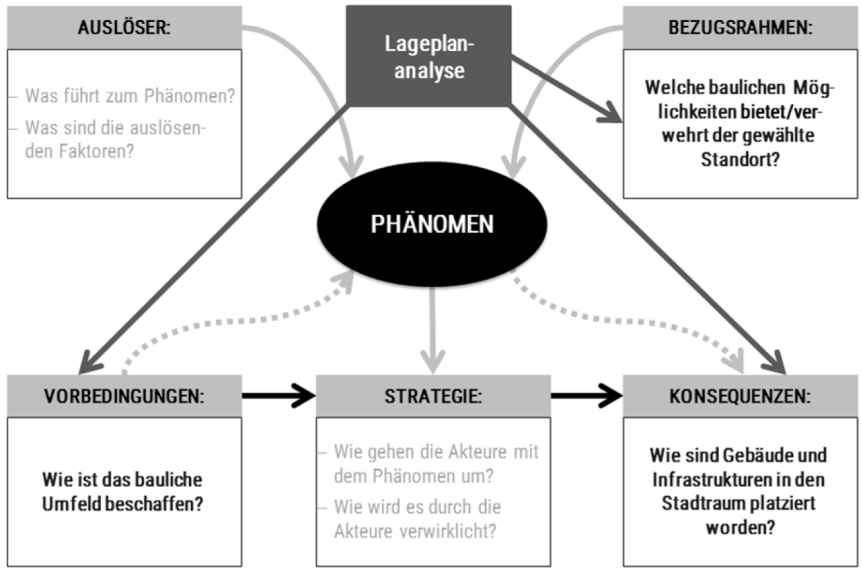


Abbildung 9: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der segmentalen Lageplan-Analyse in das Zusammenhangsmodell

34 Die aus der Bewertung und Einordnung der Architektur gewonnenen Erkenntnisse haben für den Bezugsrahmen in den Zusammenhangsmodellen eine eher schwache bzw. indirekte Bedeutung. In der grafischen Darstellung ist deshalb der entsprechende Verweispfeil gestrichelt dargestellt.

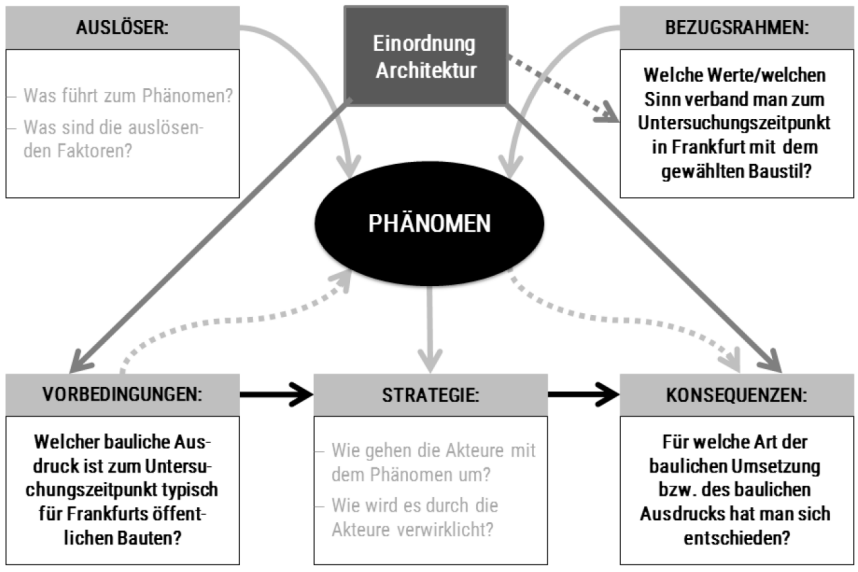


Abbildung 10: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der Bewertung und Einordnung der Architektur in das Zusammenhangsmodell

Mit den auf diese Weise konzipierten Zusammenhangsmodellen habe ich die städtischen Relevanzen herausgearbeitet und dimensionalisiert.[35] Sie haben sich zudem als auf vielfältige Weise miteinander verbunden erwiesen. Das zeigt sich in erster Linie darin, dass einige der für die verschiedenen städtischen Relevanzen betrachteten Aspekte in den Zusammenhangsmodellen jeweils unterschiedliche Rolle spielen. So kommt zum Beispiel das in Frankfurt ein ausgeprägtes ökonomisches Denken in fast allen der ausgearbeiteten Zusammenhangsmodelle mal stärker und eine mal weniger stark zum Tragen, ist einmal unter den generellen Vorbedingungen und an anderer Stelle im konkreten Bezugsrahmen bedeutsam. Strübing weist darauf hin, dass die „im Kodierparadigma angelegten Zuschreibungen [...] relationale Eigenschaften [sind], die nicht der einen oder der anderen Entität, sondern nur dem Zusammenhang zwischen ihnen zuzuschreiben ist." (Strübing 2008: 28) Bei der Verschriftlichung der Untersuchungsergebnisse in Teil B dieser Arbeit, die im Wesentlichen entlang der Zusammenhangsmodelle erfolgt ist, waren einige Redundanzen damit unvermeidbar, anhand derer jedoch die Verbindung der entdeckten städtischen Relevanzen umso deutlicher wird.

35 Dimensionalisieren bedeutet hier, die Spezifik der einzelnen Vorkommnisse in den Daten als eine Summe von Merkmalsausprägungen zu beschreiben und auf das herausgestellte Phänomen bzw. die ab-und einzugrenzende Kategorie in ganz konkreten Bezug zu setzen (vgl. Strübing 2008: 26).

Abschließend möchte ich in Bezug auf das von mir erarbeitet Untersuchungsdesign hinweisen, dass ich den Forschungs- und Auswertungsprozessganz im Sinne von Strauss als „Arbeit“ betrachte. Forschung als Arbeit zu verstehen bedeutet, ein dialektisches Verhältnis zwischen Subjekt und Objekt – d.h. zwischen Forscherin und dem Forschungsgegenstand – anzunehmen. Das bedeutet, dass die erarbeiteten Ergebnisse immer auch subjektiv geprägtes Produkt sind (vgl. Strübing 2008: 16). Die vorangegangenen Ausführungen zur Untersuchungsmethode, die Analyseergebnisse und Schlussfolgerungen belegen, dass ich im Forschungsprozess trotz allem nicht beliebig vorgegangen bin. Festzuhalten bleibt dennoch, dass das hier Erarbeitete das Ergebnis eines von mir konzipierten Untersuchungskonzepts ist, in dem ich Schwerpunkte gesetzt habe, die gemäß meinen Vorlieben für bestimmte theoretische Konzeptionen besonders naheliegend erscheinen. Gleichwohl zeigt die strukturierte und nachvollziehbare gemachte Vorgehensweise bei der empirischen Analyse, dass die nachfolgenden Ergebnisse keinesfalls beliebig, sondern direkt aus den Daten heraus entwickelt worden sind. Um es mit Ronald Hitzler und Anne Honer auf den Punkt zu bringen: "Das reflexive Grundproblem des sozialwissenschaftlichen Interpreten besteht […] darin, für sich selbst und für andere durchsichtig zu machen, wie er das versteht, was er zu verstehen glaubt, und wie er das weiß, was er zu wissen meint.“ (Hitzler/Honer 1997a: 23, FN 9)

Teil B:
Das Fallbeispiel „Jügelhaus“

Im Jahr 1901 fiel der Stadt Frankfurt ein Geldbetrag in Höhe von zwei Millionen Goldmark zu: Die Brüder Carl Franz und Friedrich Martin August Jügel, beide ohne Nachkommen geblieben, hatten ihr gesamtes Vermögen der Stadt überlassen, damit es für das Frankfurter Allgemeinwohl eingesetzt werde. In ihrem Testament hatten die Brüder dazu einige Regelungen und Bedingungen festgelegt, in welcher Weise dies zu geschehen habe. Verwaltet werden sollte das Geld in der nach ihrem Vater benannten „Carl Christian Jügel-Stiftung“ und zwar durch eine noch einzusetzende Stiftungsadministration, bestehend aus dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und den drei von den Erblassern ernannten Testamentsvollstreckern, die über den endgültigen Verwendungszweck des Erbes zu entscheiden hatten: die Errichtung eines Altersheims oder die einer Bildungseinrichtung – diese beiden Optionen hatten die Erblasser zur Disposition gestellt. Die Umsetzung des durch die Stiftungsverwaltung beschlossenen Verwendungszwecks war abschließend durch die Stadtverordnetenversammlung abzusegnen. Die Brüder Jügel hatten sich deshalb für eine solche Vorgehensweise entschieden, weil ihnen daran gelegen war, dass mit ihrem Geld in Frankfurt etwas umgesetzt werde, das möglichst nahe an den damals aktuellen Bedürfnissen in der Stadt lag. Sie selbst trauten es sich nicht zu, im hohen Alter noch darüber befinden zu können. Die finale Entscheidung hatten sie daher mit dem Verweis auf bestimmte Rahmenbedingungen und der Auflage, dass diese eingehalten werden, aus den Händen gegeben und das vermutlich auch deshalb, um keinen Unfrieden aufkommen zu lassen (vgl. Wachsmuth 1929: 27). Der Unfriede stellte sich aber dennoch ein, da der durch die Stiftungsadministration getroffene Entschluss, die Jügel’schen Gelder für den Bau eines Vorlesungsgebäudes für die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften zu verwenden, nicht bei allen Stadtverordneten auf Gegenliebe stieß. Ganz im Gegenteil sogar.

Die Personen, die sich gegen die Verwendung des Geldes für Bildungszwecke aussprachen, vertraten den Standpunkt, dass man Unterkünfte für alte und arme Menschen sehr viel dringlicher benötige als eine Bildungseinrichtung, deren Nut-

zen ungewiss sei. Zum anderen unterstellte man dem damaligen Oberbürgermeister Franz Adickes, der im Übrigen zugleich Vorsitzender der Jügel'schen Stiftungsadministration war, dass er mit diesem Bauvorhaben im Grunde nur auf die Gründung einer Universität in Frankfurt zuarbeiten wolle, die man in Frankfurt doch gar nicht brauche. Wie noch zu zeigen ist, waren die Vorwürfe nicht unberechtigt. Die damals in Frankfurt kursierende Vision, in der Stadt Deutschlands erste ganz ohne staatliche Mittel finanzierte Universität entstehen zu lassen, ist bei der Betrachtung der Entstehungsumstände des Jügelhauses von großer Bedeutung. Denn als am 21. Oktober 1906 in einem großen Festakt und mit Staatsbesuch aus Berlin sowie mit Vertretern anderer Hochschulen das Jügelhaus feierlich eröffnet wurde, ist dieses weit mehr als bloß das neue Vorlesungsgebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften: Gemeinsam mit den weiteren Instituten, die an jener Stelle bereits im Entstehen begriffen waren, stand das Jügelhaus als ein Material gewordenes Argument für die Gründung einer Universität in Frankfurt – und zwar eines mit sehr viel Gewicht, wie sich im weiteren Geschichtsverlauf zeigen sollte. Zusammen mit dem Museum der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft, dem Physikalischen Verein und der Senckenbergischen Bibliothek entstand Anfang des 20. Jahrhunderts ein ganzes Wissenschaftszentrum am Rand von Frankfurts exquisitester Wohngegend. Nur wenige Jahre nach der Eröffnung des Jügelhauses öffnete 1914 schließlich die Frankfurter Universität ihre Pforten – und zwar in den um Anbauten erweiterten Wissenschaftszentrum. Das Jügelhaus wurde zum Universitätshauptgebäude. Das war alles andere als ein Zufall.

Am Fallbeispiel „Jügelhaus" lässt sich veranschaulichen, wie bestimmte Elemente des Frankfurter Wissensvorrats bzw. der Rückgriff der involvierten Akteure auf genau diese Wissenselemente dazu beigetragen haben, dass sich das Projekt in *dieser* Weise entwickelt hatte. Das Handeln der städtischen Akteure wurde mittels spezifischer Dynamiken koordiniert, die ich *städtische Relevanzen* nenne und die den Akteuren – im vorliegenden Falle allesamt Vertreter der bürgerlichen Elite Frankfurts – in ihren Entscheidungen Orientierung gaben, indem sie auf bewährte Problemlösungen verwiesen. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung habe ich insgesamt vier städtische Relevanzen herausgearbeitet, die im Verlauf des Jügelhaus-Projekts von besonderer Bedeutung waren: eine auf den damaligen bürgerlichen Werten beruhende *Ideologie des Allgemeinwohls*, ein ausgeprägtes *Streben nach der Unabhängigkeit* Frankfurts, eine in der ruhmreichen Vergangenheit der Handles- und Messestadt verwurzelte *pragmatische Verwertungsorientierung* und eine *gewinnorientierte Flexibilität* zur Überwindung von Hindernissen im Projektverlauf. Jeder dieser Relevanzen ist nachfolgend ein eigenes Kapitel gewidmet, das jeweils die Entstehungsbedingungen, den Wirkungsrahmen, die Voraussetzungen für die Entfaltung und die Wirkungsweise der Relevanz erläutert, um schließlich

die daraus resultierenden physisch-materiellen Konsequenzen im Stadtraum in den Blick zu nehmen.

In den nachfolgenden Kapiteln geht es deshalb nicht allein darum, den Entstehungsprozess des Jügelhauses als Teil des Gebäude-Ensembles nachzuzeichnen, das später die Universität repräsentieren sollte, sondern die Wissensgrundlage zu rekonstruieren, auf der die für die Realisierung des Jügelhaus-Projekts erforderlichen Weichenstellungen aufbauten und die fest mit dem städtischen Gefüge als sozialem und physisch-materiellem Kontext verankert war. Um diesen Rekonstruktionsvorgang zu ermöglichen, habe ich sowohl gesamtgesellschaftliche Entwicklungen als auch die lokalen geschichtlichen Ereignisse einbezogen und die städtischen Traditionen, die politische Strukturiertheit, die städtebauliche Entwicklung, die sozialstrukturellen Gegebenheiten sowie die spezifischen Bedürfnisse der verschiedenen, in der Stadt Lebenden sozialen Gruppen herausgearbeitet. Vor dem Hintergrund der für Frankfurt typischen Eigenarten, die aus dem spezifischen Sinngewebe der Stadt gewachsen sind, kann die vorliegende Studie aufzeigen, weshalb an der Grenze des Stadtteils Westend zu Bockenheim genau dieses Gebäude in genau dieser Konstellation, in der gewählten baulichen Form und mit dieser Funktion errichtet wurde. Aufzeigen kann die Studie weiterhin, welche Wissensbestände und Relevanzstrukturen innerhalb der Stadt Frankfurt damals dazu beigetragen hatten, dass das Bauprojekt in genau dieser Weise verwirklicht wurde und welche Bedeutung das Gebäude damals für die Stadt bzw. die städtische Gesellschaft hatte.

Ich möchte betonen, dass die Rekonstruktion des *gesamten* damaligen Frankfurter Wissensvorrats im Rahmen der vorliegenden Fallstudie weder beabsichtigt noch zu leisten war. Das wäre ganz generell ein unrealistisches Unterfangen. Möglich war jedoch das Herausschälen einzelner und für den Fall relevanter Wissenselemente, die Ausschnitte des Frankfurter Wissensvorrats um 1900 abbilden. Weiterhin ist anzumerken, dass Wissensbestände in ihrem zeitlichen Verlauf niemals gleichbleibend, sondern immer in Bewegung sind. Ihre Bewegungsrichtung wiederum steht in einer Art Pfadabhängigkeit[1] zum bestehendem Wissen. Das ist darin begründet, dass ein Mindestmaß an Anschlussfähigkeit an bereits Bekanntes vorhanden sein muss, damit sich neue Wissenselemente als allgemein sozial anerkannt (und damit relevant) in den Wissensbestand einfügen können. Den Blick auch auf den Umgang mit vergangenen Erfahrungen und Erlebnissen zu richten ist bei der Rekonstruktion von Wissensbeständen deshalb ebenso wichtig, wie die Betrachtung aktuellerer Problemlösungsstrategien. Wie in Kapitel 2 ausführlicher

1 Der Begriff Pfadabhängigkeit ist ein Erklärungskonzept, dass „die Historizität von Institutionen [betont], wobei angenommen wird, dass in der Vergangenheit getroffene Entscheidungen und eingebürgerte Denkweisen und Routinen in die Gegenwart hinein wirken." (Beyer 2006: 12)

beschrieben, erfolgte für die vorliegende Studie zunächst eine Dekonstruktion einzelner Analysekomponenten und eine anschließende (auch für außenstehende Rezipienten nachvollziehbare) Neuanordnung bzw. die Inbezugsetzung der unterschiedlichen, aber zusammengehörigen Aspekte. Die komplexe Gleichzeitigkeit historischer, sozialer, politischer, räumlicher bzw. städtebaulich-architektonischer Faktoren galt es derart zu durchdringen, dass die für den Untersuchungsfall entscheidenden Wissenselemente – z.B. in Form von Querbezügen zwischen diesen Faktoren – hervortreten können.

Bei der Verschriftlichung der Ergebnisse war oftmals ein weiter gefasstes, erzählerisches Ausholen erforderlich, um die Zusammenhänge verständlich nachzeichnen zu können. Redundanzen waren dabei unvermeidlich, da viele Faktoren in unterschiedlichen Kontexten unterschiedliche, relevante Funktionen einnehmen, denn im Grunde hängt „alles mit allem“ zusammen. In jedem der nachfolgenden Kapitel steht jeweils eine städtische Relevanz im Zentrum, die nicht nur für das Jügelhaus-Projekt, sondern auch in anderen Kontexten bei den zu treffenden Entscheidungen koordinierend, d.h. Orientierung gebend wirkte. Am Ende jedes Kapitels erfolgen in den Zwischenbilanzen kurze Zusammenfassungen der empirischen Befunde, um die wichtigen Komponenten und Zusammenhänge nochmals zu verdeutlichen und hervorzuheben. Die zeitgenössischen Einschätzungen zum Jügelhaus-Projekt bzw. zu den Frankfurter Besonderheiten sind nachfolgend *kursiv* kenntlich gemacht, um die damaligen Stimmung in der Stadt bzw. das damalige Kolorit sichtbar zu machen.

3
Die bürgerliche Ideologie des Allgemeinwohls

Wenn man sich mit der Debatte rund um die Entstehung des Jügelhauses befasst, stößt man auf eine immer wiederkehrende Formulierung: Es gehe bei der Entscheidung, welche Art von Einrichtung man aus dem der Stadt Frankfurt zugefallenen Erbe der Brüder Jügel entstehen lasse wolle, vor allem um *das Wohl der Stadt Frankfurt*. Solche Verlautbarungen kamen in aller Regel aus dem bürgerlichen Lager der Stadt und sind auch in anderen Entscheidungskontexten jener Zeit, wie etwa bei der Legitimierung umstrittener Bauprojekte, zu finden. Vieles weist darauf hin, dass mit dem „Wohl Frankfurts" vor allem das Wohl des dort residierenden Bürgertums gemeint war. Damit rückt das Bürgertum sowohl als soziale Formation als auch als *die* städtische Elite in den Untersuchungsfokus. Bevor das Frankfurter Bürgertum im Speziellen in den Mittelpunkt der Betrachtung rückt, ist deshalb mit einem Exkurs zum „neuen" Bürgertum des 19. Jahrhunderts ein etwas ausführlicherer Ein- und Überblick zu dieser Gesellschaftsschicht vorgeschoben.

Das Verhältnis von Stadt und Bürgertum um 1900 herum war ein sehr inniges: Die Stadt war *der* Referenzraum des Bürgertums bzw. der Raum, in dem sich die Kultur und das Selbstverständnis des seit Ende des 18. Jahrhunderts aufstrebenden, so genannten „neuen" Bürgertums überhaupt erst entfaltet hatten. Der politische Gestaltungswille dieser erstarkenden sozialen Schicht und der damit verbundene Wunsch nach Selbstregierung konzentrierte sich zunächst vor allem auf genau diese politische Einheit (Gall 1993: 6). Das Wohl des Bürgertums war in vielerlei Hinsicht an das Wohl der Stadt geknüpft und umgekehrt: Bürgerinnen und Bürger investierten viel Geld sowie politisches und kulturelles Engagement in die Gestaltung ihres städtischen Lebensumfelds. Die im damaligen Frankfurt oftmals zum Ausdruck gebrachte Haltung, „zum Wohl der Stadt" zu entscheiden, war vor diesem Hintergrund einerseits das Bestreben nach dem Erhalt und Ausbau einer bürgerlichen Lebenswelt, andererseits zeigt sich in ihr der bürgerliche – und ideologisch überformte – Wille nach einem größtmöglichen Allgemeinwohl. In den nachfolgenden Abschnitten geht es darum, genauer herauszuarbeiten, was es im damaligen Frankfurt bedeutete, sich für „das Wohl der Stadt" einzusetzen. In welchem Kontext war von diesem Wohl die Rede? Welche Akteure trafen damals derartige Aussagen und mit welchem Ziel formulierte sie diese? Zur Beantwortung dieser Fragen ist die Entstehung der europäischen Großstädte und der damit verbundene Modernisierungsdruck als wichtige „übergeordnete" gesellschaftliche Entwicklung in den Blick gerückt. Aufbauend auf den Ausführungen zum neuen Bürgertum sowie den weiteren wichtigen gesellschaftlichen Entwicklungen arbeite

ich speziell für Frankfurt heraus, welchen Umgang man mit der Sorge um die eigene Stadt gefunden hatte und welche Rolle dabei die Realisierung repräsentativer Bauprojekte hatte – wie etwa die Errichtung des Jügelhauses als Bestandteil eines ganzen Wissenschaftszentrums.

3.1
Exkurs: Das „neue" Bürgertum

Der Begriff „Bürger" bezieht sich ursprünglich auf den mit spezifischen Rechten ausgestatteten (männlichen) Bewohner einer Stadt. Im Mittelalter bezeichnet „Bürgertum" eine *städtische* soziale Formation, die weitgehend unabhängig von adeliger Herrschaft und Landbesitz agierte. Zum „Kernstück des bürgerlichen Lebens" gehörten Handel und Gewerbe. Das Bürgerrecht war ein exklusives, in der Regel durch Geburt erworbenes Recht, konnte aber auch auf Antrag an Bewerber verliehen werden, sofern sie über ein bestimmtes Vermögen verfügten und bestimmte Leistungen aufbrachten. Bereits für das mittelalterliche Stadtbürgertum bildeten sich Ansätze einer eigenständigen Kultur heraus, die sich in einer besonderen Wertschätzung der Arbeit, im Streben nach Besitz aber auch nach Rechtschaffenheit sowie (begrenzte) politische Mitsprache äußerte. Das alteingesessene Stadtbürgertum galt Ende des 18. Jahrhunderts als traditionsverhaftet und neuerungsfeindlich und wurde allmählich durch zwei neue aufkommende Schichten an den Rand gedrängt, „die schon die Zeitgenossen ebenfalls zum Bürgertum zählten: Das Bildungsbürgertum und das Wirtschaftsbürgertum." (Budde 2009: 7f.) Das „neue Bürgertum" war also keine politisch-rechtliche, sondern vor allem eine soziale Formation (vgl. Gall 1990), die keineswegs homogen, sondern im Gegenteil sehr heterogen war und eine breite Varianz in Bildung, Einkommen und Reputation aufwies.[2] „Neu" war an diesem Bürgertum, dass mit dieser Bezeichnung nicht allein die Zugehörigkeit zum Stand des Stadtbürgers gemeint war, sondern dass dieses – trotz seiner inneren Heterogenität – einen gemeinsamen Wertehimmel aufgespannt hatte, der in der Verbreitung bürgerlicher Weltanschauungen und bürgerlicher Tugenden (wie z.B. Bildung, Leistung und Fleiß) über Vereine und andere kulturelle Geselligkeitsformen zum Ausdruck gebracht wurde.

Das so genannte neue Bürgertum, teilweise aus dem Stadtbürgertum stammend, profitierte von den evolutionären Prozessen der heraufziehenden modernen

2 Vgl. Gall (1993); Roth (1996); Schimpf (2007).

Gesellschaft und ihrer Institutionen.[3] „Sie waren die Gewinner des Aufschwungs und der Ausdehnung des kapitalistischen Wirtschaftsbereichs ebenso wie der sich durchsetzenden Bürokratisierung mit ihrer zunehmenden Betonung von wissenschaftlicher Ausbildung." (Budde 2009: 8) Ab dem 18. und im Verlauf des 19. Jahrhunderts setzte sich die gesellschaftliche Formation „Bürgertum" aus den „jeweils angesehensten Berufs- und Statusgruppen der Stadt" zusammen (Schulz 2005: 11) und wies gleichzeitig eine breite Varianz in Bildung, Einkommen und Reputation auf.[4] Das Bildungsbürgertum setzte sich aus in unterschiedlichen Bereichen tätigen Akademikern, wie etwa Beamte, Ärzte, Juristen, Professoren, Lehrer, Geistliche, Architekten, Künstler und Journalisten zusammen. Leistungsqualifikation und Bildungsorientierung gehörten zu den herausstechenden Charakteristika dieser Elite, die insgesamt kulturprägend wirkte: Die vorherrschenden Werte und Normen des 19. Jahrhunderts waren vor allem Vorgaben des Bildungsbürgertums. Das Wirtschaftsbürgertum wiederum war eine soziale Gruppe ökonomischer Aufsteiger, die erst im Lauf des 19. Jahrhunderts an das Ausbildungsniveau des Bildungsbürgertums heranreichen konnte. Die Unternehmungen, die dem Lebensunterhalt dienten, waren meist nicht nur auf den lokalen Handel beschränkt, sondern reichten weit über die Stadtgrenzen hinaus. Das Wirtschaftsbürgertum war ökonomisch wie auch politisch gut vernetzt und das oftmals international – das gilt insbesondere für das Frankfurter Wirtschaftsbürgertum. Der Lebensstil dieser oft sehr wohlhabenden Gruppe des Bürgertums war vor allem auf Repräsentativität ausgerichtet – und damit auch auf die Abgrenzung von anderen Bevölkerungsschichten. Bis Mitte des 19. Jahrhunderts galt das Bildungsbürgertum als tonangebend, doch im weiteren Verlauf des Jahrhunderts verlor es sowohl das Bildungsmonopol als auch gesellschaftlichen und ökonomischen Einfluss. Im Lauf der Jahrzehnte vollzog sich allmählich eine generelle Bedeutungsverschiebung zwischen Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum (vgl. Budde 2009: 11).

„Bürgerlichkeit" stand damals für einen besonderen geselligen, beruflichen und politischen Status, der an ein bestimmtes Einkommen, das einen entsprechenden

3 In der deutschen Bürgertumsforschung gibt es in Bezug auf den zentralen Handlungsraum des Bürgertums zwei unterschiedliche Standpunkte: Während in der Frankfurter Forschergruppe um Lothar Gall die Stadt im Fokus steht und man nach regional unterschiedlichen Stadttypen differenziert, die verschiedene Ausprägungen des Bürgertums hervorbrachten, begreift man im Bielefelder Ansatz (Jürgen Kocka et al.) die bürgerliche Kultur als überspannendes Netz, das regionale und zum Teil sogar nationale Bezüge überwölbte – regionale Besonderheiten treten hier völlig zurück. Im Bielefelder Ansatz betont man außerdem, dass sich das neue Bürgertum primär außerhalb der traditionellen Städteordnung bewegte und es wird – mitunter auch gerade aufgrund dieses Umstands – als Protagonist der Modernisierung hervorgehoben. Auch wenn die beiden genannten Stränge der Bürgertumsforschung durchaus in Abgrenzung zueinander entstanden sind, sehe ich die differierenden Forschungsstandpunkte nicht als (grundsätzlich) einander ausschließend, sondern vielmehr als einander ergänzend. In der vorliegenden Studie sind Belege für *beide* Perspektiven zu finden.

4 Vgl. Gall (1993); Roth (1996); Schimpf (2007).

„bürgerlichen Lebensstil“ ermöglichte, gebunden war (Kaschuba 1988: 25). Wolfgang Kaschuba beschreibt die Bürgerlichkeit des 19. Jahrhunderts als einen sozial bestimmten, kulturell geformten Habitus, der an ein bürgerliches Selbstverständnis und Selbstbewusstsein gebunden war, das sich in einem lebensweltlichen Ensemble entfaltete (ebd.: 18) und das den Gebrauch bestimmter materieller Güter, spezifische ideelle Werte wie etwa Bildung oder auch eine besondere Offenheit gegenüber Neuem, bestimmte Formen der Geselligkeit – etwa Teegesellschaften, musikalische Unterhaltungen, Vereine – und eine spezifische politische Gesinnung umfasste (ebd.: 25ff.). Das einende Moment des hier nur grob in seine zwei bedeutsamsten Fraktionen eingeteilten Bürgertums war ein gemeinsamer Wertekanon bzw. ein „Ensemble kultureller Momente und Lebensführungspraktiken“ (Schimpf 2007: 107). Die „Gruppenidentität resultierte aus einer vergleichbaren Lebensweise und Weltsicht“ (ebd.; vgl. Gall 1993), in welcher Arbeit und individuelle Leistung besonders hoch angesehen wurden und Bildung eine zentrale Rolle einnahm. Mit letzterer kamen auch den Bereichen Kultur und Wissenschaft eine herausragende Bedeutung für die Lebensführung zu.

„Kultur“ hatte dabei eine doppelte Funktion: Sie diente sowohl als Identitätsmodell als auch als Distinktionsmittel (Kaschuba 1988: 18). Die bürgerliche Lebensweise war ausgelegt auf die sicht- und spürbare Unterscheidung und Abgrenzung vom Adel auf der einen und von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum auf der anderen Seite. Gleichzeitig betonte man den leitenden Gedanken von einer „prinzipiellen Gleichheit aller Bürger“ und propagierte „ein bestimmtes Bürgerideal mit einem Katalog von nicht an bestimmte Schichten gebundenen Bürgertugenden.“ (Gall 1993: 9) Die bürgerliche Existenzform konnte „sich praktisch jedermann zum Vorbild nehmen“, da im Prinzip jeder und jede den „Anforderungen, im Unterschied zu denen der ständischen Gesellschaft, […] gerecht werden konnte.“ (ebd.: 8) Die bürgerlichen Eliten empfanden ihr Wertesystem als das Maß aller (gesellschaftlichen) Dinge und brachten es auch den anderen Bevölkerungsschichten nahe – jedoch nicht zugunsten einer Nivellierung sozialer Unterschiede. Der Historiker Hans-Ulrich Wehler verweist darauf, dass es dem Bürgertum mitunter darum ging, den eigenen, als universalistisch betrachteten Wertekanon, für die gesamte Menschheit zu realisieren (Wehler 2000: 87). Zielutopie war letzten Endes die „Verbürgerlichung“ der gesamten Gesellschaft mittels der „Übertragung von Kulturnormen“, die über das Schul- und Bildungswesen, Kirchen, Institutionen der sozialen Kontrolle sowie die bürgerlichen (Tages-)Zeitungen verbreitet und gefestigt wurden (vgl. Schimpf 2007). Trotz dieser durchaus mit Integrationswünschen behafteten „Weltverbesserungshaltung“ war dem Bürgertum sehr an der eigenen Hegemonie gelegen – gegenüber den übrigen Gesellschaftsschichten gebärdete man sich in aller Regel als überlegen.

Die Zugangsberechtigung zum Bürgerrecht und damit auch zur Teilnahme an der lokalen Politik regelte man über das Einkommen. Die Aufrechterhaltung bürgerlicher Herrschaft war damit in den Entscheidungsgremien der Kommunen gesichert und „die politische Rechtlosigkeit der Unterschichten und Arbeiter sowie der Frauen auf kommunaler Ebene festgeschrieben. Trotz aller Eingrenzungen und Überlagerungen tradierte das Stadtbürgerrecht auf diese Weise das patriarchalische Selbstverständnis des Bürgertums gegenüber den Gesellen, Arbeitern und dem Gesinde noch bis ins 20. Jahrhundert hinein." (Roth 1996: 493) Doch allein beruflicher Erfolg und Vermögen waren nicht als Zugehörigkeitsmerkmale zu dieser Gesellschaftsschicht ausreichend. Neben einer umfänglichen Bildung (zunächst vor allem für das Bildungs- später auch für das Wirtschaftsbürgertum) und Vermögen (vor allem für das Wirtschaftsbürgertum) gehörten „Wohltätigkeit, Mäzenatentum, kommunalpolitisches Engagement und eine repräsentative Lebensführung" untrennbar zur bürgerlichen Lebensweise (Schulz 2005: 17). „Soziale und kulturelle Aktivitäten qualifizierten für Ämter und Mandate in der Stadtverwaltung. […] Das Band zwischen den bürgerlichen Familien und ›ihrer‹ Stadt wurde durch gezielte Personalpolitik noch enger geknüpft. Um die Ämter der städtischen Selbstverwaltung lagerte sich ein engmaschiges Honoratioren-Netzwerk, dessen Exponenten die Kommune als lokale Machtbasis und Experimentierfeld bürgerlicher Politik nutzten." (ebd.)

Die gesellschaftliche Vormachtstellung des Bürgertums blieb, wie bereits angedeutet, für dessen kulturellen Referenzraum „Stadt" sowohl in sozialer, politischer wie auch in baulich-gestalterischer Hinsicht alles andere als folgenlos. Genaugenommen ist die Stadt des 19. Jahrhunderts als soziales wie auch als physisch-materielles Umfeld erst zu verstehen, wenn man die Werthaltungen und Handlungsmotive des Bürgertums kennt. Städte waren als die Zentren der bürgerlichen Lebensweise (Schulz 2005; Roth 1996; Gall 1993) zugleich der Raum, in dem das Bürgertum versuchte, die Lebenswelt auch in ihrer gebauten Form nach den eigenen Wert- und Ästhetik-Vorstellungen zu gestalten, oder anders gesprochen: in Stein zu meißeln. In jedem Fall sind es bürgerliche Akteure, und damit auch bürgerliche Werthaltungen, die prägenden Einfluss auf die Gestalt der Stadt nahmen. „Kein Gaswerk wurde errichtet, keine Straßenbahn geplant, keine Stadtbeleuchtung installiert, kein Abwassersystem angelegt, keine Schule gebaut und keine Kunsthalle eröffnet ohne die maßgebliche Teilnahme des städtischen Bürgertums." (Budde 2009: 47)

Ab etwa Mitte bzw. Ende des 19. Jahrhunderts beginnen, vor allem aufgrund der fortschreitenden Industrialisierung, die Städte Europas besonders schnell zu wachsen; sie platzen regelrecht aus allen Nähten. Die Bevölkerungszahlen in den Städten schossen dank Landflucht und steigender Geburtenraten derart schnell in

die Höhe, dass für die weniger bemittelten Bevölkerungsschichten nicht rasch genug Wohnraum geschaffen wurde bzw. werden konnte. Es ist die Geburtsstunde der Großstädte, die in ihren Anfängen herausgefordert waren, in kürzester Zeit kontinuierlich wachsende Menschenmassen zu beherbergen und die damit verbundene, in aller Regel nicht regulierte, bauliche Entwicklung zu managen. Begleitet war all das von einem umfassenden Wandel in demografischer, ökonomischer, städtebaulicher, technisch-infrastruktureller und nicht zuletzt sozialer Hinsicht. Auch wenn es mitunter genau diese Entwicklungen waren, die dem neuen Bürgertum den sozialen Aufstieg überhaupt erst ermöglichten – sie erschwerten gleichzeitig die Erschaffung eines möglichst bürgerlichen städtischen Lebensumfelds. Dieses war angesichts der genannten Entwicklungen mit einer Vielzahl von Bedrohungen konfrontiert, die es zu bewältigen galt. Auch wenn sich die Bewältigungsstrategien vielerorts ähnelten, musste jede Stadt aufgrund jeweils differierender Ausgangsbedingungen eigene Wege der Problemlösung finden. Das zeigt sich auch mit Blick auf Frankfurt am Main.

Am Ende des Exkurses zum „neuen" Bürgertum sei darauf verwiesen, dass in den nachfolgenden Abschnitten die üblicherweise vorgenommene Differenzierung der bürgerlichen Elite in das Bildungs- und das Wirtschaftsbürgertum nicht immer erfolgen kann. Einerseits ist das der Quellenlage geschuldet, die eine akkurate Zuordnung nicht ermöglicht, andererseits liegt es auch daran, dass zu den hervorstechenden Merkmalen des Frankfurter Bürgertums dessen (im Vergleich zu anderen Städten) ungewöhnliche Einheit zählte (Roth 1996), die auch dann gegeben war, wenn bei den Zielvorstellungen für die Weiterentwicklung der Stadt Diskrepanzen auftraten. Sofern es die mir vorliegenden Quellen und Informationen möglich gemacht haben, verweise ich darauf, welche Gruppe des Bürgertums im jeweiligen Kontext die Hauptrolle spielte. Ist eine Zuordnung nicht möglich oder sind beide bürgerlichen Lager gleichermaßen betroffen, spreche ich von *bürgerlichen Eliten.* Der Plural ist dabei bewusst gewählt um die Heterogenität dieser Elite sprachlich nicht völlig zu verwischen.

3.2
Der Modernisierungsdruck der Großstadt

Die besondere Priorität und Dringlichkeit, die für das Bürgertum mit der Aussage verbunden war, sich für das „Wohl der Stadt" einzusetzen, ist nur dann wirklich nachvollziehbar, wenn man sich das in einem ungeahnten Tempo immer schneller werdende Städtewachstum ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts vergegenwärtigt.

Um die Jahrhundertwende herum verdoppelten viele Städte innerhalb von knapp 20 Jahren ihre Bevölkerungszahl. Das Entstehen der modernen Großstädte stellte die Menschen, die in ihnen wohnten bzw. dort hinzogen, an eine Vielzahl von Herausforderungen, die man teilweise bis dahin noch gar nicht gekannt hatte. Das nahezu sprunghafte Bevölkerungswachstum in den europäischen Städten des 19. Jahrhunderts und die damit verbundene Verdichtung von Bevölkerung und Bebauung lösten einen regelrechten Modernisierungsdruck aus. Innerhalb kürzester Zeit galt es, die immer zahlreicher in die Städte strömenden Menschenmassen zu versorgen. Das hieß vor allem, neuen Wohnraum zu schaffen, aber auch neue bzw. neuartige Versorgungsinfrastrukturen, wie Kanalisation und Wasserversorgung oder etwa funktionierende und zuverlässige Verkehrsverbindungen, welche die länger werdenden Wege von der Wohnstätte an den Arbeitsplatz ermöglichen. Die neuen technischen Errungenschaften führten zur Veränderung des Alltags und zu neuen Formen des gesellschaftlichen Miteinanders. Die Versorgung mit Gas und später mit Elektrizität bedeutete zum Beispiel, dass die Stadt nachts beleuchtet werden konnte und die einstmals im völligen Dunkel liegende und „schlafende" Siedlung war plötzlich nicht mehr der Raum für zwielichtige Gestalten und Kriminelle, sondern wurde entdeckt als Ort des – gerne auch kulturell anspruchsvollen – Amüsements und des verlängerten (Arbeits-)Tages (Held 2005: 296ff.). Pferde- und später Straßenbahnen ließen Distanzen schwinden, die innerstädtische Mobilität erhöhte sich, Arbeitsplatz und Wohnstätte fielen immer weiter auseinander. Die Stadt veränderte sich in ihrer gesamten Strukturiertheit deutlich und spürbar und das innerhalb kürzester Zeit.

Die Entstehung der modernen Großstadt forderte die dort lebenden und arbeitenden Menschen auf eine bislang nicht bekannte Weise heraus, denn die Bedingungen ihrer räumlichen Sozialisation (vgl. Löw 2001: 82) waren meist ganz andere, als die realen räumlichen Lebensbedingungen, in denen sie sich wiederfanden. Das Umfeld (Wohnen, Arbeiten, öffentliche Plätze, Verkehr etc.), in dem man aufgewachsen war, hatte oftmals kaum noch oder sogar nichts mehr mit dem Umfeld gemein, in dem man lebte. Der Historiker Jürgen Reulecke spricht von einer nahezu völligen Überformung des traditionellen Städtewesens (Reulecke 1985: 9). Sowohl die in die Stadt Zugezogenen, die in den übersichtlichen Verhältnissen auf dem Land aufgewachsen waren, als auch die in der Stadt Geborenen bzw. Sozialisierten mussten sich immer wieder neu anpassen, weil sich das städtische Umfeld so extrem wandelte, dass sich selbst die zuletzt genannte Gruppe in der Heimatstadt fremd fühlen musste. Das bauliche Umfeld veränderte sich rasant und anhaltend: Ein in fast allen größeren europäischen Städten erfolgender Stadtumbau mit Straßendurchbrüchen, dem damit verbundenem Abriss und Auslöschen oft sehr alter Gebäudebestände, die Entstehung gänzlich neuer Quartiere und repräsentativer Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie ebensolcher Staats- und Verwal-

tungsbauten, modifizierten den einstmals für Einheimische vertrauten Stadtraum teilweise bis zur völligen Unkenntlichkeit. Letztendlich hieß es sowohl für Zugewanderte als auch für die in der Stadt Geborenen, das alltägliche Handeln immer wieder neu den sich permanent wandelnden sozialen und räumlichen Bedingungen anzupassen.

Die schnelle Entwicklung der städtischen Lebensbedingungen erforderte die ebenso schnelle Entwicklung und Anpassung der Handlungsweisen und der Alltagsroutinen. Neue Problemlösungen für das Zusammenleben mussten gefunden werden, die unübersichtliche und oft als bedrohlich empfundene Agglomeration von Menschen, Gebäuden und neuen Technologien (Elektrizität, Gas, Kanalisation, etc.) erforderte in vielen Punkten eine Re-Organisation des Neben- und Miteinanders. Altbekannte Abläufe galt es anzupassen oder gar fallen zu lassen. Der Weg zum Arbeitsplatz war z.B. nicht mehr innerhalb des eigenen Hauses zurückzulegen, sondern quer durch die Stadt. Die Berührungspunkte zu anderen Menschen vervielfachten sich: Zuvor hatten noch nie so viele Menschen auf so engem bzw. begrenztem Raum zusammengelebt und es entstanden neue Formen der Beherbergung, wie etwa das Mietshaus, das ein zunächst ausschließlich in der Stadt vorzufindendes Novum war. Außerdem zeigten sich mit der zunehmenden Differenzierung des Wohnungsangebots „in herrschaftliche Vorderhäuser, die auf eine eher bürgerliche Klientel abzielten, einerseits und weniger attraktive, oftmals gemischt genutzte Hinterhofbebauungen andererseits [...] auf engem Raum die eklatant zunehmenden sozialen Gegensätze der modernen Großstadtgesellschaft." (Durth/Sigel 2009: 21) Sowohl die räumlichen als auch die sozialen Verhältnisse veränderten sich in durchaus spannungsvoller Weise. Neue Orientierungsmöglichkeiten für die Stadtbewohnerinnen und -bewohner mussten geschaffen werden.

Die hier nur kursorisch angerissenen Veränderungsprozesse erforderten von den Menschen in der Stadt *psychische* und auch *physische* Anpassungsleistungen: Wie verhält man sich in Menschenmassen? Wie organisiert man den Alltag, wenn Wohnen und Arbeiten nicht am selben Ort stattfinden? Wie benutzt man öffentliche Verkehrsmittel? Wie reagiert man auf den Straßenverkehr in der Stadt? Wie nutzt man die neuen Infrastrukturen? Usw. Neue, alltägliche Körperpraktiken bzw. -routinen mussten sich etablieren, um das Miteinander der Massen funktionieren zu lassen. Auch das gehörte zu den besonderen Herausforderungen jener Zeit. Mit anderen Worten: Das Entstehen des großstädtischen Lebensraums mit einer Vielzahl bislang ungekannter Handlungserfordernisse und -optionen bedeutete ein permanentes Neujustieren der subjektiven wie auch objektiven Wissensbestände, die das Fundament für sinnvolles soziales Handeln bilden. Das Entstehen anschlussfähiger, neuer Typisierungen und Lösungen für alltägliche Probleme führte schließlich zu einer Verschiebung der Sinnsetzungen und Sinnzusammenhänge.

Das galt unter anderem auch für die Einordnung der veränderten sozialstrukturellen Gegebenheiten. Nicht mehr der Adel und das alte Patriziat dominierten die

politischen und ökonomischen Entscheidungen innerhalb der Städte, sondern eine große Gruppe gesellschaftlicher Aufsteiger, das neue Bürgertum, nahm einen immer größeren und schließlich einen dominanten Einfluss. In der modernen Großstadt bildeten sich weiterhin neue Konfliktlinien heraus, zu denen auch die widerstreitenden Anforderungen verschiedener Bevölkerungsgruppen zählten. Die Stadt war einerseits der kulturelle Referenzraum des aufstrebenden und oftmals sehr wohlhabenden neuen Bürgertums und andererseits der Ort, an dem die weniger begüterte Bevölkerung jenseits landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit ihre Existenz zu sichern versuchte. Dem Bürgertum war vor allem daran gelegen, die eigenen Vorstellungen über eine „gute" Lebensführung zu verwirklichen, die neben der Partizipation an einem vielfältigen Kulturleben und der Wahrnehmung von Weiterbildungsmöglichkeiten auch das Bedürfnis nach einem möglichst hygienischen – sprich: gesunden – Umfeld sowie nach einem besonderen Maß an Repräsentativität auch und vor allem in baulicher Hinsicht umfassten. Eine Abgrenzung „nach unten", d.h. die Abgrenzung von Arbeiterschaft, Proletariat und zum Teil auch vom Kleinbürgertum und der langsam entstehenden Mittelschicht, gehörte ebenfalls zu den stadträumlichen Bedürfnissen dieser Bevölkerungsgruppe. Demgegenüber hatten die unteren und auch mittleren Gesellschaftsschichten große Probleme, in der Stadt überhaupt eine erschwingliche und halbwegs adäquate Unterkunft sowie eine existenzsichernde Arbeit zu finden. Auf die Kultur- und Repräsentationsbedürfnisse des Bürgertums traf also ein oftmals harter Kampf ums Überleben.

Die im 19. Jahrhundert entstehende moderne Großstadt hatte einschneidende Auswirkungen auf die dort lebenden sozialen Akteurinnen und Akteure und entwickelte sich zu einer ganz spezifischen räumlichen Vergesellschaftungsform (vgl. Berking 2008: 18) mit je spezifischen Wissensvorräten zur Bewältigung des städtischen Alltags. Dieser neue (bzw. aktualisierte) Wissensbestand war wiederum Grundlage für die Fortentwicklung der jeweiligen Stadt. Die Herausforderungen variierten dabei lokal, sodass es auch in den Vergesellschaftungsprozessen zu unterschiedlichen Ausprägungen gekommen ist. Es stellt sich daher nun die Frage, welchen Herausforderungen man sich in Frankfurt auf dem Weg zur Großstadt gegenübergestellt sah.

3.3
Sicherung des bürgerlichen Lebensraums

Das rasante Wachstum Frankfurts gegen Ende des 19. Jahrhunderts zog wie auch in den anderen entstehenden Großstädten Spannungen nach sich: Während viele

Menschen in die Stadt am Main strömten, um dort Arbeit und eine Existenzgrundlage zu finden, waren die bürgerlichen Gruppen Frankfurts daran interessiert, ein möglichst hygienisches (d.h. gesundes), sicheres und vor allem konfliktarmes Leben in „ihrer" Stadt zu ermöglichen. Angesichts der widerstreitenden Bedürfnislagen ging es dem Frankfurter Bürgertum sowohl um die Sicherung des eigenen Lebensraums aber auch darum, in ihrer sich drastisch wandelnden Stadt das Beständige zu finden und die „Schönheit" der Stadt zu erhalten. Bei den Bemühungen in der Stadtplanung ging es den bürgerlichen Entscheidern deshalb darum, die „›Lesbarkeit‹ ihrer alltäglich genutzten Lebensräume, die durch den wirtschaftlichen und sozialen Wandel in ihrem Bestand gestört waren" (Köhler 1995: 11), aufrecht zu erhalten. Den Ausbau der Stadt verstand das Bürgertum dabei vor allem als den Ausbau des eigenen Lebensraums (vgl. Roth 1996). Der bürgerliche Gestaltungswille fand in einer großen Zahl neu entstehender Repräsentationsbauten für Kultur, Bildung, Forschung und in Form luxuriösen Wohnraums, in neuen und modernen Infrastrukturen und einer sich wandelnden räumlichen Organisation des baulichen Gefüges seinen Ausdruck im Material der Stadt. Die bürgerlichen Eliten investierten viel persönliches Engagement und in Frankfurt außerdem sehr viel privates Geld in die Ausgestaltung des eigenen Wohnorts und damit in ihren kulturellen Referenzraum. Man verfolgte hier bisweilen sehr ambitionierte Ziele, während es den weniger privilegierten Bevölkerungsschichten in aller erster Linie darum ging, überhaupt einen bezahlbaren und hygienisch akzeptablen Wohnraum und Arbeit zu finden, was sich in dieser Kombination allerdings oftmals als unmöglich erwies (vgl. Mohr 1992).

In Frankfurt prallten, wie auch in anderen Städten jener Zeit, die oft scheinbar miteinander unvereinbaren Bedürfnislagen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen aufeinander. Der ambivalente Umgang damit zeigte sich wiederum sichtbar im Stadtraum, wie zum Beispiel an der Grenze des Westends zu Bockenheim, also genau dort, wo Anfang des 20. Jahrhunderts das Wissenschaftszentrum mit dem Jügelhaus entstand. An diesem Ort trafen die Exklusivität und der Reichtum des Westends auf Bockenheimer Industrie und Arbeiterschaft, Repräsentativität und Luxus prallten auf die bescheidene Welt des mühsamen Broterwerbs. Für die Sinnkonstitution des Jügelhauses ist diese räumliche Situation bedeutsam und soll noch etwas genauer in den Blick rücken. Um Klarheit bezüglich der sozialen Gemengelage zu erhalten, in welcher der Bau des Jügelhauses beschlossen wurde, geht es aber zunächst darum, die entscheidende gestalterische Kraft im Frankfurt jener Zeit genauer zu betrachten: das einflussreiche Bürgertum und seine besonderen Anforderungen an den Stadtraum, die es in immer wieder durchzusetzen verstand.

Frankfurt zählte zu den reichsten deutschen Städten – man nannte die Stadt auch das „Geldloch" des Reichs (Schivelbusch 1985: 30) – und das dort lebende

Bürgertum (als „Träger“ dieses Reichtums) setzte sich für das Entstehen eindrucksvoller Bauten ein. Mit dem Gründerzeitboom und dem enormen wirtschaftlichen Aufschwung, den Frankfurt ab den 1870er Jahren erlebte, entstanden nicht nur zahlreiche Gebäude des öffentlichen Lebens (z.B. Bildungs- und Kultureinrichtungen), sondern es entwickelte sich außerdem eine derart rege Bautätigkeit von luxuriösen Wohnungen, dass es hier ab den 1880er Jahren sogar zu einer Übersättigung des Marktes kam und Luxuswohnungen leer standen (Mohr 1992: 99). Vor allem im Westend setzten Investoren, meist Bauunternehmungen, auf den Bau exklusiver Wohnhäuser, die teils vermietet, teils verkauft wurden. Überhaupt ist das Westend das eindrücklichste Beispiel für die bürgerlichen Repräsentationsbedürfnisse des damaligen Frankfurts. Dort entstanden besonders prachtvolle, teilweise palastähnliche Villen, dort residierte Frankfurts vornehmste Bewohnerschaft auf höchstem Niveau. Das Quartier im Westen der Stadt hatte sich im Lauf des 19. Jahrhunderts von einer Fläche mit Gärten und Landwirtschaft zum exklusivsten Viertel der Stadt entwickelt (vgl. Merten/Mohr 1974). Die Repräsentativität des Westends war jedoch nicht dessen einziges Alleinstellungsmerkmal: Während alle anderen Stadtteile Frankfurts üblicherweise eine teilweise sogar sehr hohe soziale und in der Regel auch eine funktionale Durchmischung von Wohnen, Gewerbe, Einkaufsmöglichkeiten und Gastronomie hatten, setzte sich das Westend durch seine (groß-)bürgerliche Monokultur, die es in dieser Form nirgends sonst in Frankfurt gab, deutlich vom Rest der Stadt ab (vgl. Köhler 1995). Weiterhin war das Westend ab ca. Mitte des 19. Jahrhunderts ein Stadtteil, den man seitens der städtischen Selbstverwaltung mit vergleichsweise großer Sorge und Sorgfalt bedachte.

Die Entstehung und Gestaltung des Westends im Laufe des 19. Jahrhunderts war ganz bestimmten Gruppen der Frankfurter Oberschicht zu verdanken. Nicht mehr das alteingesessene Patriziat der Stadt gab hier den Ton an, sondern es waren „vor allem die Familien, die seit Jahrhunderten nur ihrer großen wirtschaftlichen Bedeutung wegen in der Stadt geduldet wurden, das Bürgerrecht aber bis zur Aufhebung der reichsstädtischen Verfassung im Jahre 1806 nicht erwerben konnten: die Reformierten, die Italiener und [...] die Juden. Die hohe wirtschaftliche Überlegenheit dieser drei Gruppen über die Frankfurter Bürgerschaft gewährleistete ihnen zwar das Recht, in der Stadt ihren Gewerben nachgehen zu dürfen, sie waren aber eben aus diesem Grunde wenig beliebt und wurden im Übrigen in möglichst engen Schranken gehalten.“ (Merten/Mohr 1974: 10). Vor allem die prominenten Vertreter der diskriminierten Gruppe nicht eingebürgerter Frankfurter Handelsleute erwarben Besitz im Westend, so z.B. die Rothschilds oder die

Brentanos[5] (ebd.: 11). Das Westend übte in erster Linie auf die ökonomisch und sozial aufstrebenden Schichten eine besondere Anziehungskraft aus (vgl. Schivelbusch 1985).

Ein besonderer Pluspunkt dieser Stadtlage war zwar unter anderem die schöne Aussicht auf den Taunus, letztendlich dürften aber vor allem die völlig erschöpften Ausdehnungsmöglichkeiten der anderen beliebten und besonders vornehmen Wohnquartiere der Stadt[6] für die immer weitere Ausdehnung des neuen Luxusquartiers gesorgt haben. Im Westend war „noch genügend Platz, genügend Baugelände verfügbar [...], um Neuankömmlinge aufzunehmen. Das Westend bietet dem erfolgreichen Aufsteiger die Chance, mit dem Bau einer Villa seinen neuen Status zu besiegeln." (Schivelbusch 1985: 64, Hervorhebung TE) Sozialstrukturell unterschied sich das Westend schon immer von den übrigen Stadtquartieren und zeichnete sich durch ein vorwiegend großbürgerliches Wohnumfeld aus: „hier waren die Mieten am höchsten, und dies keinesfalls leidvoll, denn Absonderung und Segregation waren gewünscht und verlangten ihren Preis." (Köhler 1995: 47) Bereits um 1840 herum galt das Westend als „unbestritten vornehmstes Wohnviertel des Bürgertums" (Mohr 1992: 36).

Ab den 1870er Jahren zogen verstärkt Großkaufleute und Unternehmer auch in die außenstädtischen Stadtteile im Nordwesten und Nordend, das wohlhabende Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum aber wohnte vor allem im Westen, kaum anderswo in der Stadt (vgl. Köhler 1995: 47f.). Wolfgang Schivelbusch, der die Hintergründe für den Bau des Frankfurter Opernhauses beleuchtet hat, weist außerdem darauf hin, dass im Westend Bankiers eher über-, Kaufleute und Rentiers hingegen eher unterrepräsentiert waren, und dass auch der Anteil jüdischer

5 Der aus der Frankfurter Judengasse stammenden Bankiersfamilie Rothschild gelang ab dem 19. Jahrhundert ein besonders erfolgreicher sozialer und ökonomischer Aufstieg. Mayer Amschel Rothschild und seine fünf Söhne zählten zu den führenden Bankiers der europäischen Fürsten und Staaten (Klötzer 1996: 2015). Die streng katholischen Brentanos stammten von einem lombardischen Adelsgeschlecht ab und hatten sich ab dem 17. Jahrhundert als Kaufmannsfamilie in Frankfurt etabliert. Sie konnten aufgrund ihres Glaubens lange Zeit nicht das an die lutherische Konfession gebundene Bürgerrecht erwerben, zählten aber zu den ersten, die später in das Bürgerrecht aufstiegen (Klötzer 1994: 101).

6 Mitte des 19. Jahrhunderts war auch das Ostend noch ein exklusives Wohnumfeld, verlor aber zusehends an Anziehungskraft. Als besonders vornehm galt weiterhin das Gebiet der alten Wallanlagen: „Hier wohnen Familien, die seit Generationen, mindestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts, vermögend sind, Inhaber von Handelsunternehmen mittlerer Größe, erfolgreiche Advokaten und vor allem Rentiers." (Schivelbusch 1985: 62) Die Bewohnerinnen und Bewohner der Wallanlagen hatten im Vergleich zum noch im Entstehen befindlichen Westend zumindest bis Ende des 19. Jahrhunderts einen entscheidenden Vorteil: ihre Wege zu den gesellschaftlichen Institutionen der Stadt waren kurz. „Es ist, als seien die Kulturinstitute [die etwa zeitgleich mit den Wohnbauten der Wallstraßen entstanden waren, TE] eigens für sie gebaut, ihnen geradezu vor die Tür gesetzt worden." (Schivelbusch 1985: 64) Zu den bevorzugten Gegenden des anspruchsvollen Bürgertums gehörten außerdem Untermain- und Schaumainkai (nördliches und südliches Mainufer). Dort entstanden 1750-1780 nahe am Fluss stehende, sehr stattlich Gartenhäuser. Der Bezirk entlang des Mainufers wurde nach 1800 zwar architektonisch noch vielfach verändert, bot aber keine Ausdehnungsmöglichkeiten (Merten/Mohr 1974: 9).

Bewohnerinnen und Bewohner deutlich höher war als in den anderen vornehmen Wohngegenden der Stadt (Schivelbusch 1985: 64). Im Westend richtete sich nicht einfach nur eine sehr wohlhabende Bevölkerung ein, sondern der Typus eines fortschrittlich ausgerichteten Wirtschaftsbürgertums, das seinem (zum Teil verhältnismäßig „neuen") sozialen Status Ausdruck verleihen wollte. Der seit Beginn des 19. Jahrhunderts immer stärker werdende Auszug vor die Tore der Stadt war darüber hinaus „nicht nur in den gesteigerten Lebensbedürfnissen der sich entwickelnden Unternehmerschicht zu suchen [...], sondern auch in dem langsam anschwellenden Zuzug ländlichen Proletariats, das in die innerstädtischen Altstadtgebiete strömt und manche ehemals bürgerlichen Wohnviertel für den Bourgeois unerträglich macht [...]. Die Verfeinerung des häuslichen Lebens, das herrschend gewordene Bedürfnis nach frischer Luft, nach Aussicht und Gärten hat einen wahren Exodus der inneren Stadt vor die Tore erzeugt." (Mohr 1992: 38)

Sozialstrukturell betrachtet siedelte sich im Westend also eine sehr exklusive Gesellschaft an: reich und teilweise neureich, aufstrebend und in der Regel fortschrittsorientiert, hier lebte die wirtschaftlich stärkste Fraktion in der Frankfurter Bevölkerung. Für das dort ansässige Bürgertum war es zur Entfaltung des eigenen sozialen Status enorm wichtig, die Exklusivität der eigenen Wohnlage aufrecht zu erhalten. Bei der Ausdehnung des beliebtesten Quartiers der Frankfurter Wirtschaftselite gen Westen gab es allerdings ein nicht zu unterschätzendes Problem: Es entfernte sich immer weiter vom Stadtzentrum und damit auch von den dort angesiedelten Vereinen, Clubs, dem Theater, dem Konzertsaal, der Kunstgalerie und von der Bibliothek[7] (Schivelbusch 1985: 64), oder anders gesprochen: Es entfernte sich von den Orten kultureller Geselligkeit, die für die Konstitution von Bürgerlichkeit unabdingbar waren. Bis zu Beginn der 1870er Jahre besaß das Westend „außer einem kleinen zoologischen Garten keinen einzigen gesellschaftlichen, geschweige denn kulturellen Treffpunkt." (Schivelbusch 1985: 64) Für die äußerst repräsentationsbedachte Klientel des Westends ein nahezu unhaltbarer Zustand. Mit der Durchsetzung des Quartiers als bevorzugte Wohnlage in Frankfurt sollte sich das jedoch bald und vor allem entscheidend ändern: Die aufstrebende Bewohnerschaft des ebenfalls aufstrebenden Stadtteils setzte viel daran, das eigene Gebiet „*kulturell aufzuwerten*; Institutionen ins Leben zu rufen, wo eigenes gesellschaftliches Leben sich entfalten kann, ja die vielleicht sogar *in Konkurrenz mit den Institutionen der älteren Schichten* treten können. Nachdem sie ihre Villen gebaut haben, beginnen die Millionäre im Westend damit, gesellschaftliche Repräsentationsbauten zu planen." (Schivelbusch 1985: 68, Hervorhebung TE)

Es ist einer besonderen Motivationsrelevanz seitens der aufstrebenden bürgerlichen Eliten Frankfurts zu verdanken, dass im Westend mit der Zeit – auch gegen

7 Die Stadtbibliothek lag am dem Westend entgegengesetzten Ende der Stadt.

Widerstände durchgesetzt – einige hervorzuhebende Bauprojekte realisiert wurden. 1871 eröffnete im nördlichen Westend der Palmengarten nebst seinem vornehmen Gesellschaftshaus. Die anderen vorgeschlagenen Standorte in Frankfurt konnten nicht mithalten, denn den größten Anteil an Aktien der Palmengartengesellschaft hatte vor allem die Bewohnerschaft des Westends rund um das später auserkorene Gebiet erworben und konnte sich gegen die vorgeschlagenen Alternativorte durchsetzen (Schivelbusch 1985: 69ff.).[8] Einige Jahre später eröffnete 1880 im Westend das repräsentative neue Opernhaus, für das ursprünglich ebenfalls ein anderer Standort vorgesehen war[9]. Die ehemals gleichermaßen bevorzugten Wohngegenden Frankfurts (nördliches und südliches Mainufer und die Wallstraßen) wurden mit der Zeit vom Westend überholt und abgelöst. Bis vor dem 1. Weltkrieg gelang es, vermutlich aufgrund der Einflussnahme der dort lebenden Elite, zahlreiche bedeutende Einrichtungen in unmittelbare räumliche Nähe des Quartiers bzw. im Quartier selbst anzusiedeln. Neben Palmengarten und Oper folgte wenig später das Königliche Institut für experimentelle Therapie (dem späteren Paul-Ehrlich-Institut) und schließlich das Wissenschaftszentrum mit dem Jügelhaus, das später zum Hauptgebäude der ersten Stiftungsuniversität des Deutschen Reiches wurde. Gemeinsam mit der Festhalle (1908 eröffnet) als einer weit über Deutschlands Grenzen hinaus bewunderten Ausstellungshalle und der palastähnlichen Kaiserlichen Oberpostdirektion (1907 eröffnet) versammelte sich hier eine Vielzahl großer Repräsentativbauten wichtiger Institutionen der Stadt. Die

8 Als alternative Standorte waren damals das Gelände der Pfingstweise sowie die Bornheimer Heide im Gespräch – zwei Standorte im Osten der Stadt (Schivelbusch 1985: 69). Am 7. Januar 1869 stimmten die Palmengarten-Aktionäre allerdings mit 469 zu 94 Stimmen für den Standort im Westen der Stadt (ebd.: 71).

9 Zunächst hatte man einige der öffentlichen Plätze in zentraler Lage anvisiert (Schillerplatz, Goetheplatz, Roßmarkt, Theaterplatz), aber damit hätte man die ohnehin schon sehr geringe Zahl freier Plätze in der Stadt nochmals reduziert. Das Interesse konzentrierte sich schließlich auf ein Gelände direkt hinter dem alten Theater, den sogenannten Rahmhof, der sich im städtischen Besitz befand und damals ungenutzt war (Schivelbusch 1985: 72). Die „geopolitische Lage" des Rahmhofs bezeichnet Schivelbusch als überaus günstig, da die Lage halbwegs „neutral" gewesen sei und zwischen dem einstmals ebenfalls vornehmen Ostend, das allerdings an seiner repräsentativen Anziehungskraft zunehmend einbüßte, und dem Westend lag. Auch von der Wallstraßen-Bewohnerschaft war der Standort gut zu erreichen. Die Stadtverordnetenversammlung hatte am 9. Februar 1871 den zentral gelegenen Rahmhof als Bauplatz genehmigt, aber es kam dennoch anders. Anfang 1872 gab es einen neuen, scheinbar noch geeigneteren: ein Doppelgrundstück an der Hochstraße, „ein ausgedehntes Gartengelände direkt am Anlagenring am Bockenheimer Tor. Die Frankfurter Handelskammer, die diese Grundstücke […] gekauft hat, bietet sie nun der Stadt im Tausch gegen das Rahmhofgelände an. Drei Mitglieder der Delegation der Handelskammer, die das Angebot unterbreitet, sind auch Theaterstifter und Bewohner des Westends." (Schivelbusch 1985: 73f.) Auf dem Rahmhof-Gelände entstand am Ende die Neue Börse und die Oper wurde auf Westend-Boden erbaut. Spätestens ab diesem Zeitpunkt verlor das Ostend zusehends an Glanz. Bald gab es „keine Spur mehr davon, daß die Hanauer Landstraße einmal an Eleganz mit der Bockenheimer Landstraße konkurrieren konnte. Denn nun trennen sich die Wege der beiden Stadtteile endgültig und verlaufen in entgegensetzte Richtungen. Während sich das Westend kontinuierlich weiterentwickelt zum Zentrum des eleganten Frankfurt, wird das Ostend zunehmend von der Industrie bestimmt." (Schivelbusch 1985: 76)

außerordentlich „repräsentative Aura“ des Quartiers, die allein schon durch die Villen und exklusiven Miethäuser sowie die Zusammensetzung und Homogenität der Bewohnerschaft wie auch durch die hohen Mieten gegeben war, erhielt mit diesen Einrichtungen bzw. Bauten eine besondere Betonung. Von den dort ansässigen Familien war dies gewollt und wurde begrüßt, kam es doch den Bedürfnissen nach Repräsentation und vor allem auch nach gesellschaftlicher Teilhabe sehr entgegen.[10]

Auch wenn diese Entwicklung in der gehobenen Frankfurter Gesellschaft größtenteils willkommen gewesen sein mag, erfolgte sie nicht ohne unerfreuliche Nebenwirkungen. Während die luxuriösen Wohnhäuser zum Teil wie Pilze aus dem teuren Bodenschossen,[11] machten sich deren profitorientierte Investoren, die in der Regel auch für den Bau der Straßen verantwortlich waren, wenig Gedanken darüber, wie sich das neu Entstandene in das Ganze einfügte. Das geschah wiederum nicht immer zur Freude der Bewohnerschaft der exklusiven Wohnquartiere (vgl. Köhler 1985). Für die weniger Vermögenden war es zudem schwer, in Frankfurt an erschwinglichen Wohnraum zu kommen, da man bei der Produktion von Wohnraum den Schwerpunkt auf das Luxussegment setzte (vgl. Mohr 1992). Exklusives Bauen für die aufgestiegenen bzw. aufsteigenden und (teilweise neu-)reichen Bevölkerungsschichten versprach schlichtweg die deutlich größeren Gewinne. Der Wohnungsbau für die mittleren und vor allem die unteren Gesellschaftsschichten war unprofitabel und lohnte sich nur dann, wenn man stark verdichtet baute, ohne Rücksicht auf Luft und Licht, und für diese Wohnungen obendrein absurd hohe Mieten forderte, um am Ende doch noch auf die gewünschte Rendite zu kommen.[12] Doch auch jenseits der Luxusunterkunft waren in der Kaiserzeit die Mieten in Frankfurt (und in Hamburg) deutlich höher als in den anderen deutschen Städten (Köhler 1995: 318).

Aufgrund eines zu geringen Einkommens konnte sich Ende des 19. Jahrhundert weniger als ein Drittel der Frankfurter Haushalte eine „vernünftige“ Bleibe leisten, der Rest musste in desolaten Verhältnissen leben (vgl. Köhler 1995: 46): Überbe-

10 Gudrun-Christine Schimpf diagnostiziert genau das auch für andere Städte, in denen ab etwa 1875 nach sozialem Status ausdifferenzierte Wohnviertel entstanden, da auch dort der „Lage von Kulturinstituten […] dabei städtebauliche Relevanz zu[kam], waren sie doch vor allem für die anspruchsvollen Mitglieder des gehobenen Bürgertums von großer Bedeutung.“ (Schimpf 2007: 115)

11 „Bodenpreise und Baukosten in Frankfurt [zählten] zu den höchsten in Europa […].“ (Mohr 1992: 65)

12 Der Wohnungsbau für die mittleren und unteren Gesellschaftsschichten kam aufgrund der mangelnden Lukrativität entweder zu kurz oder setzte derart auf Verdichtung oder auf billigstes Bauen, dass die Wohnverhältnisse teilweise unzumutbar waren. Die Notwendigkeit, erschwinglichen, hygienisch vertretbaren und vor allem ausreichenden Wohnraum für Kleinbürgertum, Arbeiterschaft und Geringverdienende zu schaffen, war sehr groß, die Chance aber, Investoren zum Bau solch herzlich wenig profitablen Wohnraums zu bewegen, hingegen gering (vgl. Mohr 1992).

legung und Wohnen in schlecht belüfteten, belichteten und überteuerten Behausungen war das Schicksal vieler Frankfurterinnen und Frankfurter, vor allem im Altstadtbereich, in Bornheim sowie in Sachsenhausen (ebd.: 35). Etwa die Hälfte der Frankfurter Einwohnerschaft lebte zu dieser Zeit in ärmlichen Verhältnissen und selbst das Kleinbürgertum war von Wohnungsnot bedroht (Mohr 1992: 47). Die Schritte zum Ausbau der Stadt erscheinen vor diesem Hintergrund immer wieder als ein Programm der bürgerlichen Eliten, die eigenen Interessen auf Kosten von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum umzusetzen. Maßnahmen zur Stadthygiene mittels Kanalisierung und verbesserter Stadtbelüftung mittels Straßendurchbrüchen etc. waren durch die damalige bürgerliche Seuchenphobie angetrieben und nicht etwa durch den Gedanken, *allen* ein besseres Leben in der Stadt zu ermöglichen. Eine erhebliche Verbesserung der Lebenslage unterer Gesellschaftsschichten war aber weder mit diesen, noch mit den weiteren Infrastrukturmaßnahmen verbunden. Im Gegenteil: die Straßendurchbrüche im Innen- bzw. Altstadtbereich vertrieben ärmere Bevölkerungsteile aus ihren Behausungen, für die es keine vergleichbar günstigen Alternativen gab (vgl. Mohr 1992: 62).

Einerseits trug man in Frankfurt im Um- und Weiterbau der Stadt sehr stark den bürgerlichen Bedürfnislagen Rechnung, andererseits setzten sich reformorientierte Kräfte innerhalb des Frankfurter Bürgertums dafür ein, Benachteiligungen in der Bevölkerung auszugleichen. So entwickelte man zum Beispiel auf dem Gebiet des Wohnungswesens Reformansätze, die in der Mainmetropole zu vergleichsweise sehr guten Ergebnissen führten: Hier waren die Prozentzahlen neu entstehender „sozialer“ Wohnungen erheblich höher als in anderen deutschen Großstädten. Während der deutsche Durchschnitt 1895 bis 1912 bei 3 bis 3,5 Prozent lag, lagen die Zahlen in Frankfurt 1880 bis 1913 bei 9,5 Prozent, von 1900 bis 1913 sogar bei 13,2 Prozent (Wischermann 1986: 115). Diese Entwicklung relativiert sich allerdings, wenn man auf die tatsächlichen Mieten dieser genossenschaftlich und gemeinnützig finanzierten Projekte schaut: „Bei Betrachtung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen war man auch hier nicht in der Lage, akzeptablen neuen Wohnraum für sehr geringe Einkommen bereitzustellen.“ (ebd.) Trotzdem war die Wohnungslage in Frankfurt vergleichsweise entspannter als in anderen Großstädten wie Berlin, München oder Hamburg, die Wohnungsversorgung funktionierte hier messbar besser (ebd.: 116). Auch in Bezug auf die Überbelegung von Wohnungen hob sich Frankfurt gegenüber den genannten Städten in deutlich positiver Weise ab (ebd.: 121) und eine Verslumung, wie sie in zahlreichen Industriestädten zu beobachten war, fand hier gar nicht statt (vgl. Jäger 2005).

Mit dem Dilemma, dass für die weniger begüterten Bevölkerungsschichten erschwinglicher Wohnraum fehlte, dieser aber aufgrund der wenig vielversprechenden Gewinnaussichten solcher Investitionen einfach nicht entstand, befasste sich

auch Frankfurts Oberbürgermeister Adickes, der die Bodenspekulation mittels einer Reform in den Bauverordnungen aufzulösen beabsichtigte. Geprägt von den sozialdarwinistischen Ansichten innerhalb der wilhelminischen Gesellschaftspolitik war es Adickes Hauptanliegen für Frankfurt, den „Kampf um das Dasein" zu reduzieren und einen Ausgleich der unterschiedlichen Klassenlagen sowie eine Integration der proletarischen Bevölkerung zu erreichen (Köhler 1995: 18). Noch in seinem ersten Dienstjahr brachte er 1891 die erste Zonenbauordnung im Deutschen Reich auf den Weg. Sein politisches Ziel war es, „die Umgestaltung und Neuordnung der Stadt freizumachen von politischen Disput, weil er rationale Entscheidungen nur verhindern würde." (Köhler 1995: 19) Im Grundkonflikt zwischen den Eigentümern von Grund und Boden und der Wohnbevölkerung sah der damalige Frankfurter Oberbürgermeister eine Gefährdung des gesellschaftlichen Konsenses.

Adickes, dem damaligen Liberalismus verpflichtet, stellte dabei das Privateigentum aber keinesfalls in Frage, sondern ihm ging es um eine Sicherung und Stabilisierung, die er durch eine besondere „Aufgabenteilung" innerhalb der Stadt realisieren wollte: Die Kommunalverwaltung sollte die Systembedingungen zur Entfaltung einer „allseitig gesunden privaten Tätigkeit" sichern, Privateigentümer hatten die Aufgabe, „den allgemeinen politischen Konsens zwecks Stabilisierung der städtischen Lebensform zu schaffen" (Köhler 1995: 20) und das Bürgertum sollte Wohnstandards definieren, „um über das Vorleben entsprechende Verhaltensnormen auf proletarische Wertsetzungen sozialintegrativ wirken zu können [...]." (ebd.). Damit agierte und argumentierte er ganz im Sinne des damaligen bürgerlichen Wertehimmels, der bereits weiter vorne Erwähnung gefunden hat. Adickes verstand sich als städtebaulicher Sozialreformer, der als Vermittler zwischen den Interessengruppen auftritt, sowie als Erzieher für gesellschaftliche und kulturelle Fragen und war der Überzeugung, mit der „richtigen" (und idealerweise offenen) Bauweise „zum Ausgleich polarer gesellschaftlicher Konflikte beizutragen." (ebd.: 22)

In Frankfurt waren die bürgerlichen Eliten – wie in den anderen Städten der damaligen Zeit – darauf bedacht, den eigenen Lebensraum nach den eigenen Vorstellungen und Bedürfnissen zu gestalten. Die Besonderheit an Frankfurts Weg zur Großstadt war, dass die Durchsetzung der bürgerlichen Interessen nicht völlig rücksichtslos auf Kosten der Bevölkerungsschichten mit geringeren politischen wie auch ökonomischen Privilegien erfolgte. Gerade im wohlhabenden Frankfurt gab es immer wieder deutliche Bestrebungen, die Bedürfnisse *aller* Bevölkerungsschichten unter einen Hut bekommen zu wollen, vielleicht sogar stärker als in anderen Städten. In Frankfurt sorgten die reformerischen Anstrengungen Ende des 19. Jahrhunderts dafür, dass auch die Bedürfnisse von Arbeiterschaft und Kleinbürgertum Berücksichtigung fanden. Das zeigte sich einerseits in den Wohnungsreformen und der neuen Bauordnung und andererseits in den Anstrengungen auf

dem Gebiet der Arbeiterbildung (vgl. Roth 1996) sowie in den zahlreichen sozialpolitischen Neuerungen, wie etwa der Schaffung einer kostenfreien gemeinnützigen Rechtsauskunft und einer Arbeitsvermittlungsstelle (Jäger 2005). Schlussendlich führten die Reformbestrebungen in Frankfurt aber vor allem auch dazu, dass sich die Stadt gerade deshalb mehr oder weniger im Einklang mit den bürgerlichen Wertvorstellungen entwickelte. Die ausbleibende Slumbildung sorgte nicht für eine Zerstörung des schönen Stadtbildes und die Kooperation zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum sorgte für eine weitreichende „Verbürgerlichung" der städtischen Lebensweisen (vgl. Roth 1996). Letztendlich erwies sich der eingeschlagene Reformkurs also auch für die bürgerlichen Eliten als profitabel.

3.4
Stadtgestaltende Maßnahmen und Interventionen

Bei der bürgerlichen Ausgestaltung des städtischen Lebensraums spielte die Dominanz der bürgerlichen Eliten Frankfurts in den Selbstverwaltungsgremien der Stadt eine entscheidende Rolle. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts machte das Bürgertum im Magistrat etwa 90 Prozent (Roth 1996: 496) und in der Stadtverordnetenversammlung etwa 80 Prozent aus (vgl. ebd.: 500). Diese Gewichtung zugunsten des Bürgertums ist vor allem den Rekrutierungsmechanismen der genannten Gremien geschuldet. Die Magistratsmitglieder wurden durch die gewählte Stadtverordnetenversammlung bestimmt. Die Wahl des Stadtparlaments wiederum war geregelt durch ein freies Wahlrecht für alle Bürger. Da der Erwerb des Bürgerrechts jedoch unter anderem an die Zahlung eines höheren Geldbetrags geknüpft war,[13] beschränkte sich das Stimmrecht für die Wahl des Stadtparlaments auf Männer mit einem bestimmten Vermögen. Dieser zu zahlende Geldbetrag lag in Frankfurt weiterhin über den ansonsten in Preußen zu zahlenden Betrag, nämlich bei 700 statt bei 500 Gulden (Kropat 1971: 31). Das bedeutete, dass sich nur ein Drittel bis etwa die Hälfte der Männer, die das Reichstagswahlrecht hatten, auch an den Kommunalwahlen beteiligen durfte (Köhler 1995: 16). Diese Regelung hatte bei den Wahlen wiederum die Begünstigung von Kandidaten aus ebenso gut situierten

13 „Die politische Berechtigung wurde im einzelnen an Klauseln wie die preußische Staatsbürgerschaft, Volljährigkeit, männliches Geschlecht, selbständige Lebensführung, sowie mindestens ein Jahr Wohnaufenthalt in der Stadt geknüpft. Darüber hinaus durften die Antragsteller keine Armenunterstützung empfangen, mußten Rechenschaft über die Zahlung von Gemeindeabgaben ablegen und entweder den Besitz eines Wohnhauses in der Stadt oder ein stehendes Gewerbe mit mindestens zwei Gesellen oder ein Mindesteinkommen von 700 Gulden nachweisen." (Roth 1996: 491)

bürgerlichen Kreisen zur Folge sowie „eine Spaltung der städtischen Bevölkerung in eine privilegierte und in eine in politischer und gewerblicher Hinsicht benachteiligte Schicht […].“ (Kropat 1971: 29) Die Gemeindeordnung von 1867, die sowohl das Bürger- als auch das Wahlrecht regelte, sorgte für eine Abschottung der bürgerlichen Gesellschaft nach unten, von einer Gleichheit der Einwohnerinnen und Einwohner Frankfurts konnte nicht die Rede sein (vgl. Roth 1996: 491f.).

Über die Geschicke der Stadt bestimmte eine ausgewählte, größtenteils bürgerliche,[14] Gesellschaftsschicht, andere Akteure – und Akteurinnen sowieso – blieben bei den Entscheidungen systematisch ausgeschlossen. Die bürgerlich dominierten städtischen Selbstverwaltungsgremien (Magistrat und Stadtverordnetenversammlung) waren die entscheidende legitimierende Kraft, wenn es um die Durchsetzung bürgerlicher Interessen in Bezug auf die Gestaltung des Lebensraums ging. Der Historiker Ralf Roth betont diese Gestaltungskraft: „Kaum eine Entscheidung wurde ohne die Stadtverordneten getroffen. Erst wenn sie sich der Sache angenommen hatten, wurde Realität, was für die Kommune an Maßnahmen für notwendig erachtet wurde […].“ (Roth 1996: 498)

Zwar kam es im Lauf des 19. Jahrhunderts zu Verschiebungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung der städtischen Selbstverwaltungsgremien, es blieben aber dennoch dieselben Sozialgruppen vertreten. Die Anteile von Bildungsbürgern, Beamten, Handwerkern, Patriziern, Kaufleuten, Bankiers und später auch die hinzukommenden Fabrikanten veränderten sich mehrfach. Während im Magistrat die Vertreter mit bildungsbürgerlichen Hintergrund (Bankiers, Kaufleute, Handelsleute, Fabrikanten, Verleger, Bierbrauer, etc.) gegenüber den Vertretern aus dem Wirtschaftsbürgertum (Geistliche, Mediziner, Advokaten, Ingenieure und andere Akademiker) dominierten (mit ca. 42 Prozent zu 29 Prozent), war das Verhältnis in der Stadtverordnetenversammlung umgekehrt: Dort waren die Wirtschaftsbürger, die aber nicht zwangsläufig zugleich aus der ökonomischen Elite der Stadt kamen, mit 46 Prozent der Sitze stärker vertreten als das Bildungsbürgertum mit ca. 34 Prozent. Die politische Orientierung in der Stadtverordnetenversammlung war um 1900 fast gleichmäßig auf Links- und auf Rechtsliberale vereint, Konservative waren nicht vertreten und es gab einen ersten sozialdemokratischen Vertreter (ebd.: 594). Vor allem die nationalliberalen, überwiegend wirtschaftsbürgerlichen Vertreter der Stadtverordnetenversammlung sahen „sich meist in der Position, Vorrechte der Bürgerschaft zu verteidigen“, was sich auch in den Debatten um das Jügelhaus-Projekt zeigen sollte. Ihre Positionen dafür konnten die Nationalliberalen stärken, indem sie für „den Bereich der Stadtplanung […] qualifizierte Fachvertreter wie Bau-Ingenieure und Architekten gewinnen“ konnte und „den Magistratsvorlagen mehrmals mit eigenen Vorschlägen“ entgegentrat

14 Auch einige Handwerker verfügten über die nötigen Voraussetzungen für den Erwerb des Frankfurter Bürgerrechts und waren in der gewählten Stadtverordnetenversammlung vertreten.

(Köhler 1995: 56). Oberbürgermeister Adickes genoss bei den Nationalliberalen außerdem einen unvergleichlich großen Vertrauensvorschuss (ebd.).

Bemerkenswert an der sozialstrukturellen Zusammensetzung bei den politischen Mandaten im Zeitraum von 1867 bis 1914 war die Tendenz zu den mittleren Einkommen, die *wirtschaftliche* Elite der Stadt war tatsächlich unterrepräsentiert. Letztere nahm auf andere Weise gestaltenden Einfluss auf „ihre" Stadt, worauf ich später noch genauer eingehe. Frankfurts politische Führungsschicht setzte sich aus allen Gruppen des Bürgertums zusammen, die exklusive Schicht der teilweise superreichen Bankiers und Kaufleute nahm aber im aktiven politischen Geschehen eher eine untergeordnete Rolle ein (vgl. Roth 1996). Laut Ralf Roth legte man auf eine Durchmischung großen Wert und er zitiert in diesem Zusammenhang den linksliberalen Frankfurter Otto Kanngießer, der um 1890 verlautbaren ließ: *„Wir wollen nicht, daß auch in den Gemeindesachen nur der Geldsack bei uns den Ausschlag gibt!"* (ebd.: 570)

Karl Malys Untersuchung der Entwicklungen in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung von 1867 bis 1900 durch Karl Maly belegt allerdings, dass aufgrund der besonderen Zusammensetzung des Stadtparlaments in vielen Fällen keine Trennung privater von öffentlichen Interessen erfolgte (Maly 1992: 391). Trotz des Nachweises durch Ralf Roth, dass es bei der Einkommensverteilung unter den Stadtverordneten eine Tendenz zu den mittleren Einkommen gegeben habe, bleibt es eine Tatsache, dass die Vertreter dieses Gremiums noch immer zu den „Besserverdienenden" und damit zu der Gruppe zählten, die aufgrund des Frankfurter Steuersystems[15] die steuerliche Hauptlast trugen. Maly zieht deshalb den Schluss, dass die – zu großen Teilen als Selbständige gewerblich tätigen – Stadtverordneten dazu geneigt hätten, mit dem städtischen Geldern wie mit dem eigenen Vermögen umzugehen. In Malys Lesart war dieser Umgang dadurch geprägt, dass die Stadtverordneten „den sinnvollen Einsatz und sparsamen Verbrauch der zur Verfügung stehenden Finanzmittel gewissenhaft" beachtet hätten (Maly 1992: 391). „Sinnvoll" kann man im hier betrachteten Kontext so deuten, dass es den Vertretern im Frankfurter Stadtparlament vor allem auch darum ging, die bürgerliche Lebenswelt zur bestmöglichen Entfaltung zu bringen.

Jenseits der politischen Mandate konnten die bürgerlichen Eliten über das rege Vereins- und Clubwesen Einfluss auf die Entwicklungen in der Stadt nehmen. Über die Vereine erfolgte eine äußerst effektive Vernetzung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaftsschicht und sie waren ein sicherer Weg, den eigenen Interessen Gehör zu verschaffen bzw. ihnen zur Umsetzung zu verhelfen (vgl. Roth 1996). Eine besondere Form des bürgerlichen Zusammenschlusses waren die Bezirksvereine, in

15 1875 hatte man die indirekten Steuern zugunsten eines Aufschlags zur städtischen Einkommenssteuer abgeschafft, die sich durch eine sehr mäßige Progression bei den unteren Einkommen auszeichnete (Maly 1992: 95).

welchen sich die bürgerlichen Eliten zusammenschlossen, um ihre auf den Stadtraum bezogenen Bedürfnisse artikulieren zu können: „Derjenige, der sich mit seiner Stadt oder seinem Wohnquartier identifizieren konnte, erhob Anspruch auf Mitsprache, und er fand im Bezirksverein seine Organisation und Interessenvertretung. [...] Er sorgte zunächst ganz allgemein für den gelingenden gesellig-gesellschaftlichen Zusammenhalt unter den Stadtteilbewohnern, [...] verstand sich aber in noch stärkerem Maße als bürgerliche Interessenvertretung, indem er die Stadtverwaltung auf städtebauliche Defizite seines Stadtteils aufmerksam machte und entsprechende Infrastrukturmaßnahmen forderte." (Köhler 1995: 133)

Für die wirtschaftliche Oberschicht Frankfurts, der ein großer Teil der Westend-Bewohnerschaft angehörte, zählte der Bezirksverein jedoch nicht zu den Instrumenten, über die man auf die Gestaltung des städtischen Raums Einfluss nahm (Köhler 1995: 135). Nichtdestotrotz war es auch den im Westend Ansässigen wichtig, dass es in Frankfurt auf dem Weg zur Großstadt nicht zu Beeinträchtigungen in der Wohn- und Lebenskultur kam (ebd.: 138). Die gestaltende Macht der *wirtschaftlichen* Oberschicht zeigte sich auf andere Weise. Hier spielten die so genannten „Clubs" eine besondere Rolle, die eine wichtige Institution für das gesellige Zusammenleben der Reichsten in Frankfurts Wirtschaftsbürgertum waren, das ich nachfolgend als „Großbürgertum" bezeichnen möchte. Die Clubs unterschieden sich von den anderen bürgerlichen Vereinen unter anderem dadurch, dass sie im Lauf der Zeit fast völlig den Bildungsanspruch fallen ließen (Roth 1996: 579f.) und kaum Mitglieder aus Magistrat und Stadtverordnetenversammlung umfassten. Die Clubmitglieder nahmen in aller Regel wenig aktiv an der Kommunalpolitik teil. Dennoch ging es den hier Versammelten nicht nur um Geselligkeit, sondern auch um die Mitgestaltung des städtischen Umfelds. Frankfurts Großbürgertum engagierte sich „in vielfältiger Hinsicht am kulturellen Leben der Stadt" und vor allem die Mitglieder des Casino-Clubs sorgten dafür, „daß gerade in diesem Bereich zahlreiche repräsentative Bauten entstanden." (Roth 1996: 580) Die Clubmitglieder setzten sich z.B. für den Wiederaufbau des Doms, den Ausbau und Erhalt des Palmengartens, die Verlegung und Erneuerung des Zoos und viele für den Bau der Oper oder die Erneuerung anderer Kultureinrichtungen ein (ebd.).

Nicht zuletzt war es auch das rege Stiftungswesen, mit dem sich das Frankfurter Bürgertum gestaltende Möglichkeiten eröffnete. Dank der ökonomischen Verhältnisse in Frankfurt war das dortige Stiftungswesen Ende des 19. Jahrhunderts von einer Flutwelle des wirtschaftlichen Erfolgs getragen. Die bürgerlichen Eliten erfreuten sich nicht nur in der eigennützigen Verwendung ihres Reichtums, sondern ließen viel Geld in gemeinnützige Zwecke fließen. Die Stiftungen wiederum „halfen zusammen mit dem Vereinswesen dem Bildungsprogramm der bürgerlichen Aufbruchsbewegung eine feste organisatorische Grundlage zu verschaffen, trugen zu wesentlichen Teilen im sozialen Bereich die Armen-, Kranken-, Waisen- und

Altersversorgung und traten gerade im kulturellen Bereich mit überraschenden Innovationen wie Forschungsanstalten, neuen Schultypen und Bildungseinrichtungen, wozu auch die neuen modernen Museen gehörten, hervor.“ (Roth 1996: 581f.) Stiftungen eröffneten dem Bürgertum ergänzend zu den Partizipationsmöglichkeiten in der städtischen Selbstverwaltung eine besondere Einflussnahme auf die Entwicklung der eigenen Stadt, die auch in baulicher Hinsicht ihren Ausdruck fand. Denn aus den Spenden und Stiftungsgeldern entstanden repräsentative Gebäude, die das Wirken der Stifterinnen und Stifter im Stadtraum sichtbar machten. Die bürgerlichen Werte fanden auf diese Weise auch eine materielle Manifestation. Mit den vollständig aus privaten Geldern finanzierten Repräsentationsbauten wurde außerdem noch etwas anderes im Stadtraum sichtbar: der Machtwechsel vom alten Patriziat zum neuen Bürgertum (vgl. Schivelbusch 1985: 147). Nicht mehr das alteingesessene alte Bürgertum bestimmte über das kulturelle und das wirtschaftliche Geschehen in der Stadt, sondern es waren die aufstrebenden Familien des Bildungs- und Wirtschaftsbürgertums, die hier maßgeblich gestalteten und bereit waren, „Opfer“ dafür zu bringen. Auch beim Jügelhaus-Projekt spielten Stiftungen und die Vereine bestehender Wissenschaftseinrichtungen eine entscheidende Rolle dabei, dass es zu einer räumlichen Zusammenlegung gleich mehrerer wichtiger Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen Frankfurts gekommen war. Wie weiter unten noch genauer auszuführen ist, waren es vor allem die Vereinbarungen und Absprachen mit der Dr. Senckenbergischen Stiftung, der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft und des Physikalischen Vereins, die mit dem Oberbürgermeister Adickes – in seiner Funktion als Vorsitzender der Jügel-Stiftung – getroffen wurden und die den Weg für die Umsetzung des anvisierten Projekts ebneten.

Festzuhalten bleibt, dass sich im Frankfurt des 19. Jahrhunderts bei den bürgerlichen Eliten ein besonderes Bewusstsein dafür herausgebildet hatte, wie man sich in gestaltender Weise in die Veränderungsprozesse der Stadt einbrachte. Dabei ging es nicht nur um den Ausbau kultureller oder mildtätiger Einrichtungen, sondern auch um die Umsetzung infrastruktureller Projekte. In den 1860er bis in die 1880er Jahren floss viel privates Geld in Versorgungseinrichtungen, es blieben sogar ganze „Bereiche der kommunalen Versorgung [...] ganz in privater Hand wie die beiden Gasfabriken oder bis Ende der neunziger Jahre die Straßenbahnen.“ (Roth 1996: 555) Aktiengesellschaften wie die Quellwasser AG, die Palmengarten AG, die Zoogesellschaft AG, die Theater AG oder die Festhallen AG bezeugen, dass das Frankfurter Bürgertum nicht nur in ideeller Form für die Gestaltung seiner Lebenswelt eintrat, sondern sich bereitwillig mit privaten Geld an der Finanzierung des Stadtumbaus beteiligte (vgl. Roth 1996: 555).

Auf politischer Ebene sorgte man bei den großen Infrastrukturmaßnahmen des 19. Jahrhunderts dafür, dass es nicht zu einer Beeinträchtigung der bürgerlichen

Lebenswelt kam. Die örtliche Lage von Bauten wie etwa des Zentralbahnhofs überprüfte man immer daraufhin, ob sie mit den gewachsenen Lebenswelten kollidierten und versuchte, „die Modernisierungsmaßnahmen sozialverträglich und sozial ausgewogen zu gestalten. Bewahrung der traditionellen bürgerlichen Lebenswelt bei gleichzeitiger Erneuerung – Modernisierung im Zeichen der Tradition – lautete [...] das anspruchsvolle Programm." (Roth 1996: 560f.) Im Ergebnis all dieser Initiativen „präsentierte sich Frankfurt um 1890 in einer in vieler Hinsicht neuen Gestalt: Welten schienen das bürgerliche Lebensmilieu der sechziger von dem der neunziger Jahre zu trennen." (Roth 1996: 556) Möglich waren diese enormen Veränderungen nur durch das enge Zusammenspiel von städtischer Selbstverwaltung und bürgerlichen Organisationen bzw. privaten Geldgeberinnen und Geldgebern.

Das im Westend lebende Bürgertum profitierte von diesem Zusammenspiel besonders. Christoph Mohr verweist in seinem Bericht über die Stadtentwicklung und Wohnungspolitik in Frankfurt am Main des 19. Jahrhunderts auf die Auffälligkeit, „daß das Westend in besonderer Weise durch eine Konzentrierung von Platzanlagen bevorzugt war, während die nördlichen und östlichen Stadtteile keinen einzigen öffentlichen Platz besaßen. Der wahrscheinliche Grund für die offensichtlich einseitige städtebauliche Bevorzugung des Westends lag wohl *im gesellschaftlichen Rang der maßgebenden Bewohner dieses ›besten‹ Wohnviertels der Stadt, die ihren starken Einfluß direkt oder indirekt bei den Behörden zur Geltung brachten oder ihre Interessen durch ein politisches Mandat im Senat verfolgten*. Auch ökonomische Ursachen sind direkt an der Unausgewogenheit der Stadtentwicklung beteiligt, welche bei der privatwirtschaftlich orientierten Baulanderschließung eines solchen herrschaftlichen Wohnviertels das Areal um einen Platz herum wertvoller und damit teurer werden ließen, da der Grund nicht optimal ausgenutzt werden konnte. Das gestiegene Sozialprestige der günstigeren Lage einer an einem Square gelegenen Wohnung rechtfertigte aber andererseits einen höheren Kauf- oder Mietpreis." (Mohr 1992: 40, Hervorhebung TE) Im Westend forcierte man demnach auf mehreren Ebenen eine „Wertsteigerung", nämlich über exklusives Wohnen, exklusives Umfeld sowie ein bürgerliches Kulturangebot. Die Bevorzugung des Westends war insgesamt weitreichend: So ging man z.B. bei der Niederlegung der Wallanlagen ab 1804 vom Westen der Stadt nach Osten vor und es waren zuerst die westlichen Parzellen baureif, die in direkter Nachbarschaft zu den Wohnvierteln des vermögenderen Teils der Bürgerschaft lagen (Mohr 1992: 26). Als es in den 1860er Jahren darum ging, die Abwasserprobleme der Stadt zu lösen, begann man ebenfalls zuerst im Westend mit den Kanalisierungsarbeiten, da zahlreiche Keller in den komfortablen Villen regelmäßig unter Wasser standen und das als ein nicht hinzunehmender Zustand angesehen wurde (vgl. Bauer 1998: 188).

Die Exklusivität des Westends zu sichern hatte in Frankfurt offensichtlich eine besondere Priorität, was sich auch am Eingemeindungsprozess der unmittelbar benachbarten Stadt Bockenheim veranschaulichen lässt. Bockenheim war das blanke Gegenteil zum Westend, ein Ort der Arbeiterschaft und Industrie. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts berührten sich die damals noch eigenständige Stadt Bockenheim und das Frankfurter Westend auf Höhe der Bockenheimer Warte, ansonsten trennte nur noch ein schmaler freier Geländestreifen die beiden sehr unterschiedlichen Lebenswelten. Ein Geländestreifen, der sich als nicht ganz unproblematisch erwies – zumindest aus Westend-Sicht. Die Villenbebauung näherte sich zusehends einer nicht ganz standesgemäßen Nachbarschaft. Außerdem bestand aufgrund der nicht aufeinander abgestimmten Bauordnungen Bockenheims und Frankfurts die Gefahr, dass man auf Bockenheimer Boden, direkt an Frankfurts Exklusivviertel angrenzend, Fabriken errichten könnte. Das galt es aus Frankfurter bzw. Westend-Sicht dringend zu verhindern. Ende des 19. Jahrhunderts drohte die Situation im Grenzbereich aber auch noch aus einem anderen Grund die Weiterentwicklung des Westends als exklusivste Wohnlage Frankfurts zu behindern: Bockenheimer Abwässer flossen hier als übelriechende Tatsache in offenen Kanälen. Diese olfaktorische Beeinträchtigung in der Nähe eines Villenviertels konnte man aus Frankfurter Sicht schwerlich hinnehmen, doch auf Bockenheimer Seite fehlte das Geld für die Kanalisierung.

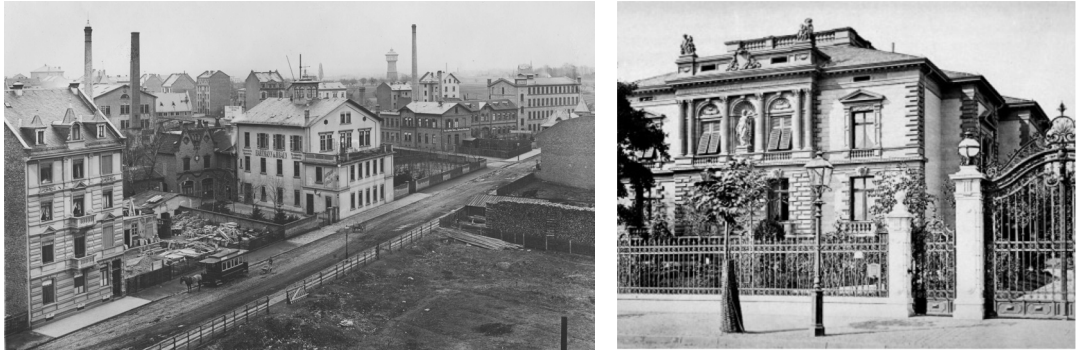


Abbildung 11: Unterschiedliche Baustrukturen in Westend und Bockenheim (1). Die beiden Bilder zeigen jeweils charakteristische Bebauungen der beiden Stadtteile, die im Westen Frankfurts aufeinander stießen. Links der Blick auf Bockenheim um 1900, zu sehen ist die Fabrik für elektrotechnische Apparate von Hartmann & Braun um 1893; rechts eine typische Westend-Bebauung mit der Villa Hallgarten in der Siesmayerstraße (Architekt: Franz von Hoven).

Als Bockenheim auf eine Eingemeindung drängte, sträubten sich zunächst Frankfurts Selbstverwaltungsgremien und man lehnte mit dem Verweis darauf ab, dass man noch unter den Nachwirkungen der Eingemeindung Bornheims[16] leide. Das Zögern Frankfurts, diesen Schritt tatsächlich zu gehen, war aber nicht allein finanziellen Gründen geschuldet. Als Industriestandort verkörperte Bockenheim so ziemlich alles, was man Frankfurt nicht haben wollte, denn mit Industrie und Arbeiterschaft wollte man in Frankfurt aber nicht viel zu tun haben. Das Eingemeindungsvorhaben stellte aufgrund der speziellen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bockenheimer Bevölkerung in gewisser Weise eine Bedrohung des bürgerlichen Lebensumfelds dar und war allein damit schon unattraktiv. Auf der anderen Seite gab es eine öffentlich und medial geäußerte Sorge[17] darüber, dass das Nobelviertel Westend in seiner Schönheit und Exklusivität durch die Nähe zu Bockenheim beeinträchtigt werden könnte und dass man genau das über eine gemeinsame Bauordnung zu verhindern habe. Für diese „Mission" war die Eingemeindung trotz des erläuterten Argwohns ein quasi „rettender Schritt", da man durch sie eine den Frankfurter (bzw. Westend-)Bedürfnissen entgegenkommende Bauordnung sichern und die Errichtung industrieller Betriebe nahe der Villenbebauung zielgerichtet verhindern konnte. Außerdem rückte damit auch eine Lösung für das zum Himmel stinkende Problem der offenen Abwässer im Grenzbereich zur Villengegend in greifbare Nähe.[18] Nach zahlreichen Debatten in den städtischen Selbstverwaltungsgremien, und etlichen Zeitungsartikeln, die die Vor- und Nach-

16 Die Eingemeindung Bornheims war schwieriger und finanziell belastender herausgestellt, als ursprünglich gedacht. Die Folgekosten waren enorm, da neben neuen Straßen auch Schulen und weitere Infrastrukturmaßnahmen (Wasserversorgung) umgesetzt werden mussten (MA R/368 Bd. 1).

17 Eine Sammlung der Zeitungsartikel mit den entsprechend geäußerten Bedenken findet sich in MA R/373 Bd. 2. Für eine genauere Betrachtung der Diskussion siehe Kapitel 5.2.

18 In der Untersuchung zur Geschichte der Frankfurter Kanalisation vom 16. bis zum 19. Jahrhundert von Thomas Bauer, „Im Bauch der Stadt. Kanalisation und Hygiene in Frankfurt am Main" (1998), erhält der Kanalisierungsnotstand im Westend ein eigenes Unterkapitel (ebd.: 179.ff.). Bereits zur Zeit der Freien Stadt gab es dort erhebliche Kanalisierungsprobleme. Fehlende Planungsvorgaben hatten dazu geführt, dass die Investoren und Baugesellschaften nach ihren Vorstellungen parzellierten und bauten und ebenso mit den Straßenalignements verfuhren. Die Folge waren isolierte Abzugskanäle bzw. schlecht ausgeführte und sporadisch angelegte Einzelkanäle ohne einen Abfluss in den Main (Bauer 1998: 180f.). „Daß diese langgestreckten Sickergruben nach wenigen Jahren das Erdreich infiltriert und die Grundmauern der noblen Wohngegend durchfeuchtet hatten, durfte niemanden verwundern, zumal sich der neue Stadtteil über ein ehemaliges, noch immer wasserreiches Sumpfgebiet erstreckte. […] Otto Volger nannte es einen Skandal, daß Spekulanten es aus Profitstreben unterlassen hatten, das Baugelände zu drainieren […]." (ebd.: 181) Die desolate Kanalisation machte sich durch unangenehme Gerüche bemerkbar, es kam zur Infiltration von Brunnen und zur Durchfeuchtung von Fundamenten. Bei starken Regengüssen stand das Wasser Straßen und Plätzen und überflutete die Keller so mancher Villa (ebd.). Mit der neuen Schwemmkanalisation bekam man das Problem im Westend zwar in den Griff, doch kurze Zeit später waren es die Bockenheimer Abwässer, die das luxuriöse Ambiente des benachbarten Westends bedrohten.

eile einer Eingemeindung der kleinen Nachbarstadt durchdeklinierten[19] und die in Kapitel 5.2 noch eingehender aufgegriffen werden, beschloss die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung Februar 1895 mit knapper Mehrheit schließlich doch die Eingemeindung Bockenheims. Die vorteilhafte Weiterentwicklung des Bürgerbiotops Westends war damit gesichert.

Abbildung 12: Unterschiedliche Baustrukturen in Westend und Bockenheim (2). Schaut man auf den Katasterplan von 1908, ist zu erkennen, dass es jenseits der sozialstrukturellen Differenzen zwischen den beiden Quartieren auch städtebaulich eine Herausforderung war, die Stadtteile miteinander zu verbinden. Die Baustruktur von Westend und Bockenheim unterschied sich ganz erheblich. Die Plansegmente auf (A) und (B) lassen die Spezifika der baulichen Struktur hervortreten, die aber auch in der Gesamtschau des Planausschnitts erkennbar sind (C): Während sich Bockenheim durch eine hoch verdichtete, teilweise kleinteilige, mit größeren Industriegebäuden durchsetzte und insgesamt sehr heterogene Bebauung auszeichnete (siehe A), zeigte sich das Westend als ein klarer strukturiertes und vergleichsweise locker bebautes Quartier, das repräsentativ angelegt ist: Die Größe der Grundrisse verweisen auf großzügige Wohnhäuser, die Straßen sind breiter, die Gebäudeabstände großzügiger und die Innenhöfe unbebaut (siehe B). Bild (C) zeigt den Ausschnitt des Katasterplans von 1908 in nicht zerlegter Form – der Bauplatz des Wissenschafts-Ensembles ist ausgespart.

19 Siehe MA R/373 Bd. 2.

Welche Bebauung auf dem freien Geländestreifen an der repräsentativ angelegten Viktoria-Allee zwischen den beiden Stadtteilen entstehen sollte, blieb aber zunächst völlig offen. Mit der Errichtung eines Wissenschaftszentrums, das Anfang des 20. Jahrhunderts an genau dieser Stelle entstehen sollte, lässt sich wiederum veranschaulichen, dass bei den Baumaßnahmen in Frankfurt vor allem bürgerlichen Bedürfnissen Rechnung getragen wurde. Die stadträumliche Platzierung des Jügelhauses als Vorlesungsgebäude für die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften und der weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen lässt kaum Zweifel aufkommen, welche Bevölkerungsgruppe mit diesem Ensemble angesprochen werden sollte. Doch dazu an anderer Stelle mehr.

3.5 Bildung vor Wohlfahrt

In den vorangegangenen Abschnitten ging es darum, die Möglichkeiten bzw. Wege der gestaltenden Einflussnahme des Frankfurter Bürgertums in Bezug auf den städtischen Lebensraum deutlich zu machen. Betrachtet man die Debatten rund um die Erbauung des Jügelhauses eingehender, zeigt sich außerdem, dass bürgerliche Bedürfnislagen als ein Interesse im Sinne des Allgemeinwohls ausgegeben wurden. Tatsächlich schienen die bürgerlichen Befürworter des Bildungsbaus davon überzeugt, mit diesem nicht nur den Interessen der eigenen gesellschaftlichen Gruppe entgegen zu kommen, sondern im Sinne aller in Frankfurt lebenden Menschen zu entscheiden, obwohl tatsächlich nur ein kleiner Teil der Stadtbevölkerung einen direkten Nutzen von der neu entstehenden Einrichtung haben sollte. Die Befürworter sprachen weiterhin keineswegs für die Gesamtheit des Frankfurter Bürgertums. Die Verwendung des Jügelerbes für eine Bildungsreinrichtung hatte – zumindest in der Stadtverordnetenversammlung – eine zahlenmäßig etwa ebenso starke bürgerliche *Gegnerschaft*, die in einem Bauvorhaben für Bildungszwecke als einen Affront gegenüber den bedürftigen Bevölkerungsschichten der Stadt auffasste. Das war nicht das einzige Mal, dass sich in Frankfurt an den Entscheidungen lebensweltlich relevanter Projekte Ambivalenzen innerhalb der bürgerlichen Eliten zeigten. Immer wieder kam man an die Grenzen der eigenen Leitbilder. Hielt man einerseits das Ideal einer freien Gesellschaft mit Chancengleichheit hoch, erfuhr andererseits gerade das Bürgertum immer wieder Bevorzugungen. So auch im Zuge des Jügelhaus-Projekts, das trotz der Gegnerschaft mit wohltätigen Ambitionen durchgesetzt werden konnte. Mit der Errichtung des Jü-

gelhauses konnte sich die politische Macht des Bürgertums, die sich auch auf räumlich-territorialer Ebene äußerte, ein weiteres Mal durchsetzen und machte diese visuell sichtbar sowie körperlich-leiblich erlebbar. Nachfolgend soll es darum gehen, anhand der Debatten der Stadtverordnetenversammlung rund um die erforderlichen Entscheidungen die Argumente, die den Weg zum Bildungsbau ebneten, herauszuarbeiten. Für ein besseres Verständnis rücken dafür zunächst der Inhalt des Jügel-Testaments und die Rahmenbedingungen für die am Ende getroffene Entscheidung in den Fokus.

Die Brüder Franz und August Jügel – kinderlos geblieben – hielten in ihrem Testament vom 24. August 1870 fest, dass ihr gesamtes Vermögen an die Stadt Frankfurt gehen solle und beabsichtigten damit, in ihrer Heimatstadt etwas nachhaltig Gutes zu bewirken. Das Erbe in stattlicher Höhe von circa zwei Millionen Mark sollte laut Testament jedoch nicht in die städtische Kasse fließen, sondern *„als Carl Christian Jügel'sche Stiftung in gesonderte und für sich abgeschlossene Verwaltung genommen werden"*, [20] die wiederum darüber zu entscheiden hatte, ob aus dem Geld eine Einrichtung entweder auf dem *„Gebiete der öffentlichen Armen- und Krankenpflege"* oder auf dem *„Gebiete des Schul- und Unterrichtswesens, zur Errichtung entweder eines allgemeinen städtischen Krankenhauses, oder einer allgemeinen öffentlichen höheren Unterrichts-Anstalt"* entstehen sollte. Den Erblassern war es wichtig, dass das Vermögen nicht *„in verschiedene Richtungen zersplittert"* und dass es – *„zum Wohle der Stadt"* (!) – für eine große, gemeinnützige Sache verwendet werde. Die noch einzusetzende Stiftungsverwaltung, bestehend aus dem Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt, dem Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung und den drei von den Erblassern ernannten Testamentsvollstreckern, sollte über die *„den städtischen Interessen dienlichste Zweckbestimmung"* entscheiden.

Den endgültigen Verwendungszweck hatten die Brüder absichtlich nicht festgelegt, weil sie der Ansicht waren, dass die vordringlichen Bedürfnisse in der Stadt zum Zeitpunkt ihres Todes andere sein könnten als die zum Zeitpunkt der Testamentsverfassung. Man vertraute darauf, dass die einzusetzende Stiftungsverwaltung in Übereinstimmung mit den dann aktuellen Frankfurter Bedürfnissen entscheidet. Eine derartige Haltung lässt den Schluss zu, dass die Jügel-Brüder die Überzeugung hatten, dass die (bürgerlichen) Vertreter in der städtischen Selbstverwaltung ganz im Sinne des Allgemeinwohls zu urteilen in der Lage sein würden. Das Vertrauen in die städtischen Selbstverwaltungsgremien und ihre (bürgerlichen) Vertreter verweist außerdem auf die Überzeugung innerhalb des Frankfurter Bürgertums, stets für das „richtige" Wertesystem einzutreten und über die wirksamen Maßnahmen für das Allgemeinwohl urteilen zu können, zu dürfen und auch

20 Zitat aus dem Testament, in: MA S/1.596 Bd. 1, hier: zum Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1903, Anlage 1.

zu sollen. Das bürgerliche Wertesystem war im Grunde nichts anderes als ein spezifischer Wissensbestand, auf den alle bürgerlichen Vertreter in den städtischen Entscheidungsgremien zurückgriffen. Als Teil dieser sozialen Gruppe stützten sich die Jügel-Brüder offenbar darauf, dass die künftigen Entscheider ganz im Sinne dieses Wertesystems urteilen würden.

Während laut Testament die bürgerlich besetzte Stiftungsadministration über den Verwendungszweck zu entscheiden hatte, sollte die Satzung der Stiftung wie auch die Umsetzung der Investition in den beschlossenen Zweck durch die Stadtverordnetenversammlung abgesegnet und beschlossen werden, um sicherzustellen, dass das Geld tatsächlich zum Wohl der Allgemeinheit investiert werde. Mit Sicherheit ahnten die Jügel-Brüder nicht, dass in den städtischen Selbstverwaltungsgremien angesichts der Frage, welches denn tatsächlich die dringlichsten Bedürfnisse in der Stadt Frankfurt waren, eine so große Diskrepanz in der Einschätzung zutage treten würde. Im Rahmen der Debatte, wie das im Januar 1901 an die Stadt übergegangene Erbe verwendet werden sollte, zeigte sich bei aller vom Historiker Ralf Roth beschworenen Einheit des Frankfurter Bürgertums eine doch erstaunliche Uneinigkeit darüber, ob eine Investition in die höhere Bildung oder in eine Wohlfahrtseinrichtung dringlicher war.

Als damaliger Oberbürgermeister war Franz Adickes der Vorsitzende der Jügel'schen Stiftungsadministration. Mit ihm war eine Person im Entscheidungsgremium, die ganz eigene Vorstellungen darüber hatte, was gut für die Stadt Frankfurt sei. Adickes hatte einen besonderen Bezug zu Bildung und Weiterbildung und setzte sich – schon bevor das Jügel-Erbe der Stadt zufiel – leidenschaftlich für eine Idee bzw. eine Vision ein, die in Frankfurt schon länger kursierte: Ihm schwebte der Ausbau des Potenzials der Frankfurter Wissenschaftseinrichtungen vor, um den Weg für eine Universitätsgründung zu ebnen (Wachsmuth 1929; Kluke 1979). Seine Überlegungen dazu legte er im Oktober 1900 in einer Denkschrift offen. Es verwundert daher kaum, dass Adickes als Vorsitzender der Stiftungsadministration[21] die Entscheidung zielstrebig in Richtung einer Investition in Bildungszwecke lenkte. Ganz konkret schwebte dem Oberbürgermeister vor, das Geld für den Bau eines eigenen Gebäudes für die im selben Jahr (1901) gegründete Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften einzusetzen, die immer noch nicht über eigene bzw. standesgemäße Räumlichkeiten verfügte und in einem Provisorium in der Börsenstraße residierte.

21 Das Gremium bestand neben dem Vorsitzenden Franz Adickes aus: Dr. Humser (als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung), die Testamentsvollstrecker Dr. Carl Friedrich Schmidt-Polex, Carl Bolongaro und statt des inzwischen verstorbenen Anwalts Georg Stern der vom Magistrat gewählte Walther vom Rath.

Allerdings zeigte sich sehr bald, dass nicht alle Frankfurterinnen und Frankfurter in diesem Lösungsvorschlag den größten Gewinn für die Stadt erkennen konnten und dass tatsächlich die im Testament genannte weitere Investitionsmöglichkeit, nämlich ein Altersheim für Bedürftige, von vielen als dringlicher empfunden wurde als der Ausbau der Bildungseinrichtungen. Am 28. Dezember 1901, noch bevor über den endgültigen Verwendungszweck entschieden wurde, hieß es in einem Artikel des Frankfurter Journals, dass bei der Stiftungsverwaltung der Antrag gestellt worden sei, dass das Jügel'sche Vermögen für die Alterspflege verwendet werde und nicht für den Bau eines viel zu teuren Vorlesungsgebäudes. Dort ist außerdem zu lesen, dass demnächst *„den wohlthätigen Vereinen und den Armenfreunden [...] Gelegenheit geboten werden [soll], ihre Auffassung der Sachlage den Herrn Nachlaßverwaltern mündlich darzulegen."* [22] Ob es tatsächlich dazu kam, war leider nicht zu recherchieren. Die seitens der Wohlfahrtsvereine öffentlich geäußerte Bitte, das Geld in ein Altersheim zu investieren, schien die überwiegende Mehrheit der Stiftungsadministratoren aber in keiner Weise beeindruckt zu haben, denn alle – bis auf ein Mitglied – stimmten für den Bau eines Vorlesungsgebäudes.

Der einzige Altersheim-Befürworter in der Stiftungsadministration war über den Ausgang der Abstimmung sichtlich erbost: Testamentsvollstrecker Dr. jur. Carl Friedrich Schmidt-Polex blieb vehement der Ansicht, dass die Errichtung eines Altersheims unzweifelhaft das „wirkliche" Begehr der Brüder Jügel gewesen sei. Er habe in der entscheidenden Sitzung der Jügel'schen Stiftungsverwaltung als einziger darauf hingewiesen, dass die Brüder Jügel doch unbedingt eine *„Wohlthätigkeitsanstalt für hülfsbedürftige alte Leute"* [23] gewünscht hätten und dass ein entsprechendes Bedürfnis in der Stadt durchaus vorhanden sei. Da sein Einwand gegen das Vorhaben, in eine Bildungseinrichtung zu investieren, bei allen anderen Administrationsmitgliedern ungehört blieb, beschloss Schmidt-Polex seinen postwendenden Austritt aus dem Gremium[24] und wandte sich an die Öffentlichkeit, weil er das Vorgehen der Stiftungsverwaltung unverantwortlich, ja sogar unmoralisch empfand. Die Errichtung einer *„akademischen Unterrichtsanstalt für Vorlesungen über Geschichte, Philosophie, deutsche Sprache und Litteratur"* [25] entspreche seiner festen Überzeugung nach in keiner Weise den Absichten der Erblasser, die er persönlich sehr gut gekannt habe. Die Entscheidung der Stiftungsadministration empfinde er als *„ein großes Unrecht gegen die so zahlreichen Bedürftigen"* [26] in der Stadt. Da sein öffentlicher Protest wirkungslos bleiben sollte, leitete Schmidt-Polex am

22 Ortsgeschichte S3/N 15.958.
23 MA S/1.596 Bd. 1, hier: General-Anzeiger vom 06.05.1902, Artikel: „Die Jügelsche Stiftung".
24 Das belegt das in verschiedenen Zeitungen veröffentliche Schreiben von Schmidt-Polex an Franz Adickes am 05.01.1902; siehe: MA S/1.596 Bd. 1, hier: General-Anzeiger vom 06.05.1902, Artikel: „Die Jügelsche Stiftung"; Kleine Presse vom 06.05.1902, Artikel: „Die Jügel'sche Stiftung".
25 MA S/1.596 Bd. 1, hier: General-Anzeiger vom 06.05.1902, Artikel: „Die Jügelsche Stiftung"
26 Ebd.

Ende sogar rechtliche Schritte ein, blieb damit jedoch ohne Erfolg. Seine Standpunkte fanden zwar in der lokalen Presse durchaus Zustimmung, gegen die mächtige und letztlich auch rechtlich nicht angreifbare Position[27] der Bildungseinrichtungs-Befürworter hatte der idealistische Jurist aber keine Chance.

Gemäß den Vorgaben im Jügel-Testament war die von der Stiftungsadministration getroffene Entscheidung vor ihrer Durchführung ebenso wie die Satzung der Jügel-Stiftung durch die Stadtverordnetenversammlung abzusegnen. Die Stiftungsadministratoren schienen den Erfolg ihrer Sache dabei nicht in Frage zu stellen. Das legen unter anderem die von der Stiftungsverwaltung bald getroffenen Vereinbarungen mit den beiden wissenschaftlichen Vereinen Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft (nachfolgend: SNG) und Physikalischer Verein nahe, die bereits *vor* der alles entscheidenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung erfolgten. Im Rahmen dieser Absprachen wurden entscheidende Weichenstellungen für die Realisierung nicht nur des Jügelhauses als Vorlesungsgebäude vorgenommen, sondern damit in Zusammenhang stehend auch in Bezug auf die dringend erforderlichen Erweiterungen der beiden Senckenbergischen Wissenschaftseinrichtungen.

Physikalischer Verein und SNG hatten damals auf dem im Innenstadtbereich befindlichen Gelände der Dr. Senckenbergischen Stiftung Gebäude, die deutlich zu klein geworden waren, was die Weiterführung der privat und aus Stiftungsgeldern finanzierten Einrichtungen sehr erschwerte. So waren unter anderem aufgrund der räumlichen Begrenzung der Erhalt der kostbaren Exponate und Präparate der SNG bedroht, da diese nicht mehr sachgemäß gelagert werden konnten (vgl. Wachsmuth 1929: 30). Die Ausdehnungsmöglichkeiten auf dem Senckenberg-Grundstück am Eschenheimer Tor waren wegen des ebenfalls dort beheimateten und gleichermaßen erweiterungsbedürftigen Bürgerhospitals allerdings äußerst begrenzt und Anbauten hätten nur dann realisiert werden können, wenn man das Bürgerhospital verlegt hätte, wofür der Dr. Senckenbergischen Stiftung als dessen Trägerin aber das Geld fehlte. Den Ankauf eines dafür erforderlichen Grundstücks konnte man sich nicht leisten.

Am 25. Januar 1902 traten die beiden Vereine deshalb mit einem Brief an die Stiftungsadministration heran, um *„den Gedanken zu unterbreiten, ob es nicht angängig wäre, das Gebäude des Bürgerhospitals für die Zwecke der Jügelstiftung zu erwerben.“* [28] Die Überlegung, die durch die Jügel-Stiftung finanzierte neue wissenschaftliche Einrichtung auf dem Gelände der Senckenbergischen Stiftung entstehen zu lassen, sei mit Vorteilen für alle Beteiligten verbunden: Es ermögliche eine zentrale Lage des Jügelhauses und die Angliederung an bereits vorhandene

27 MA S/1.596 Bd. 6 (Akten des Justizrat Dr. Baer), hier: Notizen zur Sache des Jügel’schen Nachlasses.

28 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.2013, Anlage 4.

wissenschaftliche Einrichtungen, die Verlegung des Bürgerhospitals und damit endlich auch die Realisierung der Neubauten für Naturkundemuseum und Physikalischen Verein sowie die Abwendung eines finanziellen Schadens in Höhe von 60.000 Mark für die SNG, [29] der nämlich genau dann eintrete, wenn man nicht bis zum 1. Juni 1902 mit den Bauarbeiten für das neue Museum beginne. Aufgrund dieses Schreibens kam es zu einem weiteren Informationsaustausch zwischen Jügel- und Dr. Senckenbergischer Stiftung.[30] Die verhältnismäßige Eile, mit der zwischen der Jügel-Stiftung, der Senckenberg-Stiftung, den beiden Vereinen sowie mit dem Magistrat eine Reihe von Absprachen getroffen wurde, ist vermutlich auch der im erwähnten Brief genannten Deadline geschuldet. Zur Beschleunigung dieser Vorgänge sorgte weiterhin der Umstand, dass der von den beiden Senckenbergischen Instituten ins Spiel gebrachte Vorschlag exakt der zwei Jahre zuvor in Adickes Denkschrift geäußerten Vision entsprach, bestehende wissenschaftliche Einrichtungen der Stadt – auch räumlich – zusammenzufassen. Die zum Greifen nahe Option, genau das zentrumsnah auf dem Senckenbergischen Stiftungsgelände realisieren zu können, war ganz in Adickes Sinne, der vermutlich höchstpersönlich im Magistrat für sorgte, dass auch ohne die eigentlich erforderliche Absegnung der Zweckbestimmung des Jügel-Vermögens durch die Stadtverordnetenversammlung, der Senckenberg-Stiftung ein städtisches Grundstück in der Nibelungenallee kostenfrei in Aussicht gestellt wurde, um das Bürgerhospital verlegen zu können.[31] Das Grundstücksangebot brachte er deshalb ins Spiel, weil der Kaufpreis des Bürgerhospitals die finanziellen Möglichkeiten der Jügel-Stiftung überstiegen hätte.[32] Mit städtischen Subventionen hätte man das Vorhaben der Zusammenlegung jedoch umsetzen können. In der Magistratssitzung vom 18. April 1902 drohte Adickes gar: *„Sollte eine solche städtische Mitwirkung nicht angängig sein, so würde die Verwaltung zu ihrem Bedauern gezwungen sein auf die gleichzeitige Förderung der Interessen der Senckenberg'schen Naturforschenden Gesellschaft und des Physikali-*

29 Der SNG wurde von einem Spender der Betrag von 60.000 Mark in Aussicht gestellt, sofern der Umbau des Museums bis zum 1. Juni 1902 erfolgte. Solle das nicht eintreffen, werde die Spende nicht ausgezahlt (ebd.)

30 Verweis dazu in: MA S/1.596 Bd. 1 (hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.2013); entsprechende Dokumente (Protokolle, Schriftwechsel, Gesprächsnotizen) zu diesem Informationsaustausch konnte ich in den Akten nicht auffinden. Ggf. erfolgten nicht schriftlich dokumentierte Besprechungen.

31 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902.

32 Adickes wünscht in seinem Schreiben an die Dr. Senckenbergische Stiftung vom 5. Februar 1902 (in: SenckenbergStift V 48/2) einen Kaufpreis von 1,2 Mio. Mark, den wiederum die Senckenberg-Stiftung als nicht ausreichend ansieht, da neben dem Neubau auch die Betreibung des Bürgerhospitals finanziert werden müsse. Weniger als 1,4 Mio. Mark könne man also nicht veranschlagen (in: SenckenbergStift V 48/2, hier: Brief der Dr. Senckenbergischen Stiftung an die Administration der Jügel-Stiftung am 05.03.1902).

schen Verein zu verzichten und das Stiftungsgebäude an anderer, billigerer und auch weniger centraler Lage zu errichten.“ [33]

Die vorbereitenden Regelungen wurden großer Selbstverständlichkeit und mithilfe des Frankfurter Magistrats auf den Weg gebracht, obwohl die Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung noch ausstand. Die Selbstsicherheit der Akteure lässt sich mit deren tiefer Überzeugung erklären, mit der Verwendung des Jügelerbes für Bildungszwecke schließlich *„den städtischen Interessen zweckdienlichste Bestimmung*“[34] festgelegt zu haben. Aus dieser Perspektive zeigten sich die Vorteile des erdachten Umsetzungsplans darin, dass man nicht nur einer neuen Bildungseinrichtung den Weg bereitete, sondern dass gleichzeitig für zwei renommierte Einrichtungen der Stadt ein lange bestehender Notstand behoben werden konnte. Weiterhin sei die Verlegung des Bürgerhospitals an den Stadtrand ohnehin schon lange im öffentlichen Interesse gewesen.[35] Der Bericht der Jügel’schen Stiftungsadministration vom 16. März 1902 umfasst weiterhin eine Stellungnahme zum alternativen Verwendungszweck: Der Bedarf nach einem Altersheim bestehe nicht, da in der Vergangenheit auf diesem Gebiet in Frankfurt bereits sehr viel geschehen sei und man die bestehenden Einrichtungen problemlos erweitern könne. Man sei deshalb zu dem Entschluss gekommen, dass *„ein dringendes Bedürfnis, für diese Zwecke eine weitere Anstalt mit einem Kapital von über 2 Millionen Mark zu errichten, nicht als vorhanden anerkannt werden konnte.“* [36] Im Magistrat wurden keine gegenläufigen Auffassungen geäußert, auch in der Magistratssitzung vom 18. April desselben Jahres widersprach man nicht, obwohl diese Einschätzung nicht der Realität entsprach. Seit dem Zeitpunkt der Testamentsverfassung 1870 war bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts gemessen am Bevölkerungswachstum die Anzahl der Betten für bedürftige Alte sogar deutlich zurückgegangen.[37] Weiterhin lebten um 1900 etwa *die Hälfte* der Frankfurter Einwohnerschaft in ärmlichen Verhältnissen (Köhler 1995: 46) und fast alle Lohnabhängigen in „sehr bescheidene[n] ökonomische[n] Verhältnisse[n] und Lebensperspektiven“ (Roth 1996: 609). Hinzu kam eine seit den 1870er Jahren anhaltende Wohnungsnot (Mohr

33 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902.
34 Ebd.
35 Ebd.
36 Ebd.
37 Meine eigenen Berechnungen basierend auf den Zahlen in einem Artikel aus der Kleinen Presse vom 07.06.1902, die ich in Bezug zu den tatsächlichen Einwohnerzahlen Frankfurts setzte, ergaben folgende Verhältnisse: Im Jahr 1877 lebten ca. 100.000 EW und 1900 ca. 288.000 EW in Frankfurt. Laut des besagten Artikels lag die Zahl der Betten zur Pflege armer Alter (den verarmten Mittestand mit einbezogen) im Jahr 1877 bei 460 und im Jahr 1900 bei 736. Das bedeutet, dass der Bettenanteil gemessen an der Gesamtbevölkerung 1877 bei 4,7 ‰ lag und 1900 bei 2,6 ‰. Selbst im Falle einer zwischenzeitlichen Entwicklung der Alterspyramide zugunsten junger Menschen lässt sich nicht bestreiten, dass man von einem Zuwachs keineswegs sprechen konnte, auch wenn die Bettenzahlen (ohne den Bezug zur Bevölkerungsentwicklung) auf den ersten Blick eine Verdoppelung vermuten lassen. Das Gegenteil war der Fall.

1992).[38] Aus alldem lässt sich schließen, dass es 1902 durchaus arme alte Menschen mit Unterstützungsbedarf gegeben hatte, der weder durch städtische noch durch private Einrichtungen gedeckt werden konnte.[39] Mit Blick auf die Entscheidung, aus den Jügel-Geldern keine Einrichtung für arme Alte, sondern einen Bildungsbau für die privilegierten Bevölkerungsschichten entstehen zu lassen, ist es äußerst bemerkenswert, dass beim Magistrat keine große Überzeugungsarbeit geleistet werden musste und dieser die im Grunde falsche Argumentation, dass es in Frankfurt keinen Bedarf für Altersheime dieser Art gebe, zu keinem Zeitpunkt widerlegte.

Die Vertreter der Jügel-Stiftung betonten selbstbewusst aber zugleich fälschlicher Weise, dass man in Frankfurt keine weitere Versorgungseinrichtung für arme Alte brauche, und hoben stattdessen hervor, dass in der Stadt das Bedürfnis nach einem Ausbau der vorhandenen wissenschaftlichen Einrichtungen umso *„dringender“* und *„nothwendiger“* sei. Man zeigte sich davon überzeugt, dass die vorgeschlagenen Schritte „z*weifellos von segensreichsten Einfluß für die Entwickelung des wissenschaftlichen Unterrichts und des gesamten wissenschaftlichen Lebens hiesiger Stadt*“ [40] seien. Man hob den in Frankfurt vorhandenen besonderen Bildungsbedarf hervor und verwies auf die weite Verbreitung von *„Bildung und geistigem Leben“* in den Kreisen der Bürgerschaft durch bestehende Einrichtungen wie etwa die SNG, den Physikalischen Verein oder aber die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften. Auch seitens der SNG war man offenbar davon überzeugt, dass das im

38 Otto Kanngießer berichtet darüber: „Die ökonomische und soziale Wirkung [...] äußerte sich in Frankfurt zuerst durch eine rapide, in dieser Vehemenz noch niemals dagewesene Steigerung der Wohnungsmieten und damit auch des Grundbesitzwertes; für die ärmeren Klassen waren Wohnungen schon zu Anfang des Sommers 1871 fast gar nicht zu haben, so daß die Stadt [...] Holzbaracken [...] zur Unterbringung von Obdachlosen benutzen mußte. Stürmische Arbeiterversammlungen verlangten von der Stadt Abhülfe der Wohnungsnot um jeden Preis, wobei man sich in den heftigsten Angriffen gegen die besitzenden Klassen und deren Vertreter in den städtischen Körperschaften gefiel.“ (zit. in Mohr 1992: 104) Betroffene kamen in einem am 22. Juli 1871 von Adolph Schneider vorgetragenen Appell zu Wort, der die kritische Lage schilderte, in welcher sich „kleine Leute und Arbeiter“ aufgrund der nicht mehr erschwinglichen Mieten befanden. Schneider forderte, dass „an Statt aller unnöthigen luxuriösen Bauten auf Kosten der Stadt, gesunde aber billige Wohnungen erbaut werden, welche nicht als Versorgungsanstalten betrachtet werden sollen, sondern als ein schuldiger Ersatz für den allgemeinen Wohnungsverlust, welcher durch […] Willkür entstanden ist.“ (Mohr 1992: 104) Laut Mohr habe die drängende Wohnungsnot auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts noch nicht bedeutend gemildert werden können.

39 Das unterstrich auch das ehemalige Mitglied der Stiftungsadministration, der Rechtsanwalt Dr. Schmidt-Polex. Aus seiner in verschiedenen Zeitungsartikeln veröffentlichten Austrittserklärung aus dem Gremium geht hervor, dass seiner Ansicht nach „auch heute ein großes Bedürfnis für eine solche Anstalt [ein Altersheim; Anm. TE] besteht, welches durch die bislang nur projektierten Neubauten auf dem Sandhof und durch das Versorgungshaus nicht befriedigt werden, da, abgesehen von der mit der wachsenden Bevölkerung und Verarmung der mittleren Stände zur erwartenden steten Zunahme des Bedürfnisses, eine ganz andere Kategorie von Alumnen zur Versorgung in Betracht komme als diejenigen, welche in dem Sandhof-Asyl oder dem Versorgungshaus seither Aufnahme zu suchen hatten, aber nicht immer finden konnten […].“ (MA S/1.596 Bd. 1, hier: General-Anzeiger vom 06.05.1902, Artikel: „Die Jügelsche Stiftung“).

40 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902.

Zusammenhang mit der Jügel-Stiftung anvisierte Vorhaben in jedem Fall wie geplant zur Ausführung kommen würde. Das zeigt sich unter anderem darin, dass man glaubte, eine Bewilligung der baulichen Erweiterung des Naturkundemuseums durch die Stadtverordnetenversammlung – sowie darüber hinaus die erforderliche Baugenehmigung – nicht abwarten müsste und bereitete ohne die rechtliche Absicherung aktiv die Realisierung des Um- und Anbaus auf dem Stiftungsgrundstück vor.[41] Es erfolgten Ausschreibungen für die Erd-, Mauerer- und Steinmetzarbeiten und erste Räumungsarbeiten begannen. Letztlich schienen alle bis dahin Beteiligten ihrer Sache absolut sicher.[42]

Allerdings hatte man die Rechnung ohne die Stadtverordneten gemacht, denn in der Stadtverordnetenversammlung zeigte sich eine – aus Sicht der Stiftungsadministration vermutlich völlig unerwartet große – Gegnerschaft des Projekts, die ein Altersheim für die städtische Bedürfnislage als erheblich „dringlicher" empfand. Das Entscheidungsgremium teilte sich in zwei etwa gleich stark besetzte Lager, Pro-Bildungsanstalt und Pro-Altersheim, wobei letzteres zunächst leicht dominierte. In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 6. Mai 1902 lag die Eingabe durch den Magistrat vor, in welcher der Verwendungszweck des Jügelerbes, die auf diesen Verwendungszweck abgestimmten Satzungen der Jügel-Stiftung sowie das Vorhaben einer Zusammenlegung mit den wissenschaftlichen Instituten auf dem Senckenberg-Grundstück zur Absegnung durch die Stadtverordneten vorgelegt wurden. Es entbrannte eine lange und leidenschaftliche Diskussion darüber, welches denn die tatsächlichen sozialen Bedürfnisse in Frankfurt seien, eine weitere Bildungseinrichtung oder ein neues Altersheim, aus der die Befürworter der Bildungseinrichtung als Verlierer (zunächst) einen Rückschlag hinnehmen mussten. In der alles entscheidenden Sitzung etwa einen Monat später ist die Diskussion jedoch vergleichsweise kurz und letztlich wird der Bau des Vorlesungsgebäudes – trotz gleichgebliebener Argumente – sogar doch beschlossen. Wie war das möglich?

Hält man die jeweiligen Argumente der Lager Pro-Bildungsanstalt und Pro-Altersheim gegeneinander, zeigt sich, dass tatsächlich beide Parteien das Wohl der Stadt vor Augen hatten, die Begründungen für die jeweiligen Standpunkte aber auf unterschiedlichen Annahmen darüber fußten, welche sozialen Bedürfnisse es in Frankfurt zum damaligen Zeitpunkt gab. Glaubten die einen, dass die Bildungsbedürfnisse vordringlicher seien, waren die anderen der Ansicht, dass angesichts

41 SenckenbergStift V 48/2, hier: Brief der SNG an die Administration der Dr. Senckenberg-Stiftung vom 12.02.1902 sowie vom 08.04.1902.

42 Als die Eingabe des Magistrats der Stadtverordnetenversammlung am 06.05.1902 zur Abstimmung stand, war Adickes gar nicht anwesend. Die Gründe für das Fehlen waren in den Akten des Instituts für Stadtgeschichte nicht zu ermitteln, eine Interpretation seines Fernbleibens bei dieser kritischen Entscheidung liegt jedoch nahe: Er musste sich sehr sicher gewesen sein, dass die Abstimmung zugunsten des Projekts ausgehen würde.

steigender Armut vor allem die Aspekte der Wohlfahrt stärker berücksichtigt werden müssten. Interessant ist dabei, dass nicht in erster Linie Stadtverordnete aus dem Bildungsbürgertum[43] für den Bau eines Vorlesungsgebäudes eintraten, sondern die Stadtverordneten aus dem wirtschaftsbürgerlichen Lager[44]. Wäre es nicht eher zu vermuten gewesen, dass sich gerade das Bildungsbürgertum für eine Ausweitung der Frankfurter Bildungseinrichtungen einsetzen würde? An die subjektiven Beweggründe der Vertreter beider Lager ist aufgrund der diesbezüglich dürren Datenlage nicht heranzukommen, doch bestimmte Lesarten der jeweiligen Verhaltensstrategien in der Stadtverordnetenversammlung liegen nahe. Laut Jörg Köhler setzten sich in Frankfurt generell vor allem die Vertreter der vom Wirtschaftsbürgertum dominierten Nationalliberalen Partei (vgl. Roth 1996: 698) für die Berücksichtigung bürgerlicher Interessen ein. Das ist auch im vorliegenden Fall bei der Entscheidung über den Verwendungszweck des Jügel-Vermögens der Fall: Sie sorgten am Ende für die Durchsetzung der Pro-Bildungsanstalt-Position. Es ist weiterhin auch historisch betrachtet nicht verwunderlich, dass sich das Wirtschaftsbürgertum „plötzlich" für eine Ausweitung der Bildung einsetzte: Ab Mitte bzw. Ende des 19. Jahrhunderts war beim Wirtschaftsbürgertum eine bildungsbezogene Aufholjagd zu beobachten, in der es darum ging, in dieser Hinsicht nicht mehr als hinterherhinkend zu gelten (vgl. Nipperdey 1994: 389ff.). Trat man in der eigenen Stadt für die Entstehung weiterer Bildungseinrichtungen ein, geschah das sicherlich auch vor dem Hintergrund, die Zukunftschancen der eigenen Kinder zu erweitern.

Als der Magistrat am 6. Mai 1902 der Stadtverordnetenversammlung die Beschlussvorlage zum Bau des Jügelhauses als Bildungseinrichtung vorgelegte, in der man das Vorhaben gleichzeitig mit den Angelegenheiten der Senckenbergischen Institute verband, stieß die Sache bei den anwesenden Demokraten, beim einzigen vertretenen Sozialdemokraten sowie bei einigen Mitgliedern der Fortschrittspartei auf harsche Ablehnung, während sich die zu Wort meldenden Nationalliberalen geschlossen für die vorgeschlagenen Pläne der Jügel-Stiftung aussprachen.[45] Die Gegner der Bildungseinrichtung äußerten gleich mehrere Gründe für ihren Protest, die Befürworter wiederum brachten ihren vehementen Unglauben darüber zum Ausdruck, dass manche Stadtverordnete die getroffene Entscheidung *nicht* begrüßen konnten. Sie brachten ihre zumeist stadtpatriotischen Argumente in einer Weise hervor, die die aufgekommene Kritik oftmals noch nicht einmal aufgriff. Um

43 Das sind vor allem Vertreter der Demokratischen Partei, deren Mitglieder überwiegend einen bildungsbürgerlichen Hintergrund hatten (vgl. Roth 1996).

44 Das sind allen voran die Vertreter der Nationalliberalen Partei, die sich überwiegend aus dem Wirtschaftsbürgertum rekrutierten (vgl. Roth 1996).

45 Das ergibt eine Auswertung, die die Argumente der Sprecher mit deren Parteizugehörigkeit in Verbindung bringt (Grundlage: StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565, Übersicht der Startverordneten im Protokollbuch von 1902 (SD1/175), S. 49f.).

die damalige Stimmung wie auch die Unterschiedlichkeit in den Haltungen deutlicher hervortreten zu lassen, sollen nachfolgend einige der hervorgebrachten Argumente etwas genauer in den Blick rücken.

Die Befürworter eines Altersheims waren empört über die Art und Weise, wie die Entscheider der Jügel-Stiftung das Testament interpretiert hatten und es kam sogar der Vorwurf der Vereitelung auf:[46] Das Kodizill zum Testament verweise doch ganz eindeutig darauf, dass der eigentliche Wunsch der Jügel-Brüder der Bau eines Altersheims auf dem Röderberg gewesen sei.[47] Seit dem Zeitpunkt der Testamentsverfassung bis zum Tod der Jügel-Brüder habe sich an der schwierigen Lage in der Alten- und Armenfürsorge nichts Wesentliches verändert und man spreche dem Wunsch der Testatoren Hohn, wenn man jetzt Gegenteiliges behauptete.[48] Angesichts dessen sei es nicht zu verstehen, weshalb man sich für den Bau eines Vorlesungsgebäudes entschieden hatte.

Das Pro-Bildungseinrichtung-Lager berief sich hingegen auf das Entscheidungsrecht der Stiftungsadministration. Das Testament hätten die Erblasser absichtsvoll so konzipiert, dass die einzusetzenden Administratoren über den letztendlichen Verwendungszweck zu entscheiden haben – wenn man dieses Recht nun in Abrede

46 Stadtverordneter Wedel (Demokrat) war überzeugt, dass nach dem Wunsch der Jügel-Brüder in jedem Fall eine „Anstalt für den kleinen Mittelstand“ errichtet werden solle, „der bekanntlich in manchen Dingen hinter dem Lohnarbeiterstand zurückliegt. Die Anstalt sollte dem mittleren Mann, der es verschmähte, die Armenpflege in Anspruch zu nehmen, einen versöhnenden Lebensabend gewährleisten. Diese hochherzige Absicht wird vereitelt durch die Stiftungsverwaltung.“ (MA S/1.596, Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 07.05.1902, Artikel: Carl Christian Jügel-Stiftung; StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565)

47 Im Kodizill heißt es, dass – falls es sich „als zeitgemäß und ausführbar erweist“ – die Errichtung eines sogenannten „Siechenhauses“, ein Heim für bedürftige und kranke Alte, nach dem Vorbild des Clara-Elisen-Stifts in Köln besondere Berücksichtigung finden solle, „[…] eventuell in Verbindung damit eine Verpflegungs-Anstalt für blödsinnige Kinder, in der Art wie die von der jetzigen Großherzogin von Hessen in Darmstadt ins Leben gerufene Idioten-Anstalt: ›Alicen-Stift‹“ Und in Bezug auf den Standort wurde folgender Wunsch geäußert: „Von unserem geliebten Vater ist uns dessen Garten auf dem Röderberg zugefallen, der wegen seiner schönen Aussicht und gesunden Lage stets ein Lieblingsaufenthalt desselben war. Sollte diese Liegenschaft seiner Zeit nach Lage und Ausdehnung für geeignet gefunden werden, als Platz für das beabsichtigte Siechenhaus zu diesen, so würde damit in erhöhtem Grade unserem Wunsch Rechnung getragen sein, das Andenken unseres uns unvergesslichen Vaters der Nachwelt gerade an der Stelle erhalten zu wissen, an welcher dieser mit Vorliebe zu verweilen pflegte.“ (MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902, Anlage 2)

48 Letztendlich sei die getroffene Entscheidung für den Verwendungszweck des Jügel-Vermögens eine, die der öffentlichen Meinung völlig zuwiderlaufe. Stadtverordneter Wedel (Demokrat) „erinnere sich keines Anlasses, in welchem sich die Verwaltung einer Stiftung in einen solchen Widerspruch mit der öffentlichen Meinung gesetzt hat, wie im vorliegenden Falle, in Bezug auf die Auslegung des Testaments und durch Verneinung des Bedürfnisses für ein Altersheim.“ (StVV-Protokoll vom 06.05.1902, §565) Besonders drastische Worte findet der Sozialdemokrat Max Quarck: „Es kommt weniger auf die Interpretation des Testaments an, als darauf: was ist soziales Bedürfnis. Ein Blick auf die soziale Lage drängt zu der Ueberzeugung, daß mit der Vorlage des Magistrats daneben gehauen worden ist. Den Absichten der Testatoren wird Zwang angetan zu Gunsten einer Liebhaberei.“ (MA S/1.596 Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 07.05.1902, Artikel: „Carl Christian Jügel-Stiftung“, vgl. StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565).

stelle, sei das nicht anderes als eine Kompetenzüberschreitung seitens der Kritiker. Außerdem sei weder in Testament noch Kodizill ausschließlich die Rede davon, Alten und Armen zu helfen.[49] Genau genommen sei es laut Testament außerdem nicht die Entscheidung der Stiftungsadministration selbst, die eine Genehmigung durch Magistrat und Stadtverordnetenversammlung erforderte, sondern es seien die Schritte zu deren Realisierung. Die Befürworter der Beschlussvorlage warfen deshalb den Gegnern neben Kompetenzüberschreitung auch noch Verzögerung vor, da sie die Entscheidung der Stiftungsadministration zu boykottieren versuchten, was wiederum nur dazu führe, dass eine zeitnahe Verwendung des Geldes für gemeinnützige Zwecke unmöglich gemacht werde. Wie ich weiter unten noch ausführen werde, war im damaligen Frankfurt eine pragmatische Herangehensweise in aller Regel die bevorzugte. Verzögerungstaktiken waren nicht gern gesehen und hatten keinen guten Stand.

Die Befürworter des Vorlesungsgebäudes sahen sich weiterhin in keiner Weise genötigt, dem Hinweis auf die Armutslage in der Stadt etwas entgegenzuhalten und gingen nicht auf dieses Argument ein.[50] Die Pro-Altersheim-Fraktion wiederum warf ein, dass der Bedarf an Bildungseinrichtungen in Frankfurt gesättigt und die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften ohnehin ein *„Reinfall“* sei und man solle sich nicht noch mehr im *„Dilettantismus“* bewegen.[51] Man beklagte außerdem, dass zur Realisierung des Vorhabens zusätzliche städtische Mittel beansprucht werden müssten: Ohne städtische Subventionierung sei das Projekt nicht durchführbar. Stadtverordneter Wedel echauffierte sich vor allem darüber, dass in der Beschlussvorlage die konkrete Höhe der städtischen Leistungen nicht in aller Klarheit dargelegt werde, obwohl man das ohne Probleme hätte tun können. Auch andere äußerten erbost den Vorwurf einer bewussten Verschleierung.

Die Befürworter der Beschlussvorlage wiesen indessen immer wieder darauf hin, dass der Plan, zugleich den Senckenbergischen Instituten mit der von verschiedenen Seiten schon lange gewünschten Verlegung des Bürgerhospitals zu helfen sowie die wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt zu bündeln und auch noch die Volksbildung zu unterstützen, gleich mehrere Missstände aus der Welt

49 Tatsächlich ist im § 6 des Testaments festgehalten, dass die Stiftungsadministration zu entscheiden habe, wofür das Vermögen letztlich zum Einsatz kommen soll, und zwar „nach reiflicher Erwägung aller Verhältnisse und mit Rücksicht auf vorliegendes Bedürfnis“, um schließlich „die den städtischen Interessen dienlichste Zweckbestimmung festzusetzen und die zu deren unverzögerter Ausführung erforderlichen Vorlagen den städtischen Behörden zur Genehmigung zu unterbreiten.“ (MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902, Anlage 1)

50 Dr. Geiger (Fortschrittspartei) verwies lediglich darauf, dass der Magistrat die diesbezügliche Sachlage abschließend geprüft und außerdem ein Projekt für ein Versorgungsheim in Planung habe und betonte: ein darüber hinausgehendes Bedürfnis liege nicht vor (StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565).

51 In diese Richtung äußerten sich z.B. Zirndorfer (Demokrat), Wedel (Demokrat), Hettler (Handwerkerpartei) und Quarck (Sozialdemokrat) (StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565).

schaffen könne. Bürgermeister Varrentrapp führte aus, dass mit den geplanten Projekten eine Vielzahl positiver Effekte erzielt werden würden: Neubauten für das Naturkundemuseum und den Physikalischen Verein sowie ein neues Bürgerhospital am Rande der Stadt, außerdem könnten im Neubau der Jügel-Stiftung auch noch eine Volksbibliothek und Räume für Volksvorlesungen realisiert werden. Es sei daher nur recht und billig, wenn auch die Stadt in dieser Sache einen finanziellen Beitrag leiste und das sei "*ein solches Opfer sehr wohl wert*".[52] Außerdem sei es ein Irrtum, dass die Jügel-Stiftung die Kosten für die Bürgerhospital-Verlegung zu tragen hätte, um das eigene Projekt sowie das der Senckenbergischen Institute zur Umsetzung bringen zu können. Die Unterstützung bei der Verlegung des Krankenhauses sei durchaus Aufgabe der Stadt. Man solle außerdem bedenken, dass die Jügel-Stiftung sehr wohl auch ohne städtische Mittel an einem beliebigen Platz in der Stadt eine akademische Einrichtung auf die Beine stellen könne. Aber die vielen guten Nebeneffekte, die sich bei der vorgeschlagenen Vorgehensweise ergäben, würden dann unter den Tisch fallen.

Den Altersheim-Befürwortern hielt man vor Augen, dass man bei der Ablehnung der Beschlussvorlage eine einmalige Gelegenheit zur Förderung von Wissenschaft und Bildung, die ja letzten Endes *allen* Bevölkerungsschichten in Frankfurt zugutekäme, ungenutzt ließe. Letztlich müsse man Oberbürgermeister Adickes dafür gratulieren, dass er diese glückliche Kombination zustande gebracht habe. Immer wieder hoben die Bildungseinrichtungsbefürworter hervor, dass durch die Stadt zu erbringende *„Opfer“,* welches für das von der Stiftungsadministration vorgeschlagene Projekt und den Ausbau der Bildungseinrichtungen zu erbringen wäre und das schließlich auch noch den Weg zu einer Universität ebne, völlig gerechtfertigt sei. Überhaupt bemühte vor allem Bürgermeister Varrentrapp die Formulierung *„Opfer“* häufig, vor allem wenn er herauszustellen versuchte, dass es bei der vorliegenden Angelegenheit um „höhere Ziele“ ging und nicht um Befindlichkeiten. Diese *„Opfer“* würden schlussendlich der vorteilhaften Weiterentwicklung des städtischen Gemeinwesens dienen und flössen dann einerseits aus dem städtischen Etat, würden andererseits aber auch von den großzügigen Bürgerinnen und Bürgern kommen, die viel privates Geld in gemeinnützige bzw. kulturelle Projekte investierten. Die Befürworter des Bildungsprojekts versäumten deshalb nicht, die großzügigen Spenden von Frankfurterinnen und Frankfurtern für die Neubauten der beiden Senckenbergischen Institute hervorzuheben. Die hohe Summe (zusammengenommen ca. 800.000 Mark) beweise doch ein großes Interesse an deren Arbeit und Fortbestand, doch im Grunde könne erst durch die Mitwirkung der Stadt diese Stiftungsfreudigkeit Früchte tragen. Würde man das Vorhaben nicht

52 StVV-Protokoll 06.05.1902, § 565.

zur Ausführung bringen, wäre das nicht bloß bedauerlich, sondern man würde darüber hinaus das bisherige Engagement der Stifterinnen und Stifter missachten.

Außerdem, warf Bürgermeister Varrentrapp ein, gebe es *„in Deutschland keine Stadt, die ohne Staatshülfe derartige wissenschaftliche Institute zu schaffen in der Lage sei […]. Jede andere Stadt würde mit Vergnügen einen solchen Betrag aufwenden, wenn sie damit das erreiche, was hier erreicht werden soll und erreicht werden kann.“* [53] Eine Ablehnung der Beschlussvorlage sei, so Dr. Fester, *„betrübend und beschämend“* und man solle die Gelegenheit zur Erweiterung der wissenschaftlichen Institute in Frankfurt nicht ungenutzt lassen.[54] Mit der Betonung darauf, dass es bei der Erweiterung der Bildungseinrichtung schließlich um das Gesamtwohl Frankfurts gehe, warf man der Opposition unterschwellig einen mangelnden Stolz auf die eigene Stadt und die nicht gerechtfertigte Verzögerung bedeutsamer Projekte vor. Der unterschwellige Vorwurf an die Vertreter des Pro-Altersheim-Lagers war, dass diese so ganz und gar nicht die gedeihliche Entwicklung Frankfurts vor Augen hätten und ihnen die „richtige“ Zukunftsvision fehle, da man sich mit der Alimentierung der Schwachen begnüge und nicht das sehr viel Größere entdecken könne, das mit dem anvisierten Projekt realisiert werden würde.

Am Ende wurde die Magistratsvorlage trotz der immer wieder eingebrachten stadtpatriotischen Argumente abgelehnt – mit 26 zu 21 Stimmen. Die anwesende Öffentlichkeit auf der Zuschauertribüne erschienen erfreut über diesen Ausgang und bekundete das mit zustimmendem Applaus. Eine alte Dame zeigte sich dabei offenbar derart enthusiastisch, dass sich der Vorsitzende genötigt fühlte, mit der Räumung der Tribüne zu drohen, sollte nicht sofort wieder Ruhe eintreten.[55] Sowohl die Debatte der Stadtverordneten als auch die Reaktion der anwesenden Öffentlichkeit lassen darauf schließen, dass die Angelegenheit die Gemüter der Frankfurterinnen und Frankfurter sehr bewegte. In dieser Sitzung zeigte sich deutlich, dass es wohl doch nicht so selbstverständlich war und quasi auf der Hand lag, Frankfurts Bildungseinrichtungen (am liebsten bis hin zu einer Universität) auszubauen, auch wenn Adickes genau das in seiner Denkschrift und später in Kooperation mit den Administratoren der Jügel-Stiftung hatte anklingen lassen. Der Plan, aus dem Jügel-Geld eine Bildungseinrichtung entstehen zu lassen und mit den Bauvorhaben der Senckenbergischen Institute in Zusammenhang zu bringen, erwies sich am Ende als kein strategisch kluger Schachzug, sondern entpuppte sich

53 StVV-Protokoll 06.05.1902, § 565.

54 Fester ergänzte außerdem, dass der Etat für Wissenschaft und Kunst ohnehin gering sei und man dort das meiste Geld für den zoologischen Garten und das Theater, aber nicht für die Wissenschaft ausgebe (ebd.).

55 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 07.05.1902, Artikel: „Carl Christian Jügel-Stiftung“.

sogar als (vorläufiger) Fallstrick für die durch die Jügel'sche Stiftungsadministration und den Magistrat beabsichtigten Vorgehensweise, und das, obwohl man den Senckenbergischen Einrichtungen prinzipiell sehr positiv gegenüberstand.

Mit der in der Stadtverordnetenversammlung vom 6. Mai 1902 getroffenen Entscheidung kamen die Senckenbergischen Institute, vor allem die SNG, wiederum in gesteigerte Nöte. Die geplanten Erweiterungen mussten dank der nun verhinderten oder zumindest erneut hinausgeschobenen Verlegung des Bürgerhospitals bis auf unbestimmte Zeit auf Eis gelegt werden. Noch am selben Tag richtete die SNG eine umfangreiche Denkschrift an die Stadtverordnetenversammlung, um die akute Notlage und ihre Ursachen ausführlich darzulegen.[56] Die Gesellschaft sei durch den *„unerträglichen Raummangel aufs schwerste geschädigt"*, die Errichtung des Neubaus sei *„geradezu zu einer brennenden Lebensfrage für die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft geworden."* [57] Da die Mittel der SNG nicht ausreichten, um *„an einer anderen geeigneter Stelle und in einer ihren Zwecken auch nur annähernd gleich günstigen Lage der Stadt einen Bauplatz käuflich zu erwerben und in einer Bauperiode einen vollständigen Museums-Neubau von ausreichender Größe aufzuführen,"* [58] sei man dringend auf die Verlegung des Bürgerhospitals angewiesen. Diese Verlegung sei außerdem ganz *„im Interesse der gesamten Bürgerschaft Frankfurts,"* denn damit gewährleiste man den Weiterbetrieb des Naturkundemuseums, der Institute des Physikalischen Vereins und der Senckenbergischen Bibliothek inmitten der Stadt.

Seitens der Stadtverordneten, die die Realisierung einer Bildungseinrichtung mittels des Jügelerbes ablehnten, war die nun entstandene Bedrängnis keinesfalls beabsichtigt. In der Versammlung vom 3. Juni 1902 einigte man sich deshalb darauf, dass die betroffenen Vereine selbst zu Wort kommen sollten und entschied basierend auf den Eingaben durch die Betroffenen eine Woche später, am 10. Juni, schließlich doch die Lösung der Bauplatzprobleme durch die Stadt – und das ganz ohne eine aufkommende Debatte. Der Magistrat erhielt außerdem den Auftrag, sich dieser Sache anzunehmen. Die in derselben Sitzung vorgesehene Abstimmung über die erneut vorgelegten Satzungen der Jügel-Stiftung verlief indessen weniger reibungslos. Was nicht verwundert, da die Satzungen seit der letzten Debatte in der Stadtverordnetenversammlung unverändert geblieben waren. Die Jügel'sche Stiftungsadministration hatte am 2. Juni mit Hector Rößler, der vom Magistrat als Ersatz von Dr. Schmidt-Polex gewählt worden war, diese erneut *„einstimmig gutgeheißen."* [59] Als Verwendungszweck des Jügel'schen Vermögens blieb damit *„die*

56 SenckenbergStift V 48/2, hier: Denkschrift der SNG an die StVV vom 31.05.1902: „Vorstellung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft betr. Errichtung eine Museums-Neubaues."
57 Ebd.
58 Ebd.
59 StVV-Protokoll vom 10.06.1902, § 565.

Errichtung und Unterhaltung einer allgemeinen öffentlichen Unterrichtsanstalt für die Gebiete der Geschichte, der Philosophie und der deutschen Sprache, sowie der Litteratur“ [60] definitiv festgelegt.

Die Debatte zwischen den Lagern Pro-Bildungseinrichtung und Pro-Altersheim brach erneut auf, wenn auch in verkürzter Form. Die Positionen dazu erwiesen sich als unverändert. Die namentliche Abstimmung führte am Ende zu einem Gleichstand.[61] Betrachtet man sich die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Bildungseinrichtungs-Gegnerschaft und die der Befürworter, ergibt sich wieder das Bild, dass die vom Wirtschaftsbürgertum dominierten Nationalliberalen zu den Befürwortern der Bildungseinrichtung zählten, während die mit annähernd gleichen Anteilen aus Bildungsbürgertum, Kaufleuten bzw. Bankiers sowie Handwerkern zusammengesetzten Demokraten und Freisinnigen sowie die Handwerkerpartei sich zur Gegnerschaft bekannten.

Das Zünglein an der Waage war am Ende kein Bildungsbürger, sondern ein Vertreter des Wirtschaftsbürgertums. Die Entscheidung über die Genehmigung oder Ablehnung der Stiftungssatzungen hatte aufgrund des Stimmengleichstands der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung zu treffen, in diesem Fall der Zweite Vorsitzende Heinrich Rößler. Rößler war Demokrat, aber als erfolgreicher und wohlhabender Unternehmer dem Wirtschaftsbürgertum zugehörig, Bruder des Administrators aus der Jügel-Stiftung, Hector Rößler, und vor allen Dingen Befürworter des Bildungsprojekts. Laut Mechthild Wolf gehörte Heinrich Rößler „jener für die Stadt Frankfurt am Main so typischen Bürgerschicht an, die allen technischen Neuerungen gegenüber aufgeschlossen war. Der Frankfurter 1848er-Tradition verhaftet, dachte und agierte sie liberal demokratisch. Der Einsatz im sozialen Bereich galt als gesellschaftliche Verpflichtung.“ (Wolf 1998: 21) Rößler, Gründer der Degussa AG, zählte zu den „sozialen Unternehmern“ mit einem besonderen Verständnis für die Forderungen der Arbeiterschaft und führte u.a. den Achtstundentag ein, was 1884 einer Sensation gleichkam[62] (ebd.: 23). Außerdem sprach er sich im „Gegensatz zu den meisten Unternehmern der damaligen Zeit [...] für die Gewerkschaften und Arbeitsorganisationen in den Betrieben aus.“ (ebd.: 11) Ein grundlegend mangelndes Verständnis für soziale Fragen konnte

60 Ebd.

61 Die Befürworter setzten sich vor allem aus Nationalliberalen, der überwiegenden Mehrheit der anwesenden Freisinnigen, wenigen Demokraten und den anwesenden Konservativen sowie einem Handwerker zusammen; Parteizugehörigkeiten der Zustimmenden (in Klammern: Anzahl der Anwesenden Parteimitglieder/Gesamtanzahl der Sitze in der StVV): 10 Nationalliberale (12/20), 4 Freisinnige (5/12), 3 Demokraten (16/23), 2 Konservative (2/2), 1 Handwerker (5/6), 1 ohne Parteizugehörigkeit (1/3). Die Gegner gehörten vor allem den Demokraten an und auch die überwiegende Mehrheit der Handwerker stimmten gegen die Beschlussvorlage, weiterhin zwei Nationalliberale, ein Freisinniger und der einzige Sozialdemokrat des Gremiums; Parteizugehörigkeiten der Opponenten: 13 Demokraten (16/23), 4 Handwerker (4/5), 2 Nationalliberale (12/20), 1 Freisinniger (5/12), 1 Sozialdemokrat (1/1).

62 Als Regelarbeitszeit wurde der Achtstundentag erst 1915 eingeführt.

man Rößler also nicht vorwerfen. Dennoch verhalf er mit seiner Entscheidung der Durchsetzung zutiefst bürgerlicher Bedürfnisse und wehrte ein mildtätiges Projekt ab.

Als er seine Entscheidung kundtat, kam es zu Unruhe im Saal und „Hört! Hört!"-Rufe ertönten.[63] War es die Verwunderung darüber, dass ausgerechnet dieser sozial gesinnte Unternehmer sich gegen ein Projekt zugunsten der Armen und Schwachen entschied, die diesen Unmut auslöste? Darüber kann man nur spekulieren. Tatsache ist, dass Rößler sich in seiner Funktion als Stadtverordneter in besonderem Maße für die Förderung der Naturwissenschaften im Schul- und Bildungswesen einsetzte.[64] Weiterhin stand Rößler dem Physikalischen Verein besonders nahe, also genau einer derjenigen Institutionen, die mit dem Jügelhaus-Projekt als Bildungseinrichtung in direkten Zusammenhang gebracht worden waren, und hielt dort nicht nur zahlreiche Vorlesungen, sondern setzte sich auch als Vereinsmitglied engagiert ein, insbesondere als Kassenwart und als Vorstandsvorsitzender, letzteres in den Jahren 1887–1888 und von 1892–1894 (ebd.: 29f.). Die von Rössler getroffene Entscheidung erscheint vor diesem Hintergrund also keineswegs verwunderlich.

In der lokalen Presse erhielt die in der Stadtverordnetenversammlung getroffene Entscheidung keine durchweg positive Resonanz. Die Kleine Presse kommentierte einige Tage später: *„Der Kampf um die Jügel-Stiftung ist beendigt; die Akademiker haben gesiegt, die Altersheimler sind unterlegen. Es war kein sehr erbauliches Schauspiel, das sich da abspielte und die edlen Stifter […] würden sich im Grabe herumdrehen, wenn sie wüßten, zu welchen Streitigkeiten ihr Testament geführt hat."*[65] Doch auch wenn eine derartige Reaktion vermuten lässt, dass weitere Proteste folgen sollten, passiert etwas anderes, nämlich: nichts. Die anfängliche Aufregung rund um die Entscheidung für den letztlichen Verwendungszweck des Jügelerbes geriet in Frankfurt erstaunlich schnell in Vergessenheit und das trotz der vehementen Einwände gegen das Bildungsprojekt. Die Debatten in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung hatten zwar zutage gebracht, dass ein großer Teil der politischen Vertreter die akute Bedürfnislage in der Stadt grundlegend anders ein-

63 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Kleine Presse vom 12.06.1902, Artikel: Versammlung der Stadtverordneten.

64 Er galt als „Fachmann für Ausbildungsfragen und wurde in die verschiedensten Schulkommissionen als Berichterstatter, in den Sonderausschuß für die Errichtung einer gewerblichen Fortbildungsschule als Vorstandsmitglied und in das Komitee für die Gründung von Handwerkerschulen gewählt. Die Stadtverordnetenversammlung entsandte ihn 1881 in das Kuratorium der höheren Schulen und in die Schuldeputation. Mehr als 25 Jahre gehörte er diesen Institutionen an." (Wolf 1998: 27)

65 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Kleine Presse vom 14.06.1902, Artikel: „Nachträgliches zur Jügel-Stiftung".

schätzte als die Befürworter der Bildungseinrichtung, dennoch erscheint es rückblickend so, als habe sich die letztgenannte Gruppe erstaunlich schnell geschlagenen gegeben. Warum verebbte der Protest so rasch?

Durchdenken wir dafür kurz folgende Annahme: Die divergierenden Standpunkte sind zwar dem Rückgriff auf *unterschiedliche subjektive Wissensvorräte* geschuldet, diese haben jedoch beide ihren Ursprung einem gemeinsamen *gesellschaftlichen Wissensvorrat* der Stadt Frankfurt und führen letztlich doch zu einem gemeinsamen Nenner. Was auf den ersten Blick paradox erscheint, lässt sich in wenigen Sätzen veranschaulichen. Die damals aktuelle „Bedürfnislage" schätzten tatsächlich *beide* Lager der Stadtverordnetenversammlung richtig ein: In bürgerlichen Kreisen sehnte man sich nach einem Ausbau der Bildungseinrichtungen, da man dort am meisten von diesen profitierte, aber auch, um sich damit leistungsstark unter den deutschen bzw. europäischen Städten hervorzutun und um zu zeigen, dass man in diesem Bereich mithalten konnte. Gleichzeitig gab es die bereits mehrfach beschriebene Lebenslage der finanziell weniger gut gestellten unteren Gesellschaftsschichten, die systematisch benachteiligt und auf ein soziales Engagement seitens der Eliten angewiesen war, um drohendem Elend entrinnen zu können.

An der Debatte zum Jügelhaus zeigen sich die Widersprüche, die für das damalige Bürgertum Frankfurts charakteristisch waren: Einerseits der Wille, die eigenen Interessen durchzusetzen und andererseits das Empfinden einer (zum Teil sehr ausgeprägten) sozialen Verantwortung gegenüber den sozial Schwächeren. Wenn es um die Realisierung der sich an manchen Punkten widersprechenden Ziele ging, zeigt sich ein gemeinsames Streben, nämlich das um das Gemeinwohl in der eigenen Stadt. Auf Frankfurt und die *„Errungenschaften"* der Stadt war man stolz und wollte es weiterhin sein und dieser Stolz nährte sich ebenso aus repräsentativen Projekten wie aus dem Wissen, als Deutschlands stiftungsfreudigste und *„hilfsbereiteste"* Stadt zu gelten (vgl. Klötzer 1997: 17). In der Jügelhaus-Debatte waren beide Lager darum bemüht darzulegen, welches Projekt in Frankfurt eine größere Nachfrage habe und damit der Stadt am meisten nutze. Die Gegner des Bildungsprojekts argumentierten, dass man das zu gemeinnützigen Zwecken der Stadt vermachte Geld nicht den Armen vorenthalten dürfe, während die Befürworter behaupteten, dass man mit den vorgestellten Plänen letztlich einer sehr viel breiteren Bevölkerungsschicht – und nicht „bloß" den armen Alten – etwas Gutes ermögliche, denn das zukünftige Jügelhaus stehe ja auch anderen Einrichtungen für deren wissenschaftlichen Vorlesungen zur Verfügung, wie z.B. der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, dem Deutschen Hochstift[66] oder dem Ausschuß für

66 „Das ›Freie Deutsche Hochstift für Wissenschaften, Künste und allgemeine Bildung‹ wurde 1859, am 100. Geburtstag Friedrich Schillers, von etwa fünfzig zumeist Frankfurter Bürgern gegründet.

Volksvorlesungen (AfV)[67]. Auch eine Volksbibliothek sei *„unschwer“* dort unterzubringen.[68] Mit dem Hinweis auf die zum Teil unentgeltlich zur Verfügung zu stellenden Nutzungsmöglichkeiten für Institutionen, die eine umfängliche Volksbildung anstrebten, wie etwa Hochstift und AfV, hob man hervor, mit dem angestrebten Projekt auch die Bildungsbedürfnisse der unteren Bevölkerungsschichten zu unterstützen. Letztendlich brachten beide Seiten Argumente der Gemeinnützigkeit ein und wurden damit – in ganz unterschiedlicher Weise – dem bürgerlichen Ideal gerecht, *allen* ein gutes Leben ermöglichen zu wollen. Weiterhin warfen sich *beide* Lager eine unsoziale Haltung vor. Die Altersheimbefürworter sahen in der Entscheidung für den Bau einer Bildungseinrichtung das Übergehen der Bedürfnisse armer Alter, die Befürworter des Vorlesungsgebäudes werfen den wohlfahrtsorientierten Kollegen vor, eine zeitnahe Verwendung des Jügelvermögens für gemeinnützige Zwecke zu verhindern.

Der ausbleibende Protest nach der Durchsetzung einer Bildungseinrichtung ist ein Indiz dafür, dass sich die beiden in der Jügelhaus-Frage gegenüberstehenden Lager trotz divergierender Standpunkte letztendlich aus einem gemeinsamen gesellschaftlichen Wissensvorrat bedienten. Wäre die Entscheidung komplett am Sinngefüge der gegnerischen Stadtverordneten und der ansonsten in Frankfurt vorzufindenden Gegnerinnen und Gegner vorbeigegangen, hätten die Reaktionen sicherlich anders ausgesehen und wären in Richtung eines deutlich geäußerten Widerstands gegangen. Man war schließlich auch im Vorfeld bereit gewesen, sich sehr kritisch zu äußern, warum also nicht auch nach der – aus der Perspektive der relativ zahlreichen Altersheimbefürworter – „falschen“ Entscheidung? Stattdessen hüllte man sich in Schweigen und nach der Fertigstellung des Jügelhauses sowie der weiteren Gebäude konnte man sogar den Eindruck gewinnen, als habe es nie Einwände gegen das Jügelhaus-Projekt gegeben: In der lokalen Presse und in einem Begleitheft zur Eröffnung des Jügelhauses war man voll des Lobes für die

---

Die politischen Ideale der gescheiterten Revolution von 1848 sollten hier eine ins Geistig-Kulturelle gewendete Heimstatt finden. Initiator war der siebenunddreißigjährige Privatdozent der Geologie Dr. Otto Volger aus Lüneburg, der selbst einst ein aktiver 1848er gewesen war. Der jedem offenstehende Verein – damals keine Selbstverständlichkeit! – verstand sich als Akademie und zugleich als eine Art Volkshochschule.“ (Goethe-Haus 2013)

67 „Maßgeblich gefördert von dem damaligen Stadtrat für soziale Angelegenheiten Karl Flesch bildete sich 1890 der Ausschuss für Volksvorlesungen (AfV) mit dem erklärten Ziel, die Benachteiligung der Arbeiter aufzubrechen und ihnen im Bereich der Bildung ›...die Abhaltung von allgemeinverständlichen und für jedermann frei zugänglichen Vorträgen zu ermöglichen‹. Die Arbeiter sahen in einer neuen Bildungsinstitution einen Hebel zur Überwindung jahrzehntelanger Unterdrückung. ›Wissen ist Macht‹ war daher das verbindende Motto. Politische Themen freilich waren tabu. Erst diese Zusage führte dazu, dass die Polizei die Veranstaltungen nicht länger observierte. Die Vorträge wurden zu einem großen Erfolg. Bis zu 1000 Zuhörer besuchten die einzelnen Volksvorlesungen und als ebenso erfolgreich erwiesen sich kurze Zeit später auch die ersten Lehrgänge und Kurse. ›Die Aufgabe der Lehrgänge besteht darin‹, so hieß es damals, ›allmählich den Gedanken der Volkshochschule zu verwirklichen‹.“ (VHS Frankfurt 2013)

68 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Protokoll der Magistratssitzung vom 18.04.1902.

neuen Gebäude und äußerte sich in einem überaus stadtpatriotischen Sinne über diesen „Zugewinn“. Der einstige Streit war spätestens ab diesem Zeitpunkt – falls er überhaupt noch Erwähnung fand – zur Randnotiz verkümmert. Es scheint, als habe der Verwendungszweck „Bildungseinrichtung“ am Ende doch *alle* in Frankfurt überzeugt, da man nur noch die zahlreichen positiven Effekte des Projekts erwähnte, die allesamt als „gut für Frankfurt“ galten.

Zu diesen positiven Effekten zählte man auch die anfänglich scharf kritisierte räumliche Zusammenlegung mit den Senckenbergischen Instituten. Nach einigen weiteren Irrungen und Wirrungen in der Frage, wie letzteren durch die Stadt zu helfen sei[69] und die in Kapitel 6.4 eine eingehendere Würdigung finden, einigte sich die Senckenberg-Stiftung mit dem Magistrat schließlich auf folgende Lösung: Ein Grundstück im Westend an der Viktoria-Allee solle der Senckenberg-Stiftung unentgeltlich mit der Auflage überlassen werden, für die Jügel-Stiftung zur Errichtung eines Hörsaalgebäudes und gegen eine 43 Jahre lang zahlende Pacht einen Bauplatz zur Verfügung zu stellen. Die Senckenberg-Stiftung wiederum sollte das gesamte Stiftungsgrundstück am Eschenheimer Turm veräußern und ein neues Bürgerhospital an der Nibelungenallee bauen, ebenfalls auf einem von der Stadt zur Verfügung gestellten Grundstück. Nach der Auflösung des Senckenbergischen Stiftungsgrundstücks sollten an der Viktoria-Allee die Senckenbergische Bibliothek, das Naturkundemuseum und der Physikalische Verein neu entstehen, das Botanische Institut auf einem Grundstück in der Nähe des Palmengartens sowie der Neubau des Anatomischen Instituts auf dem Grundstück des Städtischen Krankenhauses.

Auf einer Generalversammlung der Senckenbergischen Gesellschaften am 21. Februar 1903 beschloss man, auf das Angebot der Stadt einzugehen und bereits am 3. März brachte der Magistrat eine entsprechende Eingabe in die Stadtverordnetenversammlung ein, um das Projekt absegnen zu lassen. Dabei versäumte man nicht, auch in diesem Kontext eindrücklich darauf hinzuweisen, dass man die Vorlage ganz im Interesse der Entwicklung Frankfurts erarbeitet habe.[70] Die Verlegung der Institute erfolgte wie im Antrag formuliert, einzige Abänderung war, dass die den Instituten übereigneten Grundstücke ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden dürfen. Am 18. August 1903 unterzeichnete die Senckenberg-Stiftung den Vertrag mit der Stadt Frankfurt und den mit der Jügel-Stiftung, welcher festlegte, dass die Senckenberg-Stiftung dieser zur Errichtung eines Hörsaalgebäudes einen stadtseitig liegenden Bauplatz zu dauerndem Eigentum überlässt.

---

69 Dank der geschickten Verhandlungen von Franz Adickes mit der Dr. Senckenbergischen Stiftung konnte das Jügelhaus-Projekt wieder in direkter Verbindung mit den Senckenberg-Instituten gebracht werden.

70 StVV-Protokoll vom 03.03.1903, § 237.

An der Art des Debattenverlaufs zeigt sich die Beharrlichkeit, mit der in Frankfurt bestimmte bürgerliche Ideale – in diesem Fall der Ausbau der Wissenschaftseinrichtungen der Stadt – weiterverfolgt und auch durchgesetzt werden konnten. Deutlich wird weiterhin, dass man verschiedene, mehr oder weniger zufällig zur gleichen Zeit eintretende Umstände, geschickt zu nutzen wusste, um einem bereits schon länger anvisierten Ziel ein Stück näherzukommen. Der Bau eines Wissenschaftszentrums war ja kein Selbstzweck, sondern im Grunde ein strategischer Zwischenschritt bis zur Gründung einer Universität. Allen – zum Teil vermutlich unerwartet – aufgetretenen Widerständen zum Trotz schaffte man es, statt in eine Wohlfahrtseinrichtung zu investieren, das Bildungswesen der Stadt maßgeblich auszubauen, was wiederum vor allem einer sozialen Gruppe zugutekam: dem Bürgertum. Zwar betonte man immer wieder den Gesamtnutzen für das Ansehen der Stadt und dass auch untere Bevölkerungsschichten profitierten, da jenen in den neuen Räumlichkeiten ebenfalls ein spezifisches Angebot zur Verfügung gestellt werden sollte. Aber eben nur ein spezielles Zusatzangebot, nicht die Teilhabe an der dort stattfindenden beruflichen Aus- und Weiterbildung. Tatsächlich bedeutete das „zum Wohl der Stadt" anvisierte Projekt eines, das in aller erster Linie zum „Wohl des Bürgertums" umgesetzt wurde. Noch viel deutlicher als die Debatten und Berichte über das Jügelhaus „erzählt" der letztlich gewählte Standort bzw. die stadträumliche Platzierung des Gebäude-Ensembles viel darüber, welche gesellschaftliche Gruppe von dem Bau am meisten profitierte. Gelegen am westlichsten Rand des „bürgerlichsten" aller Quartiere Frankfurts hatten die dort entstehenden wissenschaftlichen Einrichtungen genau den Personenkreis, der vermutlich am häufigsten in den Einrichtungen zugegen sein würde, direkt vor der Haustür. Der Standort des neu entstehenden Wissenschafts-Ensembles erhält in nachfolgenden Abschnitten eine noch etwas eingehendere Betrachtung.

3.6
Wissenschaftsbauten „zum Wohl der Stadt"

Das Frankfurter Bürgertum war sich des Spannungspotentials innerhalb der eigenen Stadt durchaus bewusst und versuchte über Wohltätigkeit sowie über Reformen soziale Ungerechtigkeiten auszugleichen. Wie der Fall „Jügelhaus" zeigt, war das allerdings keineswegs mit einem Zurücktreten des Bürgertums hinter die eigenen Bedürfnisse verbunden. Die bürgerlichen Wünsche in Bezug auf den Stadtraum hatten Vorrang. Gleichzeitig verstand man es, die damit verbundenen Umsetzungsmaßnahmen als ein allgemeines Bedürfnis herauszustellen, indem man

immer wieder betonte, dass man *„zum Wohl der Stadt“* handelte. Die in Frankfurt auch im Vorfeld des Jügelhaus-Projekts immer wieder gerne verwendete Formulierung kam nicht nur dort, sondern auch im Zusammenhang anderer wichtiger (Bau-)Entscheidungen zum Einsatz. *„Zum Wohl der Stadt“* war eine im damaligen Frankfurt beliebte rhetorische Figur, die im Kontext einer „Ideologie des Allgemeinwohls“ (Köhler 1995: 64f.) regelmäßig zur Anwendung kam und die man als eine Formulierung zur Überbrückung der in der Stadt vorzufindenden Widersprüche und Konflikte verstehen kann, indem sie auf ein erstrebenswertes „Gutes“ für *alle* in dieser Stadt Lebenden verweist. Das bürgerliche Anspruchsdenken, tatsächlich zu wissen, was für alle gut ist, wurde damit auf eine legitimierende Formel für die bürgerlichen Bauvorhaben gebracht. Gleichzeitig griff das Bürgertum auf eine befriedende Argumentation gegenüber jenen Bevölkerungsgruppen zurück, die von all dem geplanten „Wohl“ in ihrem realen städtischen Lebensalltag keinen spürbaren Nutzen ziehen konnten, indem man von „übergeordneten“ Zielen sprach.

„Bewahrerinnen“ der Ideologie des Allgemeinwohls waren die bürgerlichen Eliten Frankfurts, die sowohl auf politischer als auch auf mäzenatischer Ebene für „ihre“ Stadt eintraten, gleichermaßen für repräsentative Projekte wie auch für mildtätige Zwecke. Entscheidungen im Sinne des Frankfurter Gemeinwohls zu treffen, gehörte zu den städtischen Relevanzen, die im Fall „Jügelhaus“ eine besondere Rolle spielten. Das Bild von einer Stadt, in der man zum Wohle aller handelte, war ein Bestandteil des städtischen Wissensvorrats, auf den die Stadtverordneten, die Magistratsmitglieder und die Vorstände der Frankfurter Stiftungen und Vereine, letztlich die gesamte bürgerliche Elite, zurückgriff und der die Basis für das Handeln und Entscheiden der Akteure bildete.

Die auf einer sprachlich-diskursiven Ebene erfolgende Herausstellung des Nutzens, den das Jügelhaus-Projekt für *alle* Frankfurter Bevölkerungsschichten haben sollte und der umso größer sein würde, wenn man ein noch viel ambitionierteres Vorhaben anvisiere, nämlich die Zusammenlegung mit den Senckenbergischen Instituten, war ganz im Sinne der bürgerlichen Allgemeinwohl-Ideologie. Zur physisch-materiellen Realität geworden, veranschaulicht das Wissenschaftszentrum sehr viel unverhohlener, wessen Wohl hier tatsächlich leitend gewesen war. Denn die Neubauten der Senckenbergischen Institute und der Bau des Jügelhauses entsprachen gleich in mehrfacher Hinsicht den Bedürfnissen des Frankfurter Bürgertums. Man konnte nicht nur die bürgerlichen Bildungsinteressen durchsetzen, die mit Blick auf die mögliche Gründung einer Universität ja tatsächlich noch sehr viel weitergingen als eine bloße Zusammenlegung vorhandener wissenschaftlicher Institute, man stärkte zugleich das „bürgerlichste“ Quartier der Stadt in seiner Exklusivität und Anziehungskraft. Weiterhin sagt die Art, wie man das Ensemble in die städtebauliche Situation zwischen exklusivem Westend und dem „einfachen“

Bockenheim platzierte, viel darüber aus, welche gesellschaftlichen Gruppen tatsächlich adressiert werden sollten. Die Betrachtung der räumlichen Situation vor und nach der Errichtung des Wissenschaftszentrums führt uns zu einem besseren Verständnis dieser Annahme.

Die freien Flächen an der Grenze zu Bockenheim waren in städtischem Besitz und gehören zur Gemarkung Westend.[71] Aus verschiedenen Gründen erscheint es allerdings unwahrscheinlich, als habe man damals für die freien Flächen eine luxuriöse Wohnbebauung vorgesehen. Dass die Stadt selbst zum Wohnungsbau geschritten wäre, erscheint um 1900 herum höchst unwahrscheinlich, denn sozialer Wohnungsbau entwickelte sich in Frankfurt erst in der Weimarer Republik. Fraglich bleibt außerdem, ob an besagter Stelle auch bei Grundstücksverkäufen eine Villenbebauung entstanden wäre, denn die direkt angrenzende, industriell geprägte Nachbarschaft machte ein solches Vorhaben unattraktiv. Die bereits Ende der 1880er Jahre gebaute, repräsentativ angelegte und boulevard-ähnliche Viktoria-Allee, die das noch unbebaute Gelände im Osten säumte und die Teil eines ganzen Alleenrings war, der die Stadteile des schnell wachsenden Frankfurts sowie die Ein- und Ausfallstraßen miteinander verbinden sollte, weist jedoch darauf hin, dass man hier durchaus eine repräsentative Bebauung entstehen lassen wollte.

Boulevards sind ursprünglich breite, in der Regel prachtvoll angelegte und mit Bäumen gesäumte bzw. mit einem begrünten Mittelstreifen versehene Ringstraßen rund um die (alten) Stadtkerne, die dem Verlauf der niedergelegten Stadtmauern folgten. Seit der „Haussmannisierung" von Paris[72], stehen Boulevards im Zuge des pragmatisch-urbanistischen Transformationsprozesses der europäischen Großstädte des 19. Jahrhunderts nicht nur für eine spezifische architektonische Formation, sondern zugleich für die besondere „Logistik des kulturellen Lebens in der Metropole" (Hülk/Schuhen 2012: 7). Die Ende der 1880er Jahre entstandene Viktoria-Allee verläuft auf der aufgelassenen Trasse der einstigen Main-Weser-Bahnstrecke und ist Teil eines Anlagenrings, der „die Stadtteile von der westlichen bis zur östlichen Außenstadt verkehrstechnisch miteinander [...] verbinden" sollte (Köhler 1995: 109). Ende des 19. Jahrhunderts entstanden in Frankfurt mehrere, ringförmig angeordnete, breite Promenaden, vor allem aus verkehrstechnischen Gründen. In ihrer Gestaltung richtete man sich nach „dem Bedürfnis des städtischen Bürgertums, das gerne spazieren gehe", schreibt Jörg Köhler und zitiert in diesem Zusammenhang aus dem Mitteilungsprotokoll der Stadtverordnetensitzung vom 14. April 1892: *„Im Allgemeinen werden sowohl die Anforderungen des*

71 Die Grenze zu Bockenheim verläuft nicht – wie oftmals irrtümlich angenommen wurde und noch wird – entlang der Viktoria-Allee (der heutigen Senckenberganlage). Das freie und zu bebauende Gelände westlich der Allee war (und ist) Teil des Westends.

72 Der Pariser Präfekt und Stadtplaner Georges-Eugène Baron Haussmann ließ Mitte des 19. Jahrhunderts durch die mittelalterliche Bebauung der Stadt breite Schneisen mit repräsentativer Bebauung, großzügigen Trottoirs und mehrspurigen Fahrbahnen schlagen.

Verkehrs als diejenigen der Gesundheitspflege und Schönheit zu berücksichtigen sein. Es werden danach breite Straßen und Plätze in genügender Zahl vorzusehen […] sein […]. Somit tunlich wird dabei zugleich darauf zu achten sein, daß hervorragende Bauwerke zur Geltung gelangen und schöne Aussichten, insbesondere nach dem Taunus nicht verbaut, sondern offen gehalten und mit den Anlagen selbst in anmutende Verbindung gebracht werden.“ (ebd.)

„Die Frankfurter Ringstraße“, schreibt Astrid Hansen, „ist von einer Akzentuierung durch Monumentalbauten im Wechsel mit Miets- und Wohnhaus- beziehungsweise Villenbebauung je nach Viertel gekennzeichnet.“ (Hansen 2001: 48) Dort, wo die mehrspurige Viktoria-Allee mit begrünten Mittelstreifen entstand, gab es zunächst keine Bebauung – sie verlief im freien Geländestreifen zwischen der Stadt Bockenheim und dem Frankfurter Westend. Erst 15 Jahre später war die repräsentative Westend-Bebauung an die östliche Seite der Allee herangerückt. Nur auf der nach Bockenheim weisenden Seite der repräsentativen Promenade fehlte es noch an *„hervorragenden Bauwerken“*, die *„schöne Aussichten“* ermöglichten und mit der Anlage selbst *„in anmutende Verbindung“* gebracht werden konnten. Die Entstehung eines repräsentativen Ensembles bestehend aus Bauten für Wissenschaft und Bildung war also ganz im Sinne des Bebauungsplans für diese Art der Straße. Gerade das Naturkundemuseum war ein Anziehungspunkt für das bildungs- und kulturinteressierte Bürgertum, das zum Beispiel aus dem Westend kommend einen wunderbaren Spaziergang genau dorthin machen konnte. Sogar die im Mitteilungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung angesprochene Aussicht zum Taunus fand Berücksichtigung: Auf den Terrassen über dem Festsaal des Jügelhauses kam man in den *„Genuß eines herrlichen Blicks auf Frankfurt und seine weitere Umgebung“* (Das Jügelhaus 1907: 8).

Wenn man mit dem Jügelhaus offiziellen Verlautbarungen zufolge *„zum Wohl der Stadt“* baute, sagen der Standort und die stadträumliche Platzierung etwas anderes darüber aus, wessen Interessen hinter dem an diesem Ort entstehenden Wissenschaftszentrum steckten. Die städtischen Selbstverwaltungsgremien sowie Frankfurts Bürgermeister (insbesondere Mumm und Adickes) trugen mit ihren Entscheidungen immer wieder dazu bei, dass das Westend eine Bevorzugung erfuhr und dass immer mehr kulturelle Einrichtung in diesen Teil der Stadt „wanderten“. Einrichtungen, die für den bürgerlichen Lebensstil äußerst bedeutsam waren. Der Bau von Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen an genau dieser Stelle erscheint von dieser Tatsache ausgehend absolut folgerichtig, da es mit dem Bau des Wissenschaftszentrums gelang, weitere wichtige Kultur- und Bildungseinrich-

Abbildung 13: Repräsentative Ansicht des Wissenschaftszentrums. Vom Westend auf das Ensemble schauend zeigt sich dieses von seiner opulentesten Seite.

Abbildung 14: Die vornehme, gegenüberliegende Westend-Nachbarschaft des Wissenschaftsensembles.

tungen in das Westend zu verlegen. Doch das Gebäude-Ensemble „leistete“ noch mehr: Es fungierte wie ein Puffer zwischen der Villenbebauung und der wenig glamourösen Nachbarschaft in Bockenheim.

Vor der Errichtung des Wissenschaftszentrums befand sich auf dem Baugelände eine unansehnliche Brache, auf der sich allerlei Müll und Schutt angesammelt hatte.[73] Mit der Umsetzung des repräsentativen Projekts verschwand dieses Chaos und mit den neuen Bauten stellte sich ein repräsentationssteigender Synergieeffekt ein: Das Wissenschaft-Ensemble profitierte von der vornehmen Umgebung genauso, wie die vornehme Westendbewohnerschaft von der Eliminierung der hässlichen Schutthalde und dem neuerlichen Anblick großer öffentlicher Repräsentationsbauten. Beide Seiten gaben sich ein repräsentatives Gewicht. Weder eine Wohnbebauung, die aufgrund des direkten Angrenzens an Bockenheim in jedem Fall „minderwertiger“ ausgefallen wäre als im restlichen Westend, noch eine Umsetzung einer Grünanlage, die aufgrund des nahen Palmengartens und des grünen Hohenzollernplatzes ebenfalls unwahrscheinlich erschien, hätten einen vergleichbaren Effekt gehabt. Die Bauten des Wissenschaftszentrums ließen die weniger standesgemäße Nachbarschaft im wahrsten Sinne des Wortes „hinter sich“ liegen. Vom Wissenschaftsensemble blickte man auf das repräsentative Westend und vom Westend aus war die Aussicht auf die unansehnliche Brache und das dahinterliegende „Arbeitergebiet“ ersetzt worden durch den Blick auf Repräsentationsbauten, die einige der wichtigsten Wissenschaftsinstitute der Stadt beherbergten (siehe Abbildung 13 und Abbildung 14). Mit den Neubauten schob sich das „bürgerliche Territorium“ dicht an die deutlich weniger exklusive Bebauung des Stadtteils Bockenheim heran und markierte den einstmals unbebauten Geländestreifen sichtbar als einen Teil, der zum vornehmsten Viertel der Stadt gehört.

Schauen wir etwas genauer auf das realisierte Ensemble. Schon die Umsetzung der Gebäudegruppe in einem repräsentativen Baustil verweist auf ihre bürgerliche Bestimmung. Gemäß des damaligen bürgerlichen Bedürfnisses, die eigene Lebensweise in der Gesellschaft deutlich sichtbar werden zu lassen, baute man bis in das 20. Jahrhundert hinein die wichtigen gesellschaftlichen Institutionen wie Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen sowie Gebäude mit bedeutenden politischen oder wirtschaftlichen Funktionen (wie z.B. Behörden und Parlamente bzw. Banken und Börsen) in einer – gerne auch mal etwas opulenteren – Repräsentativarchitektur. Die Ausrichtung des Wissenschafts-Ensembles an der Viktoria-Allee zeigte schließlich noch unmissverständlicher, welche soziale Gruppe hier angesprochen werden sollte und welche nicht: Die Glanzseite der Gebäudegruppe ist die neobarocke Fassade des Naturkundemuseums, die sich gen Westend richtet.

73 Die Schutthalde wird in einem Brief der Administration der Dr. Senckenbergischen Stiftung an die Senckenbergische Naturforschende Stiftung vom 10.03.1904 erwähnt, die zwecks der Vorbereitung des Baugrundstücks abgetragen werden musste (SenckenbergStift V48/2).

Der Physikalische Verein im Süden der Gebäudegruppe und das Jügelhaus sowie die Senckenbergische Bibliothek im Norden wenden sich weder in Richtung Bockenheim, noch in Richtung Westend. In Richtung Bockenheim weisen ausschließlich schmucklose (Gebäuderück-)Seiten,[74] ganz so, als müsste sich das Ensemble gegenüber dem Arbeiterquartier nicht übertrieben vornehm zeigen.

Abbildung 15: Das Ensemble mit den Wissenschaftsbauten an der Grenze zu Bockenheim. Im Norden das Jügelhaus und die Senckenbergische Bibliothek, die ihre repräsentativen Fassaden zur Jordanstraße (heute: Mertonstraße) ausrichten. Im mittleren Teil das Gebäude des Naturkundemuseums. Die repräsentative, neobarocke Fassade des Museums wendet sich dem Westend zu. Das Gebäude des Physikalischen Vereins im Süden der Gebäudegruppe richtet sich zum Kettenhofweg aus. Die Fassaden, die sich der Bockenheimer Bebauung im Westen zuwenden, sind einfach bis schmucklos.

74 In den Akten des Instituts für Stadtgeschichte waren keine Fotografien dieser weniger präsentierfreudigen Gebäude-Ansichten aufzufinden, was wenig verwundert. Die Planunterlagen mit den verschiedenen Gebäude-Ansichten belegen jedoch die Einfachheit der gen Bockenheim ausgerichteten Fassaden (IfS-Akte: Bauaufsicht 232).

Mit dem Bau des Wissenschaftszentrums hatte sich ein Teil der bürgerlichen Elite Frankfurts nicht nur auf einer politisch-diskursiven Ebene durchgesetzt, um die eigenen Interessen zur Umsetzung zu bringen, sondern auch bei der konkreten Formung des städtischen Materials. Dank der Unterstützung durch die – bürgerlich dominierten – städtischen Selbstverwaltungsgremien wurde ein (weiterer) physisch-materieller „Marker" der Bürgerlichkeit auf den Weg gebracht: Für jede und jeden im Stadtraum deutlich erkennbar als Verkörperung des bürgerlichen Bildungsanspruchs und als Beweis für die bereits vorhandenen Kapazitäten auf dem Bildungssektor platziert war das Wissenschaftszentrum *der* entscheidende Meilenstein auf dem Weg zur Frankfurter Universität.

3.7
Zwischenbilanz

In einer Zeit des gesellschaftlichen Umbruchs, in der die Städte teilweise explosionsartig wuchsen und sich sowohl deren soziales Umfeld als auch ihre Materialität rasant wie auch drastisch veränderten, entwickelte sich innerhalb der damaligen bürgerlichen Eliten eine besondere Haltung gegenüber „ihrer" Stadt, mit der sie sich oftmals in sehr hohem Maß identifizierten. Für das Bürgertum war die Stadt der Ort, an dem sich Bürgerlichkeit überhaupt erst konstituierte, es verwundert deshalb kaum, dass diese gesellschaftliche Gruppe alle Einflussmöglichkeiten nutzte, um das städtische Lebensumfeld nach den eigenen Bedürfnissen und Werthaltungen zu gestalten. Wichtig waren ein umfangreiches Angebot im Kultur- und Bildungsbereich, Möglichkeiten der Geselligkeit sowie nicht zuletzt ein ausreichendes Maß an Sicherheit und Hygiene. Vor dem Hintergrund der extrem schnell wachsenden Bevölkerungszahlen ab etwa Mitte des 19. Jahrhunderts war die Realisierung dieses anspruchsvollen Programms eine enorme Herausforderung. Während es dem Bürgertum bei der städtischen Entwicklung um kulturelle Verfeinerung ging, hatten im Gegensatz dazu die in die Städte strömenden Menschenmassen in erster Linie die Sicherung ihrer Existenzen im Auge und hofften auf Arbeit und eine Bleibe, bei welcher nicht der Komfort an oberster Stelle stand, sondern die Bezahlbarkeit. Es war mitunter dieser Gegensatz, der dafür sorgte, dass der Umbau zur Großstadt von gesellschaftlichen Spannungen begleitet war.

Grundsätzlich waren die Bedingungen für das Bürgertum günstig, die eigenen Interessen im Zuge der stadträumlichen Entwicklung durchzusetzen, da es üblicherweise die städtischen Selbstverwaltungsgremien dominierte. Auch in Frankfurt waren Magistrat und Stadtverordnetenversammlung in überdeutlicher Mehr-

heit mit bürgerlichen Vertretern besetzt: Der Anteil von Mitgliedern aus dem Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum lag in diesen Gremien von 1866 bis in das 20. Jahrhundert hinein im Magistrat bei etwa 90 Prozent, in der Stadtverordnetenversammlung bei circa 80 Prozent; im Magistrat dominierte leicht das Bildungsbürgertum und in der Stadtverordnetenversammlung das Wirtschaftsbürgertum (vgl. Ralf Roth 1996: 493ff.). Der bürgerliche Gestaltungswille zeigte sich in Frankfurt jedoch auch im außerpolitischen Bereich deutlich: Stiftungs- und Vereinswesen sowie eigens gegründete Aktiengesellschaften waren in Frankfurt ebenfalls stark genutzte Instrumente der bürgerlichen Selbstverwirklichung auf stadträumlicher Ebene. Im Zusammenspiel mit den Selbstverwaltungsgremien ging es bei den anvisierten Prestigeprojekten nicht einfach nur um die Einhaltung von Vorgaben und das Erteilen von Genehmigungen: Magistrat und Stadtverordnetenversammlung waren oftmals – wie im Fall des Wissenschaftsensembles an der Viktoria-Allee – aktiv an den Lösungen beteiligt, um die Projekte des Bürgertums überhaupt zur Realisierung bringen zu können. „Aktiv" heißt dabei, nicht nur entsprechende Entscheidungen – wie etwa in Bezug auf den Standort – zu treffen, sondern auch, Subventionen aus der Stadtkasse fließen zu lassen oder mit städtischen Grundstücken auszuhelfen. Der bürgerliche (Repräsentations-)Wille erfuhr auf diese Weise eine amtliche Förderung.

Der dominierende Einfluss des Bürgertums führte zum Bau von Einrichtungen, die vor allem für das bürgerliche Gesellschaftsleben bedeutsam waren, und zielten darauf, eine Stadt entstehen zu lassen, die in erster Linie auf die Bedürfnisse einer gesellschaftlichen Schicht zugeschnitten war, in der man davon überzeugt war, deutlich mehr über die „richtige" Art der Lebensführung zu verstehen als andere Gesellschaftsgruppen. Es entstanden Museen, Theater, Schulen und Einrichtungen der höheren Bildung bzw. der Wissenschaft, vor allem aber Orte, die gesellige Zusammenkünfte innerhalb des Bürgertums ermöglichten und damit ein städtisches Umfeld, das sowohl repräsentativ als auch vorteilhaft für die Entfaltung und Ausweitung bürgerlicher Kultur war. Gleichzeitig floss in Frankfurt nicht nur viel Geld in Repräsentationsprojekte, sondern auch in Wohlfahrtseinrichtungen (Roth 1996), die Nöte der sozial Schwachen nahm man in der reichen Stadt durchaus ernst. Das wiederum war, so Ralf Roth (1996), der im Frankfurter Bürgertum weitverbreiteten sozialliberalen Haltung geschuldet. Auffällig ist, dass man sowohl die mildtätigen Investitionen als auch Projekte, die in erster Linie der Förderung bürgerlicher Kultur dienten, in gleicher Weise sprachlich als Maßnahmen *„zum Wohle der Stadt"* fasste, um das damit verbundene bürgerliche Engagement im Sinne *aller* zu betonen.

Am Beispiel der Diskussionen um den Verwendungszweck des Jügelerbes – Altersheim oder Bildungseinrichtung – zeigt sich, dass sich im Frankfurter Bürgertum durchaus widerstreitende Positionen zeigen konnten, wenn es um die Beurteilung

der „tatsächlichen“ Bedürfnisse innerhalb der Stadt ging. Während in der Stadtverordnetenversammlung eine wirtschaftsbürgerliche Mehrheit für den Bau einer Bildungseinrichtung plädierte, setzte sich eine vorwiegend bildungsbürgerliche Mehrheit für die Errichtung eines Altersheims ein. Beide Fraktionen waren jeweils fest davon überzeugt, stärker als die jeweilige Gegnerschaft das *„Wohl der Stadt“* im Blick zu haben. Am Ende konnten sich knapp die Befürworter der Bildungseinrichtung durchsetzen. Unter anderem brachte diese Fraktion das Argument ins Spiel, dass ein Altersheim lediglich den Interessen einer bestimmten gesellschaftlichen Gruppe diene, dass von einer Bildungseinrichtung aber *alle* Schichten profitierten. Mitunter würden die neu entstehenden Räume auch anderen Einrichtungen zur Verfügung stehen, wie etwa dem Freien Deutschen Hochstift oder dem Ausschuß für Volksvorlesungen, die sich beide der Volksbildung verschrieben hatten. Weiterhin sollte auch das Institut für Gemeinwohl in dem neuen Gebäude untergebracht werden, das sich wissenschaftlich und in der sozialpolitischen Praxis mit den sozioökonomischen Herausforderungen der Industriegesellschaft befasste. Schon allein deshalb sei die Errichtung des Jügelhauses als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften deutlich stärker im Sinne des Frankfurter Allgemeinwohls. Keine Erwähnung fand allerdings die nicht unerhebliche Einschränkung, dass das Bildungsangebot der Akademie tatsächlich *nicht* allen Gesellschaftsschichten offenstand, sondern all jenen vorbehalten war, die sich eine solche Ausbildung auch tatsächlich leisten konnten. Volksbildungsangebote hatten wiederum niemals das Ziel, die Arbeiterschaft in einem Maße zu qualifizieren, dass auf diese Weise ein gesellschaftlicher Aufstieg ermöglicht würde. Mit anderen Worten: Bei dem anvisierten Projekt handelte es sich um die Förderung eines exklusiven Qualifizierungswegs des Bürgertums, indem man ein Vorlesungsgebäude für eine zutiefst bürgerliche Bildungseinrichtung erbaute.

Schaut man in die Geschichte Frankfurts zurück, gab es auch schon vor dem Jügelhaus Repräsentationsprojekte, die das Bürgertum nach eigenen Worten ebenfalls zum *„Wohle der Stadt“* hatte auf den Weg bringen können. Tatsächlich bemühte man diese Formulierung im Frankfurt des 19. Jahrhunderts immer wieder gerne, vor allem wenn es darum ging, umstrittene und vor allem kostspielige Projekten zu legitimieren, die in erster Linie den ohnehin Privilegierten der Stadt Vorteile brachten. Das prominenteste Beispiel hierfür ist der Bau der Frankfurter Oper, die 1880 eröffnet wurde und die Stadt in eine finanziell sehr unbequeme Lage gebracht hatte, weil die dafür bereitgestellten Stiftungsgelder am Ende nur einen Bruchteil der eigentlichen Kosten abgedeckt hatten und der beträchtliche Rest aus der städtischen Kasse finanziert werden musste.[75] Das kostspielige Bauprojekt

75 Ein Beispiel: Als in Frankfurt das neue Operngebäude errichtet wurde, sollte dies anfangs vor allem aus Stiftungsgeldern finanziert werden. Die Kosten explodierten aber derart, dass am Ende mit sieben Millionen Reichsmark ein Vielfaches der ursprünglich angenommenen Aufwendungen

rechtfertigte man ebenfalls mit dem Argument, dass eine Oper gut für das Frankfurter Allgemeinwohl sei, obgleich auch hier exklusiv die wohlhabenden, d.h. die bürgerlichen Gruppen der Stadt von dieser Einrichtung profitierten. Mit dem Argument, im Sinne des Allgemeinwohls entschieden zu haben, schloss man immerhin rhetorisch alle Frankfurterinnen und Frankfurter mit ein, auch wenn ein großer Teil der Bevölkerung nicht von dieser Einrichtung profitierte.

Aus heutiger Perspektive mag der Rückgriff auf diese rhetorische Figur als legitimierende „Verschleierungstaktik" für all jene Projekte erscheinen, die auf Kosten der Allgemeinheit für gruppenspezifische Interessen realisiert wurden. Doch dringt man tiefer in das damalige Sinngewebe der Stadt ein, zeigt sich, dass die bürgerlichen Eliten Frankfurts nicht allein in der milden Spende ein Mittel sahen, Wohltätigkeit auszuüben. In der Nutzung ökonomischer Chancen sowie in der Schaffung von Arbeitsplätzen und generellem Wohlstand glaubte man eine effektivere Unterstützung auch der sozial Schwachen leisten zu können, als über rein alimentierende Maßnahmen. Die Ideologie des Allgemeinwohls steht in Frankfurt eng mit diesen ökonomischen Bestrebungen, die weiter unten noch eingehender betrachtet werden, im Zusammenhang. Zu bedenken ist weiterhin, dass in den damaligen bürgerlichen Wertvorstellungen auch das Eintreten für die Errichtung von Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen nach den damaligen Wertvorstellungen als ein Engagement für das Allgemeinwohl angesehen wurde. Bildung und Kultur galten als Grundvoraussetzung für ein „gutes" Leben und insbesondere die bürgerliche Kultur betrachtete man generell als *das* gesellschaftliche Ideal für *alle*.

Die bürgerlichen Eliten Frankfurts knüpften die entlang ihrer eigenen Werte ausbuchstabierte Ideologie des Allgemeinwohls sprachlich an das *„Wohl der Stadt",* das wiederum bei allen wichtigen städtischen Entscheidungen besonders in das Blickfeld geriet. Das Streben, Entscheidungen im Sinne einer allgemeinförderlichen Entwicklung Frankfurts zu treffen, war ein wichtiger Bestandteil des damaligen städtischen Wissensvorrats. Es entfaltete sich, wie die vorherigen Abschnitte verdeutlichen, in einem explizit bürgerlich geprägten Bezugsrahmen und war das Ergebnis einer komplexen Verschränkung von Auslösern und Vorbedingungen, die nicht allein in Frankfurt selbst zu finden waren, sondern auch aus den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen rührten. An der Ideologie des Allgemeinwohls orientierten sich nicht allein sozialpolitische Entscheidungen, sondern auch die bauliche Entwicklung der Stadt. Abbildung 16 veranschaulicht das komplexe Gefüge, in dem sich die Ideologie des Allgemeinwohls in Frankfurt derart entfaltete, dass sie zur Gestaltung der Stadt vor allem nach den bürgerlichen Bedürfnissen führte. Die bauliche Folge war die Bevorzugung repräsentativer Bauvorhaben und nicht

erreicht war. Der Anteil der Stiftungsgelder lag bei ca. 800.000 Reichsmark (bzw. 480.000 Gulden), der Rest wurde aus der städtischen Kasse bestritten (Schivelbusch 1985).

zuletzt die Stärkung des Westends als das „bürgerlichste“ Quartier der Stadt, indem man wichtige Kultur- und Bildungseinrichtungen genau dort entstehen ließ. Das Bauen *„zum Wohl der Stadt“* war in erster Linie ein Bauen *zum Wohl des Bürgertums*. Das wiederum war aus damaliger Perspektive keine ungerechte Verschiebung zugunsten von Partikularinteressen, sondern ein gezielter Fokus auf das „richtige“ Gestalten einer lebenswerten Stadt.

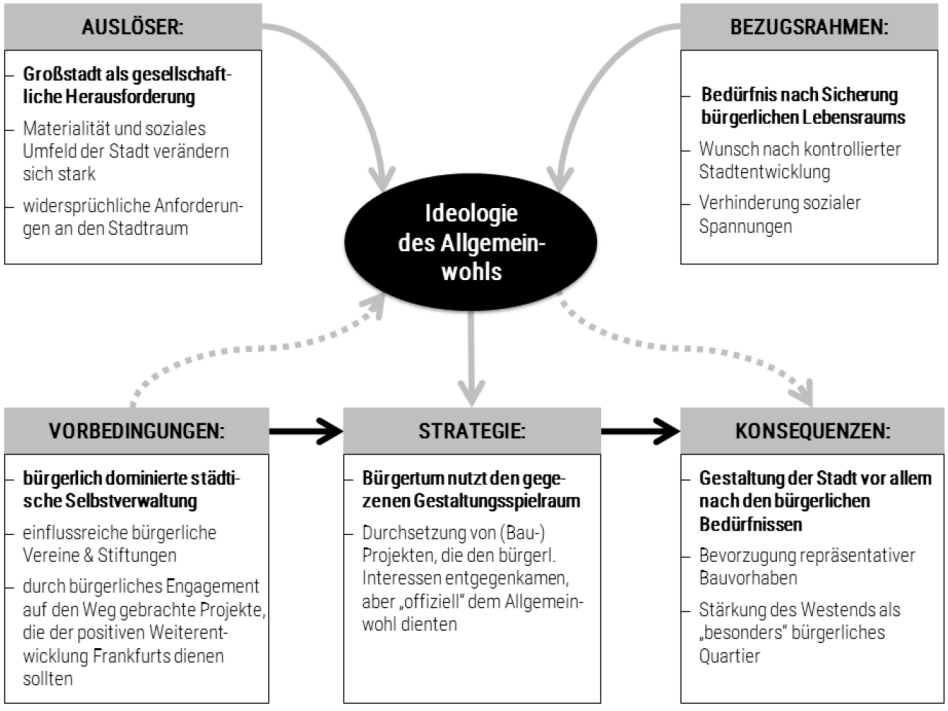


Abbildung 16: Die Frankfurter „Ideologie des Allgemeinwohls“ als städtische Relevanz sowie ihre Bedingungen

Jügelhaus und Wissenschaftszentrum veranschaulichten den Frankfurterinnen und Frankfurtern auf physisch-materieller Ebene den damaligen bürgerlichen Gestaltungswillen, der als ein das Allgemeinwohl realisierender aufgefasst wurde. Dieser Gestaltungswille wurde räumlich fixiert und über die alltägliche Sichtbarkeit Bestandteil des städtischen kollektiven Gedächtnisses. Auch andere Bauten jener Zeit, die bereits vor dem Wissenschaftszentrum oder kurze Zeit später aus

bürgerlichem Willen und mit bürgerlichem Geld entstanden, verkörperten den Gestaltungsdrang im Sinne des Allgemeinwohls und waren zugleich sichtbare Erinnerungsmarker für dieses Streben. Gerade im Zuge der Großstadtentwicklung und der damit verbundenen räumlichen Veränderungen gelang es den bürgerlichen Eliten mitunter auf diese Weise, ihre eigenen Traditionen und Werte auch im Stadtraum deutlich sichtbar zu verankern und das städtische kollektive Gedächtnis, das bei der räumlichen Entwicklung der Stadt eine wichtige Rolle spielt, zugunsten der eigenen Interessen zu beeinflussen. Die konkrete stadträumliche Ausrichtung des gesamten Wissenschaftszentrums betont auch ohne Verweis mit den mit dieser Bauweise verbundenen Diskurs, für wen hier eigentlich gebaut wurde: Während die schmucklosen (und weniger „wichtigen“) Gebäudeseiten zum Industriequartier Bockenheim ausgerichtet sind, entfaltet das Ensemble in seiner Ausrichtung gen Westend seine mit Abstand größte Repräsentativität.

Bei der Entscheidung, mit dem Jügelhaus Frankfurts Bildungslandschaft und damit das bürgerliche Lebensumfeld auszubauen, spielte nicht nur die Ideologie des Allgemeinwohls eine wichtige Rolle. Bedeutsam waren auch noch weitere städtische Relevanzen, die nicht unmittelbar an die Forderung geknüpft waren, Frankfurts Gemeinwohl fördern zu wollen. Eine Vielzahl zusätzlicher, tief in der Tradition bzw. Geschichte der Stadt verwurzelte Haltungen hatten damals darauf Einfluss, was im Frankfurt jener Zeit hinsichtlich der baulichen Entwicklung als sinnvoll erachtet wurde und was nicht. In Kapitel 4 steht deshalb ein Ereignis aus der Mitte des 19. Jahrhunderts im Mittelpunkt, das sich besonders tief in das Gedächtnis der Stadt Frankfurt Stadt eingegraben und ebenfalls weitreichende Auswirkungen auf die bauliche Entwicklung hatte: Die Annektierung durch Preußen im Jahr 1866.

4
Das „unwilhelminische“ und unabhängige Frankfurt

Die Annektierung der Freien Stadt Frankfurt durch Preußen 1866 erlebten die Frankfurterinnen und Frankfurter als traumatisch, die Folgen des Ereignisses spürte man noch viele Jahre schmerzlich. Degradiert zur preußischen Provinzstadt verlor Frankfurt eine Vielzahl an Privilegien und kam trotz seines einstigen Reichtums wirtschaftlich ins Straucheln. Nach den Ereignissen von 1866 galt es, die politischen und ökonomischen Folgen zu meistern. Die „emotionale“ Reichweite der traumatischen Ereignisse zeigt sich unter anderem darin, dass in Frankfurt auch lange Zeit nach der Annektierung die getroffenen Entscheidungen und Entwicklungen zu diesem Ereignis bzw. zum besonderen Verhältnis zu Preußen in Bezug gesetzt wurden und sogar bis heute werden. Die Annektierung kommt selbst in Kontexten immer wieder zur Sprache, die mit 1866 überhaupt nicht in Zusammenhang stehen. Das trifft zum Beispiel auf einige der Texte zu, die sich mit dem Bau des Jügelhauses befassen bzw. die den Weg zu Frankfurts Universität nachzeichnen.[1]

Will man die Gesellschaft Frankfurts um 1900 verstehen, darf man die „Zwangspreußifizierung“ der ehemals Freien Stadt nicht ausblenden, denn sie hat sich tief in das städtische kollektive Gedächtnis eingegraben und in Frankfurt den Willen befördert, die eigene Unabhängigkeit trotz erzwungener Unterwerfung so weit wie möglich zur Entfaltung zu bringen. In Reaktion auf die erlebte Demütigung entwickelte sich in Frankfurt eine besondere Art, Unabhängigkeit zu demonstrieren. Man versuchte die Leistungsfähigkeit der Stadt insbesondere über die Realisierung von – zum Teil äußerst kostspieligen und oftmals privat finanzierten – Großprojekten herauszustellen, die ohne staatliches Zutun entstanden. Dabei ging es nicht nur um einen Ausgleich des Prestigeverlustes, die man in Frankfurt mit der Degradierung zur Provinzstadt verband. Es war auch eine Geste der Unabhängigkeit gegenüber Preußen.

Obwohl aus Frankfurter Perspektive zunächst nichts Gutes über die erzwungene Preußifizierung zu berichten war, so lässt sich dennoch sagen, dass die ab den

1 Die Chronisten der Frankfurter Universität, Richard Wachsmuth (1929), Paul Kluke (1972) oder Notker Hammerstein (1989), verweisen in ihren Schilderungen zur Gründung der Hochschule immer auch auf die Annektierung sowie das spezielle Verhältnis Frankfurts zu Preußen. Je näher sie persönlich an den Ereignissen waren, desto ausführlicher fallen auch die Schilderungen dazu aus. Am meisten ins Detail geht dabei Wachsmuth (1868-1941), gefolgt von Kluke (1908-1990) und Hammerstein (geboren 1930). Alle drei waren außerdem Professoren an der Universität in Frankfurt.

1870er Jahren einsetzende Modernisierung der Stadt vermutlich ohne die mit der Annektierung einhergehenden Reformen nicht in einer derart beschleunigten Variante in Gang gekommen wäre. Die neue Gemeindeverfassung sowie die neue Organisation der Verwaltung hatten die verkrusteten Strukturen der alten Honoratiorengesellschaft aufgebrochen und dem neuen Bürgertum den Weg für erhebliche Mitsprachemöglichkeiten in den städtischen Angelegenheiten eingeräumt, die man auch ausnutzte (vgl. Maly 1992: 20). Die für die bürgerlichen Eliten ausgeweitete Möglichkeit zur Mitgestaltung ging Hand in Hand mit einer ausgeprägten, stadtpatriotischen Haltung und mündete in dem Bestreben, der Einzigartigkeit Frankfurts zu neuem Glanz zu verhelfen. Mit dem bald wieder einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung brachte man einen enormen Modernisierungsschub auf den Weg, der sich vor allem in der baulichen Entwicklung und damit im Material der Stadt niederschlug. Es wurden neue Bauordnungen verabschiedet, die Stadtplanung rationalisierte sich zunehmend und es entstanden neue technische Infrastrukturen, neue Verkehrswege, neue Schulen und Bildungseinrichtungen sowie zahlreiche Repräsentationsbauten. All das veränderte das Gesicht der Stadt dramatisch. Den Antrieb für diese Entwicklung erhielten die Entscheider über die Orientierung an der nachfolgend betrachteten städtischen Relevanz, dem *Streben nach Unabhängigkeit*, das – wie noch zu zeigen ist – eng mit dem städtischen kollektiven Gedächtnis verbunden war.

4.1
Bewältigung des Annexionstraumas

Die Freie Stadt Frankfurt zählte bis 1866 zu den reichsten Städten Deutschlands und war als Stadt des Geldes und der (politischen wie auch sozialen) Vielfalt ein besonderer Mittelpunkt, vor allem im süddeutschen Raum. Frankfurt galt als „das Zentrum des süddeutschen Liberalismus“ (Schivelbusch 1985: 15) und als Ausgangspunkt der „liberalen und demokratischen Einigungsbewegung […] von der Paulskirche bis zu den großen demokratischen Manifestationen der [18]50er und 60er Jahre, dem Schillerfest, dem Schützen- und Turnerfest, dem Abgeordnetentag.“ (ebd.: 16) Der 1815 verliehene Status „Freie Stadt“ war im Falle Frankfurts nicht einfach nur der Hinweis auf dessen unabhängige politische Struktur, sondern stand auch für die Programmatik der Stadt. Sie galt als „eine Art Schweiz innerhalb des Deutschen Bundes, Zufluchtsort für die politischen Verfolgten der anderen deutschen Staaten, Zentrum der liberalen und demokratischen Publizistik und zu

alledem noch symbolisches Zentrum der deutschen Einheit." (ebd.) Für das national-konservativ eingestellte Preußen war diese unliebsame Entwicklung eine Bedrohung und man schritt deshalb zur Tat, um hier einen Riegel vorzuschieben. Das letztliche „Durchgreifen" Preußens erfolgte aus einem politischen Kalkül: einerseits, um die eigenen hegemonialen Interessen voranzubringen, anderseits, um sich des demokratisch-liberalen Dorns im Fleisch im Deutschen Bund zu entledigen.

Als am 16. Juli 1866 preußische Truppen in Frankfurt einmarschierten und die Stadt besetzten, war der deutsche Krieg zwischen dem Deutschen Bund unter der Führung Österreichs auf der einen und unter der Preußens mit seinen Verbündeten auf der anderen Seite bereits im Gange. Frankfurt sah man in diesem Zusammenhang als Kriegsgegner an, weil es Österreich unterstützte – allerdings ohne jemals selbst Preußen den Krieg erklärt oder in Kampfhandlungen eingegriffen zu haben (Schimpf 2007: 29). Ganz im Gegenteil hatte Frankfurt sogar versucht, in der damaligen Situation eine neutrale Position unter den Bündnispartnern einzunehmen (Kropat 1971: 22). Die als unrechtmäßig empfundene Besetzung der Stadt erlebte man ungleich traumatischer als in den weiteren Staaten, die Preußen etwa zeitgleich annektiert hatte (Hannover, Kurhessen und Nassau). Das lag an der Art der Inbesitznahme, denn die preußischen Truppen gingen offenbar alles andere als zimperlich vor, obwohl Frankfurt jegliche kriegerische Geste vermissen ließ. In der besetzten Stadt „waren ausgesprochene Schikanen an der Tagesordnung, begangen von Offizieren und Soldaten, die man davon überzeugt hatte, daß Frankfurt die Hauptstadt des Liberalismus und des Preußenhasses sei." (Kropat 1971: 18) Der Historiker Wolfgang Schivelbusch zitiert Marianne Lutterroth, „eine Dame der Frankfurter Gesellschaft", die über das Geschehen im Sommer 1866 schrieb: *„Kriegsstürme und Durchzüge aller deutschen Staaten, der Kroaten, und Panduren, der Russen mit ihren Kosaken und Baskiren, Napoleons Heeresmassen mit den gefürchteten Marschällen habe ich erlebt, aber nie einen Terrorismus und Säbelwirtschaft wie die, die wir jetzt hatten."* (Schivelbusch 1985: 14) Das brüske Vorgehen Preußens stieß nicht nur in Frankfurt selbst auf Entrüstung, auch in London und Paris missbilligte man das Geschehene. In der europäischen Presse vermeldete man „preußische Barbareien in Frankfurt" (Kropat 1971: 19) und der Staat, der „bis dahin einen guten Ruf und allgemeine Achtung genossen hatte, verscherzte sich erstmals die Sympathien der Westmächte." (Schivelbusch 1985: 15)

Neben den einschüchternden Drohgebärden des preußischen Militärs schmerzte die Forderung von fast sechs Millionen Gulden als erste Kriegskontribution, die 24 Stunden nach dem Einmarsch der preußischen Truppen an die fortan herrschende Staatsmacht zu zahlen waren. Die Frankfurter Bank legte das Geld vor und ließ die Summe in Silberbarren nach Berlin abtransportieren. Am 20. Juli „erging eine

zweite Kontributionsforderung in Höhe von 25 Millionen Gulden, gefolgt von Einquartierungen, Requisitionen und schließlich der [...] Drohung, die Stadt zu beschießen und zur Plünderung freizugeben, falls sie die preußischen Forderungen nicht erfülle.“ [2] (Schivelbusch 1985: 14) Die Zahlung war ebenfalls binnen einer Frist von 24 Stunden fällig. Carl Fellner, bei Einmarsch der preußischen Truppen noch Älterer Bürgermeister Frankfurts, hatte zusammen mit Senator Gottlieb Müller die Tätigkeit als Regierungsbevollmächtigter angenommen, um einen einfachen Stadtmagistrat fortzusetzen. Fellner versuchte, zwischen den politischen Gremien der Stadt und den preußischen Militärbehörden zu vermitteln und die Gesetzgebende Versammlung sowie die Ständige Bürgerrepräsentation davon zu überzeugen, auch die zweite, sehr viel höhere Kontributionsforderung zu zahlen. Er wollte gleichzeitig darum bitten, dass die Zahlung in Raten erfolgen dürfe. Die beiden Gremien lehnten das jedoch entschieden ab, was die preußischen Besetzer als Rebellion aufgefassten. Die Militärverwaltung forderte Fellner daraufhin auf, die „Namen und Besitzverhältnisse aller Mitglieder der städtischen Körperschaften offenzulegen.“ (Klötzer 1994: 198) Fellner sah sich dadurch derart in die moralische Zwickmühle gebracht, dass er keinen anderen Ausweg als den Selbstmord sah. Am 24. Juli, seinem 59. Geburtstag, erhängte er sich in seinem Garten. Obwohl die Besatzer den Zeitungen verboten hatten, über die über die Todesursache und den Beerdigungszeitpunk zu berichten, gaben ihm über 6.000 Bürger am Morgen des 26. Juli das letzte Geleit.[3]

Auch wenn die zweite Kontributionszahlung schließlich fallen gelassen wurde, brachen für Frankfurt ökonomisch schwere Zeiten an. Der ehemalige Senator Johannes August Speltz vermerkte einige Wochen nach der Annektierung in seinem Tagebuch: *„Unsere Lage ist recht trostlos. Keine Bundesgesandten, keine Fremden, recht viel Auswanderungen und Reisen Frankfurter; hunderte leerstehende Wohnungen, Entwertung des Grund und Bodens, schlechte Kurse, stilles Ladengeschäft und kein Arbeiterverdienst, dazu leere Stadtkassen mit Steuern in Aussicht, keine Verfassung, illegale Verwaltung, Obertribunal, preußische Polizei, Militäraushebung und Kirchengebete, durch Gendarmen überwacht.“* (zit. in Kropat 1971: 24) Der mit der Annektierung einhergehende tiefe Missmut gegenüber Preußen äußerte sich in Frankfurt nicht in lautstarken Protesten oder einem aktiven Widerstand, sondern die *„allgemeine Verstimmung, ein tiefer Schmerz, bisweilen eine große Verbitterung“*

2 Die Zeitzeugin Elsbeth Wiens schreibt in ihrer Chronik „Main Frankfurt“, dass General Edwin von Manteuffel angedroht habe, zu „morden und brennen, sengen und plündern“, wenn die Stadt das Geld nicht zahle. Die preußische Armee habe außerdem Geschütze auf dem Mühlberg in Stellung gebracht, einem Standort östlich von Sachsenhausen (Chroniken S5/629, hier: Elsbeth Wiens, Main Frankfurt, Bd. 2: 1866 bis heute).

3 Ebd.

mündeten zunächst in einem passiven Verhalten. So berichtet es jedenfalls Freiherr Robert von Patow, der als preußischer Zivilgouverneur für Frankfurt und den umliegenden Raum eingesetzt wurde (zit. in Kropat 1971: 25). Der in Frankfurt amtierende preußische Polizeipräsident Guido von Madai beklagte eine ganz spezielle Art der Passivität, nämlich den Boykott der preußischen Offiziere, Beamten und Geschäftsleute durch die vornehme Frankfurter Gesellschaft: Man wurde nicht zu gesellschaftlichen Anlässen eingeladen und blieb damit ausgeschlossen (ebd.: 47).

Während in den weiteren von Preußen annektierten Staaten laut dem Historiker Wolf-Arno Kropat das „Gefühl der Befreiung von kleinstaatlicher Enge und die Freude über den guten Fortgang der nationalen Sache" vorherrschte, die sich „mit der Hoffnung auf einen wirtschaftlichen Aufschwung" verbanden, da ein großer Flächenstaat die Möglichkeit einer modernen Wirtschaftspolitik greifbar näher brachte (Kropat 1971: 8), hatte nur „das Frankfurter Bürgertum den Ruf erworben, auch nach der preußischen Annexion noch jahrelang in konsequenter Opposition zu dem neuen Regiment gestanden zu haben." (ebd.: 9) In Frankfurt galt Preußen lange als Aggressor, der die ehemals Freie Stadt unterjochte, obwohl man sich im weiteren Lauf der Jahrzehnte gut mit der einstigen Besatzungsmacht arrangierte und später dem Nationalgefühl sogar mittels Bronzestatuen vom Kaiser Ausdruck verlieh. Der Einmarsch der preußischen Armee schrieb sich ungeachtet der weiteren und durchaus positiven Entwicklung des Verhältnisses nachhaltig als traumatisierendes Ereignis in das Stadtgedächtnis ein, auf das man – wie bereits erwähnt – in vielfältigen Kontexten auch in den Folgejahrzehnten immer wieder verwies. Von den Frankfurterinnen und Frankfurtern wurde die Annektierung als „tiefster Fall in der Geschichte der Stadt angesehen" (Müller/Schembs 2006) und passte so gar nicht in das bis dahin gültige Selbstbild der Stadt. Das politische und gesellschaftliche Leben Frankfurts waren für einige Zeit auf Eis gelegt und auch die ökonomische Zukunft lag im Dunkeln: Ehemals zu den reichsten Städten im Reich zählend, kam zu den hohen Kontributionszahlungen an Preußen eine abrupt erlahmende Wirtschaft sowie der Verlust der Rolle als zentraler Finanzhandelsplatz an Berlin hinzu. Die wirtschaftliche Perspektive der Stadt war nicht besonders rosig. Es galt deshalb dringend, eine Strategie zu entwickeln, die wieder zur alten Stärke zurückführte.

Die politischen Veränderungen nach 1866 gaben den Rahmen für Frankfurts weitere Entwicklung und so sehr man die „Zwangspreußifizierung" auch ablehnte: nicht alle damit verbundenen Konsequenzen sollten sich für Frankfurt nachteilig auswirken. So sorgte zum Beispiel die neue Gemeindeordnung für eine längst fällige Modernisierung der städtischen Verwaltung (Kropat 1971; Maly 1992). Der in der Freien Stadt auf Lebenszeit gewählte Senat hatte sich in der Vergangenheit als

„der stärkste Hemmschuh einer fortschrittlichen Entwicklung Frankfurts“ erwiesen (Kropat 1971: 29). Mit der neuen Gemeindeordnung wurde die städtische Selbstverwaltung grundlegend neu organisiert und in aufeinander verwiesene Organe aufgeteilt: in die parlamentarisch beschließende Stadtverordnetenversammlung und den administrativ ausführenden Magistrat. „Als gewählte Bürgervertretung hatte die Stadtverordnetenversammlung im Stadtregiment eine starke Stellung. Ihr oblag es, über alle Gemeindeangelegenheiten zu beschließen – soweit sie nicht an den Magistrat überwiesen waren [...]. Allerdings blieb die Ausführung der Beschlüsse an die Zustimmung des Magistrats gebunden, der sie auch umzusetzen hatte.“ (Maly 1992: 19) Der Stadtverordnetenversammlung oblag das Recht, Steuern zu beschließen, sowie die Entscheidungsbefugnis über die Nutzung des Gemeindevermögens. Damit bestimmte das Stadtparlament nicht nur über die Finanzen der Stadt, sondern konnte auch die Ausgabenpolitik des Magistrats vorschreiben und dessen Geschäftsgebaren kontrollieren – „ein Anliegen, um das die Bürgervertretung unter der Ratsverfassung lange genug gekämpft hatte.“ (ebd.: 20)

Wie weiter vorne geschildert war mit der neuen Gemeindeordnung zwar noch immer keine Gleichheit der Einwohnerinnen und Einwohner verbunden, da die politischen Partizipationsrechte an sehr restriktiven Bestimmungen bzw. einem plutokratisch definierten Bürgerrecht hingen, doch immerhin wurde das „alte Prinzip der Einteilung der städtischen Bewohnerschaft in verschiedene Rechtsgemeinschaften“ endgültig abgelöst (Hansert 1992: 107). Mit der neuen Struktur des Verwaltungsapparats setzte sich der „Gedanke moderner demokratischer Repräsentation und Legitimation“ durch (ebd.: 108). Die neue Gemeindeordnung bedeutete eine grundlegende Modernisierung der Frankfurter Verwaltung. Eine Modernisierung, die schließlich auch auf andere Bereiche übergriff. Denn mit den neuen Verwaltungsstrukturen beschleunigte sich die Reaktionszeit auf die kommunalen Herausforderungen enorm, was angesichts des sprunghaften Stadtwachstums ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts und den Umbau Frankfurts zu einer industriellen Großstadt auch absolut erforderlich war.[4]

Die fortschreitende Rationalisierung der Verwaltungsaufgaben führte – über eine Professionalisierung der Amtsträger – unter anderem zu einer Rationalisierung in der Stadtentwicklung. Den ungezügelten Bauaktivitäten auf städtischem Boden setzte man zunehmend baurechtliche Regelungen entgegen und versuchte, die Stadt als Ganzes in den Blick zu bekommen. Mit der Umsetzung der neuen Gemeindeordnung erfolgten längst überfällige kommunale Investitionen und der erhebliche Rückstand in den städtischen Infrastrukturen wurde endlich in Angriff

4 Vgl. Kropat (1971); Hansert (1992); Köhler (1995); Roth (1996).

genommen. Damit einhergehend erfolgte die Weichenstellung für die bislang ausbleibende Industrialisierung der Stadt, denn mit der Schaffung z.B. neuer Verkehrswege und Brücken sowie eine verbesserte Versorgung mit Gas und Wasser, später mit Elektrizität, legte man die Grundlage für eine Ausweitung industrieller Betriebe. Aus noch genauer darzulegenden Gründen kam Frankfurts Industrialisierung erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts richtig in Gang, Industrie hatte sich bis dahin ausschließlich in den kleinen Städten und Gemeinden rund um Frankfurt angesiedelt. Ab den 1890er Jahren konnte die Mainmetropole den Industrialisierungsrückstand durch die Eingemeindung der umliegenden Dörfer und Kleinstädte wieder aufholen. Entscheidende Voraussetzung für diese Eingemeindungen war die neue, an die preußische Städteordnung angelehnte Gemeindeordnung (Köhler 1995: 16). Mit der Preußifizierung Frankfurts waren also nicht nur Nachteile verbunden.

Nichtsdestotrotz war Frankfurts Weg aus der Niederlage ein beschwerlicher. Nach der Annexion war nicht nur die städtische Ökonomie ordentlich ins Wanken geraten, das Ausbleiben der lange aufgeschobenen, aber zwingend erforderlichen infrastrukturellen Neuerungen zeigten sich nun umso schmerzhafter. Der in Frankfurt stationierte Zivilgouverneur Robert von Patow verwies 1866 „auf den Rückstand an kommunalen Investitionen und auf die Mängel der Infrastruktur. Die Anlage eines Kanalisations- und eines neuen Wasserversorgungssystems sowie eines neuen Schlacht- und Viehhofes sei im Interesse der städtischen Bevölkerung unumgänglich. Um den Handel wieder zu beleben und die Industrialisierung überhaupt erst richtig in Gang zu bringen, müsse der Mainschiffahrtsweg von Mainz nach Frankfurt entscheidend verbessert werden; Brücken und Straßendurchbrüche innerhalb der Stadt seien ebenfalls ein dringendes Erfordernis. Damit diese umfangreiche Investitionstätigkeit rasch in Gang käme, empfahl Patow, der Stadt einen Teil der von ihr geleisteten Kontribution von 6 Millionen Gulden baldigst wieder zur Verfügung stellen." (Kropat 1971: 26) Tatsächlich entwickelte sich in Frankfurt erst nach den turbulenten wie auch langwierigen Rezessverhandlungen,[5] die Ende der 1860er Jahre zum Abschluss gekommen waren, ein sichtbarer Aufschwung. Die knapp sechs Millionen Kontributionszahlung, die bei der Frankfurter Bank als Darlehen aufgenommen worden waren, wurden als preußische Staatsschulden anerkannt und Frankfurt wurden zusätzlich zwei Millionen Mark Entschädigung gezahlt. Mit der damit wiedergewonnenen finanziellen Planungssicherheit konnten aufgeschobene Investitionen endlich in Angriff genommen werden.

Auch das Verhältnis zwischen Frankfurt und Preußen entspannte sich. Dazu hatten vermutlich mehrere Ereignisse beigetragen: König Wilhelm I. stiftete zehn

5 Ausführlicher dazu Kropat (1971: 76ff.) und Maly (1992: 55 ff).

Jahre lang jährlich 20.000 Gulden, um den Wiederaufbau des 1867 abgebrannten Doms, des damaligen Frankfurter Wahrzeichens, zu ermöglichen. Eine symbolische Geste, die in Frankfurts Bürgerschaft große Beachtung fand. Der Sieg im Krieg gegen Frankreich sowie die Reichsgründung von 1870/71 ließen schließlich eine allgemeine nationale Begeisterung aufkommen, die auch in Frankfurt die antipreußischen Stimmen leiser werden ließ. In Frankfurt wurde schließlich der Friedensvertrag mit Frankreich unterschrieben und der damalige Oberbürgermeister Mumm richtete anlässlich dieses Ereignisses privat ein Festessen aus, auf dem Reichskanzler Bismarck die Hoffnung äußerte, dass nun auch Frieden zwischen Preußen und Frankfurt einziehe (Schimpf 2007: 33). Eine dauerhaft verhärtete Haltung hätte zum sonst so pragmatisch orientierten Frankfurt auch gar nicht gepasst (vgl. Roth 1996, Schimpf 2007: 34). Dennoch: Die Ereignisse haben sich derart tief in das kollektive städtische Gedächtnis gegraben, dass sie in den Folgejahrzehnten den Nährboden für eine Strategie bildeten, die dem Bedeutungsverlust entgegenwirken und die zu einem produktiven Umgang mit den politischen und ökonomischen Folgen der Annektierung führen sollte.

4.2
Sozialliberaler Gegenpol im Deutschen Reich

Der Antagonismus zwischen Frankfurt und Preußen speiste sich vor allem aus der Tatsache, dass Frankfurt als ein Hort des Liberalismus galt und die Stadt den Nährboden für eine politische Gesinnung lieferte, die nicht recht zum preußischen Herrschaftsmodell passen wollte. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war die starke Ausbreitung einer liberalen Haltung kein typisches Merkmal allein für Frankfurt, sondern generell für das aufstrebende deutsche bzw. europäische Bürgertum, das zunehmend die politischen Geschicke mitgestalten wollte und sich sehr viel mehr Handlungsspielräume und Entfaltungsmöglichkeiten ersehnte, als es die absolutistisch-feudalen Strukturen bis dahin erlaubten. Im Frankfurter Bürgertum entfaltete sich die liberale Haltung jedoch auf eine besondere Weise und hielt sich auch nach der Annektierung der Stadt hartnäckig. Um den Frankfurter Liberalismus besser verstehen zu können, soll zunächst ein kursorischer Blick auf die Entwicklung der deutschen liberalen Bewegung erfolgen, um darauf aufbauend auf weitere Besonderheiten in der Mainmetropole einzugehen.

Mit dem erstarkenden Bürgertum, den neuen wirtschaftlichen Möglichkeiten und der Ausbreitung des kapitalistischen Systems sowie dem allmählich immer

schneller ansteigenden Bevölkerungswachstum hatten sich im 19. Jahrhundert die Anforderungen an den Staat verändert: „Wer überleben wollte, leistungs- und konkurrenzfähig bleiben wollte, mußte sich auf diese neuen Anforderungen einstellen, mußte sich erneuern." (Nipperdey 1993: 31) Die liberale Idee stützte sich auf den Glauben, „daß jeder seine Freiheit entfalten will und vernünftig benutzen kann, daß ein mehr an Freiheit mehr Glück bedeutet." (Nipperdey 1993: 287) Die Zukunft wiederum verstand man als Fortschritt zu Freiheit und Vernunft (ebd.). Der Liberalismus jener Zeit war außerdem nicht nur ein Bekenntnis zu Freiheit und Gleichheit, sondern zugleich ein Streben nach Modernität. Den Liberalen ging es um die grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse und den Schutz vor zu viel Staat sowie um eine Mehrheitsherrschaft. Es ging um die Umsetzung von Demokratie und von Reformen, die Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Prosperität ermöglichen sollten. Es war das Aufkommen der neuen Idee einer bürgerlichen Gesellschaft. Oder anders formuliert: Die liberale Bewegung war eine zutiefst bürgerliche Bewegung.

In den Kleinstaaten des Deutschen Bundes entwickelte sich der Liberalismus auf andere Weise als etwa in England oder Frankreich, da sich die an vielen Orten gleichzeitig herausbildenden liberalen Gruppierungen nicht auf einen starken gemeinsamen Nenner einigen konnten und die Bewegung ohnehin nur von einer sehr schmalen Schicht, den Gebildeten und den „Bürgerlichen", getragen wurde (Nipperdey 1993: 288). „Die Tatsache, daß es überall in Deutschland anders war, daß jeder andere Erfahrungen hatte, daß es keinen Mittelpunkt gab, machte es für die Liberalen schwer, jenseits der reinen Theorie eine gemeinsame Linie zu finden und trug zu ihrer Heterogenität bei. Und schließlich: das Problem des deutschen Partikularismus belastete die Liberalen mit der Doppelaufgabe, Freiheit und Einheit zugleich zu realisieren […]." (Nipperdey 1993: 289) Was den deutschen Liberalismus besonders machte, war sein Schwanken gegenüber dem Staat zwischen Kooperation und Konfrontation, das auch daher rührte, dass man bei allen Freiheits- und Demokratiewünschen auch die Einheit Deutschlands ersehnte, die aber ohne eine starke Hand nicht realisierbar schien.

Die Chancen, die sich mit der Deutschen Revolution 1848/49 ergaben hatten, konnten von den liberalen Kräften nicht genutzt werden, die alten Ordnungen waren zu stark und die eingesetzte Nationalversammlung, die in Frankfurt am Main tagte, konnte für das Voranbringen der nationalen Einheit nicht genug Kraft und Durchsetzungsvermögen aufbringen.[6] Die widerständige Haltung der deutschen Liberalen ging ab 1866 fast nahtlos in Kooperation mit den Machthabenden über.

---

[6] Das Scheitern der Revolution ist natürlich nicht nur einer Ursache geschuldet, sondern einem komplexen System unterschiedlicher Faktoren, die hier nicht umfänglich geschildert werden können, aber ausführlich nachzulesen sind beispielsweise in Nipperdey (1993) und Rürup (1984).

Preußen konnte sich nach den Siegen im Deutschen Krieg den hegemonialen Anspruch im Norddeutschen Bund sichern, „Protest und Vorbehalt gegen die Annexionen blieben im ganzen – trotz einer welfischen Opposition in Hannover und einer demokratisch-reichsstädtischen in Frankfurt – gering." (Nipperdey 1993: 794)

Im liberalen Lager vollzog sich eine Neuorientierung. Es ging nicht mehr darum, auf Biegen und Brechen in Opposition zu gehen, sondern gemeinsam mit Bismarck nationale Politik zu machen. Man wollte „in Kooperation mit der Regierung, und zumal beim inneren Ausbau des neuen Bundes, das von [...] [den] liberalen Zielen durchsetzen, was jetzt möglich war." (Nipperdey 1993: 798) Hermann Baumgarten verfasste 1866 einen berühmten Aufsatz mit dem Titel *„Der deutsche Liberalismus. Eine Selbstkritik"*, in welchem er darauf verwies, dass nicht der Liberalismus, sondern *Preußen* samt Krone und Militär die Wegbereiter der nationalen Einheit seien. „Und dieser Staat sei nicht ohne weiteres in einen parlamentarischen Staat umzuwandeln. Die Strategie des Liberalismus, durch Freiheit zur Einheit zu kommen, sei gescheitert. Aber die Wurzel der deutschen Misere – und auch die Schwäche des deutschen Liberalismus – sei gerade der deutsche Partikularismus. Darum sei die deutsche Einheit auch für die deutsche Freiheit absolut notwendig und müsse, angesichts der gegebenen Lage, Priorität beanspruchen." (Nipperdey 1993: 799) Man betrachtete fortan die nationale Einheit als den Weg zur Freiheit und glaubte, nur in einem neuen Nationalstaat die alten Eliten ablösen zu können (ebd.: 800).

In Frankfurt entwickelte sich die liberale Bewegung jedoch anders als im restlichen Deutschland. Die „leidenschaftliche Agitation der liberalen Frankfurter Presse und politischen Vereine" hatte „der Mainmetropole den stolzen Ruf einer ›Hochburg des Liberalismus‹ eingetragen." (Kropat 1971: 21) Der Frankfurter Journalist und Schriftsteller Otto Kanngießer verwies 1877 in einer umfänglichen Schrift[7] darauf, dass Frankfurt vor der Annexion ein *„gern besuchter Zufluchtsort all jener Parteien und Parteiführer [war], denen im eigenen Lande die Staatsgewalt ein starkes Papagenoschloß vor den Mund legte, oder welche dort nicht entfernt die Anregung zur einigermaßen ernsthafter politischer Agitation fanden, wie hier in Frankfurt."* (Kanngießer 1877: 1) In der Mainmetropole suchten und fanden politische Freidenker Heimat. Vor 1866 herrschte in der Stadt deshalb eine ganz spezielle, „freidenkerische Atmosphäre" und die demokratisch-liberalen Impulse, die von der Stadt am

7 Auf mehr als 400 Seiten dokumentiert Kanngießer die Ereignisse von 1866. Dabei sind viele Dokumente, die im Zuge der Ereignisse von 1866 entstanden waren, im Originalwortlaut übernommen worden, wie etwa ein Schriftwechsel zwischen Preußen, Österreich und dem Älteren Bürgermeister der Freien Stadt Frankfurt (dem damaligen Frankfurter Staatsoberhaupt) vom Herbst 1865, Auszüge aus den Protokollen des Senats, weitere amtliche Dokumente, Zeitungsartikel und Texte von Flugblättern (Kanngießer 1877).

Main ausgingen, entfalteten eine Strahlkraft in den gesamten Mittel- und Süddeutschen Raum hinein. Die Verbreitung sozialliberalen Gedankenguts war vor allem der in dieser Region weit verteilten Frankfurter Tagespresse zu verdanken, besonders der von Leopold Sonnemann geführten Neuen Frankfurter Zeitung, die als ein *„tonangebendes Organ“* (Kanngießer 1877: 2) galt. Die besondere politische Ausstrahlung der Stadt wirkte fast wie ein Kontrastprogramm zu den reaktionären Strömungen innerhalb des in Frankfurt amtierenden Bundestags. Insbesondere Preußen – neben Österreich die stärkste deutsche Macht – bereitete die freidenkerische wie selbstbewusste Stadt, dieses „Demokratennest“, wie Bismarck zu sagen pflegte, großes Unbehagen. Preußen und Österreich beäugten das politische Treiben in der Freien Stadt mit großem Argwohn und empfanden Anfang der 1860er Jahre die jenseits des Bundestags stattfindenden politischen Versammlungen in Frankfurt als Bedrohung ihrer jeweiligen Vormachtstellung im Bund.

In Frankfurt ließ man sich nicht hineinreden und berief sich darauf, dass alle *„souveränen Fürsten und freien Städte“* des deutschen Bundes sich zu einer Gemeinschaft selbständiger, unter sich unabhängiger Staaten“ zusammengeschlossen haben (ebd.: 8). Die Souveränität als Stadtstaat hob man damit hervor. Kanngießer stellt heraus, dass man dennoch die *„deutschen Gesamtinteressen“* nie aus den Augen verloren hatte. Ganz im Gegenteil war das Interesse an einem vereinten Deutschland auch in Frankfurt groß. Die vehemente Ablehnung Preußens setzte erst nach dem deutsch-dänischen Krieg 1864 ein, als in diesem Zusammenhang die preußischen Hegemoniebestrebungen überdeutlich geworden waren. Die fortan von Frankfurt offen zur Schau getragene Ablehnung stieß in Preußen auf äußerste Missbilligung und hatte 1865 schließlich einige Drohnoten seitens des preußischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an Frankfurt zur Folge (Kanngießer 1877: 6ff.). Offenbar reagierte Frankfurt nicht wie gewünscht demütig, der Rest der Geschichte war bereits in Kapitel 4.1 Thema.

Während nach dem Deutschen Krieg 1866 und spätestens nach der Reichsgründung 1871 in Deutschland der politische Liberalismus zusehends erlosch, lebten in Frankfurt die liberalen Ideale und das Streben nach sozialen Reformen deutlich stärker als andernorts fort. Liberale und demokratische Haltungen waren in der Stadt bzw. im Frankfurter Bürgertum tief verwurzelt. Durch die politische Selbstverwaltung der Stadt, das Vereinswesen und die kirchlichen Gemeindegremien, aber vor allem durch die kulturelle Vielfalt, die in Frankfurt nicht zuletzt aufgrund seiner Funktion als Handelsknotenpunkt herrschte, hatte sich der Liberalismus gut entfalten können. „Die Messen und der Handel zogen Menschen aus aller Herren Länder an. Die Stadt wurde zum Sammelbecken von Nachrichten und Erfahrungen, Ideen und Kunstfertigkeiten. In den Zeiten der Glaubenskriege wurde die Stadt zum Refugium der verfolgten religiösen Minderheiten. Später folgten italie-

nische Künstler und Handelsleute; die Namen berühmter Frankfurter Familien legen Zeugnis ab von dieser Zuwanderung: Brentano, Bolongaro, Cassella, de Neufville, Guaita, Lejeune, Mouson und Passavant und noch viele andere mehr. Schließlich trat die große und traditionsreiche [jüdische] Gemeinde aus dem Ghetto der Abschottung und Ausgrenzung heraus und beschritt den Weg zur Integration in die Bürgergesellschaft Frankfurts, die ohne die Erfahrungen der jüdischen Lebenswelten nicht vorstellbar ist. *Kulturelle Vielfalt, Weltbürgertum und Lokalpatriotismus prägen seit jeher die Stadt* [...]." (Rebentisch 1997: 12, Hervorhebung TE)

Die Weltoffenheit der Stadt war ein gedeihlicher Boden für liberale Haltungen. Als Messe- und als Krönungsstadt sowie als Sitz des Bundestags strömte immer wieder eine große Zahl unterschiedlichster Menschen nach Frankfurt, was der Stadt, die im Vergleich zu anderen europäischen Metropolen schon immer eher klein war, etwas Weltstädtisches und Fortschrittliches verlieh. In Verbindung mit dem Pragmatismus erfolgreicher Wirtschaftsakteure und einer Bürgerschaft, die offen für Reformen war, entwickelte sich ein auf Modernität, Demokratie und Unabhängigkeit ausgerichtetes Stadtklima, das auch noch nach 1866 oftmals im Widerspruch zu den preußischen Wertmaßstäben stand. Letztendlich war es die einzigartige „Frankfurter Mischung", die für den Fortbestand liberaler Haltungen sorgte, welche wiederum ein dauerhaftes Kontrastprogramm zu Preußens politischer Ausrichtung blieben.

Die liberalen Bürger festigten im Verlauf des 19. Jahrhunderts in Frankfurt kontinuierlich ihre politische Position und „stiegen von den weniger wichtigen Mandaten bis in die höchsten Spitzen der städtischen Selbstverwaltung auf. In den Gremien sammelten sie über Jahrzehnte Erfahrungen für eine pragmatische und erfolgreiche Reformpolitik." (Roth 1996: 501) Ab 1866 organisierte sich die liberale Bewegung in Frankfurt in Vereinen mit unterschiedlichen Haltungen zur Rolle des Staates (Roth 1996: 502). Die Demokraten plädierten für eine parlamentarisch und föderativ aufgebaute Republik, die gemäßigten Liberalen hingegen traten für eine Monarchie ein, auch wenn sie nur zum Teil die preußische Reichseinigungspolitik befürwortete (ebd.: 505). Der Verein der Fortschrittspartei zählte zu den gemäßigten Liberalen und teilte in der nationalen Frage den Standpunkt der Deutschen Fortschrittspartei, die für eine konstitutionelle Monarchie plädierte, allerdings nach britischem Vorbild – eine preußische Hegemonie über Deutschland lehnte man ab (Köhler 1995: 57). In den Jahrzehnten nach 1870 bestimmten die genannten drei Vereine der Liberalen und Demokraten alleine die kommunale Politik (Roth 1996: 506). Die politischen Vereine nahmen damit deutlich Stellung gegen die preußische Politik ein.

Hervorzuheben ist, dass die Liberalen nach der Annektierung bei der Einsetzung der neuen Kommunalverfassung durch Preußen geschickt einige Modifizierungen durchzusetzen verstanden und für Frankfurt ein im Vergleich zu anderen preußischen Städten besonders großes Maß an kommunalen Freiheiten sichern konnten: Nur die Bürgermeister bedurften der königlichen Bestätigung, nicht aber – wie sonst in Preußen – die Stadträte. Durchgesetzt werden konnte auch ein Mehrheitswahlrecht anstatt des in Preußen üblichen Dreiklassenwahlrechts (Roth 1996: 494f.). Auf Wunsch der Frankfurter Kaufmannschaft gelang es weiterhin zu erwirken, dass neben dem Hauptzollamt auch die Zolldirektion weiterhin in Frankfurt stationiert blieb. Um „die traditionelle Empfindlichkeit der Bevölkerung gegenüber preußischem Ordnungsgebahren zu schonen," konnte man weiterhin durchsetzen, dass die Polizeiverwaltung überwiegend in Frankfurter Hand blieb (Kropat 1971: 29). In den Folgejahren zeigte sich schließlich in der Haltung der Stadtverordneten immer wieder, dass man trotz der Einverleibung durch Preußen die Eigenständigkeit nicht abgegeben hatte, denn die 1867 eingesetzte Stadtverordnetenversammlung zeigte sich in ihren Entscheidungen alles andere als obrigkeitsgetreu: wiederholt „scheiterten selbst massiv vorgetragene Wünsche der preußischen Regierung am Veto der Abgeordneten." (Roth 1996: 498)

Mit dem neuen Gemeindeverfassungs-Gesetz von 1867 entwickelte sich in Frankfurt eine leistungsfähige Munizipalverwaltung, die Reformen vorbereitete und umsetze. Ralf Roth schreibt in diesem Zusammenhang: „Die aus der besonderen politischen Kultur gespeiste Vision einer modernen stadtbürgerlichen Gesellschaft spielte gerade zu Beginn der siebziger Jahre eine große Rolle, denn das Bürgertum der Stadt und damit die liberale Bewegung mußte die Konsequenzen aus dem Verlust ihrer jahrhundertealten reichs- und freistädtischen Identität, der Degradierung zu einer Provinzstadt mittleren Ranges, der Öffnung für den freien Zugang und dem Bevölkerungswachstum ziehen." (Roth 1996: 543) Ausgehend von Erklärungsmodellen für die Ursachen und Folgen der Moderne argumentiert der Historiker Hans-Ulrich Wehler, dass vor allem *nicht* unterdrückte Reformimpulse eine gedeihliche industrielle Wirtschaftsweise ermöglicht hätten, da diese u.a. ein Aufstauen etwaigen Revolutionspotentials verhinderten (Wehler 1983: 78). Bezogen auf die in Frankfurt vorzufindende Reformbereitschaft in jener Zeit liegt die Vermutung nahe, dass genau diese eine der Grundlagen für den erneuten außerordentlichen ökonomischen Erfolg der Stadt im letzter Quartal des 19. Jahrhunderts war und damit im Zusammenhang stehend auch den Anschluss an die (verpasste) Industrialisierung ermöglichte. Die liberale Haltung, der Modernisierungsdrang nach 1866 und der ökonomische Erfolg in der Stadt waren in Frankfurt eng miteinander verbunden.

Das Frankfurter Bürgertum blieb der liberalen Tradition treu, die Annektierung durch Preußen konnte an der politischen Gesinnung nichts Grundsätzliches ändern. Auch das ist ein Indiz für Frankfurts besondere Unabhängigkeit: Trotz politischer Entmündigung und ökonomischer Demütigung ließ man sich nicht einschüchtern. Das beweisen auch die nach der Annektierung wieder herausgegebenen liberalen Publikationen: „Die Frankfurter Zeitung, *das* Oppositionsblatt gegen die Politik Bismarcks bis zum Jahr 1866, gab auch im Kaiserreich ihren liberalen Geist nicht auf, ebenso wie die »Frankfurter Latern«, das von Friedrich Stoltze geschriebene satirische Blatt.“ (Schivelbusch 1985: 16)

4.3 Bewahrung der Sonderstellung Frankfurts

Die „Zwangspreußifizierung“ setzte in Frankfurt dem Streben nach persönlicher Freiheit und einer möglichst umfassenden Autonomie der Stadt also keineswegs ein Ende, sondern lebte als integraler Bestandteil des Frankfurter Selbstverständnisses fort und bestimmte das Handeln der Frankfurter Eliten mit. Eine blinde Unterordnung bzw. ein passives Sich-Einfügen in das neue Staatengebilde war undenkbar und fand so auch nicht statt. Die liberale Bewegung, die andernorts allmählich zum Erliegen kam, zeigte sich in Frankfurt als erstaunlich persistent. Als ehemals sozialliberaler Gegenpol im Reich blieb man auch nach der erzwungenen Unterwerfung durch Preußen in dem ab 1866 zur Verfügung stehenden Rahmen widerständig. Das Kontrastprogramm setzte sich bis in die Zeit nach der Reichgründung fort: Während Preußen für eine besondere Strenge und Konservativität stand, galt Frankfurt als freiheitsliebend-liberal und im Vergleich als regelrecht heiter.[8] Der Frankfurter Liberalismus ging mit einem ausgeprägten Selbstbewusstsein einher, das die Grundlage für den Widerstand gegenüber Preußen bildete. Dieses Selbstbewusstsein speiste sich wiederum aus dem Wissen, dass Frankfurt viele Jahrhunderte lang politisch wie auch ökonomisch ein besonderer Mittelpunkt in Deutschland und Europa war. Betrachten wir kurz einige „Stationen“ dieser Sonderstellung Frankfurts.

8 Frankfurt war zu seinen Zeiten der Freien Stadt, in der Kaiserzeit und in der Weimarer Republik unter anderem für seine „herzlich-derbe Sprache“ und eine heitere Lebensart bekannt (Breitkreuz 2012: 3); „heiter“ bezeichnete man außerdem den „Charakter“ des damals in Frankfurt gängigen baulichen Ausdrucks mit rotem Mainsandstein und hellen Putzflächen.

Bereits 1240 erhielt Frankfurt Messeprivilegien, die 1330 ausgeweitet wurden.[9] Die Stadt entwickelte sich zu einem bedeutenden Verkehrsknotenpunkt und Handelszentrum in Deutschland und Europa. Im Jahr 1356 bestimmte man Frankfurt mit der „Goldenen Bulle" dauerhaft zur Wahlstadt der deutschen Könige. Das hatte zur Folge, dass in der Stadt in relativ kurzen Zeitabständen festliche Ereignisse stattfanden, die ein entsprechend erlesenes Publikum aus dem ganzen Reich und darüber hinaus anlockten: Zwischen 855 und 1792 wurden in Frankfurt 36 Herrscher gewählt und 10 zum Kaiser gekrönt. Die Frankfurterinnen und Frankfurter sind sich in dieser Zeit womöglich vorgekommen „wie der Nabel der Welt oder die heimliche Hauptstadt des Reiches" (Rebentisch 1997: 12). Im Jahr 1816 nahm der Bundestag seinen Sitz im Thurn-und-Taxis-Palais und Frankfurt galt nun erneut als Deutschlands „heimliche Hauptstadt". Auch wirtschaftlich ging es der Mainmetropole in dieser Zeit außerordentlich gut, die permanente Anwesenheit des Bundestags hatte dazu sicherlich einiges beigetragen. „Das Leben der hochdotierten Bundestagsdiplomatie verlieh der Freien Stadt nicht nur äußeren Glanz, war nicht nur eine Quelle des Wohlstands, sondern hat auch ihren sozialen Organismus nachhaltig beeinflußt. In der grandseigneuralen Lebensweise verschmolzen Bundestagsdiplomatie und Großkaufmannschaft zu einer früher in Frankfurt unbekannten homogenen Gesellschaft, die in aufwendigen Equipagen, exquisiten Diners, distinguierten Soirees und glanzvollen Bällen sich als ›kleines Weltgetümmel‹ präsentierte […]." (Klötzer 1991: 322) Frankfurts Blüte und fand nicht nur in den Augen der Geschäftstreiben und der Politiker samt ihrer Familien Gefallen. Auch der Fremdenverkehr florierte: Von außen Kommende bestaunten „das moderne Stadtbild, die schönen Promenaden, die eleganten Läden auf der Zeil, aber auch die Kunstsammlungen, von denen schon Goethe nicht nur die Städelstiftung lobte." (ebd.)

Zu keinem Zeitpunkt vergaß man in Frankfurt, welche Stellung die Stadt in Deutschland hatte, auch nicht nach dem Verlust der Eigenständigkeit. Mit den beschnittenen politischen Möglichkeiten galt es, zukünftig andere Wege zu nutzen, um Frankfurts Einzigartigkeit weiterhin leuchten zu lassen – auch in Abhebung gegenüber Preußen. Tatsächlich sollte die erstaunliche Leistungsfähigkeit der Stadt wieder über Frankfurts Grenzen hinaus beeindrucken. Ab Ende der 1860er Jahre setzte in Frankfurt eine beschleunigte Modernisierung ein, die als ausgleichende Gegenbewegung zum Autonomieverlust und als eine Bewältigungsstrategie der Stadt verstanden werden kann. Letztere umfasste nach innen die bereits umschriebene Ideologie des Allgemeinwohls und nach außen die Demonstration von Leistungsfähigkeit, Modernität und Repräsentativität, ohne dabei die eigene

9 1240 erteilte Kaiser Friedrich II. das Privileg der Herbstmesse, 1330 erweiterte Kaiser Ludwig der Bayer das Messeprivileg um die Frühjahrsmesse.

Geschichte völlig aus den Augen zu verlieren. Die Frankfurter Bürgerschaft verfiel nach der Annexion nicht in Orientierungslosigkeit, sondern entwickelte im Gegenteil eine Tatkraft, die darauf zielte, die Stadtökonomie zu stabilisieren und Frankfurts Bekanntheit im Deutschen Reich wie auch über die Reichsgrenzen hinaus aufrechtzuerhalten und auszubauen. Wie noch zu zeigen ist, waren diese Bemühungen durchaus erfolgreich.[10]

Die enorme Erneuerungsenergie, die sich des 19. Jahrhunderts in Frankfurt Ende zeigte, speiste sich zwar auch aus einer anti-preußischen Haltung, kam aber anderseits erst mit den neuen (preußisch-geprägten!) Verwaltungsstrukturen richtig in Gang, dafür aber umso schwungvoller: Im Sommer 1868, also nicht lange nach der Annektierung und nur wenige Monate, nachdem die Rezessverhandlungen zugunsten Frankfurts abgeschlossen waren, hieß es in einem Aufruf des Palmengarten-Gründungskomitees: *„Für unsere Bürgerschaft ist die Mißgunst der Ereignisse nur ein Sporn, ihre ganze Kraft einzusetzen, um die Blüte dieser Stadt zu erhalten und zu mehren […].“* (zit. in Kropat 1971: 69) Auch Adolf Stoltze (1842-1933) thematisiert einige Jahrzehnte nach der Annektierung in einem Gedicht den Erhalt und Ausbau der „Blüte Frankfurts“ und die Liebe zur Heimatstadt (siehe Abbildung 17). Der Schriftsteller war Sohn des ebenfalls in Frankfurt lebenden Dichters und Verlegers Friedrich Stoltze. Beide zählen zu den bekanntesten Literaten der Stadt und stehen wie kaum andere Autoren ihrer Zeit für das „Frankfurterische“.

Das Gedicht „mein Frankfurt“ gibt einen Einblick in das damalige städtische Gedächtnis, denn es verweist auf zahlreiche Aspekte, die bereits weiter vorne Erwähnung gefunden haben. Stoltze hebt zunächst die landschaftlich reizvolle Lage seiner Heimatstadt hervor und geht dann dazu über, an die ruhmreiche Vergangenheit der Stadt als Ort der Kaiserkrönungen und als *„Herz im Deutschen Reiche“* zu erinnern. Auch wenn diese Zeiten vorüber seien, stehe Frankfurt im *„neuergrünten*

10 Die Phase der inneren Selbstfindung und Konsolidierung, die in Folge der Degradierung zur Provinzstadt einsetzte, erfährt in der Literatur unterschiedliche Bewertungen. Die Soziologin Marianne Rodenstein (2008) geht davon aus, dass Frankfurt bis heute die eigene Identität nicht wiedergefunden habe und sich seither (also seit mehr als 150 Jahren) immer wieder neu erfinde. Ralf Roth (1996) hingegen hat in einer umfassenden Studie den Versuch unternommen, die langen Entwicklungslinien des Frankfurter Bürgertums seit dem 18. Jahrhundert nachzuzeichnen und stellt dabei Kontinuitäten heraus, die auch nach der Annektierung fortlebten. Die mit dem Heraufziehen der Moderne verbundenen Ambivalenzen, die zwischen Rationalisierung und Fortschrittsglauben auf der einen und Traditionalismus auf der anderen Seite pendelten, gehören zu den besonderen Merkmalen jener Zeit und Frankfurt fand – auch angesichts der eigenen Krise – einen ganz besonderen Umgang mit diesem Spannungsverhältnis. Dass Frankfurt seine Identität seit der Annektierung durch Preußen nicht wiedergefunden habe, wie es Marianne Rodenstein diagnostiziert, kann ich mit der vorliegenden Arbeit nicht bestätigen, wohl aber eine pragmatisch orientierte Kraft des Sich-neu-Erfindens, die in alten städtischen Traditionen und Werthaltungen ihre Wurzeln hat und somit einen wichtigen Teil von Frankfurts „Identität“ überhaupt erst ausmacht.

Hain“ wie eine Eiche. Anders formuliert: nach einem geglückten Neustart habe Frankfurt nichts an seiner Stärke eingebüßt. Noch immer sieht Stoltze Frankfurt als ein besonderes Zentrum im Deutschen Reich und verweist auf die glanzvollen Erfolge als Handelsstadt. Auch der freie (d.h. liberale) Bürgersinn findet eine besondere Hervorhebung. Stoltzes Wunsch für die Zukunft Frankfurts ist, dass es als der *„deutschen Städte Zier“* erblühen und gedeihen möge und zwar ganz im Sinne der Freiheit, für die Frankfurt damals stand. Das Gedicht ist eine Ode an die Heimatstadt, an Frankfurts glanzvolle Vergangenheit, seine blühende Gegenwart und an den Geist der Freiheit, den Stoltze auch im Jahr 1910 noch spürte.

Mein Frankfurt
Adolf Stoltze (1910)

Dich Frankfurt allerwegen
Preist frohgemut mein Lied,
Wie bist Du schön gelegen
Umkränzt von Feld und Ried.
Der Strom zu Deinen Füßen
Rauscht zu dem grünen Rhein,
Und Taunus Höhen grüßen
Mein Frankfurt an dem Main!

Aus längst verklung'nen Tagen
Der Kaiserkrönungszeit
In dir noch Zeugen ragen
Entschwund'ner Herrlichkeit.
Jung prangst du, gleich der Eiche
Im neuergrünten Hain,
Du Herz im Deutschen Reiche,
Mein Frankfurt an dem Main!

Dich rühmet jede Zone
Und deines Handels Glanz,
Um deine Mauerkrone
Erblüht ein frischer Kranz.
In dir entstand ein Meister,
Ein Goethe, er ist dein!
Du freie Stadt der Geister,
Mein Frankfurt an dem Main!

O blühe und gedeihe
Du deutscher Städte Zier!
Der Bürgersinn, der freie,
Sei ewig dein Panier,
Sei ewig die Standarte
Im Morgensonnenschein!
Sei du der Freiheit Warte,
Mein Frankfurt an dem Main!

Abbildung 17: Das Gedicht „Mein Frankfurt“ von Adolf Stoltze aus dem Jahr 1910 (Breitkreutz 2012: 8).

4.4
Soziologisch-kunsthistorischer Exkurs über den Historismus

Mit den Jahren normalisierte sich das angespannte Verhältnis zwischen Preußen und Frankfurt. Der Historiker Wolfgang Schivelbusch glaubt sogar, dass sich Frankfurt im Zuge seines Umbaus zur Großstadt ab den 1870er Jahren in ein „wilhelminisches Gewand" gehüllt habe (Schivelbusch 1985: 25). Schivelbuschs These dazu ist, dass man die mit dem Stadtumbau zum Einsatz gekommene architektonische Sprache als eine im Zuge der Reichsgründung neuerlich in Frankfurt aufgetretene Staatstreue interpretieren könne – schließlich habe sie den ästhetischen Richtlinien des Kaisers entsprochen. Tatsächlich fasste man auch in Frankfurt die Gründung des Deutschen Reichs äußerst positiv auf, doch das war keineswegs mit einer plötzlichen Begrüßung irgendwelcher als preußisch einzuordnenden Eigenschaften verbunden. Angesichts der beschriebenen und phasenweise vehement anti-preußischen Haltung Frankfurts und den mit dem Annektierungstrauma verbundenen Schmerzen erscheint die auch andernorts in der Literatur oft behauptete Feststellung, dass man die Stadt nach 1866 in „wilhelminischem" Stil umgebaut habe, fragwürdig – nicht zuletzt auch aufgrund der Tatsache, dass es generell problematisch ist, von einem wilhelminischen Stil zu sprechen.

Fragwürdig erscheint das deshalb, weil man in Frankfurt viel daran setzte, die eigene Unabhängigkeit gegenüber dem Staat zu beweisen bzw. sichtbar zu machen. Mitunter geschah das über kostenintensive Bauprojekte, die man ohne staatliche Zuschüsse realisierte und die zum Teil sogar noch nicht einmal aus der kommunalen Kasse finanzierte, sondern über privates Geld. Hier stellt sich nun die Frage, wieso man in Frankfurt repräsentative Bauprojekte in einem „wilhelminischen" Stil hätte bauen sollen, wenn es doch mitunter auch darum ging, die Unabhängigkeit gegenüber Preußen zu demonstrieren. Nachfolgend nehme ich deshalb die bauliche Veränderung Frankfurts sowie die damit verbundenen Intentionen genauer in den Blick, um zu untersuchen, welche Rolle das Frankfurter Unabhängigkeitsstreben dabei hatte. Doch bevor die Architekturen der Stadt in den Blick rücken, gilt es die Frage zu klären, ob man überhaupt, d.h. grundsätzlich, von einer „wilhelminischen" Architektur sprechen kann. Dafür erfolgt ein kurzer Ausflug in die Kunstgeschichte. Insbesondere rückt dabei der damals in der Architektur praktizierte Stilpluralismus, bezeichnet als „Historismus", in den Fokus sowie einige der kunstgeschichtlichen Deutungsangebote dieser Stilepoche. Nach diesem Exkurs ist es möglich aufzuzeigen, dass sich der Stadtumbau Frankfurts nicht in An-

lehnung an „wilhelminische“ Vorbilder vollzog, sondern den generellen „Spielregeln“ der damaligen Stilepoche folgte und dass die Architekturen weiterhin lokale Besonderheiten aufweisen.

Der Architekturtheoretiker Julius Posener vertritt den Standpunkt, dass „[j]edermann weiß, was unter wilhelminischer Architektur zu verstehen ist“ und betont, dass es eine „Architektur des Auftrumpfens“ sei, „die dem Wesen des Kaisers am meisten entgegenkommt und die der Stimmung ›Deutschland der Welt voran‹ entspricht […].“ (Posener 1979: 81) Doch nicht alles, was man in Deutschland und andernorts im Rückgriff auf die Formensprache vergangener Epochen in einem imposanten Repräsentationsstil baute, ist problemlos gleichzusetzen mit „wilhelminisch“. Posener selbst legt dar, dass eine „überkräftige Architektur“ nicht allein in Deutschland zu Zeiten Wilhelms II. mit großer Vorliebe zum Einsatz kam, sondern ein gesamteuropäisches Phänomen war. Weiterhin sei es auch gar nicht die reine *Form*, über die sich das „Wilhelminische“ offenbare, sondern es sei vielmehr die dahinterstehende bzw. die damit vermittelte *Haltung*. Diese werde verkörpert durch große Dimensionen, Monumentalität, Weiträumigkeit und kostbare Materialien (Posener 1979: 81). Werner Durth (Architekturthistoriker) und Paul Sigel (Kunsthistoriker) bringen auf den Punkt, was diese Haltung ausmachte und führen dazu Kaiser Wilhelms II. Bestrebung ins Feld, aus der Hauptstadt des Deutschen Reichs „eine Metropole mit internationaler Ausstrahlungskraft zu verwandeln […]. Berlin sollte nicht nur als Regierungssitz erkennbar werden, sondern darüber hinaus eine imperiale Geste zeigen, um den Mangel an national hauptstädtischer Tradition des ›Parvenüs‹ unter den europäischen Metropolen durch die Opulenz des architektonischen Auftritts zu kompensieren.“ (Durth/Sigel 2009: 28) Der Kaiser ließ es sich nicht nehmen, in einer Reihe von Bauprojekten aktiv mitzumischen, und verhalf damit um 1900 einem Baustil zum Durchbruch, der aufgrund seiner auftrumpfenden Art Unbehagen auszulösen vermochte und bisweilen als „unkultiviert und oft auch als bevormundend empfunden“ (ebd.) wurde. Konkrete Formen und Materialien zur eindeutigen Identifikation und Einordnung einer Architektur als wilhelminisch nennen aber auch diese beiden Autoren nicht.

Die Schwierigkeit, in einer Architektur Wilhelminisches erkennen zu wollen, hängt unmittelbar mit dem Stildilemma des 19. Jahrhunderts zusammen: Man imitierte in den architektonischen Entwürfen das Formenspektrum unterschiedlicher, vergangener Epochen und bediente sich dabei der Gestaltungselemente aus Gotik, Renaissance, Rokoko, Barock oder Romanik und interpretierte diese gewissermaßen neu. So kamen Formen, die einstmals Sakralbauten, Schlössern oder Palästen der Monarchen bzw. des Adels vorbehalten waren, nun auch bei Schulen, Bürgerhäusern und öffentlichen Gebäuden zum Einsatz. Weiterhin entfalteten sich für die Neuauflagen der vergangenen Stile regional je spezifische Aufmachungen.

Die Zuordnung zur jeweiligen Stilrichtung orientierte sich dabei gerne an der jeweiligen Bauaufgabe: Theater und Museen baute man bevorzugt im Stil der Neurenaissance, Kirchen im neugotischen Stil, Banken und Justizgebäude im Neubarock. Die hier aufgezählten Zuordnungen waren jedoch keineswegs bindend und auch vor der Mischung von Stilen aus unterschiedlichen Epochen machte man nicht Halt. Godehard Hoffmann stellt in seiner Monografie zur politischen Architektur im deutschen Kaiserreich fest, dass „der Historismus in der Architektur […] *keine eindeutigen ideologischen oder politischen Bedeutungen bestimmter Baustile [kannte]*. Simple Gleichungen, wonach die Gotik als katholisch oder die Romanik als deutsch zu verstehen sei, gingen bei genauerem Hinsehen nicht auf." (Hoffmann 2000: 40, Hervorhebungen TE) Die Kunsthistorikerin Eva-Maria Landwehr spricht von einem Stildilemma, das sich durch eine fehlende Verbindlichkeit und die Sorge darüber auszeichnete, dass einer „haltlosen Beliebigkeit" Vorschub geleistet werde, „die tradierte symbolische oder ikonologische Aussagewerte ignorierte." (Landwehr 2012: 8) Bereits die zeitgenössische Kritik fiel in Uneinigkeit über die damalige Architekturauffassung auseinander und schwankte in ihrem Urteil zwischen wohlwollenden und verächtlichen Meinungsäußerungen (vgl. Landwehr 2012). Als Zeitzeuge schrieb der Architekt und Kunsthistoriker Cornelius Gurlitt 1899: *„Die Geschichte soll unsere Lehrmeisterin sein. Mir will aber scheinen, als sei sie die allerundeutlichste und verworrenste Lehrerin, die man sich denken kann. Jeder hält in ihr für wahr, was ihm paßt […]."* (zit. ebd.: 10)

Mit Hans-Dieter Nägelke möchte ich mich der Historismus-Auffassung von Wolfgang Hardtwig anschließen, der diesen „nicht als Stilkategorie oder als universelles Gestaltungsprinzip […] [begreift], sondern als Auseinandersetzung mit einer Gegenwart, die nach den Brüchen des Revolutionszeitalters den bis dahin selbstverständlichen Bezug zur Tradition verloren hatte: ›Traditionsbruch und Erinnerung‹ waren die Voraussetzungen eines künstlerischen Schaffens, das seinen Anspruch nach Modernität und Normativität aus einer kritischen Sichtung des Überlieferten gewann." (Nägelke 2000: 14) In einer Gegenwart voller Zäsuren auf unterschiedlichsten Gebieten und einem damit einhergehenden Traditionsverlust erschien die Welt des Überlieferten und Vergangenen wie ein Baukasten für die Bewältigung des Neuen in Politik, Gesellschaft und Technik, aus der man sich das jeweils Passende heraussuchte. So reflektierte man in der Architektur die Formen vergangener Epochen nicht nur in ihrer historischen, sondern auch in ihrer konstruktiven und funktionalen Bedeutung. Die technischen Innovationen in der Architektur und Baukonstruktion eröffneten gänzlich neue Spielräume, dank Eisen, Beton und Glas war bislang völlig Ungeahntes möglich. Neue Gebäudetypen, wie etwa die glasüberdachten Passagen und großen Gewächshäuser in botanischen Gärten sowie diverse Pavillons für die Weltausstellungen entstanden, doch insge-

samt bewegte man sich trotz der neuen Konstruktionsmöglichkeiten im Großen und Ganzen auch weiterhin in den altbekannten Gestaltungsvorgaben, die man allerdings stärker variierte, sich für die eigenen Zwecke aneignete und zum Teil auch weiterentwickelte. Die Rückwärtsgewandtheit in der Formensprache bedeute nicht, dass die damaligen Architekten originalgetreue Repliken entwarfen, sondern sie erdachten sich *neue* Arrangements der Gestaltungselemente und entwickelten dabei mitunter eine durchdachte Virtuosität (vgl. Posener 1979). Ziel war nicht die Geschichts*kopie*, sondern die Geschichts*verwertung* (vgl. Nägelke 2000). Im Rahmen der allgemeinen Fixiertheit auf das Historische (Hoffmann 2000) war es überhaupt erst möglich, die Stilelemente den verschiedenen Epochen zuzuordnen. Man begann verstärkt, die Typologien der Gotik, der Renaissance, des Barock, der Romanik zu interpretierten und für neue Bauzwecke umzufunktionieren. Beim Erfassen des baulichen Erbes ging man durchaus wissenschaftlich vor und „eröffnete der Architektur des Historismus neue Dimensionen. Wissenschaft und Baukunst näherten sich in einem bis dahin nicht gekannten Maße." (ebd.: 35)

Der Historismus in der Architektur brach also trotz der Rückbesinnung auf Vergangenes neue gestalterische Möglichkeitsräume auf und war damit ein Experimentierfeld auf dem Weg zu einem neuen – d.h. vom Alten tatsächlich losgelösten, unabhängigen – Stil, der erst um 1900 herum allmählich Gestalt annahm. Obwohl der Historismus als Vorbereitungsphase für die Moderne in der Architektur ein im Werden befindliches „Noch-nicht" war[11] und damit ein vorwärtsstrebendes Moment hatte, steht er gleichzeitig für das Rückbesinnen auf das Alte, ein Zurückschauen auf bereits Gewesenes. So offenbarten sich auch im Hochbauentwurf die typischen Ambivalenzen und Widersprüche dieser Zeit: Modernisierung und Traditionalismus waren auch auf baulich-gestalterischer Ebene im Widerstreit. Der Historismus war so etwas wie ein Experimentierfeld, aber gleichzeitig ein Instrument der Stabilisierung und der Selbstvergewisserung. Er stand einerseits für die Sehnsucht nach neuen Ausdrucksmöglichkeiten in der Architektur, wie sie z.B. von Heinrich Hübsch[12] (1795–1863) und Gottfried Semper (1803–1879) formuliert wurden, und andererseits für das Bedürfnis nach Kontinuität und Verwurzelung.

11 Der Historismus wurde lange Zeit als Phase eklektischer Fassadenschummelei ohne eigene Impulse aufgefasst und deshalb auch in der kunsthistorischen Betrachtung vernachlässigt. Neuere Betrachtungen dieser Epoche teilen diese Auffassung nicht mehr und gehen vor allem dazu über, verstärkt die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihre Betrachtung mit einzubeziehen (vgl. Hoffmann 2000; Krause/Laudel/Nerdinger 2001; Landwehr 2004, 2012).

12 Hübsch verfasste die berühmt gewordene und viel zitierte Schrift „In welchem Style sollen wir bauen" und rechnete dort mit dem zunehmend als kalt empfundenen Klassizismus ab. Als Abkehr bzw. Umkehr zu Neuem propagierte er den Rundbogenstil. Die von ihm aufgeworfene Frage nach dem „richtigen" Baustil dieser Zeit sollte im Lauf des 19. Jahrhunderts allerdings eine Vielzahl weiterer (möglicher) Antworten erhalten.

Korrespondierend mit einer sich allmählich pluralisierenden Gesellschaft pluralisierte sich auch der Einsatz von Form und Material in der Architektur, mit der nicht nur die Vorgaben zur Bewältigung einer Bauaufgabe umgesetzt wurden, die in ihrer jeweils gewählten Gestalt auch als gesellschaftliches Ausdrucksmittel verstanden werden muss.

Kaiser Wilhelm II. verstand Architektur vor allem als Ausdrucksmittel der deutschen Identität, auch wenn es am Ende nicht gelang, eine „nationale Architektur" Deutschlands zur Entfaltung zu bringen (Hoffmann 2000). Das Ringen um einen nationalen Ausdruck vor allem bei öffentlichen bzw. bei Regierungsbauten veranschaulicht trotz des Scheiterns dieses „Projekts", dass es bei der Erschaffung von Architekturen auch um die Lösung gesellschaftlicher bzw. politischer Probleme und Bedürfnislagen ging, wie z.B. den politisch als unverzichtbar erachtete Aufbau eines starken Nationalbewusstseins. Der Rückgriff auf die Geschichte erfolgte dabei in einer legitimierenden Weise, in dem auf die Existenz des originär „deutschen" verwiesen bzw. diese überhaupt erst konstruiert wurde.[13] Mit der Erschaffung auftrumpfender Architekturen beabsichtigte der Kaiser die Etablierung eines nationalen Stils, um über diesen die deutsche Identität zum Ausdruck zu bringen und zu stabilisieren. Unabhängig von der Frage, ob das tatsächlich gelingen konnte, sollen die architektonischen Neigungen Kaiser Wilhelms II. nachfolgend etwas genauer betrachtet werden, da diese für die Frage bedeutsam sind, ob man in Frankfurt tatsächlich im Sinne der kaiserlichen Vorlieben baute – oder eben nicht.

Eine besondere Vorliebe entwickelte der Kaiser für den Neubarock, der Eva-Maria Landwehr zufolge gegen Ende des 19. am ehesten für das Preußisch-Nationale gestanden und „einen absolutistischen Regierungsstil und eine ausgeprägte Form monarchistischem Konservatismus" illustriert habe (Landwehr 2004: 49). Aufgrund ihrer symmetrischen Raumkörper und der variablen Raumaufteilung erwiesen sich die barocken Raumgefüge vor allem für öffentliche Bauten als vielseitig

13 Die Reichsgründung 1871 versuchte man in unmittelbare Linie mit dem Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation zu bringen, das 1806 zusammengebrochen war, und man verstand sich als „Nachfolger des von den Nachfahren Karls des Großen gegründeten und mit der Niederlegung der römischen Kaiserkrone durch den in Wien regierenden Habsburger Franz II. untergegangenen alten Reiches." Das aufgekommene und sehr stark ausgeprägte Geschichtsinteresse war dem politischen Ziel geschuldet, „den neuen Staat historisch zu legitimieren und auf diese Weise den Prozeß seiner Identitätsfindung zu fördern." (Hoffmann 2000: 11) Während einerseits teilweise opulente Nationaldenkmäler, oftmals mit Bezug auf eine germanische Vergangenheit entstanden, um das Nationale auf baulicher Ebene zum Ausdruck zu bringen und um den Deutschen bei der nationalen Identitäts(er)findung dienlich zu sein, bewiesen die neuen, monumentalen, öffentlichen Bauten im Stil der Neurenaissance andererseits, dass man mit den anderen Nationalstaaten mithalten konnte. Auch wenn sich eine *internationale* Neurenaissance herausbildete und keine hervorstechenden nationalen Baustile, so diente der Rückbezug auf Geschichte in den europäischen Nationalstaate des 19. Jahrhunderts dennoch „der Stabilisierung des nationalen Selbstverständnisses, der Bildung und Stärkung von Identität." (ebd.: 44)

einsetzbar, etwa „bei Justiz-, Verwaltungs- oder Schulbauten, die nicht nur repräsentativ, sondern auch funktional sein mussten“ (Landwehr 2003: 39). Weil man den Barock lange Zeit als „muffig, altmodisch und verzopft“ (Landwehr 2012: 199) empfand, hatte man ihn bis zu seiner Aufwertung durch die Kunstwissenschaft in den 1880er Jahren abgelehnt. Kaiser Wilhelm II., der dem deutschnationalen Gedanken durch die Monumentalisierung der Architektur besonderen Nachdruck zu verleihen suchte, förderte das Wiederaufleben des Barocks (vgl. Hoffmann 2000). Die Aufweitung des Renaissancekanons durch die Großformen vor allem des heimischen Barocks schien genau das zu ermöglichen (vgl. Nägelke 2000: 141). Der Hofarchitekt Ernst Eberhard von Ihne (1848–1917) bediente sich deshalb mit großer Vorliebe für die von ihm entworfenen Repräsentationsbauten in Berlin[14] einer „mit barocken Motiven übersteigerte[n] Neorenaissance“ [15] (Nägelke 2000: 147), die auch die preußische Bauverwaltung bei den Entwürfen und Ausführungen für große Repräsentationsbauten bevorzugte. Neben dem Neubarock gewannen im ausgehenden 19. Jahrhundert auch Neuromanik und die sogenannte *deutsche* Neurenaissance[16] größere Bedeutung. Eine zunehmende Förderung fand außerdem die Aufnahme regionaler Bautraditionen (Hoffmann 2000: 197).

Die um 1900 aufkommenden avantgardistischen Architekturen und das „neue“ Bauen lehnte der Kaiser vehement ab (vgl. Durth/Sigel 2009: 28). Wilhelm II. sprach sich auch gegen die Sezession in der Kunst aus und gab mit seiner Aussage, dass sich die künstlerische Form immer *„am bewährten Schönen*“ anzulehnen habe, auch für das Bauen die entsprechende Marschrichtung vor (vgl. ebd.). Noch 1911 hieß es für die Staatsbauverwaltung, dass sie sich gegenüber den neuen Ausdrucksmitteln in der kirchlichen wie auch bürgerlichen Baukunst, die sich vom Herkömmlichen abwendeten und nach neuen gestalterischen Möglichkeiten suchten, Zurückhaltung zu üben habe und zwar *„in der Überzeugung, daß es als ein baukünstlerischer Verlust anzusehen ist, wenn der Boden der geschichtlichen Überlieferung verlassen und damit auf die Verwertung des Reichtums der Gestaltungskraft verzichtet wird […].“* (Wilhelm II. zit. in Nägelke 2000: 153)

14 Das sind zum Beispiel der neue Königliche Marstall (1900), das Kaiser-Friedrich-Museum (1904, heute: Bodemuseum) und die Königliche Bibliothek Unter den Linden (1914, heute: Staatsbibliothek).

15 Kaiser Wilhelm II. schien mit dem Schaffen Ihnes höchst zufrieden gewesen zu sein, denn 1906 erhob er ihn in den erblichen Adelsstand, ernannte ihn 1912 zum Wirklichen Geheimen Oberhofbaurat und verlieh ihm zwei Jahre später den Titel Exzellenz.

16 Die deutsche Neurenaissance orientierte sich an Vorbildern der deutschen Renaissance des 16. Jahrhunderts, „löste einen ideologischen Standpunkt ein, den die internationale Neurenaissance nicht erfüllen konnte, und begriff sich zudem als bürgerlich, Für das national gesonnene Bürgertum bot sie eine ideale Alternative.“ (Hoffmann 2000: 212)

4.5
Architektur als Stellungnahme in Stein?

Wenn man sich in Frankfurt in baulicher Hinsicht vom Kaiser bzw. Preußentum hätte abkehren wollen, wäre das mit einer avantgardistischen Architektur ein Leichtes gewesen. Es stellt sich nun die Frage: Wie baute man in Frankfurt? Gemäß den kaiserlichen Wunschvorstellungen oder ganz bewusst provokant? Eine erste Antwort kann sehr schnell erfolgen: In Frankfurt baute man um 1900 auf keinem Fall avantgardistischer als anderswo. Ganz im Gegenteil zeigte sich die Stadt in architektonischer Hinsicht sogar als „konventionell". Gegen Ende des 19. Jahrhunderts erfolgte mit dem aufkommenden Jugendstil die allmähliche Abkehr von historisierenden Formen, u.a. auch im Frankfurt-nahen Darmstadt, das dank des Großherzogs Ernst Ludwig von Hessen bald zu einer der Jugendstilhochburg wurde. Auf Frankfurt sollte diese „Bewegung" jedoch nicht in nennenswerter Weise überspringen.[17] Die um 1900 in Deutschland entstandene Architekturavantgarde, die bald mit der klassischen Moderne eine (weltweit) bahnbrechende Wirkung entfalten sollte, war zum Zeitpunkt der Jügelhaus-Errichtung noch nicht in Frankfurt angekommen.

In Frankfurt hatte das Stadtbild repräsentativ und „schön" zu sein, man experimentierte (noch) nicht im großen Stil mit neuen Formen des Bauens. Das liberale Bürgertum identifizierte sich generell stark mit der Neurenaissance, da man die Renaissance mit „Überwindungs- oder besser: Befreiungscharakter" assoziierte (Landwehr 2012: 193), was dem Selbstverständnis des aufgestiegenen Bürgertums sehr nahe kam. Die Renaissance begriff man als den generellen „Aufbruch zu einer neuen Welt und Weltensicht [...], die sich auf die sichere Tradition des Klassischen stützen konnte. Das bis zum Pessimismus beunruhigte Zeitalter des Historismus mochte hier Parallelen entdecken und die Hoffnung schöpfen, aus der Krise der alten Systeme zu neuen, besseren Verhältnissen zu schreiten." (Krause/Laudel/Nerdinger 2001: 18) Zum Selbstverständnis des Bürgertums im freiheitsliebenden und liberalen Frankfurt passte diese Verbindung ausgezeichnet. Das Stilangebot der Renaissance kam außerdem dem „latent vorhandenen Bedürfnis nach edler, unaufgeregter und distinguierter Repräsentativität vor allem vonseiten des

17 Im Zuge ihrer Untersuchung zur Geschichte des Westends schreiben Merten und Mohr (1974: 36), dass man beim Bau der Villen um die Jahrhundertwende „ebensowenig wie die übrige Frankfurter Architektur zur Kenntnis [nahm], was sich zu dieser Zeit dreißig Kilometer weiter südlich auf der Darmstädter Mathildenhöhe ereignete: Eine Jugendstilkunst hat es in Frankfurt, von ganz geringen Ausnahmen abgesehen, nicht gegeben."

Abbildung 18: Das Gesellschaftshaus des Palmengartens im Jahr 1901.

Abbildung 19: Fotografie des Grand-Hotels Frankfurter Hof.

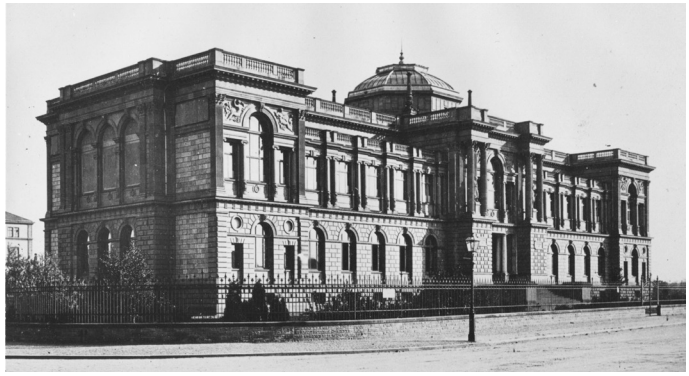


Abbildung 20: Das 1878 eröffnete Gebäude des Städelschen Kunstinstituts.

Abbildung 21: Empfangsgebäude des Frankfurter Hauptbahnhofs im Jahr 1891.

Abbildung 22: Das 1874 eröffnete Gebäude der Frankfurter Börse.

Abbildung 23: Das 1880 eröffnete Operngebäude.

Großbürgertums“ (Landwehr 2012: 193) entgegen. Auch in Frankfurt demonstrierte man gerne den erquicklichen Wohlstand der Stadt mit Repräsentativbauten im Stil der Neurenaissance:1871 eröffnete im Palmengarten ein Glaspalast mit einer hochmodernen freitragenden Eisenkonstruktion und 1.500 Quadratmetern Fläche für Palmen sowie andere Pflanzen, an den sich mit „direktem Blick in diese exotische Kulisse“ der „überbordend geschmückte Festsaal“ das Gesellschaftshaus anschloss. Ursprünglich mit klassizistischer Fassade versehen, erfolgte nach einem zerstörerischen Brand 1878 der Wiederaufbau im gründerzeitlichen Gewand der Neorenaissance (Gräwe 2012). Das 1876 eröffnete Zoo-Gesellschaftshaus an der Pfingstweide hatte Anklänge an die italienische Renaissance und sollte „monumentaler Abschluß der bereits geplanten Zeil-Verlängerung“ sein (Kalusche/Setzepfand 1992: 37). Sowohl das Gesellschaftshaus im Palmengarten als auch das des Zoos wurden zudem aus privaten Aktiengesellschaften finanziert. Damit demonstrierte Frankfurts Bürgertum neben einem großen Gestaltungswillen auch ökonomische Kraft. Weitere Beispiele für Gebäude im Stil der Neurenaissance sind der Frankfurter Hof, einem ebenfalls 1876 eröffneten Grand-Hotel an der Kaiserstraße, der Neubau des (ebenfalls privat finanzierten) Städelschen Kunstinstituts am Main (1878), die Börse (1874), die teilweise aus Stiftungsgeldern erbaute Oper (1880), das Empfangsgebäude des Hauptbahnhofs (1888) sowie zahlreiche Villen im Westend (Merten/Mohr 1974). Als schließlich gegen Ende des 19. Jahrhunderts der Neubarock en vogue war, ging man auch in Frankfurt dazu über, diesen Baustil sowohl bei den Villen des Westends als auch bei öffentlichen Bauten bevorzugt einzusetzen. Man bestritt bei der Wahl der Stilmittel in Frankfurt also keinen grundsätzlich anderen Weg als Kaiser Wilhelm II. und dennoch zeigen sich bei genauerer Betrachtung Abweichungen.

Laut Julius Posener offenbart sich das Wilhelminische einer Architektur nicht allein über die Form, sondern über die dahinterstehende Haltung. Kaiser Wilhelm II. beabsichtigte unter anderem, mittels einer einschüchternden Monumentalität nationale Stärke zu demonstrieren. Monumental baute man auch in Frankfurt, doch man beabsichtigte dabei keine Geste der Einschüchterung. Als lokale Besonderheit der Architektur dieser Stadt hebt man ganz im Gegenteil das „Heitere“ hervor, das man laut zeitgenössischer Aussagen mittels des Einsatzes von rotem Mainsandstein und hellen Putzflächen in Kontrast zu dunklen Schieferdächern erziele (vgl. Das Jügelhaus 1907). Es ging bei den baulichen Maßnahmen in Frankfurt sicherlich auch um die Erzielung einer beeindruckenden Wirkung, doch den bürgerlichen Eliten Frankfurts lag es auch am Herzen, als Stadt „einladend“ zu wirken: Man beabsichtigte, Menschen mit großem Vermögen, vorzugsweise Ren-

tieres und Rentiers[18], nach Frankfurt zu ziehen, damit sie sich dort dauerhaft niederließen. Eine gewisse Behaglichkeit war wichtiger, als eine in auftrumpfender Weise einschüchternde Architektur.

Abbildung 24:
Neher und Kauffmann:
Palais Reichenbach-
Lessonitz (um 1900) in
der Taunusanlage.

18 „Rentiers sind wohlhabende Müßiggänger, die ihre gesellschaftliche Position und ihr Selbstverständnis nicht im tätigen Wirtschaftsleben ausbilden, sondern in den Ersatzaktivitäten des Kunstsammlers, des Mäzenaten, des Gesellschaftsmenschen.“ (Schivelbusch 1985: 57)

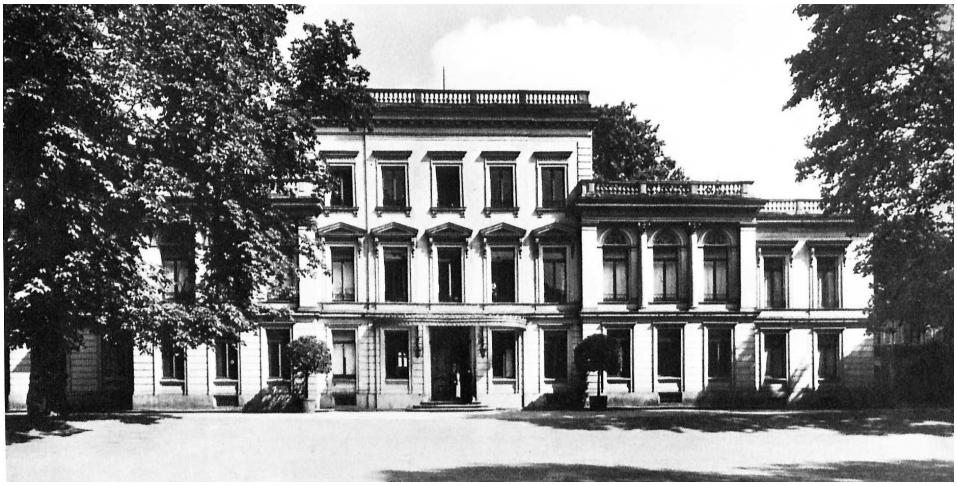


Abbildung 25: Landhaus Rothschild (1870/71) in der Bockenheimer Landstraße. Architekten: Hoven & Dielmann

Diese etwas vagen Betrachtungen möchte ich anhand des Wissenschaftsensembles an der Viktoria-Allee genauer spezifizieren. Die Architekten des Ensembles, Ludwig Neher und Franz von Hoven waren keine Neulinge im Westend und hatten für diesen Stadtteil zuvor einige, teilweise imposante, Villen entworfen.[19] Sie bedienten sich sowohl bei den Westendvillen als auch bei den Bauten für Wissenschaft und Bildung einer damals in Frankfurt geläufigen Formensprache und bewegten sich mit ihren Entwürfen üblicherweise in den Grenzen von Neurenaissance und Neubarock. Die Gebäudeteile des Wissenschaftszentrums entwarfen sie nicht gemeinsam, sondern die einzelnen Bauaufgaben waren unter den beiden Architekten aufgeteilt. Neher war der Architekt für Jügelhaus und Naturkundemuseum, von Hoven entwarf die Senckenbergische Bibliothek und den Neubau des Physikalischen Vereins. Die entsprechend ihrer unterschiedlichen Nutzung verschiedenartig, aber doch mit einigen Ähnlichkeiten entworfenen Baukörper sind mit luftigen Arkadengängen zu einem asymmetrischen Ensemble miteinander verbunden. Die aufeinander abgestimmte Fassadengestaltung und das räumliche Inbezugsetzen

19 Hoven, Neher und Kauffman haben im Westend der 1880er und 1890er Jahre laut Mohr und Merten eine ganz spezifische Villenarchitektur auf den Weg gebracht, die sich in einer Reihe großer Einzelbauten mit außerordentlicher Pracht äußerte (Merten/Mohr 1974: 35). Beispiele: Hoven mit Wallot: Doppelhäuser im Grüneburgweg, in der Schwindtstraße (um 1880) und in der Schubertstraße (um 1890); Hoven: Villa Hallgarten (1881/82) in der Siesmayerstraße; Hoven: Villa Zwickhoff (Anfang der 1880er Jahre) im Gärtnerweg; Neher und Kauffmann: Varrentrappsches Haus (1886/87) im Grüneburgweg; Neher und Kauffmann: Villa Kissel (1887-1889) in der Freiherr-vom-Stein-Straße; weitere Beispiele zeigen Abbildung 24 und Abbildung 25)

der Gebäude aufeinander verweisen darauf, dass die beiden Architekten nicht völlig unabhängig voneinander agiert haben.

Bei der Materialwahl greifen sie für das gesamte Wissenschaftsensemble konsequent auf die bereits mehrfach genannten lokalen Gestaltungsattribute zurück. In der Deutschen Bauzeitung, die im Herbst 1908 eine ganze Artikelserie über die Neubauten veröffentlichte, ist nachzulesen, dass durch *„diese Zusammenstellung […] die für Frankfurt charakteristische Farbenwirkung […] erzielt“*[20] worden sei. Man verweist auf den „Frankfurter Charakter“ der barocken Bauformen. In einem kleinen 1907 erschienenen Band mit den Reden anlässlich der Eröffnung des Jügelhauses stellt man fest, dass die Verwendung der für Frankfurt typischen Materialien und Farben dem Gebäude eine „*gediegene und doch heitere, für Frankfurt so charakteristische Erscheinung verleiht.*“ (Das Jügelhaus 1907: 11) Eine „heitere“ Wirkung öffentlicher Bauten entsprach sicherlich nicht den kaiserlichen Bauvorlieben, ging es Wilhelm II. doch auch immer darum, mittels Monumentalität und auftrumpfender Formensprache die Vormachtstellung Deutschlands und nationale Stärke bzw. Überlegenheit zu demonstrieren, was eine zutiefst ernste Angelegenheit war (vgl. Hoffmann 2000; vgl. Durth/Sigel 2009).

Der Rückgriff auf die lokalen Gestaltungsattribute bewirkte völlig unabhängig von einer subtilen Abgrenzung gegenüber „preußischen“ Architekturen noch etwas ganz anderes: Er appellierte an städtische Gedächtnisinhalte, die unmittelbar an Frankfurt gebunden waren. Die spezifische Materialkombination wurde sowohl von den in der Stadt Lebenden als auch von (eingeweihten) Außenstehenden als „frankfurterisch“ erkannt, denn sie gehörte zu den vielfach wiederholten visuellen Elementen des Erfahrungsraums der Stadt. Roter Sandstein und helle Putzflächen kamen sicherlich nicht allein in Frankfurt zum Einsatz, die Materialkombination hatte in der Mainmetropole aber dennoch einen besonderen Wiedererkennungswert, der auf eine für die Stadt als charakteristisch geltende architektonische Gestaltungstradition verwies. Indem man bei den Architekturen des Wissenschaftszentrums diese Gestaltungstradition aufgriff, knüpfte man gleichzeitig an genau jene städtischen Gedächtnisinhalte an, die für das Widererkennen des „Frankfurterischen“ sorgten. Mit der lokaltypischen Materialwahl verwies man auf den Ursprung der renommierten Einrichtungen. Sie waren aus der Liebe des *Frankfurter* Bürgertums zu Wissenschaft und Bildung erwachsen. Eine Liebe, die sich u.a. in sehr großzügigen Geldgaben äußerte und diese Bauten überhaupt erst möglich machte. Nach innen (in die Stadt bzw. die Bürgerschaft hinein) wie auch nach außen (über die Stadtgrenzen hinweg) hob man damit auch auf einer visuellen Ebene hervor, dass es sich beim Wissenschaftszentrum an der Viktoria-Allee um „typische“ Frankfurter Einrichtungen handelte.

20 Deutsche Bauzeitung 87/1908, S. 595.

Wenn es bei der Deutung von Architektur auch darum geht, die dahinterliegende Haltung sichtbar werden zu lassen, stand im Falle des Wissenschaftszentrums sicherlich nicht – wie bei dem von Kaiser Wilhelm II. bevorzugten Architekturstil – die Demonstration nationaler Größe im Vordergrund. Demonstriert werden sollte in Frankfurt etwas ganz anderes: Neben der großen Bedeutung, die man Kultur- und Bildungseinrichtungen beimaß, konnte man mit diesem Projekt vor allem die eigene *ökonomische* Überlegenheit veranschaulichen. Trotz der Krise nach 1866 und des Verlusts der Stellung als Finanzzentrum sowie des Übergangs dieser Funktion an Berlin galt Frankfurt um 1900 als die reichste Stadt in der preußischen Monarchie (Mohr/Mertens 1974: 31). Mit dem großen Bauprojekt an der Viktoria-Allee bewies man auch finanzielle Unabhängigkeit, da alle Bauten überwiegend aus Stiftungsgeldern und ohne umfangreiche kommunalen Subvention entstanden waren. Man war ohne staatliche Hilfe imstande, bedeutende Institute nicht nur zu unterhalten, sondern sie auch in angemessenen Gebäuden zu beheimaten.

Das Beispiel zeigt, dass es sehr schwierig ist, allein über die reine Form vorbehaltlos auf die einer Architektur zugrundliegenden Ambitionen und Werthaltungen Rückschlüsse zu ziehen. Welcher *Sinn* in einem Gebäude zu einem bestimmten Zeitpunkt erkannt bzw. welche Werte und Eigenschaften mit ihm verbunden sind, kann man nur vor dem Hintergrund des Gebäudekontexts verstehen. Teil dieses Kontexts ist der gesellschaftliche Wissensvorrat mit seinen Deutungsangeboten für Architekturen, die jedoch lokale Besonderheiten aufweisen können. Bedacht werden sollte das auch bei einer oft wiederkehrenden These in den wissenschaftlichen Perspektiven, die sich mit Architektur als gesellschaftliches Produkt befassen und den oft verkürzten Kausalzusammenhang vertreten, dass ein Gebäude, insbesondere wenn es für eine spezifische Institution errichtet wurde, über seine Gestaltung immer das repräsentiere, was es beherbergt. Ohne die Einbeziehung des Gesamtkontexts kann es hier zu verzerrten Einschätzungen kommen, wie sich am Beispiel des Jügelhauses als eine Art „vorweggenommenes“ Universitätsgebäude veranschaulichen lässt.

Die Kunsthistorikerin Astrid Hansen schreibt, dass Universitäten „sehr bewußt die Bauformen [wählen], in denen sie sich schließlich darstellen. Und als öffentliche Bauten geben sie Auskunft über Ideologie und Selbstverständnis der Institution, für die sie entstanden sind. Sie geben Auskunft über die Intentionen des öffentlichen Auftraggebers, der ihr finanzieller Träger ist und die gesellschaftspolitischen Bedingungen unter denen sie entstehen. Und noch heute bezieht eine Universität einen Teil ihres ‚Images‘ über ihre Bauform.“ (Hansen 2001: 22) Ähnlich argumentiert der Kunsthistoriker Hans-Dieter Nägelke: „In Architektur verdichtet sich die Universität von der geistigen Gemeinschaft zum konkreten Ort, der

sie ebenso nach außen repräsentiert, wie er nach innen ihre Identität zu vermitteln hilft.“ (Nägelke 2000: 9) Hansen vertritt weiterhin den Standpunkt, dass die Architektur des Jügelhauses seiner Zeit hinterherhinke und zitiert dafür Sabine Marschall: „kein einziger Universitätsneubau im 20. Jahrhundert [ist] mehr nach dem konventionellen Schema des »Wissenschaftsschlosses« gebaut worden“ (Marschall zit. in Hansen 2001: 57), so aber das Jügelhaus. Der Bau stehe deshalb „außerhalb einer Entwicklung“ (ebd.) und Hansen bescheinigt ihm damit eine besondere Rückständigkeit.

Sieht man davon ab, dass das Jügelhaus im inneren Aufbau entgegen Hansens Einschätzung keineswegs der klassischen Aufteilung eines Bildungsschlosses entsprach, und folgt man den oben angeführten Zitaten bezüglich des Zusammenhangs von äußerer Erscheinung und „innerem Anspruch“, tritt für das Jügelhaus eine deutliche Diskrepanz hervor: Wenn man seinen baulichen Ausdruck tatsächlich als eine Eins-zu-eins-Übersetzung wesentlicher Eigenschaften der Akademie betrachtete, so hätte diese eine traditionsverschriebene – weil an alten Bauformen festhaltende – Institution gewesen sein müssen, die sich nicht so recht mit dem Neuen und den modernisierenden Kräfte der Zeit anfreunden konnte oder wollte. Das allerdings stimmt weder mit dem Selbstverständnis noch mit der allgemeinen Einschätzung der Akademie überein, gleiches gilt für die später gegründete Universität. Sowohl die Akademie als auch die Universität hatten den gesellschaftlichen Wandel und die sozialen Bedürfnisse der Zeit ganz explizit vor Augen. Ziel war unter anderem die Erarbeitung und Vermittlung zeitgemäßer Lösungen für Politik und Ökonomie nach wissenschaftlichen Standards[21] (vgl. Hammerstein 1989). Außerdem sollten das komplette Lehrgeschehen und die wissenschaftliche Arbeit ganz ohne ein Mitmischen des Staates ablaufen, auch das war damals höchst unüblich. Obwohl die Akademie und später die Universität der staatlichen Zustimmung bedurften, handelten die beteiligten Institutionen und die Selbstverwaltungsgremien der Stadt Frankfurt in den Gründungsverträgen für beide Einrichtungen auf beispielhafte Weise ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und staatlicher Unabhängigkeit heraus (vgl. ebd.).

Während die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften damals als neuartige und sehr moderne Bildungseinrichtung galt, die ihren Fokus darauf legte,

21 „An der AfSH [Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, Anmerkung TE] sollten die vertretenen Wissenschaften unabhängig und praxisnah gelehrt werden sowie selbständige wissenschaftliche Arbeiten und Untersuchungen durchgeführt werden. Die AfSH bot einerseits alle Studienmöglichkeiten einer "normalen" Handelshochschule mit einem kaufmännischen Diplom und einem Abschluss für Handelslehrer an. Andererseits wurden sozial- und handelswissenschaftliche Weiterbildungsmöglichkeiten auf akademischem Niveau für Kaufleute, Juristen und höhere Beamte angeboten; so führte sie die kaufmännischen Weiterbildungsveranstaltungen der Handelskammer fort.“ (Zander 2004: 136f.)

ökonomische und sozialpolitische Frage in einen Zusammenhang zu bringen, erbaute man das Jügelhaus sowie die weiteren Gebäude für die auf Fortschritt ausgerichteten Einrichtungen des Wissenschaftszentrums in einem als rückwärtsgewandt geltenden, historisierenden Architekturstil, obwohl um 1900 bereits neue Formen in der Architektursprache aufgekommen waren. In der gewählten Gestaltung zeigte man sich also deutlich weniger fortschrittlich als die Institution selbst. Diese Diskrepanz lässt sich mit der generellen Entwicklung der Architekturavantgarde und der des Hochschulbaus nicht zufriedenstellend erklären. Eine wirkliche Nachvollziehbarkeit entsteht erst vor dem Hintergrund verschiedener, im städtischen Kontext „Frankfurt" aufzufindender Faktoren. Dennoch soll zunächst eine Betrachtung der Jügelhaus-Architektur vor dem Hintergrund allgemeiner Entwicklungen erfolgen, um schließlich erneut auf die lokalen Spezifika zu kommen.

Avantgardistische Architekturen hatten um 1900 noch längst keine flächendeckende Wirkung erzielt. Im ab 1902 neu erschienenen und 58 Bände umfassenden *Handbuch für Architektur* schrieb man die historistische Position fort und ignorierte „alle neuen Strömungen von *Arts and Crafts* über den Jugendstil bis hin zu Otto Wagners *Moderner Architektur* vollkommen." (Nägelke 2000: 146, Hervorhebung im Original) Selbst in den 1920er Jahren hielt man bei der fünften Auflage immer noch an der alten Formen- und Proportionenlehre fest (ebd.). Insbesondere im Universitätsbau gelang es Anfang des 20. Jahrhunderts nur wenigen Architekten, eine neue Verbindung von zeitgemäßer Form und historistischer Referenz zu erschaffen. Beispiele dafür sind Theodor Fischer mit dem Kollegiengebäude in Jena (1908; siehe **Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**) sowie German Bestelmeyer, der Ludwig von Stempels Entwurf für die Erweiterung des Universitätshauptgebäudes in München übernommen hatte (1909). Gleichzeitig beobachtet Hans-Dieter Nägelke die *Zunahme eines sehr rückschrittlichen Historismus*, der hinter der bislang vertretenen Position „einer in Material und Konstruktion begründeten Geschichts*verwertung*" auf reine „Geschichts*kopien* mit begrenzter Aussagekraft" zurückfiel (Nägelke 2000: 147, Hervorhebung im Original). In vielen Fällen verlor sich der barocke Historismus zunehmend in formaler Beliebigkeit. Beispiele sind die Repräsentationsbauten der preußischen Bauverwaltung um 1900 von Eberhard von Ihne (1848–1917). Im Hochschulbau sind es die Technische Hochschule Danzig (1904; siehe Abbildung 27), die Technische Hochschule Breslau (1910) und die Königliche Akademie in Posen (1910): mit Bezügen zur lokalen Formensprache und zu bestehenden Bauten und dem Bemühen um eine (äußerliche) Stilreinheit kam es zu einem weiteren Auseinanderfallen von Form und Funktion.

Abbildung 26: Kollegiengebäude in Jena (1908), verschiedene Ansichten. Architekt: Theodor Fischer.

Betrachten wir kurz einige generelle Aspekte der Architekturgeschichte des deutschen Hochschulbaus. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts gestaltete man die räumliche Organisation üblicherweise nach folgendem Schema: Der Mittelbau, meist mit zierreicher Fassadengestaltung besonders hervorgehoben, dient mit Vestibülhalle, repräsentativen Treppenhaus und oft zweigeschossiger Aula im ersten und gegebenenfalls zweiten Stock als öffentlicher Repräsentationskern. Die Lage der Aula ist an der Fassade an Hervorhebung durch Risalit, Pilaster etc. ablesbar. Rechts und links des Mittelbaus die intern genutzten Unterrichtsflügel, die einbündig erschlossen sind, um die auch als Aufenthaltsraum gedachten Flure ausreichend belichten zu können (Nägelke 2000: 28). Der Gesamtaufbau war in aller Regel symmetrisch und der Repräsentationskern üblicherweise beherrschend, die übrigen Baumassen hatten sich in Lage und Erschließung unterzuordnen (ebd.: 40). Erst nach 1900 entstanden vereinzelt auch individuellere Entwürfe, die nicht mehr axial bzw. symmetrisch sowie hierarchisch ausgerichtet waren, um eine angemessene „Monumentalität“ zum Ausdruck zu bringen. Die unterschiedlichen Funktionen behandelte man gleichberechtigt, „um sie dann entsprechend ihrer spezifischen Bedürfnisse, aber auch im Einklang mit der städtebaulichen Situation gruppieren zu können.“ (ebd.)

Bei Institutsbauten wagte man es schon eher, von historisierenden Architekturstilen abzurücken, dennoch zeigten sich die ab etwa 1900 neu gebauten Universitätshauptgebäude in ihrem baulichen Ausdruck oft immer noch rückwärtsgewandt, selbst dann, wenn man bei der Komposition der Baukörper etwas „experimenteller“ wurde und man dazu überging, die Architektur von innen nach außen zu konzipieren, ohne dass äußere Gestalt und innere Funktion auseinanderfielen. Während bei den Institutsbauten schon in den 1880er und 1890er Jahren asymmetrische Grundrisse und teilweise für jene Zeit erstaunlich schlichte Fassadengestaltungen umgesetzt wurden, erfolgte das bei den Hauptgebäuden erst nach der Jahrhundertwende. Auf historisierende Elemente griff man nichtsdestotrotz auch noch nach 1900 bis vor den Zweiten Weltkrieg zurück. Die Komposition der Formenelemente aus den verschiedenen Stilepochen wurde in diesem Zeitraum zum Teil sogar noch willkürlicher. Trotz aufkommender neuer Architektursprachen fand man also für den Bautypus „Universitätshauptgebäude“ keine neue, nichthistoristische Baugestalt (ebd. 44ff.).

Vor dem Hintergrund dieser Ausführungen folgt das Jügelhaus äußerlich wie auch in der inneren Organisation mit seiner Symmetrie und seiner Fassadengestaltung mit der von außen ablesbaren Lage der Aula tatsächlich eher den „altmodischen“ Gestaltungsprinzipien für Universitätshauptgebäude, die man ab der Jahrhundertwende zunehmend zugunsten asymmetrischer Entwürfe ablegte. Das Jügelhaus war allerdings nicht, wie bei Universitätshauptgebäuden damals üblich,

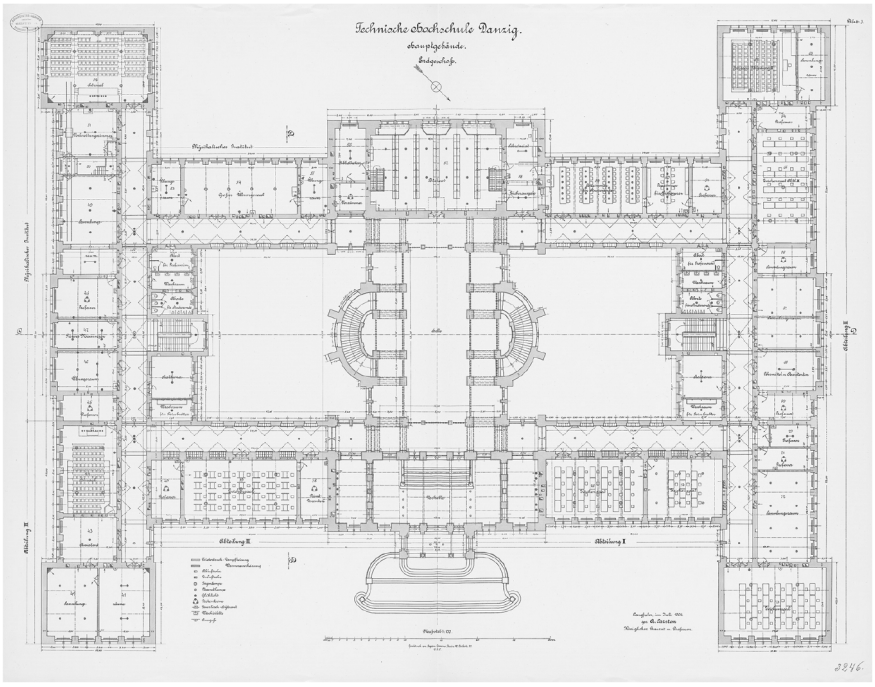


Abbildung 27: Hauptgebäude der Technischen Hochschule Danzig (1904);
oben: Grundriss Erdgeschoss; unten: Grundriss 1. Stockwerk

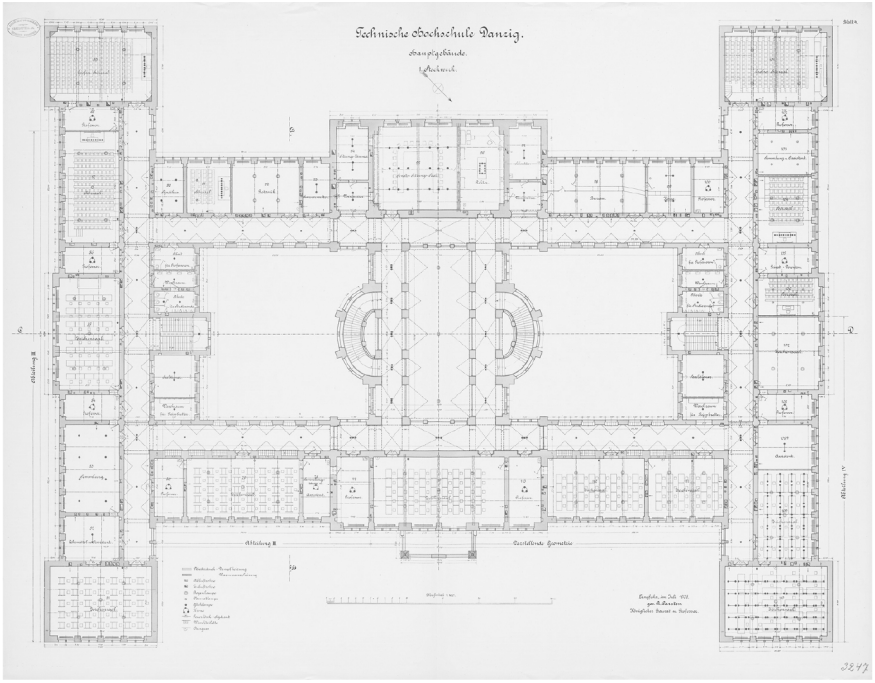


Abbildung 28 (links): Hauptgebäude der Technischen Hochschule Danzig (1904), Mittelbau der Vorderfront.

Abbildung 29 (unten): Technische Hochschule Breslau (1910).

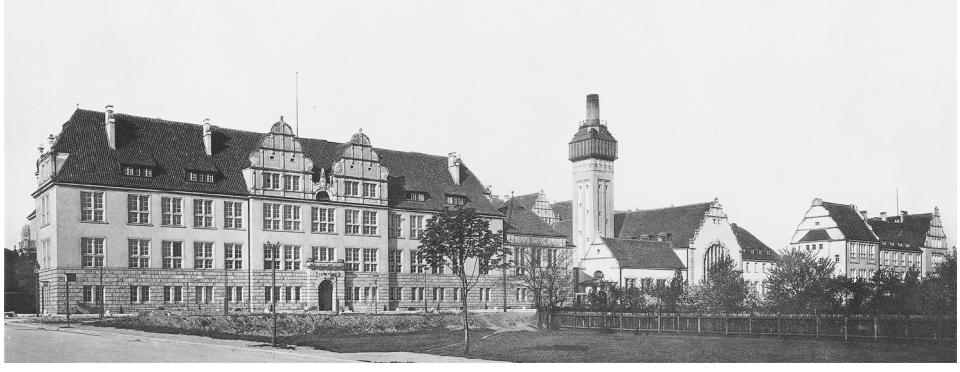


Abbildung 30: Königliche Akademie in Posen (1910).

ein freistehendes Einzelgebäude, sondern Teil eines Ensembles, dem wiederum ein gestalterisches Gesamtkonzept zugrunde lag.[22] Die Senckenbergische Bibliothek steht Wand an Wand zum Jügelhaus und könnte fast als ein weiterer Gebäudeflügel bzw. -anbau betrachtet werden. Das Ensemble selbst ist wiederum keineswegs symmetrisch, sondern ergibt mit seinen unterschiedlichen Bauten eine asymmetrische U-Form. Auch bezüglich der städtebaulichen Einbettung hatten die Architekten ein Konzept (vgl. Wachsmuth 1929: 34): Das Wissenschaftszentrum steht in einem spitzen Winkel zur Viktoria-Allee und bildet damit einen kleinen Vorplatz, der die repräsentative Wirkung des zur Straße gewandten Naturkundemuseums steigern soll. Die Gebäudeachsen der einzelnen Ensemblebauten greifen wiederum die Baulinie der Westenendbebauung jenseits der Viktoria-Allee auf. Die campusähnliche Situation, die mit den Bauten für Wissenschaft und Bildung erschaffen wurde, entspricht damit durchaus den zeitgemäßen Gestaltungsprinzipien im Hochschulbau. Hansens Vorwurf der „Rückständigkeit" in Bezug auf die Jügelhaus-Architektur mag damit vielleicht nicht ganz falsch sein, ist aber bei genauerer Betrachtung auch nicht ganz korrekt: Das Gebäude fiel keineswegs aus seiner Zeit, das zeigen die vergleichenden Studien von Nägelke (2000).

Astrid Hansen erklärt das Auseinanderfallen von architektonischem Ausdruck und „Wesen" der Institution im Falle des Jügelhauses damit, dass man in Frankfurt nicht über eine jahrhunderte- bzw. jahrzehntealte Universität verfügte und diesen Traditionsmangel auszugleichen versuchte, indem man sich an altbewährten, d.h. „anerkannten", Bautypen für Einrichtungen dieser Art orientierte, um damit die Anerkennung von außen zu fördern. Dem sei als erstes entgegengehalten, dass man in Frankfurt erst einige Jahre nach der Errichtung des Wissenschaftszentrums die Architekturavantgarde bzw. die Moderne in der Architektur „in die Stadt holte" und sich kurz nach der Jahrhundertwende in diesem Punkt generell noch in keiner Weise hervortat. Wieso hätte man also ausgerechnet bei einem aus Stiftungsgeldern finanzierten Bau ein solches „Experiment" wagen sollen? In der städtischen Relevanzstruktur hatte es zum Erbauungszeitpunkt des Wissenschaft-Ensembles noch nicht den Bedarf nach „moderneren" Architekturen gegeben. Auf der anderen Seite war die Trennung von Innen und Außen dem 19. Jahrhunderts selbstverständlich und wurde „auch an der Wende zur Moderne noch durchaus anerkannt", schreibt Hans-Dieter Nägelke (Nägelke 2000: 17).

Gegen Astrids Hansens Vermutung, mit dem Rückgriff auf Altes einen Traditionsmangel ausgleichen zu wollen, spricht noch ein weiterer Punkt. Hätte man das Wissenschaftszentrum tatsächlich in einem Baustil errichtet, der sich an den neu

22 In dem Vertrag zwischen der Dr. Senckenbergischen Stiftung und der Jügel-Stiftung zur Nutzung des Grundstücks für den Bau des Jügelhauses heißt es: *„Die äußere Architektur bedarf der Genehmigung der Dr. Senckenbergischen Stiftung."* (zit. in Wachsmuth 1929: 152) Damit gewährleistete man die gestalterische Abstimmung des bald entstehenden Gebäude-Ensembles.

in der Architektur aufkommenden Formen orientierte, wäre die Entscheidung zugunsten einer Ästhetik gefallen, die dem Kaiser extrem missfiel, ja sogar auf dessen *vehemente* Ablehnung stieß. Wilhelm II. war es äußerst wichtig, *„daß die künstlerische Form sich stets wieder anlehne an das bewährte Schöne, was uns aus früheren Jahrhunderten überliefert ist."* (zit. Nägelke 2000: 153) Man könnte nun einwenden, dass die damit verbundene Abgrenzung von Preußen doch ganz im Sinne der liberalen bürgerlichen Eliten Frankfurts hätte sein müssen. Aber Tatsache ist, dass man den Ausbau der Wissenschafts- und Bildungsinstitute hin zu einer Universität anstrebte, was wiederum der kaiserlichen Genehmigung bedurfte. Selbst wenn man wirklich gewollt hätte, die Institute in modern gestalteten Gebäuden zu beheimaten: Man hätte kaiserlichen Unmut heraufbeschworen und das wäre angesichts der damals bereits anvisierten Universitätspläne kontraproduktiv gewesen. Mit der neubarocken Bauweise, die der Architekt Ludwig Neher für das Jügelhaus wählte und als „modernisierten Barock" bezeichnete, war eine erkennbare Verwandtschaft zum bevorzugten Baustil des Kaisers gegeben, die Anklänge an lokale Bautraditionen machten aus dem gesamten Ensemble wiederum ein typisch „frankfurterisches". Man besann sich also auf das „Eigene", ohne sich dabei grundlegend von den historistischen Vorbildern, die auch der Kaiser bevorzugte, wegzubewegen. Das Wohlwollen des Kaisers konnte man damit nicht verspielen, trotzdem zeigte man über die Materialwahl Lokalpatriotismus.

Zu guter Letzt möchte ich Astrid Hansens Argument entgegenhalten, dass sich in der für das Wissenschaftszentrum gewählten Architektursprache nicht der Versuch eines *Ausgleichs* von *Traditionsmangel* zeigt, sondern vielmehr *Ausdruck* des Frankfurter *Traditionsbewusstseins* ist. Erneut auf die lokalen Gestaltungsattribute zurückkommend stellte man mit der Materialwahl in Kombination mit neorenaissancistischen und neobarocken Formen zwar nicht das „Moderne" der im Jügelhaus untergebrachten Einrichtung heraus, so aber doch das „Frankfurterische" dieser Institution und schlug damit die Brücke zu den identitätsstabilisierenden städtischen Gedächtnisinhalten bzw. errichtete damit ein Zeichen der Selbstvergewisserung. Eine Selbstvergewisserung, die vor allem für das Bürgertum der Stadt bedeutsam war. Generell hängt die Wahl des baulichen Ausdrucks für ein Gebäude von vielen Faktoren ab. Für die Gestaltung des Wissenschaftszentrums ist es sicherlich nicht falsch davon auszugehen, dass auch der gewählte Standort ausschlaggebend war: Das Westend hatte in vieler Hinsicht einen Sonderstatus in den städtebaulichen Überlegungen und bei dessen Entwicklung legte man großen Wert darauf, dass es nicht in seiner Exklusivität „gestört" wurde. Die Architektur des Ensembles passt sich mit seiner Formensprache an die bereits bestehende Architektur des Villenquartiers an, die „Westend-erprobten" Architekten der Gebäudegruppe griffen das auf, was auf der anderen Seite der Viktoria-Allee

im Grunde bereits vorhanden war und sorgten damit für eine gestalterische Kontinuität in diesem Stadtteil, die sich damit einmal mehr für das Westend im Besonderen und für den bürgerlichen Repräsentationsraum Stadt tradiert hatte. Mit dieser Kontinuität bewegte man sich im Rahmen der damaligen bürgerlichen Ästhetikvorstellungen in Frankfurt, unter die vor allem ein harmonisches bzw. „schönes" Stadtbild zu subsummieren ist.

Die lokale Gestaltungstradition, die Umsetzung einer repräsentativen Architektur und das Wissen um die Gestaltungsrichtlinien im Hochschulbau waren mit Sicherheit auch den Architekten des Ensembles, Franz von Hoven und Ludwig Neher, bekannt. Mit ihren Entwürfen präsentierten sie – wie sich später an den Reaktionen der fertiggestellten Bauten zeigen sollte – eine Architektur, die in Frankfurt selbst äußerst wohlwollend aufgenommen wurde. Sie hatten offenbar alles Wichtige bedacht, das im damaligen Frankfurt für Bauten dieser Art als „angemessene" Architektur betrachtet wurde. Eine wohlwollende Anerkennung ist nur möglich, wenn bestimmte Erwartungen erfüllt werden, die Erfüllung von Erwartungen wiederum setzt deren Bekanntheit voraus, die im hier betrachteten Fall unter anderem über die Verbundenheit der städtischen Akteure mit dem städtischen Wissensvorrat gegeben ist. Das Aufgreifen der aus damaliger Sicht „richtigen" Gestaltungselemente durch die Architekten Neher und von Hoven konnte also nur mit dem Rückgriff auf den städtischen Wissensvorrat erfolgen. Und mit einem solchen Rückgriff erfahren wiederum die bestehenden Wissenselemente ihre Bestätigung, wie ich für das Wissenschaftszentrum in den nachfolgenden Kapiteln noch eingehender darlegen werde.

Auch welche *Haltung* sich „hinter" der gewählten Formensprache „verbirgt", ist nur vor dem Hintergrund der städtischen Wissens- und Gedächtniselemente nachvollziehbar. Das Ensemble erweist sich dann unter anderem als Ausdruck von Frankfurts Unabhängigkeit. Ohne staatliches Geld, nur mit wenig kommunaler Subventionierung, die sich auf die Zurverfügungstellung des Baugrunds und weiterer vergleichbarer Leistungen beschränkte, und aus den privaten Geldern von Frankfurterinnen und Frankfurter erbaut, entstand ein Wissenschaftszentrum, das den Weg zur Universität ebnen sollte, die man ebenfalls privat finanzieren würde. Letzteres war in Deutschland bis dahin ein absolutes Novum. Man demonstrierte mit diesem Bauvorhaben nicht nur ökonomische Stärke, sondern zeigte der Welt, wie ernst man es in Frankfurt mit dem Ausbau der Bildungseinrichtungen nahm und wie wichtig Bildung und Wissenschaft in der Stadt waren. Die Neubauten waren damit auch eine Art Aushängeschild für Frankfurt, das angesichts der Finanzierungsart des Wissenschaftszentrums vermutlich umso beeindruckender gewirkt haben musste.

Frankfurt bezog mit seinen Architekturen Stellung – aber nicht derart, dass auf grundsätzlich andere Weise gebaut und entworfen wurde. Es ging dem Frankfurter Bürgertum vor allem darum, Unabhängigkeit, Wohlstand und „Schönheit“ zu demonstrieren. Die „Lesbarkeit“ dieser Demonstration bedurfte eines Mindestmaßes an ästhetisch-gestalterischer Anschlussfähigkeit, das mit dem Rückgriff auf das Altbewährte in jedem Fall gewährleistet war. Frankfurts Modernität spiegelte sich zu diesem Zeitpunkt weniger im baulichen Ausdruck seiner Straßenzüge als vielmehr in seiner inneren Strukturiertheit. Lediglich die technischen Infrastrukturen, die zum Zeitpunkt ihrer Umsetzung auf dem aller neuesten Stand waren, verweisen auf einer nicht sichtbaren baulichen Ebene, wie fortschrittlich die Stadt damals war. Doch nicht nur für Frankfurt als Ganzes passt die Formel „fortschrittlich im Innern, konventionell im Äußeren“, sie trifft auch auf das Jügelhaus zu. In Kapitel 6, das sich eingehender den in Frankfurt vorzufindenden Widersprüchen widmet, werde ich diesen Gegensatz – auch am Beispiel des Jügelhauses – noch genauer in den Blick nehmen.

4.6
Symbole der Unabhängigkeit

Auch wenn anhand der baulichen Entwicklung Frankfurts nach 1866 weder behauptet werden kann, dass sich die Stadt an „wilhelminischen“ Vorbildern orientierte und damit Treue zu Preußen demonstrierte, noch, dass man sich mit aller Gewalt vom einstigen Aggressor abzugrenzen versuchte, setzte sich ein Teil der Frankfurter Bürgerschaft leidenschaftlich dafür ein, im Stadtraum zwei besondere Symbole der Unabhängigkeit gegenüber Preußen zu errichten, nämlich zum einen die Gedenktafel für Karl Ludwig Sand und zum anderen das spendenfinanzierte Denkmal für die Septembergefallenen von 1848. Die symbolische Wirkung dieser Denkmäler erklärt sich an den Personen bzw. Ereignissen, die man mit ihnen verband: Der Jenaer Burschenschafter Karl Ludwig Sand hatte 1819 den Schriftsteller und russischen Generalkonsul August von Kotzebue ermordet, den er als „Landesverräter“ und „Volksverführer“ bezeichnete. Sand galt als Symbol für Einheit und Freiheit, mit einer Ehrung des Attentäters war stellte man sich deutlich gegen die preußische Machtpolitik. Die Septemberrevolution von 1848 wiederum galt in Frankfurt als Sinnbild für das endgültige Scheitern der demokratischen Bewegung,

die eine revolutionäre Veränderung von Staat und Gesellschaft zum Ziel hatte[23]. Die heftigen September-Unruhen in Frankfurt galten außerdem als eine Folge der damaligen Preußenfeindlichkeit (vgl. Wettengel 1989: 272). Beide Denkmäler waren komplett durch Spenden von Frankfurter Bürgerinnen und Bürger finanziert[24], standen für den Widerstand gegenüber Preußen und mit ihnen meißelte man die ablehnende Haltung gegenüber der Hegemonialmacht in Stein.

Das sind die beiden einzigen Beispiele einer deutlichen Abgrenzung gegenüber Preußen in Frankfurt auf baulich-symbolischer Ebene, die mir im Zuge meiner Recherchen aufgefallen sind. In der baulichen Entwicklung der Stadt sind also im Großen und Ganzen keine deutlichen Zeichen des Protestes zu erkennen, sondern vielmehr das Streben danach zu beweisen, dass mit dem Verlust des Status als Freie Stadt keineswegs der Verlust an Glanz und Strahlkraft verloren gegangen war. Nach 1866 entstanden in Frankfurt Prestigebauten, die den (wiedererlangten) Reichtum und den Einfluss der Stadt repräsentieren sollten und die vereinzelt aufgrund ihrer Dimensionen oder ihrer technischen Besonderheiten aus der Masse anderenorts entstandener Monumentalbauten herausstachen: Das Opernhaus von 1880 hatte eine der größten Bühnen Deutschlands (Roth 1996: 559); 1888 eröffnete der größte Bahnhof Europas[25] vor den Toren der Stadt (Roth 1996: 549); als 1907 das Senckenberg Museum seine Pforten eröffnete, galt es als eines der modernsten Europas und beherbergt seit seiner Einweihung in seinem Lichthof mit dem beachtlichen und riesigen Dinosaurier-Skelett des Diplodocus („Donnerechse"), eine weltweite Rarität[26]; die 1909 er-

23 Anlass der bis zur Gewalttätigkeit gesteigerten Empörung war der Waffenstillstand von Malmö, den Preußen in seinem bewaffneten Konflikt mit Dänemark im Kampf um die Zugehörigkeit der vertraglich für untrennbar erklärten Herzogtümer Schleswig und Holstein im Alleingang und ohne Absprache mit der Bundesversammlung geschlossen hatte. Preußen schloss im eigenen Namen und im Namen des zu diesem Zeitpunkt eigentlich nicht mehr existierenden Deutschen Bundes einen Vertrag mit Dänemark, was man als Seitenhieb gegenüber der deutschen Regierung auffasste. Zur Septemberrevolution in Frankfurt siehe Michael Wettengel (1989).

24 Die Spenden für das September-Gefallenen-Denkmal wurden über ein Jahr lang im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen zusammengetragen (Wettengel 1989: 272).

25 Der Bahnhof wurde nur zum Teil aus Frankfurter Geldern finanziert: Preußen übernahm 24,8 Mio. der insgesamt 35,1 Mio. Mark, die Stadt investierte immerhin beachtliche 7 Mio. Mark in das Projekt und konnte daher maßgeblichen Einfluss auf die Konzeption des Bauvorhabend ausüben (Roth 1996: 549). In einem Planungswettbewerb, den das „Wochenblatt für Architekten und Ingenieure" erwähnt, hieß es 1881: „Es galt, Einzigartiges zu schaffen, gewissermaassen einen Typus festzustellen für einen Centralbahnhof, der durch seine mächtigen Dimensionen bei weitem die bisher in Deutschland und wohl überhaupt ausgeführten Bahnhofsgebäude übertreffen soll." (zit. ebd.)

26 Der Diplodocus war das Einzugsgeschenk des American Museum of Natural History und ein mit nur wenigen Abgüssen ergänztes Originalskelett. „Erst wenige Jahre zuvor war das Skelett der ›Donnerechse‹, so die deutsche Übersetzung von ›Diplodocus‹, in den Vereinigten Staaten gefunden worden. Es ist dem ausgewanderten Frankfurter Jakob Schiff zu verdanken, der gute Kontakte zum American Museum of Natural History besaß, dass in Frankfurt ein Originalskelett eines Diplodocus zu sehen ist. Auch in Amerika sind es nur drei - bei allen, die sonst, auch in Europa, zu sehen sind, handelt es sich um Abgüsse." (Magel 2007)

Abbildung 31: Die Frankfurter Festhalle von außen und von innen.

öffnete Festhalle galt als Europas „gewaltigster Kuppelbau“ (Roth 1996: 550; vgl. Setzepfand 1992: 47). Auch die technischen Infrastrukturen der Stadt waren *state of the art*. Nach Eigendefinition der bürgerlichen Eliten waren das die Resultate des herausragenden bürgerlichen Engagements, dem *„Frankfurter Bürgersinn“*. All das gelang, weil man „Frankfurt“ war und *nicht*, weil man eine *preußische* Stadt war.

In der Mainmetropole wurde aber nicht nur gebaut, sondern auch abgerissen und die Stadt in Teilen regelrecht umgekrempelt. „Alte Gebäude mussten Neubauten und Straßendurchbrüchen weichen. Die großen Geschäftsstraßen wurden immer stärker durch den Handel geprägt. Große Kaufhäuser entstanden. In der architektonischen Selbstdarstellung präsentierte sich Frankfurt gegen Ende des 19. Jahrhunderts als traditionsbewusste und zugleich ihrer Gegenwart verbundene Stadt, in der die Formensprache der Gründerzeit reichen Ausdruck fand […].“ (Schimpf 2007: 41) Hinzu kamen modernisierende infrastrukturelle Maßnahmen, wie Kanalisation und Elektrifizierung, die Erschließung neuer Wasserreservoirs, die Eröffnung von Schwimmhallen und Volksbädern sowie der Auf- und Ausbau eines städtischen Krankenhauses. Auch in das Schul- und Bildungswesen flossen die Investitionen. All das erfolgte ohne finanzielle Unterstützung durch den Staat und zu einem nicht unerheblichen Teil aus privaten Geldern.

Sicherlich ging es auch beim Bau des Wissenschaftsensembles an der Viktoria-Allee darum, Stärke zu demonstrieren. Das zahlungskräftige Bürgertum – und hier nicht nur das besonders vermögende Großbürgertum, sondern auch der bürgerliche Mittelstand – machte es überhaupt erst möglich, dass die Repräsentationsbauten an der Viktoria-Allee entstehen konnten. Die gesamten Baukosten beliefen sich auf rund 4,1 Millionen Mark, umgerechnet auf die heutige Zeit ca. 25 Millionen Euro, allein für das Jügelhaus beliefen sich die Baukosten auf knapp 1,1 Millionen Mark (6,7 Millionen Euro).[27] Die technische Innenausstattung aller Gebäude entsprach den neuesten Standards, das Naturkundemuseum galt sogar als eines der modernsten der Welt.[28]

Auch wenn die vielen im damaligen Frankfurt entstandenen Repräsentativprojekte den generellen bürgerlichen Bedürfnissen jener Zeit entsprangen, gab es in der Großstadt am Main einen Unterschied zu anderen Städten: In Frankfurt spielte sich der Stadtumbau in einem Kontext der Prestigekompensation ab. Eine Kompensation, die nach der Degradierung durch die Annexion zwingend erforderlich

27 Für die Einzelgebäude des Wissenschaftszentrums waren die Baukosten: Jügelhaus: 1.096.000 Mark (~6,7 Mio. €), Senckenbergische Bibliothek: 508.000 Mark (~3,1 Mio. €), Naturkundemuseum: 995.480 Mark (~6,1 Mio. €), Physikalischer Verein 1.500.000 Mark (~9,1 Mio. €) (Deutsche Bauzeitung 86/1908, 87/1908 und 90/1908, Umrechnungen laut Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag 2016).

28 Deutsche Bauzeitung 86/1908, 87/1908 und 90/1908.

schien. Die neuen entstandenen Einrichtungen betrachteten die Frankfurterinnen und Frankfurtern mit Stolz, und sie versäumten dabei nicht, sich mit ihnen selbstbewusst zu brüsten. Als es in der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung darum ging, über den Bau des Jügelhauses und die Entstehung eines Wissenschaftszentrums zu entscheiden, betonte der damalige Bürgermeister Dr. Varrentrapp, dass es *„in Deutschland keine Stadt, die ohne Staatshülfe derartige wissenschaftliche Institute zu schaffen in der Lage sei, gebe. Jede andere Stadt würde mit Vergnügen einen solchen Betrag aufwenden, wenn sie damit das erreiche, was hier erreicht werden soll und erreicht werden kann.“* [29] Vor dem Hintergrund der Umbrüche seit Mitte des 19. Jahrhunderts spricht diese Aussage für die in Frankfurt vorzufindenden Bemühungen zur Stabilisierung der städtischen Identität. Gleichzeitig kann man sie als Seitenhieb in Richtung Preußen deuten, da man sehr darauf bedacht war den Nachweis zu erbringen, trotz allem eine angesehene Stadt geblieben zu sein. Auch unter preußischer Verwaltung stehend bemühte man sich in Frankfurt sehr, nichts am mondänen Glanz der Freien Stadt einzubüßen.

Architektonisch waren die in Frankfurt entstehen Prestigebauten indessen keine Vorzeigeprojekte im Sinne einer herausragenden oder besonders modernen Gestaltung, es war vielmehr die Art ihrer Finanzierung, die auch über Frankfurts Grenzen hinaus beeindruckte und die in aller Regel über private Gelder lief. Eindruck hinterließen weiterhin Frankfurts Bemühungen auf Seite der technischen Infrastrukturen. In dieser Hinsicht entwickelte sich ein regelrechter Modernisierungswahn, denn die Entscheider waren stets darum bemüht, die neueste Technik zur Umsetzung bringen zu lassen. So entstand zum Beispiel eine Kanalisation, die gemessen an anderen europäischen Großstädten als äußerst vorbildlich galt.[30] Die Umsetzung einer „modernen Schwemmkanalisation“ avancierte sogar zum Prestigeobjekt der Stadt, und „[d]a für die neue Kanalisation das Beste gerade gut genug erschien, entstand nach 1867 eine Maßstäbe setzende Musteranlage.“ (Bauer 1998: 227) Die Großkläranlage, die 1887 in Niederrad in Betrieb genommen wurde, war die erste in Europa. Frankfurt setzte Maßstäbe – und darauf war man sehr stolz.

Mit der Entscheidung, bei der Stromerzeugung für die Stadt auf Wechselstrom zu setzen anstatt auf den damals üblichen Gleichstrom, zeigte man sich zukunftsweisend und auf eine mutige Weise fortschrittlich: Diese Technologie galt damals als umstritten, sogar Werner von Siemens, *der* Elektrizitätsexperte in Deutschland,

29 StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565.

30 John von Simson führt die Frankfurter Kanalisation demgegenüber als Negativbeispiel „kurzsichtiger Planungen einer Stadt, die nachträglich kostspielige Einrichtungen zur Reinigung der Abwässer anlegen mußte“, auf (Simson 1983: 6). Trotzdem zählte Frankfurts Kanalisation über viele Jahre zu den modernsten im Reich – auch wenn sich das gewählte System im Nachhinein als suboptimal herausstellte und kostspielige Nachbesserungen erforderlich waren (Bauer 1998).

riet den Frankfurter Entscheidern von einer Versorgung mit Wechselstrom ab. In Frankfurt sah man vor allem den großen Nachteil der Gleichstromproduktion: Zwar hatte diese Art des Stroms eine direkt für die Haushalte geeignete Spannung, sie lässt sich aber nur über kurze Strecken verlustfrei transportieren, was vor allem in den großen Städten für eine relativ hohe Dichte an Elektrizitätswerken sorgte. Mit hochgespanntem Wechselstrom konnte man hingegen problemlos sehr große Distanzen überwinden, mithilfe von Transformatoren ließ sich die Spannung wieder herunterregeln. Wechselstrom konnte man deshalb problemlos *vor* den Toren der Stadt erzeugen. Das hatte den entscheidenden Vorteil, nicht wie andernorts die Stromerzeugung in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete vornehmen zu müssen.

Eine wichtige Vorbereitung auf die Entscheidung, welche Art von Strom die Stadt zukünftig versorgen solle, war die Internationale Elektrotechnische Ausstellung in Frankfurt. Erwähnung findet sie an dieser Stelle deshalb, weil sie damals als *das* Ereignis in der deutschen Presse galt und 1,4 Millionen Besucher (das war das Achtfache der damaligen Frankfurter Bevölkerung) anzog. Frankfurt war für viele Wochen Mittelpunkt der medialen Aufmerksamkeit im Deutschen Reich und konnte sich auf dem Gebiet der Technik als besonders fortschrittlich präsentieren. Der im Rahmen dieser Ausstellung erstmals durchgeführte Versuch einer Fernübertragung von Drehstrom über eine 175 Kilometer lange Entfernung von Lauffen am Neckar bis zum Frankfurter Ausstellungsgelände zählt bis heute zu einem vielfach in der Geschichte der Elektrotechnik erwähnten Experiment (vgl. Turnit 2007: 11). Im Nachhinein zeigte sich die Frankfurter Wahl für Wechselstrom als vorausschauend: Ab ca. 1900 verlor Gleichstrom in der Stromerzeugung seine Bedeutung und erlangte sie für die Versorgung von Haushalten und Industrie nie wieder.

Die Umsetzung moderner Technologien für eine zeitgemäße Versorgung der Stadt stand sicherlich auch mit den Bedürfnissen der bürgerlichen Elite Frankfurts an das städtische Umfeld im Zusammenhang. Die Projekte entfalteten weiterhin eine Außenwirkung, die sicherlich nicht unbeabsichtigt war: Frankfurt konnte sich mit ihnen als moderne und fortschrittliche Stadt präsentieren. Man zeigte gleichzeitig aber noch etwas anderes, nämlich, dass trotz der unfreiwilligen Unterwerfung 1866 weder Schaffenskraft, noch Liberalismus, Reichtum oder Schönheit der Stadt gelitten hatten, sondern dass die anschließenden Entwicklungen ganz im Gegenteil zu neuen Höhenflügen Frankfurts führten. Waren die politischen Verhältnisse auch klar: Mit der Umsetzung der großen Infrastrukturprojekte und den zahlreichen repräsentativen Bauten bewies Frankfurt auf physisch-materieller

Ebene seinen Reichtum, die Unabhängigkeit vom Staat und damit auch von Preußen, vor allem aber auch den Ehrgeiz, weit über die eigene Stadtgrenze hinaus wahrgenommen werden zu wollen.

4.7 Zwischenbilanz

Mit der Annektierung durch Preußen zog in Frankfurts städtische Eliten die Angst ein, ökonomisch wie auch in Bezug auf das Ansehen der Stadt völlig abgehängt zu werden. Dieser Angst setzte man ein ausgeprägtes Streben nach Unabhängigkeit entgegen, das sich zu einer wichtigen städtischen Relevanz entwickelte, die für viele Jahre, ja sogar für Jahrzehnte, auf die stadtbezogenen Entscheidungen Einfluss nahm. Eine Relevanz, die einerseits auf dem Wissen fußte, dass Frankfurt schon immer eine Sonderstellung unter den deutschen Städten einnahm und die andererseits ihre besondere Dynamik erst durch die Ereignisse erhielt, die mit der Annektierung durch Preußen 1866 verbunden waren. Das einschneidende geschichtliche Ereignis und die in der Stadt vorzufindenden politischen Haltungen griffen derart ineinander, dass im Umgang mit den Herausforderungen auf dem Weg zur Großstadt eine Handlungsstrategie beförderte, die vor allem auf die Betonung der Leistungsfähigkeit Frankfurts ausgerichtet war und in der Umsetzung entsprechender Prestige-Projekte mündete, die man aus „eigener Kraft“ realisierte. Das Jügelhaus als Bestandteil des Wissenschaftszentrums im Westend ist in genau diesem Kontext zu betrachten. Abbildung 32 veranschaulicht die Bedingungen, unter denen sich das ausgeprägte Streben nach Unabhängigkeit als eine städtische Relevanz Frankfurts herausbilden konnte und auf welche Weise sie die weitere Entwicklung der Stadt beeinflusste.

Im Laufe der Zeit näherten sich Frankfurt und Preußen wieder an und spätestens nach der Reichsgründung 1871 hatten sich die Wogen wieder geglättet. Auch in Frankfurt begrüßte man die Staatsgründung, wenngleich man sich diese vielleicht auf andere Weise und vor allem nicht unter preußischer Vorherrschaft gewünscht hätte. Und doch zeigt sich in den Modernisierungsbestrebungen Frankfurts und im Ausbau der Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen eine Art subkutane Widerständigkeit gegenüber dem einstigen Aggressor: Indem man zeigte, diese Einrichtungen und die dazugehörigen Bauten aus eigenen Mitteln und ohne staatliche Hilfe realisieren zu können, bewies man, dass die Unterwerfung nicht das Streben nach Unabhängigkeit und die ökonomische Kraft der Stadt

hatte zerstören können. Frankfurts Aufschwung materialisierte sich sichtbar in Gestalt von Prestigebauten und modernsten Infrastrukturen. Die Fortschrittsorientierung der Frankfurter Eliten spiegelte sich dabei nicht in Form der damals aufkommenden avantgardistischen Architekturen, bei allem Fortschrittswillen blieb man zumindest im baulichen Ausdruck traditionsgebunden und wagte keine Experimente. Es ist vielmehr eine „innere" Modernität, die Frankfurts auszeichnete und die sich auf gesellschaftlicher Ebene als eine noch etwas eingehender zu betrachtende Reformorientierung der städtischen Eliten zeigte und auf baulicher Ebene in der Umsetzung fortschrittlichster Infrastrukturen. Frankfurts Modernität erschloss sich nicht auf den ersten Blick, sondern „versteckte" sich hinter den Fassaden einer historisierenden Bauweise, die in Frankfurt gerade in der Verbindung mit den lokalen Materialien Ausdruck des städtischen Traditionsbewusstseins war. Mit der lokalspezifischen Gestaltung des Jügelhauses und er benachbarten Bauten für Bildung und Wissenschaft unterstrich man wiederum, dass es sich hier explizit um Frankfurter Leistungen handelte und erzeugte damit einen sichtbaren Verweis auf die Frankfurter Tradition.

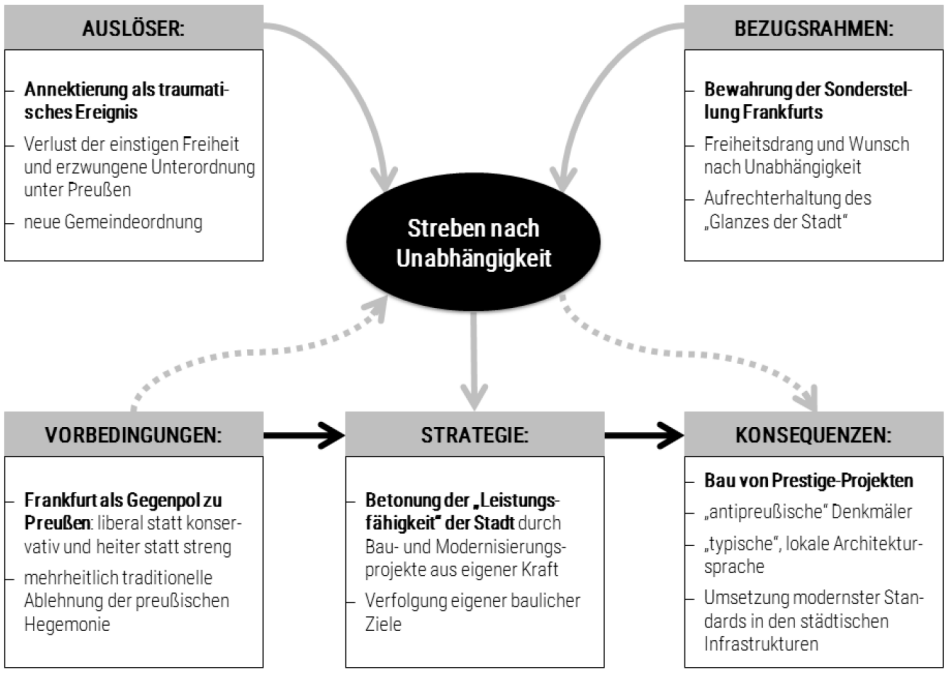


Abbildung 32: Das Frankfurter „Streben nach Unabhängigkeit" als städtische Relevanz sowie ihre Bedingungen

Mit dem Fokus auf der Frage, welche *Haltungen* hinter den neu entstehenden Bauten standen bzw. welche Werte damals mit diesen Bauwerken in Verbindung gebracht wurden, rückt erneut der damalige Wissensvorrat der Stadt als relevante Entscheidungsbasis für die städtischen Bauprojekte in den Blick. Der Umbau Frankfurts zur Großstadt und der damit verbundene Modernisierungsschub speisten sich aus verschiedenen „Antriebskräften", die ich nachfolgend kurz benennen möchte. Zum einen ist es die sozialliberale Haltung weiter Teile des Frankfurter Bürgertums, die in Verbindung mit einer anti-preußischen Einstellung zwar dazu geführt hatte, dass Frankfurt ins „preußische Fadenkreuz" geraten war, die aber gleichzeitig der Ursprung genau jener reformwilligen und fortschrittsbereiten Orientierung war, die nach der Annektierung zum erneuten Aufschwung Frankfurts beitrug. Gemeinsam mit den Reformen auf der Verwaltungsebene, die mit der neuen Gemeindeverordnung von 1867 einhergingen, führte der sozialliberal unterfütterte Fortschrittswille zu einer beschleunigten Modernisierung. Antrieb erhielt die Erneuerungsdynamik ab den 1870er Jahren durch die kollektive Erinnerung der Frankfurterinnen und Frankfurter an eine glanzvolle Vergangenheit: Das Bild der ökonomischen bzw. politischen Sonderstellung der Mainmetropole war fest im kollektiven städtischen Gedächtnis verankert. Als Teil des städtischen Wissensvorrats bestimmte dieses Bild den Weg in Frankfurts Zukunft mit, denn aus dem im kollektiven städtischen Gedächtnis verankerten Wissen, dass Frankfurt aufgrund seiner ökonomischen und politischen Geschichte eine „besondere" Stadt war, resultierte aus dem nach der Annektierung erlittenen Prestigeverlust ein ausgeprägter Kompensationswille sowie ein entschlossenes Streben nach der Demonstration von Unabhängigkeit. Mit den neu entstandenen Prestigebauten zeigte man vor allem aufgrund der Art ihrer Finanzierung, die oftmals aus privaten Quellen bzw. Stiftungsgeldern bestritten wurde, wie leistungsfähig die Stadt und wie ausgeprägt der „Bürgersinn" in Frankfurt war. Angesichts des mit der „Zwangspreußifizierung" einhergegangenen Verlustes an Privilegien musste das umso beeindruckender gewirkt haben. Vor diesem Hintergrund sind auch die Bauten des Wissenschaftsensembles an der Viktoria-Allee zu betrachten. Sie veranschaulichen, dass Frankfurts Bürgerschaft sich für den Ausbau der Wissenschaft- und Bildungseinrichtungen einsetze, sie zeigten, dass Frankfurt auch in Fragen der Wissenschaft mitzuhalten in der Lage war und sich derartige Einrichtungen leisten konnte – und dass es dabei der staatlichen Hilfe durch Preußen nicht bedurfte.

5
Pragmatische Verwertungsorientierung

Zukunftssicherung war in der Frankfurter Bürgerschaft nicht nur aufgrund der Annektierung durch Preußen ein vordringliches Thema. Die gegen Ende des 19. Jahrhunderts rasant steigende Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner verlangte in Frankfurt wie auch in den anderen wachsenden Großstädten Europas immer drängender nach Stadtumbau und Modernisierung. In Kapitel 3.2 habe ich bereits die Herausforderungen beschrieben, die auf dem oft sehr spannungsreichen Weg zur Großstadt in sozialer, technischer und baulicher Hinsicht zu meistern waren. Interessant an den damaligen Problemlösungsstrategien Frankfurts ist, dass ökonomische Zweckmäßigkeiten ein größeres Gewicht hatten als politische Animositäten. Das zeigte sich unter anderem im Kontext der großen Frankfurter Repräsentativprojekte, die aufgrund der mit ihnen verbundenen Kosten unter einem besonderen Legitimierungsdruck standen. Wie umstritten diese Projekte am Ende auch gewesen sein mochten – am Ende zählte das ökonomische Argument: Das, was Geld nach Frankfurt brachte und dem Ansehen der Stadt dienlich war, hatte keine dauerhaften Widerstände zu erwarten, weil die städtischen Eliten davon überzeugt waren, damit die gedeihliche Zukunft ihrer Stadt zu sichern. Daher ist es in diesem Zusammenhang wenig überraschend, dass man mit der Etablierung und dem Erhalt kultureller und wissenschaftlicher Einrichtungen sowie der Umsetzung modernster Infrastrukturen den Frankfurterinnen und Frankfurtern nicht nur einen komfortablen Lebensstil zu ermöglichen beabsichtigte, sondern dass man in all dem ganz konkrete, wirtschaftliche Vorteile sah: Frankfurt sollte als *luxuriöser Wohnort* und auch als *touristisches Ziel* das Geld in die Stadt ziehen. Sogar durch die entstehenden wissenschaftlichen Einrichtungen glaubte man Menschen in die Stadt locken zu können, die der städtischen Ökonomie Auftrieb geben. Kurzum: In Frankfurt verband man Repräsentativität mit ganz konkreten wirtschaftlichen Vorteilen.

Aufgrund der bis in das Mittelalter zurückreichenden Funktion Frankfurts als bedeutende Handels- und Messestadt gehörte ökonomisches Denken ganz selbstverständlich fest zum Alltag der Stadt und war damit Teil des städtischen Wissensvorrats. Die in Frankfurt vorzufindende Verwertungsorientierung bestimmte nicht nur die Geschäfte mit Gütern und mit Geld, sondern war auch in Politik und Stadtentwicklung spürbar. Die städtischen Entscheider verstanden es auf geschickte Weise, bei Problemen, die im Zuge von Großprojekten auftraten, pragmatische Lösungen zu finden und dabei gleichzeitig Synergie-Effekte und „Win-Win-Situatio-

nen“ (jedenfalls aus der bürgerlichen Perspektive) zu ermöglichen. Leitend für ein solches Handeln war eine städtische Relevanz, die ich *pragmatische Verwertungsorientierung* nenne und die den städtischen Entscheidern die nötige Orientierung gab, um zwei sehr gegensätzliche Bedürfnislagen im Bürgertum in Bezug auf Frankfurts positive Weiterentwicklung in Einklang zu bringen. Einerseits war in Frankfurts bürgerlichen Kreisen ein ausgeprägtes, auf die Stadt bezogenes „Schönheitsstreben“ verbreitet: Man legte großen Wert darauf, dass Frankfurt seine Schönheit und damit auch seine Anziehungskraft in besonderem Maße entfaltete. Eine Industrialisierung der Stadt lehnte man (teilweise vehement) ab und schaffte es, bis in die 1880er Jahre den städtischen Boden frei von industriellen Betrieben zu halten – diese siedelten sich im Frankfurter Umland und in den benachbarten Städten, wie etwa Bockenheim oder Höchst, an. Andererseits brachte der Handel immer weniger Geld in die Stadt und der Anschluss an die quasi verpasste Industrialisierung war für die ökonomische Stabilität der Stadt zwingend erforderlich.

Frankfurt schaffte Ende des 19. Jahrhunderts schließlich doch noch den Weg zur Industriestadt und das trug gleich beiden geschilderten Bedürfnislagen Rechnung: Eine neue Bauordnung stellte sicher, dass insbesondere bürgerliche Wohnquartiere nicht durch Industrieansiedlungen bedroht wurden und die sich ansiedelnden Branchen – vor allem Maschinenbau und Elektrotechnik – erforderten kein massenhaftes Industrieproletariat, vor dem sich das Bürgertum fürchtete, sondern zog eine qualifizierte Arbeiterschaft in die Stadt. Dank der pragmatischen Verwertungsorientierung der Frankfurter Akteure gelang es, sowohl eine repräsentative als auch industrialisierte Großstadt auszubauen. Gleichzeitig versäumte man es nicht, den erwarteten ökonomischen Mehrwert der Repräsentativprojekte immer wieder herauszustellen. Dieser wurde vor allem darin gesehen, dass besagte Projekte förderlich für das Ansehen der Stadt waren und deren Anziehungskraft steigerten. In den nachfolgenden Abschnitten soll um die Rolle der neuen Bildungsbauten an der Viktoria-Allee in dem eben geschilderten Kontext gehen.

5.1
Frankfurts Zukunft als schöne Stadt

Das Bürgertum des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts legte generell großen Wert darauf, dass der eigene Wohnort bzw. die Stadt, mit der man sich letztendlich auch identifizierte, eine *schöne* Stadt war, so auch die bürgerlichen Eliten in Frankfurt. Auf welche Weise man die Stadt noch attraktiver machen konnte,

diskutierte man sogar immer wieder öffentlich. Der Kartograph und Grundbesitzer August Ravenstein z.B. gab in den 1850er und 1860er Jahren im Selbstverlag einige Broschüren mit seinen eigenen Vorschlägen zur Stadterweiterung wie auch -verschönerung Frankfurts heraus und schlug – in deutlicher Ablehnung gegenüber einer Industrialisierung Frankfurts[1] – vor, *„die Stadt für das Großbürgertum noch attraktiver zu machen und ihr, analog zu benachbarten Kur- und Badeorten, den Charakter einer Luxusstadt zu geben."* (Mohr 1992: 54, Hervorhebung TE) Man hatte in Frankfurt außerdem einen „Verschönerungsverein" gegründet, an dessen Überlegungen aus den 1850er Jahren anknüpfend nach 1866 einige größere Projekte tatsächlich realisiert wurden, z.B. die Verlegung, Erweiterung und damit auch Verstetigung des 1858 eröffneten (Probe-)Zoos (dazu weiter unten mehr), der Bau des Eisernen Stegs, die Wiedererrichtung des abgebrannten Doms, die Anlage des Palmengartens, den Bau der Oper (Roth 1996: 557), der Beginn der Verschönerung des Mainufers, sowie außerdem die Errichtung eines Aussichtsturms auf dem Röderberg und des „Uhrtürmchens" auf der Kreuzung Kaiserstraße und Gallusanlage (Müller/Schembs 2006: 92). Auch die rigorose Ablehnung einer Industrialisierung Frankfurts, die weiter unten eine etwas eingehendere Betrachtung findet, und deren erfolgreiche Hinauszögerung stehen im Zeichen der bürgerlichen Bemühungen, die eigenen ästhetischen Vorstellungen in der Stadt durchzusetzen.

Der im Frankfurter Bürgertum weit verbreitete Wunsch nach einem „schönen" Lebensumfeld erklärt sich zunächst vor dem bereits erläuterten Hintergrund, dass die Stadt *der* kulturelle Referenzraum des aufstrebenden Bürgertums war. Die bürgerliche Identität war eng an diesen Raum gebunden. Gudrun-Christine Schimpf schreibt dazu: „Für die Bürger und Bürgerinnen des 19. Jahrhunderts konstituierte sich die Stadt durch ihr Handeln, war Stadt der primäre Ort der Identifikation. Beides bedingte sich wechselseitig." (Schimpf 2007: 132) An die Zukunftsfähigkeit der Stadt war damit zugleich die Zukunftsfähigkeit des dort lebenden Bürgertums gebunden. Die lebensweltliche Konstituierung der „neuen Bürgerlichkeit" erforderte eine bestimmte bzw. möglichst hohe Konzentration kulturvermittelter Gesellschaftsformen und Institutionen. Bildungseinrichtungen und Museen, Theater, Zeitungen und Verlage, Gesellschaften und Vereine, Turnplätze und Promenaden,

1 Industrieansiedlungen alleine schon in Stadtnähe stießen auf Ravensteins Missgunst: „Wird übrigens die neue Octroi-Linie innerhalt gewisser Schranken gehalten, so bleibt außerhalb derselben auf Frankfurter Gebiet immer noch Raum für solche industrielle Anlagen, die man ihrer unangenehmen, geräuschvollen oder gefährlichen Nachbarschaft wegen im Bereich der neuen Stadtgränze nicht mehr würde dulden dürfen. Ob dergleichen Anlagen seiner Zeit einen förmlichen Fabrik-Bezirk bilden würden, kann füglich der Zukunft *überlassen bleiben. Keinesfalls aber mochte ein solches Fabrik-Viertel im Innern der neuen Stadtgränze zu empfehlen sein, so wie denn überhaupt unsere gute Stadt vor allzu ausgedehnter Fabrik-Industrie verschont bleiben möge."* (Ravenstein zit. in Mohr 1992: 54)

Einkaufs- und Repräsentationsmöglichkeiten gehörten zu den grundlegenden Elementen, die ein bürgerliches Leben überhaupt erst zur Entfaltung brachten (vgl. ebd.: 40).

Die Ereignisse von 1866 und die damit verbundenen Umwälzungen, der einstweilige Stillstand sowohl im Ausbau der Kultureinrichtungen als auch im Hinblick auf das ehemals so florierende Stiftungswesen boten zunächst keinen optimalen Nährboden für die Entfaltung der bürgerlichen Bedürfnisse. Die Krise Frankfurts bedeutete auch eine Krise für das dort lebende Bürgertum. Die dramatisch veränderte politische und wirtschaftliche Situation hatte Einfluss auf die Konstitutionsbedingungen des Frankfurter Bürgertums bzw. die Frankfurter Bürgerlichkeit. Man lebte plötzlich in der Provinz und nicht mehr in einer Stadt, die mit den Metropolen Europas Schritt halten konnte (bzw. wollte). Repräsentative Bedürfnisse mussten für gewisse Zeit allein aufgrund der entstandenen finanziellen Engpässe auf Eis gelegt werden. Zudem waren die Gestaltungsspielräume durch die neue politische Situation zunächst ohnehin eingeschränkt (vgl. Roth 1996, Kropat 1971).

Einen Ausweg aus der Krise der Stadt (und des Bürgertums) sah man unter anderem über die Erbringung des Beweises, dass Frankfurt zwar rein formell zur Provinz gehörte, aber weder wirtschaftlich noch gesellschaftlich provinziell anmutete. Im städtischen Wissensvorrat bzw. noch konkreter: im städtischen kollektiven Gedächtnis hatte sich ein Bild Frankfurts als besonderer Mittelpunkt verfestigt, die politische und auch ökonomische Degradierung musste sehr an diesem Selbstbild kratzen. Wie schon im vorangegangenen Kapitel angerissen, können die Bemühungen, eine möglichst repräsentative, eine „glanzvolle“ Stadt zu erschaffen, als Versuch verstanden werden, dieses Selbstbild auf einer physisch-materiellen Basis wieder in die Realität des städtischen Alltags zu holen. Das Besondere Frankfurts versuchte man trotz des Schicksalsschlags einer gewaltsamen Annektierung zu bewahren und vermied tunlichst, alles provinzhaft Anmutende überhaupt erst zur Entfaltung kommen zu lassen. Wie bedeutsam das für Frankfurts Elite gewesen sein muss, veranschaulicht der Wirtschaftshistoriker Youssef Cassis mit seiner Feststellung, dass in England, Frankreich oder auch Deutschland die „Wirtschaftsbürger in den Provinzstädten [...] am sozialen Leben der wirklich feinen Gesellschaft nicht teilhaben“ konnten (Cassis 1988: 26), sondern dass dies nur in den Hauptstädten möglich gewesen sei. Vor diesem Hintergrund erscheint nicht nur das Streben des Frankfurter Bürgertums, Frankfurts Alleinstellungsmerkmale in besonderer Weise herauszustellen, umso nachvollziehbarer, sondern auch die gern gezogenen Vergleiche mit London, Paris, Berlin oder Wien. Man sah sich im Grunde als Teil einer ganz anderen Städte-Liga, zu der man aber mit dem Etikett „Provinz“

nicht recht passte – immerhin galt man lange Zeit als „heimliche Hauptstadt“ Deutschlands (Rebentisch 1997: 12).

In Frankfurt wollte man Teil der „feinen Gesellschaft“ bleiben – und das war nach der Annektierung nur über eine besondere wirtschaftliche Schlagkraft und damit im Zusammenhang stehend mit einer besonderen Repräsentativität bei den Einrichtungen und Bauten der Stadt zu erreichen (vgl. Schivelbusch 1985). Zwar hätte eine beschleunigte Industrialisierung Geld in die Stadt gebracht, hinsichtlich des ästhetischen Bestrebens und dem Wunsch nach einem möglichst bürgerlichen Umfeld aber erschien sie kontraproduktiv. Stinkender Rauch aus Fabrikschloten und eine schlecht gekleidete Arbeiterschaft passten nicht in das imaginierte Bild einer vornehmen Stadt.

Das Interessante am Streben der bürgerlichen Eliten in Frankfurt nach der schönen Stadt war die Überzeugung, mittels einer besonderen Repräsentativität Geld nach Frankfurt ziehen zu können, oder anders formuliert: Repräsentativität knüpfte man eng an ökonomische Interessen. In einem Aufruf des Palmengarten-Gründungskomitees im Sommer 1868 verweist man auf die Kraft, die man in Frankfurt einzusetzen bereit sei, *„um die Blüte dieser Stadt zu erhalten und zu mehren; sie wird deshalb gewiß auch alles, was den* [Fremden-]*Verkehr und das öffentliche Leben fördert kräftig unterstützen. Ist doch der Gewinn des Ganzen auch der Gewinn jedes einzelnen für seinen Besitz und sein Einkommen.“* (zit. in Kropat 1971: 69) Auch hier klingt wieder das Argument an, dass das Vorhaben „Palmengarten“ dem Gemeinwohl diene und zwar über die Generierung wirtschaftlicher Vorteile. An anderer Stelle, im gleichen Sommer, hieß es im Frankfurter Journal, dass Frankfurt nie eine Industriestadt wie etwa Köln, Magdeburg oder Elberfeld werden könne, denn „Aufgabe“ der Stadt am Main sei es, *„den hier immer noch vorhandenen Wohlstand durch Mittel zu unterstützen, die mit seiner bisherigen Entwicklung übereinstimmten, und dazu gehört gewiß die Herstellung […] gemeinnütziger Anstalten. Sie werden nicht allein eine große Anziehungskraft auf die gewöhnlichen Touristen ausüben, sondern namentlich auch den hier so zahlreich lebenden Fremden aller Nationen den Aufenthalt immer angenehmer machen.“* (zit. ebd.) Mit den Stadtverschönerungsmaßnahmen würde man also einerseits den Wohlstand der Frankfurterinnen und Frankfurter mehren und andererseits auch für (wohlhabende) Fremde das Leben in der Stadt angenehm machen.

So war der von 1868 bis 1880 amtierende Oberbürgermeister Dr. jur. Daniel Heinrich Mumm, ehemaliger Senator der Freien Stadt, selbstverständlich der Meinung, dass Frankfurt auf keinen Fall durch die Ansiedlung von Industrie verschandelt werden dürfe. Er schwamm ganz im Strom der Überlegungen, wie man nach der Annektierung durch Preußen durch die Steigerung der Attraktivität Frankfurts eine wirtschaftliche Neujustierung vornehmen könnte, als er sich in den 1870er

Jahren nachdrücklich dafür aussprach, in Frankfurt ein neues Opernhaus erbauen zu lassen. Er bekräftigte die ökonomische Zukunftsperspektive, die Stadt mit diesem Projekt zu einem Zentrum des Fremdenverkehrs werden zu lassen. „Die Stadt, so argumentierten Mumm und andere Vertreter seiner Klasse, müsse nur ihre anerkannten Vorzüge als Wohnort für reiche Fremde pflegen und ausbauen, dann ströme mit diesen Leuten auch das notwendige Geld herein." (Schivelbusch 1985: 31)

Schaut man in Frankfurts Geschichte zurück, zog die Stadt tatsächlich schon immer ökonomische Vorteile aus der Wirtschaftskraft von Fremden, oder genauer: von „den Zugewanderten, die meist in Wellen ankamen. Im 16. und 17. Jahrhundert waren es die niederländischen und französischen Reformierten gewesen, im 18. Jahrhundert die Italiener, bereits im Mittelalter die Juden. [...] Der sagenhafte Reichtum der Stadt war im Wesentlichen diesen ›Fremden‹ zu verdanken, die Kapital und Know-how mitbrachten." (Schivelbusch 1985: 31) Schivelbusch bezeichnet Frankfurts Erwartung, wirtschaftliches Heil von Fremden zu erhalten, als „ein Anknüpfen an eine alte Frankfurter Tradition." (ebd.) Die von Oberbürgermeister Mumm herbeigesehnten Fremden waren allerdings nicht die wirtschaftlich Aktiven, sondern vor allem Rentieres und Rentiers sowie deren möglichst ausgiebige Konsumtion. Mumm imaginierte Frankfurt als ein zweites Wiesbaden oder Baden-Baden, wenn er die Notwendigkeit eines Theaterneubaus folgendermaßen begründet: *„Frankfurt entbehrt eines, der Größe und Bedeutung der Stadt, wie den Anforderungen des guten Geschmacks entsprechenden Theatergebäudes. Was ein diesen Erfordernissen genügendes Opernhaus für den Verkehr und den Wohlstand der Stadt werth ist, darüber braucht man nur in anderen Städten Umschau und Nachfrage zu halten [...]. Der Neubau eines geräumigen Opernhauses ist ein dringendes Bedürfniß im Gesammtinteresse der Stadt, (denn) der Strom der Fremden, die einen ihrer Annehmlichkeit dienenden Aufenthaltsort suchen, geht nach den Städten, wo die räumlichen Verhältnisse der vorhandenen Theatergebäude ihnen die Möglichkeit leichten und genußreichen Theaterbesuchs bieten."* (Mumm zit. in Mohr 1992: 75) Der Verweis auf das Gesamtinteresse der Stadt ist wiederum der Hinweis, dass das Projekt ja *allen* in Frankfurt zugutekäme. Eine bekannte und weiter vorne bereits ausführlich diskutierte Argumentationsfigur.

Auch wenn in weiten Kreisen des Frankfurter Bürgertums Einigkeit darüber geherrscht haben mag, ein attraktives Lebensumfeld zu erhalten bzw. zu erschaffen, gab es in Bezug auf die Art und Weise der Realisierung dennoch den ein oder anderen Disput. So sorgte im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die Bevorzugung des Westends vor allem in der städtischen Oberschicht zunehmend für Konfliktpotential. Die Bewohnerinnen und Bewohner der noch in den 1870er und 1880er

Jahren ebenfalls als exklusiv geltenden Wohnlagen (Wallstraßen, Ostend, Untermain- und Schaumainkai), in welchen der alteingesessene Frankfurter Geldadel und das Patriziat lebten, waren nicht nur aufgrund der damit für sie größer werdenden Entfernungen zu den neu entstehenden Kultur- und Bildungseinrichtungen verärgert. Durch die Aufwertung gerade des Westends als das Nobelviertel der sozial Aufgestiegenen, die oftmals auch noch zu einst benachteiligten sozialen Gruppen zählten (wie z.B. jüdische Einwohnerinnen und Einwohner), zeigte sich die schrumpfende gesellschaftliche Bedeutung der alten Eliten umso deutlicher. Mit dem Aufstieg des Westends und dessen kultureller Aufwertung strichen sie eine geopolitische Niederlage ein und begegneten den für das Westend projektierten Bauvorhaben im Kultur- und Bildungsbereich mit großer Missbilligung, obwohl sie sich ansonsten in gleichem Maße für den Ausbau eines „schönen" Frankfurts engagierten. Der Ausbau des Westends jagte eine Konfliktlinie quer durch die Frankfurter Elite. Ein Konflikt, der am Ende zugunsten des aufsteigenden Bürgertums ausging.

Bei den großen Repräsentativprojekten Frankfurts zeigten sich jedoch nicht nur im Hinblick auf die Bevorzugung des Westends Spannungen. Immer wieder kam die Frage auf, ob man tatsächlich so viel Geld in „Prestigeobjekte" stecken sollte, so auch in den Debatten um den Bau des Jügelhauses, wie die Darstellungen in Kapitel 3.5 und 3.6 zeigen. Es ging einerseits um die Schaffung eines repräsentativen und rundherum bürgerlichen Frankfurts und andererseits um die Ermöglichung eines guten Lebens für alle Frankfurterinnen und Frankfurter. Um das zu erreichen, musste Frankfurt auf seinem Weg zur Großstadt eine Vielzahl von Transformationsschritten durchlaufen, die man in der Außensicht offenbar als klug gewählt beurteilte. Sie bildeten laut Ralf Roth alle „zusammen ein komplexes aufeinander abgestimmtes System von Einzelmaßnahmen, *dessen Ergebnisse bei den zeitgenössischen Stadtreformern gerade auch im Ausland als vorbildlich galten*. So bewunderten sie zwar generell die ›beauty of German cities, their striking clearness‹, aber *insbesondere Frankfurt am Main* mit seinen Straßen, Promenaden, Parkanlagen und Verkehrssystemen stand als Ziel auf jeder Reiseroute nach Europa." (Roth 1996: 544, Hervorhebung TE) Frankfurts Stadtverschönerungsdrang zahlte sich offenbar tatsächlich im wahrsten Sinne des Wortes aus.

5.2
Industrialisierung? Nein danke!

Eng im Zusammenhang mit dem auf die Stadt bezogenen Schönheitsstreben des Bürgertums stand die rigorose Ablehnung von Frankfurts Industrialisierung. Man empfand Industrie nicht nur aufgrund des damit verbundenen Industrieproletariats als Gefahr für die bürgerliche Welt, sie galt außerdem als eine ästhetische Bedrohung des Stadtraums (vgl. Roth 1996). Der spezifisch bürgerliche Wunsch nach einer „schönen" Stadt ging deshalb Hand in Hand mit den Bemühungen, Frankfurts Industrialisierung zu verhindern oder zumindest hinauszuzögern. Dank der bürgerlichen Abwehrinitiativen gab es in Frankfurt vor 1890 immer noch keine nennenswerten industriellen Ansiedlungen auf städtischem Boden,[2] bis dahin „bestimmten Alleinbetriebe bzw. kleingewerblich organisierte Beschäftigtenbetriebe den Arbeitsmarkt und das Straßenbild der Frankfurter Stadtteile." (Köhler 1995: 38) Industrie siedelte zu dieser Zeit vorwiegend im Umland an, wie etwa in Bockenheim oder Höchst.[3] Die „Angst vor einer mit der Industrie verbundenen Konzentration von Fabrikarbeiterproletariat und deren Folgen" war weiterhin „eine Befürchtung, die auch in späteren Äußerungen seitens der Verantwortlichen der Stadt wiederholt manifestiert" wurde (Mohr 1992: 55).

Auf politischer Ebene, einem klar bürgerlich dominierten Gebiet also, verhinderte man lange Zeit, dass sich industrielle Betriebe ansiedeln konnten. So wurde z.B. die strenge Zunftordnung erst sehr spät (1864) aufgehoben, bis dahin verhinderte der Frankfurter Rat die Gründung von Fabriken und größeren Betrieben innerhalb der Stadt. Dass sich die politische Elite Frankfurts erst spät mit dem Thema Industrialisierung auseinandersetzte, lag mitunter daran, dass Industrielle Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts (noch) nicht zum „erlesenen" Kreis des Bürgertums gehörten. Sie hatten längst nicht das gleiche hohe Ansehen wie etwa Bankiers, Spitzenbeamte oder Professoren und in Frankfurt machten sie in der wirtschaftlichen wie auch in der politischen Führungselite nur einen verschwindend kleinen Teil aus (Roth 1996: 523ff. und 595ff.). Sprich: Es waren zu wenige, um den übrigen bürgerlichen Kräften, die Einfluss auf die Entwicklung Frankfurts nahmen, etwas entgegen halten zu können. Innovative Unternehmen waren aufgrund der

2 „Bis tief in die achtziger Jahre änderte sich kaum etwas an der traditionellen Wirtschaftsstruktur. Die zentrale Ausrichtung auf den Handel wie auf das Banken- und Versicherungsgeschäft blieb erhalten. […] Das ›Gründungsfieber‹ zwischen 1869 und 1875 beschränkte sich folgenrichtig auf die traditionellen Bereiche des Banken-, Versicherungs- und Handelswesens." (Roth 1996: 513)

3 In Frankfurt erfolgten industrielle Neugründungen von Fabriken in den 1890er Jahren nur entlang der Mainzer Landstraße und in der sich anschließenden südwestlichen Außenstadt (Köhler 1995: 39).

Verweigerungshaltung gezwungen, sich in den benachbarten Orten wie Höchst oder Bockenheim niederzulassen (Nordmeyer 2002: 14). „Weil Frankfurt sauber bleiben wollte, siedelten sich die Fabriken im Westen an“, titelte man in der Frankfurter Neuen Presse einen Beitrag zum 90-jährigen Eingemeindungsjubiläum Bockenheims und hob in diesem hervor, dass alles, was Lärm und Schmutz verursachte, sich im Frankfurter Umland – und eben auch in Bockenheim – ansiedelte.

Die Ablehnung von Industrie gehörte in den bürgerlichen Kreisen Frankfurts quasi zum guten Ton und wurde in vielfacher Weise tradiert[4]. Als in den 1880er und 1890er Jahren allmählich erste Industriebetriebe auch auf Frankfurter Boden entstanden, dauerte es nicht lange, bis zahlreiche Beschwerdebriefe auf den Schreibtischen des Magistrats und der Stadtverordneten landeten, um ein Verbot der gewerblichen Produktion im Stadtgebiet zu erwirken (Köhler 1995: 71). Bemerkenswert an diesen Gesuchen war, dass in Frankfurt auch zu jenem Zeitpunkt keine unkontrollierte Invasion des Stadtraums durch Fabrikbauten und Arbeiterproletariat im Gange war und auch nicht unmittelbar drohte (ebd.; Roth 1996). Für die (bürgerlichen) Frankfurterinnen und Frankfurter war der gemeinsame Erfahrungsraum „Stadt“ trotz der in anderen Standorten einsetzenden Industrialisierung – wie etwa in den umliegenden kleineren Städten und Ortschaften – ein industrie- und proletariatsfreier Raum und so sollte es auch bleiben. Im städtischen Gedächtnis des Bürgertums hatte sich ein Bild von Frankfurt als Handelsstadt, als Stadt des Geldes und vor allem als „schöne“ Stadt manifestiert. Für die zukünftige Entwicklung imaginierte man Frankfurt als „Luxusstadt“ – so ließ man es zumindest in den Frankfurter Zeitungen und in der Stadtpolitik verlauten. Frankfurt mit Fabriken im Stadtgebiet und Industrieproletariat war schlichtweg nicht denkbar, die Konfigurationen im städtischen Gedächtnis des Bürgertums waren auf etwas ganz anderes ausgerichtet.

Über viele Jahrzehnte erschien eine „schöne“, d.h. repräsentative Stadt, die eine besondere Anziehungskraft auf Vermögende entwickelte, tatsächlich wichtiger, als der wirtschaftliche Gewinn durch industrielle Betriebe.[5] Dass in Frankfurt eine dauerhafte Prosperität ohne Industrie schwer zu ermöglichen gewesen wäre, ignorierte man dabei geflissentlich, der Erhalt des bedrohten bürgerlichen Lebensraums erschien vordringlicher als die ökonomische Zukunftssicherung über eine Diversifizierung der Wirtschaftssektoren, mit welcher die Öffnung zur unliebsamen Industrialisierung verbunden gewesen wäre. Dabei sanken im Lauf des 19. Jahrhunderts die Erträge aus Handel und Handwerk zunehmend (Schivelbusch

4 Unter anderem hatte Oberbürgermeister Mumm, als Bockenheim 1875 an Frankfurt mit der Bitte um eine Eingemeindung herantrat, gerade wegen der großen Zahl an Arbeiterinnen und Arbeiter, die in Bockenheim lebten, erhebliche Bedenken (Bleicher 1929: 267).

5 Vgl. Schivelbusch (1985); Mohr (1992); vgl. Roth (1996: 513).

1985: 31) und es galt dringend, neue Verdienstmöglichkeiten zu schaffen. Trotz dieser Entwicklung betonte Otto Kanngießer 1892 in einer Denkschrift, dass die Stadt auf gar keinen Fall ein Industriestandort sei und werden dürfe (Kluke 1972: 31). Frankfurts Zukunft als zentraler Handelsplatz und wichtiger Geldmarkt sowie als Wohnort wohlhabender Bevölkerungsschichten sei nämlich von genau dieser Anziehungskraft abhängig: *„[…] denn eine der Lebensbedingungen unserer wirtschaftlichen Prosperität besteht darin, daß Frankfurt eine schöne Stadt bleibt, daß der Fremde, der es besucht, mit Wohlgefallen die mit Vor- und Hintergärtchen versehenen Häuser, sowie den Kranz von Villen betrachtet, welcher die Altstadt, getrennt durch die Promenade, umgiebt.“* (Kanngießer zit. in Roth 1996: 557) Die Vorstellung, statt in der Industrialisierung im Fremdenverkehr den zukünftigen Lebensnerv zu sehen (vgl. Kropat 1971: 62) hatte sich in Bezug auf den gemeinsamen Erfahrungsraum Frankfurt fest im städtischen Gedächtnis des Bürgertums verankert.

Der nicht in Frankfurt gebürtige und ab 1890 amtierende Oberbürgermeister Adickes verstand es, bei seinen Schritten zu Frankfurts Transformation in eine Industriestadt die kursierenden Bedenken aufzugreifen. Mit der neuen Staffelbauordnung von 1891, die ja in erster Linie zur Eindämmung der Bodenspekulation bzw. zur Verbesserung der Wohnungssituation finanziell eingeschränkten Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt eingeführt wurde, kam Adickes aufgrund der darin vorgesehenen Trennung von Industrie- und Wohngebieten auch den bürgerlichen Wünschen sehr entgegen. Die ausgewiesenen Villengebiete, wie etwa das Westend, waren mit der Bauordnung weiterhin ganz explizit vor dem Bau von Fabriken geschützt (vgl. Köhler 1995: 76f.; vgl. Roth 1996: 551f.). Adickes Maßnahmen zur Stärkung der Industrie in Frankfurt umfassten außerdem die Eingemeindung bestehender Industriestandorte des Frankfurter Umlandes. Das bot einen ganz entscheidenden Vorteil: Fabriken sowie die Wohnorte der dazugehörigen Arbeiterschaft befanden sich damit in Frankfurts Peripherie. Industrie spielte sich in dann in den städtischen Randgebieten ab und kam dadurch den bürgerlichen Bedürfnissen deutlich weniger in die Quere als zuvor befürchtet.

Die Eingemeindungen bestehender Industriestandorte liefen aufgrund der geschilderten industriefeindlichen Haltungen innerhalb des Frankfurter Bürgertums nicht immer reibungslos hab. Als z.B. die Eingemeindungsverhandlungen mit der Stadt Bockenheim ihren Lauf nahmen, blickte man mit großer Skepsis auf den damit verbundenen Zugewinn an Fabriken sowie einer breiten Bevölkerungsschicht aus Arbeitern und Arbeiterinnen. Auch wenn es aus heutiger Sicht paradox erscheinen mag, ist am Ende mitunter die „Bewahrung des schönen Frankfurts“ ein Grund, dass die Eingemeindung trotz aller Bedenken vollzogen wurde. Weiter vorne habe ich bereits die „ästhetisch-olfaktorischen“ Bedrohung des Westends ge-

schildert: Ende des 19. Jahrhunderts minderte die unerträglich werdende Abwassersituation Bockenheims an der Grenze zum Westend sowie die Gefahr, dass genau dort emissionsstarke Industrien entstehen könnten, die Exklusivität des angrenzenden Villenquartiers. In Bockenheim hätte man das Abwasserproblem durchaus gerne in Angriff genommen, doch dafür fehlte das Geld. Man schlug daher Frankfurt die Eingemeindung vor[6], welche aber zunächst auf wenig Gegenliebe stieß, da man die finanziell extrem belastende Eingemeindung Bornheims im Jahr 1877 immer noch schmerzlich vor Augen hatte.[7]

Die Bockenheimer Stadtverwaltung ließ jedoch nicht locker und drohte kurzerhand, genau entlang der Gemarkungsgrenze zum Westend die Industrieansiedlung ausweiten zu wollen, wenn man seitens Frankfurt einer Eingemeindung nicht zustimme. Die Frankfurter Stadtverwaltung wiederum entgegnete daraufhin sehr eindeutig, dass Bockenheim in Anbetracht des Wunsches nach einem Zusammenschluss gerade für genau diesen Bereich gut überlegen solle, welche baulichen Maßnahmen man in unmittelbarer Nachbarschaft zum Westend genehmige, *„damit der Kontrast auf diesem Gebiet zwischen dem Vorort und der Hauptgemeinde sich nicht erweitere und vertiefe.“* [8] Man solle vielmehr darüber nachdenken, welche Schritte man gehen könne, um sich für diesen irgendwann *(„naturgemäß“,* ebd.) ohnehin eintretenden Fall der Vereinigung beider Gemeinden auf bestmögliche Weise vorzubereiten.[9]

Die Drohung aus Bockenheim hatte offensichtlich einen empfindlichen Punkt erwischt: Frankfurts Schönheit bzw. die Schönheit eines Teils von Frankfurt stand auf dem Spiel. Die Frage nach einer gemeinsam geregelten Bauordnung beider Gemeinden mit Blick auf die zukünftige Gestaltung des Grenzgebiets sowie die Thematisierung der unangenehmen und vor allem die empfindliche Westendbewohnerschaft beeinträchtigende Nicht-Kanalisation fanden sich vermutlich auch

6 17 Jahre nachdem einer seiner Vorgänger den ersten Vorstoß in diese Richtung gewagt hatte, reichte Bockenheims Bürgermeister, Dr. Adalbert Hengsberger, beim Magistrat der Stadt Frankfurt ein erneutes Schreiben mit der Bitte um die Eingemeindung seiner Stadt ein. Hintergrund dieser neuerlichen Bemühungen waren neben der besprochenen „Nichtkanalisierung“ Bockenheims weitere dringend erforderliche infrastrukturelle Maßnahmen, die „unter dem Gesichtspunkt einer eventuellen Eingemeindung der Stadt Bockenheim betrachtet, naturgemäß eine andere Behandlung erfahren müssen und eine andere Gestaltung nöthig machen, als wenn von vornherein feststeht, daß in absehbarer Zeit eine Vereinigung beider Städte nicht zu ermöglichen ist.“ Hengsberger verwies auf die besondere Dringlichkeit der in seinem Schreiben aufgeführten Projekte und bat die städtischen Behörden Frankfurts, „sich mit einer Eingemeindung der Stadt Bockenheim in den Gemeindeverband Frankfurt a.M. im Prinzip einverstanden zu erklären“ und so schnell wie möglich in Verhandlung zu treten (StVV 1.317, hier: „Vortrag des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main an die Stadtverordneten-Versammlung, die Vereinigung der Stadt Bockenheim mit der Stadt Frankfurt a.M. betr.“ vom 8. Mai 1894).

7 MA R/368 I.

8 MA R/323 Bd. 2, hier: Frankfurter Zeitung vom 04.12.1891.

9 MA R/323 Bd. 2, hier: Frankfurter Zeitung vom 30.12.1891; vgl. Kleine Presse vom 13.05.1893.

deshalb ganz besonders häufig in den Zeitungsartikeln, Stadtverordnetendebatten,[10] wie auch in historischen Betrachtungen der damaligen Auseinandersetzungen (vgl. Bleicher 1929, Ludwig 1940, Lerner 1976).[11] Wenn man in den öffentlichen Diskussionen überhaupt Vorteile für Frankfurt herauszustellen glaubte, dann war es die „Rettung" des Westends. Für das Bürgertum war es wichtig, den gemeinsamen Erfahrungsraum des „schönen" Frankfurts nicht untergehen zu lassen, und es war mitunter ja vor allem das Westend mit seinen zahlreichen kulturellen Einrichtungen, an das man die kollektiven Gedächtnisinhalte mit dem Bild Frankfurts als „Luxusstadt" knüpfte. In Kapitel 5.4 habe ich argumentiert, dass das städtische kollektive Gedächtnis eine identitätsstabilisierende Funktion hat. Vor diesem Hintergrund war die Bewahrung des Westends als exklusive Wohnlage für den Erhalt räumlicher Selbstdarstellungsmöglichkeiten des Frankfurter Bürgertums von großem Gewicht.

Abgesehen davon erschien die Eingemeindung Bockenheims jedoch unattraktiv, da ein solcher Schritt angesichts der in Bockenheim erforderlichen Infrastrukturmaßnahmen für Frankfurt kostspielig zu werden drohte. Der Vorteil eines Zugewinns industrieller Betriebe rückte in der öffentlichen Debatte interessanterweise fast gar nicht in den Blick, was aufgrund der im städtischen kollektiven Gedächtnis verankerten Industrieverweigerung in Frankfurt allerdings nicht verwundert. Nach Jahren der kontroversen Diskussion darüber, ob der Anschluss Bockenheims an Frankfurt erfolgen solle oder nicht, stimmte die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 5. Februar 1895 schließlich doch mit knapper Mehrheit (29 gegen 23 Stimmen) dem Eingemeindungsvertrag mit Bockenheim zu.

Die Industrieverweigerung des Frankfurter Bürgertums weichte gegen Ende des 19. Jahrhunderts zusehends auf, neben Schritten wie die Eingemeindung Bockenheims sorgten auch die Folgen der Elektrotechnischen Ausstellung von 1891, die weiter unten eine noch eingehendere Betrachtung erhält, für einen Wandel in den bürgerlichen Einstellungen und der Schritt zur Industriestadt wurde in Frankfurt schließlich doch vollzogen. In Kapitel 5.4 veranschauliche ich, welchen pragmatischen und „Bürgerlichkeits-freundlichen" Weg man dafür in Frankfurt gefunden

10 In den Frankfurter Magistratsakten zur Eingemeindung Bockenheims ist der viele Monate andauernde Schlagabtausch zwischen Befürwortern und Gegnern der Eingemeindung in Artikeln aus der Kleinen Presse, der Frankfurter Zeitung und dem General-Anzeiger nachzulesen (MA R/373 Bd. 1-2).

11 Die Verfasser Heinrich Bleicher († 1929) und Heinrich Ludwig (1865-1952) erlebten den Prozess der Eingemeindung selbst mit und hatten deshalb sicherlich einen etwas anderen Bezug als Historiker/-innen, die keine Zeitgenossen bzw. Zeitgenossinnen waren. Den Einschätzungen Bleichers und Ludwigs, dass die Beeinträchtigung des Westends durch die Entwicklung (bzw. Nichtentwicklung) Bockenheims nicht unwesentlich die Entscheidung der Frankfurter für eine Eingemeindung beeinflusst haben, messe ich deshalb besonderes Gewicht bei, weil sie die damalige Stimmung noch vor Augen hatten, als sie über die Vorgänge berichteten.

hatte. Zunächst soll es aber darum gehen, die Bedeutung der Ökonomie, oder konkreter gesprochen: die Bedeutung des ökonomischen Denkens, im Frankfurt des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts etwas genauer in den Blick zu nehmen. Denn hier zeigt sich ein weiterer äußerst wichtiger Bestandteil des städtischen Wissensvorrats, der nicht nur bei einschlägigen Wirtschaftsfragen abgerufen wurde, sondern auch in anderen Kontexten seine Wirksamkeit entfaltete – etwa bei der Legitimierung des Jügelhaus-Projekts.

5.3
Pragmatisches, ökonomisches Denken

Seit dem Mittelalter war Frankfurt Messe-Stadt und traditionell eine Stadt des Handels, später zunehmend auch eine Stadt des Geldes. „Bis tief in die [achtzehnhundert]achtziger Jahre änderte sich kaum etwas an der traditionellen Wirtschaftsstruktur. Die zentrale Ausrichtung auf den Handel wie auf das Banken- und Versicherungsgeschäft blieb erhalten. […] Das ›Gründungsfieber‹ zwischen 1869 und 1875 beschränkte sich folgenrichtig auf die traditionellen Bereiche des Banken-, Versicherungs- und Handelswesens.“ (Roth 1996: 513) Allein in dieser Zeit entstanden 16 Großbanken, drei Versicherungsunternehmen, zwei große Handelsunternehmungen und sieben Aktiengesellschaften im Verkehrs- und Kommunalbereich.[12] Die florierende Wirtschaft war die Voraussetzung für ein ebenso gut florierendes Stiftungswesen, das beim bürgerlichen Bestreben, den Lebensraums „Stadt“ mitgestalten zu wollen, eine bedeutsame Rolle spielte. Interessant am Frankfurter Stiftungsverhalten ist ein in diesem Zusammenhang zu findender spezifischer, teilweise auch ökonomisch angetriebener Pragmatismus, der sich allerdings nicht offensichtlich zeigte. Nachfolgend möchte ich kurz die Bedeutung der Frankfurter Stiftungslandschaft für die Stadt beleuchten, um daran anschließend ihren „pragmatischen“ Aspekt zu erläutern.

Neben den städtischen Selbstverwaltungsgremien waren die Vereine und Stiftungen wichtige Partizipationsmöglichkeiten, um den bürgerlichen Mitgestaltungsbemühungen Ausdruck zu verleihen. Die bereits über Jahrhunderte währende Einbeziehung des Frankfurter Bürgertums in die Selbstverwaltung der Stadt

12 Zu letzteren zählen die „Actien-Gesellschaft für Rhein- und Mainschifffahrt“, die „Deutsche Eisenbahn-Bau-Gesellschaft zu Frankfurt am Main“, die „Quellwasser AG“, die „Stadt-Theater AG“, die „Gartenbau-Gesellschaft“, die „Palmengartengesellschaft“ und die „Gesellschaft des Zoologischen Gartens“ (Roth 1996: 513).

betrachtet Gudrun-Christine Schimpf als einen Verstärker der Frankfurter Stiftungsbereitschaft, weil sich für die Bürgerschaft dadurch „Spielraum, Gestaltungsmöglichkeiten und Anreiz für Stiftungen und mäzenatische Aktivitäten“ (Schimpf 2007: 120) vergrößern ließen. Bei Frankfurts Umbau zur Großstadt spielten Stiftungen eine wichtige Rolle, denn Dank ihnen konnten viele der repräsentativen Bauprojekte überhaupt erst realisiert werden.

Die auch außerhalb der Stadt gerühmte Gebewilligkeit der Frankfurterinnen und Frankfurter, bzw. deren Bereitschaft, in „übergeordnete“ Dinge bzw. „höhere Ziele“ zu investieren, hatte in der Stadt eine lang zurückreichende Tradition. 1844 schrieb der Reiseschriftsteller Carl Julius Weber bezugnehmend auf die Bürgerschaft der Messestadt am Main: *„Frankfurt ist die hilfreichste Stadt Deutschlands. Ein Senckenberg verwendete sein ganzes Vermögen auf die Erbauung eines Krankenhauses. Hier in Frankfurt gilt nicht das sonst wahre Sprichwort ›Nur der Arme hilft den Armen‹. Hier sind die Reichen zu Wohltätern geworden.“* (zit. in Klötzer 1997: 16) Und auch ein berühmtes Goethezitat bezieht sich auf die Stiftungsfreude in dessen Heimatstadt: *„Es geziemt Frankfurt von allen Seiten zu glänzen und nach allen Seiten hin tätig zu sein.“* (zit. ebd.: 17) Damit bringt Goethe wunderbar auf den Punkt, worauf diese Art der Großzügigkeit in Frankfurt (mitunter) zielte: Dabei aktiv mitzuwirken, dass Frankfurt gut dasteht.

In einem Bericht des Magistrats an die Stadtverordnetenversammlung zur „Verwaltung und Stand der Gemeinde-Angelegenheiten am Schlusse des Etatjahres 1874“ hob man den Einsatz der Bürgerschaft für die Stadt in besonderem Maß hervor. Dort heißt es: *„Mögen anderwärts derartige Anstalten*[13] *von Staatsbehörden in's Leben gerufen werden, mag der kritische Verstand herausfinden, daß Unternehmungen dieser Art an sich Sache des Staates und seiner Regierung seien – hier in Frankfurt betrachtet die Bürgerschaft alles dem Schönen und Guten zugewendeten, außerhalb des Bereiches der alltäglichen Nothwendigkeit fallenden Bestrebungen recht eigentlich als ihre Domäne, für deren Pflege und Erweiterung einzutreten sie jederzeit bereit ist.“* (zit. in Hansert 1992: 111) Stiften bedeutete (in Abgrenzung zur gewöhnlichen Spende), dass die Stifterinnen und Stifter „stets auch anstiften, etwas verursachen“ (Schembs 2006: 16) wollten – so auch in Frankfurt: „Wer [...] ›stiften‹ will, beabsichtigt eine Lücke auszufüllen im Leben seiner Stadt, er gibt sich also seinen Gedanken, seinen Willen zum gemeinen Wohl, und er gibt sein Geld zu deren Verwirklichung.“ (Bruno Müller zit. in ebd.) Das Stiften ermöglichte die aktive Mitgestaltung der Stadt auch ohne ein konkretes politisches Mandat, denn die stiftungswilligen Bürgerinnen und Bürger warteten nicht auf Lösungsvorschläge von Staat oder Kommune, sondern eröffneten sich durch ihre Geldgaben

13 Gemeint sind die von der Polytechnische Gesellschaft geplanten Bauten für ein Kunstgewerbemuseum und einer Kunstgewerbeschule (Hansert 1992: 111).

und ihr Engagement in den Vereinen auf den Gebieten der Bildung, der Kunst und der Wissenschaft die erforderlichen Gestaltungsspielräume, „um Normen und Inhalten bürgerlicher Kultur zu größerer Bedeutung und Verbreitung zu verhelfen, Einfluss auszuüben und den gesamtgesellschaftlichen Anspruch des Bürgertums umzusetzen." (Schimpf 2007: 126)

Aus den Stiftungsinitiativen in Frankfurt entstanden u.a. Institute und Einrichtungen, die Anfang des 20. Jahrhunderts weit über Frankfurts Grenzen hinaus bekannt waren. Allein durch Stiftungsgelder entstanden die 1816 gegründete Polytechnische Gesellschaft, die „sich zuerst um praktische Volksbildung kümmerte" (Klötzer 1991: 325), die ein Jahr später gegründete Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft, die sowohl als Forschungsinstitut als auch mit ihrem Naturkundemuseum Weltruf erlangte, der Physikalische Verein (1824) oder das Städel'sche Kunstinstitut, das 1816 gegründet wurde und 1878 in sein repräsentatives Ausstellungsgebäude am Mainufer zog. Mit der Verlegung des staatlich finanzierten Königlichen Instituts für experimentelle Therapie (dem späteren Paul-Ehrlich-Institut) 1899 von Berlin nach Frankfurt konnte man eine weitere bedeutsame wissenschaftliche Einrichtung[14] in die Stadt ziehen, die einige Jahre später (1906) das aus Stiftungsgeldern finanzierte Georg-Speyer-Haus im Westend bezog. Auch kulturelle Einrichtungen wie die Oper (die allerdings größtenteils aus städtischen Geldern finanzierte wurde, da die Baukosten während des Projekts quasi explodierten), der Palmengarten oder der Zoo waren privat finanziert. Daneben gab es zahlreiche „Stiftungen zur Ausschmückung der Stadt" (Müller/Schembs 2006: 92), die das Geld für Denkmäler zusammenbrachten und zum Teil auch mit größeren Projekten zur Stadtverschönerung beitrugen, wie etwa der bereits genannte „Verschönerungsverein". Um erneut das Goethe-Zitat heranzuziehen: Man investierte viel, um über die eigenen Grenzen hinaus zu glänzen.

Ein Paradebeispiel dafür, wie in Frankfurt bürgerliche Schaffenskraft, private Finanzierung und ökonomisches Denken ineinandergriffen, ist die Gründung des Zoos. Mitte des 19. Jahrhunderts durchzog eine regelrechte Gründungswelle zoologischer Gärten die urbanen Räume Europas (vgl. Frank et al. 2013), auch Frankfurts schwamm auf dieser Welle mit. Im Jahr 1853 schloss sich ein Komitee aus acht Frankfurter Bürgern[15] zusammen, die sich „in den Kopf gesetzt hatten, in Frankfurt einen zoologischen Garten ins Leben zu rufen." (ebd.: 111) War es an-

14 1908 erhielt der dort forschende Arzt und Institutsleiter Paul Ehrlich den Nobelpreis für Medizin.

15 Zur Gründergruppe zählten: Philipp-Bernhard Andreae (Kaufmann), Louis Brentano (Bankier), Louis Jäger (Wechselmakler), Dr. med. Fritz Kellner (praktischer Arzt), Herrmann Mumm (ab 1873 Mumm von Schwarzenstein; Großkaufmann, königl. dänischer Generalkonsul), Dr. jur. Rudolph Pfefferkorn (Rechtsanwalt), Georg Seufferheld (Kaufmann), Albert Varrentrapp (Kaufmann, Generalagentur für Lebensversicherung (Zoo Frankfurt 2016a).

dernorts üblich, dass sich die Gründungsgruppe aus den unterschiedlichsten Berufsgruppen zusammensetze und nicht nur aus der bürgerlichen Schicht kam, zeigte sich in Frankfurt ein ganz anderes Bild (ebd.: 115f.): Die Initiatoren kamen fast alle aus einem kaufmännischen Hintergrund, einer von ihnen war Bankier, zwei kamen aus dem Bildungsbürgertum (ein Arzt und ein Rechtsanwalt). Für die Gründung des Zoos setzten sich in Frankfurt also genau jene Vertreter der städtischen Elite ein, die auch ansonsten ihre Bedürfnisse durchzusetzen versuchten. Auch bei diesem Projekt vergaß man nicht zu betonen, dass man mit der Gründung des Zoos einen Beitrag zum Allgemeinwohl leisten wolle: Das Zoo-Komitee bekräftigte in einer Denkschrift, Bildung und Erholung miteinander in Einklang bringen zu wollen und hob hervor, dass es ein weiterer Vorteil zoologischer Gärten sei, dass *„sie allen Klassen des Publikums zugänglich werden können, und namentlich Sonntag Nachmittags die Preise so gestellt werden können, dass der Garten auch Familien, die nur diese Nachmittage frei haben, eine billige Erholung bietet."* (Zoo Frankfurt 2016b)

Die Gründungsgeschichte des Frankfurter Zoos hebt sich aus einem weiteren Grund von der Entstehung der Zoos in anderen Städten ab und zwar aufgrund des herausstechenden ökonomischen Kalküls, das mit dem Projekt einherging. Um das mit der Zoo-Eröffnung einhergehende wirtschaftliche Risiko tatsächlich abschätzen zu können, entschloss man sich dazu, für zehn Jahre einen „Probezoo" zu eröffnen, um erst bei nachgewiesener Tragfähigkeit ein Grundstück zu erwerben und den Zoo zu verstetigen. Dieser wurde im August 1858 auf einem gepachteten Grundstück in Bockenheim eröffnet. Zur Finanzierung des Zoos erfolgte bereits im Oktober 1857 die Herausgabe von Aktien, was strategisch sehr klug war: „Sie band einen größeren Personenkreis – gleichermaßen ökonomisch wie emotional – an das Projekt Zoo. [...] So schloss die Gründung des Zoos an eine für das Frankfurter Bürgertum typische Praxis an: Bürgersinn und ökonomisches Denken gehen hier Hand in Hand. Es gehört zum guten Ton, gleichzeitig erfolgreiche/-r Geschäftsmann oder -frau und wohltätige/-r SpenderIn zu sein." (Frank et al. 2013: 112)

Am Ende erwies sich der Zoo als rentables Projekt und mit dem nachweisbaren wirtschaftlichen Erfolg stand seiner Verstetigung nichts mehr im Wege. Die Zoologische Gesellschaft einigte sich 1873 mit der Stadt auf die Pfingstweise, einem Gelände im Osten der Stadt, als den zukünftigen, dauerhaften Standort des Zoos, der dort 1876 wiedereröffnet wurde. Im Zuge dessen errichtete man außerdem einen großen Repräsentativbau, der vor allem den bürgerlichen Bedürfnissen entgegenkam: das Zoo-Gesellschaftshaus im Stil des späten Klassizismus und mit Anklängen an die Renaissance. Insgesamt zeigt sich im Frankfurter Zoo also nicht nur das Ineinandergreifen von Bürgersinn und ökonomischen Denken, sondern auch

das Hineinspielen von Wirtschaftlichkeitsprinzipien bei der Umsetzung von Repräsentativprojekten.

Eine ganz andere Form des pragmatischen ökonomischen Denkens zeigte sich in Frankfurt ab den 1880er Jahren im Zusammenhang mit dem Grundstückserwerb durch die Stadt für die erforderlichen Stadterweiterungen. Letztere wären ohne die alten öffentlichen milden Stiftungen nicht möglich gewesen wäre. Viele dieser Stiftungen verfügten im Frankfurter Umland über Ländereien, die als Vorratsflächen für den weiteren Ausbau der Stadt überaus hilfreich waren und die zur Lösung vieler großer Bauvorhaben beitrugen: der Hauptbahnhof, der Ostbahnhof, der erste Flughafen, die erste Autostraße nach Wiesbaden, die Bauten der Frankenallee-Siedlungsgesellschaft, die große Kuhwaldsiedlung und die Häuser auf dem Bonameser Berg konnten nur entstehen, weil alte Stiftungen wie das Waisenhaus, das Katharinenstift, der Allgemeine Almosenkasten oder das Versorgungshaus gegen Geld oder im Tausch mit anderen Flächen der Stadt die dafür erforderlichen Bauflächen zur Verfügung gestellt hatten. Oberbürgermeister Adickes veranlasste die Stiftungen außerdem, „das Geld, das ihnen aus Grundstückverkäufen manchmal recht reichlich zufloß, wiederum zum Ankauf von Liegenschaften zu verwenden“, was mitunter dazu führte, dass „Frankfurt auch später immer Vorratsgelände verfügbar [hatte], und die Stiftungen [...] ihr Vermögen durch Inflation und Geldreform hindurch erhalten [konnten].“ (Müller/Schembs 2006: 89) Das wiederum veranschaulicht, dass man im Zuge des im damaligen Frankfurt zu beobachtenden, pragmatischen und verwertungsorientierten Handelns den Aspekt der Zukunftssicherung nicht aus den Augen verlor – auch im Stiftungswesen nicht.

Eine wieder andere Variante des Pragmatismus hatte sich in Frankfurt in den Jahren direkt nach der Annektierung entwickelt, als das Stiftungswesen völlig zum Erliegen gekommen war. Dieser Stillstand war der neuen Regelung geschuldet, dass zukünftig jede Stiftung durch den preußischen Polizeipräsidenten in Frankfurt, den Regierungspräsidenten in Wiesbaden, den Oberpräsidenten in Kassel, den Minister in Berlin und zu guter Letzt auch noch durch den König genehmigt werden musste. Die selbstbewusste und tatkräftige Frankfurter Bürgerschaft erlebte das vermutlich als erniedrigend. Das Dilemma löste man geschickt durch die Gründung von Aktiengesellschaften für gemeinnützige Zwecke. Durch die Zeichnung und Bezahlung der Anteile konnte Geld für die Allgemeinheit bereitgestellt werden, ohne den Staat um Genehmigung bitten zu müssen (Müller/Schembs 2006: 87). „Solchen Aktiengesellschaften verdankt die Stadt Frankfurt den Eisernen Steg über den Main, die Schleppschiffahrtgesellschaft, die zweite Gasgesellschaft, die achtzig Kilometer lange Quellwasserleitung vom Vogelsberg und Spessart her, den Palmengarten, den Zoologischen Garten, die Rennbahn und das Hip-

podrom, die Vorort-Lokalbahnen nach Eschersheim, Rödelheim, Schwanheim, Neu-Isenburg und Offenbach am Main, schließlich verschiedene Gesellschaften für den gemeinnützigen Wohnungsbau, wie auch später die Messe- und Ausstellungsgesellschaft." (ebd.: 88) Das des Geschäftssinns der Frankfurter Kaufleute war auf diese Weise eine unbürokratische und schnellere Realisierung der für die Stadt erforderlichen Versorgungsprojekte möglich. An der pfiffigen Regelung zeigt sich weiterhin, dass in Frankfurt ökonomisches Denken und Handeln weit über das rein Betriebliche hinausgingen und auch bei der Stadtentwicklung eine Rolle spielten.

Wie schon erläutert sah man Mitte und Ende des 19. Jahrhunderts im Tourismus einen zentralen Lebensnerv der Stadt. Der Ausbau der Wasserversorgung (durch eine neue Leitung aus dem Vogelsberg) und die Verbesserung der hygienischen Verhältnisse (durch Anlage einer Kanalisation) sowie der Bau neuer Brücken, um das mangelhafte Verkehrsnetz innerhalb der Stadt zu verbessern, entstanden mitunter aus der Motivation, Frankfurt für *Fremde* attraktiver zu machen (Kropat 19771: 62). Mit den Repräsentationsprojekten wollte man die bürgerliche Kultur Frankfurts beleben und legitimierte die kostspieligen Vorhaben immer wieder damit, indem man sie zu Garanten für das *wirtschaftliche* Wohlergehen der Stadt erklärte.

Auch im Fall des Jügelhauses kam eine auf ökonomische Aspekte zugeschnittene Argumentation ins Spiel, allerdings erst nachdem die endgültige Entscheidung für die Verwendung des Erbes zur Errichtung einer Bildungsanstalt getroffen war. Ein anonymer Verfasser veröffentlichte unter dem Pseudonym Academicus die Schrift *„Die Jügel'sche Stiftung und die Gründung akademischer Lehranstalten in Frankfurt a. M."* und erläutert in ihr die eindeutigen *ökonomischen Vorteile*, die seiner Meinung nach mit der getroffenen Entscheidung verbunden gewesen seien. Die Schrift erschien 1903 und legt auf etwas mehr als zwölf Seiten dar, warum es für das Allgemeinwohl der Stadt Frankfurt besser gewesen sei, sich für eine Bildungseinrichtung anstatt für ein Altersheim zu entscheiden. Nicht nur rein rechtlich, sondern auch vom ethischen Standpunkt aus betrachtet sei die Entscheidung *„einwandfrei",* da für die Stadtverwaltung nämlich *„allein die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung als ausschlaggebend zu berücksichtigen seien."* (Academicus 1903: 5) Ohne Zweifel hätte ein Altersheim für eine bestimmte Personengruppe sehr viel Gutes gebracht und eine andere Investition der Stiftungsgelder als in Wohlfahrtszwecke wäre auch nur dann legitim gewesen, *„wenn damit zugleich wirtschaftlich der Allgemeinheit ein überwiegender Vorteil zugeführt würde, der sozial höher anzuschlagen war, als die direkte Bereitstellung für Fürsorgezwecke. Ein solcher Fall liegt aber vor."* (ebd.) Das Hervorstechende an dieser Argumentation ist, dass nicht etwa der Vorteil erweiterter Bildungsmöglichkeiten betont wird, sondern der

ökonomische Nutzen, der sich laut Academicus im Fall des Jügelhaus-Projekts vor allem für die Mittelschicht habe realisieren lassen.

Weiter ist in der Schrift zu lesen, dass die Kommunalpolitik bei der Wahl zwischen Wohltätigkeit oder der Schaffung von Arbeitsplätzen immer die letztgenannte Alternative wählen müsse und begründet das mit folgenden Worten: *„In der Medizin hat die Prophylaxe größere Erfolge als die eigentliche Heilkunde. Arbeit zu schaffen ist soziale Prophylaxe. Der Arme ist sozial ein Kranker, und der soziale Organismus soll Mittel finden, seine Glieder vor Krankheit zu bewahren."* (ebd.: 6) Auch daran zeigt sich, dass aus Sicht des Autors der gewonnene Vorteil der letztlich getroffenen Entscheidung nicht ein Mehr an Bildungschancen für alle ist, sondern die *Schaffung von Arbeitsplätzen*. Der geäußerte Anspruch, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten und es zu ermöglichen, dass sich die mittleren und unteren Gesellschaftsschichten ökonomisch absichern können, hatte weiterhin den Nebeneffekt, sozialen Unfrieden zu vermeiden und die eigene Lebenswelt damit zu schützen, indem man ganz bewusst *nicht allen* die Bildungsmöglichkeiten öffnet, sondern den Kindern des Bürgertums vorbehält, dafür an aber an anderer Stelle für Erwerbsmöglichkeiten sorgt. Hier zeigt sich – in ökonomisch-pragmatische Argumente verpackt – vor allem der Wille zur Abgrenzung und nicht zur Inklusion.

„Arbeit für Viele", schreibt Academicus, *„*[...] *wird segensreicher wirken als ein Almosen, das nur Wenigen zugute käme."* (ebd.) Damit sagt er nichts anderes, als dass es zwar so aussehen mag, mit der Verwendung des Jügelerbes für Bildungszwecke die Armen um ihr Almosen gebracht zu haben, aber in Wirklichkeit habe man doch etwas viel Besseres vollbracht, nämlich den Boden für neue Einnahmequellen und damit für mehr Gesamtwohlstand geebnet. Academicus äußert auch ganz konkrete Vorstellungen darüber, wie vor allem der kleine Mittelstand von den akademischen Einrichtungen profitieren könne: In kleinen Universitätsstädten baue oftmals dessen gesamte wirtschaftliche Existenz auf das Bestehen der Hochschule und der Anwesenheit vieler Studenten. Auch die Großstadt könne in vergleichbarer Weise aus einer Universität ökonomische Vorteile ziehen, *„und dies um so mehr, als hier die große Zahl der wirtschaftlichen Halbinvaliden in Frage kommt"* (ebd.). Die drückende Wohnungsnot des Mittelstands könne enorm gemildert werden, *„wenn durch Vermieten von Zimmern der Preis der Wohnungen in das richtige Verhältnis gesetzt werden kann"* (ebd.) und weiterhin könnten eine Vielzahl von Gewerben und Geschäften Vorteile aus der Hochschule ziehen, die sich überhaupt nur aufgrund ihres Bestehens in der Stadt ansiedeln würden. Mit anderen Worten: Die Investition in Bildungszwecke und letztendlich in eine Universität würde der Stadt nicht nur mehr Arbeitsplätze bringen, sondern könne zugleich das Problem mit den zu teuren Mieten und der Wohnungsnot mildern. Academicus verweist

damit auf die praktischen, Synergien mit erfreulichen ökonomischen Effekten, die er im Zusammenhang mit dem Ausbau der Frankfurter Bildungseinrichtungen sieht. Ob es nach der dann tatsächlich erfolgten Universitätsgründung auch genau so kam, ist nicht das Thema der vorliegenden Untersuchung. Doch auch ohne diesen Ausblick verdeutlicht die Art der Argumentation, dass man in Frankfurt sogar Bildungsbelange aus ökonomischer Perspektive reflektierte.

5.4
Zukunftssicherung mittels Repräsentativität

Die Erschaffung einer attraktiven Stadt war in Frankfurt auch ein von der (bürgerlich dominierten) Stadtverwaltung verfolgtes Ziel. Das zeigen die ersten stadtplanerischen Ordnungsbemühungen bereits Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Außenstadt hatte sich bis zu diesem Zeitpunkt weitestgehend ungeordnet und fast schon chaotisch entwickelt, sodass man mittels gesetzlicher Regelungen, die eine explizite Baugenehmigung durch die lokalen Behörden vorsahen, etwas mehr Kontrolle über die Bautätigkeiten gewinnen wollte (Mohr 1992: 36f.). Den gartenstadtähnlichen Charakter der Außenstadt wollte man unbedingt aufrechterhalten und verabschiedete 1851 ein Gesetz, „das die offene, aufgelockerte Bauweise auch bei der Erstellung von Etagen-Miethäusern förderte“ (ebd.: 39). In der freistädtischen Zeit hat jedoch nicht die Stadtverwaltung die Linien der Stadtentwicklung festgelegt, sondern dies erfolgte auf Initiative und Druck privater Interessengruppen. Mit der Neuordnung der Verwaltung unter preußischer Herrschaft und der damit eingehenden effektiveren politischen Kontrolle der Verwaltungsorgane war es möglich, von politischer Seite stärker in das Planungsgeschehen einzugreifen. Der Oberbürgermeister konnte in unklaren Fällen bzw. bei Kompetenzstreitigkeiten eingreifen und direkte Vorschläge machen und damit die Planungs- und Entwicklungspolitik der Stadt beeinflussen. Christoph Mohr stellt fest, dass sich aus diesem Grund „die Amtszeiten der verschiedenen Oberbürgermeister und ihr individueller Einfluß auf die städtische Baupolitik auch als Etappen in der Entwicklung der Stadt festmachen“ lassen (Mohr 1992: 74).

Die Oberbürgermeister nach 1866 behielten bis einschließlich zum hier betrachteten Zeitraum immer auch die Anziehungskraft und Schönheit Frankfurts im Auge. Daniel Heinrich Mumm von Schwarzenstein etwa kritisierte 1869 in einem Verwaltungsbericht die Sparsamkeit der Stadt im Hinblick auf die Bauaktivitäten,

die er für die sinkende Attraktivität der Stadt verantwortlich machte. Aus der Sparpolitik resultierte ihm zufolge, *„daß Frankfurt in seiner Entwicklung als Stadt zurückblieb, in Bezug auf Bauten und Unternehmungen, die dem öffentlichen Nutzen und der Verschönerung der Stadt und der Annehmlichkeit ihrer Bewohner dienen, von anderen Städten weit überflügelt wurde.“* (zit. in Mohr 1992: 74) Seine Gegenmaßnahme: die konjunkturelle Lage durch öffentliche Aufträge zu verbessern. Unter Mumm verfolgte man das Ziel, die Stadt „neben ihren wirtschaftlichen und standortbedingten Vorzügen durch »Anreize« für den Vermögenden attraktiver zu machen“ und zwar mittels Einrichtungen im gesellschaftlich-kulturellen Bereich, „die bürgerliche Repräsentations- bzw. Bildungs- oder Unterhaltungsbedürfnisse befriedigen sollten.“ (ebd.) In seiner Amtszeit entstanden unter anderem der Palmengarten samt seines repräsentativen Gesellschaftshauses, ein neues und äußerst kostspieliges Theatergebäude (die Oper), drei neue Mainbrücken (für eine bessere Verbindung der Stadtteile), eine Wasserleitung zum Vogelsberg, der neue Schlachthof und mehrere neue Schulen (Schivelbusch 1985: 144, Kropat 1971: 68). Diese kostenintensiven Projekte erschienen erheblich wichtiger als die Entstehung von Wohnraum. Vor allem über die Erstellung von subventioniertem Wohnraum dachte man zu dieser Zeit nicht nach (vgl. Mohr 1992: 75). Im Gegenteil: Heinrich Burnitz, Magistratsmitglied, Stadtrat und Inhaber eines renommierten Architekturbüros, arbeitete einen Generalplan für Frankfurt aus, der er sich die „Verschönerung […] und nicht zuletzt eine bedeutende Steigerung des Werts von Grund und Boden versprach.“ (ebd.) Durch eine entsprechende Planung in der Verwaltung brachte man umstandslos öffentliches Interesse und privates Profitinteresse zur Deckung.

Für die finanzielle Situation der Stadt waren alle diese Planungen sehr strapaziös, auch wenn manche Projekte privat finanziert wurden. Vor der Ära Mumm schuldenfrei, war die finanzielle Situation Frankfurts am Ende von Mumms Amtszeit 1879 sehr angespannt. Mumm wurde nicht wiedergewählt. Zwar hatte er „sich nach Ablauf seiner Amtszeit Ende 1879 um die Wiederwahl beworben und fest damit gerechnet, von den Stadtverordneten im Amt bestätigt zu werden. Daß er nicht einmal auf die Vorschlagsliste der drei Kandidaten gesetzt wurde, war, wie sich einer seiner Mitarbeiter später erinnerte, eine »schmerzliche Überraschung« für ihn.“ (Schivelbusch 1985: 144) So sehr Mumm dem Schönheitsstreben des Frankfurter Bürgertums entgegengekommen war – ökonomische Vorteile konnte er mittels der vielen durch ihn initiierten Projekte in seiner Amtszeit nicht realisieren. Seine Abwahl kann man als ein Indiz dafür deuten, dass es in Frankfurt aber genau auf diese Kombination ankam: die Schönheit der Stadt fördern, aber dabei wirtschaftliche Aspekte nicht aus dem Blick zu verlieren. Letzteres war Mumm nicht gelungen und konnte das Amt als Oberbürgermeister nicht für eine weitere

Legislaturperiode antreten. Seine beiden Nachfolger, Johannes Miquel und Franz Adickes, setzten das anspruchsvolle Frankfurter Programm aus Sicht des Bürgertums sicherlich zufriedenstellender um: Miquel sorgte für eine Stabilisierung des städtischen Haushalts und wurde 1890 als preußischer Finanzminister berufen. Adickes vollzog den wichtigen Wandel Frankfurts zur Industriestadt und trug auf diese Weise ganz entscheidend zur ökonomischen Zukunftssicherung der Stadt bei. Im Gegensatz zu Mumm gaben weder Miquel noch Adickes das Amt des Oberbürgermeisters aus Gründen einer ausbleibenden Wiederwahl auf, sondern weil es politisch oder gesundheitlich geboten war.

Johannes Miquel, Oberbürgermeister von 1880 bis 1890, schlug nach der „verschwenderischen" Ära Mumm einen Kurs der finanziellen Konsolidierung ein. Er reformierte das städtische Rechnungswesen und brachte Projekte wie die Kanalisierung des Mains, den Bau des Westhafens und des Hauptbahnhofs sowie weitere wichtige Infrastrukturprojekte für die Handelsstadt auf den Weg, d.h. eine Vielzahl von Maßnahmen, die der Stadtökonomie zugutekamen. In seiner Amtszeit überzogen die Stadtplaner das ganze außerstädtische Frankfurt im Anschluss an die Innenstadt mit einem Netz von Fluchtlinienplänen und groß geschnittenen Baublöcken. „Als Kriterien der Erschließung galten *Zweckmäßigkeit, Anforderungen des Verkehrs, der Gesundheit und der Schönheit.*" (Köhler 1995: 103, Hervorhebung im Original) Wichtig war bei diesen Planungen, einen Panoramablick zu erhalten, etwa in der Linienführung Dom – Taunus. „Die Stadt sollte […] mit der Landschaft zu einer Einheit zusammengeführt werden und keinen Gegensatz bilden." (ebd.) Die Verbindung verkehrsinfrastruktureller Gesichtspunkte mit ästhetischen Vorstellungen war ein äußerst wichtiges Anliegen der Planer, das man in Frankfurt auch über Miquels Amtszeit hinaus verfolgte.

Als Miquel 1890 als Finanzminister nach Preußen berufen wurde, übernahm Franz Adickes den Posten des Frankfurter Oberbürgermeisters, um die Entwicklung Frankfurts zu einer Industriestadt voran zu bringen und zwar in einer Weise, die einerseits den bürgerlichen Bedürfnissen nicht zuwiderlief aber dennoch und auch deutlicher, als es in anderen Städten damals üblich war, auf die Wohnbedürfnisse der Arbeiterschaft einging. Seine Planungsziele fasste Adickes in der Dreiheit „Verkehr, Gesundheit und *Schönheit*" (Köhler 1995: 131, Hervorhebung TE) zusammen, die darauf zielten – auch unter Berücksichtigung bestimmter ästhetischer Gesichtspunkte[16] – „Frankfurt in absehbarer Zeit in eine Großstadt der Moderne

16 Adickes Vorbild war die englische Form des Bauens: zweigeschossige Doppelhäuser mit Vorgarten und Gartenland im Innern des Baublocks. „In dieser Wohnform sah Adickes eine Möglichkeit, zum Ausgleich polarer gesellschaftlicher Konflikte beizutragen. Das Kleinhaus an der Peripherie der Großstadt, Symbol für Freiheit und Ausdruck von gesitteter Kultur, sollte zum neuen Leitbild des kommunalen Städtebaus werden." (Köhler 1995: 22)

umzuwandeln“ (ebd.). Städtebaulich blieb also das schöne Frankfurt in den Leitlinien bzw. der Bauordnung enthalten.

Franz Adickes hatte in seiner Amtszeit außerdem noch ein besonders Repräsentativprojekt vor Augen: die Gründung einer Stiftungsuniversität Frankfurts, die im Gegensatz zu den übrigen deutschen Hochschulen (und abgesehen von der erforderlichen Genehmigung durch den Kaiser) gänzlich unabhängig vom Staat sein würde. Dieses *„höhere Ziel“* verfolgte Adickes hartnäckig und ließ sich auch durch die Startschwierigkeiten bei der Entscheidung für das Jügelhaus als Vorlesungsgebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften sowie seine zunächst gescheiterten Bemühungen, die Akademie mit weiteren wichtigen Wissenschaftseinrichtungen Frankfurts zusammenzulegen, nicht entmutigen. Es ist vor allem seiner Beharrlichkeit zu verdanken, dass es nach einigen Unwägbarkeiten am Ende doch zu einer Zusammenlegung der verschiedenen Einrichtungen und damit zu ihrer synergetischen Vereinigung an einem Ort in der Stadt gekommen war. Bevor diese Entwicklungen im nachfolgenden Kapitel genauer in den Fokus rücken, sollen hier Adickes Überlegungen zu einem solchen Schritt eine genauere Betrachtung finden, die er bereits 1900 in einer Denkschrift mit dem Titel *„Gedanken und Erwägungen zwecks Ausgestaltung der Frankfurter Wissenschaftlichen Institute zu einer Philosophischen Fakultät“ (*Adickes 1929) veröffentlicht hatte.

Angeregt wurde die Denkschrift durch die Planungen der SNG und des Physikalischen Vereins für neue große Museums- und Institutsbauten (Kluke 1972: 46). Adickes Ziel war es zu veranschaulichen, wie man das in Frankfurt vorhandene Potential für die sukzessive Entwicklung hin zu einer Universität nutzen könnte und sprach sich sehr deutlich dafür aus, ein solches Projekt anzugehen, indem man in Frankfurt wichtige Einrichtungen räumlich zentralisierte. Aufgrund der vielen mit einem solchen Vorhaben verbundenen Vorteile beabsichtigte Adickes, den *„in weiten Kreisen verbreitete[n] Gedanken der Begründung einer Universität“* in Frankfurt *„aus dem Stadium rein platonischer Liebe“* (Adickes 1929: 140) herauszuheben und bezog sich damit auf einen schon seit vielen Jahrzehnten immer wieder in der Stadt geäußerten Wunsch zum Aufbau einer Hochschule.[17] Insgesamt schätzte Adickes die zum damaligen Zeitpunkt vorhandenen Voraussetzungen, in Frankfurt die Weichen für eine Universität zu stellen, als besonders günstig ein und betonte, welch großartige Gelegenheit sich der Bürgerschaft biete, hier unterstützend tätig zu werden und damit auf besondere Weise *die Entwicklung der gesamten Stadt* zu fördern. Im Originalton heißt es: *„Wenn sonach auch nach dieser Richtung die Verhältnisse günstig liegen, so ist offenbar grade jetzt die Zeit gekommen, in der hoch-*

17 Siehe dazu Kluke (1972: 25ff) und das Manuskript von Bruno Müller (1958) in: Manuskripte S 6a/30.

herzigen Mitbürgern die Möglichkeit gegeben ist, durch eine große Stiftung der Vaterstadt unendliche Wohltat zu erweisen. Die Bedeutung der Begründung einer philosophischen Fakultät ist für das gesamte geistige Leben unserer Stadt so unmittelbar in die Augen springend, daß es weiterer Ausführungen nicht bedarf." (Adickes 1929: 144)

Adickes Formulierungen in der Denkschrift wirken überzeugt und siegessicher. Stichfeste Sachargumente oder die *konkreten* Vorteile für Frankfurts Bevölkerung, die für die Gründung einer Universität in Frankfurt sprechen, führt er dabei aber nicht ins Feld. Stattdessen betont er immer wieder, dass es doch klar auf der Hand liege, einen solchen Schritt zu gehen. Hält man sich vor Augen, welche Bedeutung damals zum einen das Stiften und zum anderen die Förderung von Wissenschaft und Bildung für die Frankfurter Bürgerinnen und Bürger hatte, verwundert das kaum. Die andeutenden Formulierungen reichen offenbar völlig aus, um bei der adressierten Leserschaft die richtigen Knöpfe zu drücken und damit den Anschluss an die Relevanzen im Wissensvorrat der adressierten bürgerlichen Eliten zu finden.[18] Letztere waren – zumindest in Teilen – äußerst bereit, in Form großzügiger Spenden „persönliche Opfer" für ein solches Vorhaben zu erbringen, um damit nicht nur das Ansehen der Stadt Frankfurt zu steigern, sondern gleichzeitig die bürgerliche Lebenswelt weiter auszubauen. Abgerufen wird durch Adickes Formulierungen also genau jenes Wissen um die bürgerlichen Gestaltungsmöglichkeiten, die in den vorangegangenen Abschnitten eingehender beschrieben sind.

Obwohl Adickes nicht originär aus Frankfurt kam und als quasi „Fremder" nicht mit dem Frankfurter Wissensvorrat sozialisiert war, passten sich seinen Ideen und Haltungen sehr gut in das Sinngewebe der Stadt ein. In der Literatur zur Entstehungsgeschichte der Frankfurter Universität wird immer wieder betont, dass es Adickes besonderer Durchsetzungskraft sowie seiner vorausschauenden Nutzung vorhandener Ressourcen zu verdanken sei, dass dieses Vorhaben schlussendlich erfolgreich umgesetzt werden konnte. An dieser Stelle möchte ich hervorheben, dass es trotz des unbestritten großen Einflusses, den die Oberbürgermeister in der damaligen Kommunalpolitik auf die Ereignisse in ihrer Stadt nehmen konnten,[19]

18 In späteren Darstellungen zu den Entstehungsbedingungen des Jügelhauses hebt man vor allem die Durchsetzungskraft des damaligen Oberbürgermeisters hervor, ohne auf die vorhandenen Werthaltungen innerhalb des Frankfurter Bürgertums einzugehen, bspw. in: Heilbrunn (1915: 36f.); Adickes (1915: 43ff.); Wachsmuth (1929: 26ff.); Roth (1996: 585ff.); Manuskript von Bruno Müller (1958) in: Manuskripte S 6a/30.

19 „Die herausragende Position ermöglichte es den Oberbürgermeistern, sich als vermeintlich unpolitische Fachmänner über den Parteien und sozialen Schichten stehend zu präsentieren, die nur dem Wohl der Allgemeinheit dienten." (Schimpf 2007: 58) Schimpf verweist darauf, dass vor allem die von außen kommenden Oberbürgermeister versuchten, sich durch Engagement in den bürgerlichen Vereinen des 19. Jahrhundert oder zum Teil auch durch verwandtschaftliche Beziehungen in die städtische Oberschicht zu integrieren. „Sie teilten die politischen Absichten und Vorstellungen des lokalen Wirtschafts- und Bildungsbürgertums, aber auch dessen Stolz auf ›ihre‹

sehr unwahrscheinlich erscheint, dass sich Adickes gegen eine Mehrheit der bürgerlichen Eliten Frankfurts hätte durchsetzen können. Es ist vielmehr die eben formulierte „Passung" seiner Ideen mit denen des Frankfurter Bürgertums (man bezog sich ja mitunter auf einen gemeinsamen Wertehimmel, auch wenn man in unterschiedlichen städtischen Umfeldern aufgewachsen war), die den Erfolg seiner politischen Bemühungen wie auch seine große Beliebtheit erklärt. Das außerordentlich gute Passungsverhältnis hebt auch Andreas Hansert hervor, der Adickes eng verbunden sieht mit dem für Frankfurt typischen „Gemeingeist freier Bürger" (Hansert 1992: 117f.).

Der Frankfurter Stadtstatistiker Heinrich Bleicher schreibt in den 1920er Jahren rückblickend über Adickes: „Sein Grundgedanke war in allem, die einseitige Entwicklung der von ihm vertretenen Gemeinde zu vermeiden, Erwerbsmöglichkeiten zu schaffen, Handel und Verkehr zu beleben, geistige Werte bedeutungsvoll zu machen. Dies hat er besonders betont, wie er auf den Rückgang der Bedeutung der Frankfurter Börse gegenüber Berlin hinwies und dafür kämpfte, daß zum Ausgleich für Kunst und Wissenschaft mehr geschehen müsse. Auch sein Bestreben, staatliche Behörden für die Stadt zu gewinnen, muß erwähnt werden und nicht in letzter Linie die Bemühungen zur Hebung des Fremdenverkehrs." (Bleicher 1929: 278) Damit verweist Bleicher auf die bereits weiter vorne beschriebenen, typischen Frankfurter Einstellungen jener Zeit: Das Ideal der Chancengleichheit vor Augen (*„einseitige Entwicklung der […] Gemeinde vermeiden"*), ging es in Frankfurt u.a. darum, Arbeitsplätze und günstige Voraussetzungen für die Frankfurter Ökonomie zu schaffen (*„Handel und Verkehr zu beleben"*), gerne auch über das Ankurbeln des Tourismus, wichtig aber war vor allem der Ausgleich des drohenden Bedeutungsverlusts der Stadt über den Ausbau von Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen. Die Kompatibilität von Adickes subjektiven Wissensvorrat mit dem gesellschaftlichen Wissensvorrat der Stadt ist in der hier aufgemachten Perspektive die Voraussetzung für sein erfolgreiches politisches Agieren. Sein pragmatischer Vorschlag, Frankfurts wissenschaftliche Einrichtungen zusammenzulegen, dürfte vor allem angesichts der auch in anderen Frankfurter Kontexten vorzufindenden pragmatischen Verwertungsorientierung positiv angeklungen sein. Zumindest innerhalb der bürgerlichen Eliten.

Stadt." (Schimpf 2007: 59) Mohr betont in Bezug auf Frankfurt, dass der Oberbürgermeister nach den politischen Änderungen ab 1866 wirksamer als das einstige Senatorenkollegium in unentschiedenen Fällen und bei Kompetenzstreitigkeiten eingreifen, „direkte Vorschläge und Anstöße in verschiedene Richtungen geben und damit auch die Planungs- und Entwicklungspolitik der Stadt nachhaltig beeinflussen" konnte (Mohr 1992: 74).

Hier mag der Einwand naheliegen, dass der Ausbau von Bildungseinrichtungen ein grundsätzlicher Wunsch des damaligen Bürgertums gewesen ist und die diesbezüglich in Frankfurt – nicht nur durch Adickes – geäußerten Gedanken den generellen Werten des Bürgertums entsprachen und schon deshalb gute Chancen auf Realisierung hatten. Es gibt für das damalige Frankfurt allerdings eine Reihe von Indizien, die diesen Einwand entkräften bzw. die darauf hinweisen, dass es *nicht* in erster Linie der explizite *Wunsch nach Bildung* war, der in Frankfurt den Boden für entsprechende Entscheidungen und Weichenstellungen ebnete. Die bisherigen Ausführungen dürften bereits deutlich gemacht haben, dass der Drang nach einem repräsentativen Lebensumfeld sowie der Wunsch, Frankfurt auch nach außen glänzen zu lassen, mindestens ebenso starke Beweggründe waren, derartige Projekte voranzubringen – und das immer wieder mit einem pragmatischen und *verwertungsorientierten* Durchsetzungswillen. Natürlich gab es in Frankfurt eine besondere Liebe zur Wissenschaft und zur Bildung, was nicht zuletzt die hohen Spendensummen auf diesem Gebiet nahelegen. Doch deren Ausbau erfolgte immer mit Blick auf das innere Wohlergehen der Stadt und andererseits mit der Absicht, eine besondere Außenwirkung zu erzielen.

Anlässlich der Eröffnung der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften im Jahr 1901 sagte der Vorsitzende der Dr. Senckenbergischen Stiftung, Moritz von Schmidt-Metzler: *„Wir wollen mit der neuen Akademie Schulter an Schulter und Hand in Hand für das Wohl und das Beste Frankfurts kämpfen.“* (Das Jügelhaus 1907: 25) Damit betonte er, dass die beiden inhaltlich sehr verschiedenen Institutionen – Naturwissenschaften auf der einen und Geisteswissenschaften auf der anderen Seite – eine ideelle Nähe hatten, die sich vor allem darin zeigte, voll und ganz auf das Wohl Frankfurts ausgerichtet zu sein. Dieses Wohl verstand man gleichzeitig auch als die Basis für eine positive Außenwirkung, wie ein Brief von Carl Christian Jügel zeigt, der Vater der beiden großzügigen Erblasser, den er Mitte des 19. Jahrhunderts an einen Herrn Dr. Volz adressierte und darin feststellte, welche Vorteile eine Universität in Frankfurt mit sich bringe: Er sei nicht nur aus materiellen Gründen für die Errichtung einer ebensolchen, sondern auch, weil *„der Kleinbürger […] darin ein Mittel [hat], sich durch Wohnung und Inkostnahme der Studierenden sein Einkommen zu verbessern, sondern vor allem aus idealen Gründen: das Zusammenwirken so vieler geistiger Elemente werde mit großem Erfolg […] dem Geldsack die Spitze bieten, den echten und bewegten Bürgersinn nicht untergehen lassen, das stramme Preußentum mildern und den Glanz unserer Stadt auch auf nicht materiellem Gebiete haben.“* (zit. in Das Jügelhaus 1907: 20f.) Damit verweist Jügel mit keinem Wort auf ein Mehr an Bildung, sondern kehrt eine Vielzahl anderer positiver Effekte hervor, die bereits weiter vorne erörtert wurden: ökonomische Vorteile für die mittleren Gesellschaftsschichten, das Verhindern einer politischen

Übermacht der Wirtschaftselite (das kann als Wunsch nach sozialem Ausgleich interpretiert werden), ein Gegengewicht zu den preußischen Einflüssen und natürlich die Demonstration Frankfurter Bürgersinns und des Glanzes der Stadt.

Der Ausbau der Frankfurter Bildungslandschaft bis hin zu einer Universität begrüßte man in der Frankfurter Bürgerschaft keineswegs einhellig, sondern war sehr umstritten. Auch in den Diskussionen der Stadtverordneten über den Verwendungszweck des Jügel-Erbes war man drüber uneinig. Als am 10. Juni 1902 mit knapper Mehrheit für die Errichtung einer Bildungseinrichtung als Verwendungszweck gestimmt wurde, resümierte man in der Frankfurter Zeitung: *„Der gestrige Beschluss gibt wahrlich keine kräftige Stütze für akademische Wanderungen ab, zumal wenn man in Erwägung zieht, daß die Bürgerschaft – wir schließen die Leute mit sogenannter höherer Bildung nicht aus – zweifellos in ihrer großen Mehrheit* gegen *die Frankfurter Akademie der literae humaniores Stellung nimmt.“* [20]

Trotzdem blickte man einige Zeit später wohlwollend auf das gesamte Projekt. Das kann daran liegen, dass am Ende die „Bilanz“ stimmte. Vorhaben, die einen Gewinn für Frankfurt versprachen, sei es Sinne eines ökonomischen Mehrwerts oder im Sinne einer Steigerung des Ansehens, lobte man in der städtischen Öffentlichkeit grundsätzlich. Ein solcher Nutzen schien sich für das umstrittene Jügelhaus-Projekt in den Vorstellungen der Frankfurterinnen und Frankfurter am Ende doch durchgesetzt zu haben, denn kaum öffnete das Gebäude als Teil des Wissenschaftszentrums seine Pforten als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, äußerte man sich äußerst positiv über das neue Sinnbild des Frankfurter Bürgerstolzes. Bei den Lobeshymnen in der Frankfurter Presse stand grundsätzlich nicht das Mehr an Bildung im Vordergrund, sondern der Stiftungswille der Frankfurterinnen und Frankfurter und der Gewinn für die Stadt bzw. deren Zukunft. *„Hochherziger, edler Bürgersinn, der lebendig ist im neuen Frankfurt, wie er lebendig gewesen im alten, hat die Neubauten der Akademie draußen, im vornehmen Westen entstehen lassen.“* [21] Die Frankfurter Zeitung betonte, dass die Architekten (Baurat Neher und seine Mitarbeiter Stefan Simon und Robert Volz) ein Bauwerk erschaffen hätten, *„das der Stadt zur Ehre und Ruhm gereichen wird“* und dass es freier Bürgersinn gewesen sei, der eine Bildungseinrichtung dieser Art zu erschaffen vermocht habe. Die neue und erweiterte Akademie werde *„mehr und mehr in Herz und Sinn der Bürgerschaft hineinwachsen. Mögen Ströme von Geist und Leben aus diesen Hallen hinausgehen, mögen sie Geist und Leben wecken in unserer Heimatstadt Frankfurt und weit darüber hinaus!“* [22]

---

20 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 11.06.1902, Artikel: „Jügelstiftung und wissenschaftliche Vereine“.
21 MA S/1.596 Bd. 1, hier: General Anzeiger vom 21.10.1906, Artikel: „Jügelhaus Eröffnung“.
22 MA S/1.596 Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 22.10.1906, Artikel: Das Jügelhaus“.

Das ehemals umstrittene Bauprojekt präsentierte man nun als eines, das für Frankfurt vorteilhaft sei, die einstmals öffentlich geäußerten kritischen Stimmen waren verstummt. Adickes Vision, Frankfurter Institute zusammenzulegen und daraus eine Universität entstehen zu lassen, erwiesen sich trotz anfänglicher Widerstände doch als an die Bedürfnisse der städtischen Eliten anschlussfähig. Am Ende sollte sogar die Eröffnung einer Universität Wirklichkeit werden. Angesichts der synergetischen Effekte, die dank der pragmatischen Vorgehensweise aller Beteiligten ermöglicht werden konnten, bestand kein Grund für Skepsis mehr, denn der *„Frankfurter Bürgerstolz"* war befriedigt. Und noch vielmehr als das: In der Vorstellung der Bürgerschaft diente das ambitionierte Bauprojekt der Zukunftssicherung Frankfurts und war schon allein aus diesem Grund kein Stein des Anstoßes mehr.

5.5
Das erfolgreiche Ausnutzen von Synergien

Der politischen Elite Frankfurts gelang es immer wieder, bei Kontroversen zu pragmatischen Lösungen zu kommen, mit der schlussendlich sogar Synergie-Effekte ausgenutzt werden konnten. Dem liegt ein besonderer, in Frankfurt häufig zu beobachtender Pragmatismus zugrunde, der sich einerseits in ökonomischen Zusammenhängen zeigte und der andererseits dafür sorgte, dass Kontexte jenseits der Ökonomie mit wirtschaftlichen Aspekten überhaupt erst in Zusammenhang gebracht wurden, wie z.B. die von Academicus vorgebrachte Argumentation, dass die Ausweitung des Frankfurter Bildungswesens deutliche wirtschaftliche Vorteile mit sich bringe. Auf dem Weg zur Großstadt fand man in Frankfurt immer wieder pragmatische Lösungen, vor allem dann, wenn es „hakte". Das veranschaulicht unter anderem Frankfurts „modifizierte Industrialisierung" (Roth 1996: 566).

Die anhaltende Abwehr einer Industrialisierung Frankfurts stand einer erfolgreichen Wohlstandssicherung entgegen, daher galt es, neue Wirtschaftsfelder zu erschließen, um den Reichtum der Stadt aufrecht zu erhalten (vgl. Schivelbusch 1985: 57). In den 1880er Jahren beklagten einige Unternehmer die aufgrund der fehlenden Industrie entstandenen Defizite im Wirtschaftskosmos Frankfurt, vor allem aber die „unzulängliche Ausstattung des Arbeitsmarktes mit Arbeitskräften." (Köhler 1995: 39) Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts gelang es in Frankfurt schließlich doch, den Weg zum Industriestandort einzuschlagen und daran waren im Wesentlichen zwei Entwicklungen beteiligt: die aufsehenerregende und 1891

in Frankfurt ausgerichtete Elektrotechnische Ausstellung, die „zur Industrieförderung in der Öffentlichkeit“ beitragen sollte (ebd.), und die Eingemeindung bestehender Industriestandorte rund um Frankfurt ab den 1890er Jahren.

Anlass der Elektrotechnischen Ausstellung war der Streit um das beste System zur Stromerzeugung für die Frankfurter Bürgergesellschaft, der öffentlich ausgetragen wurde, weit über die Stadt hinaus Beachtung fand und als „Frankfurter Systemstreit“ in die Annalen der Elektrotechnik eingegangen ist. Ralf Roth bezeichnet es als besondere Pointe dieses Streits, dass die Selbstverwaltungsgremien Frankfurts sich verweigerten, „eine von Technikern und Wissenschaftlern wie Werner von Siemens, Siegmund Schuckert oder Thomas Alva Edison als bewährt bezeichnete Technik unbesehen zu übernehmen und auf eine in der Praxis kaum erprobte Alternative zu setzen, weil die Fernübertragungsmöglichkeiten des Wechselstroms in mehrfacher Hinsicht Vorteile für die bürgerliche Lebenswelt bot.“ (Roth 1996: 562) Schon weiter vorne habe ich dargelegt, dass der Hauptvorteil der damals noch nicht verbreiteten Wechselstrom-Technologie darin lag, dass die relativ niedrige Erzeugungsspannung hochtransformiert werden konnte und sich diese über weite Strecken verlustarm übertragen ließ. Das bedeutete, dass man den Strom *außerhalb* der Stadt produzieren konnte. Gleichstromwerke hatten dagegen einen Versorgungsradius von nur 600 Metern und mussten im Zentrum des Versorgungsgebiets liegen. „Ein Elektrizitätswerk, dass den Strom mit Hilfe von Dampfmaschinen erzeugte, hatte die Dimensionen einer Fabrik und damit erhebliche ökologische und ästhetische Auswirkungen auf das Stadtviertel.“ (ebd.) Mit anderen Worten: Die Gleichstromerzeugung hätte das Stadtbild Frankfurts in einer nicht gewünschten Weise verändert und konnte deshalb keine anzustrebende Lösung sein. Mit der Entscheidung aber, die Elektrifizierung Frankfurts über Wechselstrom und damit vor den Toren der Stadt zu realisieren, kam man den bürgerlichen Bedürfnissen nach einer sauberen und attraktiven Stadt entgegen und verhinderte, dass eine dampfmaschinenbetriebene Stromerzeugung das schöne Stadtbild ramponierte. Doch noch viel mehr als das: In den Folgejahren entwickelte sich in Frankfurt mit der Elektrifizierung von Produktionsstätten, Haushalten, Straßenbeleuchtung und Straßenbahn die Elektrotechnik zum wirtschaftlichen Leitsektor, auch wenn der ausgeprägte Tertiärsektor mit fortschreitender Industrialisierung bestehen blieb. Man hatte nicht nur für den Erhalt des „schönen“ Frankfurts gesorgt, sondern zugleich einen neuen Wirtschaftszweig erschlossen.

Mit dem Strom kam also auch die Industrie in Schwung. Dass Frankfurt am Ende doch zu einer Industriestadt wurde, ist aber in erster Linie den zahlreichen Eingemeindungen zu verdanken. Industrie im großen Stil hatte sich aufgrund Frankfurts Verweigerungshaltung in den benachbarten Städten und Orten angesiedelt, vor

allem in Bockenheim[23] und Höchst (vgl. Schimpf 2007: 39). „Allein die Eingemeindung Bockenheims erweiterte den industriellen Sektor um 30 Betriebe mit immerhin 2.500 Arbeitern. [...] Insgesamt expandierte allein das Frankfurter Metallgewerbe von 1875 bis 1907 infolge der Eingemeindungen von nicht einmal 1.000 Arbeitern in 173 Betrieben auf über 15.000 Arbeiter in 547 Betrieben. Ein Ring von Fabrikvierteln begann sich um Frankfurt zu schließen." (Roth 1996: 568)

Die Frankfurter Industrie war Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in erster Linie auf Chemie, Metallverarbeitung und dort insbesondere Maschinenbau sowie Elektrotechnik ausgerichtet[24] (Schimpf 2007: 39, Roth 1996: 569). Das zog vor allem hochqualifizierter Facharbeiter und technische Angestellte an. Wirklich große Fabriken entstanden Roth zufolge nur im Bereich des Maschinen- und Apparatebaus, die wiederum einen sehr hohen Anteil an „Betriebsbeamten" hatten und sich von anderen Industriebetrieben darin unterschieden, dass das Verhältnis der Beamten- zur Arbeiterzahl deutlich größer war als anderswo.[25] „Es siedelte sich in Frankfurt also vor allem eine Industrie an, die auf einem Potential hochqualifizierter Facharbeiter und technischer Angestellter beruhte, also genau der Teil der sich herausbildenden Arbeiterklasse, der den Idealen von Bildung und bürgerlicher Lebensführung noch am nächsten kam und somit am leichtesten für ein wenn auch modifiziertes Modell von klassenloser Bürgergesellschaft, das auf mittleren Existenzen beruhte, gewonnen werden konnte." (Roth 1996: 570) Von

23 In Bockenheim ließen sich viele Gewerbetreibende und Handwerker, aber auch Großbetriebe wie die Chaisenfabrik Wagner & Reifert nieder. Es entstanden Maschinenbau-, elektronische und chemische Betriebe. Die Nähe zu Frankfurt begünstigte die wirtschaftliche Entwicklung, da die größere Nachbarin „mit ihrer restriktiven Gewerbepolitik" deren Entstehung begünstigte und zugleich „wichtiger Absatzmarkt für die in Bockenheim ansässigen Unternehmen" war (Nordmeyer 2002: 14). Mit der Entwicklung Bockenheims zum Industriestandort setzte für kleine Stadt eine bedeutende sozioökonomische Wende ein, gleichzeitig „unterstützte" man die Industrielosigkeit des benachbarten Frankfurts. Mit den gewandelten politischen Verhältnissen nach 1866, als Preußen Frankfurt und das Umland annektiert hatte, und den damit verbundenen neuen Verwaltungsmodalitäten erfolgte eine nochmalige Beschleunigung der wirtschaftlichen Entwicklung. Im Jahr 1895 hatten sich in Bockenheim 30 Fabriken angesiedelt, die ca. 2500 Angestellte beschäftigten (S3/D 54, hier: Frankfurter Rundschau vom 16.03.1963). Aufgrund der dichten Bebauung Bockenheims waren dem Ausbau vorhandener Betriebe wie auch der Neuansiedlungen von Industrie enge räumliche und bauliche Grenzen gesetzt und so etablierten sich vor allem hochspezialisierte Klein- und Mittelbetriebe. „Unter den im Stadtteil vertretenden Branchen dominierten die Bereiche der Feinmechanik, Regel- und Meßtechnik, Spezialmaschinenbau und Schriftgießerei." (Nordmeyer 2002b: 49) Bockenheim wurde der Sitz äußerst bekannter Firmen, die zum Teil in die ganze Welt lieferten. Zu nennen wären hier zum Beispiel die Maschinenfabrik Pokorny & Wittekind, die bereits in den 1890er Jahren Dampfmaschinen bis nach Südamerika versandte (S3/D 54, hier: Frankfurter Neue Presse vom 01.02.1985) oder das Unternehmen Hartmann & Braun mit seiner Fabrik für Meß- und Regeltechnik.

24 Daneben zeigten sich auch im Bereich „Bekleidung und Reinigung" sowie im Baugewerbe markante Schwerpunkte, allerdings hatten letztere nicht annähernd so große Fertigungsstätten wie im metallverarbeitenden Gewerbe (Roth 1996: 569).

25 Das Verhältnis der Beamten zu Arbeitern entsprach z.B. bei Hartmann & Braun einem Verhältnis von 1:2, bei Voigt & Haeffner 1:5, während in anderen Zweigen der Maschinenindustrie das Verhältnis zwischen 1:8 und 1:10 lag (Roth 1996: 569f.).

einer „Bedrohung“ der bürgerlichen Kreise durch ein großes Industrieproletariat konnte in Frankfurt somit nicht die Rede sein.

In der Eingemeindung Bockenheims erkannte man weiterhin die Möglichkeit, in der städtischen Peripherie Raum und Wohnungen für diese in Frankfurt nicht erwünschte Bevölkerungsgruppe zu schaffen, die man langfristig ohnehin nicht aus der Stadt ausschließen konnte. Selbst wenn in Frankfurt die Industrialisierung nicht gewollt war – sie war für die wirtschaftliche Fortentwicklung und ökonomische Stabilität der Stadt unumgänglich und hierfür waren nicht nur Fabriken erforderlich, sondern auch das darin arbeitende Personal, welches wiederum irgendwo leben musste. Wohnquartiere für die Arbeiterschaft in einer städtischen Randlage wie in Bockenheim war daher ganz im Sinne der Überlegungen im Magistrat, der für den Ausbau der Stadt zwar inzwischen „das nötige Fabrikarbeiterproletariat als ›Unannehmlichkeit‹ in Kauf“ zu nehmen gewillt war, dieses aber vorzugsweise „außerhalb der Stadt kontrollierbar konzentriert“ sah (Mohr 1992: 78). Die positiven Effekte für Frankfurt, die aus der Eingemeindung Bockenheims resultierten, waren also ein Mehr an industriellen Betrieben und an Wohnfläche für die Arbeiterschaft, auch wenn genau das in der damaligen Berichterstattung zunächst als etwas Negatives eingeschätzt wurde. Wie schon weiter vorne erläutert, sah man eher in der „Rettung“ des Westends einen positiven Effekt. Dass in der Stadtverordnetenversammlung am 5. Februar 1895 mit 29 gegen 23 Stimmen der vom Magistrat ausgearbeitete Eingemeindungsvertrag mit knapper Mehrheit trotz immer noch geäußerter Zweifel[26] an diesem Projekt am Ende doch angenommen wurde, lag wiederum an ganz anderen Gründen: Erstens war man zu der Überzeugung gekommen, dass eine Eingemeindung auf Dauer ohnehin nicht zu vermeiden sei und zweitens drohte mit der neuen Städteordnung der Provinz Hessen-Nassau, die bald verabschiedet werden sollte, eine Zwangseingemeindung. Mit letzterer hätte man sich die Chance verspielt, die Eingemeindung in einer Weise umzusetzen, die Bockenheim einen erheblichen Anteil der damit verbundenen Kosten tragen ließ. Und genau das sah der im Februar 1895 von der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung verabschiedete Vertrag vor. Letztendlich zeigt sich hier erneut die für Frankfurt typische pragmatische Verwertungsorientierung: Wenn die Eingemeindung schon nicht vermeidbar war, dann sollte sie für Frankfurt wenigstens so kostengünstig wie möglich umgesetzt werden. Auch wenn man

26 Es gab Stimmen, die der Meinung waren, dass man das Kanalisationsproblem wie auch die drohende Gefahr von Fabrikbauten an der Grenze zum Westend auch anders hätte lösen können, z.B. über besondere vertragliche Regelungen mit Bockenheim. Außerdem bezweifelten einige, dass Bockenheim die Vorausbelastungen, die es laut Eingemeindungsvertrag zu leisten hätte, würde stemmen können. Beide Argumentationen fanden allerdings – teilweise vehemente – Gegendarstellungen (MA R/323 Bd. 2, hier: Frankfurter Nachrichten vom 27.06.1894, Bericht zur StVV am 26. Juni 1894)

auf Bockenheimer Seite nicht wirklich glücklich über die hohen Vorausbelastungen war[27], unterzeichneten die Oberbürgermeister Hengsberger für Bockenheim und Adickes für Frankfurt noch im Februar den Eingemeindungsvertrag, der durch ein preußisches Gesetz vom 31. März 1895 in Kraft gesetzt wurde (Lerner 1976: 55). Ab dem 1. April desselben Jahres war Bockenheim Stadtteil von Frankfurt.

Frankfurt profitierte durch die Eingemeindung gleich in mehrfacher Hinsicht: Einen Großteil der entstehenden Kosten konnte auf Bockenheim abgewälzt werden, Frankfurt gewann Industrie bzw. Industrieflächen hinzu sowie Wohnraum für die (unliebsame) Arbeiterschaft – und zwar in der städtischen Peripherie, wo es relativ wenig störte. An der ästhetisch und vor allem olfaktorisch bedrohten Nahtstelle zum Westend erfüllte sich außerdem der Wunsch, eine schöne Stadt zu bleiben, und es bestand die Aussicht, vielleicht sogar noch ein wenig schöner zu werden.

Die spätere Ansiedlung der Wissenschafts- und Bildungsbauten an der Viktoria-Allee ermöglichte an jener Stelle einen erfreulichen räumlichen Synergie-Effekt: Die repräsentativen Bauten des Wissenschaftszentrums ließen den einstigen Schuttabladeplatz an jenem Ort verschwinden, „verstellten" die Sicht auf das weniger standesgemäße Bockenheim, dem sie nur ihre schmucklosen Seiten zeigten, und wandten sich mit ihren geschmückten Fassaden den Villen des Westends zu. Da ist jedoch nicht die einzige positive Begleiterscheinung im Zusammenhang mit dem neuen Wissenschaftszentrum.

Schon das Zusammenlegen der verschiedenen Einrichtungen war synergetisch, denn mit der „Zentralisierung" der bedeutsamen wissenschaftlichen Institute konnten diese nicht nur wechselseitig auf ein umfangreiches und diversifiziertes Raumangebot zurückgreifen, sondern man ebnete auch den Weg zu einer Frankfurter Universität – und das auch sehr erfolgreich, wie die weitere Entwicklung zeigt. Mit der damit einhergehenden Verlegung der Senckenbergischen Institute von der Stadtmitte an den östlichen Rand des Westends behob man obendrein deren belastenden und fast schon existenzgefährdenden Raumnöte. Vor allem der verzweifelten Lage der SNG hatte man mit den modernen neuen Räumen ein mehr als glückliches Ende bereitet. Die mit der Zusammenlegung verbundenen Transaktionen hatten den weiteren positiven Effekt, dass endlich die schon lange gewünschte Verlegung des Bürgerhospitals in die städtische Peripherie erfolgen konnte. Mit der Zurverfügungstellung städtischer Grundstücke für die zahlreichen

27 Das zeigte sich schon in einigen Leserbriefen aus dem Vorjahr, die im Bockenheimer-Anzeiger abgedruckt wurden (MA R/323 Bd. 2, hier: Bockenheimer-Anzeiger 23.-26.05.1894).

Abbildung 33: Postkarte des Wissenschaftsensembles aus dem Jahr 1907. Auch wenn die Fassaden der einzelnen Gebäude Unterschiede aufweisen, sind sie dennoch auf Ähnlichkeit angelegt: Sowohl das Naturkundemuseum, die Bibliothek und das Jügelhaus haben ein rustizierendes[28] Erdgeschoss aus rotem Mainsandstein. Alle Gebäude haben rustizierende Ecklisenen (ebenfalls aus Mainsandstein), auch an den Risaliten. Die Mittelrisalite sind bei allen Gebäuden mit Blendgiebeln versehen, beim Physikalischen Verein auch die Eckrisalite. Der Einsatz von Fenstergesimsen aus rotem Sandstein erfolgt bei allen Gebäuden nicht auf jedem Geschoss: bei der Bibliothek und dem Museum verläuft das Fenstergesims im 1. Geschoss, beim Physikalischen Verein im 2. Geschoss, beim Jügelhaus in den Seitenflügeln im 1. und 3. Geschoss, im Mittelbau nur im 2. Geschoss und geht in das Gesims des 3. Geschosses der Seitenflügel über, die eine geringerer Geschosshöhe haben. Bei allen Gebäuden kommen außerdem immer unterschiedliche Fensterformen und -größen zum Einsatz (unterschiedliche Bogenfenster, runde und rechteckige Fenster), so dass trotz der Achsensymmetrien die Fassadenfronten aufgelockert wirken.

Neubauten all jener Einrichtungen, die einst auf dem Grundstück der Dr. Senckenbergischen Stiftung beheimateten waren, konnte man neue Standorte festlegen und aus dem Ankauf des Senckenberg-Grundstücks durch die Stadt den Neubau des Bürgerhospitals finanzieren. Indem man die als bedeutsam geltenden Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen Frankfurts – SNG, Physikalischer Verein, Senckenbergische Bibliothek und Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften –

28 Da ich mich mit meiner Arbeit nicht in erster Linie an Kunsthistoriker oder Architektinnen wende, sind die bei der Beschreibung der Bauelemente eingesetzten Fachbegriffe im Glossar kurz erklärt (ab Seite 6).

an einem Ort zusammenführte, konnte man eine wechselseitig repräsentationssteigernde Wirkung erzielen, die über eine aufeinander abgestimmte Gestaltung der Einzelbauten nochmals betont wird. Zwar beherbergen die einzelnen Neubauten unterschiedliche Einrichtungen mit jeweils spezifischen Raumanforderungen, sodass sich die Gebäude sowohl in ihren Abmessungen als auch in den Fassaden unterscheiden, dennoch haben sie bewusst inszenierte Ähnlichkeiten: Es gibt Übereinstimmungen im Umgang mit den Bauelementen und für alle Gebäude wurden die bereits genannten lokalen Baumaterialien verwendet – roter Mainsandstein, helle Putzflächen, dunkelgraue Basaltsockel (der allerdings beim Museum fehlt) sowie dunkelgraue Schieferdächer (siehe Abbildung 33). Die freistehenden Einzelgebäude sind mit offenen Arkadengängen verbunden, um die Zusammengehörigkeit nochmals hervorzuheben.

Bei den Recherchen zur Entstehungsgeschichte des Wissenschaftsensembles stellte sich heraus, dass die Arkadengänge aus Kostengründen fast nicht realisiert worden wären. Doch die Symbolisierung einer Einheit bzw. des Zusammenhangs war offenbar von so großer Wichtigkeit, da man am Ende das Geld dafür doch noch zusammenbekam.[29] Das deutliche Inbezugsetzen der Bauten aufeinander steigert sowohl deren repräsentative als auch ihre monumentale Wirkung, da ihre Verbindung auf ein gemeinsames „Größeres“ verweist. Die damit entstehende raumgreifende U-Formation erinnert sicherlich nicht zufällig an Schlossanlagen. Das und die Platzierung des Ensembles am Rande des exklusivsten Wohnquartiers der Stadt erhöhten im Stadtraum das „Gewicht“ und die Bedeutsamkeit der Einrichtungen.[30] Die Nachbarschaft aus Villen und luxuriöser Wohnbebauung war für die repräsentative Wirkung des Wissenschaftszentrums sicherlich ebenso förderlich wie umgekehrt die Wissenschaftsbauten für die Repräsentativität des Westends. Doch auch für die Bockenheimer Nachbarschaft versprach das Wissenschaftszentrum einen Gewinn, wie Academicus es in seiner kleinen Schrift veranschaulicht. Mit dem Blick auf eine zukünftige Universität malt er eine Zukunft für die Bockenheimer Bevölkerung aus, die ökonomische Vorteile mit sich bringe. Die Vermietung von Zimmern an Studierende und die erhöhte Nachfrage der Hochschulmitglieder nach gastronomischer Versorgung versprachen zusätzliche Einnahmequellen. Die mit dem Wissenschaftszentrum verbundenen räumlichen Synergien bezogen also nicht allein das Westend mit ein.

29 SenckenbergStift V 48/2, hier: Briefwechsel der Dr. Senckenbergischen Stiftung mit der SNG Ende 1905/Anfang 1906.

30 Auch über Frankfurts Grenzen hinaus erregte das Ensemble Aufmerksamkeit. In der Deutschen Bauzeitung erfolgte im Herbst 1908 eine ausführliche Dokumentation über die Neubauten. Die Einrichtungen selbst, allen voran das Naturkundemuseum, das als eines der modernsten der Welt galt, erreichten außerdem eine weit über Frankfurts Grenzen hinausreichende Bekanntheit.

Generell galten die repräsentativ gewandeten Institutionen der Kultur[31], der Wissenschaft und der Bildung[32] beim Ausbau Frankfurts zur Großstadt als Glanz- und Anziehungspunkte, die nicht nur aufgrund ihrer Architektur ansprechend wirken sollten, sondern die vor allem mit den Funktionen, die sie beherbergten, beeindrucken sollten. Für die Erzielung des gewünschten ökonomischen Effekts, den bestimmte bürgerliche Kreise mit diesen Projekten herbeizuführen beabsichtigten, war das gesellschaftliche Ansehen der mit diesen Bauten verkörperten Einrichtungen deshalb von großem Gewicht. Bei der Zusammenlegung der Institute für das Wissenschaftszentrum an der Viktoria-Allee spielte deren gesellschaftliche Bedeutung eine entscheidende Rolle – vor allem auch mit Blick auf die Vision, mit dieser Zusammenlegung die Gründung einer Stiftungsuniversität vorzubereiten. Die Reputation der Senckenbergischen Institute war (und ist bis heute) in Frankfurt und weit darüber hinaus sehr hoch. Die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften wiederum war in ihrer inhaltlichen Zielsetzung eine neuartige Hochschule, da sie rationale Ökonomie mit sozialwissenschaftlichen Fragestellungen in Zusammenhang brachte.[33] Mit der Zentralisierung wichtiger Frankfurter Wissenschaftseinrichtungen schaffte man sowohl räumlich als auch institutionell den Rahmen, in dem sich die Entwicklung bis zur Gründung der Frankfurter Stiftungsuniversität vollziehen sollte. Der „entscheidende" synergetische Effekt der Zusammenlegung lag also zunächst in der Zukunft.

5.6 Zwischenbilanz

Das 1908 fertiggestellte Wissenschaftszentrum am östlichsten Rand des Westends ist Ausdruck des damals weit verbreiteten bürgerlichen Repräsentationswillens, der nicht nur in Frankfurt, sondern auch in anderen Städten dafür sorgte, dass über bauliche Interventionen das Stadtbild ganz bewusst in ein repräsentatives

31 Z.B. der aufwendig wiedererrichtete Kaiserdom, die Gesellschaftshäuser des Palmengartens und des Zoos, die Oper und das Städel'sche Kunstinstitut.

32 Neben dem Wissenschaftszentrum an der Viktoria-Allee: das Botanische Institut und das Pathologisch-anatomischen Institut, die nach ihrer Verlegung vom Senckenbergischen Grundstück an anderen Standorten ebenfalls neu errichtet wurden; weiterhin das Georg-Speyer-Haus, das Kunstgewerbemuseum und die Kunstgewerbeschule der polytechnischen Gesellschaft, die Stadtbibliothek und zahlreiche Schulen.

33 In der späteren Universität entstand aufbauend auf der Akademie die Fakultät der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – eine absolute Neuheit an einer deutschen Hochschule, denn diese Disziplinen waren bis dahin üblicherweise entweder den Rechtswissenschaften oder der Philosophischen Fakultät zugeordnet (Hammerstein 1994: 90).

umgewandelt wurde. In Frankfurt kam noch eine weitere, nicht ganz so offensichtliche Komponente hinzu: Repräsentativität war hier nicht nur der *Ausdruck* von Vermögen und Einfluss, sondern wurde zugleich als *Motor* für noch mehr Vermögen und Einfluss angesehen. Die stadtkosmetischen Bemühungen dienten in Frankfurt nicht allein der Verschönerung des Lebensumfelds und der generellen Attraktivitätssteigerung, sondern hier standen immer auch ökonomische Ziele Pate. Ein attraktives Frankfurt – so die Überlegung – ziehe auch eine wohlhabende Klientel an. Sei es in Form des Tourismus oder in Form reicher Rentiers, die sich in Frankfurt niederließen. Für das Wissenschaftszentrum kommt noch ein weiterer, ebenfalls ökonomischer Aspekt hinzu, den der anonyme Autor Academicus in seiner Schrift von 1903 ins Spiel brachte: Er ging davon aus, dass der akademische Betrieb die lokale Wirtschaft insofern anzukurbeln vermag, als dass bestimmte Dienstleistungen vermehrt in Anspruch genommen werden, allem voran durch den Bedarf an Wohnraum und sonstiger Versorgung für Studierende und Lehrpersonal. Das auf die Stadt bezogene Schönheitsstreben des Frankfurter Bürgertums hatte also sowohl eine *ästhetische* als auch eine *ökonomische* Komponente. Nicht zuletzt war es auch der mit verschiedenen geplanten Projekten verbundene ökonomische Vorteil für die Stadt Frankfurt, der immer wieder zur Legitimation kostspieliger Bauten herangezogen wurde – neben der Aussicht auf ein besonderes Ansehen der Stadt über ihre Grenzen hinaus und der immer wieder hervorgebrachten Betonung, dass es um ein übergeordnetes Wohl gehe.

Der Antrieb für die Verbindung repräsentativer wie auch ökonomischer Bedürfnisse findet sich im städtischen Wissensvorrat Frankfurts. Kaufmännisches Denken prägte schon seit dem Mittelalter den Alltag der Stadt, Frankfurt galt außerdem viele Jahrhunderte lang als ein besonderer Mittelpunkt Deutschlands. Als Messe- und Kaiserstadt, später als deutsches Finanzzentrum und Sitz des Bundestags erlebten die Frankfurter und Frankfurterinnen ihre Stadt als einen gemeinsamen Erfahrungsraum, der geprägt war durch internationale Gäste, die zum Teil auch dauerhaft blieben, und der immer wieder ein Schauplatz bedeutsamer Ereignisse war. Das Wissen um die Sonderstellung Frankfurts und das von den Kaufleuten ausgehende ökonomisch geprägte Kalkül waren als feste Bestandteile des städtischen Wissensvorrats auch nach dem Verlust der Souveränität von größter Bedeutung. Der mit der Annektierung drohende Bedeutungsverlust der national und international angesehenen Stadt sowohl auf politischer als auch auf ökonomischer Ebene war für die bürgerlichen Eliten Frankfurts unter anderem deshalb so schmerzlich, weil neben dem Verlust wesentlicher Bezugspunkte des städtischen Selbstbilds auch der Erhalt des kulturellen Referenzraums bedroht schien. Mit der Realisierung beeindruckender bzw. repräsentativer Projekte sah Frankfurts bürgerliche Elite einen Weg, den drohenden Bedeutungsverlust aufzuhalten und zwar gleich

in zweifacher Weise: Mit der Erschaffung eines bürgerlichen wie vor allem auch repräsentativen Lebensumfelds glaubte man, zukünftig nicht nur das Ansehen der Stadt hochhalten zu können, sondern zugleich die Attraktivität der Stadt auch *ökonomisch* nutzen zu können. Es entstanden eine Vielzahl räumlicher Marker in Form von im Stadtraum materiell fixierter Beweise der immer noch besonderen Stellung Frankfurts, die außerdem den bürgerlichen Lebensraum sichtbar hervorhoben. Repräsentative Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen dienten als Demonstration dafür, dass Frankfurt immer noch „mithalten" konnte.

Das in Frankfurt vorzufindende Schönheitsstreben führte in Kombination mit dem tradierten ökonomischen Denken zu einer pragmatischen Verwertungsorientierung, die wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür war, dass die hocherwünschten Repräsentativprojekte trotz anfänglicher Schwierigkeiten und ablehnender Haltungen am Ende doch umgesetzt werden konnten. Man wartete einerseits nicht ab, dass sich von städtischer Seite aus das erforderliche Kapital zur Umsetzung fand und ermöglichte die Finanzierung aus Spenden und Stiftungsgeldern, andererseits verstanden es die Entscheider der städtischen Selbstverwaltungsgremien in geschickter Weise, die vorhandene Stiftungsbereitschaft, eine spezielle ökonomische Perspektive sowie ein pragmatisches Gespür bei der Entwicklung der Ereignisse derart zusammenzubringen, dass – vor allem für die bürgerlichen Eliten – erfreuliche Synergie-Effekte realisiert werden konnten. Zu Frankfurts anschaulichsten Beispiel zählt vermutlich der „Probezoo", ein zoologischer Garten mit festgelegter Probezeit, die die Funktion hatte, die ökonomische Tragfähigkeit der in den bürgerlichen Kreisen hocherwünschten Einrichtung stichhaltig zu überprüfen. Erst nach erfolgreicher Laufzeit realisierte man den dauerhaft angelegten Zoo inklusive Gesellschaftshaus (Frank et al. 2013). Repräsentativität und ökonomisches Kalkül gingen hier Hand in Hand.

Das Wirken der pragmatischen Verwertungsorientierung machte sich auch im Projektverlauf des entstehenden Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee bemerkbar. Auch hier verstand man es, trotz – oder vielleicht eher: *gerade* aufgrund – aufkommender Probleme, eine Vielzahl von Synergie-Effekten zu nutzen. Der in Frankfurts Bürgertum verbreitete Drang nach der Realisierung einer schönen Stadt und die ausgeprägten ökonomischen Interessen innerhalb Frankfurts spiegeln sich in dem Großprojekt gleichermaßen wider. Im Zuge des Projekts erfolgte die räumliche Umverteilung wichtiger Wissenschaftseinrichtungen und es konnte endlich die Verlegung des Bürgerhospitals in die städtische Peripherie vorgenommen werden. Die für das Wissenschaftszentrum in sehr hoher Summe geflossenen Stiftungsgelder gaben einen zusätzlichen Handlungsspielraum, den sich die Entscheider zu Nutzen machten. Es gelang, mithilfe privater Gelder und städtischer Subventionen in Form kostenfrei bereitgestellter Baugrundstücke, wichtige wissen-

schaftliche Einrichtungen Frankfurts räumlich zusammenzufassen und ihnen damit noch mehr Gewicht im Stadtraum (und natürlich auch darüber hinaus) zu geben. Gleichzeitig konnten die Senckenbergischen Institute aus ihrer einstigen Notlage „gerettet“ werden.

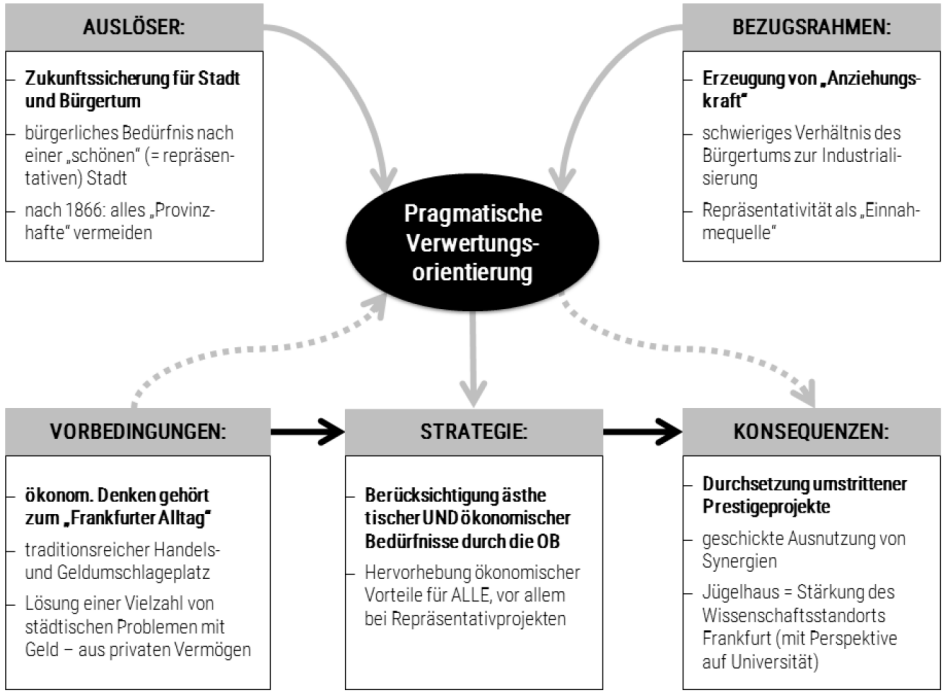


Abbildung 34: Frankfurts "pragmatische Verwertungsorientierung" als städtische Relevanz sowie ihre Bedingungen

Die Zusammenfassung der verschiedenen Institute an einem Ort, die aufeinander abgestimmte Gestaltung der Gebäude sowie der Standort am Rand von Frankfurts repräsentativsten Wohnquartier lassen zudem eine „räumliche Synergie“ entstehen: Die baulich zueinander in Bezug gesetzten Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen profitierten in ihrer repräsentativen Wirkung ebenso voneinander wie das Westend und das Gesamtensemble, die sich ebenfalls im Repräsentationseffekt wechselseitig steigerten. Den durch das Wissenschaftszentrum realisierbaren öko-

nomischen Mehrwert, welchen man insbesondere durch die im Jügelhaus beheimatete Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften zu ermöglichen glaubte, vermutete man allerdings nicht in mit dem Repräsentationsgewinn verbundenen Mietsteigerungen im Westend, sondern man vertrat die Auffassung, dass das in die Stadt kommende Lehrpersonal, die Wissenschaftler und die Studierenden Frankfurts Wirtschaft ankurbeln würden. Man nahm an, dass Studierende im preiswerteren Bockenheim Wohnungen suchten, was dem dortigen Mittelstand Mieteinnahmen bescheren würde. Bockenheim bot weiterhin für Lehrpersonal, Wissenschaftler und Museumsbesuchende zahlreiche Möglichkeiten zum Einkehren: Es gab (und gibt bis heute) zahlreiche Cafés und Restaurants – ganz im Gegensatz zum reinen Wohngebiet Westend. Aus ökonomischer Perspektive betrachtet nutzte das repräsentative Umfeld damit auch dem benachbarten Bockenheim bzw. der dort ansässigen Gastronomie und den Vermietern. Das Wissenschaftszentrum profitierte somit auch von der Nähe zu Bockenheim und umgekehrt. In ganz unterschiedlicher Hinsicht und aufgrund der geschickt genutzten Synergien versprach der gewählte Standort eine ganze Reihe „lukrativer" Effekte.

Die pragmatische Verwertungsorientierung seitens der Entscheider ermöglichte es, im Fall des Wissenschaftszentrums Schritt für Schritt zu einer Lösung zu kommen, die am Ende zahlreiche (vorwiegend bürgerliche) Bedürfnisse zu befriedigen vermochte. Dabei war am Anfang des langen Entscheidungswegs keineswegs klar, dass aus dem anvisierten Bau einer Bildungseinrichtung ein derartiges Großprojekt erwachsen würde. Pragmatismus und Verwertungsorientierung, die in einem engen Zusammenhang mit der Schaffung eines schönen bzw. repräsentativen Frankfurts standen, hatten schon in der Vergangenheit allen Widerständen zum Trotz für die Realisierung großer Projekte gesorgt. Zur Anwendung kam hier ein spezielles, auf Frankfurt bezogenes Wissen, das den pragmatischen Umgang mit Hindernissen ermöglichte und gleichzeitig das Ziel im Blick hatte, Frankfurt zukunftsfähig sein zu lassen. Im Fall des Wissenschaftszentrums weist unter anderem die Vision einer Frankfurter Universität, die nicht durch den Staat, sondern durch Frankfurts Bürgerschaft ermöglicht werden sollte, und die als wichtige zukunftssichernde Maßnahme betrachtet wurde, den Weg zur Überwindung der Hindernisse bei der Realisierung des Jügelhaus-Projekts. Antrieb war hier nicht bloß die reine Liebe zur Wissenschaft, wie man in Frankfurts bürgerlichen Kreisen immer beteuerte. Mit der Universität verband man einen besonderen Gewinn für Frankfurts Ansehen und es war mitunter genau diese Vorstellung, die eine besondere Kraft entfaltete.

6
Mit gewinnorientierter Flexibilität Gegensätze vereinen

Die Lösung der Probleme und Herausforderungen, die auf dem Weg Frankfurts zur Großstadt aufkamen, erfolgte nicht allein über das Anführen ökonomischer Argumenten. In der Problembewältigung waren die städtischen Entscheider oftmals auch deshalb erfolgreich, weil sie auf eine spezifische Form der Flexibilität zurückgriffen, mit deren Hilfe man Widerstände zu umgehen bzw. auszuräumen verstand, ohne dabei das eigentliche Ziel aus den Augen zu verlieren. In Frankfurt entwickelte sich im Umgang mit Widerständen eine „produktive" Art, die den Nebeneffekt hatte, dass man die in der Stadt aufeinanderprallenden Gegensätze nicht als unvereinbar erlebte. Der Nährboden hierfür war ein gelebter Pragmatismus, der nicht nur im Zusammenhang mit der Realisierung ökonomischer Vorteile zu finden war, sondern auch bei der Gestaltung des Zusammenlebens der vielen unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen in der Stadt samt ihren divergierenden Interessen. Ein konstruktiver Umgang mit alltäglichen Widersprüchen führte mitunter zur Überwindung von aus diesen Gegensätzen erwachsenen Widerständen.

Im Frankfurt jener Zeit ist es eine *gewinnorientierte Flexibilität*, die als städtische Relevanz ihre Wirkung unter anderem darin entfaltete, dass die bürgerlichen Interessen beharrlich durchgesetzt werden konnten, ohne dabei gravierende Spaltungen in der städtischen Gesellschaft zu verursachen. Eine Nivellierung der Gegensätze war dabei jedoch keineswegs das Ziel. Die Widersprüche auf gesellschaftlicher Ebene blieben bestehen und schrieben sich mit den ambitionierten Bauprojekten des Bürgertums, die trotz der oftmals formulierten Einwände und aufgekommenen Widerstände dennoch realisiert werden konnten, auf der baulichen Ebene in die städtische Materialität ein.[1] In den nachfolgenden Abschnitten rücken die Entstehungsbedingungen dieser gewinnorientierten Flexibilität in den Fokus sowie die zahlreichen Widersprüche innerhalb der Stadt, die diese Art der Flexibilität gerade bei den baulichen Großprojekten immer wieder herausforderten.

Das Bürgertum des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts war generell in Widersprüchen gefangen, da es zum Teil nicht zu vereinbarende Ziele verfolgte und permanent zwischen Modernisierung und Traditionalismus schwankte. Die Historikerin Gunilla Budde verweist darauf, dass die bürgerlichen Werthaltungen, die als vereinende Klammer des Bürgertums gelten, stets zwischen verschieden Polen

1 Jörg Köhler stellt in seiner Studie zum Städtebau im Frankfurt jener Zeit heraus, dass sich die diffuse Gemengelage aus Bedürfnissen, Vorstellungen und Ansprüchen der Grundstückseigentümer, Bewohnerschaft und Gemeindeverwaltung auch im Stadtplan wiedergefunden habe (Köhler 1995: 11).

pendelten: „Mit seinem ständigen Changieren zwischen utopischen Versprechungen und exklusiver Realität, zwischen Aufgeschlossenheit und Engstirnigkeit, zwischen Selbstverliebtheit und Selbstzweifel, zwischen Weitherzigkeit und Vorurteil trug das Bürgertum immer einen Januskopf.“ (Budde 2009: 1) In geschichtswissenschaftlichen Texten stellt man das Bürgertum des 19. Jahrhunderts immer wieder als in sich selbst zwiegespalten dar und führt dafür vor allem die disparaten Lebensordnungen von Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum ins Feld.[2] Heitmayer spricht sogar davon, dass „massive, geradezu körperlich sichtbare und gelegentlich brutale Unterschiede […] diese Distanzen ausdrückten und stets aufs Neue hervorbrachten.“ (Heitmayer 2009: 62) Zwar gab es auch in Frankfurt Interessenkonflikte, doch derart extreme Distanzen waren dort nicht typisch, im Gegenteil sogar: hier war die Kooperation zwischen den unterschiedlichen Bevölkerungs- und Interessengruppen bei der Umsetzung bürgerlicher Lebensweltideale nicht ungewöhnlich. Die starken integrativen Kräfte in Frankfurt wurzelten unter anderem in der persistenten sozialliberalen Haltung des Bürgertums bzw. der Entscheidungsträger. In seiner umfangreichen Studie zum Frankfurter Bürgertum stellt Ralf Roth als ein auffälliges Merkmal der Mainmetropole heraus, dass hier Bürgertum und Arbeiterschaft – trotz aller genannten Voreingenommenheiten – nicht so weit voneinander entfernt waren wie in anderen Städten (vgl. Roth 1996). Die nachfolgenden Abschnitte widmen sich deshalb einerseits den Gegensätzen, die im damaligen Frankfurt aufeinanderprallten, andererseits den städtischen Traditionen, die ein besonders integratives Klima ermöglichten, um schließlich darauf aufbauend nachzuzeichnen, wie in Frankfurt mittels der Orientierung an einer *gewinnorientierten Flexibilität* als städtischer Relevanz immer wieder Unpassendes passend gemacht und schlussendlich sogar eine „behagliche Monumentalität“ ermöglicht wurde.

6.1 Frankfurts Widersprüche

Der Aufbruch in die Moderne gegen Ende des 19. Jahrhunderts zeichnete sich ganz grundsätzlich durch eine Vielzahl von Spannungen und Widersprüche aus. Parallel zu den aufgekommenen neuen Technologien und der industriellen Produktionsweise kam es zu gravierenden sozialen Umwälzungen. Wie bereits erörtert, war das rasante Bevölkerungswachstum in den Städten eine große gesellschaftliche wie auch städtebauliche Herausforderung. Die Stadt gilt deshalb als Beschleuniger

2 Vgl. Budde (2009); Schulz (2005); Roth (1996).

und Motor des sozialen Wandels sowie der Moderne und als ein Schauplatz der Gleichzeitigkeit des Ungleichen. Vereinfacht gesprochen standen sich um die Jahrhundertwende 1900 in den großen Städten zwei antagonistische Bevölkerungsgruppen gegenüber: auf der einen Seite das aufstrebende Bürgertum, eine in sich heterogene Gesellschaftsschicht, die in Teilen immer reicher wurde, auf der anderen Seite ein wachsendes Industrieproletariat, das mit Wohnungsnot und schwierigen Lebensbedingungen zu kämpfen hatte. In den Städten setzte man Schritt für Schritt modernste Infrastrukturen um (Wasserversorgung, Gasversorgung, Kanalisierung und bald auch Elektrifizierung) während sich einfache Arbeiterinnen und Arbeiter kaum eine Wohnung leisten konnten und meist ärmlich lebten. Es wurden technologisch völlig neuartige Möglichkeiten des Bauens möglich, trotzdem griff man noch immer auf historisierende Bauformen zurück und das Bürgertum errichtete repräsentative Bauten, die an die Herrschaftsarchitektur vergangener Epochen erinnern. Widersprüche bzw. Gegensätze zeigten sich sowohl in sozialer als auch in baulicher Hinsicht.

Das Bürgertum gab mit seinem universalistischen Wertekanon vor, was gesellschaftlich als erstrebenswert galt. Tatsächlich aber war die bürgerliche Vorstellung vom eigenen idealen Leben ein Dasein, das *exklusiv* bleiben sollte. Während auf der einen Seite Gleichheit und Freiheit sowie politische Mitbestimmung als zentrale Werte für *alle* hochgehalten wurden, waren doch große Teile der Gesellschaft systematisch davon ausgeschlossen, überhaupt in deren Reich- bzw. Sichtweite zu kommen. Dazu zählten Frauen, Besitzlose, Minderheiten, Pauperisierte und Kriminelle. Hans-Ulrich Wehler schreibt, dass „die innere Homogenität der »Bürgerlichen Gesellschaft« [...] mithin durch rigorose Exklusion und schroffe Distanzierungspraktiken erkauft“ wurde (Wehler 2000: 87). Einerseits idealisierte man die bürgerliche Lebensweise als die einzig richtige und damit vorbildliche, andererseits blieb sie für große Teilen der Gesellschaft unerreichbar, da sowohl der Zugang zu Besitz als auch zu Bildung fehlte.

Auch im Frankfurt um 1900 zeigten sich diese Widersprüche. Waren laut Ralf Roth aufgrund der sozialliberalen Tradition die integrativen Kräfte in dieser Stadt auch größer als andernorts, so war das nicht gleichbedeutend damit, dass hier ein starker Distinktionswille seitens des Bürgertums und eine damit einhergehende Segregation nicht vorhanden gewesen wären. Dennoch gab es vor allem auf dem Gebiet der Volksbildung eine vergleichsweise große Nähe zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft, die sich unter anderem in einer langfristigen sozialpolitischen Zusammenarbeit und Kooperationen vor allem im Kulturbereich zeigte: „Das Soziale Museum umwarb die organisierte Arbeiterschaft mit Unterrichtskursen. Der Arbeiterbildungsausschuss arbeitete nun einträchtig mit dem Ausschuß für Volksvorlesungen zusammen, bemühte sich unvermittelt um Kammermusikabende mit

einem Künstlerstreichquartett.“ (Roth 1996: 654f.) Über diese Initiativen und Programme öffnete sich der Arbeiterschaft ein ursprünglich dem Bürgertum vorbehaltener Bereich, der aufgrund fehlender materieller Mittel einst vollkommen unzugänglich geblieben war. Allerdings vollzog sich diese Entwicklung „manchmal etwas gewaltsam und von oben herab“ (ebd.: 655) und der Arbeiterschaft standen längst nicht sämtliche Bildungsangebote offen, sondern nur die eigens für sie aufgelegten. Bildung ja, aber nur zu den Bedingungen der machthabenden Eliten. Der bürgerliche Wille zur Kooperation mit der Arbeiterschaft visierte „kulturbildende“ (sprich: erzieherische) Effekte an, während Teile des Bürgertums zur gleichen Zeit in Frankfurt kein Geheimnis daraus machten, dass man einer großen Arbeiterschaft und insbesondere dem Industrieproletariat gegenüber äußerst ablehnend gegenüberstand, da man in dieser gesellschaftlichen Gruppe eine Bedrohung der bürgerlichen Lebenswelt sah.

Die widersprüchliche Haltung des Bürgertums gegenüber den unteren Gesellschaftsschichten zeigte sich auch in der Ausgestaltung der städtischen Lebenswelt. Trotz der Ende des 19. Jahrhunderts immer größer werdenden Wohnungsnot bei den sozialen Gruppen mit sehr geringen ökonomischen Ressourcen wurden Nobelquartiere wie das Westend in besonderer Weise begünstigt und die Distinktionswünsche der reichen Elite in der Stadt amtlich gefördert. Während es für die ökonomisch Schwachen war es fast unmöglich war, an günstigen Wohnraum zu kommen, gab es auf der anderen Seite einen Überschuss an Luxuswohnungen, der ab den 1880er Jahren sogar zu einem Leerstand führte. Selbst das Kleinbürgertum hatte zunehmend Schwierigkeiten, sich angemessene Bleiben leisten zu können (Mohr 1992: 99). Zwar entwickelte sich in Frankfurt der gemeinnützige und genossenschaftlich organisierte Wohnungsbau deutlich stärker und auch zeitlich etwas eher als in anderen deutschen Großstädten, gleichzeitig blieben die Mieten nichtsdestotrotz so hoch wie nirgends sonst im Reich. Grund für die anhaltend hohen Preise auf dem Wohnungsmarkt waren die enormen Gewinnmöglichkeiten durch die Bodenspekulation. Aus wirtschaftlichen Gründen war entweder der Bau von Luxuswohnungen oder aber der von Mietshäusern minderer Qualität die ertragsreichsten Varianten (vgl. Mohr 1992; vgl. Köhler 1995). Der Wunsch nach Exklusivität und einem „schönen“ Frankfurt wirkte in diesem Dilemma als verstärkender Faktor. Der Bau von exklusivem Wohnraum hatte in Frankfurt trotz aller Wohnungsnot Vorrang (vgl. Mohr 1992).

Weiter vorne habe ich bereits die Gründe für Frankfurts Repräsentationsstreben diskutiert. Die Angst vor dem Bedeutungsverlust wirkte hier wie ein Beschleuniger, da mit dem vermeintlichen Sinken des Ansehens der Stadt auch die Bürgerlichkeit in Frankfurt bedroht schien, wenn man die Stadt als *den* wichtigsten Referenzraum des Bürgertums versteht. Die lange Industrieverweigerung lassen die damaligen

Repräsentationsbedürfnisse auf der einen und die ökonomischen Erfordernisse auf der anderen Seite als nicht miteinander vereinbar erscheinen, tatsächlich gelang es aber, *beides* unter einen Hut zu bekommen. In Frankfurt setzte im letzte Quartal des 19. Jahrhunderts ein Modernisierungsschub ein, der wiederum nicht in dieser Art hätte erfolgen können, wenn mit der neuen Gemeindeverfassung, die eng an die preußische angelegt war, an einigen Stellen nicht einige grundlegende Reformen der Verwaltungsstrukturen umgesetzt worden wären. So sehr man in Frankfurt unter den Folgen der Annektierung und dem drohenden Bedeutungsverlust gelitten hatte und sich gegen Preußen positionierte – ohne die mit den Ereignissen verbundenen strukturellen Veränderungen hätte Frankfurt den Stadtumbau und den Industrialisierungsrückstand vermutlich nicht in derart erfolgreicher Weise umsetzen können. Erst mit dem politischen Umbau nach der Annektierung erfolgten die Umsetzung fortschrittlichster Infrastrukturen und die Eingemeindungen, mit denen die bislang fehlende Industrie in die Stadt geholt wurde. Beides verhalf Frankfurt zu einem neuen ökonomischen Aufschwung. Parallel dazu erfolgte der Aus- und Aufbau renommierter Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen und Frankfurts permanente „Stadtverschönerung“ und das dank kräftiger finanzieller Unterstützung durch die privaten Haushalte. Das Bemerkenswerte hierbei war wiederum, dass sich nicht nur das reiche Bürgertum gebefreudig zeigte, sondern dass sich auch der Mittelstand an den zahlreichen Stiftungsinitiativen beteiligte und auf diese Weise mitgestaltete.

Stiften und Spenden war eine wichtige bürgerliche Praxis, die in Frankfurt durch eine breitere Bevölkerungsschicht umgesetzt wurde und die keineswegs nur mit Blick auf die Erschaffung einer bürgerlichen Lebenswelt erfolgte. Auch in Projekte mit mildtätigem Charakter investierte man viel privates Geld. Es entstanden außerdem Initiativen, die sozialaufklärerischen Leitideen folgten, wie etwa das durch den Industriellen Wilhelm Merton gegründete Institut für Gemeinwohl. Dieses war gleichzeitig Sozial- und Forschungseinrichtung und war mit dem Ziel eröffnet worden, Frankfurts Fürsorgelandschaft besser zu koordinieren und gleichzeitig wissenschaftliche Grundlagen zu verschiedenen sozialen Fragen zu erarbeiten, wie etwa zu den Lebensverhältnissen der Industriearbeiterschaft (Achinger 1965). Bei allem Gemeinsinn, den man im damaligen reichen Frankfurt antreffen konnte, verlor man die wirtschaftlichen Aspekte niemals aus dem Blick. Im Zweifel investierte man Gelder eher in Bildungs- und Kultureinrichtungen als in Wohlfahrtsprojekte, sofern sich für die Stadt daraus weitere positive Effekte – wie zum Beispiel wirtschaftliche Vorteile – ergaben. Das zeigt das Beispiel zur Entscheidung über den Verwendungszweck des Jügelerbes. Wirtschaftliche Vorteile sah man außerdem in der Erschaffung eines „schönen“ Frankfurts und setzte vor allem in den 1870er und 1880er Jahren – ganz dem Repräsentationswillen der bürgerlichen

Eliten entsprechend – viel daran, mit teilweise drastischen Eingriffen in die bauliche Substanz, die Stadt in besonderem Glanz erstrahlen zu lassen. Die damit verbundenen dramatischen Veränderungen des Frankfurter Stadtbilds wurden allerdings nicht von allen positiv beurteilt. Der Zeitgenosse Victor Tissot schrieb 1877 angesichts der erheblichen baulichen Umwälzungen: „*Wer Frankfurt sehen will, muß sich beeilen. Die Stadt ist nicht vom Tode bedroht, im Gegenteil, sie lebt und gedeiht. Aber für den Archäologen, den Historiker und den Künstler ist dieses Gedeihen ein Sterben. Noch zehn Jahre dieser Entwicklung, und die alte Kaiserstadt wird nur noch auf Photographien vorhanden sein.*“ (zit. in Schivelbusch 1985: 17) Hier spricht Tissot den Widerstreit zwischen Modernisierung und dem Wunsch, die Tradition nicht ersterben zu lassen, an. Der Erfolg von Frankfurts Stadtumbau stieß in jedem Fall auf ein differenziertes Echo. Einerseits beklagten viele Frankfurterinnen und Frankfurter das „Sterben“ der Altstadt und alter Baubestände (ebd.; vgl. Mohr 1992: 70ff.), auf der anderen Seite entwickelten die Baumaßnahmen eine besondere Strahlkraft nach außen: Frankfurts Schönheit wurde weit über die eigenen Stadtgrenzen hinaus gerühmt.

So wie auch in anderen europäischen Städten standen in Frankfurt Traditionsbewusstsein und Modernisierungsstreben nebeneinander. Mit den daraus resultierenden Ambivalenzen ging man vergleichsweise „pragmatisch“ um und blickte in den öffentlichen Debatten weniger auf das, was einander trennte, sondern auf das, was man als förderlich für die Stadt und damit für die dort lebenden Menschen empfand. Da die Debattenführer aus dem bürgerlichen Lager kamen, ging es natürlich immer auch um die Erfüllung bürgerlicher Bedürfnisse im Stadtraum, wie die vielen sozialen bzw. sozialreformerischen Projekte jener Zeit veranschaulichen, blieben die Nöte benachteiligter Bevölkerungsgruppen nicht unbeachtet. Einer „blinden“ Alimentierung zog man dabei aber immer ökonomisch vorteilhafte Zukunftsaussichten vor. In Frankfurt konnte ein ökonomisches – und vielleicht noch treffender formuliert: ein zukunftsorientiertes Denken – offenbar so manchen Widerspruch „heilen“.

6.2
Frankfurts integratives Klima

Frankfurts Zukunftssicherung war *das* vorherrschende Thema der damaligen Stadtpolitik. Es galt, Frankfurt zur Großstadt und zu einem Industriestandort umzubauen, ohne dabei die bürgerlichen Bedürfnislagen zu verletzen. Fragen der Äs-

thetik und der Ökonomie waren ebenso wichtig, wie die Berücksichtigung sozialer Aspekte und diese Mischung kann durchaus als eine Frankfurter Eigenheit bezeichnet werden. Die Mainmetropole positionierte sich um 1900 nicht nur als die temporär reichste Stadt Deutschlands, sondern auch als eine der reformfähigsten. Die eingangs dieses Kapitels dargelegten Gegensätze, die das Gesicht wie auch den Alltag der Stadt prägten, erforderten von politischer Seite ein permanentes Balancespiel bzw. ein Austarieren zwischen den verschiedenen Polen. Es ist jedoch nicht allein den Leistungen der städtischen Selbstverwaltungsgremien zu verdanken, dass dieser Balanceakt in Frankfurt immer wieder gelang, sondern auch dem insgesamt eher integrativen Klima innerhalb der Stadt, das selbst bei konfligierenden Interessen zufriedenstellende Lösungen ermöglichte. Nachfolgend soll es darum gehen herauszuarbeiten, in welcher Weise sich Frankfurts integrative Kräfte zeigten.

Bemerkenswert war unter anderem der für die damalige Zeit unübliche gemischt-konfessionelle Charakter im Vereinswesen. In Frankfurt gelang es den Konfessionen offenbar besser als in anderen Städten, gemeinsam bzw. konfessionsübergreifend gemeinnützige Projekte auf den Weg zu bringen. Ralf Roth hebt in diesem Zusammenhang unter anderem den anlässlich zur Wiedererrichtung des 1867 abgebrannten katholischen Doms gegründeten „Frankfurter Dombauverein" hervor, zu dessen Gründern und Mitgliedern sowohl Personen des katholischen, lutherischen, reformierten oder jüdischen Glaubens gehörten (Roth 1996: 531). Roth betont, dass in Frankfurt „[g]egenüber der Orthodoxie und fundamentalistischer Abgrenzungen [...] die Traditionen eines toleranten Zusammenlebens der verschiedenen Konfessionen [überwogen]." (Roth 1996: 540) Das auch in anderen Kontexten vorzufindende gemischt-konfessionelle Miteinander führte außerdem dazu, dass in Frankfurt nichts vom sogenannten „Kulturkampf" der 1870er und 80er Jahre zu spüren war, während es in Preußen zu teilweise sehr heftigen Auseinandersetzungen kam, weil der Staat versuchte, die Autonomie der katholischen Kirche einzuschränken. In Frankfurt war ein derartiger Konflikt offensichtlich nicht möglich, denn fundamentalistische Abgrenzungs- und Ausgrenzungsversuche wurden hier überwogen von den „gemeinsamen Erfahrungen jahrzehntelanger Reformpolitik" und der „ablehnende[n] Haltung gegenüber Preußen" (ebd.: 530).

Wichtige integrative Funktionen erfüllte das seit Mitte des 18. Jahrhunderts und im Verlauf des 19. Jahrhunderts „um viele Bereiche ergänzte[.] und insgesamt stark erweiterte[.] Geflecht von mildtätigen und sozialen Stiftungen." (ebd.: 584) Vor allem jüdischer Stifterinnen und Stifter konnten über diesen Weg ihre ehemals eingeschränkten Gestaltungsoptionen deutlich ausweiten. Um 1900 war der Anteil jüdischer Geber und Geberinnen in den Frankfurter Stiftungen sogar größer als

der jüdische Anteil an Frankfurts Gesamtbevölkerung[3] und zeigte sich weiterhin als besonders aktive Gruppe im Stiftungsbereich.[4] Auch das ist eine Frankfurter Besonderheit, denn im damaligen Deutschland war der jüdische Anteil in den Stiftungen nicht grundsätzlich überproportional hoch. Eine solche Überproportionalität zeichnete auch das Frankfurter Bürgertum aus[5], insbesondere für den jüdischen Anteil unter den Bestverdienenden der Stadt[6] (Schimpf 2007: 129): acht von zehn der größten Steuerzahler waren Juden, darunter allein vier Rothschilds, von den 120 größten Steuerzahlern Frankfurts waren insgesamt 51 Juden (Roth 1996: 574).

Nachdem die Juden in Frankfurt 1864 vollständige Bürgerrechte erhielten – die Freie Stadt zählte zu den ersten Staaten, die Menschen jüdischer Herkunft dieses Recht gewährte – trat neben das traditionelle religiöse Stiften und Spenden[7] auch das kulturelle. Im Zuge der Gleichstellung mit der christlichen Bürgerschaft förderte man nun nicht mehr nur jüdische mildtätige Initiativen, sondern die Zielgruppe verlagerte sich zunehmend auf die gesamte städtische Bevölkerung, unabhängig von der Religionszugehörigkeit (Schimpf 2007: 127). Es „kamen […] lange unterdrückte Potentiale eines vielfältigen Engagements für öffentliche, gemeinwohlbezogene und politische Angelegenheiten zur Entfaltung." (Hansert 1992: 109) Neben anderen Autoren[8] vermutet auch Gudrun-Christine Schimpf hinter der

3 1910 gab es in Frankfurt 59 von Juden und 141 von Christen errichtete Stiftungen, der jüdische Anteil liegt damit bei ca. 30 Prozent. Bei den Zustiftungen und der Unterstützung kultureller Institutionen in Frankfurt, bei welchen man nicht wie bei den Stiftungen in „jüdisch" bzw. „christlich" unterscheiden kann, lag der Anteil vermutlich bedeutend höher (Schimpf 2007: 127).

4 Vgl. Schivelbusch (1985); vgl. Roth (1996); vgl. Schimpf (2007).

5 Frankfurt und Berlin waren die deutschen Städte mit dem höchsten Anteil jüdischer Einwohnerinnen und Einwohner, der jeweils bei etwa 10 Prozent lag, ansonsten lag der Anteil durchschnittlich bei etwa fünf Prozent.

6 Vor allem im Frankfurter Bankwesen waren Juden überproportional vertreten: der Anteil jüdischer Bankiers war beträchtlich höher als der Gesamtanteil der Juden an der Frankfurter Bevölkerung (Schivelbusch 1985: 51).

7 Spenden und Stiften zum Zweck der Wohltätigkeit zählte ganz unabhängig von der traditionellen Frankfurter Gebefreudigkeit explizit zur jüdischen Tradition. So gab es in Frankfurt schon seit dem Mittelalter explizit jüdische Stiftungen. Die dahinterliegende Motivation war die so genannte Zedaka, das Gebot, Großzügigkeit zu üben. Wohltätigkeit war keine freiwillige Leistung, sondern eine Pflicht der Reichen gegenüber den Bedürftigen; die Stiftung mit „warmer Hand", also zu Lebzeiten und bei vollständiger Gesundheit der Gebenden, war sehr hoch angesehen. Das Geben zur Erlangung gesellschaftlicher Anerkennung galt im Gegensatz dazu als verpönt (vgl. Schimpf 2007: 127) Das religiös motivierte Spendenverhalten wurde durch die rechtslose, diskriminierende sowie insgesamt unterprivilegierte Lage und der daher extrem eingeschränkten gesellschaftlichen Teilhabe besonders bekräftigt. In Frankfurt beschränkte sich der jüdische Lebensraum von 1462 bis 1796 auf das Ghetto in der Judengasse. Bis zum großen Gassenbrand blieb die jüdische Gemeinde zwangsläufig weitgehend unter sich. Spenden und Stiften bezog sich in dieser Zeit zunächst ausschließlich auf die religiöse Gemeinde und die Fürsorge bedürftiger Gemeindemitglieder sowie Witwen und Waisen. Aufgrund des Ausschlusses von öffentlichen Zuwendungen, war dies für Menschen jüdischer Herkunft lange Zeit die einzige Möglichkeit der Inanspruchnahme von Mildtätigkeit.

8 Schivelbusch (1985); Hammerstein (1989); Hansert (1992); Roth (1996).

außergewöhnlichen jüdischen Stiftungsbereitschaft in Frankfurt gezielte Integrationsbestrebungen: Nach der Gewährung der bürgerlichen Rechte konnte auf diese Weise nicht nur der Wille zur Emanzipation sowie die Liebe zur Heimatstadt zum Ausdruck gebracht werden; das Stiftungsengagement ermöglichte darüber hinaus die Anerkennung als Bürger bzw. Bürgerin und die Aufnahme in die bürgerliche Gesellschaft (Schimpf 2007: 128f.). Durch Stiften und Spenden „legitimierte sich der oder die Einzelne als der Teil der bürgerlichen Gesellschaft und trug dazu bei, das Ansehen seiner bzw. ihrer Stadt zu heben. […] Mäzenatisches Handeln diente außerdem der Befriedigung integrativer und vor allem repräsentativer Bedürfnisse, da es für Zugereiste und sozial Aufgestiegene einem Eintrittsbillet in die gut situierte bürgerliche Gesellschaft einer Stadt gleichkam." (Schimpf 2007: 123)

Doch nicht nur die in der jüdischen Tradition verankerte Stiftungsfreude sorgte für die Einpassung in die bürgerliche Elite, auch der bildungsorientierte Habitus des Judentums war leicht mit dem des neuen Bürgertums übereinzubringen. Diese Übereinkunft sorgte dafür, dass sich den wohlhabenden Juden der Zutritt zur bürgerlichen Elite Frankfurts öffnete und sie damit ein aktives Mitspracherecht ausüben konnten. Ralf Roth verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass es dem Frankfurter Judentum darum ging, „die Möglichkeiten der kommunalen Ebene zur Gestaltung seiner Lebenswelt" zu nutzen (Roth 1996: 587). Das Zusammenspiel aus wirtschaftlichem Erfolg, einem „passenden" Bildungshintergrund und mäzenatischem Engagement zog für die Frankfurter Juden in den 1870er und 80er Jahren „als Zeichen der Integration und der gewachsenen Reputation die Übernahme führender Positionen in der liberalen Bewegung und die Aufnahme in die politische Führungsschicht nach sich." (ebd.: 540)

Neben einer Integration der erfolgreichen jüdischen Familien in das Bürgertum war auch die die schichtenübergreifende Zusammenarbeit im Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbereich eine Frankfurter „Spezialität" (Schimpf 2007: 71) und hier vor allem die bereits weiter vorne angesprochene und damals eher ungewöhnliche Kooperation zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft (Roth 1996: 624ff.). Es entstanden Einrichtungen wie etwa die erste gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft von Georg Varrentrapp, Betriebsstiftungen, welche die Arbeiterschaft an den Betrieb banden und die Einfluss auf deren politische Meinungsbildung nehmen wollten (ebd.: 582f.), oder das „Institut für Gemeinwohl" von Wilhelm Merton, dessen Ziel es war, „ein besseres Verständnis und erhöhtes Interesse, insbesondere der besitzenden und machthabenden Klassen, für die wirtschaftlichen und sozialen Vorgänge" zu erwecken (ebd.: 584). Von 1885 bis 1914 entwickelte sich in Frankfurt, allen Vorurteilen zum Trotz und parallel zu den Arbeitskämpfen um mehr Lohn und verringerte Arbeitszeiten seitens der gewerkschaftlich organisierten Ar-

beiterschaft, zwischen Bürgern unterschiedlichster politischer Einstellung und Arbeitervertretern ein dichtes Netz von Beziehungen, „das zahlreiche Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit von bürgerlicher und proletarischer Bewegung bot." (ebd.: 640)

Mit dem massenhaften Zuzug von Arbeiterschaft sowie armer Bevölkerung und den damit verbundenen sozialstrukturellen Wandel gegen Ende des 19. Jahrhunderts wuchsen bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern in Frankfurt die Hoffnungen auf eine sozialpolitische Erneuerung der liberalen Bewegung und es erfolgte eine Vielzahl praktischer Handlungen: Vereine mit sozialpolitischen Aufgabenstellungen entstanden, so etwa auch der Ausschuß für Volksvorlesungen, mit dem der Arbeiterschaft Zugang zu (bürgerlicher) Bildung verschafft werden sollte. Aber auch Vereine, die sich mit der empirischen Untersuchung von Armut befassten, um eine Reformpolitik vorzubereiten (z.B. der Freie Deutsche Hochstift, das Soziale Museum oder die Centrale für private Fürsorge) wurden ins Leben gerufen (ebd.: 635). Um 1900 entstanden zahlreiche weitere neue Organisationsstrukturen, z.B. „Ortskartelle und Arbeitersekretariate mit Rechtsauskunftsstellen, um die neuen Möglichkeiten des verbesserten Arbeiterschutzes, der reformierten Armenfürsorge und des Versicherungssystems auszuschöpfen, auch um sich an den lokalen Gewerbegerichten oder an den Selbstverwaltungskörperschaften der Ortskrankenkassen zu beteiligen. Arbeiterreformer, Sozialliberale, Sozialkonservative und staatliche Stellen bildeten ein heterogenes widersprüchliches Beziehungsgeflecht, dessen Effizienz und integrierende Wirkung in bezug auf die Arbeiterbewegung kaum zu unterschätzen ist." (ebd.: 626)

Gerade das über das Vereins- und Stiftungswesen entfaltete sich in Frankfurt das integratives Klima. Hervorzuheben ist an dieser Stelle erneut, dass in Frankfurt nicht allein die Wohlhabendsten stifteten, sondern Personen aus sehr verschiedenen sozialen Hintergründen mit je unterschiedlichen ökonomischen Voraussetzungen. Nicht nur das reiche Wirtschaftsbürgertum investierte in gemeinnützige Projekte, sondern auch aus dem Kleinbürgertum und dem Mittelstand floss privates Geld in Kulturprojekte, in die Wohlfahrt oder in Zwecke der Bildung. Die Höhe der gegebenen Summe war dabei weniger wichtig als der Stiftungsakt als solcher.[9] In Frankfurt einte das gemeinsame Spenden in dem Willen, bei der Gestaltung des Lebensumfelds Stadt mitzuwirken. Die Teilhabe an der Sicherung von Frankfurts Zukunft war einer der wichtigen Motivationsgründe für dieses Engagement. 1890 unterstreicht Oberbürgermeister Franz Adickes, anlässlich seines neuen Amtes frisch nach Frankfurt gezogen, einen über die Stadtgrenzen hinausreichenden

9 Das zeigt sich unter anderem daran, dass in Frankfurt im Verlauf des 19. Jahrhunderts die Zahl der Stiftungen kontinuierlich wuchs, die Gesamthöhe des gestifteten Kapitals allerdings im Wesentlichen unverändert blieb (Schimpf 2007: 124): Die gleiche Geldsumme wurde in immer mehr kleineren Beträgen gestiftet und gespendet.

Ruhm, der ermöglicht werde durch eine Bürgerschaft, *„welche gewohnt ist, mit starker kräftiger Initiative alle Aufgaben anzufassen, eine Bürgerschaft, welche sich in Kunst und Wissenschaft, in wohltätigen Anstalten, in Allem was eine Stadt verschönt und ziert, Denkmäler gesetzt hat, welche die Bewunderung eines Jeden, der diese Stadt besucht, herausfordern.“* (zit. in Hansert 1992: 118)

Wenn in Frankfurt Privatleute für die positive Entwicklung „ihrer“ Stadt finanzielle Mittel zur Verfügung stellten, griff man in der damaligen Redeweise immer wieder auf die Bezeichnung *„Opfer“* bzw. *„Opferwilligkeit“*. Mit der Formulierung *„Opfer“* unterstrich man die stadtpatriotische Komponente der Geldgabe und betonte, dass es bei den vorliegenden Angelegenheiten um die Erreichung *„höherer Ziele“* ging. Wenn Projekte wie die Mainbrücke „Eiserner Steg“, der Palmengarten mit seinem Gesellschaftshaus, ein Neubau für das Städel'sche Kunstinstitut oder der Zoologische Garten, ebenfalls mit Gesellschaftshaus, privat finanziert wurden, ging es den Geldgebenden nicht nur um die Umsetzung bzw. die Institution selbst, sondern auch um die Stärkung der Position Frankfurts sowie um die mit der Spende verbundenen stadtpatriotische Geste. Durch den Rückgriff auf Formulierungen, die das Aufopferungsvolle des Spendenakts hervorhoben, knüpfte man wiederum an die Ideologie des Allgemeinwohls an, indem man es vermied, die Vorteile hervorzuheben, die vor allem das Bürgertum durch solche Gaben für sich realisieren konnte. Man stellte stattdessen das *Opfer an die „Allgemeinheit“* in das Licht der Öffentlichkeit. Das verbindende Moment des Stiftens und Spendens war damit nicht allein die gemeinsame Gabe mit anderen Frankfurterinnen und Frankfurtern und das gemeinsame Einstehen für bestimmte gemeinnützige Zwecke, sondern auch das Einbeziehen aller in der Stadt Lebenden Menschen: Ein Teil der Bürgerschaft *„opferte“* sich für die Stadt auf und zugleich waren *alle* anderen in der Stadt Lebenden mit einbezogen, da man ja von einem Gewinn für die Gesamtbevölkerung ausging. Bei diesen *„Opfern“* blieb also niemand ausgeschlossen. Zumindest in rhetorischer Hinsicht nicht.

Bereits in Kapitel 3 habe ich herausgearbeitet, dass der gerne zum Einsatz gebrachte Verweis auf die Realisierung eines Nutzens für *alle* Frankfurterinnen und Frankfurter der Legitimierung großer Ausgaben aus der städtischen Kasse diente. Am Beispiel der Jügelhaus-Debatte habe ich außerdem dargelegt, dass man auch auf kommunaler Ebene bereit war, sich für Frankfurt zu *„opfern“* und dass man das ebenfalls in direkten Bezug zum *„zum Wohl“* der Stadt setzte. Gerade in Bezug auf Fragen der Finanzierung und der Subventionierung hob man immer wieder die in Frankfurt vorzufindende besondere *„Opferbereitschaft“* hervor, um den Befürwortern des Altersheims, die den gemeinnützigen Aspekt ihrer Interessen zunächst

sehr viel deutlicher herausstellen konnten, etwas entgegenzuhalten.[10] Auffällig an den Argumentationen der Stadtverordneten ist die Verbindung der *„Opferwilligkeit“* Frankfurter Bürgerinnen und Bürger mit der Bereitschaft auch seitens der Stadt, ebenfalls *„Opfer“* zu erbringen. Damit unterstrich man das gemeinsame „höhere Ziel“ und brachte direkt im Anschluss einen weiteren Aspekt ins Spiel, nämlich die „Tatsache“, dass man durch die *gemeinsame Opferbereitschaft* gleich mehrere Probleme löse. Die Spenden für die Senckenbergischen Institute konnten endlich zur Ausführung der An- bzw. Neubauten herangezogen werden, da durch das Eingreifen der Stadt der dafür erforderliche Baugrundgrund bereitgestellt werden könne. Das *„Opfer“* der Stadt würde weiterhin die dringend erforderliche Verlegung des Bürgerhospitals ermöglichen. Und zu guter Letzt konnte man nicht nur einer bestehenden Bildungseinrichtung (der Akademie) endlich ein eigenes Heim und weiteren Entfaltungsspielraum geben, sondern darüber hinaus bedeutsame Frankfurter Institute räumlich zusammenfassen.[11] Die entstehenden und für die Stadt vorteilhaften Synergien, seien dieses *„Opfer wohl werth“*.[12] Die Begriffe *„Opferbereitschaft“* und *„Opfer“* drückten in diesen Kontexten eine spezifische Form der Zusammengehörigkeit innerhalb der Stadt aus. Man verwies mit ihnen auf das *gemeinsame* Eintreten für Projekte, die Vorteile für *alle* in Frankfurt Lebenden bringen sollten.

Tatsächlich ist aber mit der Frankfurter Opferbereitschaft kein rein altruistisches Handeln verbunden, sondern auch der hartnäckige Durchsetzungswille des Bürgertums, das die eigenen Interessen im Stadtraum verwirklicht sehen wollten und dafür mit all seinem *„Bürgersinn“* dafür eintrat. Das schloss mitunter Opfer ein, jedoch keine zulasten des eigentlichen Ziels. Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang, dass es innerhalb des Bürgertums zwar immer wieder zu Meinungsverschiedenheiten kam, das zeigt die Debatte um den Verwendungszweck des Jügel-Erbes ja sehr deutlich, dass aber am Ende die Entscheidung offensichtlich von allen getragen wurde, auch wenn sich die Befürworter nur knapp durchgesetzt hatten.

10 Siehe Denkschrift von Adickes (Adickes 1929); Brief der SNG an den Magistrat der Stadt Frankfurt am 15.05.1901 (SenckenbergStift V48/2); StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565.

11 In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 3. März 1903 debattierte man darüber, ob das Opfer, das die Stadt bei der Verlegung der Senckenbergischen Institute zu bringen habe, nicht doch zu groß sei und bat um die Prüfung durch den Hoch- und Tiefbau Ausschuss, der schließlich eine entsprechende Beauftragung erhielt (StVV-Protokoll vom 03.03.1903, § 237) und der in der Stadtverordnetenversammlung vom 31. März die Richtigkeit der Darstellung durch den Magistrat bestätigte. Im Anschluss war man sich darüber einig, dass „die Bestrebungen der Gesellschaften von so hohem Werthe für die Stadtgemeinde sind, daß dieselben, soweit angängig, die Unterstützung der städtischen Behörden verdienen.“ (StVV-Protokoll vom 31.03.1903, § 365) Eine kontroverse Debatte kam in dieser Sitzung nicht mehr auf.

12 In der Stadtverordnetenversammlung vom 06.05.1902 bediente sich vor allem Bürgermeister Varrentrapp immer wieder der Terminologie des „Opfers“ und argumentierte, dass angesichts dessen, was mit den „Opfern“ möglich sei, diese auch erbracht werden sollten (StVV-Protokoll vom 06.05.1902, § 565).

Eine Erklärung dafür liefert der Historiker Ralf Roth, der die ungewöhnliche *Einheit* des Frankfurter Bürgertums immer wieder betont. Während einige Historikerinnen und Historiker in ihren generellen Betrachtungen zum Bürgertum jener Zeit immer wieder darauf hinweisen, dass Wirtschafts- und Bildungsbürgertum üblicherweise in Konflikt- und Komplementärbeziehungen zueinander standen, gab es laut Roth in Frankfurt keine ernsthaften und offen ausgetragenen Feindseligkeiten zwischen den beiden bürgerlichen Lagern, sondern vielmehr ein umfängliches Netz von Beziehungen, das durch Verwandtschaft, Heiratsbeziehungen, Geschäftsverbindungen und vor allem auch durch die Zugehörigkeit zu denselben Vereinen[13] oder zur städtischen Selbstverwaltung zustande kam (Roth 1995; Schimpf 2007: 109). Frankfurts „Bürgersinn" war keine rein mentale Privatsache, sondern ein aktives gemeinschaftliches Handeln im Sinne der Umsetzung bürgerlicher Lebensweltideale.

Die Rolle der Vereine ist in diesem Kontext besonders hervorzuheben. Sie boten neben der kommunalen Politik unverzichtbare Möglichkeiten des „Kontakts und des gesellschaftlichen Umgangs. Mehrfachmitgliedschaften verstärkten das Ausmaß sozialer Verflechtung im Bürgertum einer Stadt, wobei es schon im Vormärz[14] vor allem die wirtschaftlichen und politischen Eliten waren, die mehr als zwei Vereinen angehörten, während das mittelständische Bürgertum meist nur in ein oder zwei Vereinen mitwirkte. […] Die gegenseitige Beeinflussung von Vereinen und kommunaler Selbstverwaltung verstärkte sich, da die Verflechtungen weiter zunahmen." (Schimpf 2007: 117) Ralf Roth zeigt auf, dass das Vereinswesen über die Aufspaltung in verschiedene politische Gruppierungen hinweg „als parteiübergreifender politischer Zusammenhang des bürgerlichen Lagers" fungierte, als integrierendes und verbindendes Glied wirkte und „über die Gräben fraktioneller Abgrenzungen hinweg den informellen Zusammenhang zwischen den unterschiedlichen Gruppen" ermöglichte (Roth 1996: 510ff.). Das gemeinschaftliche Engagement und die enge Zusammenarbeit im Vereinswesen sowie in den politischen und konfessionellen Gremien der Stadt führten dazu, dass sich Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum kooperativ wie auch konsensorientiert gegenüberstanden. Deshalb fand in Frankfurt die „in der Forschung antizipierte Spaltung des bürgerlichen Lagers und damit Schwächung der liberalen Bewegung […] nicht statt." (Roth 1996: 540)

Die sozialliberale Bewegung Frankfurts ging mit einer damals eher ungewöhnlichen Einheit innerhalb des Bürgertums einher – eine Konstellation, die sich als fruchtbarer Boden für eine vergleichsweise hohe Reformbereitschaft erweisen

13 Das Wirtschaftsbürgertum war nicht nur in den genannten Elitevereinen aktiv. Damals gehörte es zum guten Ton, in mehreren Vereinen tätig zu sein (vgl. Roth 1996).

14 Der Begriff „Vormärz" bezeichnet die Zeit vor der Märzrevolution im Jahr 1848.

sollte. Vor allem in der Zeit des Oberbürgermeisters Adickes erfolgten zahlreiche reformpolitische Änderungen und Neuerungen, die ohne die Bereitschaft der bürgerlichen Kreise nicht in dieser Form zum Abschluss hätten gebracht werden können. Adickes sah es als seine Hauptaufgabe an, „die verschiedenen Gruppen der städtischen Gesellschaft, die sich in dieser Zeit des raschen wirtschaftlichen und sozialen Wandels auf eine jeweils neue Art konstituierten, miteinander auszugleichen und zugleich neue Formen ihres Zusammenlebens zu entwickeln, die ihren veränderten Bedürfnissen und dem entsprachen, was ihre Wortführer daraus an Forderungen und [...] an Reformen ableiteten." (Gall 2013: 16) Ihm war es wichtig, Kompromisse zwischen den Interessen und Forderungen der unterschiedlichen Gruppen der städtischen Bevölkerung zu ermöglichen. Unter anderem glaubte er, über stadtplanerische Instrumente dazu beitragen zu können und sah vor allem im Grundkonflikt zwischen den Eigentümern von Grund und Boden und der Wohnbevölkerung den gesellschaftlichen Konsens bedroht.

Er ließ deshalb die undifferenzierte Bauordnung von 1884 nur kurze Zeit später, 1891, noch im ersten Jahr nach seinem Amtsantritt, durch eine neue Bauordnung ersetzen, die eine weiträumige Bauweise fördern sollte und die Stadterweiterungsgebiete in Zonen einteilte, die sich nach der bereits vorhandenen Höhe des Bodenwertes richteten, um weitere Steigerungen zu verhindern. Die Bodenspekulation sollte weiterhin mittels großangelegter Grundstückseinkäufe durch die Stadt eingedämmt werden.[15] Die damit verbundenen Planungsziele waren die Trennung des Stadtraums nach Aktivitäten (Wohnen und Industrie) sowie die Schaffung von Wohnquartieren in offener Bauweise, die sich an den unterschiedlichen Bedürfnissen der Frankfurterinnen und Frankfurter ausrichten sollte. Damit verfolgte Adickes das Ziel, die erforderliche städtebauliche Neuordnung Frankfurts von politischen Disput freizuhalten, da dieser rationale Entscheidungen verhindern würde (Köhler 1995: 19ff.). Unterbunden wurde mit der neuen Bauordnung außerdem die übermäßige Ausnutzung der Baugrundstücke, „wie sie in der Altstadt üblich gewesen war und mit der stürmischen Bevölkerungsvermehrung nun auch für die Außenbezirke drohte." (Gall 2013: 27) Obwohl Frankfurt zu den teuersten wie auch zu den am schnellsten wachsenden Städte Deutschlands zählte, kam es hier nicht wie andernorts zu Slumbildungen in der städtischen Peripherie (vgl. ebd.: 32). Die durch Adickes verfolgte Reformpolitik war daher nicht allein im Sinne der unterprivilegierten Schichten, sondern auch im Sinne einer einwandfreien bürgerlichen Lebenswelt, die mit Slums und unhygienischem Wohnen nicht vereinbar waren.

15 „Auf diesen Flächen werden später, in den zwanziger Jahren, einige der berühmt gewordenen Experimente im Siedlungsbau des »Neuen Frankfurt« ihren Platz finden." (Mohr 1992: 109)

Adickes selbst war nationalkonservativ eingestellt und ein großer Bewunderer Bismarcks, fand aber dank seiner ausgeprägten politisch liberalen Grundeinstellung in Frankfurt größte Anerkennung, selbst bei seinen politischen Gegnern. Das war nicht zuletzt der Tatsache geschuldet, dass er sich dem Gemeinwohl in besonderer Weise verpflichtet fühlte (vgl. Gall 2013). Sein Nachfolger, der liberale Ludwig Landmann, verweist darauf, dass Adickes es stets verstanden habe, „den Auswüchsen des liberalen Manchesterkapitalismus und dem »rücksichtslosen privatwirtschaftlichen Treiben« einen Riegel vorzuschieben," und bezeichnete ihn als den „ersten sich praktisch betätigenden Munizipal-Sozialisten in Deutschland" (Jäger 2005: 51). Das Privateigentum stellte Adickes dabei allerdings zu keinem Zeitpunkt in Frage. Ihm war vor allem an einer Sicherung und Stabilisierung gelegen, die er durch eine konsequente „Aufgabenteilung" realisieren wollte: Die Kommunalverwaltung hatte die Systembedingungen zu sichern, damit sich eine „allseitig gesunde private Tätigkeit" entfalten könne, Privateigentümer hatten wiederum die Aufgabe, „den allgemeinen politischen Konsens zwecks Stabilisierung der städtischen Lebensform zu schaffen" und das Bürgertum sollte Wohnstandards definieren, „um über das Vorleben entsprechende Verhaltensnormen auf proletarische Wertsetzungen sozialintegrativ wirken zu können." (Köhler 1995: 20) Als „städtebaulicher Sozialreformer" trat Adickes als Vermittler zwischen den Interessengruppen auf und war bestrebt, einen allgemeinen Konsens zu ermöglichen (vgl. ebd.).

Die weitestgehend konfliktfreie „Passung" eines pro-preußischen Nationalliberalen an Frankfurts Spitze der Stadtpolitik erscheint ungewöhnlich, ist es aber vor dem Hintergrund der in Frankfurt beschriebenen Fähigkeit innerhalb des Bürgertums, trotz divergierender Interessenlagen den Dialog und die Zusammenarbeit nicht abbrechen zu lassen, leicht zu erklären. Weiterhin verfügte Adickes über eine Gabe, die gut in das Verhaltensrepertoire der damaligen städtischen Akteure passte: Er war in der Lage, scheinbar Gegensätzliches miteinander in Einklang zu bringen und zeigte damit genau jene gewinnorientierte Flexibilität, die auch in anderen Kontexten der Stadt immer wieder zu erstaunlichen Ergebnissen geführt und im städtischen Material ihren Niederschlag gefunden hat.

6.3
Die sozialliberale Tradition

Gudrun-Christine Schimpf sieht das ausgeprägte Stiftungsverhalten in Frankfurt als einen Ausdruck der damaligen sozialliberalen Haltungen in der Stadt und weist in ihrer Studie über Entstehung und Entwicklung kommunaler Kulturpolitik Frankfurts von 1866 bis 1933 darauf hin, dass sich dort das bürgerliche Stiftungswesen anfangs ganz bewusst vom fürstlichen Mäzenatentum abgehoben habe. Man kritisierte die dahinterliegenden *individuellen* Interessen und Vorlieben sowie die Festlegung und Dauerhaftigkeit dieser Stiftungen, denn genau das widersprach dem liberalen Konzept von Fortschritt und Wandel, an dem das Frankfurter Bürgertum festhielt. Bruno Müller[16] bezeichnet die Stiftungen der Stadt mit ihrer bis ins Mittelalter zurückreichenden Tradition als einen wichtigen Teil der Stadtgeschichte und auch er sieht in der Gebefreudigkeit der Frankfurterinnen und Frankfurter den besonderen „Ausdruck des liberalen und sozialen Bürgergeistes“ (Müller/Schembs 2006: 16). Die sozialliberale und fortschrittsorientierte Gesinnung des Frankfurter Bürgertums zeigte sich also auch im Stiftungsverhalten, das oftmals mit dem Willen verbunden war, selbst in die Hand zu nehmen, was der Kommune (finanziell oder auch politisch) nicht möglich war (vgl. Schimpf 2007). Die sozialliberalen Haltungen innerhalb des Frankfurter Bürgertums sind als Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensvorrats der Stadt anzusehen und finden Ausdruck in verschiedenen Handlungsweisen, wie etwa reformerische Aktivitäten oder die Spende, um in Frankfurt etwas zu bewegen. Der Frankfurter Sozialliberalismus erhält deshalb erneut eine eingehendere Betrachtung.

Während für das Deutsche Reich ab den 1870er Jahren ein genereller Niedergang bzw. Rückgang des bürgerlichen Liberalismus festzustellen ist, kann das über die politische Entwicklung in Frankfurt keinesfalls behauptet werden: Hier überlebte eine sozialliberale Politik, die mit dem preußischen Konservatismus, mit dem neu auflebenden Antisemitismus und mit der vehementen Bekämpfung der Sozialdemokratie[17] wenig gemein hatte. Sagt man der bürgerlichen liberalen Bewegung üblicherweise eine protestantische Prägung nach (vgl. Budde 2009), so kann das für Frankfurt nicht bestätigt werden: Der gemischtkonfessionelle Charakter gilt als ein Alleinstellungsmerkmal des Frankfurter Liberalismus, der „noch am Ende

16 Bruno Müller war in den 1950er Jahren Verfasser einer umfangreichen Studie über das Stiftungswesen in Frankfurt.

17 Ralf Roth weist darauf hin, dass das konservative Zentrum als politische Kraft erst ab 1900 Einzug in die Frankfurter StVV hielt – zeitgleich mit den Sozialdemokraten – und maximal zwei Sitze für sich beanspruchen konnte. Außerdem konnte das Zentrum in Frankfurt längst nicht die gleiche Bedeutung einnehmen, wie die Sozialdemokraten (Roth 1996: 593).

des 19. Jahrhunderts neben den reformierten und jüdischen Minderheiten auch die Katholiken [integrierte].“ (Roth 1996: 540)

Bemerkenswert ist weiterhin, dass die 1866 gewaltsam erzwungene Unterordnung unter Preußen den in Frankfurt ausgeprägten Drang nach einem größtmöglichen Maß an politischen wie auch ökonomischen Freiheiten keineswegs verschwinden ließ, was sich unter anderem in der neuen politischen und verfassungsrechtlichen Situation zeigte. Ralf Roth stellt heraus, dass Frankfurt im Deutschen Reich auch nach der Annektierung in manchen Punkten eine Sonderposition einnahm: „Im Unterschied zu fast allen preußischen Städten trat an die Stelle des sonst üblichen Dreiklassenwahlrechts das erst 1866 von der Bürgerschaft verabschiedete Mehrheitswahlrecht.“ (Roth 1996: 491) Damit einher ging eine Umstrukturierung der Bürgerrechte, die zahlreiche Unterschiede, wie z.B. konfessionelle bedingte Sonderrechte, abbaute (ebd.: 492). Bei der neu eingeführten preußischen Kommunalverfassung behielt Frankfurt außerdem unter den preußischen Städten ein besonderes Maß an kommunalen Freiheiten (ebd.: 495).

Auch die sozialstrukturelle Zusammensetzung der drei großen liberalen Vereine Frankfurts in jener Zeit ist interessant. Diese waren zwar insgesamt von Wirtschafts- und Bildungsbürgertum dominiert, aber sowohl das Spektrum der Berufe als auch das der Besitzverteilung war weit und die Einkommensspanne äußerst breit gefächert (vgl. Roth 1996: 509). Im Demokratischen Verein sowie im Verein der Fortschrittspartei waren Bildungs- und Wirtschaftsbürgertum die dominierenden Kräfte und etwa zu gleichen Teilen vertreten, der Nationalliberale Verein hingegen repräsentierte „stärker die kapitalistische, patrizische Oberschicht und den alten Mittelstand, das heißt die unternehmerisch Tätigen, [...] die führenden Köpfe der Frankfurter Geschäftswelt, Bankiers und Kaufmannsfamilien.“ (Siegbert Wolf zit. in Roth 1996: 506)[18] Ralf Roth arbeitet weiterhin heraus, dass es in Frankfurt nicht zu einer „Trennung der kleinen Gewerbetreibenden, der Handwerker und Kleinhändler von der liberalen Bewegung und ihrem Abdriften ins konservative Lager“ kam (Roth 1996: 540), wie es sonst im gesamten Reich geschah. Zwar sei der Einfluss der Handwerker in der wirtschaftlichen Oberschicht zunehmend zurückgegangen, „aber sie waren noch präsent und in der politischen Führungsschicht sogar mit einer gestiegenen Anzahl von Repräsentanten vertreten.“ (ebd.) Mit dieser – auch auf politischer Ebene spürbaren – Einheit des bürgerlichen Milieus „nahm Frankfurt, wie Leopold Sonnemann betonte, eine besondere Stellung ein.“ (ebd.: 541)

18 Handwerker waren in den Vereinen zu knapp 20 Prozent vertreten, bei den Nationalliberalen stellten sie einen etwas geringeren Anteil. Beamte, Offiziere, Adelige wie auch für lange Zeit Fabrikanten waren in der liberalen Bewegung der Handelsstadt nicht zu finden (Roth 1996: 507).

Zu betonen ist außerdem das *Soziale* in der politischen Haltung des liberalen Frankfurter Bürgertums. Steht bei liberalen Weltanschauungen die individuelle Freiheit der Person und Selbstverantwortung sowie ein Freiheitsverständnis, das in erster Linie die Abwesenheit von Zwängen bzw. Gewalt vor allem von staatlicher Seite aus meint, im Vordergrund, kommt beim Sozialliberalismus die Kompensation von Chancenungleichheiten dazu. Im 19. Jahrhundert stützte man sich in Frankfurt zur Erreichung dieses Ziels vor allem auf Konzepte der Hilfe zur Selbsthilfe. Das erklärt auch Standpunkte, wie sie zum Beispiel Academicus in seiner Schrift zum Jügelhaus geäußert hat: Anstatt arme Alte „bloß zu alimentieren", indem man für diese mit dem Geld aus dem Jügelerbe ein Altersheim erbaut hätte, betrachtete er es als den deutlich sinnvolleren Weg, über den Bau einer Bildungsanstalt sowie deren Weiterentwicklung zu einer Universität neue Arbeitsplätze und Verdienstmöglichkeiten zu erschaffen und damit einen Beitrag zum allgemeinen Wohlstand zu leisten.

Der damalige Reformwille in Frankfurts bürgerlichen Schichten kann als Bestandteil des ökonomischen Pragmatismus in dieser Stadt betrachtet werden. Die intellektuellen Auseinandersetzungen mit den sozialen Fragen jener Zeit, wie z.B. am Institut für Gemeinwohl, aus der später die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften hervorging, und auch die schon weiter vorne genannten Initiativen, die einen direkten Einfluss auf das Leben z.B. von Arbeiterinnen und Arbeitern hatten, erfolgten mit dem Ziel der Förderung von Chancengleichheit (vgl. Roth 1998), die von den bürgerlichen Reformerinnen und Reformern immer auch mit ökonomischen Vorteilen in Zusammenhang gebracht wurde.

„Chancengleichheit" definierte man damals allerdings etwas anders als heute: So stellte man z.B. der Bildungs- und Baupolitik die Weichen so, dass unterprivilegierte Schichten nicht völlig abgeschnitten von Schulen und Bildungsstätten waren und an erschwinglichen sowie lebenswerten Wohnraum kommen konnten. Außerdem unterhielten zahlreiche Stiftungen und Initiativen wohltätige Einrichtungen, um die besagte Hilfe zu Selbsthilfe zu leisten. Eine Auslöschung der Klassengrenzen war mit den Maßnahmen jedoch keineswegs verbunden, sondern vielmehr die Willensbekundung, dass *alle* Frankfurterinnen und Frankfurter *gut versorgt* sein und sich an den bürgerlichen Werten orientieren sollen (vgl. Roth 1996). Das in Frankfurt ausgeprägte Interesse, allgemeinen Wohlstand zu ermöglichen, bedeutete nicht, Klassengrenzen zum Verschwinden zu bringen, wie es die Debatten um das Jügelhaus zeigen, sondern es hieß vielmehr, soziale Spannungen zu vermeiden und weiterhin in einer Weise ökonomisch vorteilhaft zu handeln, dass *allgemeiner* Wohlstand möglich wurde.

Die weiter vorne beschriebene, pragmatische Verwertungsorientierung und das Geschick bei der Nutzung von Synergien stehen ebenfalls in enger Nachbarschaft

zum Frankfurter Liberalismus. Schon seit dem Mittelalter war die Stadt aufgrund ihrer Handelsbeziehungen ein Ort ausgeprägter kultureller und religiöser Vielfalt. Das Aufeinandertreffen unterschiedlichster Haltungen innerhalb der Stadt war ein guter Nährboden für eine gewisse Routine in der Konsensfindung. Die zahlreichen Kaufleute brachten weiterhin die Erfahrung mit, dass gelingende Handelsbeziehungen ohne ein bestimmtes Maß an Konsens nicht auskommen und dass Übereinstimmungen oftmals erst gefunden bzw. „erarbeitet" werden müssen. Sich trotz Meinungsverschiedenheiten einigen zu können, um bestimmte Ziele zu erreichen, bedarf einer bestimmten Flexibilität und eine solche hat sich in Frankfurt auch jenseits des ökonomischen Alltags etabliert. Die Einigungsprozesse rund um die Entstehung des Wissenschaftszentrums sind ein gutes Beispiel dafür. Auch in anderen Kontexten lässt sich beobachten, dass, wenn es in Frankfurt in Entscheidungsprozessen „klemmte", oftmals Alternativen gefunden werden konnten, die trotzdem zum gewünschten Ziel führten. Zum Frankfurter Wissensvorrat jener Zeit zählte neben der pragmatischen Verwertungsorientierung eine weitere Spielart der Zielstrebigkeit, die eine flexible Anpassung der Handlungsstrategie umfasste.

Die hier in den Blick geratene Flexibilität bedeutete weiterhin nicht, sich auf Kompromisse einzulassen, die Abstriche am eigentlich anvisierten Ziel bedeutet hätten. Flexibel war man stets in verwertungsorientierter Weise, was bezogen auf die überteuerten Repräsentationsprojekte Frankfurts bedeutete, immer die vielfältigen „Vorteile für die Stadt" vor Augen zu behalten und vor allem mit diesen vehement zu argumentieren bzw. diese als ganz offensichtlich darzustellen. Im Fall des wissenschaftlichen Zentrums samt Jügelhaus ist diese Handlungsstrategie deutlich zu beobachten. Der mit diesem Projekt für Frankfurt verbundene Nutzen konnte über den am Ende eingeschlagenen Alternativweg als noch vorteilhafter dargestellt werden, als es mit dem ursprünglich anvisierten Plan möglich gewesen wäre, der vorgesehen hatte, mit dem Geld das alte Bürgerhospital aufzukaufen und auf engstem Raum mit den weiteren Senckenbergischen Instituten in der Stadtmitte eine Vereinigung dieser Einrichtungen zu realisieren. Die Neubauten an der Viktoria-Allee boten gegenüber dem Ausgangsplan viele Vorteile: sie waren mit der damals neuesten Technik ausgestattet, sie waren erweiterungsfähig und sie hatten mit dem Westend eine exquisite Nachbarschaft. All das hätte für die alten Bauten auf dem Senckenberg-Gelände nicht zugetroffen. Die in Frankfurt vorzufindende Verbindung aus pragmatischer Verwertungsorientierung und den ökonomisch geprägten Fähigkeiten zur Konsensfindung ermöglichte trotz anfänglicher Ablehnung und Hindernissen die zum Schluss viel gelobte Lösung. Ein umstrittenes Projekt konnte zu einem positiven Abschluss geführt werden, über den nicht nur die initiierenden Gruppen glücklich waren, sondern der auch durch die breitere Öffentlichkeit als „gut für die Stadt" angesehen wurde.

6.4
Was nicht passt, wird passend gemacht

Analog zu den für die damalige Zeit typischen Ambivalenzen innerhalb des Bürgertums zeigte sich auch in den Entscheidungen zu Frankfurts Stadtentwicklung ein wiederkehrender Konflikt: Einerseits zeichneten sich Frankfurts bürgerlichen Eliten durch eine besondere Reformwilligkeit und das Bemühen nach der Realisierung einer gewissen Chancengleichheit aus, andererseits führten viele der baulichen Maßnahmen in erster Linie zu einer Verbesserung der *bürgerlichen* Lebensstandards. Das möchte ich an zwei prominenten Projekten im Frankfurt des 19. Jahrhunderts veranschaulichen, bei denen es ähnlich wie im Fall des Jügelhauses zu Einwänden gekommen war, die aber dennoch durchgesetzt werden konnten und weiterhin als „gut" für die Stadt verkauft wurden. Beide Projekte belasteten stark die städtische Kasse, waren mitunter gerade deshalb äußerst umstritten und wurden immer wieder öffentlich kritisiert: der Bau der Oper, die viermal teurer wurde als geplant und für den das aufgebrachte Stiftungsgeld bei weitem nicht ausreichte, sodass auf die städtische Kasse zurückgegriffen werden musste (Schivelbusch 1985), und der Ausbau einer „mustergültigen" Schwemmkanalisation, die ebenfalls in den Kosten explodierte, aber dennoch zur Ausführung gebracht und zu einem Aushängeschild Frankfurts wurde (Bauer 1998).

Eine genauere Betrachtung dieser beiden Bauvorhaben ist im Kontext der vorliegenden Fallstudie insofern interessant, als dass sie ein spezifisches Kräfte- bzw. Machtverhältnis innerhalb der Stadt Frankfurt zutage treten lassen, das auch in Bezug auf das Jügelhaus von Bedeutung war. Deutliche Parallelen zum Jügelhaus-Projekt zeigen sich an zwei Punkten: (1) Die Bauvorhaben wurden als dem Gemeinwohl zuträglich dargestellt, obwohl sie in erster Linie darauf ausgelegt waren, die bürgerliche Lebenswelt zu stärken, welche wiederum nicht auf Chancengleichheit ausgelegt ist, sondern auf Distinktion. (2) In allen Fällen kam es zu einer Bevorzugung und Stärkung des Westends. Schlussendlich zeigt sich am Umgang mit den aufkommenden Problemen in allen drei Großprojekten ein spezifisches, im damaligen Frankfurter Wissensvorrat verankertes Entscheidungs- und Handlungsmuster, das ich nachfolgend herausarbeiten möchte.

Dem Beschluss darüber, auf welche Weise man in Frankfurt die Kanalisierung umsetzen solle, gingen zahlreiche, zum Teil erbitterte Debatten voraus. Der Arzt Georg Varrentrapp legte bereits Ende 1854 in einem ausführlichen Plädoyer die Dringlichkeit des Großprojekts „Kanalisation" dar und versuchte die Gesetzgebende Versammlung davon zu überzeugen, Senat und Bauverwaltung zur Einleitung entsprechender Maßnahmen zu bewegen, blieb damit jedoch viele Jahre er-

folglos. Auch nachdem man 1863 eine internationale Kommission von Sachverständigen, bestehend aus der „Crème de la crème des Kanalbaufachs“ einberief und trotz des vorliegenden Kommissionsberichts, der eine Schwemmkanalisation nach dem Mischprinzip favorisierte, betraute man immer noch den mit dieser Aufgabe eigentlich schon seit vielen Jahren überforderten, weil nicht auf der Höhe der technischen Möglichkeiten befindlichen Bauinspektor Eckhardt. Nachdem aber der Senat den Eckard-Plan an eine Kommission der Gesetzgebenden Versammlung vorlegte, der u.a. Georg Varrentrapp angehörte, stellte diese einen Antrag, auf dem Gutachten der Sachverständigen von 1963 zu beharren und einen Kanalbau-Experten zur Umsetzung eines neuen Systems einzuberufen. Aufgrund sehr großen Schwemmkanalisation-Gegnerschaft in Frankfurt entbrannten immer wieder leidenschaftliche öffentliche Diskussionen um das Großprojekt. Trotz aller Kontroversen akzeptierte der Senat am 7. Februar 1865 schließlich doch das Expertengutachten und leitete das Berufungsverfahren für einen Kanalbau-Ingenieur ein (Bauer 1998: 178-188).

Man berief am Ende den Ingenieur und erfahrenen Kanalbauer William Lindley, der 1866 mit seiner Arbeit begann. Der erste Spatenstich erfolgte schließlich 1867 im Westend. Hier war in den 1860er Jahren die Abwassersituation unerträglich geworden, die Plätze und Straßen des Quartiers sowie die Keller der komfortablen Villen standen regelmäßig unter Wasser (Bauer 1998: 188). Als 1868 dem Kanalbau-Büro das Geld ausging, meldete sich erneut und lautstark die Gegnerschaft der Schwemmkanalisation zu Wort, forderte eine Abkehr vom bereits begonnenen Großprojekt und bezeichnete die ehemals durch die Gesetzgebende Versammlung getroffene Entscheidung für das nun laufende Projekt als einen schweren Fehler (ebd.: 212). Friedrich Krepp, energischer Sprecher der Frankfurter Schwemmkanalisations-Gegnerschaft, legte am 15. Juni 1868 der Stadtverordnetenversammlung den Entwurf für eine vorgeblich kostengünstigere Alternativlösung vor. Im Westend, wo man aufgrund der geschilderten Situation bereits sehnsüchtig auf eine funktionierende Kanalisation wartete, schlossen sich zur gleichen Zeit 270 Betroffene zusammen, um nur einen Tag später, am 16. Juni 1868, ebenfalls ein Gesuch in die Stadtverordnetenversammlung einzugeben: „Der dramatische Situationsbericht erinnerte an das mit Fäulnisstoffen gesättigte Erdreich, durchfeuchtete Fundamente, überlaufende Senkgruben und stagnierende ›Kanäle‹ ohne Abfluß. Nur die Verabschiedung des 300.000 Gulden-Antrags [das Geld, das für den Weiterbau fehlte, TE] könne die ›Gefahr verheerender Epidemien‹ von dem Stadtteil abwenden.“ (ebd.) Jedem Stadtverordneten wurde ein persönliches Exemplar des Gesuchs ausgehändigt. Mit der Auflage, dass bis zum Frühjahr 1869 eine bis dahin nicht vorliegende Kostenaufstellung des Gesamtprojekts vorlegt wird,

stimmte man in der Folge einer Erhöhung der einstmals auf 3 Millionen Gulden geschätzten Kosten um 34 Prozent, d.h. fast eine Millionen Gulden, zu (ebd.: 213).

Auch wenn in der Stadtverordnetenversammlung immer wieder Protest und Ablehnung des Projekts laut wurden: man hielt am gefassten Plan fest. Die bürgerlichen Fürsprecher, die vorwiegend aus dem nationalliberalen und dem demokratischen Lager kamen (ganz ähnlich übrigens wie bei der Entscheidung über die Verwendung des Jügelerbes zu Zwecken der Bildung), waren zu einflussreich, als dass es hier zu einem gravierenden Kurswechsel hätte kommen können (ebd.: 217f.). Außerdem war die neue Kanalisation für die Stadt ein Prestigeprojekt: Für damalige (Kanalisierungs-)Verhältnisse setzte man in Frankfurt Maßstäbe und „übernahm von Hamburg die Vorreiterfunktion auf dem Sektor der Stadtentwässerung nach dem Mischprinzip in Deutschland. Die Stadt am Main war von 1867 bis 1887 ein Zentrum der praktischen Hygiene“ (Bauer 1998: 12) und „zog europaweit die Aufmerksamkeit der Bauverwaltungen auf sich (ebd.: 265). Nach Hamburg war Frankfurt die zweite Stadt auf dem europäischen Festland, die eine Kanalisation nach den neuesten Standards umsetzte. Hier zeigt sich ein bereits erläutertes Muster: Man demonstrierte mit einem groß angelegten und teuren Infrastrukturprojekt einerseits Frankfurts Vorreiterrolle und sorgte gleichzeitig dafür, dass die bürgerliche Welt verschönert wurde, indem man Sauberkeit und Hygiene verbesserte. Der Preis dafür war eine kontinuierlich wachsende Verschuldung der Stadt. „Das umstrittene Großprojekt geriet immer dann in die Schußlinie, wenn die Bewilligung weiterer Mittel in der Stadtverordnetenversammlung zur Debatte stand. Die Gegner des Schwemmverfahrens [...] artikulierten ihren Protest lautstark aber vergeblich, da die Schaltstellen der Macht in Frankfurt durch die Bank mit überzeugten Anhängern der englischen Abwasser-Technologie besetzt waren.“ (ebd.)

Den Ende der 1860er Jahre immer wieder aufkommenden Versuchen der Schwemmkanalisations-Gegner, einen Baustopp zu erzwingen, setzte man ein Argument vor, das in Frankfurt immer wieder zur erfolgreichen Durchsetzung kritisierter Vorhaben führte und das an die einzige Möglichkeit der Zukunftssicherung appellierte: *„Ohne Canäle können wir nicht existieren“*, stellte der Abgeordnete Petsch-Goll in der Stadtverordnetenversammlung vom 19. November 1869 fest und erntete damit eine breite Zustimmung (ebd.: 218). Frankfurts Zukunft stand auf dem Spiel und es war mitunter die Vision und der Glaube daran, mit dem kostspieligen Projekt einen essentiellen Beitrag zum Allgemeinwohl der Stadt zu leisten. Letzteres war wiederum ein Argument zum Überstimmen der Gegnerschaft. Eine hygienische, „wohlriechende“ Stadt, in der die Seuchengefahr gebannt und die Straßen sauber waren, kam zweifelsohne tatsächlich allen in Frankfurt lebenden Bevölkerungsgruppen zugute, die Angst vor unhygienischen Verhältnis-

sen war jedoch in den bürgerlichen Kreisen sehr viel größer und dementsprechend auch das Bedürfnis nach wirkungsvollen Lösungen. Vor allem und zu allererst profitierte Frankfurts bürgerlichstes Quartier, nämlich das Westend, von der Kanalisierung. Die Mobilmachung *für* die Vollendung des Kanalprojekts, die von den dort lebenden Bürgerinnen und Bürgern ausging, erwies sich weiterhin als sehr viel schlagkräftiger als die der Schwemmkanalisations-Gegnerschaft. Die Vorteile einer Kanalisierung für das Allgemeinwohl sind nicht von der Hand zu weisen, die in Frankfurt ebenfalls dahintersteckenden Ambitionen des Bürgertums jedoch ebenfalls nicht.

Auf eine etwas andere Weise sollte mit der Errichtung eines neuen Operngebäudes das Wohl Frankfurts gefördert werden. Bei diesem Repräsentativprojekt ging es darum, mit einer Ausweitung der kulturellen Möglichkeiten wohlhabende Menschen nach Frankfurt zu ziehen. Die Kritik an diesem Projekt machte sich an unterschiedlichen Punkten fest,[19] zwei wesentliche waren dabei einmal die Wahl des Standorts und dann ebenfalls wieder die hohen Kosten, die nämlich am Ende doch nicht vorwiegend aus Stiftungsgeldern gedeckt werden konnten, wie es noch ganz am Anfang des Vorhabens hieß. Die Suche um das passende Baugrundstück entwickelte sich zu Gunsten des Westends, das mit dem Neubau eine besondere Aufwertung erhielt. Die finale Bauplatzentscheidung missfiel vor allem den Bewohnerinnen und Bewohner des damals ebenfalls noch als gehoben geltenden Ostends, denn diese mussten für den Opernbesuch fortan quer durch die Stadt fahren. Die geopolitische Bevorzugung des Westends fand im Opernbau eine Art Höhepunkt, mit dem der endgültige Niedergang des Ostends als vornehme Wohngegend besiegelt war. Spätestens ab diesem Zeitpunkt war das Westend unbestritten die exquisiteste Lage der Stadt. Bis zur Realisierung des Opernbaus gab es zahlreiche Unwägbarkeiten, die zum einen den Entwurf selbst betrafen (die ersten Entwürfe erschienen vor allem mit Blick auf die innere Raumaufteilung nicht „vornehm" genug; Schivelbusch 1985: 102ff.) und zum anderen die kontinuierlich steigenden Kosten, die sich proportional zur gesteigerten Repräsentativität der ausgearbeiteten Entwürfe entwickelten. Trotz der teilweise vehementen, öffentlich geäußerten Kritik in Bezug auf Kosten und Fristenüberschreitungen im Projektverlauf blieben entsprechende Konsequenzen aus. Das repräsentative Bauwerk wurde umgesetzt und am 20. Oktober 1880 feierlich eröffnet. Auch hier erwies sich Beharrlichkeit in der Vision für ein „schönes" Frankfurt als tragfähig, um das Projekt zu einem von allen bewunderten Ergebnis zu führen. Völlig ohne Folgen blieben am Ende die ungeplant hohen Summen, die an der Stadtkasse hängenblieben, allerdings

19 Ausführlicher dazu Schivelbusch (1985).

doch nicht: Es war nicht der während der Projekt-Umsetzung amtierende Oberbürgermeister „Daniel Heinrich Mumm, der den Kaiser im Namen der Stadt begrüßt, sondern sein Nachfolger Johannes Miquel." (ebd.: 144)

Im Fall des Jügelhauses sollte sich die Hartnäckigkeit des Oberbürgermeisters Adickes und sein beständiges Suchen nach neuen Lösungen als sehr erfolgreich bewähren – auch im Hinblick einer Wiederwahl. Adickes verstand es aufgrund seines Verhandlungsgeschicks mit der Dr. Senckenbergischen Stiftung, dass das zunächst zu großen Teilen missbilligte Projekt in unmittelbarer Nachbarschaft zu Frankfurts bürgerlichen Aufsteigern doch noch zur Ausführung kommen konnte. Am Jügelhaus-Beispiel zeigt sich weiterhin, wie die enge Verbindung der Frankfurter Vereine untereinander sowie der die bürgerlichen Eliten einende Wille, in Frankfurt prestigeträchtige Projekte zur Umsetzung zu führen, die weiter vorne beschrieben Synergien zur Entfaltung bringen konnten. Auch Ralf Roth spricht immer wieder von den Verbindungen innerhalb des Frankfurter Bürgertums und es liegt nahe, dass für Kanalisierung und Opernbau als „Projekte mit Hindernissen" in diesen Verbindungen die Erklärung für die Durchsetzungskraft zu finden ist, die zur Umsetzung der umstrittenen Vorhaben geführt hat, die aber in den vorliegenden historischen Betrachtungen keine besondere Berücksichtigung gefunden hat. Gerade in Schivelbuschs Schilderungen erscheint die plötzliche Passivität der Operngegnerschaft etwas rätselhaft, da er sie nicht weiter erklärt. Womöglich waren es auch im Fall der Oper Verbindungen jenseits der Stadtverordnetenversammlung, die zur Glättung der Wogen beigetragen hatten, allerdings bewege ich mich hier im Bereich der Spekulation. Am Beispiel des Verlaufs von der Jügelhaus-Projektierung bis zur Realisierung des Bauwerks lässt sich jedoch gut veranschaulichen, wie bedeutsam die Verbindungen innerhalb der städtischen Elite waren.

Gehen wir dafür zurück zur Stadtverordnetenversammlung vom 6. Mai 1902, als die Eingabe des Magistrats vom 18. April, die Jügel-Stiftung zugunsten einer höheren Bildungsanstalt und den Bau eines Stiftungsgebäudes auf dem Gelände der Dr. Senckenbergischen Stiftung einzusetzen, abgelehnt wurde. Für die Administratoren der Jügel-Stiftung musste dieses Ergebnis enttäuschend gewesen sein, für die Senckenbergischen Institute, die mit dieser Lösung einen Ausweg aus der eigenen Notlage erhofften, war es sogar eine regelrechte Katastrophe. Es blieb zunächst völlig unklar, wie es weitergehen sollte, wenn es nicht, wie in der Beschlussvorlage angedacht, zu einer Verlegung des Bürgerhospitals kommen würde. Der Platz auf dem Senckenberg-Gelände in der Innenstadt war ohne die Verlegung des ebenfalls erweiterungsbedürftigen Krankenhauses jedenfalls zu klein, um die dringend erforderlichen Gebäudeerweiterungen für die SNG und den Physikalischen Verein zur Ausführung zu bringen. In der Sitzung der Stadtverordneten erging weiterhin kein Auftrag an den Magistrat, dass dieser unabhängig von der Jügel-

Stiftung nach einer Lösung in dieser Sache suchen solle, etwa in Form der Bereitstellung eines städtischen Grundstücks. Auch die Stadtverordneten selbst äußerten sich trotz der gezeigten Sympathie und Hochachtung für die beiden Senckenbergischen Institute nicht dazu, wie der akute Notstand ein Ende hätte finden können.

Die SNG sah sich aufgrund der akuten Raumnot umso mehr im Erhalt ihres Bestands bedroht, da die sachgerechte Lagerung der teilweise sehr empfindlichen Präparate etc. nicht mehr gewährleistet war.[20] Die Bitte der SNG an die Dr. Senckenbergische Stiftung, auch ohne Verlegung des Bürgerhospitals auf dem Stiftungsgrundstück an der Bleichstraße mit den Erweiterungsarbeiten beginnen zu dürfen[21], wurde abgelehnt. Die Dr. Senckenbergische Stiftung äußerte jedoch die Hoffnung, dass die städtischen Behörden ein helfendes Entgegenkommen zeigen werden und legte der SNG sowie dem Physikalischen Verein nahe, sie mögen doch bitte *„ihrerseits bei den städtischen Behörden von Neuem vorstellig zu werden und […], denselben unsere vorstehende Entschliessung [ohne eine Verlegung des Bürgerhospitals der Erweiterung nicht zustimmen zu können; TE] zur Kenntnis zu bringen.“* [22]

Am 31. Mai 1902 richtete die SNG eine umfangreiche Denkschrift[23] an die Stadtverordnetenversammlung, um ihre Notlage und deren Ursachen ausführlich darzulegen und um eindringlich einen neuen Bauplatz seitens der Stadt zu erbitten.[24] Da die Mittel der Naturforschenden Gesellschaft nicht ausreichten, um *„an einer anderen geeigneten Stelle und in einer ihren Zwecken auch nur annähernd gleich günstigen Lage der Stadt einen Bauplatz käuflich zu erwerben und in einer Bauperiode einen vollständigen Museums-Neubau von ausreichender Größe aufzuführen“,* sei man dringend auf die Verlegung des Bürgerhospitals angewiesen. Diese Verlegung sei außerdem ganz *„im Interesse der gesamten Bürgerschaft Frankfurts“*, da man damit den Weiterbetrieb des Naturkundemuseums, der Institute des Physikali-

20 In der Frankfurter Zeitung fragte man am Folgetag der Stadtverordnetensitzung deshalb nicht ganz zu Unrecht etwas ungläubig, ob jetzt tatsächlich das in der Stadtverordnetenversammlung von Bürgermeister Varrentrapp aufgemalte Szenario drohe, dass die dringend erforderlichen Neubauten für den Physikalischen Verein und die Senckenbergische Naturforschende Gesellschaft auch in absehbarer Zukunft nicht zur Ausführung kommen würden (MA S/1.596 Bd. 1, hier: Frankfurter Zeitung vom 07.05.1902, Artikel: „Die Jügel-Stiftung“).

21 SenckenbergStift 2, hier: Schreiben der SNG an die Dr. Senckenberg-Stiftung vom 17.05.1902.

22 Ebd., hier: Schreiben der Dr. Senckenberg-Stiftung an die SNG vom 31.05.1902.

23 Verfasst wurde die Denkschrift durch die Direktion der SNG: Oberlehrer J. Blum (1. Direktor), Dr. med. E. Roediger (2. Direktor), Dr. A. Alzheimer (1. Sekretär), Dr. A. Jassoy (2. Sekretär), Alhard Andreae und Albert von Metzler (Kassierer), Dr. Fritz Berg (Consulent). Mitunterzeichner war der Vorsitzende der Kommission für den Museums-Neubau, Dr. med. August Knoblauch.

24 SenckenbergStift 2, hier: Denkschrift der SNG an die StVV vom 31.05.1902: „Vorstellung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft betr. Errichtung eine Museums-Neubaues.“

schen Vereins und der Senckenbergischen Bibliothek inmitten der Stadt gewährleiste, und liege auch davon abgesehen schon lange im *„öffentlichen Interesse."* [25] Auch hier wieder der Appell an das Allgemeinwohl der Stadt.

Reaktionen auf die Denkschrift erfolgten prompt – sowohl seitens der lokalen Presse als auch seitens der Stadtverordnetenversammlung. Vertreter hauptsächlich aus der Freisinnigen/Fortschrittlichen Volkspartei und der National Liberalen Partei[26] richteten am 3. Juni eine Eingabe an die Stadtverordnetenversammlung und baten um eine offizielle Stellungnahme des Gremiums zu dieser Sache. Man möge doch zum Ausdruck bringen und zeigen, dass es gewiss *„die Absicht der Versammlung [sei], die Interessen der in Betracht kommenden Vereine zu unterstützen und zu fördern, wozu auch aller Grund vorhanden sei, denn Inland und Ausland beneideten Frankfurt a.M. um diese Institute."* [27] Am Ende einigte man sich in der Sitzung darauf, auf die bereits in Vorbereitung befindlichen Eingaben durch die betroffenen Vereine selbst zu warten und erst dann über den Vorschlag zu entscheiden, inwieweit die Stadt helfend einspringen kann. In der Stadtverordnetenversammlung am 10. Juni 1902 widmete man sich schließlich unabhängig von der Frage, was mit dem Jügel-Erbe zu geschehen habe, der Suche nach einer Lösung für die Senckenbergischen Institute und entschied, ohne dass hierfür eine Debatte erforderlich war, die städtische Mithilfe bei der Lösung der Bauplatz-Probleme. An diesem Punkt herrschte große Einigkeit, ganz im Gegensatz zur Frage um den Verwendungszweck des Jügel-Erbes.

Der Magistrat stellte der Dr. Senckenbergischen Stiftung ein Grundstück an der Nibelungenallee in Aussicht, um die Verlegung des Bürgerhospitals in Angriff nehmen zu können. Trotzdem war es der Senckenberg-Stiftung aufgrund fehlender finanzieller Mittel nicht möglich, die geplanten Neubauten für den Physikalischen Verein und die Naturforschende Gesellschaft auf dem Stiftungsgrundstück zu errichten.[28] Schließlich kam ein ganz neuer Gedanke auf, wie man das Problem am

---

25 Die Verfasser der Denkschrift betonten, dass es der Magistrat „rückhaltlos anerkannt und als durchaus gerechtfertigt bezeichnet [hat], daß im Interesse der beiden ältesten und hochangesehenen naturwissenschaftlichen Vereine Frankfurts und, weil die jetzige Lage des Bürgerhospitals in allen Kreisen der Bürgerschaft und namentlich von seiten der Ärzte schon seit langer Zeit als durchaus ungeeignet bezeichnet wird, eine Verlegung desselben nach der Außenstadt im öffentlichen Interesse liege." (SenckenbergStift 2, hier: Denkschrift der SNG an die StVV vom 31.05.1902: „Vorstellung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft betr. Errichtung eine Museums-Neubaues")

26 Rößler (D), Haurand (keine), Braunfels (NL), Funck (FVP), Fester (NL), Fehl (FVP), Seeger (FVP), Geiger (FVP) (StVV-Protokoll vom 03.06.1902, § 662).

27 Redebeitrag des Antragstellers Rößler (StVV-Protokoll vom 03.06.1902, § 662).

28 Diese Erweiterungen seien nach reiflicher Prüfung mit dem eigentlichen Stiftungszweck des Grundstücks eigentlich unvereinbar, weil selbst die Verlegung des Bürgerhospitals nicht verhindern könne, dass der Botanische Garten aufgrund der drohenden engen Bebauung dem Untergang geweiht sei und auch für den erforderlichen Ausbau des Pathologisch-anatomischen Instituts die Mittel fehlten. Außerdem konnte die Senckenberg-Stiftung trotz der großzügigen Stiftungen für

Ende doch in Verbindung mit der Jügel-Stiftung lösen könnte. Franz Adickes berichtet in seinen persönlichen Erinnerungen, dass er immer schon Bedenken gehabt habe, die Senckenbergischen Institute sowie die Akademie und das Jügelhaus auf dem eigentlich viel zu kleinen Grundstück der Dr. Senckenberg-Stiftung anzusiedeln. Dem sicherlich erneut aufkommenden Erweiterungsbedarf hätte man an diesem Ort niemals gerecht werden können. In einem Gespräch mit Dr. Moritz Schmidt-Metzler, dem Vorsitzenden der Administration der Dr. Senckenbergischen Stiftung, habe er, Adickes, deshalb formuliert: *„Allen diesen Bedürfnissen könne auf dem alten Stiftungsgrundstück nicht in genügender Weise Rechnung getragen werden, dagegen würde die ganze zukünftige Entwicklung dieser Anstalten auf eine andere, glücklichere Basis gestellt, wenn das alte Stiftsgrundstück verkauft und der Erlös dazu verwendet würde, sowohl ein neues Stiftskrankenhaus als auch die naturwissenschaftlichen Anstalten an andere Stelle zu errichten."* (Adickes 1915: 45) Aus dem Kauferlös könnten die beiden beteiligten Gesellschaften ihre Bauvorhaben finanzieren und die Jügel-Stiftung würde aus eigenen Mitteln ihren ebenfalls vergrößerungsfähigen Neubau errichten. Adickes schildert, dass es ihm gelungen sei, *„Professor Schmidt davon zu überzeugen, daß auf diesem Wege etwas weit Bedeutenderes und Größeres für die Stadt Frankfurt und ihr wissenschaftliches Leben zu erreichen wäre, und daß die Furcht vor der Verlegung der Institute in die Außenstadt zu ernstlichen Schwierigkeiten nicht führen könne."* (ebd.) Erneut wird hier der Drang deutlich, in Frankfurt etwas Großes zu schaffen. Auch wenn Adickes kein gebürtiger Frankfurter war, passte seine Vision gut zu dem in Frankfurt verbreiteten Bedürfnis, das Besondere zu ermöglichen. Das an dieser Stelle eigentlich Hervorhebenswerte ist jedoch, dass es nicht die städtischen Selbstverwaltungsgremien waren, die einen alternativen Lösungsweg für das ungelöste Problem der Senckenbergischen Institute (und für die Absichten der Jügel-Stiftung) ausarbeiteten, sondern dass es die Verbindungen innerhalb des Frankfurter Bürgertums waren, über welche die maßgeblichen Weichenstellungen erfolgten. Die beiden Vorsitzenden zweier unterschiedlicher Stiftungen, die ein gemeinsames Ziel vor Augen hatten, nämlich den Ausbau der Frankfurter Bildungslandschaft, trafen im Vorfeld Absprachen, die später tatsächlich zur Realisierung kommen sollten.

Anfang September 1902 unterbreitete Adickes in einer Sitzung der Dr. Senckenbergischen Stiftung den Vorschlag, das Stiftungsgelände für fünf Millionen Mark an die Stadt zu verkaufen und die geplanten Neubauten auf freiem Baugelände der Stadt an der Viktoria-Allee zu errichten (Naujoks 1991: 2; Wachsmuth 1929:

---

die Neubauten von Physikalischem Verein und Naturforschender Gesellschaft nicht die noch fehlenden finanziellen Mittel aufbringen (SenckenbergStift V48/2, hier: Auszug aus dem Protokoll der ordentlichen Generalversammlung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft am 21.02.1903).

31). Seitens der betroffenen Institute wurde im Vorfeld *„die berechtigte Besorgnis ausgesprochen, daß eine Verlegung des Museums, der Bibliothek und des physikalisch-chemischen Instituts nach der jetzigen Peripherie der westlichen Außenstadt zu einer schweren und langen Übergangszeit führen werde, in welcher das Interesse unserer Mitglieder an unseren idealen Bestrebungen erkalten, der Besuch des Museums und namentlich der regelmäßigen Vorlesungen, der wissenschaftlichen Sitzungen und praktischen Kurse erschwert und somit der Hauptaufgaben der beiden Vereine, unsere Lehrtätigkeit gefährdet werden könnte.“* [29] Andererseits schien es keine andere Möglichkeit zu geben, den Fortbestand der Institute zu sichern und so entschloss man sich nach monatelangen Verhandlungen zwischen Senckenbergischen Instituten und Dr. Senckenbergischer Stiftung doch zur Verlegung der Einrichtungen in die (damalige) städtische Peripherie. Die Senckenberg-Stiftung erklärte sich außerdem bereit, mit Baugeld stützend zur Seite zu stehen und erhöhte ihr diesbezügliches Angebot für den Physikalischen Verein, als dieser zu bedenken gab, dass „die neue Lage einen Bau erforderte, für den der zu Neubauzwecken gesammelte Betrag von ½ Millionen Mark nicht ausreichen konnte.“ (Wachsmuth 1929: 32)

Trotz anfänglichen Widerstands stimmten die Senckenberg-Stiftung und die genannten Institute im Februar 1903 der vom Magistrat vorgeschlagenen Lösung zu: Die Stadt kaufte der Dr. Senckenbergischen Stiftung das Stiftungs-Grundstück am Eschenheimer Tor ab, das Bürgerhospital wurde zu äußerst günstigen Konditionen auf ein städtisches Grundstück in der Nibelungenallee verlegt, dem Physikalischen Verein, der SNG und der Senckenbergischen Bibliothek kostenfrei ein Grundstück an der Viktoria-Allee angeboten und das Botanische Institut erhielt einen Bauplatz in der Nähe des Palmengartens.[30] Vom Bau des Jügelhauses, ebenfalls an der Viktoria-Allee, ist in den damaligen offiziellen Dokumenten zunächst (noch) nicht die Rede. Als man am 3. März 1903 in der Stadtverordnetenversammlung über den eben genannten Vorschlag des Magistrats zum Neubau der Senckenbergischen Einrichtungen beschließen sollte, beantragte man zunächst eine Prüfung durch den Hoch- und Tiefbau-Ausschuss, da die *„Opfer“*, die durch die Stadt zu erbringen seien, zu unklar erschienen und man bereits ahnte, dass es hier – quasi durch die Hintertür – doch wieder um das Jügelhaus gehe.[31]

Wenige Wochen später, in der Sitzung vom 31. März 1903, legte der Hoch- und Tiefbau-Ausschuss der Stadtverordnetenversammlung einen Bericht vor, mit welchem er sich *„auf den Standpunkt gestellt [hat], daß die vom Magistrat beantragte*

29 SenckenbergStift V48/2, hier: Auszug aus dem Protokoll der ordentlichen Generalversammlung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft am 21.02.1903.

30 SenckenbergStift V48/2, hier: Brief-Entwurf der Stiftungs-Administration an die SNG vom 03.02.1903; Auszug aus dem Protokoll der ordentlichen Generalversammlung der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft am 21.02.1903.

31 StVV-Protokoll vom 03.03.1903, § 237.

Bewerthung sämmtlicher Grundstücke den thatsächlichen Verhältnissen entspricht,“ [32] und in dem sämtliche *„Vortheile der Stadt“* aufgezählt sind[33], nämlich die Förderung der durch die Bürgerschaft finanzierten Wissenschaft und Bildung, die teilweise Entlastung des städtischen Haushalts durch die gemeinsam bestrittene Errichtung eines neuen Krankenhauses und eines anatomischen Instituts, sowie städtebauliche Gewinne durch den Erwerb des Stiftungsgrundstücks, durch den problemlos die erforderliche Straßenverbreiterung in diesem Bereich ermöglicht werde. Nachdem die Win-Win-Situation dargelegt war, kommt in der Versammlung keine kontroverse Debatte mehr auf. Die Verlegung der Institute erfolgt wie im einstigen Antrag des Magistrats formuliert, einzige Anpassung ist die Festlegung, dass die der Dr. Senckenbergischen Gesellschaft für die genannten Institute übereigneten Grundstücke nur zu wissenschaftlichen Zwecken verwendet werden dürfen.

Parallel zu dieser in der Stadtverordnetenversammlung getroffenen Entscheidung verhandelte man auf Stiftungsebene darüber, dass die Dr. Senckenbergische Stiftung der Jügel-Stiftung zum Bau des geplanten Vorlesungsgebäudes einen Teil des Geländes an der Viktoria-Allee gegen Pacht abtritt. Auch wenn die Verhandlungen zwischen Adickes und Schmidt-Metzler dereinst einen positiven Gang genommen hatten, verlief die tatsächliche Grundstücksübereignung nicht reibungslos. Im Protokoll der Mitgliederversammlung der Senckenberg-Stiftung vom 7. April 1903, in der über den Vertragsentwurf des Magistrats über den Verkauf des Stiftungsgrundstücks in zentraler Lage und die Überlassung des Baugrunds an der Viktoria-Allee abgestimmt wurde, heißt es, dass auf dem Bauplatz neben den Neubauten der Senckenbergischen Naturforschenden Gesellschaft und des Physikalischen Vereins noch ein weiteres Gebäude errichtet werden könnte, in dem „*entweder* die Senckenbergische Bibliothek *oder* die Jügel’sche Stiftung […] untergebracht werden könnten.“ [34] Bislang gab es also noch keine offizielle Zusage für das teilweise Abtreten des Baugrunds.

In der besagten Mitgliederversammlung gab es sogar einige Stimmen, die sich ausdrücklich *gegen* den Bau des Jügelhauses auf dem überlassenen Grundstück

32 StVV-Protokoll vom 31.03.1903, § 365.

33 „1. Bau eines Krankenhauses im Nordend, dessen Kosten sonst der Gemeinde zur Last fielen, 2. Bau eines Museums und wissenschaftlicher Anstalten, wie Bibliothek, botanisches Institut, zu welchem Private M. 800,000 beigetragen haben, 3. gemeinsamer Bau mit der Stadt eines anatomischen Instituts, den sonst die Stadt allein bestreiten müßte, 4. die Möglichkeit einer baldigen Durchführung einer neuen Trambahnlinie vom Dom zum Eschenheimerthor, die eine gute Rente verspricht, 5. die Entlastung der Friedbergerstraße und Zeil durch Ueberführung einzelner Straßenbahnlinien vom Osten nach dem Hauptbahnhof, über die verbreiterte Stiftstraße [die entlang des Senckenbergischen Stiftungs-Grundstücksverläuft, Anmerkung TE].“ (StVV-Protokoll vom 31.03.1903, § 365)

34 SenckenbergStift V48/333, hier: Auszug aus dem Protokoll vom 7. April 1903, §2.

aussprachen. Der Vorsitzende Dr. Knoblauch vertrat den Standpunkt, dass für ihn der „vorgeschlagene Vertrag mit der Jügelstiftung unannehmbar“ sei. „Nach Lage der Verhältnisse könne ein Zusammengehen mit der in den Stadtverordnetenkreisen wenig beliebten Jügelstiftung leicht das ganze Projekt gefährden […].“ [35] Viel erstrebenswerter erachtete man den Bau des neuen Botanischen Instituts in räumlicher Nähe zum Naturkundemuseum. Es folgte ein Briefwechsel zwischen dem Oberbürgermeister Adickes sowohl in seiner Funktion als Vorsitzender der Jügel-Stiftung als auch als Mitglied des Magistrats mit der Senckenberg-Stiftung, in welchem Adickes nicht versäumte hervorzuheben, dass Moritz von Schmidt-Metzler der Abtretung eines Teils der Baufläche an die Jügel-Stiftung bereits wohlwollend entgegengeblickt habe.[36] Unter der Voraussetzung, dass die Senckenbergischen Institute die Hörsäle des Jügelhauses mitbenutzen können, kam es schließlich zu einer Umkehr seitens der Gegnerschaft in den Reihen der Senckenberg-Einrichtungen und Jügel- sowie Senckenberg-Stiftung arbeiteten einen Vertrag für die Überlassung des Baugrundstücks aus.[37]

Im August 1903 unterzeichnete die Dr. Senckenbergische Stiftung schließlich nicht nur mit der Stadt Frankfurt einen Vertrag zur Regelung der Grundstücksfragen, sondern auch mit der Jügel-Stiftung. In letzterem legte man fest, dass die Senckenberg-Stiftung auf dem durch die Stadt zur Verfügung gestellten Bauland an der Viktoria-Allee der Jügel-Stiftung einen stadtseitig liegenden Bauplatz zu dauerndem Eigentum überlässt, um dort ein Hörsaalgebäude zu errichten. In dem Vertrag heißt es außerdem, dass die Fassadenarchitektur des zukünftigen Jügelhauses durch die Dr. Senckenbergische Stiftung zu genehmigen sei (Wachsmuth 1929: 152). Bei der Erschaffung des Ensembles aus Bauten für Wissenschaft und Bildung wollte man offenbar Einheit demonstrieren, auch wenn die einzelnen Institute sehr unterschiedliche Zielsetzungen hatten und die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, die in das Jügelhaus einziehen sollte, einem gänzlich anderen Disziplinenfeld angehörte als die benachbarten naturwissenschaftlichen Einrichtungen. Diese Art der Einheit in Vielfalt erinnert wiederum an das Gefüge innerhalb einer Hochschule: auch hier vereinen sich verschiedenartige wissenschaftliche Institute gleichsam „unter einem Dach“, oder genauer formuliert: unter vielen zusammengehörigen Dächern.

Die Zusammenlegung der unterschiedlichen Einrichtungen an der östlichen Grenze des Westends gelang also nur dank zahlreicher Wendungen und dank der

35 SenckenbergStift V48/333, hier: Auszug aus dem Protokoll vom 7. April 1903, §2.
36 Ebd., hier: Abschrift Schreiben des Magistrats an die Senckenberg-Stiftung, 12. Juni 1903; Adickes im Namen der Verwaltung der C. Chr. Jügel-Stiftung an die Administration der Dr. Senckenbergischen Stiftung, z. Hd. Dr. med. Roediger, 12. Juni 1903; Brief Adickes im Namen der C. Chr. Jügel-Stiftung an die Administration der Dr. Senckenbergischen Stiftung, 4. Juli 1903
37 Ebd., hier: Auszug aus dem Protokoll vom 18. Juni 1903, §2.

Beharrlichkeit der involvierten Akteure bzw. der von Adickes. Entstanden war damit die Keimzelle der Frankfurter Universität, die nur wenige Jahre später, nämlich ab 1914, ihre Pforten als erste privatfinanzierte Universität Deutschlands eröffnete. In seinen Memoiren resümiert Adickes zufrieden: *„So konnte nur ein großer Entschluß dahin führen, daß, anstatt des alten wissenschaftlichen Zentrums auf dem Senckenbergischen Stiftungsgrundstück, ein neues auf noch jungfräulichem Gelände an der Viktoria-Allee erstand, das aber nicht nur den naturwissenschaftlichen Fächern, sondern auch den Geisteswissenschaften Raum gewähren sollte."* (Adickes 1915: 15) Die anfänglichen Ambivalenzen verblassten schnell und nach Umsetzung des *„großen Entschlusses"* widmete man sich bald der noch größeren Vision einer Universität. Auch wenn der weitere Verlauf nicht Teil der vorliegenden Studie ist, soll an dieser Stelle doch der Ausblick erlaubt sein, dass es auf dem Weg zur Stiftungsuniversität in ganz ähnlicher Weise und allen Widerständen zum Trotz gelang, Synergien zu nutzen und den Gewinn für die Stadt herauszustellen.

Am Verlauf der Projektplanung sowohl zum Jügelhaus als auch bei den weiter vorne genannten anderen Großprojekten der Stadt zeigten die Treiber der Projekte ein großes Geschick bei der Überwindung von Hindernissen. Das Besondere ist dabei, dass keineswegs Kompromisse eingegangen wurden, die Abstriche bei den anvisierten Zielen bedeuten hätten. Im Fall des Jügelhauses kam es sogar zu einer noch vorteilhafteren Realisierung als ursprünglich geplant. Was sich hier vollzog, kann nicht einer generellen Kompromissbereitschaft zugerechnet werden, da Kompromisse gewisse Einschränkungen auf Seiten aller Beteiligten erfordern. Es handelt sich hier vielmehr um eine gewinnorientierte Flexibilität beim Finden eines Lösungswegs, die es ermöglicht, Kompromisse zulasten des eigentlichen Ziels erfolgreich zu umschiffen. Genau hierin zeigt sich eine für Frankfurt typische Art, mit den Gegensätzen innerhalb der Stadt einen Umgang zu finden und diese halbwegs miteinander zu versöhnen. Die gewinnorientierte Flexibilität brachte Widerstreitendes zusammen und führte mehr als nur einmal zur Realisierung bürgerlicher Prestigeprojekte.

6.5
Die Voraussetzungen für „behagliche Monumentalität“

Das vom Frankfurter Architekten Ludwig Neher entworfene Jügelhaus ist ein anschauliches Beispiel dafür, dass man es in der Mainmetropole auch in baulicher Hinsicht verstand, Widersprüchliches miteinander zu vereinen. Die in dem Gebäude zusammengebrachten Gegensätze lassen sich weiterhin zu den gesellschaftlichen Herausforderungen der damaligen Zeit im Allgemeinen und zu denen der Stadtentwicklung Frankfurts im Besonderen in Bezug setzen. Um diese Widersprüche besser nachvollziehbar darstellen zu können, betrachte ich das Jügelhaus erneut vor dem Hintergrund der Entwicklungsgeschichte des deutschen Hochschulbaus. Insgesamt erhalten nachfolgend die Architektur des Jügelhauses sowie einige architektonische Details eine genauere Betrachtung als bislang, was aufgrund der soziologischen Ausrichtung dieser Arbeit jedoch nicht die Tiefe einer kunsthistorischen Analyse einnehmen kann. Anhand der baugeschichtlichen Entwicklung des Gebäudetyps lässt sich erneut und auf einer etwas anderen Basis als in Kapitel 4.5 diskutieren, inwieweit das Jügelhaus in seinem äußeren Ausdruck und seinem Verwendungszweck „auseinander“ fiel.

Der Funktionstyp „Universitätshauptgebäude“ entstand erst im Lauf des 19. Jahrhunderts, als man allmählich dazu überging, für bestehende bzw. neu gegründete Universitäten eigene Gebäude zu entwerfen und zu bauen. Zuvor dienten in Deutschland für die räumliche Beheimatung der Universitäten lange Zeit „zufällig leerstehende, baulich desolate und funktional kaum angepaßte Gebäude mit dem einzigen Vorteil, an zentraler Stelle viel Platz zu bieten.“ (Nägelke 2000: 14) Üblicherweise hatte man Klöster und Bürgerhäuser umgenutzt oder eigens kleine Kollegiengebäude errichtet. Umfassten die Räumlichkeiten einer Universität einstmals auch Wohnräume und kamen ohne Unterscheidung der Unterrichtsräume in Bibliothek, Seminarraum, Aula etc. aus, setzte sich im Lauf der Zeit der Typus des „Gesamtgebäudes“ durch, der alle Funktionen der Hochschule unter einem Dach vereinte. Aufgrund der zunehmenden Spezialisierung innerhalb der einzelnen Disziplinen kam es zunehmend zu einer räumlichen Trennung von experimentellen und theoretischen Fächern. Der Gebäudetypus „Universitätshauptgebäude“ bildete sich in Deutschland erst heraus, als sich im 19. Jahrhundert die Hochschullandschaft aufgrund der zunehmenden Spezialisierung in den verschiedenen Disziplinen merklich verändert hatte. Die aus der Humboldt’schen Universitätsreform noch relativ geschlossen hervorgegangen Fakultätskollegien hatten sich „in eine Reihe spezialisierter Einzellehrstühle aufzulösen begonnen“ (ebd.: 10) und damit wandelten sich auch die räumlichen Bedürfnisse.

Vor allem für die naturwissenschaftlichen und medizinischen Disziplinen entstanden mit den neuen Apparaturen eigenständige Laboratorien und das führte zu einer räumlichen wie auch organisatorischen Abgrenzung mit eigenen Gebäuden, eigenem Etat, eigenem Personal und schließlich zu eigenen Instituten mit dem Ordinarius als „Direktor" an der Spitze: „Nach den traditionsreichen Anatomien und den (allerdings bis in die dreißiger Jahre hinein als ›Hilfswissenschaft‹ und ›Fakultätsattribut‹ deklassierten) Chemischen Laboratorien und Sternwarten entstanden ab etwa 1850 Physiologische, ab 1860 Pathologische und Physikalische, ab etwa 1870 Mineralogische, Botanische und Zoologische, ab etwa 1880 Hygienische, in den neunziger Jahren Physikalisch-Chemische und nach der Jahrhundertwende selbständige Pharmazeutische Institute, in denen die Spezialisierung durch die Einrichtung weiterer, teils durch eigene Lehrstühle vertretene Subdisziplinen noch weiter vorangetrieben wurde." (ebd.: 11) Es entstanden schließlich funktional ausdifferenzierte Hochschulbauten, deren Entwürfe sich an den Anforderungen bestimmter Institute und ihrer spezifischen räumlichen Bedürfnisse orientierten (ebd.: 22ff.).

Der sich erst zu dieser Zeit herausbildende Typus des „Hauptgebäudes" umfasste neben Aula, Hörsälen und Bibliothek auch Verwaltungsräume und verkörperte „vor allem die Hochschule als Ganzes durch zentrale und übergreifende Funktionen" (ebd.: 23). Kernaufgabe des Hauptgebäudes war es, die Hochschule zu repräsentieren und als Verwaltungszentrum zu fungieren. Das kleinste Hauptgebäude entstand in der Kaiserzeit mit 13 Auditorien für insgesamt 450 Hörer in Kiel, große Gebäude standen in Straßburg (für 2000 Hörer) sowie in München und Berlin (für jeweils 4000 Hörer) (ebd.).[38] Mit dem verstärkten Aufkommen eigenständiger Seminarbauten bzw. Institute, die unabhängig vom Hauptgebäude entstanden, begann sich die Rolle letzterer „mehr und mehr auf die eines Aulagebäudes zu beschränken [...]: Wissenschaft, Forschung und Lehre der verschiedenen Disziplinen hatten sich am Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts so weit auseinanderbewegt, daß ihre unverändert postulierte Einheit kaum mehr von einem Gebäude repräsentiert, geschweige denn erfüllt werden konnte. Eine Universität als bauliches Ganzes aufzufassen, war über den engeren architektonischen Ansatz hinaus zu einer städtebaulichen Aufgabe geworden, deren Lösungen bis auf den heutigen Tag das jeweilige Verständnis von Wesen und Wert der Institution zu spiegeln vermögen." (ebd.: 43f.)

38 „Neben einem ständig wachsendem Flächenbedarf waren es also strukturelle Wandlungen, die die Planung von Hochschulhauptgebäuden begleiteten: Vom Gesamtgebäude als Versuch der Integration aller Bereiche einer Universität, über das Aulagebäude als Einengung auf fachübergreifende Auditorien und die Festaula, bis zum Hauptgebäude, als Sitz übergeordneter und repräsentativer Aufgaben, neben denen sich die Nutzung für Unterrichtszwecke – Hörsäle und Seminare – immer mehr auf den Kreis der ›Papierwissenschaften‹ beschränkt." (Nägelke 2000: 24)

Eine städtebauliche Aufgabe war auch der Bau des wissenschaftlichen Ensembles an der Viktoria-Allee – selbst ohne den Anspruch, eine Universität zu sein. Beziehungsweise: ohne es zum Planungszeitpunkt zu sein. Mit dem Wissenschaftszentrum entstanden zwar keine originären Universitätsbauten, aber doch Gebäude, die in engster Verwandtschaft zu diesem Typus standen. Vor allem das Jügelhaus erbaute man mit der Vision von der Errichtung einer Universität vor Augen, das war sicherlich auch dem Architekten Ludwig Neher klar. Funktional gesehen stand es zum Zeitpunkt seiner Errichtung zwischen Aula- und Hauptgebäude. Es musste alle Institute und Seminare der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften beherbergen, aber auch die Akademie-Verwaltungsräume sowie das Institut für Gemeinwohl. Die benachbarten Senckenbergischen Einrichtungen nutzten ebenfalls die Räumlichkeiten des Gebäudes. Aufgrund der vertraglich geregelten Kooperation mit dem Physikalischen Verein, der SNG und der Senckenbergischen Bibliothek war außerdem vorgesehen, dass für die naturwissenschaftlichen Vorlesungen und Seminare der Akademie die nahe gelegenen Hörsäle dieser Einrichtungen mitgenutzt werden. Damit war einerseits das Jügelhaus eine Art zentrales Vorlesungsgebäude und andererseits deckten die speziell ausgestatteten Räume der Senckenbergischen Forschungsinstitute den „Spezialbedarf“ für die naturwissenschaftlichen Fächer der Akademie ab. Auch wenn die an diesem Ort versammelten Institutionen inhaltlich bzw. organisatorisch nicht unter einem Dach vereint waren, bildeten sie nicht nur aufgrund ihres baulichen Arrangements einen kleinen Campus, sondern auch aufgrund des übergreifenden Nutzungskonzepts.

Das Ensemble war von Anfang an so geplant, dass die Gebäude mittels der verbindenden Arkadengänge, einer aufeinander abgestimmten Fassadengestaltung und dem bei allen Gebäuden erfolgenden Verwendung lokaler Materialien als zusammengehörige Bauten wahrgenommen werden konnten, was auf baulicher Ebene den Eindruck eines Campus verstärkte. Im Fall einer tatsächlichen Universitätsgründung konnte das Wissenschaftszentrum außerdem sofort mit einem umfassenden Raumprogramm dienen: das Jügelhaus als Hauptgebäude und die Räume der Senckenbergischen Einrichtungen als weitere, spezialisierte Institutsgebäude. Das Jügelhaus verfügte mit einer großen Aula und Hörsälen verschiedener Größe sowie mit Instituts- und Verwaltungsräumen durchaus über die üblichen Attribute eines Hauptgebäudes. Insgesamt entsprach das Ensemble damit den durch Nägelke festgestellten, zu jenem Zeitpunkt gängigen architektonischen Lösungen im Hochschulbau: Neben einem Hauptgebäude mit zentralen Funktionen (Jügelhaus) gab es weitere, funktional ausdifferenzierte Institutsbauten (Naturkundemuseum, Physikalischer Verein und Senckenbergische Bibliothek), deren Umsetzung als städtebauliche Aufgabe aufgefasst wurde.

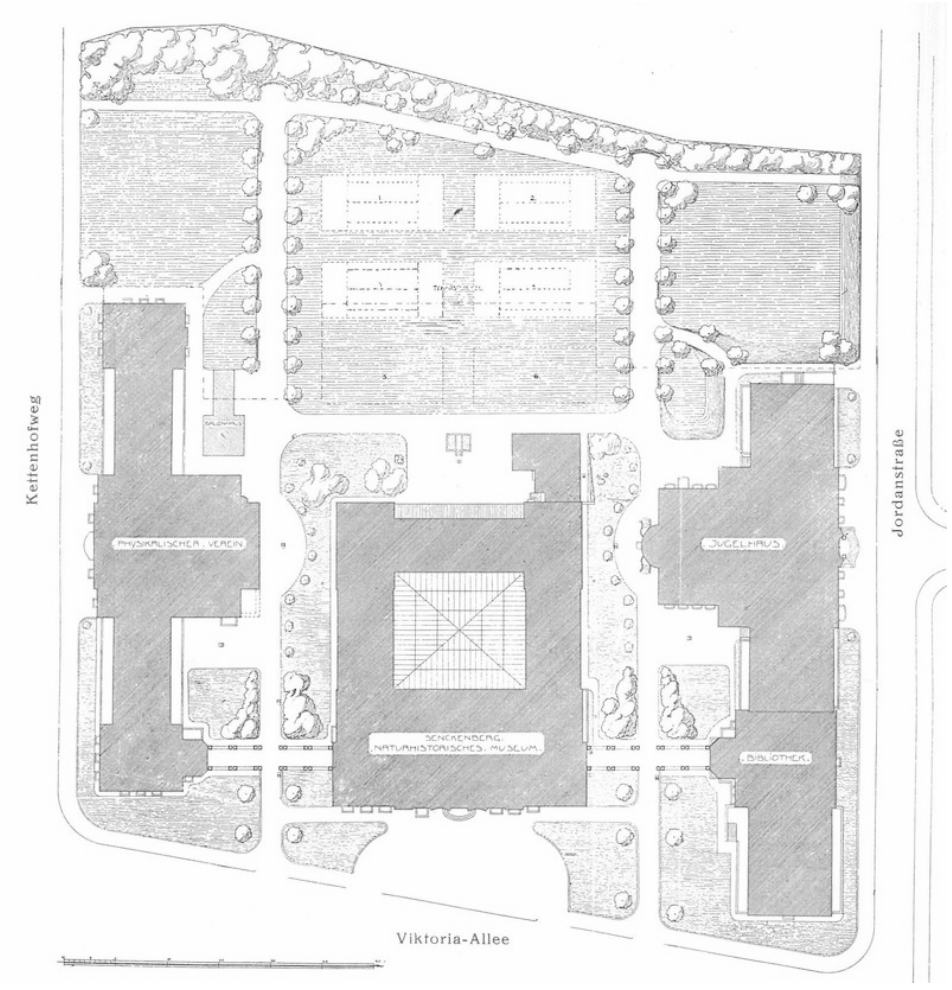


Abbildung 35: Die Bauten des Wissenschaftsensembles.

Ein Aspekt schmälert diesen Eindruck jedoch etwas: Das Wissenschaftszentrum wird zwar mit der Perspektive auf die Gründung einer Universität auf den Weg gebracht, aber das Jügelhaus war für die Aufgaben und den Funktionsumfang eines Universitätshauptgebäudes eigentlich *viel* zu klein. Die Größe bzw. die *deutlich* kleinere Dimensionierung des Jügelhauses im Vergleich zu den als potentielle „Institutsbauten" identifizierten Gebäuden entspricht wiederum nicht den von Nägelke katalogisierten Kriterien. Das Hauptgebäude hätte eigentlich das größte des Ensembles sein müssen und sich statt des Museums zur repräsentativen Viktoria-Allee ausrichten sollen. Für den universitären Betrieb war das Jügelhaus im

Grunde nicht groß genug. Eine Hochschule hätte mit dem erforderlichen größeren Verwaltungsapparat, einer breiteren Fächer- und Institutsvielfalt sowie einer deutlich größeren Zahl an Studierenden auch einen entsprechend größeren Raumbedarf im Hauptgebäude erforderlich gemacht. [39] Andererseits entstand das Jügelhaus ja auch gar nicht explizit als ein solches Gebäude, sondern wurde konzipiert als neuer Unterrichtsort für die Akademie der Sozial- und Handelswissenschaften. Die Rahmenbedingungen für den Akademie-Neubau waren aufgrund der kleinen zur Verfügung stehenden Fläche des Baugrunds und wegen des gedeckelten Budgets äußerst begrenzend. Doch obwohl das Jügelhaus im Vergleich zu den „echten" Universitätshauptgebäuden dieser Zeit klein ausfällt, verstand man das baulich geschickt auszugleichen bzw. zu kaschieren: Die Senckenbergische Bibliothek schmiegt sich derart an das Jügelhaus an, dass man vor den beiden Gebäuden stehend fast denken könnte, es handele sich um einen Anbau bzw. eine Erweiterung des Jügelhauses, so dass letzteres größer wirkt, als es tatsächlich ist. Auch wenn das Jügelhaus im Vergleich zu den weiteren Bauten des Ensembles vor allem aufgrund seiner Größe eher bescheiden wirkt und die etwaigen Institutsbauten dagegen fast riesig anmuten: Die Umsetzung des Ensembles war nichtsdestotrotz ein wichtiger und erfolgreicher Schritt zur baulichen Vorbereitung der zukünftigen Universität. In der Berichterstattung der Deutschen Bauzeitung von 1908 ordnete man das Jügelhaus außerdem durchaus als Hochschulgebäude ein: *„Als Heimstätte einer Anstalt von akademischen Rang konnte das Gebäude in die Gruppe der anderen Bauwerke eingereiht werden und erhielt neben seiner Einrichtung als modernes Studien-Gebäude und in seiner architektonischen Ausbildung den Rang einer Hochschule."* [40]

Eine weitere Abweichung der Jügelhaus-Architektur zum Hochschulbau der damaligen Zeit ist die Symmetrie des Entwurfs. Nach der Jahrhundertwende war man zu asymmetrischen Entwürfen übergegangen, die sich der städtebaulichen Situation anpassten. Das Jügelhaus folgte danach einem „überholten" Normtypus und war so gesehen tatsächlich etwas altmodisch. Ähnlich zu den Universitätshauptgebäuden Ende des 19. Jahrhunderts ist der Mittelbau des Jügelhauses in der Fassadengestaltung repräsentativer als die beiden Seitenflügel. Die Lage der Aula als Repräsentationskern des Gebäudes ist durch die aufwendiger verzierte Fassadengestaltung in diesem Bereich hervorgehoben: ornamentierte Pilasterbänder liegen zwischen den großen Bogenfenstern mit darüber liegenden Rundfenstern. Neben einem repräsentativen Treppenhaus gibt es für die Erschließung der

39 Als die Universitätsgründung in greifbare Nähe rückte, musste das Jügelhaus erweitert werden und erhielt einen weiteren Gebäudeteil, der in einem rechten Winkel an die nach Bockenheim weisende Gebäudeseite angebaut wurde.

40 Deutsche Bauzeitung 86/1908, S. 587.

Institutsräume in den Seitenflügeln kleinere Nebentreppen. Die Architektur des Jügelhauses entspricht jedoch nicht vollständig dem Normtypus: Der Architekt Ludwig Neher verzichtete auf eine repräsentative, mehrgeschossige Vestibülhalle, die sich vom Eingangsbereich bis in die oberen Etagen erstreckt, stattdessen konzipierte er für die Eingangssituation und den Übergang zum Repräsentativtreppenhaus eine „Wandelhalle", die im Erdgeschoss zu einem „Erfrischungsraum", eine Art Cafeteria, führt, der damals *„als solcher mit seiner einfachen heiteren Ausbildung für Deutschland ein noch wenig gebräuchliches ›akademisches Novum‹ sein dürfte."* (Das Jügelhaus 1907: 7) Zum 1. Obergeschoss öffnet sich die Wandelhalle mit einer kreisrunden Öffnung, die weniger Verkehrsfläche in Anspruch nimmt als eine mehrgeschossige Halle, und das absichtsvoll: Der damit im 1. Obergeschoss gewonnene Freiraum soll als Aufenthaltsmöglichkeit dienen. Der T-förmige Grundriss mit sehr kurzem Schenkel entspricht ebenfalls nicht der geläufigen Zweiflügelanlage vergleichbarer Universitätshauptgebäude. Alles ist wesentlich kompakter und komprimierter – und insgesamt kleiner.

In Kapitel 4.4 habe ich bereits darauf hingewiesen, dass die Kunsthistorikerin Astrid Hansen den Standpunkt vertritt, das Jügelhaus sei hinter den damaligen Entwicklungen im Hochschulbau zurückgeblieben. Die Jügelhausarchitektur orientierte sich tatsächlich nicht an den neuesten Entwicklungen. Trotzdem waren die zeitgenössischen Urteile über das Gebäude positiv, von einem Zurückbleiben hinter der aktuellen Entwicklung war nicht die Rede. In einer Ende 1908 in der Deutschen Bauzeitung erschienenen Artikelserie lobte man die *„scharfsinnige Grundriß-Aufteilung"* des Jügelhauses und *„die glückliche Raumwirkung des inneren Organismus und der Hauptsäle"* als *„Hauptvorzüge des Monumental-Baues"*,[41] da die unterschiedlichen Arten von erforderlichen Räumen, angefangen beim Institutsbüro über Seminarräume, Vorlesungsräume unterschiedlicher Größe bis hin zu einem Audimax, sowie die Bibliothek mit Leseräumen als auch die Sitzungsräume *„in übersichtliche und bequeme Verbindung gebracht und zu einem monumentalen Ganzen geordnet werden. Und das ist wohl gelungen."* Weiter heißt es zum klug arrangierten Raumprogramm und den bereits geschilderten Abweichungen des Normtypus: *„Die Raumforderungen und die immerhin nicht zu reichlich bemessene Baufläche veranlaßten ein Abweichen von der bisher üblichen Form der akademischen Gebäude, welche die Räume um eine mittlere durchgehende Zentralhalle gelagert zeigen. Ein Ersatz für dieses monumentale Motiv wurde in einer Reihe praktischer Anordnungen gefunden, die das Leben und den Verkehr im Studiengebäude angenehmer und bequemer machen, als in manchen anderen Anstalten mit ähnlicher Bestimmung."* [42] Eine weitere, damals unübliche Komponente des Raumprogramms ist die Umsetzung

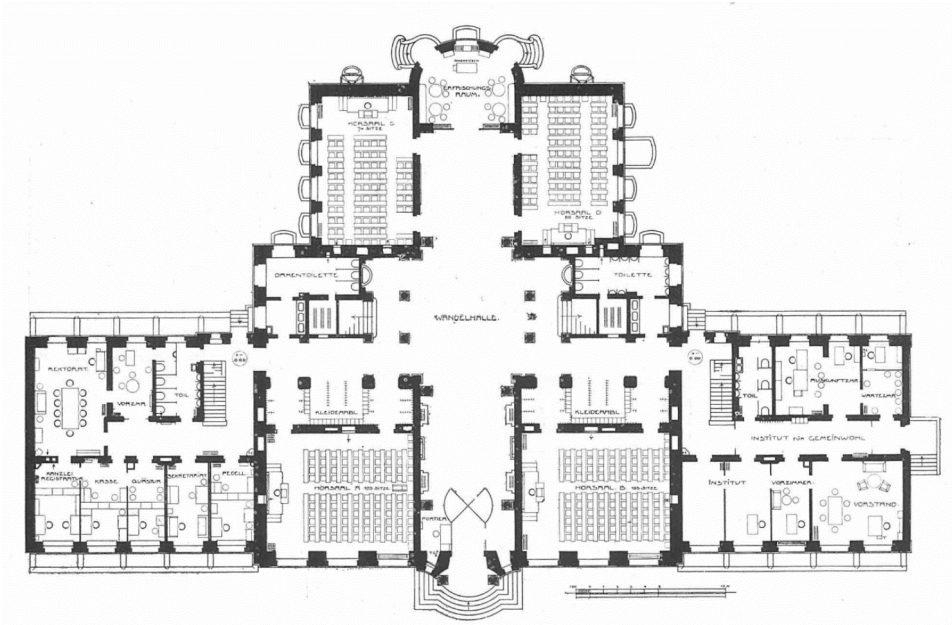
41 Deutsche Bauzeitung 87/1908, S. 595.
42 Ebd., S. 594.

von Toilettenanlagen für *beide* Geschlechter, was angesichts der Tatsache, dass Frauen sowohl als Studierende als auch als Lehrpersonal nur sehr selten an Hochschulen anzutreffen waren, als so ungewöhnlich angesehen worden sein mochte, dass man in der Bauzeitung extra darauf hinwies.[43] Moderne Elemente in der Gestaltung werden im Artikel der Bauzeitung allerdings nicht hervorgehoben, wohl aber die *„für Frankfurt charakteristische Farbenwirkung"*, die durch die eingesetzten Materialien erzielt werde.[44] Im besagten Artikel wird über diese Anmerkung hinaus nichts über die äußere Wirkung der Jügelhaus-Architektur berichtet und somit erschien diese – im Vergleich zur als „raffiniert" bezeichneten Raumaufteilung – offenbar nicht weiter nennenswert und damit unauffällig.[45]

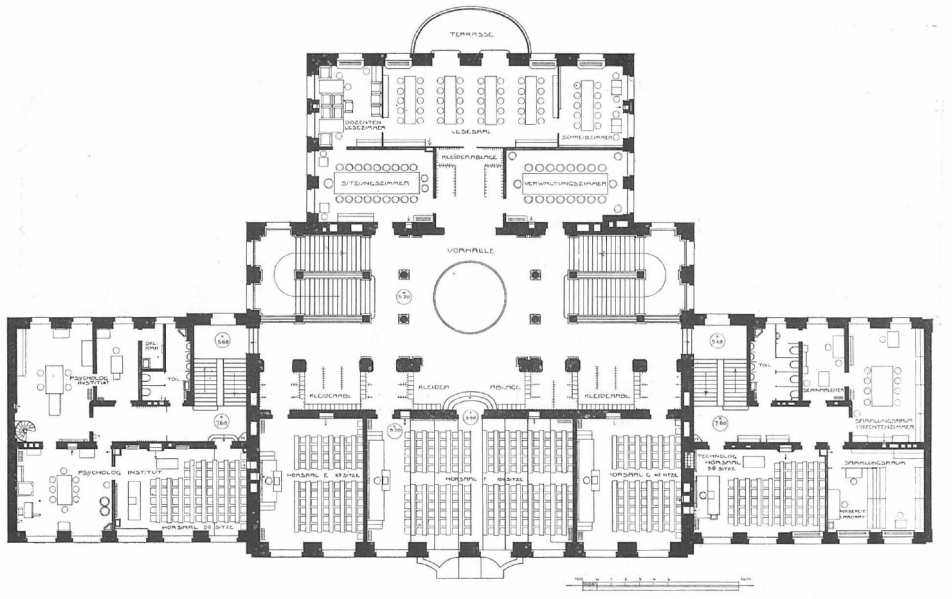
In Bezug auf den Baustil des Gebäudes gibt es unterschiedliche Auffassungen, wie das Jügelhaus einzuordnen sei. Während es einerseits der Baustil – allen voran vom Architekten Neher selbst – als *„mäßig modernisierter Barock"* bezeichnet wird[46], spricht der Autor des Artikels in der Deutschen Bauzeitung von einem Bau der „Spätrenaissance"[47]. Hans-Dieter Nägelke verweist in seiner Studie zu den Universitätsbauten der wilhelminischen Zeit darauf, dass bei den Entwürfen im Hochschulbau gegen Ende des 19. Jahrhunderts ähnlich wie bei öffentlichen Bauten allmählich die Neurenaissance vom Neubarock abgelöst wurde. Legte Jügelhaus-Architekt Ludwig Neher also darauf wert, von einem „modernisierten Barock" zu sprechen, wenn es um seinen Entwurf ging, kann man das als seinen Verweis auf die Zeitgemäßheit der Architektur deuten. Auch er hätte Astrids Hansens Befund zur rückständigen Gestaltung des Jügelhauses sicherlich nicht zugestimmt.

Festzuhalten bleibt, dass sich die in dem Gebäude beheimatete Einrichtung, die durchaus als *sehr* modern zu bezeichnende Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften, nicht in Gestalt der aufkommenden avantgardistischen Architekturen zeigte, sondern in einem rückwärtsgewandten, weil historistischen Gewand. Damit zeigt sich auch am Jügelhaus ein für das damalige Frankfurt typischer Widerspruch: Ein Modernitätsstreben war in Frankfurt stark ausgeprägt, sei es in Form einer besonderen Reformwilligkeit oder in Gestalt fortschrittlicher technischer Infrastrukturen, aber für eine neue Formensprache in der Architektur konnte man sich in Frankfurt zu diesem Zeitpunkt generell noch nicht erwärmen. War Frankfurt „Inneren" zwar modern, zeigte es sich in der äußeren Erscheinung traditionsbewusst. Das traf auch auf das Jügelhaus zu. Eine innovative Raumaufteilung mit

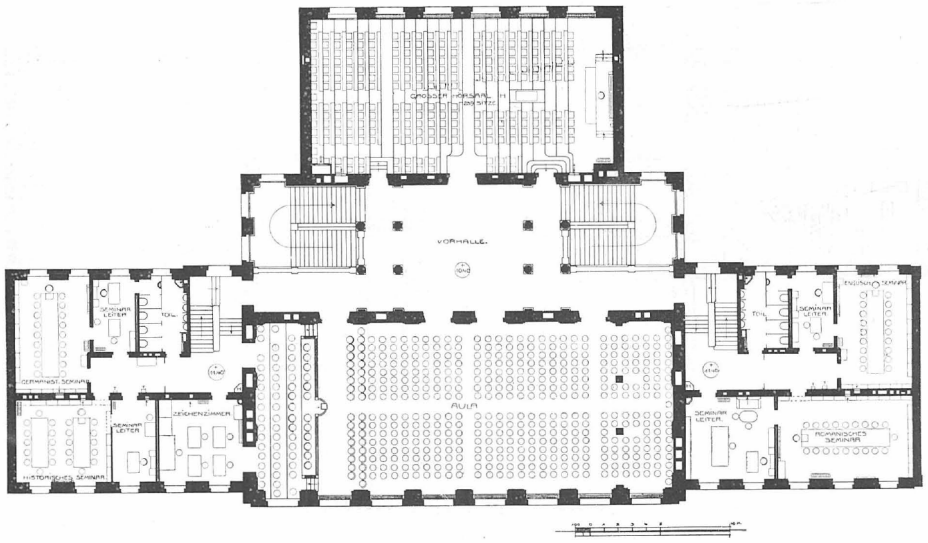
43 Ebd., S. 595.
44 Ebd.
45 Astrid Hansen verweist in ihrer Baubeschreibung auf den „eher bescheidenen" Eingang des Gebäudes, der damals „mit einem Segmentgiebel und zwei liegenden allegorischen Figuren bekrönt" wurde (Hansen 2001: 52).
46 Das Jügelhaus 1907; Deutsche Bauzeitung 87/1908, S.595; Hansen 2001: 54.
47 Deutsche Bauzeitung 87/1908, S. 595.



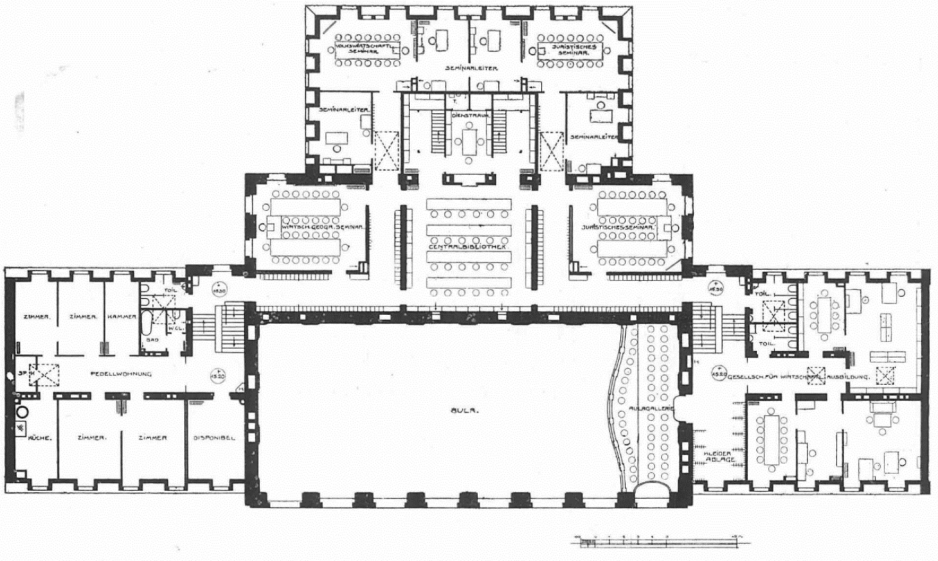
Erdgeschoß.



I. Obergeschoß.



II. Obergeschoß.



III. Obergeschoß.

Abbildung 36: Grundrisse des Jügelhauses

moderner Gebäudetechnik[48] versteckte sich hinter einer historisierenden Fassade. Für jene Zeit kein ungewöhnliches Phänomen.

Der Kunsthistoriker Werner Hofmann schreibt über die damalige Architektur, dass das „organische Verhältnis von Innen und Außen, von Kern und Schale [...] gestört [ist], der Kern besteht für sich, die Schale erscheint als abhebbare Zutat," die bildhaften Elemente ziehen sich an die Oberfläche zurück und werden dem Gehäuse entbehrlich (Hofmann 1974: 258). Die Trennung von äußerer Gestaltung und innerem Kern mag in erster Linie dem Wunsch nach der Umsetzung einer möglichst repräsentativen Architektur geschuldet sein, gleichzeitig kann man die Zweiteilung in historisierende Hülle und modernen Kern (d.h. moderne Konstruktion und/oder innovative Innenraumorganisation) als Materialisierung des damaligen Schwankens zwischen den Polen „Modernität" (im Sinne von Fortschritt) und „Tradition" (als das Bekannte und Vertraute) auffassen: Indem man beides in einem Gebäude realisierte, konnte man die beiden scheinbar gegensätzlichen Kräfte, Weiterentwicklung und Fortbestand, miteinander vereinen und vielleicht sogar fürs Erste versöhnen.

Das Jügelhaus vereint in seiner Gestaltung gleich mehrere Gegensätze, die im übertragenem Sinne als typisch „frankfurterisch" gelten können und die ich nachfolgend etwas genauer betrachten möchte. Bei der Auseinandersetzung mit den Texten im Begleitheft zu den Reden anlässlich der Eröffnung des Gebäudes im Oktober 1906 fällt auf, wie eine Reihe im Grunde gegensätzlicher Attribute bei der Charakterisierung des Neubaus ganz selbstverständlich als zusammengehörig präsentiert werden. Nachfolgend soll es darum gehen, zwei dieser Gegensatzpaare nicht nur zu benennen, sondern auch in Bezug zur Stadt zu setzen.[49] Das erste Beispiel gegensätzlicher Zuschreibungen für das Jügelhaus ist die Betonung der *Monumentalität* des Gebäudes einerseits und dessen *Behaglichkeit* bzw. *Bequemlichkeit* andererseits. Vor allem bezogen auf das Raumprogramm des Jügelhauses hebt man im Einleitungstext zu den Eröffnungsreden hervor, dass es gelungen sei, auf *„engbegrenztem Grundstück"* alles zu *„einem monumentalen und doch behaglichen Ganzen"* zusammenzubringen (Das Jügelhaus 1907: 6). Der Widerspruch zeigt sich hier in der Gleichzeitigkeit zweier sich eigentlich ausschließender Gebäude-Attribute. Monumentalität verweist auf eine eindrucksvolle Größe, auf eine

48 Ebd.

49 Eine semantische Analyse, die eingehend untersucht, welche Sinngehalte damals mit den geäußerten Zuschreibungen tatsächlich gemeint waren, wäre in diesem Fall vermutlich noch aufschlussreicher als die hier erfolgende „einfache" Inbezugsetzung der genannten Eigenschaften des Jügelhauses zu denen der Stadt Frankfurt als Ganzes. Da dies jedoch den Umfang und die methodischen Grenzen dieser Arbeit deutlich überschreiten würde, erfolgt nur eine relativ knapp gehaltene Betrachtung, die aber dennoch aufzuzeigen vermag, dass das pragmatische Zusammenbringen von Gegensätzen in Frankfurt eine gängige Praxis und Ergebnis einer spezifischen Art der Flexibilität war, die bis in die Architektur öffentlicher Gebäude hineinreichte.

extrem starke Präsenz und bezieht sich in der Architektur auf gemessen am Menschen übergroße Proportionen. Während das Übergroße für den daneben kleinen Menschen etwas Unüberschaubares, Mächtiges und sogar Bedrohliches haben kann, steht Bequemlichkeit wiederum für eine eher bescheidene, alltagspraktische und komfortable Lösung zum Wohlfühlen. Monumentalität in der Architektur richtet sich immer an ein Außen, das man zu beindrucken versucht, während das Behagliche und Bequeme sich auf eine Innensicht der Räume – und zwar aus der Perspektive der Nutzerinnen und Nutzer – bezieht.

Das Zusammenbringen von Monumentalität und Behaglichkeit findet man auch bezogen auf die Stadt Frankfurt als Ganzes. Das Aufgreifen der Ringstraßenidee mit (öffentlichen) Monumentalbauten im Wechsel mit einer Wohnbebauung zur Repräsentation nach Außen (vgl. Hansen 2001: 48f.) folgt der städtebaulichen Idee großer europäischer Metropolen wie etwa Paris oder Wien. Im Vergleich zu den beiden genannten Städten war Frankfurt jedoch klein und beschaulich: Während Paris und Wien im Jahr 1900 bereits Millionenstädte waren (mit rund 2,7 und 1,7 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern) lag die Einwohnerzahl Frankfurts bei rund 290.000 Menschen. Damit waren nicht nur die Entfernungen innerhalb der Stadt um ein Vielfaches kleiner, auch die Verkehrswege konnten deutlich bescheidener dimensioniert werden als in den beiden Vergleichsstädten. Diese Beschaulichkeit hatte, wie bereits weiter vorne berichtet, einen besonderen touristischen Reiz: Die vielen kleinen Straßen mit ihren Gärten fanden sogar jenseits der deutschen Grenzen große Bewunderung. Kontrastprogramm zu dieser „Behaglichkeit" war Frankfurts Bahnhof, bis 1915 der größte Europas, oder mit der Festhalle als größter freitragender Kuppelbau des Kontinents. Monumentalität und Behaglichkeit fanden sich also auch im Stadtbild selbst.

Zwei weitere gegensätzliche Attribute, die man dem Jügelhaus zuordnete, waren *Repräsentativität* und *Zweckmäßigkeit*. Im Einleitungstext zu den Eröffnungsreden heißt es, dass das Jügelhaus *„ebensowohl den repräsentativen Charakter einer Alma mater"* als auch *„alle praktischen Einrichtungen eines modernen Studiengebäudes"* umfassen müsse (Das Jügelhaus 1907: 6). Staatsminister Conrad von Studt lobt in seiner Rede die *„prächtige neue Stätte"* für die Akademie, die nun ein *„zweckmäßig eingerichtetes Heim"* erhalten habe (Studt zit. ebd.: 53) und ganz ähnlich äußert sich Professor Dr. Gutermuth von der Technischen Hochschule Darmstadt, der die *„prächtige Außenseite und […] die gediegenen und zweckmäßigen Inneneinrichtungen"* hervorhebt (Gutermuth zit. in ebd.: 62).

Repräsentativität hat immer auch eine soziale Funktion, nämlich eine herausgehobene Position im Gesellschaftsgefüge anzuzeigen. Repräsentative Architektur soll mittels der getroffenen Material- und Formenwahl den besonderen Status der sie verkörpernden Einrichtung hervorheben. Zweckbauten entstehen demgegen-

Abbildung 37: Innenansichten des neu eröffneten Jügelhauses (oben links Wandelhalle im Erdgeschoss, oben rechts Aula, unten Wandelhalle im 1. Obergeschoss).

über nicht aus dem Gedanken heraus, einen sozialen Status etc. anzuzeigen, sondern werden aufgrund ihrer praktischen Nützlichkeit errichtet. Es sind Gebäude ganz ohne eine Repräsentationsgeste. Das Jügelhaus steht zwischen diesen beiden Typen: Es ist weder ein reiner Zweckbau, denn es soll als Teil eines großen Wissenschaftszentrums durchaus einen repräsentativen Charakter haben, noch ist es

ein reiner Repräsentationsbau, da es auf engstem Raum eine ganze Reihe praktischer Funktionen zu erfüllen hatte. Der Architekt Neher ließ sich bei der Umsetzung des Raumprogramms deshalb auch von einer Reihe pragmatischer Gesichtspunkte leiten und nicht allein von den Vorgaben eines Normtypus im Hochschulbau. Hier zeigt sich eine Parallele zur bereits eingehend betrachteten pragmatischen Herangehensweise, die in Frankfurt bei auftretenden Problemen in ambitionierten Projekten nach einem ähnlichen Prinzip ablief: Während man versuchte, repräsentativen Ansprüchen gerecht werden, galt es für die aufkommenden Probleme pragmatische Entscheidungen zu finden. Ein zweckmäßiges und flexibles Vorgehen führte in derartigen Kontexten immer wieder zum erfolgreichen Abschluss der Bauprojekte.

In Frankfurt war das Zusammenbringen von Gegensätzen nichts Ungewöhnliches und ist es übrigens, wie ich in Kapitel 7.2 mit einem Exkurs in die Gegenwart zeigen möchte, bis heute nicht. Möglich war die Vereinigung von Widersprüchen immer dann, wenn ein Gewinn für das Allgemeinwohl herausgestellt werden konnte, außerdem ökonomische Vorteile in Aussicht standen und die Entscheider weiterhin eine flexible Beharrlichkeit an den Tag legten. Schlussendlich hatte man dabei immer die (hoffentlich glanzvolle) Zukunft der Stadt vor Augen. In seiner Eröffnungsrede zum Jügelhaus versäumte es Oberbürgermeister Adickes deshalb nicht, die segensreiche Wirkung für die Stadt zu betonen, die von dem Bau des Vorlesungsgebäudes für die Akademie der Sozial- und Handelswissenschaften ausgehe, und verwies dabei auf die positiven Effekte vor allem *„für das geistige Leben dieser Stadt, weil für alle geistig regsamen Kräfte Mittelpunkte geistigen Lebens geschaffen werden, an denen sie selbst mitarbeiten und sich wissenschaftlich fördern können […].“* (Adickes zit. in ebd.: 24)

Sogar auf preußischer Seite zeigte man sich beeindruckt. Der zur Gebäudeeröffnung angereiste Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten, Conrad von Studt, hob in seinem Redebeitrag hervor, dass jenseits der Landeshauptstädte vor allem in Frankfurt die wissenschaftlichen und künstlerischen Bestrebungen äußerst ausgeprägt seien. *„Und was in Frankfurt zum Zwecke der Pflege von Kunst und Wissenschaft, ebenso aber auch auf dem Gebiete der Wohltätigkeit in großem Maßstabe geschaffen worden ist, das verdankt fast durchweg der hochherzigen Entschließung aus der Mitte der Bürgerschaft und dem opferwilligen Bürgersinne seine Entstehung. Die Leistung der Stadt Frankfurt und ihrer Bürgerschaft in diesen Beziehungen verdienen geradezu vorbildlich genannt zu werden. Wenn der Herr Oberbürgermeister vorhin von dem Danke sprach, den die Akademie der Königlichen Staatsregierung und speziell meinem Ressort für die Förderung schulde, die sie von dieser Seite erfahren habe, so möchte ich dieses Dankensverhältnis umkehren; ich*

und mein Ressort sind es vielmehr, die hier zu danken haben für die wirksame Unterstützung, welche die auf die Pflege von Wissenschaft und Kunst gerichteten Bestrebungen der Unterrichtsverwaltung in der Stadt Frankfurt gefunden haben.“ (von Studt zit. in ebd.: 53f.) Mit diesen Formulierungen verweist von Studt als Außenstehender auf eine ganze Reihe bedeutsamer Werte und Ziele des Frankfurter Bürgertums, die bereits weiter vorne ausführlich besprochen worden sind: die besondere Rolle Frankfurts im Vergleich zu anderen Städten, die Förderung von Kunst und Wissenschaft, eine ausgeprägte „Opferwilligkeit“, der herausragende Stiftungssinn der Frankfurter Bürgerschaft und die (finanzielle) Unabhängigkeit von Preußen. Das Jügelhaus stand für all diese bürgerlichen Werte Frankfurts und verkörperte zugleich die in der Stadt ausgeprägte Fähigkeit, Gegensätzliches nicht als widersprüchlich erscheinen zu lassen.

6.6 Zwischenbilanz

Der Aufbruch in die Moderne war insgesamt eine durch starke Gegensätze geprägte Zeit. Gegensätze, die nicht nur sozialer Natur waren, sondern auch baulicher. In Frankfurt fand man mittels einer *gewinnorientierten Flexibilität* den Modus für einen pragmatischen Umgang mit den in dieser Stadt vorzufindenden Widersprüchen, die oftmals nicht als problematisch thematisiert wurden. In Frankfurt bedeutete das Erreichen von Konsens nicht, dass zugleich Kompromisse eingegangen wurden: Es gelang den Treibern der wichtigen städtischen Großprojekte stets, das anvisierte Ziel trotz heraufziehender Probleme *ohne Abstriche* zu erreichen. Möglich war das, weil man es verstand, die mit der Projektrealisierung verbundenen Vorteile als für die Stadt allgemein förderliche darzustellen, und weil es gelang, Gegensätzliches in Einklang zu bringen. Aufgrund des integrativen Klimas in der Stadt und den daraus resultierenden Kooperationen über konfessionelle wie auch über soziale Grenzen hinaus, entwickelten sich trotz immer wieder aufkommender Differenzen in Bezug auf das, was „gut“ für die Stadt sei, keine bedrohlichen Spaltungen. Weiterhin existierte eine ganze Reihe widersprüchlicher Haltungen nebeneinander, ohne dass daraus gravierende soziale Spannungen erwuchsen. Eine Übersicht einiger der in Frankfurt vorzufindenden widersprüchlichen Haltungen bietet Abbildung 38.

Chancengleichheit	↔	**Exklusivität**
Integration	↔	**Distinktion**
Mildtätigkeit	↔	**Wirtschaftlichkeit**
Freiheitsdrang	↔	**Abhängigkeit vom Staat**
Modernisierung	↔	**Traditionalismus**
Monumentalität	↔	**Behaglichkeit**

Abbildung 38: Frankfurter Gegensätze um 1900

Zu den mitunter auffälligsten Gegensätzen in Frankfurt zählt die insgesamt eher soziale Haltung des Bürgertums bei dessen gleichzeitigem Streben nach einer Erschaffung von Exklusivität. In Frankfurt, der damals reichsten Stadt des Reichs, war man stärker als in anderen deutschen Städten darauf bedacht, soziale Ungleichheit zu mildern. Das lief jedoch keineswegs darauf hinaus, dass Distinktionsmechanismen ausgesetzt wurden: Klassengrenzen blieben weiterhin bestehen. Nichtsdestotrotz gab es Bemühungen, günstigeres Wohnen zu ermöglichen und die Arbeiterschaft in die Stadtgesellschaft zu integrieren. Um das zu erreichen, war eine Vielzahl von Reformen erforderlich, die dank der im Frankfurter Bürgertum weit verbreiteten sozialliberalen Grundhaltung auch umgesetzt werden konnten. Die bürgerlichen Bedürfnisse standen dessen ungeachtet ganz oben auf der Agenda der Stadtentwicklung. Mit dem Verweis auf die Förderung des Allgemeinwohls ließ man die oft kostspieligen Projekte des Bürgertums als allen Frankfurterinnen und Frankfurtern dienende Maßnahmen erscheinen. Eine Betonung erhielt das Allgemeinwohl-Argument durch die viel gelobte *„Opferbereitschaft“* für die eigene Stadt, die ihren Ausdruck sowohl in Form von Spenden und mäzenatischem Engagement fand als auch in der Subventionierung durch die städtische Verwaltung, um die für Frankfurt als wichtig erachteten Großprojekte zur Umsetzung bringen zu können. Die Opferbereitschaft war dabei keinesfalls rein altruistischer Natur: Sie bemäntelte den hinter dem Bürgersinn stehen Durchsetzungswillen zur Realisierung einer bürgerlichen Lebenswelt als ein gemeinnütziges Streben.

Um in Frankfurt eine bürgerliche Lebenswelt zur bestmöglichen Entfaltung zu bringen, galt es wiederholt Hürden zu nehmen, unter anderem aufgrund aufgekommener Widerstände auch innerhalb der städtischen Elite, aufgrund finanzieller Engpässe oder aufgrund von Bauplatzproblemen. An diesen Punkten zeigten die

Entscheider und Projekttreiber immer wieder eine gewinnorientierte Flexibilität, mittels der die Ziele dennoch erreicht werden konnten. „Gewinnorientiert“ deshalb, weil die ursprünglichen Ziele ohne Abstriche erreicht werden konnten, „flexibel“, da ungangbare Lösungswege verworfen und neue gefunden werden konnten. Über Widersprüche sah man dabei konsequent hinweg. Die fruchtbare Basis für ein solches Agieren bot die in der Stadt verbreitete sozialliberale und integrative Atmosphäre.

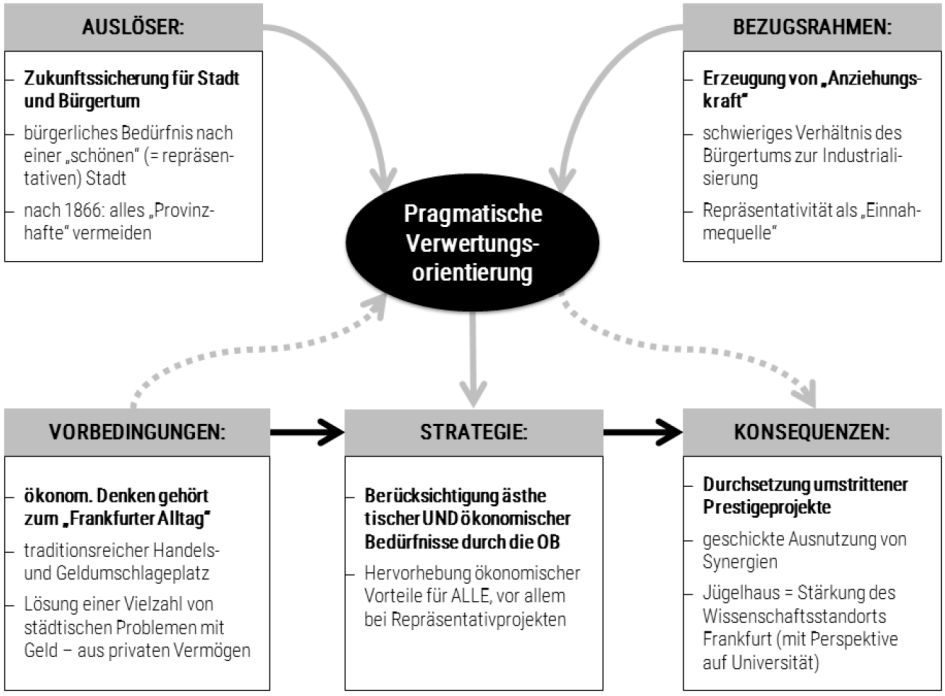


Abbildung 39: „Gewinnorientierte Flexibilität“ als städtische Relevanz Frankfurts sowie ihre

Der damalige Wille zur Integration zeigt sich auch in der Architektur des Wissenschafts-Ensembles an der Viktoria-Allee: Obwohl hier Einrichtungen mit differenten inhaltlichen Zielsetzungen aufeinandertrafen, legte man großen Wert darauf, die (übergeordnete) Verbundenheit der Institutionen zu veranschaulichen, indem

man u.a. auf eine aufeinander abgestimmte Fassadengestaltung Wert legte. Zusammengehörigkeit sollte auch durch offene Arkadengänge zum Ausdruck gebracht werden, die die nicht direkt aneinandergrenzenden Bauten miteinander verbanden. Die Arkadengänge wären aus finanziellen Gründen fast nicht zur Ausführung gekommen, doch man erachtete ihre symbolische Wirkung offenbar als so wichtig, dass man alle Hebel in Bewegung setze, diese doch zur Ausführung bringen zu können.

Die Architektur des Wissenschaftszentrums veranschaulicht darüber hinaus das im damaligen Frankfurt vorzufindende Nebeneinander von Modernisierung und Traditionalismus. Im städtischen Material zeigte sich dieses Nebeneinander um 1900 darin, dass man auf dem Gebiet der technischen Infrastrukturen zwar eine Vorreiterrolle einnahm, sich aber gegenüber der aufkommenden Architekturavantgarde zunächst in keiner Weise aufgeschlossen zeigte und bevorzugt auf historisierende Formen zurückgriff. Auch das Jügelhaus und die benachbarten Bauten für die Wissenschaft brachen nicht mit den damals in Frankfurt vorzufindenden baulichen Vorlieben. Darauf verweist nicht nur die neobarocke bzw. neorenaissanceistische Gestaltung, sondern auch der Rückgriff auf lokale Gestaltungsattribute sowie die gestalterische Anpassung an die angrenzende repräsentative Villenbebauung auf der gegenüber liegenden Seite der Viktoria-Allee.

Der Architekt des Jügelhauses, Ludwig Neher, bewies ebenfalls ein gewisses Geschick dabei, im Gebäude auf pragmatische Weise Gegensätzliches in Einklang zu bringen. Einerseits gelang es ihm, den repräsentativen Ansprüchen gerecht zu werden, gleichzeitig vergaß er darüber nicht, eine pragmatische Organisation des Gebäudes zu realisieren und verstand es, Repräsentativität und Zweckmäßigkeit zu vereinen. Das war jedenfalls die Einschätzung der Zeitgenossen, die dem Neubau für die Akademie gleichermaßen Monumentalität und Behaglichkeit bescheinigten. Letzteres wiederum ein Gegensatz, der auch in der Stadt selbst zu finden war: Jenseits der Frankfurt war für seine Behaglichkeit bekannt und glänzte gleichzeitig mit Monumentalbauten, die vereinzelt sogar in europäischen Maßstäben gemessen riesig waren, wie etwa der Hauptbahnhof oder später die Festhalle.

Der konstruktive Umgang mit Widersprüchen war in Frankfurt selbstverständlich und das zeigte sich auch bei der Realisierung eines bürgerlichen Lebensumfelds und eines hochangesehenen Frankfurts deutlich. Die gewinnorientierte Flexibilität der Entscheider ist im Frankfurt um 1900 eine typische Orientierung des Handelns, die immer dann zum Tragen kam, wenn die ursprünglich angedachten Wege nicht zur Erreichung des angedachten Ziels führten. Gewonnen hatte dabei vor allem das Bürgertum, das am meisten von den trotz aufgekommener Widerstände realisierten Projekten profitierte. Tatsächlich genoss Frankfurt auch auf-

grund seiner Problemlösungsstrategien und der damit freigesetzten Leistungsfähigkeit ein besonderes Ansehen – in Deutschland und sogar über die deutschen Grenzen hinaus. Auch das war wiederum ein Gewinn für das Bürgertum. Und eine Bestätigung für die eingeschlagenen Wege und angewandten Strategien in der Stadtentwicklung.

7
Resümee: Architektur als Produkt städtischer Relevanzen

Es sind keine Zufälle, die dazu geführt haben, dass Anfang des 20. Jahrhunderts aus dem Erbe der Brüder Franz und August Jügel am Rande des vornehmsten Quartiers der Stadt Frankfurt am Main ein Vorlesungsgebäude entstand, das gemeinsam mit den weiteren an diesen Ort verlegten wissenschaftlichen Instituten ein ganzes Wissenschaftszentrum bildete. Planung und Errichtung des Ensembles an der Viktoria-Allee waren ein städtisches Großprojekt mit zahlreichen Herausforderungen, die nur dank der geschickten Entscheidungen durch die Verantwortlichen gemeistert werden konnten. Mit der vorliegenden Untersuchung treten Handlungs- und Entscheidungsdynamiken hervor, die auch in anderen Frankfurter Kontexten zu beobachten waren und daher als typisch für diese Stadt bezeichnet werden können. Das bestätigt die Annahme aus der Forschungsperspektive zur Eigenlogik der Städte, dass in jeder Stadt Sinnsetzungsprozesse je spezifischen Mustern folgen und es dadurch zur Reproduktion von jeweils für *diese* Stadt typischen Merkmalen kommt. Zu den typischen Merkmalen zählt dabei auch die bauliche Entwicklung bzw. die physisch-materielle Erscheinung der Stadt.

Für Frankfurt um das Jahr 1900 sind im Zusammenhang mit dem Jügelhaus-Projekt bzw. den Planungen für das Wissenschaftszentrum vier Antriebskräfte hervorgetreten, die sich nicht nur in diesem Zusammenhang als bewährte „Rezeptvorschläge" zur Lösung von Problemen erwiesen hatten, sondern bereits bei zuvor realisierten Frankfurter Großprojekten ihre Wirkung entfaltet haben. Das sind eine *Ideologie des Allgemeinwohls,* ein ausgeprägtes *Streben nach Unabhängigkeit,* eine *pragmatische Verwertungsorientierung* sowie eine *gewinnorientierte Flexibilität,* die allesamt auf Orientierungen verweisen, die für das Handeln der Akteure aus den städtischen Eliten relevant war. Dank dieser Orientierungen, konnten letztere ihre Vorstellungen von einer bürgerlichen Lebenswelt immer wieder durchsetzen. Die genannten Antriebkräfte betrachte ich wiederum als Teil des städtischen Wissensvorrats, genauer gesagt als *städtische Relevanzen,* die nicht nur das Handeln bzw. die Entscheidungen der städtischen Eliten auf eine je spezifische Weise strukturierten, sondern auch die Zusammensetzung bzw. weitere Entwicklung des städtischen Wissensvorrats. In Kapitel 7.1 erläutere ich diesen Zusammenhang noch eingehender.

Besonders in den Fokus der vorliegenden Untersuchung ist die bürgerliche Elite Frankfurts um das Jahr 1900 herum getreten. Das ist unter anderem dem Umstand geschuldet, dass bei der Recherche zum vorliegenden Fall fast ausschließlich auf

Quellen zu finden waren, die das Handeln der bürgerlichen Akteure dokumentieren. Doch auch davon abgesehen rückt das Bürgertum rückt im Rahmen der Untersuchung zu den Entstehungsbedingungen für das Jügelhaus zwangsläufig in den Mittelpunkt, da es die *bürgerlichen* Vertreter in den verschiedenen involvierten Gremien waren, die für den Bau des Jügelhauses als eine Bildungseinrichtung eintraten und ihren Standpunkt trotz aufgekommener Widerstände durchzusetzen vermochten. Das Frankfurter Bürgertum war auch jenseits dieses Projekts *die* prägende Kraft bei Frankfurts baulicher Entwicklung. Es verfügte nicht nur über die dafür erforderliche politische Macht, sondern auch über einen darüber hinausgehenden Einfluss, vor allem aber auch über das notwendige Kapital. Viele Frankfurter Prestigeprojekte waren durch private Gelder finanziert.

Sicher: Auch in anderen Städten war das Bürgertum auf politischer Ebene tonangebend. Die spezifische Machtkonstellation, in der das Bürgertum das Geschehen in den Städten politisch und sozial dominierte, spiegelte sich nicht allein in Frankfurt auf physisch-materieller Ebene im Stadtraum wider. Die Geschichte der modernen Großstadt ist ganz grundsätzlich mit der Geschichte des einflussreichen Bürgertums eng verbunden und ohne dessen Einbeziehung nicht nachvollziehbar. Doch obwohl zu jener Zeit der prägende Einfluss dieser sozialen Schicht auf die Geschicke der Stadt in ganz Europa zur Entfaltung kam und auch andernorts der Weg zur Großstadt gemeistert werden musste, so gibt es, wie ich mit meiner Fallstudie nachweisen kann, auf dem Frankfurter Weg in die Moderne zahlreiche „Eigenarten“. Die Frankfurter Strategien im Umgang mit den städtischen Herausforderungen jener Zeit standen einerseits unter dem Einfluss gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, andererseits sind es aber auch typische Frankfurter Gepflogenheiten und Werthaltungen, die zu einem lokalspezifischen Handeln geführt haben. Mitunter war es die Tradition Frankfurts als bedeutende Messe- und Handelsstadt, als politisches Zentrum und als wichtiger Ort der liberalen Bewegung, die zu einer ganz eigenen Art des Umgangs mit den gesellschaftlichen Entwicklungen führte und die weiterhin die Formation der bürgerlichen Elite in besonderer Weise beeinflusste. Ökonomisches Denken war eng geknüpft an Repräsentations- und Geltungsbedürfnisse, die man trotz Widerstände auf pragmatische Weise durchzusetzen verstand, ohne dass es dabei zu grundsätzlichen Spaltungen innerhalb des Bürgertums oder zu Revolten seitens sozial benachteiligter Schichten kam. In Frankfurt zeigte sich die hegemoniale Macht des Bürgertums extrem deutlich, denn die bauliche wie auch die ökonomische Entwicklung der Stadt orientierte sich eng an den Bedürfnislagen dieser Gesellschaftsschicht. Gleichzeitig war Frankfurt eine Stadt, in der man sich immer wieder mildtätig zeigte und sich außerdem in einem besonderen Maß über Reformen für einen sozialen Ausgleich einsetze.

Sowohl für die Realisierung der bürgerlichen Bedürfnislagen als auch für die sozialreformerischen Bewegungen sorgte ein bürgerliches Engagement auf unterschiedlichen gesellschaftlichen Ebenen.

Wie sich das Machtgefüge Frankfurts sichtbar auch in den Stadtraum selbst eingeprägt hat, veranschaulicht die vorliegende Studie mittels einer weitgefassten soziohistorischen Analyse, die räumliche und physisch-materielle Faktoren des Städtischen nicht unberücksichtigt lässt. Eine der leitenden Fragen war, auf welche Weise die gesellschaftlichen Dynamiken in der Stadt mit den baulichen Entwicklungen verbunden waren. Am Beispiel des untersuchten Bauprojekts, das zunächst in den Überlegungen für ein Vorlesungsgebäude für die Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften seine Anfänge nahm und aus dem schließlich der Plan für den Bau eines ganzen Wissenschaftszentrums erwuchs, das am Ende auch umgesetzt wurde, zeigt sich die Durchsetzungskraft der bürgerlichen Befürworter des Vorhabens. Trotz der aufgekommenen Widerstände – auch innerhalb des Bürgertums – konnten die Fürsprecher des Projekts ihre Pläne zur Realisierung bringen. Die damit verbundene Durchsetzungskraft begründe ich mit der Wirksamkeit der in dieser Studie herausgearbeiteten und ineinander greifendenden städtischen Relevanzen.

Mit dem aus den Daten der vorliegenden Studie heraus entwickelten Konzept der städtischen Relevanzen, die ich als dynamische Bestandteile des städtischen Wissensvorrats verstehe, lässt sich nachweisen, dass im Zuge des Jügelhaus-Projekts ganz bestimmte Orientierungen und Lösungsstrategien zum Einsatz gekommen sind, die als für Frankfurt „typisch“ bezeichnet werden können und die dafür Sorge getragen haben, dass in einer ganz bestimmten Weise gebaut wurde. Die zum damaligen Zeitpunkt als sozial akzeptiert geltenden Lösungswege fußten auf in der Stadt verbreiteten Werthaltungen, welche zwar je nach sozialer Zugehörigkeit der Akteurinnen und Akteure in je unterschiedlicher Weise ausbuchstabiert wurden, die aber eine gemeinsame Wurzel im städtischen kollektiven Gedächtnis hatten. Bei den herausgearbeiteten städtischen Relevanzen handelt es sich nicht um kurzfristig erdachte Handlungsstrategien, die nur im Kontext des untersuchten Projekts zum Einsatz kamen. Sie knüpften vielmehr an Lösungen an, die bereits in der Vergangenheit bzw. in anderen Zusammenhängen zum Erfolg geführt haben. Mit ihnen erfolgte der Rückgriff auf ein sozial relevantes Wissen zur Zukunftssicherung und zur Sicherung eines bürgerlichen Lebensumfelds. Die vier in dieser Studie herausgestellten städtischen Relevanzen trugen auf je unterschiedliche Weise dazu bei, dass Probleme und Widerstände auf dem Weg zur Realisierung ausgeräumt werden konnten, wie die anschließende, zusammenfassende Darstellung der herausgearbeiteten Relevanzen nochmals veranschaulicht.

Die durch das Bürgertum gelenkten politischen und baulichen Entwicklungen der Stadt Frankfurt orientierten sich in aller Regel an einer *Ideologie des Allgemeinwohls*, bei der ein Handeln „zum Wohl der Stadt" leitend war. Tatsächlich adressierte die damals oft verwendete und auf das Allgemeinwohl Frankfurts bezogene Formulierung vor allem das Wohl des Bürgertums, denn im Fokus standen nicht etwa Wohlfahrtsprojekte, sondern der Bau von Einrichtungen für Kultur, Bildung und Wissenschaft sowie alle weiteren Baumaßnahmen, die den Ansprüchen einer bürgerlichen Lebensweise entgegenkamen. Angetrieben von der Überzeugung, dass die bürgerlichen Vorstellungen eines guten und „richtigen" Lebens die maßgeblichen sind, setzte Frankfurts Elite die Erschaffung eines Lebensraums nach den eigenen Vorstellungen durch und etikettierte dieses Handeln als eines, das im Sinne des Allgemeinwohls erfolge und daher „gut für alle" sei. Die Ideologie des Allgemeinwohls entfaltete nicht nur auf einer immateriellen Ebene Wirkungen, sondern sie lieferte für eine Vielzahl baulicher Entwicklungen, von welchen in erster Linie das Bürgertum profitierte, die legitimierende Basis. Das betraf vor allem auch Kultur- und Bildungsbauten, wie etwa das Jügelhaus.

Repräsentativarchitekturen wiederum waren im ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhundert ein wichtiges Medium des Bürgertums, um den eigenen sozialen Aufstieg zu demonstrieren. In Frankfurt brachte man mit dem Bau repräsentativer Architekturen neben Leistungsfähigkeit und Reichtum außerdem die Unabhängigkeit von staatlichen Subventionen zum Ausdruck. Gerade mit der Errichtung von Kultur- und Bildungseinrichtungen aus „eigener Kraft" bewies Frankfurts Elite die finanzielle Unabhängigkeit von Preußen und strebte den Status als besonders bürgerliche Stadt an, die nicht etwa im benachbarten Wiesbaden, Mainz oder Darmstadt Referenzgrößen sah, sondern in den sehr viel größeren Städten Berlin, Hamburg, Paris oder Wien. Die Annektierung durch Preußen 1866 trieb diese Entwicklung in besonderer Weise an, denn die damit verbundene Degradierung der einstmals Freien Stadt zur Provinzstadt ging mit der Angst vor dem Bedeutungsverlust einher. Die mit der neuen Gemeindeordnung ermöglichten Reformen setzten in Frankfurt gemeinsam mit dem ausgeprägten *Streben nach Unabhängigkeit* einen enormen Modernisierungsschub in Gang. Mit modernen technischen Infrastrukturen, beeindruckenden Ingenieurbauten sowie mit Kultur- und Bildungsbauten zeigten Frankfurts bürgerliche Eliten, dass die ruhmreiche Ära ihrer Stadt nicht beendet war. Verwendete man bei den Kultur- und Bildungsbauten außerdem die für Frankfurt typischen Materialien, wie den roten Mainsandstein, helle Putzflächen und dunkles Schieferdach, zeigte man umso deutlicher, dass es sich hier explizit um Frankfurter Leistungen handelte – so wie im Fall des Jügelhauses bzw. des gesamten Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee.

Aufgrund Frankfurts weit zurück reichender Tradition als Handelsstadt und Stadt des Geldes war in den städtischen Eliten ein ausgeprägtes ökonomisches Denken und das Erkennen wirtschaftlicher Vorteile auch in gesellschaftlichen Bereichen jenseits des Handels weit verbreitet. In geschickter Weise verstand man es, die städtische Entwicklung einerseits so voranzutreiben, dass die repräsentativen Bedürfnisse des Bürgertums ausreichend Berücksichtigung fanden, gleichzeitig verlor man die ökonomischen Aspekte bzw. all jene Faktoren nicht aus den Augen, die neues Geld in die Stadt zu bringen versprachen. Gerade wenn im Zuge städtischer Großprojekte Problemen aufkamen, trat eine *pragmatische Verwertungsorientierung* in Erscheinung, die dafür sorgte, dass die Lösungen, die für das Bürgertum am vorteilhaftesten waren, trotz Hindernisse herbeigeführt und sogar Synergie-Effekte genutzt werden konnten. Hervorstechend an dieser Strategie zur Durchsetzung bürgerlicher Projekte ist außerdem, dass man auch in den oftmals hochumstrittenen und sehr kostspieligen Repräsentativbauten einen ökonomischen Nutzen erkannte und glaubte, dass aufgrund der mit ihnen einhergehenden Attraktivitätssteigerungen der Stadt wohlhabende Menschen nach Frankfurt gezogen und zum dauerhaften Verbleib bewegt würden. Auch für das Jügelhaus nahm man in Teilen der bürgerlichen Elite an, dass mit der erweiterten Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften ein wirtschaftlicher Nutzen ausgehe, da die neu nach Frankfurt kommenden Lehrkräfte und Studierenden mit Wohnraum und dem sonst für das Leben Notwendige versorgt werden müssten. Man argumentierte, dass man auf diese Weise besonders mit einer Universität neue Einnahmenquellen für den Mittelstand generieren könne. Das Jügelhaus wiederum war für die Realisierung dieser Vision eine wichtige vorbereitende Maßnahme.

Während in Frankfurt auf der einen Seite die Realisierung einer bürgerlichen Lebenswelt eine hohe Priorität hatte, verlor man trotzdem nicht die Lage bedürftiger bzw. benachteiligter Bevölkerungsschichten aus den Augen. Privates Geld floss nicht nur in repräsentative, sondern auch in mildtätige Projekte. Auf politischer Ebene leitete man eine Reihe von Reformen ein, welche die drastische Steigerung der Bodenpreise und damit die weitere Erhöhung der Mieten für die Arbeiterschaft linderten. Außerdem gab es zahlreiche Initiativen, die den Arbeiterinnen und Arbeitern Bildung und Beratungsangebote zugänglich machten. Auf unternehmerischer Seite waren Betriebskrankenkassen weit verbreitet, aber auch Betriebsstiftungen, die Einfluss auf die Meinungsbildung der Arbeiterschaft nehmen sollte. Im Deutschen Reich nahm die Stadt in dieser Hinsicht eine Vorreiterrolle ein. In Frankfurt lagen Distinktion und Integration, Wirtschaftlichkeit und Mildtätigkeit ganz nahe beieinander. Auch andere, im Grunde widersprüchliche Haltungen entwickelten sich in Frankfurt parallel. Die Widersprüche der Moderne zeigten sich nicht nur auf sozialer bzw. politischer, sondern auch auf *baulicher* Ebene. Das gilt

vor allem für das Schwanken zwischen Modernität und Traditionalismus: Während Frankfurt auf der einen Seite politisch zu den reformwilligsten Städten Deutschlands zählte und bei den Infrastruktursystemen großen Wert darauf legte, die neueste Technik zum Einsatz zu bringen, blieb man im baulichen Ausdruck wenig experimentierfreudig und setzte trotz der aufkommenden Architekturavantgarde noch relativ lange auf historisierende Baustile. Modern im Innern, traditionsbewusst nach außen war die Devise. Widersprüche zeigten sich in Frankfurt auch innerhalb der bürgerlichen Haltungen, wie die Debatte um das Jügelerbe beweist. Bei aufkommenden Widerständen entfaltete sich seitens der bürgerlichen Vertreter, die auf die Realisierung eines repräsentativen Frankfurts großen Wert legten, regelmäßig eine *gewinnorientierte Flexibilität*, mit der es gelang, die gewünschten Ziele den Widerständen zum Trotz ohne Abstriche durchzusetzen. Regelmäßiger Streit der bürgerlichen Vertreter um das, was wichtig für die Stadt sei, Durchsetzungskraft seitens der Befürworter von Prestigeprojekten und eine dabei trotzdem bestehende Einigkeit waren im Frankfurt dieser Zeit symptomatisch. Nach der erfolgreichen Umsetzung einstmals kritisierter Projekte erhoben einstige Gegner keine Beschwerden mehr und erweisen sich damit ebenfalls als flexibel.

Das Jügelhaus, ein Beispiel für die Frankfurter Architektur jener Zeit, steckt genau wie die Gesellschaft dieser Stadt voller Widersprüche. Auf pragmatische Weise und räumlich sehr begrenzt, setzte der Architekt Ludwig Neher in diesem Gebäude ein Raumprogramm um, das mit dem des damaligen Hochschulbaus durchaus vergleichbar war – allerdings in miniaturisierter Form. Die innere Struktur des Gebäudes war auf Zweckmäßigkeit ausgerichtet, gleichzeitig erhob das Gebäude den Anspruch eines Repräsentativbaus. Monumentalen Elementen gab der Architekt Ludwig Neher ebenso Gewicht wie dem Aspekt der Behaglichkeit. Zeitgenossen sahen weder im Zusammenspiel von Repräsentativität und Zweckmäßigkeit, noch in dem von Monumentalität und Behaglichkeit, also in der Kombination sich eigentlich ausschließender Eigenschaften, einen Widerspruch. Die genannten Gegensätze fanden sich darüber hinaus im Frankfurter Stadtraum selbst. So wie für das damalige Frankfurt insgesamt galt: „modern im Innern, traditionell nach außen“, folgte auch das Jügelhaus dieser besonderen Logik: Die moderne Lehranstalt, eine Akademie, die auf bis dahin unübliche Weise ökonomische und soziale Fragen wissenschaftlich zueinander in Bezug setzte, war in ein quasi-traditionelles Äußeres gehüllt. Gleichzeitig folgte die Raumaufteilung weniger den tradierten Grundrissen, da sich der Architekt vor allem von praktischen Erfordernissen und veränderten Bedürfnissen im akademischen Betrieb hatte leiten lassen. Grundsätzlich zeigte man sich Umgang mit Widersprüchen in Frankfurt fast schon zwanglos – Flexibilität erwies sich nicht nur auf einer sozialen und politischen Ebene als ein

Gewinn, sondern auch auf baulicher und man verstand sich gut darin, Gegensätzliches zu vereinen.

Die vier herausgearbeiteten städtischen Relevanzen sind eng miteinander verbunden bzw. miteinander verwandt und haben teilweise ähnliche Effekte, was mitunter darin begründet ist, dass sie sich alle aus dem Wissensbestand der Stadt Frankfurt speisen. Dennoch haben die vier Relevanzen jeweils unterschiedliche Auslöser, Vorbedingungen und Bezugsrahmen, verfolgen abweichende Primärziele und ermöglichen daher differente Handlungsstrategien, die schließlich aufgrund ihres Zusammentreffens zu den geschilderten Konsequenzen führten. Zusammengenommen bilden sie für Frankfurts bürgerliche Elite ein Geflecht von bewährten Orientierungen, die für unterschiedlichste Problemlagen und Herausforderungen die jeweils passenden Werkzeuge und Argumentationsmuster für eine Lösung an die Hand lieferten. Die städtischen Relevanzen sind jedoch keineswegs gleichzusetzen mit dem Handeln der Akteure selbst. Ich verstehe sie vielmehr als die handlungsstrukturierenden Elemente des städtischen Wissensvorrats, die den Entscheidern in ihrem sozialen Handeln Orientierung geben. Für die Klärung des Zusammenhangs von städtischem Wissen, städtischen Relevanzen, Handeln und materiellen Objektivationen habe ich ableitend aus meinen empirischen Befunden und unter Bezugnahme auf Schütz und Luckmann (2003) sowie auf Maurice Halbwachs ein abstrahierendes Modell entwickelt, das auch in anderen (städtischen) Untersuchungskontexten zur Anwendung kommen kann und das ich nachfolgend etwas ausführlicher darstellen möchte.

7.1
Der Zusammenhang von Wissensvorrat, Relevanzen, Handeln und Materialität: eine theoretische Annäherung

Den Wissensvorrat einer Stadt betrachte ich als eine spezifische Form des gesellschaftlichen Wissens. In Anlehnung an die Forschungsperspektive „Eigenlogik der Städte“ nehme ich weiterhin an, dass in jeder Stadt über diese Stadt aufgrund ihrer spezifischen Geschichte, ihrer sozialstrukturellen, politischen, ökonomischen und nicht zuletzt baulichen Entwicklungen ein je „eigener“ Wissensvorrat entsteht. Weit mehr, als bloß ein Wissen *über* diese Stadt, über ihre Geschichte, ihre Materialität und ihre sozialstrukturelle Zusammensetzung, umfasst der städtische Wissensvorrat das für die Akteurinnen und Akteure in *dieser* Stadt *sozial relevante Wis-*

sen bzw. all jenes Wissen, das eine reibungslose Alltagsbewältigung ermöglicht, zur Lösung von in dieser Stadt auftretenden Problemen beitragen kann, bei der Auswahl sinnvoller d.h. sozial anerkannter und nachvollziehbarer Handlungsabfolgen leitend ist (vgl. Schütz/Luckmann 2003: 387ff.) und die Orientierung im städtischen Raum sowie den „korrekten" Umgang mit der städtischen Materialität koordiniert.

Es ist ein an das Material geknüpftes Wissen, das sich im Zuge des sozialen Handelns der Akteurinnen und Akteure in dieser Stadt „in Vorgängen der historischen Anhäufung des Wissens" (Schütz/Luckmann 2003: 411) herausgebildet und objektiviert hat und basiert auf dem kollektiven Erleben im gemeinsam genutzten Stadtraum und die an den Stadtraum bzw. an die konkrete städtische Materialität geknüpften kollektiven Erinnerungen. Es ist z.B. ein Wissen um das korrekte Verhalten an bestimmten Orten oder den richtigen Umgang mit Architekturen usw. Alles, was durch die sozialen Akteurinnen und Akteure in diesen Kontexten als sozial relevant betrachtet wird, fließt in den städtischen Wissensvorrat ein, etwa als Ortskenntnisse oder als ein Wissen über die in der Stadt als angemessen betrachteten Handlungsweisen. In Anlehnung an Schütz und Luckmann gehe ich weiterhin davon aus, dass das städtische Wissen komplex verteilt ist. Das heißt, dass das Allgemeinwissen über diese Stadt schichtspezifisch vermittelt ist und „die Perspektiven, in denen die »gleichen« Probleme aufgefaßt werden," in den unterschiedlichen sozialen Schichten variieren (ebd.: 421). Dadurch tritt das städtische Allgemeinwissen in sozial differenzierten „Versionen" auf, was zur Folge hat, dass sich in jeder sozialen Schicht auch die Relevanzen in variierender Weise entwickeln (vgl. ebd.: 421f.).

Die städtischen Relevanzen begreife ich als bewegliche Bestandteile des Wissensvorrats, die diesen zugleich koordinieren. Schütz und Luckmann betrachten Relevanzstrukturen als aus der raumzeitlichen und sozialen Lage der Akteure gewachsen, welche sich mit der Erinnerung an die „Vergangenheit, an vergangene Entscheidungen, an begonnene Handlungen, an unvollendete Projekte, zu einem zwar nicht homogenen, aber [...] einheitlich erscheinenden Plansystem zusammenschließen." (ebd.: 49) Übertragen auf meine auf die Stadt bezogene Konzeption heißt das, dass sich die in der Stadt gemachten kollektiven Erfahrungen, die im städtischen Kontext als bewährt geltenden Lösungswege sowie das Wissen über die sozialen, räumlichen und sonstigen Zusammenhänge in der Stadt gemeinsam mit weiteren auf die Stadt bezogenen Wissenselementen zu einer Handlungsorientierung bzw. -strategie verdichten, die den Akteurinnen und Akteuren ein sinnvolles und an das städtische Umfeld angepasstes Handeln ermöglichen. Städtische Relevanzen sind dann der Teil des Wissensvorrats, der die Handlungsabläufe der sozialen Akteurinnen und Akteure in einer Stadt koordiniert. Als „Rezeptvorschlä-

ge“ bei der Bewältigung des Alltags sowie bei der Lösung von Problemen im städtischen Kontext versetzen sie die Akteurinnen und Akteure in die Lage, in konkreten, auf die Stadt bezogenen Handlungssituationen die „richtigen“ bzw. „sinnvollen“ Verhaltensabläufe und Entscheidungen auszuwählen, indem die jeweils „passenden“ Wissenselemente – quasi als Rezept-Zutaten – aus dem städtischen Wissensvorrat abgerufen werden. Daher beeinflussen die städtischen Relevanzen als handlungsstrukturierender Bestandteil des städtischen Wissensvorrats die zukünftigen Entwicklungen einer Stadt, indem sie Entscheidungen, die in Bezug auf die Stadt zu treffen sind, zu bereits sedimentierten Lösungswegen und Handlungsstrategien der Vergangenheit in Bezug setzt.

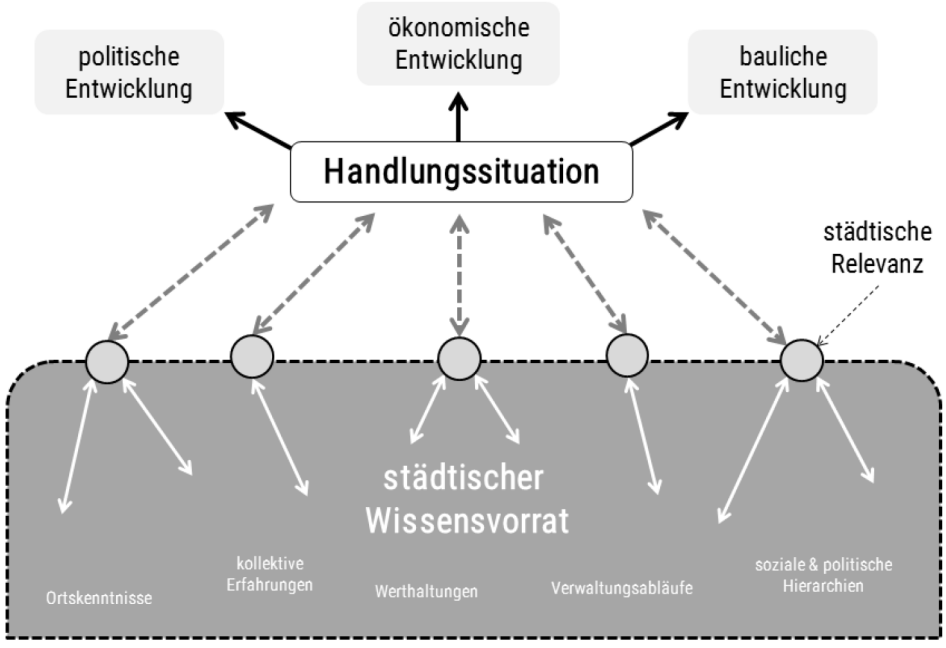


Abbildung 40: Die städtischen Relevanzen als Teil des städtischen Wissensvorrats.

Darüber hinaus begreife ich die städtischen Relevanzen als eine Art Hintergrundfolie für zukünftige Erfahrungen: Sie wirken bei den sozialen Akteurinnen und Akteuren wie eine Art Brille, durch die sie neue Erfahrungen und neues Wissen betrachten. Aufgrund dieses „eingefärbten“ Blicks werden die neuen Eindrücke in

einer bestimmten Weise bewertet und an bestehende relevante Wissenselemente angegliedert, gegebenenfalls angepasst oder aber auch verworfen (falls sie sich nicht als sozial relevant erweisen). Die Relevanzen sind für die Akteurinnen und Akteure also eine Art Instanz, mit der bemessen wird, ob die neue Erfahrung bzw. das neue Wissen kompatibel ist und ob und wie es Eingang in den städtischen Wissensvorrat findet. Diese Funktion der Relevanzen sorgt wiederum für eine gewisse Persistenz bzw. Konstanz sowohl des städtischen Wissensvorrats als auch der städtischen Relevanzen selbst. Obwohl mit der vorliegenden Studie nur eine Momentaufnahme der Frankfurter Wissensstrukturen um die Jahrhundertwende 1900 erfolgt ist, lässt sich mit Blick auf eine aktuelle Studie zu Frankfurt, die ebenfalls darauf angelegt war, typische Handlungsmuster offenzulegen, dass in der Mainmetropole bis heute Wissenselemente zu finden sind, die stark an die von mir herausgearbeiteten Motive erinnern. Die empirischen Befunde für die beiden etwas mehr als 100 Jahre auseinander liegenden Zeitpunkte belegen, dass die politische, ökonomische und bauliche Entwicklung der Stadt, eine „typische", d.h. charakteristische Richtung eingeschlagen hat. Darin sehe ich die Wirksamkeit städtischer Relevanzen bestätigt, die das Handeln der sozialen Akteurinnen und Akteure derart strukturieren, dass Stadtentwicklung sich nicht in beliebige Richtungen bewegt, sondern einer Pfadabhängigkeit folgt. Dabei handelt es sich nicht um eine starr vorgegebene Richtung, die keinerlei Abweichungen zulässt, aber doch um eine klare Tendenz in den Abläufen.

Die trotz bestimmter Abhängigkeiten gegebene Beweglichkeit des städtischen Wissensvorrats und damit auch der städtischen Relevanzen ist unter anderem in der weiter vorne beschriebenen sozialen Verteilung des Wissens begründet. Da sowohl der Erwartungshorizont, die Art der Erfahrungen als auch die Art und der Inhalt der Wissensvermittlung in den sozialen Schichten variieren, bilden sich die städtischen Relevanzen – als jeweils auf die soziale Gruppe abgestimmte „Handlungsanleitung" – schichtspezifisch heraus, selbst wenn sie auf Wissenselemente zurückgreifen, die allgemein verbreitet sind. Denn je nach Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe sind die Akteurinnen und Akteure unterschiedlichen Herausforderungen gegenübergestellt, die wiederum je eigene Handlungsstrategien erfordern. Veränderungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung sowie Veränderungen in den Machtbalancen sorgen damit für eine Verschiebung in den bevorzugten Handlungsstrategien und auf längere Sicht auch für Veränderungen in der Zusammenstellung des Wissensvorrats. Die weiter vorne beschriebene Dynamik, nämlich, dass die Relevanzen Entwicklungsrichtungen vorskizzieren, sorgt in Bezug auf Veränderungen zur gleichen Zeit für eine gewisse Trägheit, denn die durch das bestehende Wissen vorgegebenen Tendenzen tragen dazu bei, dass sich Struk-

turen stabilisieren, auch wenn Verschiebungen im Machtgefüge dadurch nicht grundsätzlich verunmöglicht werden – sie werden aber erschwert.

Das vorliegende Fallbeispiel veranschaulicht, dass bei den Stabilisierungsprozessen auch die physisch-materielle Umwelt bedeutsam ist. Die sozialen Akteurinnen und Akteure binden über Architekturen, d.h. über eine absichtsvolle Gestaltung und Formung der Umwelt, bestimmte Wissensgehalte an das Material. Einer gesellschaftlichen Allgemeinheit stehen diese Wissensgehalte damit sichtbar vor Augen. Maurice Halbwachs zufolge neigen soziale Gruppen dazu, ihren räumlichen Bereich nach den eigenen Bedürfnissen umzugestalten. Es geht der Gruppe dabei sowohl um den sichtbaren Erhalt „ihres" Ortes als auch darum, ihre Verbundenheit mit genau diesem Ort zu veranschaulichen. Denkt man diese Perspektive weiter, bedeutet das außerdem, dass eine soziale Gruppe, je mehr Macht sie in der Stadt hat, sich desto stärker gestaltend und prägend entfalten kann. Den städtischen Eliten ist es möglich, nicht nur über politische Instrumente den eigenen Einflussbereich zu erhalten bzw. auszuweiten, sondern sie beeinflussen und steuern die Sinngebungen innerhalb der Stadt auch über das Physisch-Materielle. Indem sie bestimmte Bauvorhaben auf den Weg bringen oder andere sogar verhindern, kontrollieren sie die Bedeutsamkeit bestimmter Wissenselemente im Stadtraum, denn die umgesetzten Bauten sorgen dafür, dass die mit ihnen verbundenen Gedächtnisinhalte – zumindest eine Zeit lang – auf Dauer gestellt werden.

Als soziale Marker im städtischen Raum zeigen Architekturen (zum Teil überdeutlich) nicht nur an, um wessen Orte es sich handelt bzw. welche soziale(n) Gruppe(n) diesen Ort für sich beansprucht (beanspruchen), mit ihrer Errichtung erschaffen die jeweils ausführenden gesellschaftlichen Gruppen darüber hinaus Erinnerungsanker für ihre eigenen Leistungen und Werte und beeinflussen damit auch die Erwartungshaltungen darüber, wie die Stadt sein soll. Das im Stadtraum verankerte städtische kollektive Gedächtnis sorgt damit für eine bestimmte Erwartungshaltung bei den Akteurinnen und Akteuren darüber, wie die Stadt sein muss – nicht nur im Hier und Jetzt, sondern auch in der Zukunft. An die Gestaltung der städtischen Umwelt ist also eng die Einflussnahme auf kollektive Gedächtnisinhalte gebunden.

Die Jügelhaus-Studie veranschaulicht die Verfügungsmacht der bürgerlichen Eliten Frankfurts über den städtischen Raum: Sie bestimmten die bauliche Entwicklung und brachten damit ihren Einfluss auf den städtischen Erfahrungs- und Erinnerungsraum zur Entfaltung. Das lässt sich vor allem an der Entwicklung des vornehmsten Quartiers der Stadt im 19. und im beginnenden 20. Jahrhundert, dem Frankfurter Westend, veranschaulichen. Dort residierte Frankfurts wohlhabendster Teil des Bürgertums, unter anderem viele sozial Aufgestiegene, die ihren wirtschaftlichen Erfolg in Form repräsentativer Architekturen demonstrierten.

Kein Viertel Frankfurts war „bürgerlicher“ und repräsentativer als das Westend. Die Exklusivität des Quartiers, die dank der Villen, luxuriösen Wohnhäuser und den besagten Repräsentativbauten deutlich sichtbar war, erhielt man über hohe Kauf- und Mietpreise aufrecht. Außerdem förderte man auch von politischer Seite die Exklusivität über verschiedene Maßnahmen, Magistrat und Stadtverordnetenversammlung trafen immer wieder Entscheidungen zugunsten des Westends: Es wurde als erstes Quartier kanalisiert, hatte die meisten Platzanlagen und wurde in der Bauordnung von 1891 als Villenviertel auch noch amtlich geschützt. Das zunächst nicht in unmittelbarer Nähe des Westends stattfindende kulturelle Gesellschaftsleben zog man sukzessive in diesen Teil der Stadt, zuerst den Palmengarten mit Gesellschaftshaus, dann das neue Operngebäude, später ein ganzes Wissenschaftszentrum mit verschiedenen Instituten und einer Ausbildungsstätte für kaufmännische Berufe. Die dafür entstandenen Bauten steigerten wiederum die repräsentative Gesamtatmosphäre des Stadtteils. Das Wissenschaftszentrum schaffte darüber hinaus einen eleganten Übergang zum benachbarten Industriestandort Bockenheim, indem es den vom Westend nach Osten gehenden Blick auf die weniger elegante Bebauung des Nachbarquartiers versperrte.

Der bürgerliche Gestaltungswille war jedoch nicht allein auf das Westend gerichtet, auch wenn er hier am imposantesten zur Entfaltung kam. Er zeigte sich auch in sozialreformerischen Bestrebungen, die sich ausgerechnet im reichen Frankfurt stärker entfalteten als in den meisten anderen deutschen Städten. Man versuchte z.B., über eine neue Bauordnung zu verhindern, dass die Mieten vor allem für die arbeitende Bevölkerungsschicht nicht ins völlig Unerschwingliche abdrifteten. Trotzdem stand nicht etwa der Bau von Wohnraum für alle im Mittelpunkt der stadtplanerischen Vorstöße, sondern die Schaffung einer schönen, einer repräsentativen (Luxus-)Stadt. Mit der Errichtung repräsentativer Wohnquartiere und den Bauten für Kultur, Wissenschaft und Bildung, die sich räumlich konzentrierten, erschuf man eine Lebenswelt, die den bürgerlichen Bedürfnissen entsprach, und zeigte damit sowohl in politischer Hinsicht als auch auf räumlicher Ebene Dominanz: Mit der Raumeinnahme und Raumgestaltung markierte das Bürgertum die eigenen Areale und demonstrierte mit Stein, Eisen, Glas und anderen Materialien sowie mit einer spezifischen Formgebung, um wessen Gebiet es sich eigentlich handelte. Auch in der Verhinderung bestimmter Entwicklungen, wie etwa mit der sehr lange hinaus gezögerten Industrialisierung Frankfurts, zeigt sich der Einfluss des Bürgertums. Es gelang schließlich, die Industrialisierung der Stadt so zu gestalten, dass diese nicht allzu sehr mit den bürgerlichen Interessen kollidierte. Auch die Entscheidung, Frankfurts Elektrifizierung über die noch relativ unerprobte Technologie des Wechselstroms zu realisieren, damit die unliebsamen Gleichstromwerke nicht in den Wohngebieten selbst, sondern die Stromerzeugung

vor den Toren der Stadt erfolgen konnte, ist in diesem Kontext zu beachten: Die städtische Umwelt sollte auf keinen Fall „verschandelt“ werden. Im Mittelpunkt der bürgerlichen Stadtentwicklungsbemühungen standen die Errichtung eines repräsentativen Umfelds mit einer Vielzahl von Einrichtungen für Kultur, Wissenschaft und Bildung, während man gleichzeitig eine „modifizierte Industrialisierung“ (Ralf Roth 1996: 566), den aufgrund der rasant wachsenden Bevölkerung unumgänglich gewordenen Stadtumbau und eine Vielzahl infrastruktureller Maßnahmen auf den Weg brachte.

Halbwachs weist darauf hin, dass soziale Gruppen bei veränderten räumlichen Bedingungen ihre Traditionen und Bindungen aufrechterhalten oder neu bilden wollen. Angesichts der teilweise drastischen sozialen wie auch räumlichen Transformationen, die auf dem Weg zu Großstadt in Frankfurt und andernorts zu durchlaufen waren, sind die Bemühungen des Bürgertums umso verständlicher. Die Stadt war für diese Bevölkerungsschicht *der* kulturelle Referenzraum, der wesentlich das Selbstverständnis dieser Gesellschaftsgruppe mitgeprägt hat und sich deshalb aus bürgerlicher Sicht nicht beliebig entwickeln durfte. Am Beispiel Frankfurts lässt sich veranschaulichen, dass und wie es dem Bürgertum gelungen ist, seine hegemoniale Macht in vielfältiger Weise und für alle sichtbar in das Material der Stadt einzuschreiben. Das Jügelhaus bzw. das gesamte Wissenschaftszentrum ist eine solche Sichtbarmachung. Aus der Perspektive des Bürgertums stand das besagte Ensemble für eine besondere Opferbereitschaft der Frankfurterinnen und Frankfurter für „ihre“ Stadt sowie die Liebe zu Bildung und Wissenschaft. Das Wissenschaftszentrum diente als ein Erinnerungsanker dafür, was das Frankfurter Bürgertum zu leisten imstande war: Der Baugrund wurde zwar von der Stadtverwaltung zur Verfügung gestellt, die Bauten selbst aber entstanden aus Stiftungsgeldern, also aus den großzügigen Spenden der Frankfurterinnen und Frankfurter, und wurden ohne öffentliche Gelder realisiert. In Frankfurt war man stolz darauf, genau das leisten zu können, das belegen die Berichterstattung der lokalen Presse und die Reden anlässlich der Jügelhaus-Eröffnung. Im städtischen kollektiven Gedächtnis speicherte sich am Ende nicht die Erinnerung des einstigen Widerstands der Altersheimbefürworter ab, sondern die Frankfurter Leistungsfähigkeit, die mit dem Wissenschaftszentrum sichtbar in der Stadt verortet werden konnte. Die Wirksamkeit der städtischen Relevanzen, die bei den Herausforderungen im Projektverlauf erfolgreiche Lösungen ermöglichten, wurde durch die Realisierung der Bauten bestätigt. Diese Bestätigung, oder besser formuliert: die Bewährung der mit den städtischen Relevanzen verbundenen Handlungsstrategien in Form konkreter physisch-materieller Ergebnisse sorgten mithin dafür, dass sie auch in Zukunft relevant sein würden.

Die städtischen Relevanzen, die im Zuge der Jügelhaus-Studie in den Fokus gerückt sind, beziehen sich auf Situationen, in denen es galt, die beschriebene Baumaßnahme voranzubringen. Um die im Projektverlauf aufgetretenen Probleme meistern zu können, half den involvierten Akteuren nicht allein das Wissen um technische Machbarkeiten und gesetzliche Regelungen. Herangezogen wurde außerdem ein spezifisches Wissen über die Stadt Frankfurt, vor allem aber ein Wissen über den dort erfolgreichen Umgang mit Widerständen sowie über wirksame Legitimationsstrategien. Die vier von mir herausgearbeiteten Relevanzen stehen – als Konstruktionen zweiter Ordnung (Schütz) – exemplarisch für sich jeweils ergänzende Handlungsorientierungen, die im Kontext des Jügelhaus-Projekts relevant waren und an welchen sich die Entscheidungen der Akteure orientierten. Bei den betrachteten Relevanzen erfolgte unter anderem der Rückgriff auf Wissenselemente, die exklusiv in der politischen Elite der Stadt bzw. in den bürgerlichen Kreisen kursierten. Dazu zählt unter anderem das Wissen, wie man über die richtigen Verbindungen z.B. über das Vereins- und Stiftungswesen neue Handlungsspielräume eröffnen konnte. Oder das Wissen über die internen Verwaltungsabläufe in Magistrat und Stadtverordnetenversammlung sowie über die Besitzverhältnisse des Grund- und Bodens in Frankfurt. Der städtische Wissensvorrat setzt sich also nicht ausschließlich aus allgemein verfügbaren Wissenselementen zusammen, sondern umfasst auch ein auf diese Stadt bezogenes Experten- bzw. Herrschaftswissen.

Deutlich wird damit, dass die Wissenselemente des städtischen Wissensvorrats nicht über alle städtischen Akteurinnen und Akteure in gleicher Weise verteilt und dass auch im städtischen Kontext Formen des Sonderwissens bedeutsam sind. Bei der Verteilung des Sonderwissens innerhalb einer Gesellschaft spielen wiederum die Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle. Hubert Knoblauch verweist darauf, dass sich das Sonderwissen auf Wissensbereiche bezieht, „die in dem Grade ausgestaltet und spezialisiert sind, wie die Träger des Wissens eigenständige Institutionen ausbilden." (Knoblauch 2010: 157) In Frankfurt um 1900 sind die Institutionen, die über die bauliche Entwicklung der Stadt befunden haben, fest in bürgerlicher Hand. Das hier kursierende Wissen, auf das man sich bei den die Stadt betreffenden Entscheidungen bezogen hatte, speiste sich damit vorwiegend aus den Wissenselementen, die aus *bürgerlicher* Sicht für die Stadtentwicklung relevant waren: Im Zentrum standen diverse Maßnahmen zur Zukunftssicherung – Maßnahmen, die zurückgeführt werden können auf Haltungen und Einstellungen, die in Frankfurts Vergangenheit wurzeln. Das Bürgertum war überzeugt, am besten über die „richtige" Lebensweise in Kenntnis zu sein und entschied im Sinne einer Ideologie des Allgemeinwohls darüber, was für die Stadt am besten sei. Eine Bildungseinrichtung zog man einer rein alimentierenden Wohlfahrtseinrichtung

vor und so entstand das Jügelhaus nicht als ein Altersheim, sondern als Vorlesungsgebäude. Das ausgeprägte Streben nach Unabhängigkeit resultierte aus der Angst vor dem Bedeutungsverlust, der ausgelöst wurde durch die Degradierung von der Freien Stadt zur preußischen Provinz. Mit der Finanzierung des Wissenschaftszentrums aus privaten Mitteln demonstrierte man die Leistungsfähigkeit der Stadt. In der Tradition der Handels- und Messestadt stehend erwuchs aus dem Handeln der kaufmännisch orientierten Akteure eine pragmatische Verwertungsorientierung, die in dem bürgerlichen Bedürfnis nach Repräsentativität ökonomische Vorteile auszumachen verstand – so auch im Bau von Bildungseinrichtungen. Dank einer gewinnorientierten Flexibilität, die mitunter aus der liberalen Tradition in der Stadt resultierte, war es weiterhin möglich, die anvisierten Ziele ohne Abstriche zur Realisierung zu bringen. Die städtischen Relevanzen, die im Zuge des untersuchten baulichen Großprojekts wirksam waren, waren *bürgerliche* Relevanzen, die aufgrund der Vormachtstellung des Bürgertums Orientierungen für die Gesamtentwicklung der Stadt vorgaben.

Die Ordnung der Gesellschaft und die Struktur des gesellschaftlichen Wissensvorrats stehen in einer engen Beziehung (vgl. Knoblauch 2010: 164). Architekturen und die bauliche Entwicklung von Städten wiederum stehen in Abhängigkeit zu den lokal spezifischen Ausprägungen des gesellschaftlichen Wissensvorrats, bzw. zum jeweiligen städtischen Wissensvorrat *dieser* Stadt. Aufgrund der engen Verbundenheit der städtischen Materialität mit dem städtischen Wissensvorrat und dessen Rückgebundenheit an die soziale Ordnung lässt sich an der Materialität einer Stadt nicht nur ihre bauliche Entwicklung nachvollziehen, sondern auch ihre soziale. Die Ergebnisse der vorliegenden Studie veranschaulichen, dass sich der dominierende Einfluss der städtischen Eliten nicht allein über deren politische Entscheidungen und über eine Meinungsführerschaft in den Diskursen zeigt, sondern auch und ganz konkret in der gebauten Umwelt. Das Bürgertum bewies mit der Errichtung des Wissenschaftszentrums nicht allein auf einer ideellen Ebene die Kraft seiner Einflussnahme, sondern machte mit ihm den bürgerlichen Anspruchsbereich auch im Stadtraum deutlich sicht- und körperlich erlebbar. Das Gebaute steht nachhaltig und massiv vor aller Augen und kann nicht so leicht beiseitegelegt werden wie z.B. eine Zeitung oder eine schriftlich verfasste Abhandlung. Eine zentrale, aus der Empirie der vorliegenden Untersuchung erfolgende Schlussfolgerung ist daher, dass Architekturen aufgrund ihrer physischen Präsenz und des an sie geknüpften gesellschaftlichen Wissens besondere Effekte auf die soziale Ordnung haben und zu deren Stabilisierung beitragen (können).

Im Umkehrschluss kann die Zerstörung baulicher Strukturen zur Destabilisierung sozialer Strukturen führen – die im Zuge von Kriegen erfolgende Vernichtung zentraler Bauwerke durch die Eroberer hat mitunter genau das zum Ziel. Maurice

Halbwachs hat mit seinen Ausführungen zur sozialen Morphologie bereits auf theoretischer Ebene erörtert, dass das Soziale und die physisch-materielle Umwelt aufeinander bezogen sind. Die physisch-materiellen Erscheinungen unserer Welt betrachtet er „nie ohne einen gesellschaftlichen Bezug. Sie drücken äußerlich die Entwicklung einer Gesellschaft aus, übersetzen ihre damaligen und heutigen Bräuche." (Halbwachs 2002: 17) Die materiellen Formen mit ihren Begrenzungen und Widerständen betreffen nicht alleine die „Oberfläche" des gesellschaftlichen Miteinanders, sondern sie helfen uns dabei, die „inneren Zustände und Wandlungen, ihre Einrichtungen, Sitten und Lebensweisen zu beschreiben." (ebd.) Mit der vorliegenden Untersuchung habe ich basierend auf empirischen Daten diese Zusammenhänge offengelegt und gesellschaftliche Abläufe und Werthaltungen zu den baulichen Entwicklungen in Bezug gesetzt. Eine wesentliche daraus erwachsene Erkenntnis ist dabei, dass es nicht allein die gesellschaftlichen und politischen Diskurse sind, die Wissen, soziale Verbindlichkeiten und schlussendlich soziale Strukturen auf Dauer stellen, sondern auch die baulichen Strukturen als Materialisierungen des Sozialen. Als wichtige Projektionsflächen sozialer Wissensbestände spielen sie eine bedeutende Rolle bei der Aufrechterhaltung von Gesellschaftsstrukturen.

7.2
Exkurs in die Gegenwart: Die Eigenlogik-Studie zu Frankfurt (2014)

Die Persistenz relevanter städtischer Wissenselemente bzw. städtischer Relevanzen und ihre dauerhafte Wirkung auf das Handeln in der Stadt bzw. auf die Art, wie Frankfurterinnen und Frankfurter „ihre" Stadt wahrnehmen, zeigt sich mit Blick auf die im Jahr 2014 veröffentlichen Eigenlogik-Studien, die vier Forschungsteams aus Darmstadt u.a. zu Frankfurt und drei weiteren Vergleichsstädten durchgeführt haben (Frank et al. 2014). Stellt man die Ergebnisse meiner Fallstudie und die Frankfurt betreffenden Teil-Ergebnisse der Eigenlogik-Studie nebeneinander, treten erstaunliche Parallelen in den Argumentationsmustern und Haltungen auf, die ich nachfolgend darstellen möchte um zu zeigen: Städtischer Wissensvorrat und städtische Relevanzen stellen Entwicklungslinien einer Stadt durchaus auf Dauer und geben eine Orientierung im Handeln, die auch Jahrzehnte bzw. ein ganzes Jahrhundert später noch aktuell ist.

Von 2008 bis 2013 wurde an der TU Darmstadt der interdisziplinäre Forschungsverbund „Eigenlogik der Städte" mit insgesamt neunzehn Forscherinnen

und Forschern aus Soziologie, Politikwissenschaft, Literaturwissenschaft und Philosophie durch die DFG gefördert. In vier Teilprojekten ging man folgenden, in Stadtsoziologie, in den Planungswissenschaften und in der lokalen Politikforschung bislang kaum gestellten Fragen nach: „Besitzen Städte, besitzt jeweils diese Stadt individuelle Züge? Zeichnen sich die alltäglichen Wirklichkeiten von Städten neben all dem Vielen, was anderswo ähnlich funktioniert, durch gewisse Eigenarten aus? Ticken Städte jeweils verschieden?“ (Frank et al. 2014: 7) In Kapitel 1.5 bin ich auf die Grundannahmen dieser Forschungsperspektive bereits ausführlicher eingegangen. Ausgehend von der Annahme, dass das je Besondere einer Stadt nur über einen Städtevergleich, d.h. in der Relation zu anderen Städten, herausgearbeitet werden kann, erfolgte im DFG-geförderten Forschungsverbund eine komparative Analyse der Städte Frankfurt, Dortmund, Birmingham und Glasgow in Form einer explorativen wie auch breit angelegten Rasterfahndung, die im interdisziplinären Methodenmix und auf unterschiedlichen Feldern des Sozialen die genannten Städte auf durchgehende Muster untersuchte. Das Ziel war dabei weniger, die These von der tatsächlichen Existenz der Eigenlogik in den jeweiligen Städten nachzuweisen[1], sondern die Ergiebigkeit einer Heuristik zu erkunden und vorzuführen, „die zeigt, dass wir über Städte deutlich mehr (und anderes) wissen können, als sich in generalisierbaren Raum abbildet.“ (ebd.: 11)

Die Städteauswahl erfolgte nach der Maßgabe, einen methodisch kontrollierten, inneneuropäischen Vergleich auf breiter Materialbasis zu ermöglichen, „dessen Augenmerk sich auf möglicherweise vorhandene Unterschiede richtet“ (ebd.: 17), da man davon ausging, dass die generellen und externen Bedingungen dafür möglichst ähnlich sein müssen. „Ausgewählt wurden die vier unterschiedlichen Städte als Großstädte und regionale Zentren, die eine vergleichbare Größe, Dichte und Heterogenität aufweisen. Damit sind sie in ähnlicher Weise durch jene Merkmale gekennzeichnet, die Louis Wirth als Charakteristika von Urbanität identifiziert hat.“ (ebd.: 18) Neben einer Vielzahl von Parallelen in der Stadtentwicklung haben die Städte den Strukturwandel in den vergangenen Jahrzehnten mit unterschiedlichen Erfolg gemeistert. Man bildete daraufhin zwei internationale Städtepaare, die sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Basis und den favorisierten Stadtentwicklungsstrategien ähneln: Frankfurt – Birmingham und Dortmund – Glasgow.

In vier Teilprojekten mit jeweils eigenständigen Analysewerkzeugen, „unterschiedlich gewonnenem Material, dabei aber abgestimmter Methodik und analoger Fragestellung“ wurden die ausgewählten Städte intensiv untersucht (ebd.: 22).

---

1 „»Eigenlogik ist in diesem Zusammenhang kein Dogma – als Überschrift hat der Terminus mithin nur den Charakter eines Fingerzeigs. Er bezeichnet eine Suchrichtung, eine Optik und vielleicht das Angebot eines »Paradigmenwechsels« […] für die Forschung. Städte »haben« aber nicht eine solche Logik, und so kann es auch kein sinnvolles Ziel sein, die »Existenz« stadttypischer Eigenlogiken zu demonstrieren oder zu beweisen.“ (Frank et al. 2014: 10)

Das aus Soziologinnen und Soziologen bestehende Team zum Projekt „Wirtschaftspraktiken“ untersuchte am Beispiel des Friseurwesens, „ob und wie ökonomische Handlungsweisen über lokale Konventionen sinnhaft organisiert werden.“ (ebd.: 23) Das Team zum Projekt „Problemdiskurse“, disziplinär aus Politikwissenschaften und Philosophie kommend, ging der Frage nach, „welche Sachverhalte durch städtische Diskurse als politisch zu bearbeitendes Problem konstruiert werden, wie diese Probleme hinsichtlich ihrer Dringlichkeit, ihrer Ursachen und ihrer Auswirkungen auf Betroffene verstanden werden und wo Lösungspotenziale angesiedelt werden.“ (ebd.: 24) In einem literaturwissenschaftlich ausgelegten Projekt zur Untersuchung der „Stadtkrimis“ sichtete man insgesamt 295 Kriminalromane, aus welchen man vier vergleichbare Stadtkrimi-Korpora bildete, um diese „in Hinsicht auf die vier Dimensionen von zeitlichen Informationen, Benennungen, Sozialen Aspekten und architektonisch-räumlichen Phänomenen“ (ebd.: 25) zu untersuchen. Das wiederum aus der Soziologie kommende Team des Projekts „Stadtmarketing“ widmete sich der „vergleichenden Analyse von Produkten, Prozessen und Praktiken des Stadtmarketings“ um „die professionellen Selbstdarstellungen von Birmingham, Glasgow, Dortmund und Frankfurt am Main“ zu rekonstruieren und zueinander ins Verhältnis zu setzen (ebd.: 26).

Die Zusammenarbeit der Forschungsteams erfolgte über die Projektgrenzen hinweg, die erhobenen Daten „wurden vielfach geteilt und gemeinsam genutzt.“ (ebd.: 27) Die Zusammenführung der Ergebnisse erfolgte außerdem nicht erst gegen Ende der Einzelanalysen, sondern man blieb im gesamten Forschungsprozess in einem permanenten Austausch, der auch das Aufeinanderbeziehen von Arbeitsbegriffen, Hypothesen, Befunden, Fehleinanzeigen sowie Gegenproben umfasste (ebd.). Die Forschungsergebnisse wurden – oftmals in disziplinenübergreifender Ko-Autorenschaft – über eine Dimensionierung des Forschungsgegenstands „Stadt“ in miteinander verschränkter Weise aufbereitet, nämlich mit Blick auf „[t]emporale Strukturen, gelebte und mutmaßlich praxiswirksame »Differenzen« sowie Formen der Selbstbezugnahme, durch welche die Stadt sich als diejenige öffentlich zur Darstellung bringt, die sie ist (sein will, sein soll) […].“ (ebd.: 28)

Die Vorgehensweise des Forschungsverbands „Eigenlogik der Städte“ unterscheidet sich in vielfacher Hinsicht von meiner eigenen. Die grundsätzlich differente Herangehensweise ist dabei der ganz unterschiedlichen Fokussierung auf eine jeweils anders gelagerte Untersuchungsfrage geschuldet. Zu Beginn meines eigenen Forschungsprojekts ging es mir keineswegs darum, generell Frankfurts charakteristische Sinnstrukturen herauszuarbeiten, sondern die Beweggründe im Entstehungsprozess für ein bestimmtes Gebäude herauszuarbeiten, das in seinem städtischen Entstehungskontext einen je spezifischen sozialen Sinn erhält. Dem

Forschungsprojekt zur Eigenlogik der Städte war es wiederum explizit daran gelegen, die Differenzen und Eigenheiten städtischer Wahrnehmungs- und Handlungsmuster aufzudecken. Während ich mich trotz meines eigentlich eher punktuellen Interesses – nämlich die Entstehungsbedingungen des Jügelhauses – eine Rekonstruktion der kumulativen Textur der Stadt in einem sozio-historischen Längsschnitt erarbeitet habe, der Frankfurts Geschichte und insbesondere seine bauliche Entwicklung für einen etwas größeren Zeitraum in den Blick nimmt, liegt das Augenmerk der Eigenlogik-Studie erstens auf einen umfassenden Städtevergleich und zweitens auf eine erheblich breiter angelegte Suchbewegung in einem eng begrenzten Zeitraum. Es steht damit eine Fallstudie mit Längsschnitt einer in die Breite gehenden Vergleichsstudie zu einem bestimmten Zeitpunkt gegenüber. Erstaunlich ist, dass es trotz der differierenden Fragestellungen, den methodisch sehr unterschiedlichen Zugriffsweisen in den jeweiligen Untersuchungsergebnissen und den mehr als 100 Jahre auseinanderliegenden Untersuchungszeiträumen zahlreiche frappierende Übereinstimmungen gibt, die sich vor allem auf die Handlungs- und Sinnsetzungsmuster in Frankfurt beziehen.

Natürlich sind die Ergebnisse der beiden verschieden gelagerten Studien aus den bereits geschilderten Gründen nicht eins zu eins miteinander vergleichbar. Teilweise entspringt das, was ich nachfolgend als Übereinstimmung einordne, in den jeweiligen Studien ganz unterschiedlichen städtischen Kontexten, teilweise erscheinen manche Parallelen wiederum fast schon deckungsgleich. Beides lässt mich darauf schließen, dass einige Elemente des städtischen Wissensvorrats, die bereits zum Zeitpunkt meines Untersuchungsfensters relevant für die Orientierungen des Handelns waren, bis heute wichtige Referenzpunkte für das Handeln der städtischen Akteurinnen und Akteure bilden. Weiterhin deute ich diese Übereinstimmungen als einen Nachweis für die Dauerhaftigkeit von sozialen Wissensbeständen. Damit sehe ich meine Annahme, dass die spezifischen, städtischen Relevanzen die Zukunft dieser Stadt in bedeutender Weise strukturieren, bestätigt. Und nicht nur das: Sie sorgen offenbar auch dafür, dass sich der Wissensvorrat einer Stadt in eine bestimmte Richtung entwickelt und strukturieren damit den Fortbestand des städtischen Wissens. Um diese Annahme anhand empirischer Befunde zu unterfüttern und greifbar zu machen, möchte ich im Folgenden die entdeckten Parallelen zwischen meinen Ergebnissen und den Ergebnissen der Eigenlogik-Studie darlegen. Dabei greife ich bewusst recht häufig auf direkte Zitate zurück, um die Ergebnisse der Eigenlogik-Forschung zu Frankfurt für sich sprechen zu lassen, und stelle meine Ergebnisse nur knapp formuliert daneben.

In der Eigenlogik-Studie der Darmstädter Forschungsteams untersuchte man unter anderem die Diskurse der vier ausgewählten Städte auf zentrale Unterscheidungen in den sozialen Differenzierungen. Dabei ging man davon aus, dass Städte ihre eigenen Muster entwickeln, die nicht den gängigen Differenzachsen wie Schichtzugehörigkeit oder Geschlecht folgen (Münch 2014: 174). Auffällig für Frankfurt sei, dass es in den Diskursen unterschiedlicher Themenfelder einen als charakteristisch beschriebenen, kompetitiven Duktus gebe, der darauf ausgelegt sei, all das herauszustellen, was für die Stadt *ökonomisch sinnvoll und gut* sei. „Frankfurter zu sein" sei danach „nicht nur idealistischer Imperativ, sondern auch ein konkreter »Standortfaktor«" (ebd.: 181) oder anders formuliert: Frankfurterinnen bzw. Frankfurter haben eine (ökonomische) „Verantwortung" ihrer Stadt gegenüber. Die Betonung, dass es in Frankfurt um ein „Miteinander" gehe, um die „Vielfalt in Einheit" oder darum, nicht-deutsche Bürger zu „Bürgern dieser Stadt zu machen" verweisen zwar darauf, dass theoretisch alle mitgestalten können, doch bei genauer Betrachtung erscheine es so, „dass Ansprüche auf Teilhabe in der Stadt [...] nur dann gehört werden, wenn sie einen *Nutzen und Vorteil für die Stadt selbst* erfolgreich behaupten können." (ebd.: 182, Hervorhebung TE)

Das *„Wohl der Stadt"* scheint in Frankfurt also auch heute noch eine bedeutsame Größe zu sein, an dem das auf die Stadt bezogene Handeln bemessen wird, das zugleich bestimmten ökonomischen Anforderungen gerecht werden muss. Das Vokabular für ein solches Handeln hat sich inzwischen verändert, doch auch in der Gegenwart adressiert man in den Forderungen für ein gutes Leben in Frankfurt die Stadt selbst bzw. die Stadtgesellschaft als Ganzes. Das zeigt die Analyse der politischen Handlungsträgerschaft. Dort steche nämlich für Frankfurt „ein über Themenfelder und Zeiträume hinweg beständiges Muster ins Auge: die Benennung städtischer Bewohner als Bürger- bzw. als Stadtgesellschaft." In Frankfurt finde sich im Vergleich zu Dortmund eine überdeutliche „begriffliche Akzentuierung, welche die städtische Bevölkerung nicht nur als Bewohner eines Ortes, sondern als Gesellschaft im Sinne eines ganzheitlichen Kollektivs anspricht, vielleicht sogar als politischen Körper." Auch wenn damit nicht nachgewiesen sei, dass diese Formulierungen die gelebte Realität abbilden, so bleibe dennoch „der auffällige Befund, dass die mitlaufende These der Existenz einer Gesellschaft dieser Stadt die Thematisierung lokalpolitischer Angelegenheiten begleitet." (Barbehön 2014: 213)

Die „multikulturelle" bzw. „vielfältige Stadtgesellschaft" Frankfurts werde im medialen Diskurs als (welt-)offen und liberal bezeichnet, deren Mitglieder „zwar nicht konfliktfrei, aber doch im ganzen verträglich" lebten. In Frankfurt gelte es daher, Vielfalt zu „gestalten" (ebd.). Bei den Debatten über das städtische Integrationskonzept betone man unter anderem, dass es darum gehe, die „»Belange *aller* Frankfurter« zu adressieren und eine »Gesellschaft zu organisieren«" (ebd.: 216,

Hervorhebung TE). Hier zeigt sich nicht nur das in meiner Untersuchung herausgestellte integrative Klima Frankfurts, sondern auch eine Verwandtschaft zu der von mir herausgestellten *Ideologie des Allgemeinwohls*. Marlon Barbehön weist darauf hin, dass in Frankfurt die „Vorstellung von einer städtischen Gesellschaft als strukturierende Kategorie des Diskurses funktioniert, ohne dass die politischen Debatten notwendigerweise von Kompromissen und Konflikten befreit sind." (ebd.) Das erinnert wiederum stark an die Debatten um den Verwendungszweck des Jügel-Erbes vor mehr als 100 Jahren, in denen man ebenfalls von der Frankfurter Stadtgesellschaft mit gemeinsamen Wertmaßstäben sprach. Auch wenn die damaligen Vorstellungen darüber, was nun tatsächlich das „richtige" Handeln in Bezug auf die Zukunftsgestaltung Frankfurts sei, auseinanderdrifteten, war den widerstreitenden Positionen gemeinsam, die Stadtgesellschaft stets als Ganzes zu benennen. Ein sprachlicher Duktus, der sich bis in die Gegenwart erhalten hat. Für das heutige Frankfurt stellt Barbehön heraus, dass Probleme und Herausforderungen des kollektiven Zusammenlebens vor allem „Probleme der Stadtgesellschaft" bzw. „dringliche Fragen dieser Stadtgesellschaft" seien.

Eine weitere Parallele zu den Haltungen in Frankfurt, die schon um 1900 zu beobachten waren, zeigt sich in der Aussage, dass man sich heute „nicht der Macht einer übergeordneten politischen Klasse hilflos ausgesetzt [sieht]. Vielmehr transportieren die Problematisierungen die Vorstellung einer selbstbewussten und -bestimmten Handlungsträgerschaft der Bürgerschaft selbst [...]." (ebd.: 218) Zwar war das damalige Bürgertum unzweifelhaft *die* dominierende Gesellschaftsschicht, die überdies nicht den größten Teil der Gesamtbevölkerung ausmachte, doch es entsprach durchaus dem Selbstverständnis dieser einflussreichen sozialen Gruppe, sich von der „Obrigkeit" – zum Beispiel Preußen – möglichst unabhängig machen zu wollen. Das Frankfurter Bürgertum zeichnete sich damals durch eine gewisse Unabhängigkeit von den städtischen Gremien aus, da man – organisiert über das Vereins- und Stiftungswesen – die Gestaltung der Stadt selbst in die Hand nahm. Die aktive Mitgestaltung der Stadt war für die Frankfurterinnen und Frankfurter bezeichnet Ralf Roth als eine Art „städtische Tradition" (Roth 1996). Für das heutige Frankfurt stellt Barbehön heraus, dass man im politischen Diskurs immer wieder betone, mit „Netzwerken" Grenzen zu überschreiten und kollektive Handlungsfähigkeit generieren zu können. Netzwerkartige Interaktion, in welcher man sich auch jenseits der politischen Gremien und gruppenübergreifend über die städtische Entwicklung verständigt, verstehe man in Frankfurt als eine moderne und fortschrittliche Art des Miteinanders und sehe auch darin die Vorreiterrolle der Stadt bestätigt (ebd.: 219).

In Frankfurt nimmt man auch heute noch das „Schicksal" gerne in die eigene Hand, das weist die Eigenlogik-Studie für unterschiedliche soziale Felder nach.

Thematisiert wird in den Diskursen – so wie vor über hundert Jahren auch – immer wieder die Sicherung von „Frankfurts Zukunft". Bei der Analyse der Frankfurter Problemdiskurse sei zum Beispiel „die positive und im Vorgriff auf Zukunft antizipierte – frühe, schnelle, in jedem Fall rechtzeitige – Bearbeitbarkeit von Problemen" ein „auffallendes Charakteristikum". Zunächst schlecht erscheinende Nachrichten seien Anlass, „die Handlungsfähigkeit einer Stadt herauszustreichen, die sich als auf der Höhe der Zeit sieht, weil in ihr Probleme »sehr viel früher aufschlagen als in anderen Städten« […]. Wie ein anderer Interviewpartner, ein Kulturmanager, es ausdrückt »In keiner anderen Großstadt sind die Probleme so sichtbar auch Chancen.«" (Großmann 2014: 45f.) Auch bei den aktuellen Herausforderungen ist eine pragmatische Herangehensweise zu beobachten, die ich in der Jügelhaus-Studie bei der Dimensionalisierung der *gewinnorientierten Flexibilität* als wichtiges Element herausgestellt habe.

„Wiederkehrend findet sich […] die Umdeutung von Problemen in Belege für eine besondere Bereitschaft Frankfurts zum – und zwar: selbst gestalteten – Wandel." (ebd.: 49) Selbstbewusst verweise man auf die Schaffenskraft in der Stadt, das zeige sich zum Beispiel auch in der bildhaften Selbstdarstellung des Frankfurter Presse- und Informationsamts, in der man „sehr konkret Geleistetes [zitiert]. Unterschiedlichste Phasen müssen und können in Frankfurt koordiniert werden, ohne dass es zu Kollisionen, Stockungen oder Stillständen kommt." (Marent/Rosenbusch 2014: 94) Schaffenskraft zeigt sich der Eigenlogik-Studie zufolge auch in der Selbstwahrnehmung des Frankfurter Stadtmarketings, das nicht, wie in vielen anderen Städten, Teil der Selbstverwaltung ist, sondern sich aus einer Vielzahl „eigenständiger" Unternehmen zusammensetzt, in denen man die mit dieser Organisationsstruktur verbundene Unabhängigkeit und Selbstwirksamkeit betone. Eine Unabhängigkeit, die bei städtischen Marketingunternehmen eben nicht gegeben sei. In diesen, die Stadt vermarktenden Unternehmen hebe man hervor, „organisch gewachsen" und nicht von einem „top-down-Prozess" geleitet zu sein (Berking et al. 2014: 348). Der Gestus eines *Strebens nach Unabhängigkeit* ist demnach auch im Frankfurt der Gegenwart von Bedeutung.

Auffällig ist zudem, dass man auch im heutigen Frankfurt gerne über die Bauaktivitäten Schaffenskraft und Stärke der Stadt zeigt: „In Zeiten der Wirtschaftskrise, die andere Städte wie München und Stuttgart durchaus vor Probleme gestellt habe, präsentiert sich Frankfurt souverän […]." Von der allgemeinen Entwicklung des Zeitverlaufs weiß man sich über die Aktivitäten in der Baubranche positiv abzusetzen: „›Das Bauen in Frankfurt kennt keine Krise‹, lautet das Fazit von Planungsdezernent Edwin Schwarz (CDU), als er am Mittwoch das Baugeschehen 2009 Revue passieren lässt." (Großmann 2014: 46, Zitat aus der FR am 25.02.2010) Die zahlreichen Baukräne in der Stadt deute Stadtrat Markus Frank

(CDU) als „Ausweis des produktiven städtischen Handelns: Menschen kommen nach Frankfurt und investieren dort, so die in der Stadtverordnetenversammlung getätigte Erklärung, »weil sie wissen, daß die Stadt gut regiert wird, … daß diese Stadt Zukunftspotenzial hat und sich hier etwas tut« […]. Frankfurt trotzt der Krise, Frankfurt sucht die Zukunft aktiv zu gestalten – und lässt sie eben nicht einfach auf sich zukommen […].“ (Großmann 2014: 46f.) Das Motiv, zur Zukunftssicherung der Stadt über bauliche Maßnahmen Anziehungskraft zu generieren, hat in Frankfurt somit ein ganzes Jahrhundert überdauert.

Das aktive Gestalten der eigenen Zukunft hat auch heute noch in Frankfurt eine stark ausgeprägte ökonomisch-gewinnorientierte Facette. Das kann unter anderem anhand der Wirtschaftspraktiken im Friseurwesen illustriert werden: „Die in Frankfurt beobachteten Salons entsprachen am ehesten dem erwarteten Idealtypus der innovativen Unternehmen, die potenzielle zukünftige Marktentwicklungen antizipieren und versuchen, sich durch Innovationen im Wettbewerb zu behaupten. Die Inhaber der untersuchten Salons sprechen ungefragt von weiteren Geschäftsideen, die sie erwägen. Sie kalkulieren sehr genau, welche Zukunftsstrategie erfolgreich sein kann und streben danach, Dienstleistungen anzubieten, die durch Konkurrenten nicht abgedeckt werden. […] *Nur in Frankfurt* konnten wie den Einsatz von Mitteln moderner Unternehmensführung beobachten: In einem der Friseursalons werden Mitarbeiter zu Kommunikationsseminaren und Weiterbildungen geschickt, es gibt Teamsitzungen und Zielvereinbarungen, leistungsabhängige Löhne und eine Unternehmensberatung, die täglich Leistungsstatistiken erstellt, die allgemein zugänglich sind.“ (Baur et al.: 2014: 100, Hervorhebung TE) In Frankfurt werden – ganz im Sinne der Zukunftssicherung – immer wieder neue Maßnahmen und Dienstleistungen in Betracht gezogen oder verwirklicht (ebd.: 101). Das Selbstbild der Frankfurter Friseure sei außerdem von „Flexibilität“ geprägt, um sich mit neuen Ideen den aktuellen Entwicklungen schnell anpassen zu können (ebd.: 121): „Anders zu sein, sich vom Markt abzuheben, irgendwie ungewöhnlich zu sein, solche Visionen sind in Frankfurt besonders stark ausgeprägt – sich andauernd zu verändern […] gehört zum Berufsalltag.“ (ebd.: 122) So sei die Zeitorganisation in Frankfurt ausgerichtet auf Zukunftsplanung und Beschleunigung: „Eine hohe Marktorientierung geht mit hoher Planungsorientierung einher. Exklusivitätsstreben erscheint als Weg zum Erfolg.“ (ebd.: 124)

Beschleunigung und Exklusivitätsstreben zeigt sich im Frankfurt der Gegenwart jedoch auch auf der Ebene der baulichen Entwicklung. Andreas Großmann stellt heraus, dass bei der Untersuchung der Problemdiskurse aus Frankfurter Sicht das „Tempo, mit dem sich Frankfurt schneller als eine andere Großstadt ändert,“ für sich spreche. „Mit der Rasanz solcher Veränderungen scheint Frankfurt bestrebt, sich als Zentrum des Rhein-Main-Gebiets »der immer stärkeren Sogkraft der neuen

Hauptstadt Berlin entgegenzustemmen«.“ (Großmann 2014: 49) Interessanterweise gilt es in Frankfurt also auch heute (noch), sich gegenüber Berlin zu positionieren. Das Motto des Frankfurter Theatertreffens, das 2001 vermutlich nicht zufällig zur gleichen Zeit stattfand, wie ein hochkarätiges Theaterfest in Berlin, wird in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung betitelt mit: „Man muß absolut modern sein.“ (Großmann 2014: 50) Die Gleichzeitigkeit der beiden Feste bewertet man in Frankfurt positiv, denn man lenke damit „die Aufmerksamkeit auf die Stadt als eigentliche Avantgarde im Vergleich zu Berlin“ (ebd.).

Die Analyse der Frankfurter Problemdiskurse offenbart, dass man sich hier moderner und schneller als in Berlin empfinde. Dabei sei man bestrebt – ähnlich wie bereits vor mehr als hundert Jahren – die herausragende Rolle der Stadt über die eigenen Grenzen hinaus darzustellen: „Frankfurter Selbstcharakterisierungen unterstreichen häufig die zentrale Rolle der Stadt nicht nur für die Rhein-Main-Region, sondern weit darüber hinaus. Die in ihrer Selbstwahrnehmung […] »sich am rasentesten verändernde Großstadt Deutschlands« […] betont wiederholt ihren (aus ihrer Sicht) singulären Status zu anderen Städten wie München, Stuttgart oder Hamburg, im Besonderen aber gegenüber der Bundeshauptstadt Berlin. Ein Interviewpartner, Theatermanager, pointiert die Rivalität mit Berlin explizit auch im Blick auf die Zeitlichkeit der Stadt: Frankfurt sei »mehr in der Mitte Europas« als Berlin, aber auch »in jeder Hinsicht schneller als Berlin« […].“ (Großmann 2014: 48) In Frankfurt greife man weiterhin zur Herausstellung der führenden Rolle der Stadt auf unterschiedlichen Gebieten oftmals auf den Zusatz „Hauptstadt“ zurück: „Hauptstadt der Kommunikation“, „Internethauptstadt“, „Klimaschutzstadt“, „Passivhaus-Hauptstadt“ oder „Stiftungshauptstadt“ (Großmann 2014: 49). Frankfurt, die ganz andere Hauptstadt als Berlin also.

Demnach gibt es bis heute die Überzeugung bzw. ein spezifisches „Wissen“ darüber, dass man in Frankfurt eine besondere Stellung in der Welt einnehme. Der Schriftsteller (und Wahl-Frankfurter) Wilhelm Genazino erklärt dieses Gebärden damit, dass die Mainmetropole bis zur Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten „ein auffälliger Glanzpunkt im kleinen Westdeutschland“ gewesen sei. „Sein Standort war zentraleuropäisch und wurde auch so wahrgenommen. […] Frankfurt beeindruckte den Rest der Republik mit seiner furchteinflößenden Potenz. Man konnte jetzt in den Zeitungen lesen, dass der Frankfurter Kulturetat höher war als der Pariser Etat. Die Wiedervereinigung hat diesen Taumel beendet. Die Blicke richten sich heute nach Berlin. Nach Berlin kommt lange nichts. Jetzt läuft Frankfurt in einem zu groß gewordenen Anzug herum und will nicht recht wahrhaben, dass es heimlich herabgestuft wurde und dass es diese Rückstufung nicht mehr aufholen kann, auch wenn das Label ›Bankenstadt‹ immer noch glitzert und prunkt.“ (Genazino 2013: 10) In Frankfurts Vergangenheit kursierte immer

wieder und aus unterschiedlichen Anlässen die Angst vor dem Bedeutungsverlust. Die krisenerprobte Strategie in solchen Zeiten: Über Reichtum und enorme Leistungsfähigkeit auf verschiedenen Gebieten – und über Modernität! – zu beeindrucken.

Frappierend ist, dass man auch heute in Frankfurt immer noch den Vergleich zu den großen Metropolen der Welt sucht und weniger zu den (eher gleichrangigen) deutschen Städten. Erstaunlich ist das deshalb, weil der Größenunterschied zu den Vergleichsmetropolen, mit welchen Frankfurt sich gerne in einem Atemzug nennt, inzwischen noch sehr viel erheblicher ist als vor über hundert Jahren. Der Bezug zu den deutschen Großstädten wie Berlin, Hamburg oder München werde üblicherweise immer dann hergestellt, um das „Andere" bzw. dazu Abweichende in Frankfurt in positiver Weise hervorzuheben. Mit dem Vergleich zu europäischen und nordamerikanischen Metropolen rücke man sich wiederum in den „elitären Kreis von Weltstädten, denen sich Frankfurt zumindest ansatzweise zurechnet." (Berking et al. 2014: 367) Frankfurt vergleiche sich etwa mit New York, da beide Städte „»ein bedeutendes Finanzzentrum und internationaler Verkehrsknotenpunkt« sowie Heimat für »Menschen verschiedener Kulturen und Religionen« seien […]." (ebd.) Die Vergleiche mit Städten Europas dienten wiederum der Herausstellung Frankfurts besonderer Rolle für diesen Kontinent: „Aufgrund der Präsenz der Europäischen Zentralbank – »eine der bedeutsamsten Europa-Institutionen« – sei Europa »den Frankfurtern so nahe wie der Vorgarten«, weshalb die Stadt »nach Brüssel und Straßburg« die bedeutendste »Europa-Stadt« sei […]." (ebd.) Auch heute brüstet sich Frankfurt als besonderer Mittelpunkt mit Anziehungskraft. Und in den Fremden, die nach Frankfurt kommen, erkenne man – ganz ähnlich wie von hundert Jahren – einen ökonomischen Vorteil. Sybille Münch beschreibt die „Dominanz eines ökonomischen Narrativs, das den wirtschaftlichen Nutzen von Zuwanderung und gelingender Integration herausstellt […]." (Münch 2014: 181) Genau hier findet man die Spuren der *pragmatischen Verwertungsorientierung*, die ich in meiner Jügelhaus-Studie herausgestellt habe.

Als eines der deutlichsten Charakteristika des heutigen Frankfurts stellen die Forscherinnen und Forscher zur Eigenlogik-Studie die im Vergleich zu anderen Städten ungewöhnliche Inszenierung des Gegensätzlichen. Das zeige sich unter anderem am eingesetzten Bildmaterial, das für Frankfurt-Darstellungen herangezogen wird, da hier unzweifelhaft „Gegensätze nicht gescheut, sondern geradezu freudig miteinander kombiniert werden. Die Gleichzeitigkeit des Ungleichzeitigen wie des Verschiedenen geht nicht mit der Gefahr der Desintegration einher." (Marent/Rosenbusch 2014: 94) Im Frankfurt des 21. Jahrhunderts gehört der routinierte Umgang mit Gegensätzen demnach immer noch zu den hervorstechenden Merkmalen der Stadt. Das belegt auch die umfangreiche Untersuchung

der Frankfurter Stadtmarketing-Unterlagen[2]: „Frankfurt ist eine Stadt, die Gegensätze pflegt – so lässt sich das Imageangebot beschreiben, das die Akteure des Stadtmarketings in Text und Bild von Frankfurt verfertigen. Frankfurt ist demnach nicht nur internationales Finanzzentrum, sondern besitzt auch Lokalkolorit, es ist nicht nur von Hochhäusern geprägt, sondern auch vom historischen Römer und von gemütlichen Apfelweinkneipen. Hier kann man nicht nur Geld verdienen, sondern auch in Parks entspannen und in Museen Kunst genießen. Dass diese Gegensätze nicht nur toleriert, sondern geradezu gepflegt werden, soll die Besonderheit Frankfurts sein. Jeder kann hier nach seiner Façon glücklich werden, lautet der Subtext, der sich auf die als liberal ausgewiesene Tradition der Stadt bezieht.“ (Richter 2014: 261) Auf das liberale Erbe der Stadt verwiesen die Interviewten aus dem Frankfurter Stadtmarketing übrigens wiederholt, nicht zuletzt auch deshalb, weil man es als den Nährboden für Toleranz, Aufgeklärtheit und Progressivität und all das wiederum als wesentliche Charakteristika der Stadt ansehe (ebd.: 265).

Mit der Inszenierung von Gegensätzen bzw. des Differenten in der Stadt bekräftige man für Frankfurt typische Werte. Die Darstellung des gleichzeitig auftretenden Differenten spiele deshalb in den Darstellungen des Frankfurter Stadtmarketings eine auffällig große Rolle und werde textlich wie auch visuell zu Kontrasten und Gegensätzen stilisiert. So finde sich immer wieder der Gegensatz der selbstverständlich gewordenen Internationalität Frankfurts einerseits zu den lebendigen lokalen Traditionen andererseits, beliebt seien außerdem die Gegensatzpaare „global vs. lokal, Hochhaus vs. Fachwerkpanorama, modern/innovativ vs. traditionell, grau vs. grün, arbeiten vs. genießen, geschäftig/cool vs. gemütlich“ (Richter 2014: 264). Generell gelte, dass in dieser Stadt Gegensätze nebeneinander bestehen bleiben können und sogar willkommen seien: „Sie machen den »Mehrwert« des Standorts Frankfurt aus.“ (Richter 2014: 263)

Frankfurt scheint sich bis heute über Kontraste zu definieren und das greifen Touristik-Informationen ganz unterschiedlicher Herkunft dieser Gegensatz auf. Auf der Webseite der Stadt Frankfurt liest man unter dem Bereich „Tourismus“ zunächst den Verweis auf imposanteste Skyline Deutschlands, um gleich darauf zu verweisen, dass „die Stadt im Herzen Deutschlands und Europas […] noch weitere Facetten und vielseitige Kontraste zu bieten [hat]. Unweit der Hochhäuser finden Sie gemütliche Ebbelwoi-Kneipen und inmitten der geschäftigen Innenstadt immer wieder historische Sehenswürdigkeiten.“ (Stadt Frankfurt am Main 2014) Der Online-Reiseführer von Marko Polo beschreibt Frankfurt – nachdem es mit New York

2 Untersucht wurden „dreizehn Broschüren, sieben Websites und ein[.] Imagefilm[.], mit welchen sechs Stadtmarketingorganisationen (darunter drei städtische) Frankfurt vermarkten. Obwohl es […] weder eine zentrale Marketingorganisation noch eine übergreifende Marke oder Kampagne gibt, fügen sich die Versatzstücke zu einem einheitlichen Bild.“ (Richter 2014: 262)

(!) verglichen wird – ebenfalls in Gegensatzpaaren: „Den Frankfurtbesucher erwartet eine spannende Mischung aus Alt und Neu, aus Tradition und Moderne. [...] Frankfurt bietet reichlich Abwechslung auf kleinem Raum – es ist zugleich Großstadt und Dorf, businessorientiert und genießerisch, bodenständig und weltoffen." (Marcopolo.de 2015) Auf der Webseite des Sheraton Frankfurt Congress Hotel liest man in einem Artikel mit der Überschrift „Eine Weltstadt mit regionalem Charme“: „Was Frankfurt so einzigartig macht: Der spannende Kontrast zwischen Big Business und regionaler Gemütlichkeit.“ (Sheratoncongressfrankfurt.com 2015) Ein Artikel des Handelsblatts aus dem Jahr 2005 titelte über einem Bericht über Frankfurt „Tourismus-Tipps: Schiere Größe und Gemütlichkeit“. (Handelsblatt.com 2015)

Für Frankfurt gelte, so heißt es in der Eigenlogik-Studie von 2013, dass in einem Modus des Sowohl-Als-Auch Integration stets möglich scheint (Richter 2014: 265). Das wiederum wird auch in Kontexten jenseits des Stadtmarketings bestätigt, etwa in der Darstellung Frankfurts in den untersuchten Kriminalromanen oder in den Problemdiskursen der Stadt. Die Forschungsergebnisse auf diesen Feldern weisen nach, dass die sozialen Gruppen Frankfurts übergreifend miteinander in Bezug gesetzt werden bzw. in direktem Kontakt miteinander stehen. So werden etwa in Kriminalromanen, die Frankfurt als der Ort des Geschehens thematisieren, „regelmäßig schicht- und kulturübergreifende Begegnungen und Bekanntschaften als alltägliche Normalität vermittelt (etwa zwischen Ermittlern und Bettlern oder Obdachlosen; zwischen Einheimischen und Migranten).“ Doch auch die lokale Presse nehme in positiver Weise Bezug „zur ethnischen und kulturellen Vielfalt der Stadt, die unter Formeln wie »Frankfurter mit ausländischen Wurzeln« [...] und »Frankfurter Kinder aus Zuwandererfamilien« [...] über die Nennung des Stadtnamens eine Zugehörigkeit der Zugewanderten zur Stadt attestieren.“ (Rauscher/Richter 2014: 141) Anneke Rauscher und Ralph Richter stellen in der Analyse der Kriminalliteratur mit dem Schauplatz Frankfurt weiterhin fest, dass den Frankfurterinnen und Frankfurtern ein Gefühl des Verbunden-Seins, nicht der Abgrenzung, unterstellt werde. „Die potenziellen Widersprüche oder Spannungen, welche sich aus dem Nebeneinander unterschiedlicher Schichten, Milieus und Kulturen in der »[a]rme[n] reiche[n] Stadt« [...] ergeben, werden so zu einem nicht homogenen, aber in seiner Diversität zusammengehörend stilisierten Ganzen der Stadt zusammengefasst.“ (ebd.: 142f.)

Auch Sybille Münch stellt das beobachtete Motiv eines Sowohl-Als-Auch in einer Untersuchung der in den Diskursen einer Stadt getroffenen Differenzierungen sozialer Gruppen auch in anderen Kontexten Frankfurts fest: „Wiederkehrend legen Aussagen Wert darauf, dass bei der Namhaftmachung von explizit unterschiedenen und potenziell gegensätzlichen Gruppen stets beide beziehungsweise mehrere

Seiten beleuchtet werden. Statt also nur von »Armen« zu sprechen, werden auch die »Reichen« benannt oder umgekehrt […]. Beide Seiten zu betrachten scheint nicht nur unreflektierte Routine, sondern zugleich expliziter Anspruch zu sein.“ (Münch 2014: 177) Das zeige sich vor allem in den Diskursen zum überteuerten Wohnraum in Frankfurt, bei welchen man sich schnell an die Debatten in der Stadt erinnert fühlen kann, die man dort gegen Ende des 19. Jahrhunderts führte, als der überteuerte Wohnraum in Frankfurt ebenfalls ein brennendes soziales Thema war. Es fehlte vor allem erschwinglicher Wohnraum für die mittleren und unteren Gesellschaftsschichten, seitens der Industriellen beklagte man fehlenden Wohnraum für die Arbeiterschaft. Gut hundert Jahre später ist die Wohnraumfrage erneut brisant und zwar ebenfalls wieder, weil sich Menschen mit geringen Einkommen das Leben in der Stadt zunehmend nicht mehr leisten können. Münch stellt dazu fest, dass 2010 eine städtische Steuerung des Wohnungsmarkts wiederum nicht (nur) aus sozialpolitischen Anspruch heraus formuliert, sondern auch als Standortfaktor betrachtet werde: „Für viele Industriebetriebe sei es ein Problem, dass es in Frankfurt für ihre Beschäftigten keinen adäquaten und bezahlbaren Wohnraum gebe, Dies sei »ein Standortproblem für Frankfurt« […].“ (ebd.: 179) Hier wiederholen sich die Argumentationslinien aus dem 19. Jahrhundert.

Münch stellt für das Jahr 2010 fest, dass bei den aktuellen sozialpolitischen Fragestellungen in Frankfurt auffalle, dass es immer auch um „sozialen Ausgleich“ gehe, „wobei mitnichten eine Nivellierung von Status- und Einkommensunterschieden verstanden wird […]. Vielmehr geht es um eine Besserung der Lage derer, die als Gruppe (zu) schlecht gestellt sind.“ (ebd.: 180) Das wiederum erinnert an die sozialreformerischen Ansätze, die man in Frankfurt gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte. Auch damals ging es nicht darum, allen ein exklusives Leben in luxuriösem Umfeld oder allen die gleichen Ausbildungschancen zu ermöglichen. Im Fokus standen vielmehr das Verhindern fortschreitender Pauperisierung und die Erreichung eines gewissen Wohlstands für die Gesamtbevölkerung. Die Aufgabe privilegierter Positionen war dabei nicht im Interesse des Bürgertums. Dennoch bemühte man sich auch damals um den Dialog. Für das heutige Frankfurt legt Münch offen, dass in der Stadt ein dialogisches Aushandeln zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen vorzufinden sei. Austausch und verbales Aufeinanderzugehen sollen Misstrauen und Missverständnisse abbauen. „Ob im Miteinander der verschiedenen Generationen, sozialen Gruppen oder Herkunftsgruppen – stets sollen durch Kommunikation und ggf. Mediation »Missverständnisse« und damit Konflikte ausgeräumt werden […]. Gespräche werden regelmäßig als Problemlösung angepriesen […].“ (Münch 2014: 180) Das integrative Klima der Stadt scheint also bis heute nicht abgekühlt zu sein.

Die Nebeneinanderstellung der Eigenlogik-Studie zu Frankfurt aus dem Jahr 2014 und meiner Studie, die das Frankfurt ab Mitte des 19. bis Anfang des 20. Jahrhunderts in den Blick genommen hat, zeigt die Persistenz mancher Haltungen und Handlungsstrategien innerhalb der Stadt. Das erkläre ich mit dem Vorhandensein eines städtischen Wissensvorrats und der Wirksamkeit städtischer Relevanzen. Die hier betrachtete und sehr umfassende Eigenlogik-Studie, die drei weitere Städte in die Untersuchung miteinbezogen hat, ist zwar zu vielen erstaunlichen Ergebnissen gekommen, gerade was die Sichtbarmachung der differenten Strukturlogiken in unterschiedlichen Städten betrifft, die Erklärung der in den jeweiligen Städten vorzufindenden Sinndynamiken bleibt allerdings etwas unterkomplex. Das von mir vorgeschlagene, wissenssoziologische Modell zur Erklärung dieser Dynamiken könnte hier zu aufschlussreichen Ergänzungen in den Einzelbetrachtungen der jeweiligen Städte führen und auch dazu, tatsächlich von der „Eigenlogik" einer Stadt sprechen zu können.

Gegenwärtige baulichen Aktivtäten sind in der betrachteten Eigenlogik-Studie nur am Rande Thema. Den Exkurs in Frankfurts Gegenwart möchte ich deshalb abschließend ergänzen mit einem – zwangläufig kursorischen – Blick auf ein Bauprojekt in der Stadt, das für viel Aufsehen auch über Frankfurts Grenzen hinaus gesorgt hat: Die Errichtung des Neubaus für die Europäische Zentralbank (EZB) im Frankfurter Ostend. Mit meiner Studie zum Entstehungsprozess des Jügelhauses habe ich veranschaulicht, dass sich die Gegensätze in Frankfurt Ende des 19. bzw. Anfang des 20. Jahrhunderts auch in baulicher Hinsicht zeigten. Damals war es die Diskrepanz zwischen modernster Ingenieurskunst (bei den Infrastrukturen und Gebäuden wie etwa der Festhalle) und dem lange währenden Festhalten an historistischen, d.h. an „traditionellen" Formen, obwohl die Architekturavantgarde anderenorts erste Blüten trieb. Heute zeigen sich die Widersprüche im Stadtbild sichtbarer: Es ist unter anderem der Kontrast zwischen modernen Bankenhochhäusern und historischen Gebäuden wie dem Römer, die Paulskirche oder den Dom sowie der Gegensatz zwischen Business und der Gemütlichkeit von Apfelweinkneipen. Bildhaft inszeniert man auch in den Selbstdarstellungen der Stadt „alt neben neu" oder „gemütlich neben imposant".
Der 2015 eröffnete Neubau der Europäischen Zentralbank (EZB), jüngstes unter den vollendeten, spektakulären Bauprojekten Frankfurts, „spielt" ebenfalls mit dem vielfach in der Stadt bemühten Gegensatz „alt" (traditionell) versus „neu" (modern). Passend zum Thema „Gegensätze vereinen" schmiegen sich zwei riesige und gegeneinander verdrehte Hochhäuser aus Glas und Stahl an die unter Denkmalschutz stehende Großmarkthalle, die vom Architekten Martin Elsaesser entworfen und 1928 eröffnet wurde. Verbunden sind beide Gebäude mittels eines

schmalen Gebäuderiegels, der die alte Großmarkthalle wie ein Keil durchbohrt und eine aus der Halle herauskragende Eingangssituation erschafft (siehe Abbildung 41).

Die EZB hatte den Standort im Ostend Frankfurts unter 35 anderen zur Disposition stehenden Bauplätzen in Frankfurt ausgewählt. Bei der Ausschreibung des internationalen städte- und hochbaulichen Wettbewerbs im November 2012 hatten die teilnehmenden Architekten neben „der Erfüllung zahlreicher funktionaler und technischer Anforderungen" die Aufgabe, „die denkmalgeschützte Großmarkthalle in ihrem grundlegenden Erscheinungsbild zu erhalten und in ihren Entwurf für den EZB-Neubau zu integrieren." (Europäische Zentralbank 2014: 4) Den Wettbewerb gewann der Entwurf von Wolf D. Prix des Wiener Architekturbüros Coop Himmelb(l)au. Der vom Architekten vorgesehene, die alte Bausubstanz durchschneidende und Elsaessers Architektur verändernde Riegel sorgte im Projektverlauf für einigen Wirbel, denn als an diesem „erste Kritik laut wurde, horchten auch die Erben des Architekten [...] auf. Sie pochten auf das Urheberrecht. Ein bereits eingeleiteter Rechtsstreit darüber, ob dieses nun greife oder nicht, konnte durch einen außergerichtlichen Vergleich gerade noch abgewendet werden. Stadt, EZB und Erben einigten sich stattdessen auf die Gründung einer Stiftung, um das Ansehen des Architekten zu mehren und dessen Erbe zu pflegen – und der Riegel, in dem die EZB künftig ihre Pressekonferenzen abhalten wird, durfte gebaut werden." (Stadt Frankfurt am Main 2015) Auch hier schimmert wieder die gewinnorientierte Flexibilität durch, die schon im Jügelhaus-Projekt zum Tragen kam.

Mit dem EZB-Neubau hat Frankfurt einen neuen und auffälligen Akzent in der Skyline sowie viel Aufmerksamkeit durch die mediale Berichterstattung erhalten. Eine weitere (hier natürlich nur sehr oberflächlich betrachtete) Parallele zum Großprojekt des Wissenschaftszentrums zeigt sich darin, dass man in Frankfurt mit dem EZB-Projekt „stolziert" – so wie man sich in der Vergangenheit mit anderen Bauprojekten brüstete. Auf der Webseite der Stadt Frankfurt verweist man in einem Artikel über das Prestigeprojekt (betitelt mit *„Ein Großprojekt, mit dem Frankfurt glänzen kann"*) unter anderem auf Martin Neitzke vom Frankfurter Stadtplanungsamt, bei welchem über 12 Jahre lang alle Fäden zusammenliefen[3] und der sich in Bezug auf die anstehende EZB-Eröffnung im März 2015 wie folgt äußerte: „Wenn wir am 18. März eröffnen, senden wir als Stadt auch die Botschaft: »Seht her! Frankfurt weiß, wie Großprojekte gemanagt werden.«" (ebd.) Ein Ausspruch,

3 Stadt Frankfurt am Main (2015): „Zwölf Jahre lang hat der Stadtplaner für die Stadt Frankfurt das Großprojekt Europäische Zentralbank, kurz EZB, koordiniert und jetzt bis kurz vor den erfolgreichen Abschluss gebracht. Dazu gehörten sowohl die Projekte der Stadt in der Umgebung der neuen Türme als auch alle behördlichen Aufgaben auf dem Baugrundstück und im Gebäude selbst."

der sicherlich auch nach der Errichtung des Wissenschaftszentrums Anfang des 19. Jahrhunderts Zustimmung gefunden hätte.

Abbildung 41: Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main

Auch wenn für den EZB-Neubau vieles durch das Stadtplanungsamt koordiniert wurde: Bauherr und Architekt kamen nicht aus der Stadt selbst. Dennoch erscheint es fast so, als hätten sich Teile der Frankfurter Relevanzstrukturen auf das Handeln der nicht in Frankfurt ansässigen Bauherren und Architekten übertragen. Obwohl es bei einer ersten oberflächlichen Betrachtung einige Parallelen zum Jügelhaus-Projekt zu geben scheint, muss an dieser Stelle offenbleiben, ob bei den Abläufen des EZB-Projekts tatsächlich ähnliche städtische Relevanzen wirksam waren wie bei der Errichtung des Wissenschaftszentrums an der Viktoria-Allee bzw. der heutigen Senckenberganlage. Dieser Frage darf sich ein anderes Forschungsprojekt annehmen.

Schlussbetrachtung und Ausblick

Die explorative Fallstudie zum Jügelhaus in Frankfurt am Main, das 1906 als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften und als Teil eines Wissenschaftszentrums eröffnet wurde, veranschaulicht, wie das Handeln der bürgerlichen Eliten und die baulich-räumliche Entwicklung der Stadt miteinander verbunden waren. Die Ausgangsfrage der Untersuchung war eine architektursoziologische: Welche Ideen, Machtverhältnisse, Werthaltungen etc. haben sich mittels dieser Gebäudegruppe objektiviert bzw. über deren Materialität manifestiert? Um diese Frage zu beantworten, habe ich dem Kontext „Stadt" als soziales sowie als physisch-materielles Umfeld eine besondere Bedeutung beigemessen – ein Ansatz, der in bislang vorliegenden architektursoziologischen Untersuchungen noch nicht verfolgt wurde. Die Einbeziehung der städtischen Materialität hat unter anderem die damaligen städtischen Machtstrukturen offengelegt, auf welche Weise diese ihre Spuren im Stadtraum hinterlassen haben und die damit – unter anderem durch repräsentative Architekturen – eine sichtbare Fixierung erhalten haben.
Auch wenn ich in der vorliegenden Studie nur die Entstehungsbedingungen des Jügelhauses untersucht habe, stellen die Ergebnisse die einige Jahre später erfolgte Gründung der Frankfurter Universität in ein anderes Licht: In den herkömmlichen Gründungsgeschichten ist es der Durchsetzungswille des damaligen Oberbürgermeisters Franz Adickes in Kombination mit dem mäzenatischen Engagement reicher Frankfurterinnen und Frankfurter, die die Entstehung der Universität ermöglichten. In diesen Schilderungen wird allerdings nicht deutlich, dass *erst mit dem Bau des Wissenschaftszentrums samt Jügelhaus* eine über viele Jahrzehnte nicht zur Umsetzung zu bringende Idee „plötzlich" innerhalb weniger Jahre Realität wurde. Das Gebäude-Ensemble an der damaligen Viktoria-Allee manifestierte und veranschaulichte auf der materiellen Ebene, dass in Frankfurt bereits alles Wichtige für eine Universität vorhanden war. Dieses „Sichtbarmachen" wirkte mit deutlich größerer Durchschlagkraft als alle vorherigen Denkschriften zur Gründung einer Hochschule. Es zeigt sich hier, dass eine „Verankerung" des städtischen Wissens an die konkrete, bewusst gestaltete Materialität der Stadt machtvolle Effekte generieren kann. Die vorliegende Studie ist daher auch als ein Beitrag dazu zusehen, die Zusammenhänge und Dynamiken zwischen Gesellschaft, Wissen und Materialität aufzudecken.

Um diese Dynamiken sichtbar zu machen, war es erforderlich, den Rahmen der Untersuchung weit zu stecken. Ich habe nicht nur Daten erhoben, die unmittelbar im Zusammenhang mit dem Jügelhaus-Projekt stehen, sondern auch umfassende

Informationen zu Frankfurt hinzugezogen und zwar zur gesellschaftlichen, ökonomischen und planerischen Entwicklung der Stadt. Aufgefallen ist dabei, dass sich im Frankfurt des 19. Jahrhunderts im Zusammenhang mit den baulichen Großprojekten bestimmte Entscheidungsmuster wiederholten. Das wiederum hat die Annahme befördert, dass bestimmte Wissenselemente innerhalb der städtischen Eliten dafür Sorge getragen haben, dass sich die Stadt in eine bestimmte Richtung entwickelt hat – sowohl baulich als auch gesellschaftlich. Mit der Einbeziehung wissenssoziologischer Konzepte und der Forschungsperspektive zur „Eigenlogik der Städte" rückte bei der Deutung der erhobenen Daten der soziale Wissensvorrat der Stadt Frankfurt in das Zentrum der Untersuchung. Anlehnend an die Eigenlogik-Thesen, die von einem jeweils spezifischen Muster der Sinnkonstitution in einer Stadt ausgehen, nehme ich nicht nur für Frankfurt, sondern generell für jede Stadt das Vorhandensein eines *städtischen Wissensvorrats* an. Dieser setzt sich zusammen aus dem sozial relevanten Wissen der Akteurinnen und Akteure über *diese* Stadt als kollektiven Erlebnisraum und steckt den Rahmen dafür ab, was in einer Stadt politisch, ökonomisch und eben auch baulich möglich ist (und was nicht).

Den städtischen Wissensvorrat betrachte ich weiterhin nicht als losgelöst von der städtischen Materialität. Mit Rückgriff auf das Konzept zum kollektiven Gedächtnis von Maurice Halbwachs gehe ich davon aus, dass die kollektiven Erinnerungen in einer Stadt über diese Stadt einen konkreten räumlichen Bezug haben und sich zu einem spezifischen städtischen kollektiven Gedächtnis als Bestandteil des städtischen Wissensvorrats verdichten. Anders formuliert: Der städtische Wissensvorrat ist über soziale Gedächtnisinhalte unmittelbar auf die Materialität der Stadt bezogen. Gleichzeitig sorgt die gebaute Umwelt dafür, dass diese Gedächtnisinhalte sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Strukturen auf Dauer gestellt werden – zumindest für einen bestimmten Zeitraum. Mit der Veränderung der Machtverhältnisse und der Sozialstruktur verändern sich auch die an die Materialitäten gebundenen Wissenselemente bzw. -inhalte. In der vorliegenden Studie rücken ausschließlich die Stabilisierungseffekte in den Fokus, die angesprochenen Veränderungsprozesse wären das Thema einer weiteren Forschungsarbeit.

Mit der Untersuchung des Jügelhauses veranschauliche ich für den Zeitraum ab ca. Mitte des 19. bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, dass und wie die bürgerlichen Eliten Frankfurts mit der Erschaffung repräsentativer Architekturen ihre „Anspruchsbereiche" innerhalb des kollektiven Erfahrungsraums Stadt markierten. Mit der Umsetzung teilweise sehr umstrittener repräsentativer Bauprojekte sicherte das Bürgertum als städtische Elite nicht nur auf politischer, sondern auch auf räumlicher Ebene seine Dominanz. Über die Einflussnahme auf die physisch-materielle Ausgestaltung der Stadt erfolgte zugleich eine Einflussnahme auf den

städtischen Wissensvorrat und damit eine Stabilisierung der in Frankfurt kursierenden bürgerlichen Werthaltungen. Am Entstehungsprozess des Wissenschaftszentrums lässt sich veranschaulichen, dass bestimmte Haltungen und Handlungsstrategien, die bereits in Zusammenhang mit anderen Bauprojekten in Frankfurt zur Durchsetzung der bürgerlichen (Repräsentations-)Bedürfnisse beigetragen haben, auch im Kontext dieses Großprojekts eine wichtige Rolle spielten. Es handelt sich dabei um spezifische Elemente des städtischen Wissensvorrats, die ich *städtische Relevanzen* nenne und die dem auf die Stadt bezogenen Handeln der sozialen Akteure wesentliche Orientierungen gegeben haben.

Im Rahmen meiner Untersuchung zum Entstehungsprozess des Jügelhauses als Teil eines Wissenschaftszentrums habe ich vier zentrale städtische Relevanzen herausgearbeitet, an welchen sich das auf das Bauprojekt bezogene Handeln orientierte und die allesamt dem Frankfurter Bürgertum, d.h. der damaligen städtischen Elite, zuzuordnen sind. Mit Blick auf das Jügelhaus-Projekt sind das: eine auf bürgerlichen Werten fußende *Ideologie des Allgemeinwohls*, der gerade mit Blick auf die eingesetzten Legitimationsstrategien eine wesentliche Rolle zukam; ein ausgeprägtes *Streben nach der Unabhängigkeit Frankfurts*, mit der man den Verlust des Status als ehemals Freie Stadt zu kompensieren und weitere Bedeutungseinbußen zu verhindern versuchte; eine in der Tradition als Handels- und Finanzzentrum verwurzelte *pragmatische Verwertungsorientierung*, die darauf ausgerichtet war, auch aus der baulichen Entwicklung Frankfurts einen ökonomischen Gewinn zu ziehen; sowie eine *gewinnorientierte Flexibilität*, die im Fall auftretender Widerstände geschickte Strategieanpassungen ermöglichte, ohne dabei Abstriche vom eigentlichen Ziel machen zu müssen, und die letztlich sogar zu noch besseren Ergebnissen führen konnte, als ursprünglich geplant. Mit der vorliegenden Studie zeige ich auf, dass bestimmte bauliche Entwicklungen in Frankfurt eng an diese städtischen Relevanzen gebunden waren, denn sie entfalteten nicht allein im Zusammenhang mit dem Jügelhaus-Projekt ihre Wirkung, sondern auch im Kontext anderer städtischer Großprojekte.

Aufgedeckt habe ich die genannten Relevanzen mittels eines auf die besondere Datenlage angepassten Untersuchungsdesigns, das darauf ausgerichtet war, Handlungsmotivationen aufzuspüren, zu verstehen und zur baulichen Entwicklung Frankfurts bzw. insbesondere zur Architektur des Jügelhauses und des Wissenschaftszentrums in Bezug zu setzen. Vorhandene architektursoziologische Studien zum Verhältnis von Architektur und Gesellschaft haben bislang den physisch-materiellen Kontext der betrachteten Bauten in aller Regel unbeachtet gelassen, was mitunter fehlenden Methoden geschuldet war. Um in meiner eigenen Untersuchung die Materialität der Stadt einzubeziehen, habe ich deshalb bestehende Methoden variiert und gleichzeitig ein völlig neues Analysewerkzeug entwickelt. Mit

der segmentalen Lageplan-Analyse habe ich ein hilfreiches, auf das bauliche Umfeld bezogenes Sensorium konzipiert, mit dem die gebauten Strukturen nicht als selbstverständlich gegeben erscheinen und das dazu anregt, das Gegebene zu hinterfragen. Aufgekommen sind dadurch Fragestellungen, die durch die Ergebnisse der weiteren Analysestränge beantworten werden konnten. Darüber hinaus eröffneten sich dank der Lageplan-Analyse neue Perspektiven auf die Erkenntnisse, die aus dem ausgewerteten Textmaterial resultierten. So zeigt sich an der Art, wie das Wissenschaftszentrum in den Stadtraum platziert wurde, wessen Interessen durch die entstandenen Bauten tatsächlich repräsentiert wurden. Die „Sprache" der Baukörper ist dabei erheblich deutlicher, als zum Beispiel die auf das Projekt bezogenen Äußerungen in den Diskussionen der Entscheidungsträger.

Das von mir konzipierte Forschungsdesign, das in Teilen das Frankfurt vor über hundert Jahren in neues Licht stellt, verstehe ich als einen Vorschlag, sich der empirischen Erforschung des Verhältnisses von Architektur und Gesellschaft auch im Rahmen anderer Projekte anzunehmen. Meine Vorgehensweise bestätigt weiterhin, dass es sich lohnt, gerade für die analytische Durchdringung dieses komplexen Verhältnisses über enge disziplinäre Grenzen hinauszugehen. Ohne die Anregungen, die ich aus benachbarten Disziplinen wie der Geschichtswissenschaft, der Kunstgeschichte und der Architekturtheorie erhalten habe, wäre die Untersuchung längst nicht zu so umfassenden Ergebnissen gekommen. Der von mir vorgenommene Methodenmix aus Rekonstruktion der kumulativen Textur des damaligen Frankfurts, Diskursanalyse zum Bauprojekt „Jügelhaus", segmentaler Lageplan-Analyse sowie einer architekturtheoretisch bzw. kunsthistorisch orientierten Betrachtung der damaligen Frankfurter Architekturen und die Verbindung der Analyse-Ebenen über eine aus der Grounded Theory entlehnten Systematik, hat aufschlussreiche Einblicke in die Machtstrukturen des damaligen Frankfurts ermöglicht und die hegemoniale Kraft des Frankfurter Bürgertums bei der Gestaltung „ihrer" Stadt aufgedeckt.

Die aus heutiger Perspektive teilweise nur schwer nachzuvollziehenden Wendungen im Jügelhaus-Projekt werden mit den Ergebnissen der Studie verständlich. Die Untersuchung zeichnet nach, weshalb eine bürgerliche Interessengemeinschaft allen Widerständen zum Trotz durchsetzen konnte, dass aus dem der Stadt zugefallenen Erbe der Brüder Jügel ein Gebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften errichtet und räumlich mit weiteren wichtigen Bildungs- bzw. Wissenschaftseinrichtungen der Stadt zusammengelegt wurde. Auch offenbart sich, weshalb der gemäß dem Jügel-Testament zur Disposition stehende Alternativplan, aus dem Geld ein Pflegeheim für arme Alte zu erbauen, keine vergleichbare Durchschlagkraft entfalten konnte. Natürlich ist das Frankfurter Jügelhaus mitunter aus dem damals auch andernorts vorhandenen bürgerlichen Wunsch

nach vielfältigen Bildungsmöglichkeiten heraus entstanden. Daneben spielten aber auch noch weitere Bedürfnislagen eine entscheidende Rolle, in denen sich Frankfurts Eigenarten widerspiegeln. Das sind zum Beispiel ökonomische Interessen, was wiederum im Zusammenhang mit einer Bildungseinrichtung eher ungewöhnlich erscheint.

In Frankfurt glaubte man seinerzeit, mit einem derartigen Bildungsprojekt die städtische Wirtschaft ankurbeln zu können: Lehrkräfte und Studierende brauchen schließlich Wohnraum und bedürfen der Versorgung, worin man neue Einnahmequellen sah. Zudem vermutete man in Frankfurt ganz generell ökonomische Vorteile in der Erschaffung eines repräsentativen städtischen Umfelds. So ging man davon aus, mit einer attraktiven Stadt wohlhabende Menschen anlocken und diese womöglich zum dauerhaften Verbleib bewegen zu können. Schlussendlich dienten Repräsentationsbauten – so auch das entstandene Wissenschaftszentrum samt Jügelhaus – der Demonstration von Frankfurts Leistungsfähigkeit. Sie wurden oftmals ohne Staatshilfe und fast ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert und unterhalten. In den damaligen offiziellen Begründungen, warum die Errichtung solcher Bauwerke für Frankfurt wichtig sei, hieß es in aller Regel: Weil sie dem „Wohl der Stadt“ dienen, d.h. für alle dort Lebenden hilfreich und nützlich seien. Als hilfreich und nützlich betrachtete man wiederum alles, was mit ökonomischen Gewinnen einherging.

Auch wenn die Entscheider immer wieder betonten, dass man mit dem Bau des Jügelhauses das Allgemeinwohl – also das Wohl aller – in Frankfurt fördere, war das Gebäude samt dem weiteren Ensemble aus Wissenschaftsbauten ein durch und durch bürgerliches Projekt. Die Einrichtungen selbst – eine Akademie für kaufmännische Berufe, das Naturkundemuseum, die Senckenbergische Bibliothek und der Physikalische Verein – waren bürgerlichen Ursprungs. Weiterhin dienten sie in erster Linie der Selbstverwirklichung des Bürgertums bzw. der Bildung des bürgerlichen Nachwuchses. Die Bauten wurden weiterhin in einer Architektursprache realisiert, die dem bürgerlichen Wunsch nach Repräsentation entgegenkamen. Zu guter Letzt entstand das Ensemble am Rande des bürgerlichsten Stadtquartiers Frankfurts, dem luxuriösen Westend. An diesem Ort kam es zu räumlichen Synergie-Effekten auch mit Blick auf die beabsichtigte repräsentative Wirkung: Das Ensemble hatte mit den herrschaftlichen Villen des Westends eine exklusive Nachbarschaft und die besagten Villen erhielten mit dem repräsentativen Gebäudekomplex ein standesgemäßes Gegenüber, der Blick auf das weit weniger exklusive Arbeiterquartier Bockenheim entschwand, ein eleganter Übergang entstand.

In der für das Jügelhaus gewählten Formensprache sowie in der Gestaltung der weiteren Bauten des Ensembles lassen sich die damaligen Architekturvorlieben des Frankfurter Bürgertums erkennen. Auffällig ist dabei, dass aus heutiger Sicht die

damals als sehr fortschrittlich geltenden Wissenschafts- und Bildungseinrichtungen mit ihren historistischen Gestaltungen ein altmodisch bzw. traditionalistisch anmutendes Gewand erhielten. Innerer Anspruch und äußere Formgebung wirken auf den ersten Blick seltsam diskrepant. Unter Hinzunahme der Erkenntnisse zum damaligen Frankfurter Wissensvorrat und den damit verbundenen städtischen Relevanzen löst sich der scheinbare Widerspruch jedoch auf. Die Architektur des Wissenschaftszentrums kam zunächst dem bürgerlichen Bedürfnis nach einem „schönen" Frankfurt mit harmonischem Stadtbild entgegen, das auch Fremde (vor allem deren Geld) in die Stadt ziehen sollte. Des Weiteren sorgte die Verwendung lokal häufig eingesetzter Baumaterialien dafür, dass die Gebäude einen „Frankfurter Charakter" erhielten. Die durch Stifterinnen und Stifter finanzierten Bauten spiegeln damit nicht nur auf einer ideellen Ebene einen ausgeprägten Lokalpatriotismus wider, sondern auch auf einer materiellen. Das Wissenschaftsensemble war aber auch ein Fingerzeig gen Preußen. Gegenüber jener Macht, durch welche die ehemals Freie Stadt auf unschöne Weise annektiert und um viele ihrer Privilegien beraubt wurde, stellte man zur Schau, dass man aus eigener Kraft viel zu leisten imstande war. Mit dem Rückgriff auf den besagten „Frankfurter Charakter" in der Architektur bekräftigte man, dass es sich hier um ein dezidiert „frankfurterisches" Projekt handelte.

Es lässt sich nicht von der Hand weisen, dass das Jügelhaus mit der Akademie räumlich vereint mit weiteren wichtigen wissenschaftlichen Einrichtungen der Stadt eine vorbereitende Maßnahme auf dem Weg zu einer Universitätsgründung in Frankfurt war. Das lenkt den Blick darauf, dass eine Universität trotz der nichtstaatlichen Initiative durch den Kaiser (preußischer Herkunft) genehmigt werden musste. Dieser jedoch lehnte die Avantgarde sowohl in der Kunst als auch in der Architektur rigoros ab. Im deutschen Hochschulbau öffnete man sich vermutlich auch deshalb nur zögerlich gegenüber den neuen Formen des Bauens. Eine besondere Experimentierfreude in Bezug auf avantgardistische Architektur stellte sich in Frankfurt ohnehin (noch) nicht ein, auch wenn die Stadt in anderer Hinsicht als besonders modern galt. Modern im Innern, traditionell im Äußeren war in Frankfurt um 1900 ein durchgängiges Thema und trifft auch auf das Jügelhaus zu: Die aufgrund ihrer inhaltlichen Ausrichtung sehr fortschrittliche Akademie erhielt ein Gebäude in altbekannter Formensprache. Angesichts der Architekturvorlieben des Kaisers, in dessen Hand die Genehmigung jeder Universität lag, und der Aussicht wegen, mit dem Wissenschaftszentrum die Eröffnung einer Universität für Frankfurt vorzubereiten, erscheint es – von einer bis dahin ohnehin fehlenden Neigung Frankfurts zu modernen Architekturen abgesehen – klug, an dieser Stelle „traditionsbewusst" zu bauen, schon allein um nicht des Kaisers Unmut heraufzubeschwören.

Mit Blick auf die damalige Vision einer Universität in Frankfurt ist das Wissenschaftszentrum mit dem Jügelhaus der entscheidende Meilenstein. Die räumliche Konzentration gleich mehrerer wissenschaftlicher Institute der Stadt zu einer Art Campus erfolgte nicht zufällig. Ein Teil der bürgerlichen Eliten Frankfurts erschuf mit diesem Großprojekt gewichtige Argumente in Stein, welche die Skeptiker davon überzeugen sollten: Es ist nicht mehr weit bis zur Erreichung des Ziels, denn für die Gründung einer Universität ist schon (fast) alles da. Tatsächlich war man sich in der Stadt lange Zeit nicht über den Nutzen einer Universität einig. Es gab viele Frankfurterinnen und Frankfurter, die ein solches Projekt als unnötig erachteten. Trotz anfänglicher Widerstände und Proteste in Bezug auf das Jügelhaus-Projekt sah man in dessen Realisierung sowie in der Errichtung des Wissenschaftszentrums am Ende einen Gewinn für die Stadt und brachte im Nachgang die anfänglichen Dispute nicht mehr zur Sprache. Das Wissenschaftszentrum spiegelte sowohl aus der städtischen Innensicht als auch aus der Außenperspektive den Frankfurter „Bürgersinn“ wider, der die dort untergebrachten Einrichtungen ermöglichte.

Als ein gleichermaßen räumlicher wie auch sozialer Marker der bürgerlichen Macht nahm man mit dem Bau des Wissenschaftszentrums auch auf das städtische kollektive Gedächtnis Frankfurts Einfluss. Davon ausgehend, dass die bauliche Entwicklung einer Stadt in Abhängigkeit zum städtischen Wissensvorrat steht, kann man die Realisierung des Wissenschaftszentrums als einen machtuntermauernden „Coup“ des Bürgertums betrachten: Die Bildungsbefürworter konnten sich mit dem Rückgriff auf für Frankfurt „typische“ Legitimationsfiguren durchsetzen, indem sie argumentierten, zum Wohl der Stadt zu agieren bzw. einen wichtigen Beitrag zur ökonomischen Stabilisierung zu leisten. Die proklamierten Ziele wurden aus damaliger Perspektive erreicht, standen weiterhin sichtbar vor aller Augen und gingen als Erfolge in genau jene Wissensbasis ein, welche zur Grundlage für weitere die Stadt betreffenden (Bau-)Entscheidungen wurde. Die nur wenige Jahre später gegründete Universität bekräftigt diese Annahme: Auf die Realisierung des Wissenschaftszentrums hin erfolgten – nach vielen Jahrzehnten eines in diese Richtung erfolglos gebliebenen Bemühens – alle weiteren Schritte in rascher Abfolge und erst ab diesem Zeitpunkt flossen die dafür erforderlichen (privaten) Gelder in besonderem Maße. Der physisch-materielle Kontext einer Stadt ist also weit mehr als „bloßes“ Material. Die Verknüpfung sozial relevanter Wissenselemente mit der städtischen Materialität kann dazu beitragen, dass Machtverhältnisse untermauert bzw. stabilisiert werden. Eine Verknüpfung, die einen erheblichen Einfluss auf die zukünftige Stadtentwicklung haben kann.

Die vorliegende Untersuchung liefert keine Erklärungen für disruptive Entwicklungen, d.h. für Ursachen und Wirkungen von gestalterischen Zäsuren in Architek-

t ur und Städtebau. Gerade für die europäischen Städte, die im Zweiten Weltkrieg teils fast vollständig zerstört und dann wieder aufgebaut wurden, wäre dann zu fragen, ob und wie in der Nachkriegszeit alte Dynamiken wieder aufgelebt sind bzw. welche Entwicklungen verschwanden und welche neu hinzukamen. Frankfurts Innenstadt zum Beispiel war nach dem Krieg zu 90 Prozent zerstört, der Römer und die Altstadt dem Erdboden gleichgemacht, und doch zeigen sich bis heute im Weiterbau der Stadt Dynamiken, die denen um 1900 ähneln. Das verweist auf einen städtischen Wissensvorrat auch jenseits der Materialität, welcher nach Zerstörungen des physisch-materiellen Umfelds fortleben und schließlich doch wieder zu bekannten Mustern der Materialisierung führen kann. Andererseits haben Gebäude im Zeitverlauf in aller Regel keine stets gleichbleibenden Bedeutungen. Das, was man in einer Stadt mit den Gebäuden verbindet, kann durchaus wechselhaft sein – so ist z.B. aus manchem Schloss eine Universität geworden. Trotz der im Zuge der Jügelhaus-Studie herausgearbeiteten Befunde für die Stadtentwicklung Frankfurts, welche die Zusammenhänge der gesellschaftlichen und der baulichen Entwicklungen in recht klare Bezüge setzen, bleibt am Ende die Aussicht darauf, dass es sich beim Verhältnis von Gesellschaft und Architektur um eine volatile Wechselseitigkeit handelt, die veränderliche Sinnbezüge in keinem Fall ausschließt.

Obwohl sich die vorliegende Studie in einem weitgesteckten Rahmen bewegt, sind einige Aspekte offengeblieben, entweder aufgrund der speziellen Datenbasis oder aus zeitökonomischen Gründen. Unberücksichtigt geblieben sind z.B. die Erfahrungen nicht-bürgerlicher Gesellschaftsschichten – etwa der Arbeiterschaft – und wie diese in den städtischen Wissensvorrat eingeflossen sind bzw. welche Bedeutung und welches Gewicht die Wissenselemente dieser gesellschaftlichen Gruppen bei der Entwicklung der Stadt hatten bzw. haben. Die „Freilegung“ der Wissensbestände des damaligen Frankfurts bleibt damit zwangsläufig unvollständig. Es fehlt aufgrund der spezifischen Datenlage außerdem eine detailliert ausdifferenzierte Betrachtung der bürgerlichen Elite Frankfurts. In einem „echten“ Städtevergleich wären außerdem Frankfurts „Eigenarten“ vermutlich noch sehr viel deutlicher hervorgetreten. Das hätte jedoch eine enorme Potenzierung des Rechercheaufwands sowie vor allem auch der Datenmenge bedeutet. Gleiches gilt für eine Untersuchung der weiteren baulichen Entwicklung der Universität, zum Beispiel bis heute. Im Rahmen eines Ein-Frau-Projekts war ein solcher Aufwand nicht zu leisten.

Den Wunsch nach einer normierten Anleitung oder gar einen Katalog zum Nachschlagen für das Ablesen des Sozialen in Architekturen kann auch die vorliegende Studie nicht erfüllen. Die Rekonstruktion der sozialen Bedeutung von Architekturen bleibt aufgrund der Komplexität des Themas methodisch wie auch auf einer

theoretischen Ebene eine große Herausforderung und das Ergebnis wird stets eines sein: eine Fall-zu-Fall-(Re-)Konstruktion der Forschenden. Ein erkenntnisbringender Mehrwert durch die Einbeziehung des baulichen Umfelds bei der Untersuchung von Städten bzw. von städtischen Architekturen lässt sich jedoch nicht von der Hand weisen: Es werden dadurch andere bzw. weitere Fragen aufgeworfen, als im Falle einer reinen Konzentration auf das soziale Geschehen innerhalb der Stadt. Bezieht man konkrete Gebäude in die Analyse mit ein, bietet sich die Möglichkeit auf das Erschließen eines Detailwissens über diese Stadt, das bereits Bekanntes in einem neuen Licht erscheinen und bislang noch nicht entdeckte Wirkungszusammenhänge – auch im Zusammenspiel von Gesellschaft und physisch-materieller Umwelt – in den Blick rücken lassen kann.

Zusammenhänge in einer Stadt umfassend zu erklären ist auch die Absicht der Forschungsperspektive zur „Eigenlogik der Städte“, die ich mit den Ergebnissen und Schlussfolgerungen meiner Fallstudie konzeptionell um einige Aspekte erweitern konnte. Anders als von Martina Löw (2008), Helmuth Berking (2008, 2013) und Sybille Frank et al. (2014) vorgeschlagen, weise ich nicht über einen Städtevergleich nach, dass es in Frankfurt in bestimmten Bereichen des Städtischen sehr „typische“ bzw. „charakteristische“ Prozesse der Sinnsetzung und damit des sozialen Handelns gibt. Mein Weg war eine die physisch-materielle Realität der Stadt einbeziehende soziohistorische Perspektive. Trotz der sehr unterschiedlichen Vorgehensweisen bei der Analyse – die städtevergleichende, breit angelegte aber zeitlich punktuelle Studie auf der einen und meine, auf die bauliche Entwicklung Frankfurts fokussierte und sich auf einen etwas längeren Zeitraum beziehende, Untersuchung auf der anderen Seite – frappieren die Übereinstimmungen in Bezug auf Frankfurts „Eigenarten“ damals und heute. Im Nebeneinanderstellen der beiden Studien treten typische Handlungsmuster und Werthaltungen, die bereits vor mehr als hundert Jahren auf das Werden der Stadt Einfluss genommen haben, umso deutlicher hervor. Das von mir vorgeschlagene Konzept eines städtischen Wissensvorrats, der aufgrund der Wirksamkeit städtischer Relevanzen bestimmte Handlungsmuster in einer Stadt auf Dauer stellt bzw. ihnen eine gewisse Haltbarkeit verleiht, wird damit und aufgrund der Tatsache, dass auch nach der beschriebenen Zerstörung der Stadt bekannte Strategien in Bezug auf das Bauen wieder aufgelebt sind, nochmals bestätigt. Die bauliche Entwicklung einer Stadt steht demnach in engster Abhängigkeit zum Wissensvorrat dieser Stadt.

Um tatsächlich zu verstehen, wie eine Stadt „tickt“, und um herauszuarbeiten, durch welche gesellschaftlichen Gruppen und in welcher Weise sie „geformt“ wird, liegt es nahe, eine Methodologie zu entwickeln, die einen die Materialität einbeziehenden Städtevergleich auch im zeitlichen Längsschnitt vorsieht. Das ist for-

schungsökonomisch. Forschungsökonomisch ist das eine enorme Herausforderung, und ohne ein gut durchdachtes Untersuchungskonzept nicht durchzuführen. Nichtsdestotrotz möchte ich zum Abschluss sehr für die Einbeziehung der städtischen Materialität plädieren, wenn es in Forschungsvorhaben darum gehen soll, die Entwicklung und die Besonderheit einer Stadt erklären zu wollen. Ohne ihre Materialität ist eine Stadt nicht denkbar und diese Materialität ist wiederum Ergebnis des sozialen Handelns in dieser Stadt. Zugleich strukturiert sie den städtischen Alltag und wirkt sich auf die weitere Entwicklung der Stadt aus. Machtverhältnisse kommen in ihr ebenso zum Ausdruck wie ökonomische Entwicklungen und gesellschaftliche Werthaltungen.

Mit der vorliegenden Studie lässt sich veranschaulichen, dass der dominierende Einfluss einer städtischen Elite nicht allein über deren politische Entscheidungsmacht und über eine Meinungsführerschaft in den Diskursen sichtbar ist, sondern auch und ganz konkret in der gebauten bzw. über die gebaute Umwelt. Macht entfaltet sich unter anderem auch über das Material der Stadt, denn das Gebaute steht allen nachhaltig und massiv vor Augen und lässt sich nicht so einfach beiseitelegen wie etwa ein Buch oder eine Zeitung. Das Gebaute ist unausweichlich. Mit der Verknüpfung des Gebauten an Architekturen wiederum ist ein Einfluss auf Gesellschaft möglich, der seine Wirkung anders entfaltet als es über Diskurse möglich ist. Es lohnt daher, die enge Verbindung von Architektur und Wissen in den Blick zu nehmen, denn an das Material gebunden, vor allem in einem städtischen Kontext, sind es immer auch ganz spezifische auf diese Stadt bezogene Gedächtnisinhalte, die von den sozialen Akteurinnen und Akteuren in diese Orte und in diese Architekturen hineinprojiziert werden. Städtische Architekturen können dann als Gedächtnisanker betrachtet werden: Sie erinnern alle in der Stadt lebenden Menschen an das, wofür sie stehen, für welche gesellschaftliche Gruppe der Stadt und für welche Handlungsebene der Stadt und sie veranschaulichen damit einen Teil des Möglichkeitsraums für das Handeln in dieser Stadt. Architektur ist in einer solchen Perspektive weit mehr als ein passives Element des Gesellschaftlichen, sondern sie hält uns das Gesellschaftliche und das an sie geknüpfte soziale Wissen vor Augen und kann damit sowohl gesellschaftliche als auch bauliche Entwicklungen beeinflussen.

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Das Jügelhaus als Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften. S. 8 – Quelle: Zeitgeschichte in Hessen, „Fertigstellung des Neubaus des Jügelhauses in Frankfurt am Main, 21. Oktober 1906“, <URL: http:// www.lagis-hessen.de/de/subjects/idrec/sn/edb/id/341> (Stand: 20.6.2016).

Abbildung 2: Das Wissenschaftsensemble an der Viktoria-Allee, S. 9 – Quelle: Deutsche Bauzeitung 87/1908, S. 596.

Abbildung 3: Die Analyse-Ebenen der Untersuchung und ihre Datenbasis, S. 88 – eigene Darstellung.

Abbildung 4: Lageplan-Analyse OHNE das Segment mit dem Wissenschaftszentrum, S. 106 – eigene Darstellung auf Grundlage des Katasterplans 1907/1908 (Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, S8-2T/6J, 1907; S8-2T/6H, 1908).

Abbildung 5: Lageplan-Analyse MIT dem Segment, auf dem das Wissenschaftszentrum liegt, S. 107 – eigene Darstellung auf Grundlage des Katasterplans 1907/1908 (Quelle: siehe Abbildung 4).

Abbildung 6: Kodierparadigma in Anlehnung an Anselm L. Strauss (1991) und Jörg Strübing (2008), S. 115 – eigene Darstellung.

Abbildung 7: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der kumulativen Textur in das Zusammenhangsmodell, S. 116 – eigene Darstellung.

Abbildung 8: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der Diskursanalyse in das Zusammenhangsmodell, S. 117 – eigene Darstellung.

Abbildung 9: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der segmentalen Lageplan-Analyse in das Zusammenhangsmodell, S. 118 – eigene Darstellung.

Abbildung 10: Leitfragen für das Einfließenlassen der Ergebnisse aus der Bewertung und Einordnung der Architektur in das Zusammenhangsmodell, S. 119 – eigene Darstellung.

Abbildung 11: Unterschiedliche Baustrukturen in Westend und Bockenheim (1). S. 148 – links: Blick auf Bockenheim um 1900, Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, W1-25/373; rechts: Villa Hallgarten in der Siesmayerstraße, Quelle: Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München, nach Sauerwein, 11, 1884, Bl. 13.

Abbildung 12: Unterschiedliche Baustrukturen in Westend und Bockenheim (2), S. 150 – eigene Darstellung auf Grundlage des Katasterplans 1907/1908 (Quelle: siehe Abbildung 4).

Abbildung 13: Postkarte Senckenbergisches Museum und Bibliothek, Akademie für Sozial und Handelswissenschaften, S. 175 – Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, S17/006-5.

Abbildung 14: Die vornehme, gegenüberliegende Westend-Nachbarschaft des Wissenschaftsensembles, S. 175 – Quelle: AltFrankfurt.com, Ansichten der Altstadt von Frankfurt am Main, URL <http://www.altfrankfurt.com/neuestadt/Viktoriaallee>, (Stand: 20.06.2016).

Abbildung 15: Das Ensemble mit den Wissenschaftsbauten an der Grenze zu Bockenheim, S. 177– Quelle: eigene Darstellung auf Grundlage des Katasterplans 1907/1908 (Quelle: siehe Abbildung 4).

Abbildung 16: Die Frankfurter „Ideologie des Allgemeinwohls“ als städtische Relevanz sowie ihre Bedingungen, S. 182 – eigene Darstellung.

Abbildung 17: Das Gedicht „Mein Frankfurt“ von Adolf Stoltze aus dem Jahr 1910 (Breitkreutz 2012: 8), S. 200 – eigene Darstellung.

Abbildung 18: Das Gesellschaftshaus des Palmengartens im Jahr 1901, S. 208 – Quelle: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin, Neue Photographische Gesellschaft (NPG).

Abbildung 19: Fotografie des Grand-Hotels Frankfurter Hof, S. 208 – Quelle: Sammlung Hartmut Wettmann, Berlin; Fotograf: Carl Hertel, Mainz.

Abbildung 20: Das 1878 eröffnete Gebäude des Städelschen Kunstinstituts, S. 208 – Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Fotograf: Carl Hertel, S7A 2002/9.

Abbildung 21: Empfangsgebäude des Frankfurter Hauptbahnhofs im Jahr 1891, S. 209 – Quelle: Architektur Museum der Technischen Universität Berlin; Atlas zur Zeitschrift für Bauwesen, hrsg. v. Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Jg. 41, 1891.

Abbildung 22: Das 1874 eröffnete Gebäude der Frankfurter Börse, S. 209 – Quelle: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin.

Abbildung 23: Das 1880 eröffnete Operngebäude. S. 209 – Quelle: SLUB Dresden/Deutsche Fotothek/Hans Willy Schönbach.

Abbildung 24: Neher und Kauffmann: Palais Reichenbach-Lessonitz (um 1900) in der Taunusanlage, S. 211 – Quelle: Zentralinstitut für Kunstgeschichte, München, nach Kick, Moderne Neubauten 11, 1894, Taf. 48.

Abbildung 25: Landhaus Rothschild (1870/71) in der Bockenheimer Landstraße, S. 212 – Quelle: Institut für Stadtgeschichte Frankfurt, Historisches Museum, S7A 2004/36.

Abbildung 26: Kollegiengebäude in Jena (1908), verschiedene Ansichten. Architekt: Theodor Fischer, S. 217 – Quelle: SLUB Dresden/Deutsche Fotothek.

Abbildung 27: Hauptgebäude der Technischen Hochschule Danzig (1904); oben: Grundriss Erdgeschoss; unten: Grundriss 1. Stockwerk, S. 219 – Quelle: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin.

Abbildung 28: links: Hauptgebäude der Technischen Hochschule Danzig (1904), Mittelbau der Vorderfront, S. 220 – Quelle: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin;

Abbildung 29: unten: Technische Hochschule Breslau (1910), S. 220 – Quelle: Architektur Museum der Technischen Universität Berlin; Atlas zur Zeitschrift für Bauwesen, hrsg. v. Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Jg. 60, 1910.

Abbildung 30: Königliche Akademie in Posen (1910), S. 220 – Quelle: Architekturmuseum der Technischen Universität Berlin.

Abbildung 31: Die Frankfurter Festhalle von außen und von innen, S. 226 – Quelle: SLUB Dresden/Deutsche Fotothek; oben: Trinks und Co. GmbH Leipzig; unten: N.N.

Abbildung 32: Das Frankfurter „Streben nach Unabhängigkeit“ als städtische Relevanz und ihre Bedingungen, S. 231 – eigene Darstellung.

Abbildung 33: Siehe Abbildung 13.

Abbildung 34: Frankfurts "pragmatische Verwertungsorientierung" als städtische Relevanz und ihre Bedingungen; S. 270 – eigene Darstellung.

Abbildung 35: Die Bauten des Wissenschaftsensembles, S. 306 – Quelle: Das Jügelhaus (1907).

Abbildung 36: Grundrisse des Jügelhauses, S. 311 – Quelle: Das Jügelhaus (1907).

Abbildung 37: Innenansichten des neu eröffneten Jügelhauses., S. 314 – Quelle: Das Jügelhaus (1907).

Abbildung 38: Frankfurter Gegensätze um 1900, S. 317 – eigene Darstellung.

Abbildung 39: „Gewinnorientierte Flexibilität“ als städtische Relevanz Frankfurts und ihre Bedingungen, S. 318 – eigene Darstellung.

Abbildung 40: Die städtischen Relevanzen als Teil des städtischen Wissensvorrats; S. 329 – eigene Darstellung.

Abbildung 41: Gebäude der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main, S. 351 – Quelle: Wikimedia Commons, User „Epizentrum“, „File:Frankfurt EZB.Nordwest-2.20141228.jpg“, <URL: https://commons.wikimedia.org/w/index.sphp?curid=38317255> (Stand 12.03.2016).

Quellenangaben

Archivalien

Aus dem Archiv des Instituts für Stadtgeschichte (Frankfurt am Main). Die Nutzung des Bestandes der Dr. Senckenbergischen Stiftung erfolgte mit der freundlichen Genehmigung durch Jürgen Wauch (Administration Dr. Senckenbergische Stiftung).

Stadtverordneten-Protokolle (StVV-Protokoll) – Signatur: SD1/175, Jahrgang 1902 (§§ 31, 565, 662, 675, 679), Jahrgang 1903 (§§ 237, 365).

Bestand: Bauaufsicht – Signatur: 232.

Bestand: Chroniken – Signaturen: S5/581, S5/629, Bd. 2.

Bestand: Kartensammlung – Signaturen: S8-2T/6H, 1908; S8-2T/6J, 1907.

Bestand: Manuskripte – Signaturen: S 6a/30; S 6a/360.

Bestand: Magistratsakten – Signaturen: MA R/373, Bd. 1 - 2; MA R/368 Bd. 1; MA S/1.596 Bd. 1, 6 + 9; MA S/1.715.

Bestand: Sammlung Ortsgeschichte – Signaturen: S3/D 54; S3/N 15.958.

Bestand: Stadtverordnetenversammlung (StVV) – Signaturen: 1.255; 1.317.

Bestand: Dr. Senckenbergische Stiftung (SenckenbergStift) – Signaturen: V 48/2; V48/3; V 48/24; V 48/333.

Literatur

Abels, Heinz (2010): Interaktion, Identität, Präsentation: Kleine Einführung in Interpretative Theorien der Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften GmbH.

Academicus (1903): Die Jügel'sche Stiftung und die Gründung akademischer Lehranstalten in Frankfurt a.M.

Achinger, Wilhelm (1965): Wilhelm Merton in seiner Zeit. Frankfurt am Main: Kramer.

Adickes, Franz (1929): Gedanken und Erwägungen betreffs Ausgestaltung des Frankfurter Wissenschaftlichen Instituts zu einer philosophischen Fakultät. Denkschrift des Oberbürgermeisters. In: Wachsmuth, Richard (1929): Die Gründung der Universität Frankfurt. Frankfurt am Main: Englert und Schlosser, S. 138–142.

Adickes, Franz (1915): Persönliche Erinnerungen zur Vorgeschichte der Universität Frankfurt a. M. Frankfurt am Main: Englert und Schlosser.

Assmann, Aleida (2002): Vier Formen des Gedächtnisses. In: Erwägen Wissen Ethik 2002 (13), S. 183–190.

Assmann, Jan (1992): Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. München: C.H. Beck.

Bahrdt, Hans-Paul; Herlyn, Ulfert (2006): Die moderne Großstadt. Soziologische Überlegungen zum Städtebau. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Barbehön, Marlon (2014): Leitvorstellungen politischer Handlungsträgerschaft. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 206–245.

Bauer, Thomas (1998): Im Bauch der Stadt. Kanalisation und Hygiene in Frankfurt am Main 16.-19. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Waldemar Kramer.

Bauer, Thomas (2009): 100 Jahre unter einer Kuppel. Die Geschichte der Festhalle Frankfurt: Festhalle 100/1909-2009. Frankfurt am Main: Messe Frankfurt Medien und Service.

Baukommission der Stadt Frankfurt und Friedrich von Thiersch (Hg.) (1909): Ausstellungs- und Festhalle der Stadt Frankfurt a. M. Denkschrift zur Feier der Einweihung im Mai 1909. Frankfurt am Main: Schirmer und Mahlau.

Baumann, Jana (2017): Eine Vision wird Wirklichkeit. In: Städelblog, Städelsches Kunstinstitut, Frankfurt am Main, <URL: http://blog.staedelmuseum.de/museum-als-avantgarde-eine-vision-wird-wirklichkeit/> (Stand 09.05.2017)

Baur, Nina; Hering, Linda; Löw, Martina; Raschke, Anna-Laura (2014): Tradition, Zukunft und Tempo im Friseursalon. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 97–124.

Benevolo, Leonardo (2000): Die Geschichte der Stadt. Frankfurt/Main, New York: Campus-Verlag.

Berger, Peter L. (2011): Einladung zur Soziologie. Eine humanistische Perspektive. 1. Aufl. Stuttgart: UTB (UTB, 3495).

Berger, Peter L.; Luckmann, Thomas (1977): Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt am Main: S. Fischer Verlag.

Berking, Helmuth (2008): "Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen" - Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte. In: Helmuth Berking und Martina Löw (Hg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus-Verlag. (Interdisziplinäre Stadtforschung, 1), S. 15–31.

Berking, Helmuth (2012): Eigenlogik der Städte? Vortrag im Rahmen des Soziologiekongresses der DGS. Online verfügbar unter http://raumsoz.ifs.tu-darmstadt.de/pdf-dokumente/DGS_EIGENLOGIK2012_Berking.pdf, zuletzt geprüft am 10.10.2013.

Berking, Helmuth (2013): StadtGesellschaft. Zur Kontroverse um die Eigenlogik der Städte. In: Leviathan 41 (2), S. 224–237.

Berking, Helmuth; Löw, Martina (Hg.) (2008): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Berking, Helmuth; Schwenk, Jochen (2011): Hafenstädte. Bremerhaven und Rostock im Wandel. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verlag.

Berking, Helmuth; Frank, Sybille; Marent, Johannes; Richter, Ralph (2014): Städte als Sozialfiguren. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 335–360.

Beyer, Jürgen (2005): Pfadabhängigkeit ist nicht gleich Pfadabhängigkeit! Wider den impliziten Konservatismus eines gängigen Konzepts. In: Zeitschrift für Soziologie 34, 1/2005, S. 5–21.

Beyer, Jürgen (2006): Pfadabhängigkeit. Über institutionelle Kontinuität, anfällige Stabilität und fundamentalen Wandel. Humboldt-Univ., Habil.-Schr.-Berlin, 2006. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Bodenschatz, Harald; Sewing, Werner (1992): Stadtbaugeschichte Berlins aus sozialwissenschaftlicher Perspektive. Hg. vom Institut für Soziologie Fachgebiet Architektur-und Planungssoziologie Technische Universität Berlin. Technische Universität Berlin, Institut für Soziologie, Fachgebiet Architektur- und Planungssoziologie. Berlin.

Bongaerts, Gregor (2012): Sinn. Bielefeld: transcript.

Borscheid, Peter; Teuteberg, Hans-Jürgen (Hg.) (1986): Stadtwachstum, Industrialisierung, sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften; Sitzung des Wirtschaftshistorischen Ausschusses für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Berlin: Duncker & Humblot.

Bourdieu, Pierre (1987): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (1991): Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum. In: Martin Wentz (Hg.): Stadt-Räume. Frankfurt, New York: Campus-Verlag, S. 25–34.

Bourdieu, Pierre (1993): Sozialer Sinn. Kritik der theoretischen Vernunft. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Bourdieu, Pierre (2003): Die Ermordung von Maurice Halbwachs. In: Stephan Egger (Hg.): Maurice Halbwachs – Aspekte des Werks. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 229–234.

Breitkreuz, Petra (2012): "Alt is der Deiwel – ich net!". Begleitheft zur gleichnamigen Ausstellung, Adolf Stoltze zum 170. Geburtstag im Stolze-Museum der Frankfurter Sparkasse, Töngesgasse 34–36, vom 18. Juni bis 31. Oktober 2012. Hg. v. Frankfurter Sparkasse und Stiftung der Frankfurter Sparkasse.

Budde, Gunilla (2009): Blütezeit des Bürgertums. Bürgerlichkeit im 19. Jahrhundert. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Cassis, Youssef (1988): Wirtschaftselite und Bürgertum – England, Frankreich und Deutschland um 1900. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, S. 9–34.

Charmaz, Kathy C. (2011): Den Stadtpunkt verändern: Methoden der konstruktivistischen Grounded Theory. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.):

Grounded Theory Reader. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 181–206.

Clarke, Adele E. (2011): Von der Grounded-Theory-Methodologie zur Situationsanalyse. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 207–229.

Coing, Helmut; Gall, Lothar; Habermas, Jürgen; Hammerstein, Notker; Markl, Hubert (Hg.) (1992): Wissenschaftsgeschichte seit 1900. 75 Jahre Universität Frankfurt. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Corbin, Juliet M. (2011): Eine analytische Reise unternehmen. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 163–180.

Coyne, Imelda T.: Sampling in qualitative research. Purposeful and theoretical sampling; merging or clear boundaries? In: Journal of Advanced Nursing 1997 (26), S. 623–630.

Das Jügelhaus (1907): Das neue Auditoriengebäude der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften zu Frankfurt a. M. und die bei seiner Einweihung am 21. Oktober 1906 gehaltenen Reden (1907). Jena: Gustav Fischer.

Delitz, Heike (2009): Architektur + Soziologie = Architektursoziologie. In: Architektur der Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte 2009 (25), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 11–16.

Delitz, Heike (2009a): Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag.

Delitz, Heike (2009b): Expressiver Außenhalt. „Die Architektur der Gesellschaft" aus Sicht der philosophischen Anthropologie. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 163–194.

Delitz, Heike (2010): Gebaute Gesellschaft. Architektur als Medium des Sozialen. Frankfurt am Main [u.a.]: Campus-Verlag.

Deutsche Bauzeitung 86/1908, 24.10.1908, Der Neubau der wissenschaftlichen Institute der Senckenbergischen Stiftung an der Viktoria-Allee und des Jügelhauses an der Jordan-Straße in Frankfurt am Main, S. 585–589.

Deutsche Bauzeitung 87/1908, 28.10.1908, Der Neubau der wissenschaftlichen Institute der Senckenbergischen Stiftung an der Viktoria-Allee und des Jügelhauses an der Jordan-Straße in Frankfurt am Main, S. 593–595.

Deutsche Bauzeitung 90/1908, 07.11.1908, Der Neubau der wissenschaftlichen Institute der Senckenbergischen Stiftung an der Viktoria-Allee und des Jügelhauses an der Jordan-Straße in Frankfurt am Main, S. 618–620.

Diaz-Bone, Rainer; Schneider, Werner (2008): Qualitative Datenanalysesoftware in der sozialwissenschaftlichen Diskursanalyse - Zwei Praxisbeispiele. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider und Willy Viehöver

(Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Dolgner, Dieter (1998): Zwischen wissenschaftlich-technischer Rationalität und romantisch-emotionaler Identität. Zum Architekturverständnis im Vormärz. In: Stilstreit und Einheitskunstwerk. Internationales Historismus-Symposium, Bad Muskau, 20. bis 22. Juni 1997. Dresden: Verlag. der Kunst, S. 15–24.

Durth, Werner; Sigel, Paul (2009): Baukultur. Spiegel gesellschaftlichen Wandels. Berlin: Jovis.

Eckardt, Frank (Hg.) (2012): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Egger, Stephan (Hg.) (2003): Maurice Halbwachs - Aspekte des Werks. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Eisenberg, Christiane (1988): Arbeiter, Bürger und der "bürgerliche Verein" 1820-1870 - Deutschland und England im Vergleich. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Bd. 2. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag., S. 187–219.

Elias, Norbert (1997a): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band I: Wandlungen des Verhaltens in den weltlichen Oberschichten des Abendlandes. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Elias, Norbert (1997b): Über den Prozeß der Zivilisation. Soziogenetische und psychogenetische Untersuchungen. Band II: Wandlungen der Gesellschaft. Entwurf einer Theorie der Zivilisation. Entwurf zu einer Theorie der Zivilisation. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Elias, Norbert (1975): Die höfische Gesellschaft. Untersuchungen zur Soziologie des Königtums und der höfischen Aristokratie, mit einer Einleitung: Soziologie und Geschichtswissenschaft. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand.

Elias, Norbert (2000): Was ist Soziologie? Weinheim: Juventa-Verlag.

Endress, Martin (2006): Alfred Schütz. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Eßbach, Wolfgang (2001): Antitechnische und antiästhetische Haltungen in der soziologischen Theorie. In: Andreas Lösch (Hg.): Technologien als Diskurse. Konstruktionen von Wissen, Medien und Körpern. Heidelberg: Synchron, S. 123–136.

Europäische Zentralbank (2014): Informationen zum Neubau der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main: der EZB-Neubau. Frankfurt am Main: European Central Bank.

Fischer, Joachim (2009a): Architektur als Kommunikationsmedium der Gesellschaft. In: Architektur der Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte 2009 (25), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 6–10.

Fischer, Joachim; Delitz, Heike (Hg.) (2009): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag.

Flick, Uwe (2005): Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung. Reinbek: Rowohlt Taschenbuch.

Flick, Uwe; Kardorff, Ernst von; Steinke, Ines (Hg.) (2003): Qualitative Forschung. Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.

Forstmann, Wilfried (1991): Frankfurt am Main in Wilhelminischer Zeit 1866–1918. In: Frankfurter Kommission (Hg.) (1991): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen: J. Thorbecke, S. 349–422.

Foucault, Michel (1977): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Foucault, Michel (1981): Archäologie des Wissens. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Frank, Susanne (2003): Stadtplanung im Geschlechterkampf. Stadt und Geschlecht in der Großstadtentwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts. Opladen: Leske + Budrich.

Frank, Susanne (2009): "The beautiful source of suburban womanhood!" Die ›Architektur der Gesellschaft‹ aus Sicht der Gender Studies. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 253–288.

Frank, Susanne (2009a): Architekturen: Mehr als ein "Spiegel der Gesellschaft". In: Architektur der Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte 2009 (25), Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 16–21.

Frank, Sybille (2012): Eigenlogik der Städte. In: Frank Eckardt (Hg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 289–309.

Frank, Sybille; Schwenk, Jochen; Steets, Silke; Weidenhaus, Gunter (2013): Städte und ihre Zoos. Über die eigenlogische Strukturierung von Räumen. In: IMS. Informationen zur modernen Stadtgeschichte (1), S. 95–124.

Frank, Sybille; Gehring, Petra; Griem, Julika; Haus, Michael (Hg.) (2014): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag

Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein (1910): Frankfurt am Main. 1886-1910. Ein Führer durch seine Bauten. Den Teilnehmern an der Wanderversammlung des Verbandes Deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. Gewidmet vom Frankfurter Architekten- und Ingenieur-Verein. Frankfurt am Main: J. Maubach & Co.

Frankfurter Kommission (Hg.) (1991): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen: J. Thorbecke.

Gall, Lothar (1990): Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert. Ein Problemaufriß. In: Ebd. (Hg.) (1990): Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutscher Historikertag. München: Oldenbourg, S. 1–18.

Gall, Lothar (Hg.) (1990): Stadt und Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutscher Historikertag. München: Oldenbourg.

Gall, Lothar (Hg.) (1993): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft. München: R. Oldenbourg.

Genazino, Wilhelm (2013): Tarzan am Main. Spaziergänge in der Mitte Deutschlands. München: Hanser.

Gertenbach, Lars et al. (2009): Soziologische Theorien. Paderborn, München: Fink.

Glaser, Barney G.; Holton; Judith A. (2011): Der Umbau der Grounded-Theory-Methodologie. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 137–162.

Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L. (1967): The Discovery of Grounded Theory: Strategies for Qualitative Research: Aldine de Gruyter.

Glaser, Barney G.; Strauss, Anselm L.; Paul, Axel T. (2010): Grounded Theory. Strategien qualitativer Forschung. Bern: Huber.

Gleichmann, Peter Reinhart; Waldhoff, Hans-Peter (2006): Soziologie als Synthese. Zivilisationstheoretische Schriften über Architektur, Wissen und Gewalt. Wiesbaden: VS, Verlag für Sozialwissenschaften.

Goethe-Haus (2013): „Freies Deutsches Hochstift – Geschichte“, in: Frankfurter Goethe-Haus, Freies Deutsches Hochstift, Frankfurt am Main 2013 <URL: http://www.goethehaus-frankfurt.de/freies-deutsches-hochstift / geschichte> (Stand 23.05.2013).

Goldhammer, Sylvia (2011): „Das Archiv der Hartmann und Braun AG im Institut für Stadtgeschichte“, in: Institut für Stadtgeschichte, Newsletter Nr. 15, Frankfurt am Main 2011 <URL: http://www.stadtgeschichte-ffm.de/aktuelles /newsletter_archiv/newsletter_15/newsletter_15_1.html> (Stand 04.05.2015).

Gräwe, Christina (2012): “Gesellschaftshaus Palmengarten 1871/1929/2012. Wiedereröffnung in Frankfurt nach Sanierung durch David Chipperfield“ in: BauNetz Media GmbH, Berlin 2013, <URL: http://www.baunetz.de/ meldungen/Meldungen-Wiedereroeffnung_in_Frankfurt_nach_Sanierung_ durch_David_Chipperfield_3025675.html> (Stand 05.01.2013).

Großmann, Andreas (2014): Wendungen der Dringlichkeit. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 43–62.

Grote, Ludwig (Hg.) (1974): Die deutsche Stadt im 19. Jahrhundert. Stadtplanung und Baugestaltung im industriellen Zeitalter. München: Prestel.

Haiko, Peter (1998): Semper und Hasenauer. Kosmopolitische Neorenaissance versus österreichischer Neobarock. In: Stilstreit und Einheitskunstwerk. Internationales Historismus-Symposium, Bad Muskau, 20. bis 22. Juni 1997. Dresden: Verlag. der Kunst, S. 199–208.

Halbwachs, Maurice (1985): Das kollektive Gedächtnis. Ungekürzte Ausgabe. Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag.

Halbwachs, Maurice (1985a): Das Gedächtnis und seine sozialen Bedingungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Halbwachs, Maurice; Egger, Stephan (2002): Soziale Morphologie. Ausgewählte Schriften. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Hammerstein, Notker (1989): Die Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt am Main. Von der Stiftungsuniversität zur staatlichen Hochschule. Neuwied/Frankfurt: Metzner.

Hammerstein, Notker (1994): Das Beispiel Frankfurt am Main, in: Karl Strobel (Hg.): Die deutsche Universität im 20. Jahrhundert. Die Entwicklung einer Institution zwischen Autonomie, historischen und sozialen Rahmenbedingungen. Vierow bei Greifswald: SH-Verlag, S. 89-96.

Handelsblatt.com (2005): „Highlights in Frankfurt. Tourismus-Tipps: Schiere Größe und Gemütlichkeit“, in: Handelsblatt Online, Handelsblatt GmbH, Düsseldorf 2015, <URL: http://www.handelsblatt.com/sport/fussball/high-lights-in-frankfurt-tourismus-tipps-schiere-groesse-und-gemuetlichkeit/257 1210.html> (Stand: 02.12.2015).

Hannemann, Christine; Sewing, Werner (1998): Gebaute Stadtkultur: Architektur als Identitätskonstrukt. In: Volker Kirchberg und Albrecht Göschel (Hg.): Kultur in der Stadt. Stadtsoziologische Analysen zur Kultur. Opladen: Leske + Budrich, S. 55–80.

Hansen, Astrid (2001): Die Frankfurter Universitätsbauten Ferdinand Kramers. Überlegungen zum Hochschulbau der 50er Jahre. Weimar: VDG.

Hansert, Andreas (1992): Bürgerkultur und Kulturpolitik in Frankfurt am Main. Eine historisch-soziologische Rekonstruktion. Frankfurt am Main: W. Kramer.

Häußermann, Hartmut; Siebel, Walter (2004): Stadtsoziologie. Eine Einführung. Frankfurt am Main: Campus.

Heidenreich, Bernd; Neitzel, Sönke (Hg.) (2004): Der Bombenkrieg und seine Opfer. Hessische Landeszentrale für Politische Bildung. Wiesbaden: HLZ (Polis, 39).

Heilbrunn, Ludwig (1915): Gründung der Universität Frankfurt a. M. Frankfurt am Main: Joseph Baer & Co.

Heitmayer, Morten (2009): Bourgeoise Lebensführung im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. In: Werner Plumpe und Jörg Lesczenski (Hg.): Bürgertum und Bürgerlichkeit. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Mainz: Philipp Von Zabern, S. 59–69.

Held, Gerd (2005): Territorium und Großstadt. Die räumliche Differenzierung der Moderne. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Henckmann, Wolfhart (1998): Max Scheler. München: Beck

Herlyn, Ulfert (Hg.) (1974): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung: dreizehn Aufsätze. München: Nymphenburger Verlagshandlung.

Hitzler, Ronald; Honer, Anne (1997): Hermeneutik in der deutschsprachigen Soziologie heute. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 7–27.

Hitzler, Ronald; Honer, Anne (Hg.) (1997): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich.

Hitzler, Ronald; Reichertz, Jo; Schröer, Norbert (Hg.) (1999): Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft

Hoffmann, Godehard (2000): Architektur für die Nation? Der Reichstag und die Staatsbauten des Deutschen Kaiserreichs 1871-1918. Köln: DuMont.

Hofmann, Werner (1974): Das irdische Paradies. Motive und Ideen des 19. Jahrhunderts. München: Prestel.

Hülk, Walburga (Hg.) (2012): Haussmann und die Folgen. Vom Boulevard zur Boulevardisierung. Tübingen: Narr.

Jersch-Wenzel, Steffi (1988): Minderheiten in der bürgerlichen Gesellschaft – Juden in Amsterdam, Frankfurt und Posen. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Band 2. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag, S. 392–420.

Jones, Paul (2009): Putting Architecture in its Social Place: A Cultural Political Economy of Architecture. In: Urban Studies 46 (12), S. 2519–2536.

Jones, Paul (2011): The Sociology of Architecture: Constructing Identities. Liverpool University Press.

Justizvollzugsanstalt Sehnde (2015): „Förderverein der Justizvollzugsanstalt Sehnde“, in: Land Niedersachsen vertreten durch die Justizvollzuganstalt Sehnde, Sehnde 2015, <URL: http://www.justizvollzugsanstalt-sehnde.niedersach sen.de/portal/live.php?navigation_id=23548&artic> (Stand 20.05.2015).

Kalusche, Bernd; Setzepfandt, Wolf-Christian (1992): Architekturführer Frankfurt am Main. Architectural guide Frankfurt am Main. Berlin: Reimer.

Kaschuba, Wolfgang (1988): Deutsche Bürgerlichkeit nach 1800 – Kultur als symbolische Praxis. In: Jürgen Kocka (Hg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert, Band 3. München: Dt. Taschenbuch-Verlag., S. 9–44.

Keller, Reiner (2006): Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Reiner Keller, Andreas Hirseland, Werner Schneider und Willy Viehöver (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 115–146.

Keller, Reiner (2007): Diskurse und Dispositive analysieren. Die Wissenssoziologische Diskursanalyse als Beitrag zu einer wissensanalytischen Profilierung der Diskursforschung. Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research, 8(2), Artikel 19. Online verfügbar unter: http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/243, zuletzt geprüft am 14.12.2011

Keller, Reiner (2011): Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner (2012): Forschungswerkstatt Wissenssoziologische Diskursanalyse. Präsentation im Rahmen des Berliner Methodentreffens 2012.

Keller, Reiner; Hirseland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hg.) (2006): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 1: Theorien und Methoden. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Keller, Reiner; Hirseland, Andreas; Schneider, Werner; Viehöver, Willy (Hg.) (2008): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse. Band 2: Forschungspraxis. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kirchgässner, Bernhard; Becht, Hans-Peter (Hg.) (1997): Stadt und Mäzenatentum. 33. Arbeitstagung 1994. Sigmaringen: Thorbecke.

Klötzer, Wolfgang (1979): Vorwort. In: Matthäus Müller und Heinrich Ludwig (Hg.): Alt-Bockenheim in Wort und Bild. Frankfurt/Main: Weidlich, S. vi–xvi.

Klötzer, Wolfgang (1991): Frankfurt am Main von der Französischen Revolution bis zur preußischen Okkuption 1789–1866. In: Frankfurter Historische Kommission (Hg.): Frankfurt am Main. Die Geschichte der Stadt in neun Beiträgen. Sigmaringen: J. Thorbecke, S. 303–348.

Klötzer, Wolfgang (Hg.) (1994): Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon. Erster Band, A – L. Frankfurt am Main: Kramer.

Klötzer, Wolfgang (Hg.) (1996): Frankfurter Biographie. Personengeschichtliches Lexikon. Zweiter Band, M – Z. Frankfurt am Main: Kramer (Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission, Bd. 2).

Klötzer, Wolfgang (1997): Über das Stiften - Zum Beispiel Frankfurt am Main. In: Bernhard Kirchgässner und Hans-Peter Becht (Hg.): Stadt und Mäzenatentum. 33. Arbeitstagung 1994. Sigmaringen: Thorbecke, S. 15–30.

Kluke, Paul (1972): Die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main. 1914–1932. Frankfurt am Main: Kramer.

Kneer, Georg; Schroer, Markus (Hg.) (2010): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Knoblauch, Hubert (1999): Das kommunikative Gedächtnis. In: Claudia Honegger, Stefan Hradil und Franz Traxler (Hg.): Grenzenlose Gesellschaft? Verhandlungen des 29. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, des 16. Kongresses der Österreichischen Gesellschaft für Soziologie, des 11. Kongresses der Schweizerischen Gesellschaft für Soziologie in Freiburg i.Br. 1998. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 733–748.

Knoblauch, Hubert (2014): Wissenssoziologie. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Kocka, Jürgen (Hg.) (1988): Bürgertum im 19. Jahrhundert. München: Deutscher Taschenbuch-Verlag.

Kocka, Jürgen (2008): Bürger und Bürgerlichkeit im Wandel. In: Bürger - Bürgertum - Bürgerlichkeit. Aus Politik und Zeitgeschichte 2008 (9-10). Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 3–9.

Kocka, Jürgen; Frey, Manuel (Hg.) (1998): Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert. Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte. Berlin: Fannei & Walz.

Köhler, Jörg R. (1995): Städtebau und Stadtpolitik im Wilhelminischen Frankfurt. Eine Sozialgeschichte. Frankfurt am Main: W. Kramer.

Kraus, Elisabeth (1998): Jüdisches Mäzenatentum im Kaiserreich: Befunde - Motive - Hypothesen. In: Kocka, Jürgen; Frey, Manuel (Hg.) (1998): Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert. Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte. Berlin: Fannei & Walz, S. 38–53.

Krause, Walter; Laudel, Heidrun; Nerdinger, Winfried (Hg.) (2001): Neorenaissance - Ansprüche an einen Stil. Zweites Historismus-Symposium, Bad Muskau. Dresden: Philo Fine Arts, Verlag der Kunst.

Kropat, Wolf-Arno (1971): Frankfurt zwischen Provinzialismus und Nationalismus. Die Eingliederung der "Freien Stadt" in den preußischen Staat (1866–1871). Frankfurt am Main: Kramer.

Kurt, Ronald (2004): Hermeneutik. Eine sozialwissenschaftliche Einführung. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Landwehr, Eva-Maria (2003): Neubarock. Architektur und Ausstattungskonzepte süddeutscher Sakralbauten um 1990. [Germany]: Der Andere Verlag.

Lefebvre, Henri (1991): The production of space. Oxford, OX, UK, Cambridge, Mass., USA: Blackwell.

Lefebvre, Henri; Stanek, Łukasz (Hg.) (2014): Toward an architecture of enjoyment: University of Minesota Print.

Lerner, Franz (1976): Bockenheim und der Bienenkorb. Herausgegeben mit freundlicher Unterstützung der Frankfurter Sparkasse von 1822 (Polytechnische Geselslchaft). Frankfurt am Main: W. Kramer & Co. oHG.

Lindner, Rolf (2006): The Gestalt of the urban imaginary. In: Urban Mindscapes of Europe (European Studies. An Interdisciplinary Series in European Culture, History and Politics, Bd. 23), S. 35–42.

Lindner, Rolf (2008): Textur, imaginaire, Habitus – Schlüsselbegriffe der kulturanalytischen Stadtforschung. In: Helmuth Berking und Martina Löw (Hg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 83–94.

Lösch, Andreas (Hg.) (2001): Technologien als Diskurse. Konstruktionen von Wissen, Medien und Körpern. Heidelberg: Synchron.

Löw, Martina (2001): Raumsoziologie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Löw, Martina (2008): Eigenlogische Strukturen - Differenzen zwischen Städten als konzeptuelle Herausforderung. In: Helmuth Berking und Martina Löw (Hg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main: Campus-Verlag), S. 33–53.

Löw, Martina (2008a): Soziologie der Städte. 1. Aufl. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Löw, Martina (2011): Hitzegrade. Temperaturen der Stadt. Jahreskonferenz der Dramaturgischen Gesellschaft 2011. Freiburg, 28.01.2011. Online verfügbar unter http://www.nachtkritik.de/index.php?option=com_content&view=article&id=5195&catid=101&Itemid=84, zuletzt geprüft am 02.07.2015.

Lüders, Christian; Meuser, Michael (1997): Deutungsmusteranalyse. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 57–80.

Ludwig, Heinrich (1940): Geschichte des Dorfes und der Stadt Bockenheim. Frankfurt am Main: Verlag Dr. Waldemar Kramer.

Luhmann, Niklas (1971): Sinn als Grundbegriff der Soziologie. In: Jürgen Habermas und Niklas Luhmann (Hg.): Theorie der Gesellschaft oder Sozialtechnologie. Was leistet die Systemforschung? Theorie-Diskussion. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 25–100.

Lundgreen, Peter (Hg.) (2000): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs; (1986 - 1997); Sonderforschungsbereich Sozialgeschichte des Neuzeitlichen Bürgertums - Deutschland im Internationalen Vergleich. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Magel, Eva-Maria (2007): Einzug mit der Donnerechse. 100 Jahre Senckenberg-Museum: Schaufenster der Naturforschung. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 12.10.2007, Nr. 237, S. 58

Maibaum-Verein (2016): „Rund um den Maibaum“, in: Maibaum-Verein St. Markus München-Neuaubing e.V. 2001-2015, <URL: http://www.maibaum-verein.de/10%20%28Rund%20um%20den%20Maibaum%29.htm#Traditi on%20des% 20Maibaumaufstellens> (Stand 19.04.2016).

Markopolo.de (2015): „Reiseführer Frankfurt am Main“, in: Marcopolo.de, Mairdumont GmbH & Co. KG, Ostfildern 2015, <URL: http://www.marcopolo.de/reisefuehrer-tipps/frankfurt-am-main/index-37175.html> (Stand: 02.12.2015).

Marent, Johannes; Richter, Ralph (2013): Jede Stadt eine eigene Welt - Perspektiven, Grundzüge und methodische Zugänge zum Konzept der "Eigenlogik der Städte". In: Katrin Harm und Jens Aderhold (Hg.): Die subjektive Seite der Stadt. Neue politische Herausforderungen und die Bedeutung von Eliten im lokalen Bereich. Wiesbaden: Imprint: Springer VS, S. 59–79.

Marent, Johannes; Rosenbusch, Christoph (2014): Rhythmik in Bildern: Kompaktimpressionen. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 69–96.

Marx, Karl (1977): Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Berlin: hg. vom Institut für Marxismus beim ZK der SED (Karl Marx – Friedrich Engels: Werke, Band 23).

Meissner, Stefan (2009): Kann Architektur leben? Die "Architektur der Gesellschaft" aus Sicht der Diskursanalyse Michel Foucaults. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag, S. 223–251.

Merkens, Hans (2003): Auswahlverfahren, Sampling, Fallkonstruktion. In: Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke (Hg.): Qualitative Forschung.

Ein Handbuch. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag, S. 286–299.

Merten, Klaus; Mohr, Christoph (1974): Das Frankfurter Westend. [eine Dokumentation des Kuratoriums Kulturelles Frankfurt]. München: Prestel

Mey, Günter; Mruck, Katja (Hg.) (2011): Grounded Theory Reader. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mey, Günter; Mruck, Katja (2011): Grounded-Theory-Methodologie: Entwicklung, Stand, Perspektiven. In: Günter Mey und Katja Mruck (Hg.): Grounded Theory Reader. 2. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–49.

Mohr, Christoph (1992): Stadtentwicklung und Wohnungspolitik in Frankfurt am Main im 19. Jahrhundert. Bonn: R. Habelt.

Mohr, Christoph; Huscher, Martin (1995): Wohnen in Frankfurt am Main: Quartiere und Städtebau im Wandel der Zeit. Frankfurt am Main/New York: Campus-Verlag.

Müller, Bruno; Schembs, Hans-Otto (Hg.) (2006): Stiftungen in Frankfurt am Main. Geschichte und Wirkung. Frankfurt am Main: Waldemar Kramer.

Müller, Matthäus; Ludwig, Heinrich (Hg.) (1979): Alt-Bockenheim in Wort und Bild. 1910. Aufl. Frankfurt/Main: Weidlich.

Münch, Sybille (2014): Konstellationen städtischer Gruppen. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 172–205.

Nägelke, Hans-Dieter (2000): Hochschulbau im Kaiserreich. Historistische Architektur im Prozess bürgerlicher Konsensbildung. Kiel: Ludwig.

Naujoks, Horst (1991): 85 Jahre Bürgerhospital an der Nibelungenallee. In: Rund ums Uhrtürmchen 1991 (2), S. 2–3.

Neckel, Sighard (2006): Kultursoziologie der Gefühle. In: Rainer Schützeichel (Hg.): Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 124–139.

Nipperdey, Thomas (1993): Bürgerwelt und starker Staat. Deutsche Geschichte 1800–1866. München: Beck.

Nipperdey, Thomas (1994): Arbeitswelt und Bürgergeist. Deutsche Geschichte 1866–1918. München: Beck.

Nordmeyer, Helmut (2002): Rundgang durch das alte Frankfurt-Bockenheim. Gudensberg-Gleichen: Wartberg.

Plumpe, Werner; Lesczenski, Jörg (Hg.) (2009): Bürgertum und Bürgerlichkeit. Zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. Mainz: Philipp Von Zabern.

Pöppel, Nicole (2012): Der kosmopolitische Boulevard. In: Walburga Hülk (Hg.): Haussmann und die Folgen. Vom Boulevard zur Boulevardisierung. Tübingen: Narr, S. 103–113.

Posener, Julius (1979): Berlin auf dem Wege zu einer neuen Architektur. Das Zeitalter Wilhelms II. München: Prestel (Studien zur Kunst des neunzehnten Jahrhunderts, 40).

Prigge, Walter (1987): Die Materialität des Städtischen. Stadtentwicklung und Urbanität im gesellschaftlichen Umbruch. Basel: Birkhäuser.

Rebentisch, Dieter (1997): Mäzenatentum - Ein Leitmotiv der Frankfurter Geschichtsschreibung. In: Bernhard Kirchgässner und Hans-Peter Becht (Hg.): Stadt und Mäzenatentum. 33. Arbeitstagung 1994. Sigmaringen: Thorbecke, S. 9–14.

Rebentisch, Dieter (2004): Frankfurt im Bombenhagel und Feuersturm – die Zerstörung der Stadt im Zweiten Weltkrieg. In: Bernd Heidenreich und Sönke Neitzel (Hg.): Der Bombenkrieg und seine Opfer. Wiesbaden: HLZ (Polis, 39), S. 58–70.

Reichertz, Jo; Schröer, Norbert (1994): Erheben, Auswerten, Darstellen. Konturen einer hermeneutischen Wissenssoziologie. In: Norbert Schröer (Hg.): Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 56–84.

Reulecke, Jürgen (1985): Geschichte der Urbanisierung in Deutschland. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Reulecke, Jürgen (1997): Die Mobilisierung der "Kräfte und Kapitale": der Wandel der Lebensverhältnisse in Gefolge von Industrialisierung und Verstädterung. In: Jürgen Reulecke (Hg.): Geschichte des Wohnens, Band 3. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 17–144.

Reulecke, Jürgen (Hg.) (1997): Geschichte des Wohnens. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Reuter, Dirk (1993): Der Bürgeranteil und seine Bedeutung. In: Lothar Gall (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft. München: R. Oldenbourg, S. 75–103.

Richter, Ralph (2014): Differenzierung inszenieren: Stadtmarketing. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 246–281.

Riege, Marlo; Schubert, Herbert (2002): Sozialraumanalyse. Grundlagen - Methoden - Praxis. Opladen: Leske + Budrich.

Rosa, Hartmut; Strecker, David; Kottmann, Andrea (2013): Soziologische Theorien. Konstanz [u.a.] : UVK Verlagsgesellschaft.

Rauscher, Janneke; Richter, Ralph (2014): Orte und Differenzen. In: Sybille Frank, Petra Gehring, Julika Griem und Michael Haus (Hg.): Städte unterscheiden lernen. Zur Analyse interurbaner Kontraste: Birmingham, Dortmund, Frankfurt, Glasgow. Frankfurt am Main: Campus-Verlag, S. 135–172.

Roth, Ralf (1998): "Der Toten Nachruhm". Aspekte des Mäzenatentums in Frankfurt am Main (1750-1914). In: Kocka, Jürgen; Frey, Manuel (Hg.) (1998): Bürgerkultur und Mäzenatentum im 19. Jahrhundert. Arbeitsstelle für Vergleichende Gesellschaftsgeschichte. Berlin: Fannei & Walz, S. 99–127.

Roth, Ralf (1993): Bevölkerungsentwicklung, Konfessionsgliederung und Haushaltsanteile. In: Lothar Gall (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft. München: R. Oldenbourg, S. 17–50.

Roth, Ralf (1996): Stadt und Bürgertum in Frankfurt am Main ein besonderer Weg von der ständischen zur modernen Bürgergesellschaft, 1760–1914. München: Oldenbourg.

Ruffing, Reiner (2009): Bruno Latour. Paderborn: Fink.

Rürup, Reinhard (1992): Deutschland im 19. Jahrhundert 1815–1871. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Sachweh, P. (2010): Deutungsmuster sozialer Ungleichheit: Wahrnehmung und Legitimation gesellschaftlicher Privilegierung und Benachteiligung: Campus Verlag.

Saldern, Adelheid von (1997): Wohnen um Spannungsfeld von Gegebenheiten und Aneignungen. In: Jürgen Reulecke (Hg.): Geschichte des Wohnens, Bd. 3. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, S. 147–332.

Schäfer, Michael (2009): Geschichte des Bürgertums. Eine Einführung. Köln, Germany: Böhlau.

Schäfers, Bernhard (2006): Architektursoziologie. Grundlagen - Epochen - Themen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH

Schäfers, Bernhard (2009): Architektursoziologie. Zur Geschichte einer Disziplin. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag., S. 365–384.

Schäfers, Bernhard (2010): Architektursoziologie. In: Georg Kneer und Markus Schroer (Hg.): Handbuch Spezielle Soziologien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–36.

Schat, Hans-Dieter (o.J.): Mulanskystraße 23. Das Haus und sein Stadtteil. Institut für Stadtgeschichte, Bestand: Chroniken, Signatur: S5/581. o.O.

Schembs, Hans-Otto (2006): Einleitung. In: Müller, Bruno; Schembs, Hans-Otto (Hg.): Stiftungen in Frankfurt am Main. Geschichte und Wirkung. Frankfurt am Main: Waldemar Kramer, S. 16–18.

Schimpf, Gudrun-Christine (2007): Geld, Macht, Kultur. Kulturpolitik in Frankfurt am Main zwischen Mäzenatentum und öffentlicher Finanzierung, 1866–1933. Frankfurt am Main: Waldemar Kramer.

Schivelbusch, Wolfgang (1985): Eine wilhelminische Oper. Wie das große Bürgertum in Frankfurt im 19. Jahrhundert auf die Suche nach Selbstdarstellung ging, und wie die kleinen Bürger zuschauten: von den Villen des Westends und dem Palmengarten zum Opernhaus. Frankfurt am Main: Insel Verlag.

Schmid, Christian (2005): Stadt, Raum und Gesellschaft. Henri Lefebvre und die Theorie der Produktion des Raumes. Stuttgart: Steiner.

Schmitt, Marco; Malsch, Thomas; Wenzel, Harald (2009): Trennen und Verbinden. Soziologische Untersuchungen zur Theorie des Gedächtnisses. Dissertation. Technische Universität Hamburg-Harburg, Institut für Technik und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Schmutzer, Manfred E. A. (2004): Soziologie und Architektur. Skriptum zur Vorlesung. Graz: Verlag der Technischen Universität Graz.

Schomann, Heinz (1983): Der Frankfurter Hauptbahnhof. 150 Jahre Eisenbahngeschichte und Stadtentwicklung (1838-1988). Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Schönbrunn, Günter (1980): Geschichte in Quellen. München: Bayer. Schulbuch-Verlag.

Schöttker, Detlev (2011): Architekturtheorie zwischen Gesellschafts- und Kulturtheorie. Von Adorno zu Sloterdijk. In: Leviathan 2011 (39), S. 3–19.

Schroer, Markus (2009): Materielle Formen des Sozialen. Die ›Architektur der Gesellschaft‹ aus der Sicht der sozialen Morphologie. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag.

Schroer, Markus (2009a): Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raums. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Schröer, Norbert (Hg.) (1994): Interpretative Sozialforschung. Auf dem Wege zu einer hermeneutischen Wissenssoziologie. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Schröer, Norbert (1997): Wissenssoziologische Hermeneutik. In: Ronald Hitzler und Anne Honer (Hg.): Sozialwissenschaftliche Hermeneutik. Eine Einführung. Opladen: Leske + Budrich, S. 109–129.

Schubert, Herbert (2005): Empirische Architektursoziologie. In: Die alte Stadt (32), S. 1–27.

Schubert, Herbert (2009): Figurationszeichen. Die ›Architektur der Gesellschaft‹ aus Sicht der Figurationssoziologie von Norbert Elias. In: Joachim Fischer und Heike Delitz (Hg.): Die Architektur der Gesellschaft. Theorien für die Architektursoziologie. Bielefeld: transcript-Verlag., S. 49–78.

Schulz, Andreas (2005): Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert. München: R. Oldenbourg.

Schulze, Rainer (2014): „Ein feuchter Traum für Denkmalschützer", in: FAZ.net, Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main 2016, <URL: http://www.faz.net/aktuell/rhein-main/umbau-des-senckenberg-museum s-ein-feuchter-traum-fuer-denkmalpfleger-12770831.html> (Stand 20.09.2016).

Schütz, Alfred (2004): Der sinnhafte Aufbau der sozialen Welt. Eine Einleitung in die verstehende Soziologie. Hg. von Martin Endreß. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Schütz, Alfred; Luckmann, Thomas (2003): Strukturen der Lebenswelt. Stuttgart: UVK Verlagsgesellschaft.

Schützeichel, Rainer (Hg.) (2006): Emotionen und Sozialtheorie. Disziplinäre Ansätze. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Sheratoncongressfrankfurt.com (2015): „Eine Weltstadt mit regionalem Charme: Herzlich willkommen in der Mainmetropole Frankfurt", in: Sheraton Congress Hotel Frankfurt, Mariott International, Inc. 2015, <URL:http://www.she ratoncongressfrankfurt.com/de/frankfurt-am-main> (Stand: 02.12.2015).

Siekermann, Kristina (2014): Kleider machen Städte. Zur Eigenlogik von München und Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Campus-Verlag (Interdisziplinäre Stadtforschung, 17).

Simmel, Georg (1957): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Ebd.: Brücke und Tür. Essays des Philosophen zur Geschichte, Religion, Kunst und Gesellschaft. Stuttgart: K. F. Koehler, S. 227–242.

Simmel, Georg (1983): Der Raum und die räumlichen Ordnungen der Gesellschaft. In: Ebd.: Soziologie. Untersuchungen über die Formen der Vergesellschaftung. Berlin: Duncker & Humblot, S. 460–526.

Simson, John von (1983): Kanalisation und Städtehygiene im 19. Jahrhundert. Düsseldorf: VDI-Verlag.

Sobania, Michael (1993): Rechtliche Konstituierungsfaktoren des Bürgertums. In: Lothar Gall (Hg.): Stadt und Bürgertum im Übergang von der traditionalen zur modernen Gesellschaft. München: R. Oldenbourg, S. 131–150.

Soeffner, Hans-Georg (1999): "Strukturen der Lebenswelt" – ein Kommentar. In: Ronald Hitzler, Jo Reichertz und Norbert Schröer (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 29–38.

Soeffner, Hans-Georg (1999a): Verstehende Soziologie und sozialwissenschaftliche Hermeneutik. In: Ronald Hitzler, Jo Reichertz und Norbert Schröer (Hg.): Hermeneutische Wissenssoziologie. Standpunkte zur Theorie der Interpretation. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, S. 39–50.

Soeffner, Hans-Georg (2004): Auslegung des Alltags – Der Alltag der Auslegung. Zur wissenssoziologischen Konzeption einer sozialwissenschaftlichen Hermeneutik. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.

Srubar, Ilja (2013): Phänomenologie und soziologische Theorie. Aufsätze zur pragmatischen Lebenswelttheorie. Wiesbaden: VS Verlag. für Sozialwissenschaften.

Stadt Frankfurt am Main (2014): „Tourismus“, in: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Frankfurt am Main 2014, <URL: http://www.frankfurt.de/sixcms/ detail.php?id=stadtfrankfurt_eval01.c.124836.de> (Stand: 03.07.2014).

Stadt Frankfurt am Main (2015): „Ein Großprojekt, mit dem Frankfurt glänzen kann. Wie der Neubau der Europäischen Zentralbank die städtischen Behörden beschäftigt hat“, in: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Frankfurt am Main 2015, <URL: http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2835 &_ffmpar [_id_inhalt]=28650090> (Stand: 14.07.2016).

Stanek, Lukasz (2011): Henri Lefebvre on Space: Architecture, Urban Research, and the Production of Theory. University of Minnesota Press.

Steets, Silke (2013): Der sinnhafte Aufbau der gebauten Welt. Entwurf einer wissenssoziologischen Architekturtheorie. Habilitationsschrift. Technische Universität Darmstadt, Darmstadt. Institut für Soziologie.

Straßheim, Jan (2005): Sinn und Relevanz. Individuum, Interaktion und gemeinsame Welt als Dimensionen eines sozialen Zusammenhangs. Wiesbaden: Springer VS.

Strauss, Anselm L.; Corbin, Juliet M. (1996): Grounded Theory. Grundlagen qualitativer Sozialforschung. Weinheim: Beltz, PsychologieVerlagsUnion.

Strübing, Jörg (2008): Grounded Theory. Zur sozialtheoretischen und epistemologischen Fundierung des Verfahrens der empirisch begründeten Theoriebildung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Suttles, Gerald D. (1984): The Cumulative Textur of Local Urban Culture. In: American Journal of Sociology 90, 2/1984, S. 283–304.

Turnit, Hanno (2007): Es wird spannend. Auszug aus dem Buch „Und man sieht nur die im Lichte“. In: FITG-Journal, Zeitschrift des Förderkreises Industrie- und Technikgeschichte e.V. 2007 (2), S. 5–13.

VHS Frankfurt (2013): „Geschichte der Erwachsenenbildung in Frankfurt am Main“, in: Volkshochschule Frankfurt am Main 2013, <URL: https://www.vhs.frankfurt.de/desktopdefault.aspx/tabid-82/94_read-175/> (Stand 09.05.2013).

Wachsmuth, Richard (1926): Die Erreichung der Akademie und ihre Entwicklung zur Universität. Rede zur Feier des 25. Jahrestages der Eröffnung der Akademie für Sozial- und Handelswissenschaften in Frankfurt am Main. Frankfurt am Main: Universitäts-Druckerei Werner und Winter G.M.B.H.

Wachsmuth, Richard (1929): Die Gründung der Universität Frankfurt. Frankfurt am Main: Englert und Schlosser.

Wehler, Hans-Ulrich (1983): Das Deutsche Kaiserreich. 1871–1918. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Wehler, Hans-Ulrich (2000): Die Zielutopie der „bürgerlichen Gesellschaft“ und die „Zivilgesellschaft“ heute. In: Peter Lundgreen (Hg.): Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs; (1986–1997). Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 85–93.

Welzer, Harald (2005): Das kommunikative Gedächtnis. Eine Theorie der Erinnerung. München: Beck.

Wentz, Martin (Hg.) (1991): Stadt-Räume. Frankfurt, New York: Campus Verlag.

Weresch, Katharina (1993): Bibliografie zur Architektursoziologie. Mit ausgewählten Beiträgen. Frankfurt am Main, New York: Verlag Peter Lang GmbH.

Wettengel, Michael (1989): Die Revolution von 1848/49 im Rhein-Main-Raum. Politische Vereine und Revolutionsalltag im Grossherzogtum Hessen, Herzogtum Nassau und in der freien Stadt Frankfurt. Wiesbaden: Selbstverlag der Historischen Kommission für Nassau.

Wirth, Louis (1974): Urbanität als Lebensform. In: Ulfert Herlyn (Hg.): Stadt- und Sozialstruktur. Arbeiten zur sozialen Segregation, Ghettobildung und Stadtplanung: dreizehn Aufsätze. München: Nymphenburger Verlagshandlung, S. 42–66.

Wischermann, Clemens (1986): Wohnungsmarkt, Wohnungsversorgung und Wohnmobilität in deutschen Großstädten 1870-1913. In: Peter Borscheid und Hans-Jürgen Teuteberg (Hg.): Stadtwachstum, Industrialisierung, sozialer Wandel. Beiträge zur Erforschung der Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Berlin: Duncker & Humblot, S. 101–134.

Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag (2016): „Sachstand: Kaufkraftvergleiche historischer Geldbeträge“, in: Deutscher Bundestag, Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland, Aktenzeichen WD4-3000-096/16, Berlin 2016, <URL: https://www.bundestag.de/blob/459032/1d7e8de03e170f5 9d7cea9bbf0f08e5c/wd-4-096-16-pdf-data.pdf> (Stand 05.08.2016).

Wolf, Mechthild (1998): Forscher, Unternehmer und Sozialpolitiker – Heinrich Roessler. In: Mechthild Wolf (Hg.): Immer eine Idee besser. Forscher und Erfinder der Degussa. Frankfurt am Main: Degussa, S. 10–33.

Wurzer, Rudolf (1974): Die Gestaltung der deutschen Stadt im 19. Jahrhundert. In: Grote, Ludwig (Hg.) (1974): Die deutsche Stadt im 19. Jahrhundert. Stadtplanung und Baugestaltung im industriellen Zeitalter. München: Prestel, S. 9–32.

Zander, Gunther Herbert (2004): Gründung der Handelshochschulen im deutschen Kaiserreich (1898 - 1919). Inauguraldissertation. Universität zu Köln. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät. Online verfügbar unter http://kups.ub.uni-koeln.de/1573/, zuletzt geprüft am 15.05.2013.

Zoo Frankfurt (2016a): „Mitglieder der Gründungskommission“, in: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Zoo Frankfurt, Frankfurt am Main 2016, <URL: http://www.zoo-frankfurt.de/unser-zoo/geschichte/gruendung/gruender /> (Stand: 18.01.2016).

Zoo Frankfurt (2016b): „Die Gründung eines Zoologischen Gartens in Frankfurt am Main“, in: Stadt Frankfurt am Main, Der Magistrat, Zoo Frankfurt, Frankfurt am Main 2016, <URL: http://www.zoo-frankfurt.de/unser-zoo/ge schichte/gruendung/> (Stand: 10.04.2016).